Library
of the
University of Wisconsin

Bismarcks Lehrjahre

Von

Guſtav Wolf



Leipzig
Dieterich'ſche Verlagsbuchhandlung
Theodor Weicher
1907

Maſchinenſatz von Oscar Brandſtetter in Leipzig.

238451
OCT 26 1920
F47715
.W83

Vorrede.

Das vorliegende Werk ist veranlaßt durch die Erwägung, daß wir eine zusammenfassende, in das innere Werden des jungen Bismarck eindringende Biographie seither noch nicht besitzen. Namentlich die Zeit vor Bismarcks Erscheinen im ersten vereinigten Landtag wird in den meisten Darstellungen außerordentlich kurz behandelt, so daß wir für Bismarcks Anfänge wesentlich auf Einzelarbeiten angewiesen sind, die sich ziemlich ungleichmäßig über die Jahre 1815—1847 und die verschiedenen Probleme verteilen, vielfach auch selbst dem eingeweihten Geschichtsforscher leicht entgehen und dadurch an ihrem praktischen Nutzwert verlieren. Diese Tatsache legte mir schon wiederholt den Gedanken nahe, die Vorlesungen, welche ich mehrfach an der hiesigen Universität gehalten habe, für literarische Zwecke umzuarbeiten. Selbstverständlich konnte es sich hierbei nicht bloß um eine redaktionelle Ausgestaltung der meinen Vorträgen zugrunde gelegten Stichworte, Dispositionen, Auszüge handeln. Für Vorlesungen sind immer eine Reihe äußerer Motive maßgebend, welche bei der Veröffentlichung eines Buches wegfallen. Schon die Tatsache, daß ich im letzteren Falle den großen Stoff nicht derart zusammenpressen muß wie im einstündigen Kolleg eines kurzen Sommersemesters, veränderte notwendig den Charakter meiner Ausführungen. Denn nicht nur war ich nunmehr in der Lage, Fragen, welche ich im mündlichen Vortrag höchstens andeuten konnte, eingehender zu behandeln, sondern ich gewann auch für mich selbst auf diese Weise neue Eindrücke, Anregungen und Anschauungen. Andererseits hielt ich mich für berechtigt, eine ganze Menge von Dingen, die ich in den Vorlesungen breiter erörtert habe, auszuscheiden. Die letzteren haben die Aufgabe, dem Zuhörer neben

dem persönlichen Standpunkt des Redners die Kenntnis allgemeiner Daten zu vermitteln, welche an sich auch in den meisten Handbüchern stehen. Auch jetzt habe ich im Zweifelsfalle die Grenze der von mir vorausgesetzten Vorkenntnisse stets lieber zu eng als zu weit gesteckt, aber ich habe die Mitteilung allgemeiner Daten nicht als Selbstzweck angesehen und darum erheblich beschränkt. Im großen und ganzen war natürlich für mich die Erwägung maßgebend, ohne Rücksicht auf Vollständigkeit und auf die ihnen an sich gebührende Wichtigkeit die allgemeingeschichtlichen Ereignisse nur insoweit zu behandeln, als sie zum Verständnis der Entwicklung und Betätigung Bismarcks nötig sind.

Mein Bestreben ging darauf, einerseits dem Werke einen wissenschaftlichen Charakter zu verleihen, so daß es auch für den zünftigen Historiker, sei es an Stoff, sei es in Gruppierung, möglichst viel neues enthält, andererseits aber doch auch ein Buch zu schreiben, welches nicht nur für Gelehrte bestimmt ist. In bezug auf die Anmerkungen habe ich mich nach dem Muster der Lenzschen Bismarckbiographie gerichtet und meine Ausführungen im Texte nur an den wichtigsten Stellen belegt. Eine Ausdehnung des kritischen Apparats würde, so erwünscht sie aus streng wissenschaftlichen Gründen gewesen wäre, naturgemäß das Buch verteuert haben und doch für den größten Teil der Leser ohne entsprechenden Gegenwert gewesen sein.

Eine besondere Sorgfalt habe ich darauf gelegt, die verschiedenen Nachrichten, welche uns Bismarcks Entwicklung in der Schulzeit aufhellen, zusammenzubringen, und ich habe bei der Direktion des Grauen Klosters in Berlin, des Königlichen Friedrich-Wilhelmsgymnasiums in Berlin, des Königlichen Friedrich-Wilhelmsgymnasiums in Posen, die mir einschlägige Schriften zur Verfügung stellten, dankbares Verständnis gefunden. Ich darf in diesem Zusammenhange erwähnen, daß hier ein Schatz vorhanden ist, der schleunigst geborgen werden muß, soll er nicht dauernd für die Bismarckforschung verloren gehen. Vor einigen Jahren lebten noch Mitschüler Bismarcks, die durch autobiographische Mitteilungen uns wertvolle Anhaltspunkte hätten gewähren können,

welche wir uns jetzt mühsam und unvollkommen aus den Programmen herausschälen. Aber sie haben vielleicht Kinder und jüngere Freunde hinterlassen und ihnen manche Erinnerungen an Gymnasium und Universität anvertraut. Auch von Bismarcks Lehrern haben manche wie Bonnell und Bellermann in eine Zeit hineingeragt, aus welcher wir noch lebende Zeugen ihrer Eigenart und Hörer ihrer Erzählungen besitzen. Alle diese Schilderungen mögen an sich mit Bismarck scheinbar wenig zu tun haben, verkörpern uns aber in ihrer Gesamtheit ein Stück Welt, in welcher Bismarck groß geworden ist, aus welcher wir nur ein kleines Erkenntnismaterial besitzen. Sie würden, wenn sie der Allgemeinheit geschenkt würden, wesentlich mit zur Lösung desjenigen Problems beitragen, welches auch ich mir im vorliegenden Buche gestellt habe: Bismarck aus seinem eigenen allmählichen inneren Werden heraus zu begreifen.

Freiburg i. Br., den 16. Oktober 1906.

Gustav Wolf.

Inhaltsverzeichnis.

(Die Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

I. Bismarck bis zu seinem Eintritt in die politische Laufbahn.

Vorbemerkungen 11. Anschauungen nach den Befreiungskriegen 12. Das Geschlecht der Bismarcks 17. Großvater Karl Alexander von Bismarck 17. Vater Ferdinand von Bismarck 19. Die Familie Menken 21. Kabinettsrat Anastasius Ludwig Menken 21. Bismarcks Mutter 23. Plamannsches Institut 26. Eintritt ins Gymnasium 31. Urteile der Gymnasiallehrer über Bismarck 32. Damalige Lehrpläne 33. Innerer Charakter des damaligen Gymnasialunterrichts 35. Bismarcks Jahrgang 38. Gymnasialdirektor Köpke 38. Bonnell 40. Wendt 42. Siebenhaar 43. Johann Friedrich Bellermann 44. Mathematiker Fischer 46. Religionslehrer Karl Giesebrecht 46. Heinsius 47. Frings 47. Allgemeine Eindrücke der Gymnasiastenzeit auf Bismarck 48. Privatstudien Bismarcks während der Gymnasiastenzeit 51. Ergebnisse dieser Privatstudien 53. Persönlichkeit Schleiermachers 54. Bismarcks religiöse Jugendeindrücke 55. Konfirmandenunterricht 58. Abiturientenzeugnis 60. Wahl der Universität 61. Immatrikulation in Göttingen 62. Auffassung des akademischen Lehrberufs 62. Unzufriedenheit mit dem juristischen Fachstudium 63. Dahlmann 64. Heeren 64. Bismarcks erlahmendes Interesse an den Vorlesungen 66. Bismarck und die Burschenschaft 67. Beziehungen zu mecklenburgischen und amerikanischen Freunden 70. Im Korps 71. Bedeutung des Korpslebens für Bismarcks Ausbildung 72. Studium in Berlin 74. Eintritt in den Staatsdienst 75. Berliner Winteraufenthalt 1835/36 78. Ancillons Rat 78. Probearbeit vom Eid 79. Probearbeit von der Sparsamkeit im Staatshaushalt 83. Urteil der Aachener Prüfungskommission 84. Damaliger Zustand der Rheinlande 85. Hansemanns Kritik 89. Bismarcks mündliches Examen in Aachen 89. Arnim-Boitzenburg 91. Charakter der Aachener Regierung 92. Bismarcks Erlebnisse in Aachen 94. Bismarck bei der Potsdamer Regierung 95. Gründe für Bismarcks Austritt aus dem Staatsdienst 97. Austritt aus dem Staatsdienst 100. Leben auf dem Kniephof 101. Reisen ins Ausland 109. Pläne zum Wiedereintritt in den Staatsdienst 110. Bismarck im Verkehr vor 1844 112. Der christlich-germanische Kreis 114. Gründe für Bismarcks Anschluß 116. Adolf von Thadden 119. Marie von Blankenburg-Thadden 120. Unvollkommenheiten in Bismarcks Bekehrung 122. Trauerfälle in der Familie Thadden 124. Tod Maries von Blankenburg 125. Dessen Wirkung auf Bismarck 126. Bismarcks Annäherung an Johanna von Puttkamer 127. Bismarcks Werbebrief an Herrn von Puttkamer 129. Ver-

lobung 132. Eindrücke der Verlobung auf Bismarcks Gemüt 133. Bismarcks Briefwechsel mit der Braut 134. Meinungsaustausch der Brautleute über Religion 136. Einwirkung des neuen Freundeskreises auf Bismarcks politische Ansichten 140. Eintritt Bismarcks in den vereinigten Landtag 148.

II. Bismarck in den Revolutionsjahren.

Friedrich Wilhelm III. und die preußische Verfassung 150. Verfassungswünsche vor 1840 152. Urteile über Friedrich Wilhelm IV. 152. Persönlichkeit, Ziele und Regierungsweise Friedrich Wilhelms IV. 154. Anfänge Friedrich Wilhelms IV. 161. Bedeutung der ersten Zugeständnisse Friedrich Wilhelms IV. 163. Patent vom 3. Februar 1847 164. Mittelbare Bedeutung des ersten vereinigten Landtags 165. Die Eindrücke des vereinigten Landtags auf Bismarck 169. Bismarcks allgemeine Gesichtspunkte auf dem vereinigten Landtag 175. Bismarcks Rede vom 1. Juni 1847 179. Bismarck für Erhaltung der Kronautorität 180. Bismarck hinter den Kulissen während des ersten vereinigten Landtags 182. Bismarck nach dem vereinigten Landtag 183. Friedrich Wilhelm IV. und die deutsche Frage im Winter 1847|48 184. Ausbruch der Pariser Februarrevolution und deren nächste Folgen 185. Friedrich Wilhelm IV. in den Märztagen 186. Sybel über die Märztage 188. Bismarck über die Märztage 189. Bismarcks Ansichten von den Aufgaben Preußens in Deutschland 190. Eindrücke der Märztage auf Bismarcks Stimmung 192. Bismarcks Verhalten in den Märztagen 194. Wechselnde Ministerien (Graf Arnim-Boitzenburg, Camphausen) 196. Bismarcks Stellung zum Ministerium Camphausen 198. Eröffnung des zweiten vereinigten Landtags 200. Bismarcks Motive auf dem zweiten vereinigten Landtag 200. Bismarck und die schleswigsche Frage April 1848 202. Bismarck und die Polenfrage 207. Handels- und Kreditkrisis 209. Hansemanns Notstandsvorlagen 210. Bismarck und Hansemanns Charakter 211. Bismarck gegen die Notstandsvorlagen 213. Bismarck über die Hauptaufgaben des zweiten vereinigten Landtags 215. Frankfurter und Berliner Nationalversammlung 217. Gründung der Kreuzzeitung 218. Wirksamkeit des Ministeriums Camphausen 218. Ministerien Auerswald und Pfül 220. Bismarcks Empfindungen während des Tagens der Berliner Nationalversammlung 221. Hansemanns Agrarvorlagen 221. Widerstand gegen dieselben 222. Junkerparlament 223. Bismarck über die Agrarvorlagen und auf dem Junkerparlament 223. Ergebnisse des Junkerparlaments 226. Bismarck bei Hofe 226. Friedrich Wilhelms IV. Schwankungen 227. Bismarcks Eingreifen im September 1848 229. Erweiterung von Bismarcks Erfahrungen durch seine Beziehung zum Hofe 230. Bismarcks Ministerkandidatur 231. Bincke als Ministeranwärter 233. Kombination Beckerath 234. Kombination Alvensleben 236. Allmähliche Ermutigung des Hofes 236. Graf Brandenburgs Kandidatur 238. Sturz des Ministeriums Pfül 240. Bildung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel 240. Berliner Novembereignisse 1848 241. Die Frankfurter in Berlin 242. Landtag nach der Dezemberverfassung 243. Bismarcks Wahlprogramm 245. Eröffnung des Landtags Februar 1849 246. Bismarcks allgemeine Motive 246. Amnestie 247. Bismarck über den Gegensatz zwischen Kronwillen und Volkswillen 248. Bismarck und die Konservativen 249. Entwicklung der deutschen

Frage bis April 1849 252. Gegensatz zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Bismarck in der deutschen Frage 254. Friedrich Wilhelm und die Frankfurter Verfassung 256. Der preußische Landtag und die Frankfurter Verfassung 258. Erklärung Brandenburgs vom 21. April 260. Bismarck über die Frankfurter Verfassung 261. Entgegengesetzte Motive Bismarcks und Kleist-Retzows 263. Unmittelbarer Eindruck der Rede Bismarcks vom 21. April 264. Schluß des Landtags 265. Zerfahrenheit der Rechten 265. Dreikönigsbündnis 266. Abneigung Bismarcks gegen Radowitz 268. Hauptgrund derselben 270. Die Neuwahlen zum Landtag 271. Radowitz neben der offiziellen Regierung 272. Thronrede vom 7. August 1849 273. Bismarcks zwiespältige Motive im August 1849 274. Antrag Camphausen 276. Bülow und Radowitz über die Reichsverfassung 277. Erfolg von Radowitz' Rede 278. Die Redeschlacht vom 6. und 7. September 279. Bismarck in derselben 279. Anfängliche Unfruchtbarkeit des Landtags 282. Wandel darin 283. Bismarck betrachtet alle Fragen unter einheitlichem Gesichtspunkt 285. Bismarck und die allgemeinen Konstitutionsideen 286. Bismarcks Garantien für eine starke Königsgewalt 290. Bismarck und die Zivilehe 293. Allgemeinpolitische Gründe seiner Opposition 295. Bismarck und der Adel 296. Zusammensetzung der ersten Kammer 298. Bismarck für eine erbliche Pairie 301. Bismarcks Eintreten für das Heer 302. Bismarck für Erhaltung des Grundbesitzes 305. Bismarck und die Manteuffelschen Agrarvorlagen 309. Bismarck für Erhaltung des Handwerkerstandes 312. Bismarck über die Gewerbevorlagen 315. Bismarck für Zwangsinnung 316. Schlußbemerkungen über Bismarck auf dem Landtage 1849/50 317. Vorstoß der äußersten Rechten gegen die neue Verfassung 317. Scheitern des Vorstoßes 319. Die deutsche Frage seit Abschluß des Dreikönigsbündnisses 320. Berufung des Erfurter Parlaments 322. Bismarcks Kandidatenrede 322. Bismarck in Erfurt 323. Gründe für Bismarcks rege Beteiligung in Erfurt 326. Bismarcks Reformanträge zur Unionsverfassung 327. Wiederherstellung des Frankfurter Bundestags 330. Die Holsteinsche Frage 331. Der Kurhessische Verfassungsstreit 332. Radowitz Minister 333. Verhandlungen in Warschau 333. Radowitz' und Brandenburgs Ausscheiden aus dem Ministerium 334. Die Regierung nach dem Ausscheiden 335. Bismarck im Sommer 337. Bismarck über Radowitz' Sturz 339. Bismarcks Ansicht von der hessischen Frage 340. Bismarck und Kleist im Streit mit Gerlach 341. Bismarcks Ansicht von den Bedingungen eines Krieges 342. Bismarcks Verhandlungen in Berlin vor Eröffnung des Landtags 344. Thronrede vom 21. November 1850 345. Adreßausschuß der zweiten Kammer 346. Olmütz 347. Sitzung vom 3. Dezember 348. Bismarcks Olmützrede 349. Vertagung des Landtags 352. Charakter des Landtags nach der Vertagung 352. Bismarck über die Verordnung vom 16. Dezember 354. Bismarck über Mahl- und Schlachtsteuer und über Patrimonialgerichtsbarkeit 354. Bismarcks Bankbericht 355. Bankdebatte 360. Hansemanns Sturz als Bankchef 362. Ende des Landtags 362. Bismarcks Berufung nach Frankfurt 365. Anmerkungen 368. Alphabetisches Personenverzeichnis 372.

I. Bismarck bis zu seinem Eintritt in die politische Laufbahn.

In den Zeiten früheren Aberglaubens pflegte man nach der Stellung der Gestirne zu fragen, um hiernach den Verlauf eines beginnenden Menschenlebens vorauszusagen und einen Anhaltspunkt für Urteile zu finden, während die körperlichen und geistigen Fähigkeiten des jungen Erdenbürgers sich der Erkenntnis der Mitwelt noch entzogen. Für uns ist heute an die Stelle der Sterndeuterei die Erwägung getreten, welche Bedingungen nach den ganzen Zeitverhältnissen und nach seinem Familien- und Gesellschaftskreis dem neuen Menschen mit auf den Weg gegeben sind. Freilich ist der Spielraum, welchen solche Vorbedingungen für die Entfaltung der Charaktere und die Betätigung der einzelnen Persönlichkeiten gewähren, ein sehr großer und lassen sich deshalb aus derartigen Voraussetzungen nur recht unbestimmte Schlußfolgerungen auf die Zukunft ziehen. Immerhin aber darf die Mitgift, mit welcher uns die Natur durch die Zeit unseres irdischen Daseins, durch die Zugehörigkeit zu einer Familie mit ererbten Eigenschaften und Anschauungen ausgestattet hat, hoch eingeschätzt werden. Namentlich muß man nach solchen Dingen bei der Lebensbeschreibung eines Mannes fragen, der sich zwar früh selbständig entwickelt, der aber von Jugend auf seine Pflicht dahin aufgefaßt hat, gegebene Anlagen und Schranken nicht künstlich zu meistern, sondern anzuerkennen und fruchtbringend auszunutzen.

Nach dieser Richtung hin hatte bereits eine gütige Vorsehung Bismarck eine Reihe glücklicher Umstände zugesellt, die wesentlich mit zu seinen späteren Lebensschicksalen beigetragen haben. Bismarcks Geburtsstunde fiel in eine große, vielfach angeregte

und zugleich wieder das heranwachsende Geschlecht vielfach anregende Zeit. Es ist kein Zufall, daß gerade im zweiten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts so manche bedeutende Männer das Licht der Welt erblickt haben, die in Wissenschaft und Kunst, in Staat und Kirche, in Handel und Gewerbe bahnbrechend wirkten und hierbei stets die Größe ihres Vaterlandes im Auge hatten. Denn dieses Geschlecht stand auf den Schultern einer Generation, deren führende Geister fern dem Getriebe der ihnen nichtig dünkenden Kleinarbeit und Alltagswelt nach den großen Fragen der menschlichen Zweckbestimmung und Vervollkommnungsfähigkeit geforscht und zur Antwort auf dieselben die verschiedensten Seiten des irdischen Wissens und Könnens sich erworben hatten. Weder nach ihrer Neigung noch nach den politischen Verhältnissen hatten diese führenden Geister in der starken Weise wie ihre Nachkommen an den öffentlichen Angelegenheiten mitarbeitend teilgenommen, sondern Ehre und Macht Leuten und Gesellschaftsschichten überlassen müssen, welche von ihnen nicht für ebenbürtig anerkannt wurden und eine ihrem Denken fremde Welt lebten. Aber wie sie sich für die ihnen fehlende stetige Berührung mit Staat und Volk durch ein reiches Innenleben entschädigt hatten, so hatten sie auch für den Mangel an unmittelbarem Einflusse auf die großen Begebenheiten des Tages dadurch Ersatz gesucht, daß sie in einem kleineren Zirkel desto nachhaltiger wirkten, daß sie namentlich in ihren Kindern und Schülern gleichgesinnte und erfolgreichere Nachfolger des eigenen Werkes zu erziehen strebten. Die großen Ereignisse um die Wende des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts hatten die Saat, welche in langer und emsiger Arbeit ausgestreut war, aufgehen lassen. An sich übertrug die französische Revolution eine Reihe von Gedanken, die bis dahin nur grundsätzlich erwogen und in engeren Kreisen gepflegt worden waren, aus dem Gebiete allgemeiner Erörterungen auf das wirkliche Staatsleben und regte ihrerseits wieder zu Betrachtungen an, die den Geistesgrößen der früheren Zeit mehr oder minder fremd geblieben waren, weil diese an die unmittelbare Nutzanwendung ihrer Ideen unter der breiten Masse nicht gedacht hatten.

Doch wenn die Ereigniſſe und Strömungen des weſtlichen Nachbarreichs die Gebildeten unter den Deutſchen nur teilweiſe befriedigten und viele von ihnen in ihrer Abneigung gegen die Beſchäftigung mit politiſchen Dingen eher noch beſtärkten, ſo wuchſen ſeit dem Zuſammenbruch des alten Preußen die vereinzelten Anläufe zu einem mächtigen Strome. Zum erſten Male ſeit den Tagen der Reformation wurden die beſten Arbeitskräfte unſeres Volkes wieder aufgerufen, auch im Staate nicht nur Kärrnerdienſte zu leiſten, bei welchen ſie ihre wertvollſten Gaben nicht anwenden konnten, ſondern einen Neubau zu errichten, welcher die Spuren ihrer Gefühle und Meinungen auf die Nachwelt vererbte. Und ſie taten das mit dem vollen, ihnen durch die lange und ſtille Geiſtesarbeit angewöhnten Pflichtgefühl und mit dem Maßſtabe ihrer immer auf die höchſten Ziele ausgehenden Gedanken. Sie ſetzten ſich im großen und kleinen für die Aufgaben ein, vor welche ſie ſich geſtellt ſahen, ſie übertrugen auf alle ihre Handlungen und Beſtrebungen die großen Geſichtspunkte, die ſie ihrem umfaſſenden Ideenkreiſe entlehnten, jede einzelne ihrer Schöpfungen mußte einen beſtimmten Platz im weiten Rahmen ihres auf die menſchliche Vervollkommnung gerichteten Syſtems einnehmen und atmete deshalb einen univerſalen Geiſt. Wenn nach ſolchen Anſchauungen das Heerweſen umgeſtaltet, das Bürgertum zur ſelbſtändigen Ordnung ſtädtiſcher Angelegenheiten herangezogen, der einzelne Menſch, unbeirrt durch die bisherigen geſetzlichen und herkömmlichen Schranken, nach perſönlicher Fähigkeit und Neigung ſeinen Beruf in Staat und Militär, Handel und Gewerbe treiben ſollte, ſo ſchweiften die Blicke dieſer Reformpolitiker unwillkürlich ſtets hinüber von der unmittelbaren praktiſchen Tragweite ihrer einſchneidenden Maßregeln auf das ihnen vorſchwebende ſchließliche Ziel einer dauerhaften Förderung von Staat und Geſellſchaft.

So begegneten ſich in den ſchweren Jahren zwiſchen der Schlacht bei Jena und den Befreiungskriegen und in der Abſchüttelung des Fremdenjochs zum erſten Male die vorher unpolitiſche und außerhalb Preußens entſtandene freie Geiſtesbildung

des achtzehnten Jahrhunderts mit dem hauptsächlich durch die persönliche Hingabe seiner Fürsten geschaffenen, auf gegebenen Entwicklungsbedingungen durch den bewußten Willen seiner Obrigkeit organisch immer weiter ausgebauten preußischen Staate.

Eine außerordentliche Energie wurde durch diese Verbindung zweier bisher getrennter Elemente hervorgerufen und bekundete sich ihrerseits wieder in solch einzigartigen Wirkungen. Aber zu verschieden war die Entstehungsgeschichte dieser Elemente gewesen, um ihrer Vereinigung sofort Zusammenhalt zu verbürgen. Unter dem Drucke der napoleonischen Fremdherrschaft, unter der Empfindung von der notwendigen Befreiung des Vaterlandes hatten die Spitzen der preußischen Monarchie Volksklassen einen politischen Anteil eingeräumt, welchen sie gern rückgängig gemacht hätten oder welchem sie wenigstens nicht in vollem Umfange Dauer verleihen wollten. Andererseits hatten viele Menschen mit ihren Leistungen vor und in den Befreiungskriegen ihre Fähigkeit zur selbstlosen Förderung staatlicher Interessen und zur stetigen lebendigen Teilnahme an diesen erschöpft; daher blieb ihnen wohl der Wunsch, sich wie im letzten Jahrzehnte so auch fernerhin nach Bedarf und Gelegenheit im Staate betätigen zu können und Ansichten zu vertreten, nicht aber die Entschlossenheit, diesen Anspruch auch unter den veränderten Zeitumständen durchzufechten. In den süddeutschen Kammern wurde durch gemeinsame Arbeit mit der Regierung die Verbindung zwischen Geistesbildung und Staatspolitik erhalten; in Preußen dagegen trennten sich wieder die Wege und Interessen derer, welche sich den öffentlichen Angelegenheiten und welche sich den idealen Aufgaben von Kunst und Wissenschaft widmeten.

Aber darum gingen die Früchte der Befreiungskriege doch nicht verloren. Das Geschlecht, welches das Emporsteigen und den Niedergang Napoleons gesehen, hatte sich den Gedanken einer energischen Beihilfe zur Überwindung der vaterländischen Gefahr in schweren Kämpfen errungen. Das patriotische Gefühl war den Zeitgenossen noch nicht angeboren und anerzogen, aber nachdem es einmal geweckt war, bildete es einen wichtigen Bestand-

teil ihres geſamten Denkens. Wenn ſie von der Aufeinanderfolge der Generationen die allmähliche Beſſerung und den ſittlichen Fortſchritt der Menſchheit erwarteten und wenn darum ihr ganzes Weſen etwas Lehrhaftes an ſich hatte, ſo richteten ſolche Leute bei der Erziehung ihrer Kinder das Augenmerk vorzugsweiſe auf diejenigen Punkte, in welchen ſie ſelbſt ſo große Leiſtungen aufwieſen. Die Ernüchterung, welche dem Rauſche der Jahre 1806 bis 1815 folgte, war eher geeignet, die Neigung zur erzieheriſchen Vererbung der erworbenen Ideen zu ſteigern als zu vermindern. Denn falls der Schatz an Erfahrungen und Empfindungen, welcher der ſiegreichen Erhebung Deutſchlands verdankt wurde, nicht nutzlos vergraben werden ſollte, dann mußten die Väter, welche für ihn augenblicklich keine Verwendung hatten, deſto mehr ähnliche Geſinnungen in ihren Söhnen erwecken, damit dieſe in einer neuen ſchweren Stunde mit gleichem und nachhaltigem Erfolge auftreten konnten.

Für die Deutſchen, welche in dieſer Zeit geboren wurden, waren ſolche Entwicklungsbedingungen von größtem Werte. Sie verbürgten ihnen eine einheitliche Bildung mit nationalem Hintergrund. Jetzt erſt gewann die Tatſache, daß man die getrennten Gebiete des Rechtes, der Sprache, der Religion, des Staates und der Kirche, des alltäglichen Verkehrs als zuſammengehörige, ſich gegenſeitig ſtets beeinfluſſende und ſtets voneinander beeinflußte Äußerungen eines großen Volkslebens begriffen hatte, ihre volle praktiſche Geltung. Selbſt diejenigen, welche von Haus aus ſich den ſcheinbar unpolitiſchen Berufen hingegeben, welche ſich ihre Forſchungsgebiete im Altertum oder in den Naturwiſſenſchaften gewählt hatten, ſuchten und fanden Beziehungen zwiſchen ihren Wiſſens- und Arbeitszweigen und den allgemein vaterländiſchen Intereſſen und wollten ſich nicht mehr von der Gegenwart abwenden, ſondern gerade in ihr und für ſie wirken. Die Abſicht, das Heimatgefühl zu wecken und zu beleben, das Bewußtſein, daß die Erfüllung dieſer Abſicht und die idealen Berufspflichten miteinander übereinſtimmten, wurde die Triebfeder für diejenigen, welche ſonſt oft ſehr abweichende Parteimeinungen vertraten, und

bildete die Klammer zwischen den Angehörigen verschiedener Stände und der übrigens weit voneinander abliegenden Interessengebiete, welche noch nicht wie später durch Berufsspaltung und wissenschaftliche Arbeitsteilung in ihrer Tragweite gehemmt wurde. Durch dieses lebendige Nationalgefühl der großen Mehrheit unter den gebildeten Deutschen, welches deren ganze Ideenwelt und Handlungsweise beherrschte und den Zusammenhang mit der umfassenden Geistesrichtung ihrer Väter nicht verleugnete, gelang es jener Verbindung zwischen allgemeiner Bildung und preußischer Staatsüberlieferung, welche zunächst durch elementare äußere Ereignisse hervorgerufen worden war, dauernde Wurzeln zu schlagen im Herzen des Volkes und in den Amtsstuben der von der Volksstimmung beeinflußten Staatsmänner.

Wenn die Dauerhaftigkeit dieser Verschmelzung überhaupt den Charakter der Generation kennzeichnet, zu welcher Bismarck gehört, so machte sich diese Tatsache in Bismarcks Wesen früh auf eigenartige und selbständige Weise geltend. Wie zum Verwischen der Mainlinie nichts mehr beigetragen hat als das Übersiedeln von Familien in eine ihrer ursprünglichen Heimat entfernte Provinz des großen Vaterlandes und das Knüpfen verwandtschaftlicher Bande zwischen Norddeutschen und Süddeutschen, so war es für Bismarcks Entwicklung von großer Bedeutung, daß er von einem Elternpaare stammte, welches schon durch seinen Ehebund das Zusammenwachsen der beiden Wurzeln des deutschen Einigungswerkes uns verkörpert. Durch seinen Vater gehörte er einem Adelsgeschlecht an, welches in der Mark Brandenburg länger ansässig war als das regierende Königshaus. Soweit unklare Familienerinnerungen zurückreichten, hatte dieses Geschlecht auf einem damals heiß umstrittenen Boden für die Erhaltung und Erweiterung deutschen Machtbereichs gefochten und die erfolgreichen Kämpfe der Germanen mit den Slaven wurden wahrscheinlich die erste Quelle seines Besitzes. Gleich vielen anderen märkischen Adelsfamilien waren auch die Bismarcks geleitet vom Bewußtsein, daß sie ihre Stellung wesentlich mit durch persönliche Kraft sich errungen hatten. Die Überzeugung der eigenen

Tüchtigkeit und der Stolz auf hervorragende Leistungen blieb ihnen auch dann ein wesentlicher Charakterzug, als der Gang der Dinge und das Emporkommen der Hohenzollernschen Hausmacht den selbstherrlichen, mit den Fürsten oft zusammenstoßenden Machtbestrebungen der brandenburgischen Ritter nicht mehr den alten Spielraum verstattete. Hatte schon vorher die oft gefahrvolle Tätigkeit im Dienste der alten askanischen Markgrafen erheblich dazu mitgewirkt, in der Seele ihrer Vasallen den Eindruck einer besonders nahen Zusammengehörigkeit mit den Herren zu erwecken, so wurden solche Auffassungen erst recht genährt, als die gemeinsamen Schicksale in Krieg und Frieden an allgemeiner Bedeutung gewannen. Die wichtigsten Ereignisse im Leben der Bismarcks wie der meisten anderen märkischen Adelsfamilien standen in engster Beziehung mit der gesamten Geschichte des preußischen und deutschen Vaterlandes. Im Dreißigjährigen Kriege war das Schloß Schönhausen zerstört worden und hatte seitdem eine von der Vergangenheit sehr verschiedene, dem damaligen Zeitgeschmack entsprechende Gestalt angenommen. Namentlich aber hatten sich in den zahlreichen französischen Feldzügen und Kämpfen verschiedene Vorfahren Bismarcks beteiligt und seit den Zeiten der Hugenottenkriege jede der früheren Generationen wenigstens einen Kämpfer zur Verteidigung gegen die Franzosen geliefert. Gerade diese Tatsache prägte sich früh und nachhaltig Bismarcks Gedächtnis ein, denn die Empfindung von der deutsch-französischen Erbfeindschaft war in Bismarcks Brust wesentlich mit ein Ergebnis dieser nun schon durch mehrere Jahrhunderte fortgepflanzten Familienüberlieferung.

Die nächsten Vorfahren Bismarcks zeichneten sich nicht durch einen außergewöhnlichen persönlichen Einfluß auf die wichtigen Staatsereignisse aus. Sein Großvater Karl Alexander war durch den Willen Friedrichs des Großen Offizier geworden, ohne aber für diese Laufbahn Neigung zu besitzen und in ihr warm zu werden. Für den diplomatischen Beruf, welchem er sich von Haus aus widmen wollte, würde er die Freude an seinen Umgangsformen, Geschmack und einen für die damaligen Standesgenossen

seltenen Wissenstrieb mitgebracht haben. In Schönhausen wurden aus seiner Zeit ganze Jahrgänge französische Zeitungen und eigene Schriftstücke in elegantem Französisch aufbewahrt. Im Grunde aber war sein Sinn wohl von vornherein nicht auf ein Leben in der großen Welt gerichtet, sondern nach innen gekehrt. Der frühe Tod seiner Gemahlin scheint eine tiefe und dauernde Wirkung auf ihn ausgeübt zu haben. Obgleich von der wortreichen Lobrede, die er über die Dahingeschiedene abfaßte, ein guter Teil auf Rechnung der gesamten Zeitrichtung zu setzen ist, so offenbart sich in diesem Schriftstück doch eine tiefe Wehmut und das volle Bewußtsein von der Schwere des gerade für Karl Alexanders weiche Natur so besonders schmerzlichen Verlustes. Als die Mutter starb, war der älteste Sohn neun, der jüngste noch nicht ein Jahr alt. In einem solchen Alter mußte sich das Fehlen des mütterlichen Einflusses bei der Erziehung der Kinder bemerkbar machen. Die Eigenart Karl Alexanders war außerdem am wenigsten geeignet, diesen Mangel durch persönliches Einleben in die dem männlichen Geschlecht sonst fremden Aufgaben auszugleichen. Um das beste, was er besaß, seinen Söhnen mitzuteilen, dazu hätte es von vornherein einer viel größeren Reife, eines tieferen Verständnisses bedurft, als dies bei Knaben in zartem Alter vorausgesetzt werden kann, und überdies hatte Karl Alexander im praktischen Leben zu wenig erreicht, als daß er aus äußeren Gründen die Heranbildung der Kinder zu gleichgesinnten und gleich interessierten Menschen für sein wichtigstes Ziel hätte ansehen müssen. So wuchsen die Kinder ohne Berührung mit den schöngeistigen Liebhabereien des Vaters heran, in Anschauungen und Lebensweise vor allem beeinflußt durch das Leben in der Natur und durch den Verkehr mit der ländlichen Umgebung. Was für Karl Alexander Gehorsam gegen einen unerwarteten fürstlichen Befehl gewesen, erschien bei den Söhnen als selbstverständliche Folge ihres von jeher geübten Tuns und Treibens. Es bedurfte nicht erst der gewaltigen Erregung Preußens im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, um Karl Alexanders Söhne in diejenige Laufbahn zu verweisen, in welche sich dieser nur widerwillig gefügt hatte.

Zwei von ihnen ſtarben während der Befreiungskriege, darunter einer an den in der Völkerſchlacht erlittenen Wunden, der dritte war 1813 Kommandant von Leipzig und brachte es ſpäter bis zum Generalleutnant. Der vierte und jüngſte, Ferdinand, der Vater des ſpäteren Reichskanzlers, nahm als Rittmeiſter ſeinen Abſchied und wurde ſpäter der Typus eines märkiſchen Landedelmanns. In ſeinem geſellſchaftlichen Verkehr mit den Jahren durch Schwerhörigkeit beeinträchtigt, war er ein großer Verehrer des Weidwerks. Obgleich er in Fähigkeiten und Intereſſen ſeinem Vater wenig glich und überhaupt kein geiſtig beſonders hervorragender Mann war, laſſen ſich gewiſſe Ähnlichkeiten mit Karl Alexander nicht verkennen. Von dieſem hatte Ferdinand die reichen Gemütsanlagen geerbt und würzte die Unterhaltung durch einen aus dem Herzen quillenden Humor. Gleich ihm kein Freund ausgedehnter Geſelligkeit und einer großen Rolle in der Welt, hatte er ein warmes Gefühl für diejenigen, welche ihm menſchlich naheſtanden, bildete er auch nach ſeiner ganzen Stimmung und Zuneigung den Mittelpunkt des Kreiſes, der auf den damaligen märkiſchen Landſitzen eine abgeſchloſſene Welt auszumachen pflegte. Mit großer Liebe hingen die Gutseingeſeſſenen und Dienſtperſonen an ihm. Durch das Vertrauensverhältnis, welches mit dieſen Bismarcks Großvater und Vater begründet hatten, waren ſie auch innerlich dem Hauſe ſo nahe getreten, daß aus ihren Erzählungen der junge Otto die erſten Kenntniſſe ſeiner Familien- und Heimatgeſchichte erfuhr. Für den künftigen Staatsmann war das ein erzieheriſches Moment von großem Werte. Die naive, ſchlichte und treuherzige Weiſe, mit welcher Leute von ſolchem Bildungsgrade ihre eigenen Erlebniſſe und das, was ſie von der Vergangenheit zu ſagen wußten, ſchilderten, blieb in der Seele des Knaben lebendig haften und verſchaffte ihm neben einer warmen natürlichen Teilnahme am Gegenſtande ſolcher Berichte ein bleibendes Gefühl für die engen perſönlichen Beziehungen zwiſchen den Eltern und deren Umgebung. Dieſen einfachen Menſchen, welchen er zeitlebens eine warme Freundſchaft bewahrte, verdankte es Bismarck zum großen Teil, daß ihm das

Landleben auf den väterlichen Gütern als eine kleine harmonische Welt für sich erschien.

Während Bismarck durch seine väterliche Abstammung einem angesehenen märkischen Adelsgeschlechte angehörte, in dessen Überlieferungen er früh eingeweiht wurde, vermittelte die Mutter Luise, die hinterlassene Tochter des Kabinettsrats Menken, seine Beziehungen zu den geistigen Bestrebungen der letzten anderthalb Jahrhunderte. Die Menken waren ursprünglich eine in Oldenburg angesessene Kaufmannsfamilie, von welcher einzelne Mitglieder in der städtischen Verwaltung sich ausgezeichnet hatten. Später aber hatten sich verschiedene ihrer Sprößlinge dem Gelehrtenberufe zugewandt und namentlich an den Universitäten Leipzig und Helmstädt eine hervorragende Stellung eingenommen. Der bekannteste unter ihnen war Otto, seit 1669 Professor der Moral und Politik in Leipzig, einer von denjenigen, die mit am frühesten die damals modernen Anschauungen der Holländer in Deutschland einbürgerten und den Vorlesungen über Philosophie und Staatsrecht die Werke des Hugo Grotius zugrunde legten. Bekannter als diese Verdienste auf rein wissenschaftlichem Gebiete ist sein erfolgreiches Bestreben, in weiteren Kreisen Sinn für höhere literarische Bildung zu wecken und Verständnis für die Kulturfortschritte zu verbreiten. Damals kam wöchentlich eine Leipziger Gesellschaft zusammen, welche die neuesten Erscheinungen unter sich erörterte, und diese bestimmte Menken, angeregt durch das französische Beispiel des Journal des savants, zur Drucklegung ihrer Besprechungen. Um weitere Mitarbeiter an seinem Unternehmen zu gewinnen, reiste er selbst nach Holland und England, knüpfte auch mit französischen Gelehrten an und stand bald in regem Briefwechsel mit vielen bedeutenden Männern seiner Zeit. Seit 1682 erschienen in monatlichen Heften die acta eruditorum, der erste in Deutschland gewagte Versuch eines Überblicks über das ganze geistige Leben. Diese kritische Zeitschrift, welche es trotz ihrer unbeholfenen Form auf mehr als hundert Bände brachte, wurde ein Erbstück der Familie. Ottos Sohn Burkhard war früh in die väterlichen Fußstapfen getreten,

hatte bereits mit 24 Jahren auf ausgedehnten Wanderschaften nach England und Holland einen nahen Verkehr mit den hervorragendsten dortigen Männern begonnen und wurde in Leipzig Professor der Geschichte; auch er war namentlich vom Bemühen um allgemeine Verbreitung von Fachkenntnissen geleitet. Nach seinem Tode übernahm wiederum sein Sohn die Herausgabe der Zeitschrift.

Mit diesem Zweige der Familie berührten sich die unmittelbaren Vorfahren der Mutter Bismarcks nicht nur verwandtschaftlich, sondern auch ihren Neigungen nach aufs engste. Ottos Vetter Lüder war gleich jenem aus dem Kaufmannsstande herausgetreten und hatte ebenfalls in Leipzig seine zweite Heimat gefunden; er starb dort als angesehener Professor des römischen und sächsischen Rechts und sein Wirken an der Universität fiel zeitlich mit demjenigen Ottos, teilweise auch noch mit dem Burkhards zusammen. Zwar erreichte er seine beiden Vettern nicht an vielseitiger Gelehrsamkeit und an breitem öffentlichen Wirken, dennoch war auch sein Einfluß stark genug, um seine Nachkommen in die neue, den Vorfahren unbekannte Laufbahn zu drängen. Sein Enkel Gottfried Ludwig war, trotzdem er kein hohes Alter erreichte, der erste Professor der Helmstädter Juristenfakultät und Beisitzer des herzoglich braunschweigischen Hofgerichts. Dessen Gemahlin war eine Frau von großer Gewandtheit, Energie und einem gewissen Ehrgeiz, die Zukunft ihrer Söhne in einer möglichst günstigen Weise zu bestimmen; sie besaß also ähnliche Eigenschaften, wie ihre Enkelin, die Mutter Bismarcks. Ihr Wunsch wäre gewesen, daß ihr Sohn Anastasius Ludwig in die Fußstapfen des Vaters treten und Rechtsgelehrter werden sollte. Der junge Menken fand aber keinen Geschmack am juristischen Studium, verließ sehr gegen den Willen der Mutter, welche auch die erwachsenen Söhne noch nach ihrem Willen zu lenken strebte, kurz vor der Prüfung die Universität Helmstädt ohne alle Aussicht und auf gut Glück, kam 1775 nach Berlin und fand dort durch einen Freund der Eltern bei einem angesehenen Rechtsanwalt als Hauslehrer und Abschreiber Unterkunft. Durch einen Zufall

gelangte er in Beziehungen zum Minister des Äußeren, Grafen Hertzberg, wurde von diesem in der geheimen Kanzlei angestellt und trat damit in die diplomatische Laufbahn ein. Als Gesandtschaftssekretär in Stockholm, wo er fünf Jahre weilte, löste er eine heikele familiäre Aufgabe mit solchem Geschick, daß er das Auge des Geheimen Kabinettsministers Finkenstein auf sich zog und durch diesen Friedrich dem Großen als die tüchtigste Persönlichkeit zum Dechiffrieren der Depeschen vorgeschlagen wurde. So kam Menken 1782 in unmittelbare Verbindung mit dem König und der Eindruck dieser Verbindung blieb seinem Gedächtnis lebendig. Sehr bald wurde er vom Monarchen mit dem ungleich wichtigeren Auftrage der Abfassung von Kabinettsbefehlen betraut und infolge seiner großen Brauchbarkeit und Geschäftserfahrung unter Friedrich Wilhelm II. in fast allen Zweigen der Zivilverwaltung verwendet. Doch in den damaligen Zeiten der frömmelnden Rechtgläubigkeit wegen geheimer Irrlehren und Umtriebe verdächtigt, geriet er mit dem Minister Schulenburg aneinander und mußte 1792 vom französischen Feldzug, wohin er den König begleitet hatte, nach Potsdam zurückkehren. Von nun an bezog er zwar seinen alten Gehalt weiter, wurde aber nur noch wenig in Staatsgeschäften verwendet. Es gereichte seinem Charakter zur Ehre, daß er die Muße benutzte, um sich desto mehr in die Staatswissenschaften und die preußische Geschichte zu vertiefen, und daß er nicht der Versuchung erlag, sich durch Enthüllungen und Verdächtigungen auf Kosten seiner Gegner wieder in die Höhe zu bringen. Doch stammte gerade aus jener Zeit eine der wichtigsten politischen Arbeiten Menkens, die von ihm entworfene Instruktion für die Verwaltung von Südpreußen, zugleich ein fesselndes Glaubensbekenntnis des Verfassers, welcher vor allem danach trachtete, Kultur, Industrie und Bevölkerung zu heben und namentlich auch das Verständnis der Anschauungen und Interessen des Volkes zur Grundlage der Beamtenregierung zu machen. Als Friedrich Wilhelm III. den Thron bestieg, war Menken derjenige Mann, welcher am besten die Anknüpfung des neuen Regiments an friederizianische Überlieferungen vermitteln

konnte. Schon vor dem Tode des Vaters hatte der neue König mit Menken über die damalige Verfassung und Geschäftsverwaltung des geheimen Kabinetts gesprochen. Menkens Gesundheit war bereits eine zu geschwächte, als daß er nochmals in volle Tätigkeit zu treten oder gar ein entscheidender Staatsmann der neuen Ära zu werden vermochte. Er mußte sich begnügen, die wünschenswerten Gesichtspunkte zu empfehlen, gelegentliche Ratschläge zu erteilen, Persönlichkeiten für Geschäfte vorzuschlagen, zu denen seine eigene Kraft nicht mehr ausreichte.

Unter den näheren Vorfahren Bismarcks war Anastasius Ludwig Menken jedenfalls der bedeutendste. In einem Nachruf auf ihn heißt es: „Menken war von mittlerer Größe, mit einem freundlichen Zug im Gesicht und sanftem Lächeln, wenn er mit Freunden sprach. Deutsch schrieb er klassisch, liebte die schöne Literatur, war im Umgange äußerst gefällig und ein angenehmer Gesellschafter, scherzhaft, wo es hingehörte, und mit Witz und Laune begabt. Er besaß viele Gegenwart des Geistes und Gewandtheit im passenden Ausdruck. Da er einst gegen jemand, der den näheren Zutritt zu König Friedrich Wilhelm II. hatte, die Bemerkung machte, es schiene, daß der König mit ihm nicht zufrieden sei, und dieser ihm erwiderte: Se. Majestät halten Sie für einen Jakobiner, antwortete er sogleich mit Lebhaftigkeit: Ein Niederträchtiger, der das dem König gesagt hat, ein Schwacher, der es glaubt, und ein Feiger, der es besser weiß und nicht widerspricht. Über das alles aber und, was am Ende der menschlichen Laufbahn mehr gilt als alles, was er an Geistesvorzügen besaß, war Menken ein treuer Staatsdiener, ein zärtlicher Gatte und liebreicher Vater."

Die nachgelassene Tochter des Kabinettsrats, Luise Wilhelmine, war beim Tode ihres Vaters elf Jahre alt. Ihre ersten Erinnerungen reichen in eine Zeit, wo dieser sich um die besten Erfolge seiner Arbeitstüchtigkeit betrogen sah und zunächst kaltgestellt, nach seiner endlichen vollkommenen Wiedereinsetzung einem schnellen körperlichen Verfall entgegeneilte. Bei der Frühreife und raschen Auffassungsgabe, welche Luise Wilhelmine mit

vielen ihrer Vorfahren teilte, darf man annehmen, daß trotz ihrer Jugend diese Erlebnisse nicht spurlos an ihr vorübergegangen sind. Jedenfalls brachte sie, als sie kaum sechzehnjährig Ferdinand von Bismarck heiratete, die in ihrer Familie herkömmliche Überzeugung mit, daß die eigenen Erfolge, die persönlichen Verdienste und Beziehungen über den Wert eines Menschenlebens entscheiden. Mit solchen Anschauungen zeigte sie sich trotz des Altersunterschiedes von sechzehn Jahren, um die sie jünger als ihr Mann war, diesem sehr bald überlegen. Während letzterer mehr Sinn für die Gemütlichkeit hatte, wurde sie in der Familie der bestimmende Geist. Aber ihr Augenmerk und Ehrgeiz beschränkte sich nicht auf diese Rolle. Sie wollte, wohin sie kam, glänzen, sich zur Geltung bringen, als eine Größe, mit welcher gerechnet werden müsse, angesehen werden; sie wünschte überdies die mannigfachsten Anregungen zu genießen, die ihr das Landleben und der Verkehr mit den Gutsnachbarn nicht bieten konnte. Bei solchen ihren Charaktereigenschaften ließ sich wohl eine ohne Stürme verlaufende, nicht aber eine von tiefem gegenseitigem Verständnis getragene Ehe voraussetzen. Auch verschlimmerten derartige Neigungen Luisens die ohnehin durch die Kriegsereignisse stark beeinträchtigten Geldverhältnisse. Denn nicht nur pflegten die Eltern Bismarcks während des Winters mehrere Monate in Berlin zuzubringen und einen kostspieligen städtischen Haushalt einzurichten, sondern sie unternahmen, besonders als die Mutter zu kränkeln anfing, teuere Badereisen. Zudem gingen die Einnahmen aus den Gütern fast stetig zurück; denn Luise Wilhelmine erstreckte auch auf die Landwirtschaft ihre Sorgfalt, ohne aber hierfür die nötige Vorbildung und namentlich ohne Verständnis für die erforderliche Stetigkeit eines großen Gutsbetriebs zu besitzen. In einem Gesichtskreis aufgewachsen, in welchem die Menschen die Welt um sich mehr zu meistern als sich ihr zu fügen liebten und höchstens aus Zweckmäßigkeit vorübergehend den gegebenen Verhältnissen sich anpaßten, studierte sie die verschiedensten Systeme und Verbesserungen, wollte das, was ihr davon gut dünkte, sofort eingeführt wissen, zerrüttete durch häufige Experimente und den

Wechsel der Grundsätze in der Gutsverwaltung den wirtschaftlichen Wohlstand.

Einer derart veranlagten Dame behagte nicht der Gedanke, daß ihre Kinder ähnlich deren nächsten männlichen Vorfahren in Zurückgezogenheit leben sollten. Luise Wilhelmine erträumte für ihre Söhne eine auch an äußerlichen Ehren reiche Zukunft. Die Empfindung, daß sie wegen ihres bürgerlichen Ursprungs in den adligen Kreisen, wo sie verkehrte, nicht für ganz voll angeschaut wurde, stachelte diese Wünsche weiter an. Mit dem entschiedenen Willen, mit welchem Leute ihrer Lebensart damals über Menschen und Dinge nach persönlichem Ermessen zu bestimmen pflegten, nahm sie den älteren, Bernhard, für das Landratsamt, den jüngeren, Otto, für die diplomatische Laufbahn in Aussicht. Man darf annehmen, daß sie mit Scharfblick schon früh die raschere Auffassungsgabe und größere Gewandtheit des jüngeren Sohnes erkannt hat. Freilich hat sie selbst die Erfüllung ihrer Herzenswünsche nicht erlebt. Denn so sehr sie von Jugend auf in ihren Kindern denselben Ehrgeiz, welcher sie selbst beseelte, zu erregen strebte, so hat es mancher Umwege und Zufälle bedurft, ehe namentlich Otto in dem ihm von der Mutter zugedachten Berufe landete. Vielleicht würde Bismarck, sich selbst überlassen, eher die militärische Laufbahn seines Großvaters und Vaters eingeschlagen haben.

Zunächst wurde auf Veranlassung Luise Wilhelmines ein Schritt getan, welchen Bismarck schon damals schmerzlich empfunden und dauernd als einen Mißgriff bezeichnet hat. Schon nach ihrer ganzen Herkunft und Anschauung mußte die Mutter auf die sorgfältige Erziehung ihrer Kinder das größte Gewicht legen, ganz besonders, wenn sie dieselben aus der Enge des väterlichen Heims herausreißen und auf höhere Würden vorbereiten wollte. Zur Anstellung eines eigenen Hauslehrers würde schon das Vermögen nicht ausgereicht haben. Abgesehen davon hat aber wohl die Mutter früh erkannt, daß, um die ihr erwünschten Ansichten und Bestrebungen in den Kindern zu wecken, sie die letzteren aus der Umgebung des Vaters losreißen und in einen

Kreis von Altersgenossen bringen müsse, welche nach ihrer ganzen Herkunft und Bestimmung die jungen Bismarcks zur Verfolgung der ihnen von der Mutter gesteckten Ziele zu ermuntern geeignet waren.

Die Erziehungsanstalt des Professors Plamann erfreute sich damals der besonderen Gunst der preußischen Behörden. Schon Wilhelm von Humboldt hatte ihr als Leiter des Unterrichtswesens sein hervorragendes Wohlwollen bekundet und in seinem großen Plane einer im menschlichen und politischen Sinne besseren Jugendbildung einen wichtigen Platz eingeräumt. Humboldt begrüßte Pestalozzis Idee, den Schülern nicht sowohl einen möglichst großen Stoff toten Wissens beizubringen als vielmehr dieselben zum eigenen Nachdenken, zum selbständigen Üben und Arbeiten anzuleiten und ihnen Anregungen auf den Weg zu geben. Von der Übertragung solcher Gesichtspunkte auf den Berliner Boden versprach er sich zugleich in den Zeiten, wo überhaupt der Wunsch erwachte, das gebildete Bürgertum an den öffentlichen Geschäften zu beteiligen und dadurch für das Wohlergehen des Staates zu interessieren, die künftige Förderung des Gemeinwohls durch das Zusammenwirken vieler gleich patriotischer, aus eigenem Können und Wissen schöpfender Männer. So wurde das Plamannsche Institut, dessen Begründer selbst mehrere Jahre bei Pestalozzi gewesen war und fortdauernde Beziehungen zu Schweizern pflog, nicht direkt eine Staatsschule, aber doch außerordentlich vom Ministerium unterstützt. Letzteres unterhielt am Institute stets eine Reihe junger Lehrer, welche hier die Grundzüge und Feinheiten der neuen Methode kennen lernen und später in den verschiedensten Teilen Preußens verbreiten sollten. Die Bedeutung der Plamannschen Anstalt als einer Art praktischen Seminars für solche angehende Lehrer wurde noch dadurch gehoben, daß ihr 1812 das Haugwitzsche Palais mit seinen schönen Räumen und ein für jene Zeiten reicher Anschauungsapparat an Mineralien, Abbildungen, Karten und anderen Unterrichtsmitteln zur Verfügung gestellt ward. Natürlich benutzten die Gönner Plamanns die von ihnen zur Musterschule gestempelte Anstalt vor allem

auch für die eigenen Kinder. Sprößlinge der angeſehenſten heimiſchen und auswärtigen Familien, namentlich auch hoher Staatsbeamten zählten zu Plamanns Schülern, darunter auch der Sohn Wilhelm von Humboldts. Einer Mutter, die ſo zäh und zielbewußt auf ein glänzendes Leben ihrer Knaben hinausſtrebte, mochte wohl der Gedanke entſtehen, dieſe könnten nicht frühzeitig genug mit dem von oben her gewünſchten Geiſte erfüllt werden und es werde für ſie von Vorteil ſein, wenn ſie ſchon in ſo jungen Jahren mit gleichaltrigen und hoffnungsvollen Söhnen der beſten Familien in nahen Verkehr träten.

Bismarck hat die Tatſache, daß er ſchon mit ſechs Jahren aus dem Hauſe kam und nur während der Ferien und während des Berliner Winteraufenthaltes ſeiner Eltern bei dieſen wohnen konnte, lebenslänglich als einen unnatürlichen und vorzeitigen Durchbruch der Familiengemeinſchaft betrachtet. Das ſchließt aber nicht aus, daß Bismarcks frühe Unterkunft bei fremden Leuten beſtimmte, für ſeine Richtung und Charakterbildung bleibend wichtige Folgen gehabt hat. Schon daß ſich wegen des Aufenthalts bei Plamann eine tiefe Unzufriedenheit in Bismarcks Gemüt einfraß, war nicht ohne Bedeutung für ſein ganzes Werden, und die Wirkungen dieſes Eindrucks waren keineswegs nur ſchädlicher Art. Von der Mutter mochte das Kind die Anlage geerbt haben, ſich über Perſonen und Dinge, die ihm auf dem Lebenswege begegneten, eigene Gedanken zu machen und keine fremden Maßſtäbe aufdrängen zu laſſen, die Frühreife begünſtigte an ſich die raſche Entfaltung ſeiner Anlage. Hierzu kam nun die an keinem Kinde ſpurlos vorübergehende Verſetzung auf einen fremden Boden. In einem Alter, wo ſich Kinder ſonſt der beſonderen Sorgfalt ihrer Eltern erfreuen, von dieſen in der erſten Entwicklung ihres Geiſtes und Charakters gehütet werden und dies mit einem faſt blinden Vertrauen zu Vater und Mutter belohnen, gewöhnte ſich Bismarck auch den Eltern gegenüber an eine unabhängige Anſicht. Allerdings genügte auch ſeine Reiſe noch nicht, um mit einer gewiſſen Unbefangenheit Vorzüge und Nachteile ſeiner jetzigen Lage gegeneinander abzuſchätzen. Das Ergebnis ſeiner Erwägun-

gen floß weit mehr aus unbewußter Empfindung wie verstandesmäßiger Überlegung. Die ungünstigen Erfahrungen wurzelten so tief in Bismarcks Seele, daß zur Auffassung der guten kein Raum blieb. Auch hat Bismarck, als er noch in späten Jahren seinen tiefen Groll über den Aufenthalt bei Plamann offenbarte, hierbei in erster Linie sich die Erinnerung an die äußeren Härten, nicht an die inneren Gesichtspunkte der Erziehungsmethode bewahrt und, soweit er über die letzteren später nachgedacht hat, sie vorzugsweise aus den gefühlten abstoßenden Einseitigkeiten und Übertreibungen abgeleitet, nicht aber umgekehrt diese aus jenen. Nichtsdestoweniger bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Bismarck durch sein Verbringen in die Plamannsche Anstalt schon als Knabe kritisch geschult worden ist.

Der Tadel, welchen Bismarck noch nach langen Jahren in scharfe Worte kleidete, richtete sich namentlich gegen einen Mangel, der vielen Zeitgenossen anhaftete, gegen die Vergewaltigung der menschlichen Persönlichkeit durch störende Eingriffe, welche nicht tieferer Erkenntnis der natürlichen Lebensbedingungen und Anlagen, sondern bestimmten, von vornherein gefaßten Grundsätzen entsprangen. Diese Zusammenhänge waren natürlich dem sechs- bis zwölfjährigen Knaben nicht gegenwärtig, aber schon damals offenbarten sich ihm gewisse augenfällige Erscheinungen durch einen Vergleich zwischen Elternhaus und Schule. Was das Kind vor allem abstieß, war die rauhe spartanische Zucht. Die Zeit der Befreiungskriege legte den Erziehern die Auffassung nahe, nicht nur ein geistig und politisch hochstrebendes, sondern auch ein körperlich gestähltes Geschlecht heranzubilden, welches die Waffentaten von 1813—15 fortsetzen konnte. Zu diesem Zwecke wählten die Lehrer nicht immer die tauglichen und namentlich nicht die für ein zartes Kind tauglichen Wege. Die sorgfältig geleiteten Turnstunden, die namentlich aus England entlehnten Jugendspiele gehörten zu den besonderen Vorzügen der Anstalt, aber sie wurden teils übertrieben, teils gingen neben ihnen auch andere für Kinder an sich weniger geeignete Maßnahmen einher. Man wollte die Knaben abhärten und namentlich auch von vornherein

an Entbehrungen gewöhnen, damit ſie als Vaterlandsverteidiger widerſtandsfähiger wären. Deshalb wurden dieſelben der Kälte ausgeſetzt, ſie wurden beſonders auch übertrieben einfach und oft ſogar abſichtlich ungenügend ernährt. Um alle dieſe Heilmittel den Zöglingen ſchmackhaft zu machen, dazu hätte es neben einer ſparſamen Anwendung auch eines den Kindern eingepflanzten unerſchütterlichen Vertrauens, einer in ihnen erregten inneren Luſt an ſolchen ſoldatiſchen Sitten bedurft. Hier aber verſagte Plamanns Schule, wenigſtens für die Eigenart des kleinen Bismarck. Wohl trug die ganze Anſtalt einen familiären Charakter; der enge Verkehr zwiſchen Lehrern und Schülern, die großen, ſich oft über mehrere Tage erſtreckenden gemeinſamen Ausflüge, welche ſich auf eine für die damaligen Verkehrsverhältniſſe erhebliche Entfernung ausdehnten, die vielen perſönlichen Erlebniſſe, deren Schilderung Plamann ſelbſt in ſeine Stunden, namentlich in den Religionsunterricht einzuſtreuen pflegte, ſchufen ein gemeinſames Band für alle und begründeten eine Schaffensfreudigkeit, welcher ſelbſt Männer, die ſpäter in ihren Anſchauungen mit Plamann weit auseinanderkamen, ein dankbares Andenken bewahrt haben. Indeſſen paarten ſich dieſe Eigentümlichkeiten mit anderen, welche für Bismarck etwas Befremdendes hatten und darum die Lichtſeiten in den Hintergrund drängten, und überdies hatte ſich das Kind ſchon viel zu ſehr mit Trotz und Unbehagen erfüllt, um für die guten Einrichtungen der Schule hinreichend empfänglich zu ſein. Schon in den Augen des Kindes hatten die Bemühungen der Lehrer, die Anſichten der Freiheitskämpfer den Zöglingen einzuimpfen, etwas Krampfhaftes und Gemachtes. Wie ein religiöſer Lehrſtoff wurde den Schülern ein glühender Haß gegen die Franzoſen und der ſich in der Ablehnung aller Standes- und Klaſſenunterſchiede offenbarende allgemeine Volksgeiſt eingeprägt. Hierbei wurde nicht immer mit der erforderlichen ſchonenden Rückſicht auf die beſonderen Bedürfniſſe jedes einzelnen Kindes verfahren. Derartiges ließ ſich auch von den oft noch jugendlichen Lehrern, die ſelbſt vom Strome der Begeiſterung hingeriſſen wurden und ihrer Aufgabe mehr

im Herzensdrang als mit abgeklärtem Verstande dienten, nicht erwarten. Der Unwille des Kindes, welches daheim durch den Verkehr mit schlichten Leuten den Wert der persönlichen engen Beziehungen zwischen Herrn und Gutspersonal und die Anhänglichkeit des letzteren an seine Familie kennen lernte, bäumte sich auf gegen die ihm von vornherein schon mißfälligen Lehrer, welche solche Zustände als den nicht mehr lebensfähigen Überrest vergangener Zeiten ansahen und darum zum Niederreißen beitragen wollten. Die Lehrer aber ihrerseits erblickten in Bismarcks offenem oder verhohlenem Widerspruchsgeist die Anfänge jenes junkerlichen Hochmutes, welchen sie für die jüngst überstandenen Schicksalsschläge des Vaterlandes verantwortlich machten, und glaubten aus allgemein erzieherischen wie aus politischen Gründen bei Zeiten dem kleinen Otto mit Strenge und Strafen solche Gesinnungen austreiben zu müssen. Die Folge dieses Einschreitens auf Bismarcks Gemüt war nur wachsende Verbitterung und stetige Verletzung seines persönlichen Feingefühls.

Aber diese rauhe Schale barg einen für Bismarcks Charakterbildung wertvollen Kern. Im Verkehr mit Fremden, durch den Wechsel zwischen Pension und Heimat, durch das gespannte Verhältnis mit den Lehrern, welches den Knaben früh auf sich selbst stellte, ist dieser eher herangereift, wie dies sonst der Fall gewesen wäre. Er konnte Gymnasium und Universität viel zweckmäßiger als der Durchschnitt der Besucher dieser Anstalten für seine persönlichen Bedürfnisse ausnützen, dadurch war es ihm vergönnt, daß er auf diese Jahre nicht als auf eine verlorene Zeit zurückblicken brauchte, daß er seinen Lehrern auf dem Gymnasium dauernd dankbar blieb. Aber nicht bloß die Tatsache einer früheren geistigen Selbständigkeit an sich, sondern auch die ganze Richtung seines späteren Urteilens wurde durch Bismarcks Aufenthalt bei Plamann gefördert, wo nicht begründet. In seinem Mißmut über die erlittene Behandlung grübelte er nach den Ursachen, welche die Lehrer bestimmt hatten, legte sich Rechenschaft ab über die gemachten Fehlgriffe und ihre Tragweite, vertiefte seine gesamte Anschauung. Damals tat er un-

bewußt die erſten Schritte, die ihn zu ſeiner ſpäteren Meinung vom beſchränkten Wirkungskreis eines Staatsmanns führten. Denn die Überzeugung, daß Menſchen und Dinge, Staaten und Familien wie die Früchte aus beſtimmten Keimen entſprießen, daß man die Regeln ihres Wachstums erkennen müſſe, nicht aber ihnen beliebige Geſetze aufzwingen und Treibhauspflanzen züchten dürfe, war eine ſelbſterrungene, früh am eigenen Leibe gemachte Erfahrung.

Schon wenn die Jahre bei Plamann nichts weiter gewirkt hätten als dieſe Auffaſſung in Bismarcks Innerem zu befeſtigen, ſo würde ihnen ein allerdings ungewollter, aber trotzdem wichtiger Anteil an ſeiner Entwicklung gebühren. Indes wäre es falſch, den Grundſätzen der Anſtalt überhaupt nur einen negativen Einfluß auf Bismarcks Werden zuzuſchreiben. Gewiß kam für dasſelbe das Zuſammenleben ſo vieler gleichalteriger Zöglinge unter der Leitung von Lehrern, die mit Freiheitsgefühl und Nationalbewußtſein den Zöglingen ihre beſten Erfahrungen glaubten mitteilen zu müſſen, nicht zur vollen Geltung. Indes die Auswüchſe und die Aufdringlichkeit der Lehrweiſe ſtörten wohl das Gedeihen der jungen Pflanze, vermochten dasſelbe jedoch nicht durchaus zu hindern. Wenn Otto auch von den Kameraden, die an ſeiner adligen Abſtammung ſich ſtießen, durch eine tiefe Kluft getrennt wurde und deshalb aus der Möglichkeit eines engen Verkehrs nicht den nötigen Nutzen zog, wenn er auch mit Mißtrauen gegen Anſchauungen erfüllt wurde, die ihm gewaltſam und übertrieben beigebracht wurden und ſich im Widerſpruche zu ſonſtigen Empfindungen und außerhalb der Anſtalt gemachten Wahrnehmungen befanden, ſo blieben doch genug Eindrücke übrig, welche ſich in die Anlagen und ſonſtigen Erlebniſſe des Knaben harmoniſch einfügten.

Große Frühreife, eine für ein ſolches Alter ſeltene Unbefangenheit des Urteils und Selbſtändigkeit im Lernen und Denken, aber auch ein ſtarker Einfluß der damals herrſchenden nationalen Stimmungen begleitete demnach Bismarck ſchon in ſeine Gymnaſiaſtenlaufbahn. Zunächſt wurde er im Herbſt 1827 in das

Friedrich Wilhelmsgymnasium aufgenommen. Auch zu seinen Eltern trat er in ein etwas innigeres Verhältnis, weil dieselben jetzt einen größeren Teil des Jahres wie früher in Berlin verbrachten. Während ihrer Abwesenheit kam er ins Alumnat, dessen Leitung dem Oberlehrer Bresemer übertragen war, einem zwar strengen, aber dabei außerordentlich wohlwollenden und gerechten Lehrer, der Jahrzehnte hindurch eine der charakteristischsten Erscheinungen des Gymnasiums war. Am 4. Mai 1830 vertauschte er dasselbe mit dem Grauen Kloster, weil er zu Professor Prevost auf der Königstraße in Pension kam.

In ihren politischen Grundmeinungen unterschieden sich Bismarcks meiste Gymnasiallehrer kaum wesentlich von seinen bisherigen Vorgesetzten, auch neigten wenigstens einige der ersteren zu den gleichen Vorurteilen, unter welchen Bismarck bei Plamann so schwer gelitten hatte. Aber diese Wahrnehmungen brachten auf Bismarcks Geist und Gemüt nicht mehr das frühere bedrückende Gefühl hervor. Bismarck ward jetzt in geringerem Grade dem äußeren Zwange unterworfen; dadurch wich die Voreingenommenheit von beiden Seiten und wuchs die Möglichkeit eines gegenseitigen persönlichen Verständnisses zwischen Lehrern und Schüler, wenigstens zwischen einzelnen Lehrern und letzterem. Die Fälle, in welchen Bismarck nach früherer Weise seinen eigenen Trotz bekundete, bildeten Ausnahmen. Auf dem Friedrich Wilhelmsgymnasium lauteten die Urteile der Lehrer sowohl über das sittliche Betragen als auch über Aufmerksamkeit, Hausfleiß und Fortschritte des Schülers recht günstig und machten fast nur in der Mathematik und den beiden letzten Vierteljahren einige Vorbehalte; er galt als einer der Tüchtigsten in der Klasse. Unter den Schulzeugnissen aus dem Grauen Kloster erwähnt nur noch das erste von Johannis 1830: „Aufführung im ganzen gut; um so befremdender war ein einmaliger Ausbruch höchster Unbescheidenheit. Auch scheint er überhaupt die seinen Lehrern schuldige Achtung aus den Augen setzen zu können.“ In den folgenden Vierteljahren wird bei der Beurteilung des sittlichen Verhaltens nur noch ab und zu das Bedauern ausgesprochen, daß Bismarck

infolge häufiger Versäumnisse nicht immer recht mit fortgekommen sei. Das war aber, abgesehen davon, daß er im Sommer 1831 einmal vom Pferde gestürzt war und wegen verletzten Fußes längere Zeit nicht ausgehen konnte, weniger Schuld des Sohnes als der Eltern, besonders der Mutter, die sich auch nach dieser Richtung nicht in gegebene Regeln fügen mochte und sich nicht scheute, den Sohn selbst außerhalb der Ferien auf Reisen mitzunehmen. Für die allgemeine Ansicht der Lehrer über Bismarck blieb das ohne großen Einfluß. Fast jedes ausgestellte Zeugnis rühmt die lebhafte Teilnahme des Schülers an den Unterrichtsgegenständen, welche höchstens ab und zu durch Plaudereien mit den Klassennachbarn inmitten der Stunden unterbrochen wurde. Auch die Fleißnoten waren im allgemeinen günstig, wenn auch in dem einen oder anderen Fache größere Fortschritte und Anstrengungen den Lehrern erwünscht gewesen wären. Solche Zensuren lassen auf ein gewisses Wohlwollen der Aussteller gegen den Empfänger schließen und umgekehrt hat auch Bismarck, während er sein Urteil über Plamanns Institut niemals geändert und bei der Erziehung seiner Söhne ängstlich die nach seiner Meinung gemachten Fehler der Plamannschen Methode vermieden hat, nicht nur mit Worten seiner Gymnasiallehrer dankbar gedacht, sondern gerade auf Grund eigener Erfahrung Bonnell die Bildung seiner Söhne anvertraut.

Abgesehen von der äußeren Behandlung fesselte aber auch der Inhalt des Unterrichts Bismarck im Gymnasium weit mehr als bei Plamann. Im Institut des letzteren wurde neben dem Deutschen der naturwissenschaftliche Anschauungsunterricht und die Mathematik am meisten bevorzugt. Denn einmal standen auf diesen Gebieten Plamann die besten Sammlungen zu Gebote und zweitens eigneten sich diese Fächer am meisten für das Streben, die Schüler durch selbständiges Nachdenken und Mitarbeiten zur eigenen Erkenntnis anzuleiten, während Plamann jahrelang vergeblich darüber brütete, wie dieselbe Methode auf den Sprachunterricht anzuwenden sei. Gerade aber für die mathematischen und physikalischen Fragen war Bismarck am wenigsten veran-

lagt. Im Friedrich Wilhelmsgymnasium wurden der Fleiß und die Fortschritte in Naturgeschichte und Mathematik für „nicht immer genügend" befunden, und wenn auch die Lehrer des Grauen Klosters den Schüler milder beurteilten, so erwähnten sie doch im Gegensatz zu den Sprachen bei Mathematik, Physik und Geographie nur, daß Fortschritte „sich hoffen ließen", oder höchstens, daß sie „auch" vorhanden seien. Während aber demgemäß Bismarck selbst später als Schriftsteller und Redner mathematische Bilder verschmähte, weil diese seinem Gedankenkreise wenig geläufig waren, versenkte er sich als Gymnasiast in den Geist des klassischen Altertums und gewann dem Unterricht in den alten Sprachen ein besonderes, eigenartiges Interesse ab, welches ihn auf seinen ganzen Lebenswegen begleitete und oft eine glückliche, schlagende Redewendung finden ließ, wenn er auf der Tribüne nach einem seine Gedanken am genauesten wiedergebenden Ausdruck rang.

Schon äußerlich nahm im Lehrplan der Gymnasien Griechisch und Latein einen viel breiteren Raum ein als heute. Der Stundenzahl nach ist allerdings, wenn man die Programme des Grauen Klosters mit den heutigen vergleicht, keine erhebliche Verschiebung eingetreten, denn von den vierzig[1]), freilich nicht durchweg obligatorischen Wochenstunden der Prima fielen sechzehn auf die alten Sprachen, sechs auf Mathematik und Physik, drei auf Deutsch und Philosophie, drei auf Geschichte. Anders verhält es sich, wenn man die Ziele der einzelnen Unterrichtsgegenstände ins Auge faßt. Die teilweise Umgestaltung in der Wahl der Schriftsteller und ihrer Werke ist wohl mehr darauf zurückzuführen, daß man dieselben verschieden bewertet, weniger, daß man früher höhere Lehrziele verfolgt hat. Wohl aber zeigt sich die Erniedrigung der Ansprüche in den Anforderungen, welche man jetzt und einst im selbständigen Gebrauche der alten Sprachen zu stellen pflegte. Damals verlangte man nicht nur freie lateinische Hausaufsätze,

[1]) Latein 9, Griechisch 7, Deutsch 2, Hebräisch 2, Französisch 2, Italienisch 2, Englisch 4, Religion 2, Geschichte 3, Mathematik 4, Physik 2, Philosophie 1. Die Schulleitung rechnet eine Gesamtzahl von 36 Stunden.

ſondern die Schüler mußten auch in den Stunden ſelbſt über geſchichtliche Gegenſtände lateiniſch ſchreiben und es wird heute ſogar von ſtrebſamen Schülern nicht erwartet, daß ſie die in ſo verſchiedenen Versmaßen geſchriebenen Oden des Horaz metriſch überſetzen.[1]) Freilich hing mit dieſem Verlangen einer eigenen ſicheren Handhabung des lateiniſchen Sprachgebrauchs und der Notwendigkeit, zu dieſem Zwecke an den Klaſſikern die ſtiliſtiſchen Feinheiten zu lernen, zuſammen, daß die Maſſe des geleſenen Stoffes im Vergleich zu den darauf verwandten Stunden nicht eben groß war; überdies konnte ſich die Abſtufung der einzelnen Werke nicht derart ihren ſachlichen und ſprachlichen Schwierigkeiten und dem geiſtigen perſönlichen Standpunkte der Schüler anpaſſen, wie in unſeren heutigen neunklaſſigen Anſtalten. Jedenfalls ſind Schriftſteller, die wir zu den ſchwierigſten rechnen, damals unter ungünſtigeren Bedingungen und teilweiſe ſogar auf niedrigeren Stufen wie heute bewältigt worden.

Sehr viel größer aber als die Bedeutung dieſer äußeren Abweichungen iſt die der inneren Unterſchiede zwiſchen Einſt und Jetzt. Bismarck beginnt ſeine „Gedanken und Erinnerungen" mit dem Satze, er habe die Schule mit der Überzeugung verlaſſen, daß die Republik die vernünftigſte Staatsform ſei, und er bezeichnet dieſe Überzeugung als das natürliche Ergebnis des Gymnaſialunterrichts. Mit Recht hat ein hervorragender Direktor

[1]) Einige Anhaltspunkte für die Beurteilung der damaligen Anſprüche gewähren die ſchriftlichen Prüfungsarbeiten: 1) Alte Geſchichte: bella Romanorum adversus Macedonum reges gesta. 2)Neuere Geſchichte: Über die politiſchen Verhältniſſe der Hauptſtaaten Europas im Anfange des 18. Jahrhunderts. 3) Mathematiſche Aufgabe: Den Inhalt einer Figur, die von einem Parabelbogen und mehreren geraden Linien begrenzt wird, zu finden. 4) Deutſcher Aufſatz: Wodurch erlangte und bewahrte ſich Europa die Überlegenheit über die übrigen Weltteile? 5) Überſetzung von Sophokles Ajax Vers 940—970 edit. Brunck. 6) Ein griechiſches Exerzitium. Außerdem ein hebräiſches Exerzitium, von welchem Bismarck dispenſiert war. Über die mündliche Prüfung berichtet das Protokoll, daß der Direktor die Prüfung in der ägyptiſchen, perſiſchen und griechiſchen Geſchichte in lateiniſcher Sprache abgehalten und dann die mittlere und neuere Geſchichte beſonders vom Ende der Kreuzzüge bis auf die neueſten Zeiten zu Ende des 18. Jahrhunderts durchlaufen habe. Unter denen, die am beſten antworteten, wird Bismarck genannt. Ebenſo wird er im Lateiniſchen unter denen hervorgehoben, die aus Tacitus' Annalen fertig überſetzten. In der Mathematik, dem Griechiſchen und der Philoſophie (zum Schluß befragte Profeſſor Heinſius die Abiturienten über die Kräfte der Seele) erwies er ſich als genügend (Feſtſchrift des Grauen Kloſters, S. 24).

aus dem Königreich Sachsen bei einer Entlassungsrede die Frage aufgeworfen, wie viele junge Männer wohl heute solche Anschauungen von der Schulbank auf die Universität hinübernähmen. Gewiß wird Bismarcks Ausspruch nur teilweise den wirklichen Empfindungen gerecht, welche die Lehrer damals in den Schülern hervorrufen wollten und auch hervorgerufen haben. Auch Bismarck hat mit seinen Worten, wie man das bei seinen öffentlichen und privaten Äußerungen öfter wahrnehmen kann, seinen inneren Gefühlen einen etwas zu bestimmt geformten Ausdruck gegeben. Die Beziehungen zwischen Lehrstoff und Tagesfragen waren im damaligen Gymnasialbetriebe sehr viel enger wie heute. An sich betrachteten unsere Großväter den lateinischen und griechischen Unterricht nicht sowohl als ein Mittel, den Verstand und das Nachdenken der Jünglinge zu schärfen, als vielmehr sie in den ganzen Charakter des Altertums einzuführen und ihnen eine dauernde Bildungsgrundlage zu gewähren, welche auch die Verschiedenheiten künftiger Lebensberufe in Schranken hielt; von diesem Standpunkte aus bezeichnete der Philolog Friedrich August Wolf als den wahren Gewinn des Altertums die harmonische Bildung von Geist und Gemüt. Derartige schon Ende des achtzehnten Jahrhunderts geläufige Vorstellungen gewannen durch die große nationale Bewegung der Freiheitskriege eine bestimmte Färbung. Als die Hoffnungen der Preußen auf einen Verfassungsstaat nach 1815 vernichtet wurden und viele einen Gegensatz zwischen ihren freiwilligen Anstrengungen gegen Napoleon und dem empfangenen Lohn wahrnahmen, entstand gerade in den gelehrten Kreisen eine unzufriedene Stimmung und dieser trugen sie bei ihrer Beschäftigung mit ihren scheinbar unpolitischen Berufspflichten desto stärker Rechnung, je mehr ihnen nicht nur der Anteil an den Tagesfragen, sondern sogar die freie Meinungsäußerung über dieselben verschlossen war. Demosthenes und Cicero galten solchen Männern nicht nur als hervorragende Prosaschriftsteller und Redner, sondern als Persönlichkeiten, welche auch nach ihren gesamten Anschauungen nachahmenswerte Ideale vertraten, welche den Bürgerstolz und die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes gegen

den Eigennutz innerer und äußerer Feinde selbstlos und mit Aufopferung verteidigten und welche mit ihrem Lebenswerke tragisch untergingen; ihnen erschienen Griechen und Römer als zwei in der Freiheit groß gewordene und von mächtigeren Gegnern nicht überwundene, nach Einbuße ihrer Freiheit aber rasch in jeder Hinsicht gesunkene Völker.

Wenn überhaupt die Neigung in jenen Zeiten der Reaktion groß war, die eigenen und augenblicklich nicht erfüllbaren Ideale auf die Jugend zu übertragen und dadurch bessere Tage vorzubereiten, so war zur Befriedigung solcher Ziele die Einführung in die alten Klassiker wie geschaffen. Für Gesichtspunkte, wie sie hierbei zur Geltung kamen, sind Jünglinge der entsprechenden Altersstufe fast niemals unempfänglich, ganz besonders aber befähigte sie ihre damalige Umgebung zur Aufnahme solcher Anschauungen. Noch mehr als die Lehrer, welche doch tiefer in den Unterrichtsgegenstand eingedrungen waren und immerhin neben den Übereinstimmungen auch die Unterschiede zwischen Altertum und Gegenwart bemerkten, mußten die Schüler, die sich noch nicht so kritisch geübt hatten, mit ihren Gedanken von der Vorzeit auf die nächsten sich ihnen unmittelbar aufdrängenden Eindrücke hinüberschweifen. Sie hatten teils die Feinde und ihre Wirkungen mit eigenen Blicken wahrgenommen, teils durch die lebendigen Schilderungen von Augenzeugen erfahren, und wenn ihnen aus den Berichten über die Perser- und Römerkriege verwandte Saiten entgegentönten, so mußte sich ihnen das Gefühl aufdrängen, daß die gleiche urwüchsige Volkskraft vor zwei Jahrtausenden Darius und Xerxes und jetzt Napoleon überwunden hatte, und daß die gleiche Volkskraft, wenn man ihr freie Entfaltung gewährte, wieder ähnliche Blüten wie zu den Zeiten der Griechen und Römer treiben könne.

Alle diese Überlegungen und Anregungen haben auf Bismarck sehr viel anziehender und fruchtbarer gewirkt als die bei Plamann gemachten Eindrücke. Sie wurden ihm in einem seinen Augen weit gefälligeren Gewande geboten. Denn als erzieherisches Hilfsmittel trat an Stelle der etwas gemachten Stimmung die An-

eignung eines für sein gesamtes späteres Leben wertvollen Wissensgebietes und die Kenntnisnahme einer ihm bisher fremden, abgeschlossenen Welt, in welcher Freiheitsgefühle und ihre Betätigung als wichtige und naturnotwendige Bestandteile ihm erschienen. Dennoch hat sich Bismarck auch als Gymnasiast einen gewissen unabhängigen Standpunkt gewahrt und ist durch Empfindungen niemals berauscht worden. In persönlicher und in sachlicher Beziehung bekundete er schon eine gewisse Überlegenheit.

Der Jahrgang, mit welchem Bismarck im Grauen Kloster zusammen unterrichtet wurde, war ein geistig hervorragender. Der Direktor hat bei der Abiturientenentlassung die Besorgnis ausgesprochen, ob es den Lehrern fernerhin gelingen werde, „den alten Maßstab von Prima aufrechtzuerhalten." Hieraus ist es erklärlich, daß Bismarck, trotzdem seine Leistungen Anerkennung fanden, keinen besonders hervorragenden Rang unter den Mitschülern einnahm. Als fünfzehnter von achtzehn Schülern Michaelis 1830 nach Prima versetzt, wird er im Verzeichnis der zwanzig zu Ostern 1832 entlassenen an achtzehnter Stelle genannt. Acht erhielten die erste, die übrigen, also außer Bismarck noch elf, die zweite Note. Von allen diesen haben sich später namentlich der Primus Ernst Siegfried Köpke als Direktor der Ritterakademie in Brandenburg und Julius Friedländer, welcher durch dreißig Jahre Vorstand des Berliner Münzkabinetts war und dieses zu einer der ersten derartigen Anstalten Europas machte, ein großes Ansehen erworben. Außerdem hat zu Bismarcks Mitschülern der nachherige Berliner Geologe Ernst Beyrich gehört, der aber schon Michaelis 1831 als Klassenprimus abgegangen war.

Direktor des Grauen Klosters war Georg Samuel Gustav Köpke, das Glied einer um die geistige Bildung Berlins im neunzehnten Jahrhundert außerordentlich verdienten Familie. Ursprünglich gleich den meisten seines Geschlechts für die Kanzel bestimmt, hatte er Theologie in Halle studiert und die übliche Prüfung bestanden, aber schon dort warmes Interesse für die klassischen Sprachen wie für die neuere deutsche Literatur gezeigt

und das später noch mehr zum Ausdruck gebracht, als er sich endgültig dem Lehrberuf zugewandt hatte. Er besaß ein außergewöhnlich umfassendes Wissen und hat sich auf den verschiedensten Gebieten betätigt. Außer metrischen Übersetzungen von Komödien des Plautus und Terenz hat er über das Kriegswesen der Griechen im heroischen Zeitalter geschrieben und sich an der Neubearbeitung der Beckerschen Weltgeschichte beteiligt. Deutsche Klassiker, römische Dichter und Geschichte waren auch die Mittelpunkte seiner Tätigkeit als Lehrer. Die Verfügungen des preußischen Kultusministeriums aus dem Jahre 1829, welche den Unterricht im Griechischen, namentlich die Stilübungen in der attischen Prosa, einschränkten und dafür eine größere Pflege des deutschen Aufsatzes, eine stärkere Rücksicht auf den Inhalt der Schriftsteller empfahlen, fielen in sein Direktorium. Großenteils entsprachen sie seiner ganzen Richtung und er hatte sie im Grauen Kloster durchzuführen. Den lateinischen Dichter in Prima und Sekunda, lateinische Extemporalien und freie Aufsätze über geschichtliche Themata und Geschichte in Prima behielt er sich selbst vor. Bismarck hat unter seiner Leitung einen Teil von Vergils Georgica, das halbe dritte Buch der horazischen Oden und Plautus Trinummus gelesen. In der Geschichte hat Köpke die Zeiten nach der Reformation behandelt. Von den damals beliebten lateinischen Sprechübungen war er kein Freund. Wenn wir ein älteres Zeugnis eines ehemaligen Schülers für die spätere Zeit noch anwenden dürfen, ging sein Streben vielmehr darauf hinaus, auch die deutschen Gedichtwerke vergleichsweise beim Unterricht mit heranzuziehen, denen er ja schon längst ein lebhaftes Interesse entgegengebracht hatte. Als Schulleiter und Jugenderzieher war er sehr angesehen. Wegen seiner Energie hatte er früher den Namen „Unteroffizier" erhalten und in dem ihm gewidmeten Nachrufe heißt es: „sein bloßes Erscheinen war hinreichend, den Ungestüm der Jugend zu brechen und jede Störung in die Schranken der Ordnung zurückzurufen." Doch war der Eindruck, welchen er auf Kollegen und Schüler hervorrief, keineswegs ein abstoßender. Bismarck bekannte noch als Minister, daß er von Köpke mit großem Wohl-

wollen behandelt worden sei, und auch andere, die unter Köpke gelehrt oder gelernt haben, trugen die Empfindung davon, daß sich in diesem Manne mit Entschiedenheit und Strenge eine vornehme Gesinnung und ein für seine älteren und jüngeren Mitarbeiter warm schlagendes Herz verband.

Keinem seiner Lehrer ist Bismarck auch innerlich näher getreten, als Bonnell, dem nachmaligen langjährigen Direktor des Friedrich Werderschen Gymnasiums. Die Aufmerksamkeit dieses Mannes lenkte er bereits bei seiner ersten Einführung in das Friedrich Wilhelmsgymnasium auf sich. Als Bonnell die neu Aufgenommenen mit seinen Blicken musterte, fielen ihm die „sichtliche Spannung", das „klare, freundliche Knabengesicht", die „hellleuchtenden Augen", die „Frische und Munterkeit des Kindes" auf. Er war gleich am ersten Tage entschlossen, dasselbe besonders ins Auge zu fassen. Zuerst wurde Bismarck Bonnells unmittelbarer Schüler als Obertertianer im Lateinischen. Er betrieb damals unter seiner Leitung die Lektüre des Curtius Rufus und lateinische Stilübungen; die Privatlektüre, auf welche im Friedrich Wilhelmsgymnasium als Mittel zur selbständigen wissenschaftlichen Beschäftigung der Zöglinge besonderes Gewicht gelegt wurde, umfaßte bei Bonnell Cäsars Bürgerkrieg und Feldzug nach Ägypten. Bonnell hatte fast immer Veranlassung, Bismarcks rege Teilnahme und die erfreulichen Beweise von Nachdenken zu rühmen. 1829 kam Bonnell an das Graue Kloster, und sein schon damals begründeter Ruf bewies sich namentlich dadurch, daß er sich mit dem Direktor in den Lateinunterricht der Prima teilte. Das gegenseitige Vertrauen zwischen Bonnell und der Familie Bismarck war wohl schon in hohem Maße vorhanden, als die Eltern ihren Sohn zum Lehrer in Pension gaben. In keinem Hause konnte sich Otto wie in diesem dem wohltuenden Einflusse des innigen Zusammenlebens der einzelnen Mitglieder hingeben.

Bonnell war durch Jahrzehnte eine Säule des Berliner Schullebens. Ihm verdankte die Berliner Gymnasiallehrergesellschaft ihre erste Anregung und den Entwurf ihrer Statuten, er

hat die Zeitſchrift für das Gymnaſialweſen ins Daſein gerufen, kaum eine Erſcheinung der Geiſteswelt, welche für die Schule bedeutungsvoll werden konnte, iſt ſeinen Blicken entgangen, immer bekundete Bonnell ſeinen formenden, ordnenden Sinn. Aus einer franzöſiſchen Hugenottenfamilie gebürtig, hatte ſich Bonnell durchaus mit deutſchem Geiſte erfüllt, er war bei den Klaſſikern von Weimar und bei Schleiermacher in die Schule gegangen, hatte durch ſie angeregt gleichzeitig Philoſophie, Altertumswiſſenſchaft und Theologie getrieben. Doch hatte er ſich von ſeiner franzöſiſchen Abſtammung her Sinn für Form und Eleganz bewahrt. Durch dieſe Anlage hatte er eine beſondere Vorliebe für die Kunſt der Rede und des Stiles gewonnen und bevorzugte diejenigen römiſchen und griechiſchen Schriftſteller, welche gerade nach dieſer Richtung vorbildlich waren. Namentlich hat er, früh durch ſeinen Lehrer, den Grammatiker Zumpt, dazu veranlaßt, ſich eingehend Jahrzehnte hindurch mit Quintilians Einführung in die Beredſamkeit beſchäftigt. Deſſen zehntes Buch, in welchem die bedeutendſten Griechen und Römer nach ihrem Nutzen für die Ausbildung eines künftigen Redners betrachtet werden, hat Bonnell neben Ciceros zwei erſten philippiſchen Reden, der Rede für Milo und zwei Büchern von Tacitus' Annalen überſetzen laſſen, als Bismarck der Prima angehörte. Dabei waren Bonnell Phraſe und der Hang zur Kritik fremd und gegen die radikalen Anſchauungen, welche ſo viele Zeitgenoſſen erfüllten, empfand er einen ſtarken Widerwillen. Hingegen beherrſchte ihn das Verlangen, die Menſchen nach ihrem wahren Werte langſam beurteilen, ſchätzen und behandeln zu lernen. Den Lehrern ihre Eigenart und ihr Lieblingsfach zu vergönnen und nach deren Maßgabe einen oft überreichlichen Einfluß zu laſſen, war er nicht gerade ängſtlich, wie er andererſeits die beſonderen Anlagen und Herkunft der einzelnen Schüler oft mehr berückſichtigte, als dies den demokratiſchen Meinungen mancher Kollegen entſprach. Die Stärke ſeiner erzieheriſchen Wirkungskraft beruhte deshalb nicht auf einem die Herzen im Sturme erobernden Weſen und ſelbſt unter den Lehrern, die ſeiner Menſchenkenntnis manche Anregung für ihre

Laufbahn verdankten, fühlten sich etliche von ihm eher abgestoßen als angezogen. Niemand aber stritt ihm seine unbedingte Zuverlässigkeit und das maßvolle, besonnene Urteil ab oder wurde je in seinem Vertrauen zu ihm getäuscht.

Es erforderte eine außergewöhnliche Charakterstärke und ein sehr entwickeltes Verständnis für den Wert menschlicher Persönlichkeiten, wenn Bismarck gerade zu Bonnell mit besonderer Verehrung hinaufschaute. Hatte doch überdies Bonnell den Lateinunterricht in Prima mit Köpke zu erteilen, dem in seltenem Grade ein lebhafter packender Vortrag, eine schwungvolle, auf das Ideale gerichtete Gesinnung, eine von vulgären Wendungen frei dahinfließende seine Beredsamkeit zu Gebote stand.

Außer von Bonnell fühlte sich Bismarck durch Wendt und Siebenhaar besonders angezogen. Wendt hat, trotzdem er in einem verhältnismäßig noch nicht hohen Alter dem Typhus erlag, eine große Karriere gemacht. Der Sohn eines märkischen Predigers, wurde er 1825 in einem Alter von zweiundzwanzig Jahren Lehrer am Friedrich Wilhelmsgymnasium und kam bald darauf an das Graue Kloster. Nur ungern sah auch das letztere bereits 1832 „diesen höchst gewandten und kenntnisreichen Lehrer" als Gymnasialdirektor nach Posen scheiden. Dort wartete seiner ein außerordentlich schwieriges Organisationswerk, indem er auf einem soeben noch von politischen Erschütterungen bewegten Boden einen vorgeschobenen Posten preußischen Staats- und Schulwesens begründen sollte. Ungeachtet seiner Jugend löste er die Aufgabe in einer bescheidenen Unterordnung unter die einem Gymnasium nun einmal vorgeschriebenen Regeln, ohne sich mit seiner Eigenart unnötig vorzudrängen. Die gewinnende und dabei doch zugleich Achtung einflößende Persönlichkeit, die energische Durchführung seiner Entschlüsse war es auch, welche sich als seine Charaktereigenschaften vorzugsweise dem Gedächtnis der Schüler einprägte. Bismarck kam gleich bei seiner Aufnahme nach Untertertia in Wendts Klasse und wurde von ihm in Cäsars gallischen Krieg eingeführt. Als Sekundaner des Grauen Klosters nahm er unter Wendts Leitung außer Stilübungen Livius durch. Man darf annehmen, daß Wendt, welchem

ſchon im Friedrich Wilhelmsgymnaſium trotz ſeiner Jugend der Geſchichtsunterricht in Prima anvertraut worden war, bei der Lektüre der drei römiſchen Hiſtoriker beſonders auch auf deren Inhalt und ſachliche Bedeutung Wert gelegt und dieſelbe nicht nur von der ſprachlichen Seite betrieben hat. Von Wendt hat Bismarck auch als Untertertianer Vorträge über die Geſchichte von Karl dem Großen bis zum achtzehnten Jahrhundert gehört.

Siebenhaar war bei allen Schülern durch ſein väterliches Wohlwollen und offenes Weſen eine beliebte Erſcheinung. Er gehörte, als Bismarck ſein Schüler wurde, bereits zu den älteren Lehrern und hatte als Studierender in Halle den Zuſammenbruch der dortigen Univerſität im Gefolge der Schlacht bei Jena miterlebt. In Jena, deſſen Hochſchule eine Freiſtätte der Wiſſenſchaft in den bedrängten Zeiten des nationalen Niedergangs war, hatte er weiterſtudiert und war 1809 nach Berlin gekommen, noch rechtzeitig, um an dem damals ſich in der Hauptſtadt entwickelnden, Wiſſenſchaft mit Politik verbindenden Leben einen Anteil zu nehmen. Er war deshalb einer der erſten Lehrer, denen Bismarck begegnete, welche ſchon während der ganzen Dauer der napoleoniſchen Fremdherrſchaft die zeitgenöſſiſchen Ereigniſſe als erwachſener und hinreichend gereifter Mann erfaßt hatte. An ſich eine wenigſtens äußerlich joviale Natur, welche nicht das ſpätere Ende durch Selbſtmord ahnen ließ, „fehlte es ihm“, wie es in ſeinem Nachruf heißt, „auch nicht am nötigen Ernſt; er war voll Intereſſe an den großen Fragen, welche unſere Zeit bewegen, und wenn nicht mit ſpeziellen, gelehrten Studien beſchäftigt, doch überall an denſelben teilnehmend und namentlich mit den neueſten Erſcheinungen in der hiſtoriſchen Literatur innig vertraut.“ Die große Beſcheidenheit des Mannes, welche eigene Verdienſte gering ſchätzte, fremde aber neidlos anerkannte, ſtach von der damals vielfach verbreiteten Neigung, beſtimmte Lieblingsmeinungen allenthalben zur Geltung zu bringen, ſtark ab; die Bismarck ſo häufig abſtoßende Zeitrichtung einer bewußten Gegnerſchaft gegen eine geſchichtliche Bewertung des Adels barg Siebenhaars Charakter jedenfalls nicht. Bismarck hat Siebenhaars Unterricht nur

ein Jahr lang in Sekunda, dort aber um so gründlicher genossen. Ciceros erste catilinarische Rede, die beiden großen Advokatenreden für Milo und Roscius von Ameria, das dreißigste und fünfunddreißigste Buch des Livius, mehrere Bücher von Virgils Aeneide, Homers Ilias und das Studium eines Übungsbuchs von Jakobs, welches unter anderem passende Abschnitte aus Xenophon, Thukydides, Platon und Isokrates enthielt, sind damals von Siebenhaar durchgenommen worden.

Auch über die anderen Lehrer überrascht vielfach Bismarcks von der sonstigen Richtschnur abweichendes Urteil. Namentlich fällt auf, daß sich Bismarck mit Johann Friedrich Bellermann nicht stellen konnte. Bellermann war unter allen damaligen Lehrern am meisten mit dem Grauen Kloster verwachsen, welches ihn selbst schon als Schüler besessen hatte und lange Jahre von seinem Vater erfolgreich geleitet worden war, und zählte unstreitig zu den ausgezeichnetsten Kräften der Schule. Kein geringerer als der Altertumsforscher August Böckh rühmt von ihm neben der vorwiegend philologischen Neigung „das Ebenmaß einer vielseitigen Bildung". Bellermann hat zeitweise nebeneinander gleichzeitig Religions-, Gesangs-, Mathematik- und Sprachunterricht gegeben, sein eigentliches Gebiet war aber das griechische Altertum und unter seiner Leitung hat Bismarck Xenophons Hellenika, die Odyssee, mehrere von den politischen Reden des Demosthenes und Platons Protagoras gelesen. Da Bellermanns Vorliebe für die Denkmäler der Athener nicht aus der Notwendigkeit einer Beschränkung seines Lehr- und Studienbereichs, sondern aus seinen inneren Interessen für das griechische Volk und dessen Ideale entsprang, so gab er mit der sachlichen Unterweisung zugleich ein gutes Stück seines eigenen Wesens. Auf diesem Zusammenhange beruhte großenteils sein hoher, ihm zum Herzensbedürfnis gewordener Einfluß auf die geistige und sittliche Bildung der Schüler.

Obgleich jedoch auch Bellermann ein seinen Wünschen und Anschauungen fremdes Streben, wenn es nur von vornehmer Gesinnung geadelt war, zu achten wußte, so konnte er doch mit

Bismarcks Anſichten keine ſo innige Fühlung gewinnen wie Bonnell. Während dieſer die großen Zeitereigniſſe als ſtiller und zurückhaltender Beobachter begleitete, hatten Bellermann inneres Herzensbedürfnis und äußere Schickſale früh auf den Kampfplatz des öffentlichen Lebens hinausgeführt. Als der König von Preußen ſeine Untertanen zur Abſchüttelung des Fremdenjochs aufgerufen, war mit vielen anderen Kameraden auch der damals achtzehnjährige Jüngling zu den Fahnen geeilt und hatte erſt, nachdem Napoleon endgültig niedergeworfen, zunächſt die Maturitätsprüfung beſtanden und dann ſeine Univerſitätsſtudien aufgenommen. Die perſönliche Teilnahme an geſchichtlichen Vorgängen in einem Alter, wo der Erdenbewohner ſonſt durch Lektüre und Erzählungen mühſam eine halbwegs zutreffende Vorſtellung großer Begebenheiten gewinnt, bildete den Hintergrund ſeiner Beſchäftigung mit den höchſten Aufgaben der Menſchheit und ihrer Erfüllung durch den Freiheitsdrang der Athener. Was er den letzteren nachempfand, war vom jungen Bellermann großenteils mit ſelbſterlebt. Aber mit der Entſtehung ſolcher Auffaſſungen verbanden ſich Meinungen, wie ſie damals häufig und Bismarck ſchon im Plamannſchen Inſtitut entgegengetreten waren. Wer die Aufrüttelung des preußiſchen Volkes als Urſache der jüngſten Erfolge anſah, ſchrieb leicht die vorausgegangenen Niederlagen den läſſigen Gewohnheiten der vor Jena einſeitig herrſchenden Ständeklaſſen zu und neigte dahin, im erneuten Emporkommen der letzteren eine Gefahr für den Staat zu erblicken. So war Bellermann von Bonnells konſervativer Rückſichtnahme auf die herkömmlichen Anſchauungen ſeiner Schüler entfernt; im Gegenteil bekämpfte er einen nach ſeiner Meinung über das rechte Maß hinausgehenden Adelsſtolz und daraus abgeleitete Anſprüche als Auswüchſe eines irrigen Ehrgeizes, als Hinderniſſe einer wahre menſchliche Verdienſte unbefangen würdigenden, vorurteilsloſen Betätigung. Bellermann war eine viel zu fein angelegte Natur, um in die Mißgriffe zu verfallen, welche Bismarck bei Plamann erfahren hatte. Aber andererſeits war auch Bismarcks Empfindung gerade nach der Richtung der verletzten oder geachteten

Familienüberlieferungen eine sehr zarte und rief, wenn Bismarck ähnliche Motive wahrnahm, naturgemäß die Erinnerung an Plamann wach.

Noch viel lebhafter als gegen Bellermann äußerte sich Bismarcks Unbehagen gegen dessen Schwager und einstigen Kampfgenossen, den Mathematiker Fischer. Dieser hatte die meisten Schicksale seines nahen Verwandten geteilt. Auch er war der Sohn eines langjährigen und hochverdienten Professors des Grauen Klosters, er war seinen wissenschaftlichen Studien wie seiner amtlichen Stellung nach in die Fußstapfen des Vaters getreten, seine Eltern hatten einst in unmittelbarer Nachbarschaft von denen Bellermanns gewohnt, beide hatten im Kriege mitgeholfen und aus diesem sich ihre Vaterlandsliebe in den Beruf der Studierstube hinübergeholt. Bei gemeinsamen oder gleichartigen Lebenserfahrungen förderte der fast alltägliche kollegialische Meinungsaustausch naturgemäß verwandte Auffassungen der Gesinnung und Lehraufgabe zutage. Aber während Bismarck bei Bellermann die naheliegende Übereinstimmung seiner Meinung mit dem gegebenen Charakter des griechischen Unterrichts einleuchtete und dadurch den abstoßenden Eindruck der von Bismarck als Zurücksetzung angesehenen Behandlungsweise etwas verwischte, fiel diese Milderung bei Fischer infolge Bismarcks geringem Interesse an mathematischen Fragen hinweg.

Von den bekannteren Lehrern des Grauen Klosters hat Bismarck den Religionslehrer Karl Giesebrecht und den Professor des Deutschen und der Philosophie Heinsius nicht besonders erwähnt. Giesebrecht, obgleich noch nicht fünfzig Jahre zählend, war allerdings bereits ein gebrochener Mann. Einst hatte er zu denjenigen gerechnet, welche sich eine besondere Anhänglichkeit der Schüler zu gewinnen verstanden hatten. Seine Interessen erschöpften sich keineswegs mit seinem unmittelbaren Lehrauftrage. Außer bei Schleiermacher war er namentlich bei Friedrich August Wolf in die Schule gegangen, früh hatte er indes neben theologischen und philologischen Studien Schiller und Goethe liebgewonnen, aber auch sich in die spanische und ita-

lienische Literatur vertieft. Seine Unterrichtsstunden erhielten durch diese Vielseitigkeit einen eigenen Anstrich, denn er erklärte nicht nur nebeneinander außer Religion und Hebräisch in Prima die griechischen, in Sekunda die Dichterwerke der deutschen Klassiker, sondern verband auch innerhalb der einzelnen Fächer seine verschiedenen Wissenszweige zum einheitlichen Ganzen. Besonders kam diese Fähigkeit, wie einer seiner frühesten Schüler bekennt, der Wahl der Stoffe für deutsche Aufsätze zugute. Auch Heinsius gehörte zu den ältesten Lehrern des Grauen Klosters, als Bismarck letzteres bezog. Sein großes Geschick zum Unterricht im Deutschen wurde namentlich durch eine nun schon Jahrzehnte zurückreichende literarische Betätigung auf diesem Gebiete unterstützt; dieselbe wurde selbst von Ausländern geschätzt. Durch Heinsius ist Bismarck in die Anfänge der Psychologie und Logik eingeführt worden und hat unter seiner Leitung die Klopstockschen Oden gelesen.

Während die Ursachen, warum diese beiden tüchtigen Pädagogen auf Bismarck keine besondere Wirkung ausgeübt haben, noch der Aufhellung harren, ist uns dessen Abneigung gegen den französischen Professor Frings verständlicher. Bismarcks Mutter hatte die Notwendigkeit erkannt, daß ihre Söhne, und namentlich der für die Diplomatie auserkorene jüngere, möglichst früh die wichtigsten Umgangssprachen erlernten, und sie hatte hierfür während der häufigen Urlaubsreisen, die demselben im Gymnasialunterricht so viele Lücken kosteten, junge, tüchtige Lehrer ausgewählt. Auf diese Weise besaß Bismarck sehr viel bessere Vorkenntnisse als seine Mitschüler, und das mußte von vornherein für ihn den Wert der Schulstunden verringern. Aber auch ihr Charakter deckte sich weder mit seinem Geschmack noch mit seinem Bedürfnis. An den grammatischen Übungen fand Bismarck schon bei den alten Sprachen keinen Gefallen, noch viel weniger konnten sie ihn im Französischen befriedigen, da sie ihm den geringeren späteren Nutzwert gegenüber der bisherigen auf den praktischen Gebrauch gerichteten Methode der Hauslehrer vor Augen führten. Bismarck geriet mit Frings scharf aneinander, und, um der Rache des gekränkten Lehrers nicht ausgesetzt zu sein, warf er sich auf das

Englische und bewältigte dasselbe in so kurzer Zeit, daß er vom Rechte Gebrauch machen konnte, beim Abgang statt der französischen eine englische Probearbeit zu liefern. Frings dachte übrigens vornehm genug, und nachdem seit Neujahr 1831 alle Vierteljahrsausweise Bismarcks Leistungen im Französischen gar nicht mehr erwähnt hatten, bescheinigte er seinem Gegner im Entlassungszeugnis, daß derselbe die französische Sprache mit besonderem Erfolge getrieben habe.

Im großen und ganzen bewies Bismarck in der Meinung über seine Lehrer eine Selbständigkeit und Eigenart, welche bereits der Vorbote späterer Anschauungen war. Durch blendende Äußerlichkeiten und Redensarten ließ er sich schon damals nicht täuschen. Zum Maßstab seiner Ansichten wählte er teils persönliche Erfahrungen und Empfindungen, teils den inneren Gehalt der gebotenen Gaben. Anregungen und deren Träger, welche ihm für seine eigenen Bedürfnisse wertlos schienen, lehnte er ab. Mochte er es dabei mit Männern zu tun haben, welche aus reinsten Gesinnungen und idealsten Gesichtspunkten handelten, welche sonst nichts weniger als Phrasenhelden waren, so war er doch reif und unabhängig genug, um sorgfältig zu prüfen, was er von ihnen zu gewinnen habe und was nicht. Er war nicht so unduldsam, um über dieselben sofort den Stab zu brechen, er nahm auch von ihnen das ihm Gutdünkende, aber von vornherein praktisch und nicht sowohl auf philosophisches Denken veranlagt, fühlte er gar keine Neigung, sich von seinem Standort zu entfernen und aus grundsätzlichem Streben nach tunlichst unbefangener Würdigung in einen fremden Gedankenkreis zu versetzen. Vielmehr machte er sich umgekehrt nach seinem Ermessen eine Meinung über die Pläne und Auffassungen anderer Menschen zurecht. Er vergegenwärtigte sich dieselben nur insoweit, als dies für sein praktisches Handeln in Betracht kam. Die Grenze, bis zu welcher er sich eine genaue Rechenschaft über die Ideen seiner Umgebung abzulegen wünschte, zog er demnach ziemlich willkürlich. Er ist manchen Personen nicht gerecht geworden, er hat namentlich solchen, mit welchen er nicht übereinstimmte oder gar zusammen-

geriet, Erwägungen unterschoben, die ihrer Natur fern lagen, und konnte sich solche Männer vielfach nur als zielbewußte und beharrliche Gegner vorstellen. Noch weniger war es ihm beim Lesen toter Bücher darum zu tun, genau zu fragen, was die Verfasser eigentlich gemeint hatten, sondern vor allem, was er selbst aus dem Werke entnehmen könne. Vor den Gefahren aber, welche in dieser Selbstbeschränkung und diesem mangelnden Interesse verborgen lagen, schützte Bismarck schon damals ein gesunder, praktischer Verstand, welcher auf großer Feinfühligkeit und der damit verbundenen Befähigung zur eindringlichen Menschenkenntnis und zur scharfen Beobachtung des alltäglichen Lebens begründet war.

In diesen ganzen Eigenschaften, großenteils einem Erbstück seiner Mutter, würde der Kern eines rücksichtslosen Egoismus und die Neigung zu einem schließlich doch oberflächlichen und um die praktischen Erfolge betrogenen Wirkens gesteckt haben, wenn nicht bereits früh den jungen Knaben gerade aus seinem Gesichtskreis heraus verschiedene Überlegungen zur Selbstzucht und zur Unterordnung hingeleitet hätten. Die Abstammung von einem alteingesessenen märkischen Adelsgeschlechte, in welcher die Lehrer und selbst die Mutter die Quelle eines unberechtigten Stolzes und Trotzes, eine Art hypothekarischer Belastung für die natürliche Entfaltung der Geistes- und Gemütsgaben erblickten, wies Bismarcks Denken im Gegenteil früh eine streng vorgezeichnete Richtung an und schützte ihn dadurch vor Entgleisungen, denen vielleicht ein von Familienüberlieferungen losgelöster, aus eigener Kraft emporgekommener Mann von ursprünglich ähnlicher Veranlagung ausgesetzt gewesen wäre. So aber war er von Anfang an durch den Bann bestimmter, schon seinen Vorfahren eigentümlicher Ideen und durch das Gefühl beherrscht, daß der Einzelmensch durch die Zugehörigkeit zu einem größeren Verbande von geschichtlicher Berechtigung höheren Wert erhält. Und wenn viele damalige Preußen in ihrer politischen Meinung ausgingen von der Annahme eines angeblichen Zwiespaltes zwischen den grundsätzlich und bisher auch praktisch

schädlichen Sonderbestrebungen einzelner bevorzugter Klassen und zwischen einem auf gleichen Rechten und Pflichten fußenden, dem Allgemeinwohl dienenden Staatsgebilde, so erspähte umgekehrt schon das Auge des Kindes den innigen Zusammenhang zwischen den Taten seiner Vorfahren und dem Hintergrunde der großen preußischen und deutschen Entwicklung und sah in den ihm gepredigten Lehren eine Vergewaltigung geschichtlicher Tatsachen. Die Eindrücke, welche die jüngste Vergangenheit teils durch eigenes Nachdenken, teils durch die von außen an ihn herantretenden Anregungen in seinem Innern wachrief, fanden also schon eine feste Grundlage von Familienanhänglichkeit, Königstreue und Vaterlandsliebe vor, auf welcher Bismarck mit dem ihm zu Gebote gestellten Baumaterial weiter arbeitete. Bereits als Gymnasiast begann Bismarck sonach mit seinem Lebenswerke, der Versöhnung der für das positive politische Schaffen wertvollen Bestandteile des neuen Zeitgeistes mit den an der bisherigen Entwicklung des preußischen Staates hauptsächlich wirksam gewesenen Kräften. Allerdings ruhte diese nach außen gerichtete Tätigkeit noch im Schoße der Zukunft, aber es war doch eine bedeutsame Vorbereitung späterer Tage, daß er die Notwendigkeit erkannte, zunächst in seinem eigenen Innern Gegensätze, welche vielen für unvereinbar galten, nicht auszufechten, sondern unter höheren Gesichtspunkten zu versöhnen.

Freilich war dieser Ausgleich in den Anschauungen des Gymnasiasten noch ein recht mechanischer. Wenn Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" als seine damalige grundsätzliche Überzeugung bezeichnet, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei, unmittelbar darauf aber angibt, daß solche Grundsätze angeborene monarchische Gefühle nicht ausgetilgt hätten und daß seine geschichtlichen Sympathien auf Seite der Autorität geblieben wären, so war eine solche Unterscheidung nicht das Ergebnis philosophischen Nachdenkens und weiten Eindringens in die einschlägigen Fragen, sondern einer von persönlichen praktischen Bedürfnissen ausgehenden Überlegung und des daraus entsprungenen starken Willens. Und wenn Bismarck sich über jeden Fürsten ärgerte, der vor

dem Dreißigjährigen Kriege der Reichsgewalt widerstrebte, dagegen das feindliche Verhalten der Hohenzollern gegen die Habsburger ganz natürlich fand und sich über die Erfolge Friedrichs des Großen freute, so hatte Bismarck zu dieser Abweichung nicht ein tiefes Eingehen auf die Ursachen und Folgen der betreffenden Ereignisse, sondern der Entschluß geführt, an irgend einer Stelle die verschiedenen gegenseitig einander kreuzenden Empfindungen und Erwägungen voneinander abzugrenzen. Aber Bismarcks Verlangen, daß diese sich vielfach widerstreitenden Einflüsse auf die Bildung seiner Ansichten sich nicht stören dürften, sprach jedenfalls aus diesem zunächst noch unvollkommenen Versuch einer Vermittelung der Gegensätze.

Bei einem Schüler wie Bismarck wäre es unnatürlich gewesen, wenn seine Lerninteressen sich vollständig mit dem gebotenen Unterrichtsstoff gedeckt hätten. Als 1895 das Lehrerkollegium des Grauen Klosters Bismarck zum achtzigsten Geburtstag Erinnerungsblätter an seine einstige Gymnasiastenzeit widmete, urteilte es über den ehemaligen Zögling der Anstalt: „Er scheint zu denjenigen Schülern gehört zu haben, die große Begabung und eine stark ausgeprägte Persönlichkeit besitzen und doch von weniger Befähigten überflügelt werden, weil diese ihre ganze Kraft einsetzen, um den Anforderungen der Schule zu genügen, während sie selbst über den Zwang seufzen, dem sie sich unterwerfen müssen und in den Träumen der Zukunft leben." Diese Aussage wird dem wahren Sachverhalt nur teilweise gerecht, denn wir wissen weder, daß der junge Bismarck ähnlich wie bei Plamann unter dem Schulzwang geseufzt, noch daß er sich in stolzen Zukunftsträumen gewiegt hätte. Wohl aber liegt dem Urteil die richtige Erwägung zugrunde, daß Bismarck für seine Bedürfnisse noch mancherlei trieb, was ihn von der Schule wenigstens einigermaßen abzog. Denn wie er in den Stunden etliches hören und lernen mußte, was ihn nicht anheimelte und dessen dauernden Nutzwert er nicht verstand, so war er in diesen Jahren schon derart entwickelt, um einzusehen, daß er auch außerhalb des damaligen Lehrplans sich wichtige Kenntnisse erwerben müsse. Be-

reits in jene Jahre fiel sein umfassendes Studium der neueren Geschichte und der klassischen deutschen Dichterwerke.

Bismarck hat, da der damalige Gymnasialunterricht wesentlich nur die Wissenschaft des Altertums, nicht aber der neueren Zeiten vermittelte, die einundzwanzig Folianten des Theatrum Europaeum zu Hause durchgearbeitet. Das Theatrum Europaeum ist heute selbst vielen zünftigen Geschichtsforschern nur dem Namen nach bekannt und wenige von ihnen werden das Bedürfnis, sich den Inhalt des Werkes anzueignen, empfunden haben. Auf buchhändlerische Bestellung hatte im Anfang des Dreißigjährigen Kriegs ein geldbedürftiger Tagesschriftsteller eine historische Chronik von der Erschaffung der Welt bis 1619 ohne jeden gelehrten Anstrich ausgearbeitet und an diesen Grundstock reihten sich bis 1718 eine Anzahl Fortsetzungen, welche kunstlos aus Zeitungen und öffentlichen Kundgebungen zusammengestellt waren. Dieses Theatrum Europaeum hat bei den zwei größten Männern der neueren preußischen Geschichte als Vermittler ihrer ersten historischen Kenntnisse eine interessante Rolle gespielt. Als König Friedrich Wilhelm I. den ältesten Sohn zu seinem Ebenbilde, zu einem ausschließlich dem Staatswohl dienenden, von irreleitenden schöngeistigen Neigungen unverdorbenen Regenten erziehen wollte, bestimmte er, die ältere Geschichte sei nur „obenhin" zu lehren, auf das eingehendste dagegen die Geschichte der hundertfünfzig letzten Jahre, und diesem Unterricht sei das Theatrum Europaeum zugrunde zu legen. Den Kronprinzen befriedigte diese wüste und unübersichtliche Materialiensammlung so wenig, daß sein Lehrer Duhan von den königlichen Befehlen abwich und einen eigenen Leitfaden für die geschichtliche Unterweisung verfaßte. Was aber vor hundert Jahren den jugendlichen Friedrich den Großen abgestoßen, wirkte auf den heranwachsenden Bismarck mit besonderer Anziehungskraft. Er, welchem im historischen Unterricht der Schule Lehrer zu Gebote standen, die selbst eine große Zeit erlebt hatten und mit Kenntnissen zugleich ideale Gesichtspunkte für die künftige Lebensführung den Zöglingen übertragen wollten, ergänzte diesen Unterricht durch das Studium aneinander-

gereihter Notizen, die dem Leser irgendwelche Anregung weder gewähren konnten noch wollten. Noch nach vielen Jahrzehnten erinnerte sich eine alte Dienerin der Familie des Jünglings, der in Schönhausen mit größtem Eifer während der Ferien die schweren Foliobände des Geschichtswerkes bewältigt, und sie ahnte, daß dieser Fleiß eine Staffel zu Bismarcks nachheriger Größe gebildet hatte. Annähernd gleichzeitig, als der größte neuere Geschichtsschreiber der deutschen Nation die Aufgabe seiner Wissenschaft dahin bezeichnete, ohne Richteramt über die Vergangenheit und ohne den Anspruch, die Gegenwart zum Nutzen der Zukunft zu belehren, zu zeigen, wie es eigentlich gewesen sei, schulte der werdende Staatsmann seine nüchterne Urteilskraft an den zwar schwer genießbaren, aber von allen störenden lehrhaften Bemerkungen und fremdem, glänzendem Beiwerk freigehaltenen, schlicht einfach die Tatsachen wiedergebenden Berichten des Theatrum Europaeum und gewöhnte sich an einen klaren Überblick über geschichtliche Begebenheiten und deren Ursachen.

Diente die Lektüre des Theatrum namentlich dazu, Bismarck einen Stoff von Kenntnissen zuzuführen und damit ein sichereres, unbefangeneres Verständnis der Vergangenheit anzubahnen, so wurde seine außerordentliche Vertrautheit mit Goethe, Schiller, Uhland, Chamisso und anderen Literaturdenkmälern ein wertvolles Mittel zum gewandteren mündlichen und schriftlichen Gebrauch der deutschen Sprache. Über seine lateinische Abiturientenarbeit urteilte Bonnell: „Der Stil ist klar und lateinisch, aber nicht hinreichend gefeilt." Im Deutschen aber trat schon auf dem Friedrich Wilhelmsgymnasium seine den Durchschnitt der Altersgenossen übertreffende Meisterschaft hervor. Ein Zeugnis aus dem Jahre 1827 erwähnt seine Aufmerksamkeit in diesem Fache, noch ausführlicher spricht der Ausweis aus dem folgenden Jahre von dem besonderen Fleiße, den Bismarck auf das Deutsche verwendet, und von seiner offenbarten Sorgfalt und dem Verständnis, ganz besonders rühmte aber seine Entlassungszensur aus dem Grauen Kloster, daß Bismarck „eine sehr erfreuliche Gewandtheit" besitze. In diesen Urteilen äußerte sich bereits die Wirkung eines

über das unmittelbare Klassenziel hinausstrebenden Wissenstriebes; denn gerade gegenüber seinen deutschen Lehrern nehmen wir von einer besonderen dankbaren Erinnerung, wie man sie nach Bismarcks Teilnahme an diesem Unterrichtsgegenstande vermuten müßte, nichts wahr.

So hat Bismarck neben der Schule eifrige Privatstudien getrieben, welche für die Ausbildung seines Charakters und für seine staatsmännische Laufbahn noch wichtiger geworden sind als jene, welche jedenfalls seine Selbständigkeit, die sich ohnedies schon früh angedeutet hatte, auch starken Persönlichkeiten gegenüber erheblich gefördert haben. Wie geschult Bismarck bereits in diesen Jahren dafür war, sich auch im Verkehr mit bedeutenden Menschen zu behaupten und dieselben nach seinem eigenartigen Werturteil zu schätzen, konnte nicht schlagender erwiesen werden, wie durch das Beispiel Schleiermachers. Schleiermacher war die erste Geistesgröße und geschichtliche Persönlichkeit, mit welcher Bismarck in Berührung kam. Auf der Vereinigung innigster Frömmigkeit und eines tiefen religiösen Gemütes mit wissenschaftlicher Freiheit der Kritik beruhte Schleiermachers Stellung in der Geschichte der protestantischen Theologie, auf seiner Art und Weise, wie er Religion und religiöse Unterweisung zum Angelpunkte des menschlichen Lebens machte, die große Wirkungskraft seiner Predigten in der Zeit der französischen Fremdherrschaft. Kein anderer Kanzelredner Berlins vor oder nach Schleiermacher hat es verstanden, in annähernd gleichem Maße sein dauerndes Andenken mit dem Gedächtnis großer historischer Ereignisse und Bewegungen zu verknüpfen. Schon sein lebhafter Anteil am Entstehen der Berliner Universität, welche ja wesentlich mit eine Frucht der geistigen und nationalen Strömung jener Tage war, würde zur Begründung seines Ruhmes auch in weiten Volkskreisen hingereicht haben. Noch viel mehr aber hatte zu seinem mit der Luft der Freiheitskriege verbundenen Ansehen die religiöse Weihe beigetragen, mit welcher er so viele Mitarbeiter an diesem großen Werke erfüllt hatte. Hatte er doch den Freiwilligen, welche 1813 ins Feld rückten, auf deren Bitten einen Abschiedsgottesdienst gehalten und

den Andächtigen von der neu heranbrechenden Zeit geredet, wo die Vorurteile fallen, gelähmte Kräfte neues Leben gewinnen, die sittliche Verderbnis empfunden wird, verachtete Wahrheiten wieder Eingang finden, das Veraltete und Abgestorbene neuem Leben Platz macht, auch in den Ärmsten das ewige Recht geehrt wird und eine Kraft das ganze Volk durchdringt. Denn „die Blinden sehen, und die Lahmen gehen, die Aussätzigen werden rein und die Tauben hören, die Toten stehen auf und den Armen wird das Evangelium gepredigt." Aber die unmittelbare praktische Wirkung, welche Schleiermacher auf den Entschluß tausender Vaterlandsverteidiger ausgeübt hatte, lag, als Bismarck den Konfirmandenunterricht besuchte, schon anderthalb Jahrzehnte zurück, und mit dem Schwunge der Begeisterung, welche einst seine Reden bei der Erhebung Preußens gegen Napoleon erweckt hatten, ließen sich jetzt augenblicklich greifbare Ergebnisse nicht mehr erzielen. In den Augen eines Zöglings, dem es vorzugsweise auf die Befriedigung persönlicher Lebensbedürfnisse ankam, verlor dadurch Schleiermachers Unterricht an praktischer Tragweite.

Die Beschäftigung mit der christlichen Religion und Kirche hatte in Bismarcks seitherigem Tun und Treiben nicht gerade einen breiten Platz eingenommen. Schon der Umstand, daß das Kind frühzeitig aus dem Elternhause geführt worden war, hatte nicht dazu gedient, ihm den treuherzigen schlichten Glauben beizubringen, welcher sonst das Vorrecht der christlichen Jugend ist. Soweit die Eltern und namentlich die Mutter ihrem Einflusse auf den Knaben den natürlichen Spielraum bewahrt hatten, war diese Wirkung weit mehr dem Verstande als dem Gemüte des jungen Otto zugute gekommen. Das Vorbild der Eltern war ebenfalls nicht geeignet gewesen, diese Lücke auszugleichen. Mit dem Vater, welcher sich wohl kaum über die höchsten übernatürlichen Dinge große Gedanken gemacht hat, bekannte später Bismarck selbst, von solchen Dingen niemals gesprochen zu haben. Die Mutter huldigte wohl auch in diesen Fragen dem Grundsatz, daß sie aus den sich ihr darbietenden Eindrücken begierig diejenigen auswählte, welche ihr gerade gefielen. Dabei widersprach es zwar ihrem

nüchternen zergliedernden Sinne, paßt aber durchaus in den Rahmen derartiger Charaktere, welche zu ihrer sonstigen Geistesarbeit einer dieselbe teils ergänzenden, teils ganz entgegengesetzten Betätigung bedürfen, wenn Luise Wilhelmine sich den mannigfachen damals zur Mode gewordenen Schwärmereien hingab, sie verschmähte es auch in dieser Hinsicht, zu den naheliegenden einfachen Mitteln zu greifen. Den Gottesdienst besuchte sie nach dem Zeugnis ihres Sohnes gar nicht und ihre Teilnahme an überirdischen Fragen dürfte überhaupt mehr das Ergebnis eines schöngeistigen als eines schlicht religiösen Bedürfnisses gewesen sein. Das Plamannsche Institut hätte am ehesten für den Mangel an religiöser Anregung im Elternhause einen Ersatz bieten können. Rühmt doch der spätere Ministerialrat Wiese in seinen „Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen (I, 11)" von Plamann: „Sein Religionsunterricht gab uns die Anschauungen eines milden weitherzigen Rationalismus und begründete eine gute Bibelkenntnis. Die gemeinsame Morgenandacht hielt er wie ein Hausvater täglich selbst und mit Wärme." Sein ihm persönlich nahestehender Biograph Franz Bredow berichtet von Plamanns Anschauungen: „Auf Anthropologie, Psychologie, insonderheit der Sittenlehre beruhte nach seiner Ansicht die Erziehungswissenschaft, und jene Teile der Philosophie waren es, denen er sich seit seiner Universitätszeit mit besonderer Liebe widmete, sich die dahin einschlagenden Werke anschaffte und selbst eigene Forschungen anstellte. Gern verbreitete er sich auch in Gesprächen über philosophische Gegenstände. Mit Plato war er besonders durch die Schleiermachersche Bearbeitung recht vertraut, genau bekannt mit Kants Kritik der reinen Vernunft; doch scheint ihn die spekulative Philosophie weniger angezogen zu haben. Er näherte sich Jacobis Ansichten, der sein System auf religiösen Glauben gründet; von Fichte schätzte er besonders dessen Reden an die deutsche Nation." Aber der ungünstige Gesamteindruck des Anstaltslebens auf Bismarcks Stimmung hinderte naturgemäß auch das Gedeihen der einzelnen Saatkörner. Im Friedrich Wilhelmsgymnasium traf es Bismarck mit dem Religionsunterricht nicht besonders günstig.

Friedrich Uhlemann, welcher in Untertertia das Johannisevangelium „als Lebensgeschichte Jesu behandelt, mit moralischen Anwendungen und Entwicklung der vorzüglichsten Lehren der Religion", in Obertertia die christliche Glaubenslehre erläuterte, war gleichzeitig Professor an der Universität und faßte auch sein Schulamt mehr vom Standpunkte des Erziehers künftiger Theologen auf. Dadurch hatten ihm Schüler, welche sich später diesem Lebensberufe zuwandten, über das Gymnasium hinaus viel zu verdanken, namentlich auch in den hebräischen Stunden. Die Tertianer kamen indes bei einem solchen Lehrer nicht auf ihre Rechnung und seine Gutmütigkeit verleitete die Schüler zu Streichen, die gerade Religionsstunden um ihre naturgemäße Wirkung bringen mußten. Abgesehen von diesem Beigeschmack würde aber auch der Charakter der Uhlemannschen Lehrmethode kaum gerade für Bismarcks Gemütsbedürfnisse von besonderem Vorteil gewesen sein. In Sekunda wurde Uhlemann als Religionslehrer durch Professor Böttticher abgelöst, welcher dort in christlicher Glaubens- und Sittenlehre unterrichtete. Über Böttticher, der diese Stunden nur nebensächlich gab, urteilte ein früherer Schüler: „Er war als Philologe bedeutend, aber seine krankhafte Sucht, in alles das Christentum hineinzubringen, es aus allem, auch aus den griechischen und lateinischen Klassikern herauszulesen, machte seinen Vortrag ungenießbar. Oft habe ich mich, weil man eben viel von ihm lernen konnte, redlich bemüht, dem Vortrage genau zu folgen — immer wieder störte das Christentum jede Gedankenfolge; aufmerksam war keiner. Das schlimmste war, daß seine Übertreibungen die meisten zum Spott reizten; einen Einfluß auf die religiöse Gesinnung seiner Schüler hat er, wenn überhaupt, nur im entgegengesetzten Sinne ausgeübt." Für Bismarck, welcher Böttticher außer in Religion auch im Deutschen und in mazedonischer und römischer Geschichte hatte, waren derartige künstliche Ideenverbindungen nichts. Auf dem Grauen Kloster standen fast alle Lehrer unter dem Gefühl des innigen Zusammenhangs zwischen Theologie und Philosophie, wie ihn Schleiermacher begründet hatte, und die Tatsache, daß der Religionslehrer Giese-

brecht gleichzeitig die griechischen und deutschen Dichter erklärte, daß umgekehrt die Sprachlehrer Köpke, Bonnell und Bellermann einst ebenfalls unter Schleiermacher Theologie studiert und das Band mit derselben trotz ihres Sonderberufs nicht gelöst hatten, erhöhte die Tragweite dieses Zusammenhangs sowohl in den Anschauungen der miteinander gemeinsam arbeitenden Lehrer als auch in den Augen des Schülers, welcher auf solche Weise in die einzelnen Fächer unter einheitlicheren Gesichtspunkten eingeführt wurde. Dadurch nahm aber der Religionsunterricht von vornherein ein gelehrteres wissenschaftliches Gepräge an und auch Giesebrecht, der selbst der Sohn eines mecklenburgischen Landpfarrers und einer tief religiösen, durch Jahrzehnte in das Schicksal der Blindheit demütig ergebenen Mutter gewesen war, konnte sich dieser Folgeerscheinung nicht entschlagen. In seinem Nachruf heißt es: „Geistreich waren seine Religionsvorträge, in denen er Gefühl und religiösen Sinn mit geläuterten Ansichten vereinigte und durch welche er auf den gesamten Menschen zu wirken suchte." Der schließliche Einfluß auf Bismarck bestand aber doch mehr in einer Erweiterung seines Wissens als einer Vertiefung seines Gemüts. In den Aufenthalt Bismarcks auf dem Grauen Kloster fiel ferner die Wiederkehr desjenigen Tages, an welchem vor dreihundert Jahren die evangelischen Reichsstände dem Kaiser ihr Glaubensbekenntnis überreicht hatten. Das Gymnasium veranstaltete bei dieser Gelegenheit eine große Feier mit vielen Gesängen und Deklamationen und einer Festrede Bellermanns über den Markgrafen Georg von Brandenburg-Ansbach, einen der ersten evangelischen Hohenzollern und Vorkämpfer des Protestantismus auf dem Reichstage von 1530. Der Vortrag sowohl wie Köpkes Einladungsprogramm, welches die Entstehung und den Inhalt der Augsburgischen Konfession darlegte, und seine einleitenden Begrüßungsworte waren durchweht von einer warmen, namentlich sich in die Gedankenreihen der damaligen protestantischen Welt tief hineinversetzenden Empfindung.

Das alles waren ungefähr die Anregungen, welche Bismarck gesammelt hatte, als er von Schleiermacher eingesegnet werden sollte.

An sich sind jugendliche Gemüter beim Konfirmandenunterricht am meisten fähig, den Eindruck einer mächtigen Persönlichkeit auf sich wirken zu lassen, ganz besonders aber lag das bei einem Seelsorger nahe, welchen Geistesgaben und Schicksale zu einem solchen Einflusse geradezu vorherbestimmten. Zudem war Schleiermacher dem jungen Bismarck kein Unbekannter. Er hatte bereits dessen älteren Bruder konfirmiert und bei der persönlichen Verehrung, mit welcher die Schüler an Schleiermacher hingen, darf man annehmen, daß Männer wie Bonnell, Bellermann, Giesebrecht oft genug die eigenen Beziehungen zu ihrem Lehrer in den Unterricht eingeflochten, den Zöglingen auch ein größeres Interesse am Menschen Schleiermacher eingepflanzt haben. In der Tat ist dessen Bedeutung und Eigenart an Bismarck auch nicht spurlos vorübergegangen. Noch im späten Alter hat Bismarck gelegentlich Schleiermachers Fähigkeiten und tiefen Geist gerühmt. Auch die Konfirmation blieb in seiner Seele haften. Nach vielen Jahren erzählte er: „Noch weiß ich genau das Plätzchen in der Kirche, wo ich unter den Konfirmanden gesessen habe; und als ich aufgerufen wurde und vor den Altar treten sollte, pochte mir gewaltig das Herz. Den Spruch, welchen Schleiermacher mir mitgegeben, glaube ich ziemlich richtig sagen zu können: Was ihr tut, das tut dem Herrn und nicht dem Menschen."

Aber wenigstens in den nächsten Jahren blieb die Teilnahme Bismarcks an Schleiermachers Person und vorgetragenen Lehren eine äußerliche. Bei seiner praktischen Natur hätte es veränderter Daseinsbedingungen bedurft, um der Entwicklung seiner inneren Ansichten eine neue Richtung zu geben. Indes weder bildete die Konfirmation für ihn einen Lebensabschnitt, noch auch waren die Gesichtspunkte des Schleiermacherschen Unterrichts für einen begabten Jüngling, der schon lange durch Schüler seines jetzigen Meisters belehrt worden war, so völlig neue, um eine Wandlung seiner Eigenart hervorzurufen. Die Bedeutung der Konfirmandenstunden bekundete sich demnach mehr in Einzelheiten seines Verhaltens. Auch jetzt übte Bismarck das alte Verfahren: ohne sich ängstlich an die Grundsätze einer ihm begegnenden Lebens-

anschauung zu binden und alle Folgen dieser Grundsätze auszudenken, griff er nach dem Maßstabe seiner persönlichen Auffassung das ihm brauchbar und passend dünkende heraus. Auf solche Weise konnte manche seiner frischen Meinungen und Handlungen direkt dem Sinne Schleiermachers widerstreiten. So erzählte Bismarck später seinem Schwiegervater, daß er damals aufgehört habe zu beten. Schleiermacher hatte sich nämlich dahin ausgesprochen, der Mensch sei nicht imstande, bei einem so vollkommenen Wesen wie Gott einen veränderten Entschluß herbeizuführen, allerdings hinzugefügt, daß das Gebet auf den Menschen eine desto wichtigere Wirkung habe, nämlich ihn innerlich läutere, sein näheres Verhältnis zu Gott begründe und besonders auch zur Ergebung in den göttlichen Willen führe. Schleiermacher hatte mithin weder den Wert des Gebetes geleugnet, noch gar seine Unterlassung angeraten, wohl aber das Gebet seiner unmittelbaren praktischen Bedeutung entkleidet. Damit entriß er ihm jedoch den in Bismarcks Augen natürlichen Zweck, den greifbaren Nutzwert. „Ich sagte mir damals," so hat Bismarck selbst nach vierzehn Jahren rückblickend seine Gefühle geschildert, „daß entweder Gott selbst nach seiner Allgegenwart alles, also auch jeden meiner Gedanken und Willen hervorbringe und so gewissermaßen durch mich selbst zu sich bete oder daß, wenn mein Wille ein von dem Gottes unabhängiger sei, es eine Vermessenheit enthalte und einen Zweifel an der Unwandelbarkeit, also auch an der Vollkommenheit des göttlichen Ratschlusses, wenn man glaube, durch menschliche Bitten darauf Einfluß zu üben."

Man darf sich unter diesen Verhältnissen nicht wundern, daß sich Bismarck nachmals nur unvollkommen des Schleiermacherschen Religionsunterrichts erinnerte, ja über dessen Fähigkeit zu seiner eigenen kirchlichen Ausbildung eher kühl und kritisch äußerte, als er inzwischen durch andere in viel schlichterem Gewande auftretende Eindrücke weit stärker aufgerüttelt worden war. Andererseits hatten auch seine Lehrer, unabhängig von dem, was er in ihrem Sonderfache leistete, längst seine außergewöhnlichen Anlagen erfahren müssen. Das ihm ausgestellte Entlassungszeugnis

war nicht nur, wie dies sonst zu geschehen pflegt, gleichsam ein aus den laufenden Klassenzensuren und den Prüfungsleistungen zusammengepreßtes Urteil, sondern floß wesentlich mit aus der Erkenntnisquelle des persönlichen Verkehrs. Es hieß im Ausweis zum Schluß: „Wir entlassen diesen fähigen und wohlvorbereiteten Jüngling mit unseren besten Segenswünschen und der Hoffnung, daß er mit erneutem Eifer an seiner ferneren wissenschaftlichen Ausbildung arbeiten werde."

Die Universitätsstadt wurde erst nach manchen Schwankungen ausgewählt. Ursprünglich waren Bonn, Genf und Berlin als aufeinanderfolgende Stationen ins Auge gefaßt. Bonn hatten sich auch einige andere Kameraden als künftigen Aufenthalt erkoren und Bismarck würde dort von vornherein manche Anknüpfungen besessen haben. Genf war damals eine beliebte Stätte für Sprößlinge aristokratischer Familien, um ein reines Französisch und feinere Umgangsformen zu erlernen, und der Gedanke an die Übersiedlung dorthin lag für jemand, der zur diplomatischen Laufbahn ausersehen war, nahe genug. In Berlin wären dann am Schlusse des akademischen Studiums die Prüfungen abgelegt worden und der Jüngling, welcher schon ein Stück Welt gesehen, hätte die Möglichkeit gehabt, noch ein gutes Teil über den Durchschnitt seiner Altersgenossen gesellschaftlich und geistig hinauszuragen und dadurch bereits wertvolle Verbindungen anzubahnen. Auch der Umfang des Lehrplans war von vornherein weit bemessen. Es war damals nicht die Regel, daß die Studierenden der Rechte gleichzeitig die Staatswissenschaften betrieben, und die Erwägungen, welche in jenen Wochen im Kreise der Familie über geeignete Professoren gepflogen wurden, deuten darauf hin, daß auch die im Entlassungszeugnis bezeichneten Fächer nicht als Grenze gedacht, sondern die Aneignung einer möglichst umfassenden allgemeinen Bildung beabsichtigt war. Die anfänglichen Pläne erfuhren aber wiederholte Abänderungen. An Stelle Bonns und Genfs trat Heidelberg zeitweilig in den Vordergrund des Interesses, aber die Eltern fürchteten von der Wahl dieses Ortes ein den Sohn zerstreuendes und in Schulden stürzendes Genußleben,

und deshalb wurde auch diese Absicht wieder verlassen, als ein bei den Eltern angesehener Verwandter deren Augenmerk auf Göttingen lenkte. Am 10. Mai 1832 wurde Bismarck als Student der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Göttingen eingeschrieben.

Von der Auffassung, daß die Anfangssemester zum Ausruhen von den Anstrengungen der letzten Gymnasiastenzeit bestimmt seien und erst mit dem Herannahen der Prüfungen die ernste akademische Arbeit beginne, war Bismarck weit entfernt. Davor schützte ihn bereits das Verlangen, sich fortzubilden und jede hierzu schickliche Gelegenheit zu ergreifen. Die Befriedigung dieses Verlangens hatte schon auf dem Gymnasium, wo ihn doch mancher Zwang und manches ihm festgesteckte Ziel in der freien Ausnutzung seiner Arbeitszeit fesselte, zu seinen wichtigsten Sorgen gehört und für Bismarcks innere Entwicklung seine Früchte getragen. Erst recht lud die Universität mit ihren auf die zunehmende geistige Selbständigkeit der Angehörigen berechneten Einrichtungen zur Fortsetzung des eingeschlagenen Weges ein. Noch mehr als wie auf dem Gymnasium machte Bismarck jetzt auf der Hochschule von der nunmehr vergrößerten Freiheit seines Lerntriebes nach Maßgabe seines inneren persönlichen Behagens Gebrauch. Er frug nicht danach, welche Fächer im Lehrplan die wichtigsten Stellen einnahmen oder für seine Prüfungen am meisten in Betracht kamen, sondern aus welchen Wissenszweigen er für die Ausbildung und Betätigung seines Charakters den größten Vorteil ziehen konnte. So wenig daher Bismarck zu denjenigen Studierenden zählte, welche ihre Zeit mit Zerstreuungen und Vergnügungen totschlugen, ebenso sehr unterschied er sich von den Strebern, welche alle ihre Pläne und Handlungen nur nach dem Gesichtspunkte des besten äußeren Fortkommens und eines möglichst glänzenden Abschlusses ihrer akademischen Laufbahn betrachten.

Bismarcks regem Geiste konnte das engere Fachstudium nicht gefallen. Erstens zählte die Göttinger Juristenfakultät keine Persönlichkeiten, welche ihn durch anregenden Vortrag, durch die lebendige Berührung mit der Zeit und den Zeitinteressen zu

feſſeln vermochten. An der Spitze der dortigen Rechtsgelehrten ſtand noch immer „der alte Hugo", das einſtige Haupt der hiſtoriſchen Juriſtenſchule, von welchem ſelbſt ein ſo wohlwollender Beurteiler wie Otto Mejer ſagt, er ſei „in der Entwicklung der Wiſſenſchaft noch früher alt geworden als ſeine Jahre." Dadurch kam in ſtärkerem Grade ein Zug zur Geltung, der früher Hugos bewußten Abſicht entſtammte. Alles Kunſt- und Schönheitsſinnes bar, hatte Hugo ſelbſt in ſeiner Glanzzeit auf jedes Beiwerk ſeiner ſchmuckloſen Berichte von Tatſachen und Urteilen verzichtet, und da er mit der Wiſſenſchaft nicht fortgeſchritten war, ſo war der Inhalt ſeiner Vorträge weder genußreich, noch auf der Höhe der Zeit. Auch Studierende, welche ſich mit Eifer in das römiſche Recht ſtürzten, konnten Hugos Vorträgen nur mühſam Geſchmack abgewinnen. Noch weniger aber als die letzteren ſagte Bismarck ein anderer Lehrer zu, welcher den Zuhörern die ganze Stunde diktierte und nur am Anfang und Schluß einige freie Worte herausbrachte. Aber auch ganz abgeſehen von den Perſönlichkeiten befriedigte der Stoff der juriſtiſchen Vorleſungen Bismarck in keiner Weiſe. Das formale Denken, der Zwang, die Grenzen der menſchlichen Willensfreiheit nach beſtimmten Rechtsſätzen zu meſſen, paßte gar nicht zu ſeiner Anſchauung, die Mannigfaltigkeiten des alltäglichen Lebens zu beobachten und aus eigener Überzeugung und Erfahrung zu beurteilen. Es ging Bismarck hierbei ähnlich, wie es ihm in der Schule geſchehen war gegenüber dem Verſuche, ihm künſtlich beſtimmte ungelegene Meinungen einzuprägen und andere liebgewordene zu entreißen: er mißbilligte den Ausgangspunkt dieſer Methode und empfand eine Abneigung gegen alles, was mit derſelben perſönlich und ſachlich zuſammenhing. Unter ſolchen Verhältniſſen war es Bismarck recht zuwider, daß ihm eine Menge Lehrſätze, Regeln und Kenntniſſſe übermittelt wurden, welche er nicht als eine Erweiterung ſeines Geſichtskreiſes anſah.

Faßte Bismarck demnach gegen die juriſtiſchen Vorleſungen einen ſtarken Widerwillen, ſo hörte er ſehr gern einen anderen Profeſſor, welcher ebenſo wie Hugo ſchon auf eine lange akademiſche Wirkſamkeit zurückblickte und ſchon das ſiebente Jahrzehnt

seines Lebens überschritten hatte. Die Geschichtswissenschaft war in den dreißiger Jahren zu Göttingen durch zwei Männer vertreten, beide von großem Ansehen, aber grundverschieden in ihrem Charakter und in der Auffassung des Lehrberufs. Diejenigen Anschauungen, welche als der Niederschlag der Freiheitskriege zu bezeichnen sind und Bismarck vielfach nicht in einem seinen Ideen entsprechenden Gewande schon von Kindesbeinen an begegneten, waren in Dahlmann verkörpert. Aber Dahlmann war im Gegensatz zu Bismarcks früheren Lehrern zugleich handelnder Staatsmann gewesen und gerade während Bismarcks Anwesenheit in Göttingen nahm er einen lebhaften Anteil am Ausbau des hannoverschen Verfassungsstaates. Um so tiefer war er durchdrungen von seiner Pflicht, die Schüler zu Charakteren heranzubilden, welche aus dem eigenen Herzensbedürfnis heraus mit selbsterrungenen Anschauungen an der Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes weiterbauten. Dadurch ist er später in den vierziger Jahren der Lehrmeister einer Reihe junger deutscher Fürstensöhne geworden, die im gereiften Mannesalter die Dahlmannschen Anregungen zu ihrer geschichtlichen Teilnahme am deutschen Einigungswerke verwandten. Bismarck ging an Dahlmanns Vorlesungen über Geschichte und Politik vorüber; er erkor sich einen anderen Führer von weniger glänzendem Äußeren, aber gründlichem Wissen.

Während Dahlmann es in erster Linie auf die sittliche Wirkung seines Vortrages und die Erziehung zu einer vornehmen Denkungsart absah und in seine Ausführungen deshalb nicht gerade eine große Bücherweisheit verflocht, glaubte sein älterer Fachgenosse Heeren durch die Mitteilung seiner großenteils eigenen Entdeckungen und Studien entsprungenen Kenntnisse sein Bestes zu geben. Heerens Lehrweise unterschied sich wesentlich von derjenigen seiner juristischen Kollegen. Alles Diktieren und Ablesen aus einem geschriebenen Hefte war ihm zuwider; das einzige für Geschichte passende sei der freie Vortrag, so äußerte er sich selbst in seiner dem ersten Bande der „Vermischten historischen Schriften" vorangeschickten Selbstbiographie; denn „das Interesse der Zuhörer am Vortrage muß aus dem Interesse hervorgehen, das

der Lehrer ſelber daran nimmt.“ Auch Heeren war nicht der Meinung, daß er nur Tatſachen und Gedächtniskram ohne innere geiſtige Verarbeitung bieten dürfe, ſondern durch Darſtellungskunſt und eigenes Urteil das Nachdenken ſeiner Schüler wecken müſſe. Aber ſein eigenes Urteil fußte auf dem ſicheren Boden eines langjährigen und umſichtigen Einlebens in die Geſchichtsquellen und eines frühzeitig erworbenen Blickes für die in ſeiner nächſten Umgebung wirkenden Kräfte und ihre Urſachen. Aus dem Gebiete von Bremen gebürtig, hatte er dort das dem nordamerikaniſchen Unabhängigkeitskampfe verdankte Emporblühen des Welthandels geſehen. Dieſe nie wieder verwiſchten Jugenderinnerungen verbanden ſich mit den Früchten des Univerſitätsſtudiums zu einem einheitlichen Ganzen. In den ſechs Bänden „Ideen über Politik, den Verkehr und den Handel der vornehmſten Völker der alten Welt“ hatte er, nachdem er ſelbſt den größten Teil Italiens bereiſt und ſich ſieben Monate allein in Rom aufgehalten hatte, der Anſicht des klaſſiſchen Altertums neue Bahnen eröffnet; Heeren äußerte: „die alte Welt überhaupt zeigte ſich mir von einer neuen Seite, von der Seite des Handels und des Verkehrs und, was damit in genauer Verbindung ſtand, des Urſprungs, der Bildung und der Verfaſſung der alten Staaten.“ Dieſen Gedanken hatte er in den nächſten zwei Jahrzehnten immer weiter verfolgt, von der alten Geſchichte war er zu den Kreuzzügen mit ihrer Bedeutung eines engeren Verhältniſſes zwiſchen Abendland und Morgenland und ſchließlich zur neueren Geſchichte übergegangen und hatte ſchließlich ſeine Anſicht in der „Geſchichte des europäiſchen Staatenſyſtems und ſeiner Kolonien ſeit der Entdeckung beider Indien“ niedergelegt. Er hatte hierbei Bedacht genommen, daß gerade an einer Univerſität wie Göttingen ſich immer ein Kreis von Studierenden befand, welche ſich der diplomatiſchen Laufbahn widmen wollten. Zuletzt zog er auch die Länder- und Völkerkunde und die Statiſtik in ſeinen wiſſenſchaftlichen Bereich. Bismarck hat im erſten Semeſter bei Heeren „Länder- und Völkerkunde“, im Winter „Statiſtik und Geſchichte der europäiſchen Staaten“ gehört und wenigſtens wiſſen wir vom Sommerkolleg beſtimmt, daß er es trotz

der frühen Morgenstunde fleißig besucht hat. Heeren hat in seiner Lebensbeschreibung sich über die Grundsätze ausgesprochen, nach welchen er diese beiden Vorlesungen hielt. „Sie kennen meine Vorstellungen von Staaten, die ich nicht als Maschinen, sondern als moralische Personen betrachte, die jede ihre Art zu sein, zu bestehen und zu handeln haben, und daß die Erläuterung davon in meinen Augen Statistik heißt, nicht jenes erbärmliche Tabellenwesen, das Zahlen statt der Sachen gibt. Von Zahlen kommt daher so wenig wie immer möglich bei mir vor, desto sorgfältiger aber wird alles, was auf den Geist, nicht bloß die Formen der Verfassungen sowohl als der Verwaltung der Staaten sich bezieht, auseinandergesetzt." In der Länder- und Völkerkunde aber setzte er sich das Ziel, „unser Geschlecht in allen Abstufungen und Formen kennen zu lernen", und „machte es sich zur festen Regel, indem er sich von jeder Hypothese fernhielt, jedes Volk zu nehmen und wieder darzustellen, wie er es fand."

Für den kommenden Staatsmann enthielten solche Gesichtspunkte und Ausführungen wertvolle Fingerzeige. Und wenn Bismark verwandte Anschauungen auch bereits auf die Universität mitgebracht hat, so hat er jedenfalls Heeren neben Bonnell als Lehrer das meiste zu verdanken. Aber wie auf dem Gymnasium, so war auch in Göttingen das Entscheidende, daß er zu Führern griff, welche sich dem oberflächlichen Beobachter nicht so leicht empfahlen, sondern zur Würdigung schon eine größere Reife erheischten.

Freilich konnte nicht einmal in dem Grade wie auf dem Gymnasium davon gesprochen werden, daß Bismarck überhaupt eines Mannes Schüler sei. Denn noch mehr als in Berlin füllten jetzt private Beschäftigungen seine Zeit aus und verdrängten immer mehr die Tragweite des Universitätsunterrichts. Bismarck erlebte in Göttingen die Erfahrungen manches begabten und nach selbständiger Betätigung ringenden Studenten. Anfangs boten wenigstens einige Vorlesungen mit ihrer vom Betriebe der Gymnasien so völlig abweichenden Form und ihren nicht im alten Geleise sich bewegenden Gesichtspunkten dem nach Ausbildung

strebsamen Geiste willkommene Nahrung. Allmählich verschwand aber der Reiz des Neuen und für das Auge des an eigene Arbeiten gewöhnten Jünglings sank der Wert der in der Universität verbrachten Zeit hinter dem des freiwilligen Lernens. Bismarck belegte im Laufe der Semester immer weniger Vorlesungen, besuchte überdies die gewählten Kollegien sehr viel unregelmäßiger, häuslicher Fleiß und Geselligkeit traten immer mehr in den Vordergrund.

Zum Unterschiede von den meisten Studiengenossen, welche den Anfang ihres Universitätsaufenthalts dem Verbindungsleben widmen und sich nachher von demselben zurückziehen, trat Bismarck erst verhältnismäßig spät einem Korps bei. Zum Teil waren daran freilich getäuschte Erwartungen schuld. Trotz aller abstoßenden Härten hatte doch der Unterricht bei Plamann und auf dem Gymnasium so stark auf Bismarcks Gemüt gewirkt, daß er sich lebhaft mit dem Verlangen nach einem freien und einigen Deutschland erfüllt hatte. Er betrat den Göttinger Boden mit sehr viel stürmischeren nationalen Empfindungen, als sie ihm später eigentümlich waren. Damals war es sein Stolz, daß er den ersten Zweikampf mit einem Engländer ausfocht, der über den deutschen Michel gespottet hatte, und er konnte in jenen Tagen mit einem Amerikaner um fünfundzwanzig Flaschen Champagner wetten, daß Deutschland binnen zwanzig Jahren einig sein werde. Nationale Gefühle beseelten ihn auch, als er mit einigen amerikanischen Freunden am 4. Juli 1832 den Gedenktag der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten beging. Damals hatte Bismarck die Absicht, sich der Deutschen Burschenschaft anzuschließen. Verschiedene Ursachen wirkten jedoch dem Vorhaben entgegen.

Die Burschenschaftsbewegung war längst aus der idealen Begeisterung herausgetreten, mit welcher einst das Wartburgfest begangen worden war. Mit der fortdauernden Täuschung aller Hoffnungen auf ein baldiges freies und einiges Deutschland hatten radikale Strömungen überhandgenommen, welche sich auch gegen bestehende Zustände und Staatseinrichtungen wandten, die an

sich entwicklungsfähig und ausbildungswürdig waren. Die äußerste Linke, welche aus der allgemeinen Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen den Hauptnutzen für die Vermehrung ihres Anhangs zog, hatte sich auch in starkem Maße der Burschenschaften bemächtigt und dadurch war die Zusammensetzung der letzteren und die Art ihrer Betätigung vielfach nicht zum Vorteil ihrer ursprünglichen Aufgabe, ein Erziehungsinstitut der Jugend zur Pflege großer vaterländischer Ideale zu werden, verändert worden. Es herrschte öfters ein Herumwerfen von Schlagwörtern, ein Liebäugeln mit Bestrebungen, welche keine große Achtung vor den Obrigkeiten hatten, namentlich auch eine Neigung, das Gefühl der Ungebundenheit in der eigenen Lebensführung zur Schau zu tragen. Schon alle diese Erscheinungen schreckten Bismarck vom Beitritt ab, dazu kamen aber verschiedene Ereignisse teils unmittelbar vor, teils in der Zeit seines Göttinger Aufenthalts.

Die französische Julirevolution und der Zusammenbruch des Bourbonenkönigtums hatten ihre Wirkungen auf den deutschen Liberalismus nicht verfehlt und diejenigen ermutigt, welche auch in Deutschland größere Umwälzungen hervorrufen wollten. Selbst in Preußen, wo es doch nur an einzelnen Orten in der Nähe der belgischen Grenze zu Putschen gekommen war, hatte die Ermunterung der Republikaner und Radikalen ihre Spuren im ganzen Volksgeist hinterlassen, andere norddeutsche Staaten, wie Sachsen, Hannover, Braunschweig, hatten sich der revolutionären Bewegung gegenüber als sehr viel weniger widerstandsfähig erwiesen. Hiervon hatte gerade Göttingen Zeugnis abgelegt, denn Göttingen war der Schauplatz eines Aufruhrs gewesen, Studenten hatten sich bewaffnet dem Aufstande angeschlossen und ihre Kommilitonen nach sich gezogen. Die Göttinger Unruhen hatten den Stein ins Rollen gebracht und eine durchgreifende Verfassungsreform für das Königreich Hannover war eingeleitet worden, seit sogar die Ständeversammlung im März 1831 in diesem Sinne sich ausgesprochen hatte. Das Selbstbewußtsein der Göttinger Studenten und die Überschätzung ihres Machtbereiches hatte außerordentlich durch diesen Erfolg zugenommen, der doch mehr den

Bedürfnissen der Allgemeinheit und der Kraftlosigkeit der Regierung wie der eigenen Bedeutung verdankt wurde, und diejenige Richtung, welche den ganzen Sturm nur als Staffel zu weiteren Errungenschaften auf dem Wege zur Freiheit betrachtete, verdoppelte infolge des Sieges ihre Energie und die Überhebung ihres Ichs. In diese Stimmung hinein fiel das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832. Am genannten Tage kamen auf dem Schlosse Hambach in der Pfalz etwa 20000 Menschen zusammen, um Reden anzuhören, in denen eine gemeinsame deutsche Republik und die Volkssouveränität als politisches Ziel hingestellt wurde; es war das erste offene Hervortreten einer republikanischen Partei in Deutschland.

Namentlich das letztere Ereignis regte Bismarck nach eigenem Geständnis zum Nachdenken an. Er war viel zu sehr in den Anschauungen von der Notwendigkeit der Weiterentwicklung einmal gegebener politischer Bedingungen aufgewachsen, um an diesen Vorgängen und an Plänen Gefallen zu finden, welche mit der allmählich gewordenen Wirklichkeit nicht rechneten und nur durch eine Revolution erreichbar waren. In ihm wurde gerade das Gegenteil der Empfindungen wachgerufen, welche die Leiter des Hambacher Festes im Herzen der Teilnehmer hatten entzünden wollen: er erkannte in der Verkündigung solcher Lehren eine Verwirrung der Volksmeinung und die Gefahr für das Vaterland; er zog sich gleichzeitig auch von allen Bestrebungen zurück, die, wenn auch nur unbewußt, der Verbreitung und Erfüllung derartiger Ideen Vorschub leisten konnten.

Durch solche Erwägungen wurde seine Vorliebe für die Burschenschafter immer weiter abgekühlt. Sie hatte ohnedies bereits bei der ersten Berührung einen starken Stoß erlitten. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" erzählt Bismarck, daß er schon durch die persönliche Bekanntschaft mit den Burschenschaftern „ihren Mangel an äußerlicher Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft, die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen, die auf einem Mangel an Bildung und an Kenntnis der vorhandenen Lebensverhältnisse beruhte", herausgefühlt und „den Eindruck einer

Verbindung von Utopie und Mangel an Erziehung" erhalten hatte. Gerade nach diesen Richtungen hin hatte Bismarck aber namentlich bei Plamann schon zu viele schmerzliche Erfahrungen gesammelt, um nicht gegenüber Anschauungen und Wünschen, wie sie ihm in der Burschenschaft aufstießen, eher übertrieben reizbar als nachsichtig zu sein. Als nun Bismarck vom Hambacher Fest und dessen Einzelheiten hörte, mußte er nach seiner Gesinnung zur Ansicht gedrängt werden, daß er durch sein Eintreten in die Burschenschaft eine politische Entwicklung herbeiführen half, welche die staatliche Ordnung untergrub und schwere Gefahren heraufbeschwor.

Inzwischen hatte Bismarck längst andere freundschaftliche Beziehungen gefunden. Zunächst hatte er mit einigen Mecklenburgern, die das lustige Studentenleben ohne allen politischen Beigeschmack und ohne höhere, ehrgeizige Nebenabsichten genossen, zu Pfingsten eine Harzreise unternommen. Wichtiger noch war für Bismarck die Bekanntschaft mit mehreren jungen Amerikanern, besonders dem späteren berühmten Diplomaten und Geschichtsschreiber Motley. Der Verkehr mit diesen ausländischen Kameraden eröffnete Bismarck eine neue Welt. Die Trennung der englischen Kolonien jenseits des Ozeans vom Mutterlande, die hierbei bekundete Mäßigung und Vaterlandsliebe der Amerikaner, die Entstehung eines leistungsfähigen und gesunden politischen Gemeinwesens, die Ausbildung eines selbstbewußten nordamerikanischen Staatsbürgertums waren Erscheinungen, welche den im klassischen Altertum und seinen Idealen bewanderten Jüngling außerordentlich anheimeln mußten und unwillkürlich den Vergleich zwischen dem aufdrängten, was in den Vereinigten Staaten aus eigener Volkskraft geschehen und was in Deutschland noch zu leisten war. Als er jetzt nun in Göttingen Altersgenossen begegnete, die in die Fußstapfen ihrer Väter treten und sich zu diesem Zwecke an den überlieferten Kultureinrichtungen schulen wollten, traf er auf Menschen, die nach ihrem Streben und Denken ihm viel näher standen, wie die meisten deutschen Kommilitonen und namentlich die Burschenschafter. Denn bei jenen fand er,

was er bei dieſen oft genug vergeblich ſuchte, eine glückliche Verſchmelzung des Entſchluſſes, nach beſtem Können die Intereſſen der Nation zu fördern, mit der Anerkennung fremder Werte und dem Blicke für vorhandene, nicht verdorrte Wurzeln. Zugleich aber unterſtützten die Amerikaner ihren günſtigen Einfluß auf Bismarcks freundſchaftliche Geſinnung durch ihre ganze Lebensführung. Sie machten keine Anwartſchaft auf einen gegenſeitigen Verkehr, welcher unter dem Deckmantel inniger Verbrüderung die unter Gebildeten üblichen Umgangsformen abſchwächt. Die Aufrechterhaltung gewiſſer Schranken, die nun einmal Angehörige verſchiedener Lebenskreiſe trennen, und die Beobachtung der geſellſchaftlich erprobten Regeln galt ihnen mit den Gefühlen wahrer Freundſchaft nicht nur für vereinbar, ſondern ſogar für unzertrennlich verknüpft. So verlebte Bismarck Stunden, deren er ſich noch nach Jahrzehnten gern erinnerte, und der damals geſchloſſene Freundſchaftsbund mit Motley blieb bis zu dem Tode des letzteren durch die wechſelvollen Schickſale beider Männer hindurch aufrechterhalten.

Der Sinn für äußeren Anſtand war es nun auch, welcher Bismarck im Gegenſatz zu ſeinen urſprünglichen Neigungen für die Burſchenſchaft dem Korps der Hannoveraner zuführte. Im letzteren hat Bismarck ſich raſch nach ſeinem im Dezember 1832 erfolgten Eintritt ein großes Anſehen und eine wichtige Stellung errungen. Er rechnete zu den gefürchtetſten Schlägern und geriet alsbald mit dem Univerſitätsgericht aneinander, ſo daß er neben mehreren Karzerſtrafen auch einen Schein unterzeichnen mußte, in welchem ihm bei weiteren Ausſchreitungen die Entfernung von der Hochſchule angedroht wurde. Einen Teil dieſer Strafen hatte er freilich ſeiner Wahrheitsliebe und ritterlichen Denkweiſe zuzuſchreiben, welche ihm verbot, Handlungen zu beſchönigen: lieber erſchien er ſelbſt als der Hauptſchuldige und entlaſtete, ja verſchwieg die übrigen Teilnehmer. Außerdem offenbarte ſich bei den verſchiedenen Zuſammenſtößen mit den Univerſitätsbehörden noch ein anderer Zug ſeines Charakters. Bismarck war gewohnt, der Stimme ſeines inneren Gewiſſens und Taktgefühls zu folgen,

und tat das auch, wenn dieselbe mit den bestehenden Gesetzen und Vorschriften in förmlichen Widerspruch geriet. Solchen Erwägungen war es beizumessen, daß er als Senior für das Sommerhalbjahr 1833 die Genehmigung zur Fortdauer des Korps nicht nachsuchte, weil er nach den politischen Anschauungen der zuständigen Stelle die Verweigerung der Erlaubnis befürchtete. Andererseits war er gerade durch diese Charaktereigenschaften der geeignete Mann, um in den schwierigen Verhandlungen, welche durch die damalige Lage erfordert wurden, eine maßgebende und erfolgreiche Rolle zu spielen.

Die Zugehörigkeit zum Korps und die mannigfachen Verpflichtungen des Verbindungswesens kosteten Bismarck viel Zeit. Oberflächlichem Urteile mochte es wohl sogar vorkommen, als ob sich mit diesen Dingen Bismarcks ganzes studentisches Interesse erschöpfe, und noch heute mißt man vielfach die Bedeutung der Göttinger Zeit für sein inneres Werden vorzugsweise an den verschiedenen Studentenstreichen und der hierbei zutage getretenen Urwüchsigkeit seiner Ansichten. Aber die Tragweite des Korpslebens für Bismarcks damalige Wirksamkeit und spätere Entfaltung darf nicht überschätzt werden. Gewiß hat Bismarck dem Geiste der Hannoveraner seine wärmste Anerkennung gezollt und im Gespräche mit Verbindungsbrüdern, die ihm auf seinem späteren Lebenswege begegneten, sich auch seiner einstigen Teilnahme am Korps freudig erinnert, auch dem Korpsgeiste als solchem stets ein großes Interesse gezeigt. Aber während Bismarcks persönlicher Einfluß auf die Hannoveraner ein starker war, so hat umgekehrt Bismarck von diesen eine erhebliche Bereicherung seines Wissens und geistige Anregung kaum gewonnen. Wenn Bismarck mit konservativeren Anschauungen aus Göttingen zurückkehrte als er gekommen war, so schob er selbst die Ursache davon auf das Hambacher Fest und auf den von derselben Partei veranstalteten Frankfurter Wachensturm, also auf äußere zufällig gleichzeitige Ereignisse und nicht auf den Verkehr mit konservativ gesinnten Kameraden. Ebenso hat das freie Studium, welchem sich Bismarck auf dem Gymnasium hingegeben, jetzt vielleicht eine Ab-

wandlung, aber keine Unterbrechung erfahren. Bismarck ist also niemals mit seinen Sorgen im Korps aufgegangen, ja, die neue Richtung seiner wissenschaftlichen Interessen hing nicht mit der Denkweise der Hannoveraner zusammen. Wenn Bismarck die Beschäftigung mit der englischen Literatur und namentlich mit den Trauerspielen Shakespeares liebgewann, so ist der Grund hierzu auf dem Gymnasium durch die rasche und eifrig betriebene Erlernung der englischen Sprache gelegt worden, und soweit Bismarck hierbei durch persönliche Einflüsse geleitet worden ist, so sind dieselben eher von seinen amerikanischen Freunden ausgegangen, mit welchen er vielleicht teilweise auch englisch gesprochen hat. Neben das Versenken in Shakespeare und andere Werke des britischen Volkes dürften in die Göttinger Zeit schon die Anfänge von Bismarcks Interessen an philosophischen Fragen fallen; hat doch Bismarck schon im ersten Semester eine Vorlesung über Logik und Metaphysik belegt. Auch hier ist kein den Korpsbrüdern verdankter Antrieb zu vermuten. Die Bedeutung von Bismarcks Beitritt zu den Hannoveranern lag auf einem ganz anderen Gebiete. Nicht nur lernte Bismarck hierdurch zum ersten Male seine angeborene Veranlagung zur Menschenbehandlung und zur Lösung praktischer Lebensaufgaben erproben und üben, sondern er wurde nunmehr auch in ganz anderem Maße wie bisher inne, daß ihm diese Tätigkeit Befriedigung gewährte und er hier seine starke Persönlichkeit und seine besten Fähigkeiten am meisten zur Geltung bringen konnte. Allerdings fehlte Bismarck noch die Möglichkeit, welche ihm später zu seinen großen Leistungen verhalf, unter einem einheitlichen Gesichtspunkte die Gedanken der einsamen Studierstube und die Wirksamkeit unter Menschen zu vereinigen und dadurch sein gesamtes Wissen und Können in den Dienst der Mitwelt zu stellen. Aber es war ihm doch Gelegenheit geboten gewesen, daß er seine ganze Eigenart, die Selbständigkeit seiner von der Regel oft abweichenden Anschauungen in die Wagschale geworfen und damit Erfolge errungen hatte, welche ihm zwar nicht durchweg Billigung, allenthalben aber menschliche Hochachtung eingetragen hatten und ihn trotz mancher An-

griffe und Kritiken mit Genugtuung auf sein Verhalten zurückblicken ließen.

Anderthalb Jahre weilte Bismarck in Göttingen. Im Herbst 1833 kehrte er nach Berlin zurück, konnte sich aber dort, weil ihm die Göttinger das Abgangszeugnis verweigerten, erst sechs Monate später als Student einschreiben lassen. Die zwei Semester, welche er noch bis zum Auskultatorexamen brauchte, ließen ihm den Gegensatz zwischen dem angewiesenen Lehrstoff und persönlichen Liebhabereien noch fühlbarer werden. Außer Motley, welcher mit Bismarck von Göttingen nach Berlin übersiedelte und zeitweilig sogar sein Hausgenosse wurde, fand Bismarck namentlich am Grafen Alexander Keyserling näheren Anschluß. Dieser, ein Balte, war nach Berlin gekommen, um die Rechtswissenschaft zu studieren, aber sehr bald deren überdrüssig, hatte er sich den Naturwissenschaften zugewandt und Beziehungen zu hervorragenden Gelehrten und strebsamen Studiengenossen gewonnen. Mit Motley und Bismarck teilte er den Sinn für heitere, immer in vornehmen Formen sich bewegende Geselligkeit. Die Freunde speisten zu dritt gemeinschaftlich und unterhielten sich über die von ihnen gleichmäßig studierten Fragen, namentlich über Religion, Philosophie und englische Literatur. So hatte Bismarck in Berlin zwar keinen so ausgedehnten Verkehr mit gleichaltrigen Studiengenossen als in Göttingen, aber letzterer war für ihn viel befriedigender und zog ihn noch mehr wie dort in einen Kreis von Interessen, welcher den Rahmen seines Fachstudiums überschritt.

Letzteres wurde für ihn dafür noch widerwärtiger als in Göttingen. Denn erstens die allgemein bildenden geschichtlichen und philosophischen Vorlesungen fielen ganz hinweg, zweitens trat an Bismarck wegen der Nähe des Examens und der großen Lücken des juristischen Wissens die Notwendigkeit heran, das Versäumte in Repetitionskursen nachzuholen. Diese waren noch viel mehr als die rechtsgelehrten Fachkollegien nur darauf angelegt, Bismarck eine Masse von Kenntnissen zuzuführen, von welchen er genau wußte, daß sie im praktischen Leben eher ein Hemmschuh wie eine Triebfeder seiner freien Geistesrichtung sein würden.

Dazu kam die mechanische, von irgend welchen wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht beherrschte Auffassung, mit welcher derartige Examinatorien abgehalten werden. Die Repetenten, die meist selbst nicht tief in ihren Gegenstand eingedrungen sind, verzichten auf bleibende Anregungen ihrer Schüler, sondern haben nur den unmittelbaren Zweck, das Bestehen der erwarteten Prüfung, im Auge und berücksichtigen vielfach nur rein äußerlich, was bei einer solchen von den Examinatoren mit Vorliebe verlangt wird und was nicht.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß Bismarck nur eine möglichst kurze Zeit auf diese vielfach geisttötende Arbeit verwandte, von vornherein entschlossen, nach erreichtem Ziel in kürzester Frist wieder alles zu verlernen. Nachträglich hat er sogar noch sein Bedauern ausgesprochen, überhaupt so viele Stunden dieser Tätigkeit geopfert zu haben, denn das meiste, was er sich mühsam eingepaukt hätte, sei er gar nicht gefragt worden. Als er am 20. Mai 1835 das Auskultatorexamen bestand, war er schon halb willens, die Ergebnisse seiner Zwangsarbeit tunlichst rasch als unnützen Ballast von sich zu werfen.

Am 4. Juni 1835 trat er als vereidigter Auskultator und Protokollführer beim Berliner Stadtgericht ein. In der Spannung zwischen praktischen Bedürfnissen und wissenschaftlichen Zielen liegt es begründet, daß so viele Studierende, welche von der Universität in den Lebensberuf eintreten, hierbei ein gewisses Unbehagen empfinden. Die Aufgabe der Hochschule besteht nicht darin, ihren Zöglingen für alle möglichen Lebenslagen Rezepte auf den Weg zu geben, welche von der Pflicht selbständigen Nachdenkens entbinden, wohl aber die Angehörigen mit demjenigen geistigen und sittlichen Rüstzeug auszustatten, um auch außergewöhnlichen Schwierigkeiten und Berufsaufgaben gerecht zu werden. Aber verhältnismäßig selten gelangt der Beamte und besonders der angehende Beamte zur Verwendung dieser Waffen. Die Erfordernisse des alltäglichen Lebens bringen es mit sich, daß der Jurist, der Arzt, der Lehrer in der Regel Arbeiten zu verrichten hat, welche ihm nach seiner ganzen Vorbildung me-

chanisch dünken, und daß er sich in den gesamten Geist seines Berufs erst hineinleben muß, um die ihm zuerst ungewohnte Art der Betätigung als nicht bloß handwerksmäßig zu betrachten. Außerdem gelangen nur in ganz seltenen Ausnahmefällen die Menschen zu einer bloß aus ihrer Eigenart entspringenden Nutzanwendung ihrer Arbeitskraft. Der Lehrer, welcher das Seminar verlassen hat, der Jurist, welcher in der Justiz oder Verwaltung seine Tätigkeit beginnt, hat nicht mehr Leistungen zu verrichten, welche in erster Linie den Zweck haben, ihn selbst zu fördern, sondern welche zunächst den sachlichen Aufgaben seines Postens dienen; er sieht sich plötzlich nicht mehr als Werkzeug eines Erziehungsprozesses, welcher seine eigene Person zum Gegenstand hat, sondern als Glied eines großen Organismus, in welchem der einzelne fast völlig verschwindet und höchstens langsam auf Schritt und Tritt sich eine Stellung erringt. Der Vorgesetzte fragt bei der Verteilung der Arbeit nicht mehr nach den Interessen seiner Untergebenen, sondern des Dienstes und stellt seine Ansprüche nach den zufällig einlaufenden Anforderungen. Selbst wenn er auf die Neigungen und Fähigkeiten der einzelnen Rücksicht nehmen will, so lassen sich aus sachlichen Gründen die verschiedenen Berufsaufgaben nicht derart spalten, daß nicht jeder neben den ihm bequem liegenden Verpflichtungen auch eine Menge anderer damit eng zusammengehöriger, seinen Neigungen aber weniger entsprechender übernehmen muß. Dabei macht noch besonders der junge Beamte die spezielle Erfahrung, daß auf ihm häufig diejenige Geschäftslast liegen bleibt, welche ältere Kollegen von sich abwälzen, und daß er auf diese Weise erst recht vorzugsweise Handlangerdienste tut, die wichtigeren und interessanteren Gegenstände aber unabhängig von der persönlichen Fähigkeit ihrer Bearbeiter den Höheren vorbehalten bleiben. Je weiter nun in seiner Lehrzeit der Schüler gestrebt, je unabhängiger und selbständiger er sich entwickelt hat, desto drückender wirkt auf ihn die Erkenntnis, daß er nicht mehr nach eigenem Ermessen vorwärtsdrängen, sondern bestimmte ihm zugeschriebene Aufgaben zu lösen hat, für

welche ihn andere, denen er ziemlich gleichgültig und nach dem Stande ſeiner Intereſſen vielleicht ſogar überlegen iſt, gerade für gut genug anſehen.

Als Bismarck ſich in Berlin für die Prüfung vorbereiten mußte, hatte er ſchon ſehr unangenehm die gegenſätzlichen Anforderungen ſeines perſönlichen Wunſches nach Fortbildung und ſeines Berufes geſpürt. Für den Rechtspraktikanten ſteigerte ſich aber das Unbehagen. Die ſchöne Handſchrift empfahl ihn zum Protokollieren, einer Tätigkeit, die ſich aus dienſtlichen Gründen nicht auf jeden ungeſchulten Sekretär übertragen ließ, die aber der in Shakeſpeare und Byron ſich verſenkende, geiſtig hochſtrebende junge Mann als eine Entwürdigung empfand. Auch als er ſpäter zu wichtigeren Geſchäften herangezogen wurde, hatte er die leichteſten und widerwärtigſten Streitfragen zu behandeln. Dabei drängte ſich Bismarck eine weitere unliebſame Wahrnehmung auf. Von vornherein hatte er ſich in ſeinen Anſchauungen und Beſtrebungen niemals an den Buchſtaben geſchriebener Regeln geklammert, ſondern ſeine Hochachtung vor der beſtehenden Obrigkeit und ihren Befehlen hatte ſich immer mit der Auffaſſung verknüpft, daß vor allem nach dem Geiſte der Geſetze verfahren werden müſſe. Dadurch waren die Anforderungen, welche er an die Juſtiz ſtellte, hochgeſpannt worden. Er verlangte, daß der Richter die einzelnen Fälle genau prüfe, nach ſeinem Gerechtigkeitsgefühl die ſittlichen Anſprüche ſeines Amtes ganz erfülle und dadurch das Anſehen des Staates hebe. Von alledem ſah Bismarck bei ſeinem Eintritt in die Gerichtsſtube ſo ziemlich das Gegenteil. Bei der Maſſe der Entſcheidungen war an ſich eine ſo eingehende Erörterung jeder Sache, wie das dem Intereſſe der beteiligten Parteien entſprochen hätte, nicht möglich, aber ganz abgeſehen davon befremdete es das Rechtsbewußtſein des Auskultators, daß ſo oft eine mechaniſche Auslegung der Vorſchriften und eine bequeme Anlehnung an die vorhandene Schablone aus Nachläſſigkeit die Beamten über eine ſchwierige ſachliche Prüfung der einzelnen Fälle hinwegſchlüpfen ließ. Noch

in seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck aus dem Gedächtnis von dieser oberflächlichen Handhabung der Rechtspflege erstaunliche Proben erzählt.

Während der Berliner Zeit wurden auch die ersten Schritte unternommen, um Bismarcks künftige Laufbahn zu ebnen. Er wurde im Winter 1835 auf 1836 bei Hofe vorgestellt und gemäß der mütterlichen Absicht, welche ihn zum Diplomaten bestimmt hatte, meldete er sich beim damaligen Minister des Äußern Ancillon, allerdings ohne sonderlich in seinem Vorhaben ermutigt zu werden. Ancillon, der feingebildete ehemalige Prediger der französischen reformierten Gemeinde in Berlin und spätere Erzieher des Kronprinzen, unterschied sich vollkommen von den Anschauungen des wesentlich an seinen nächsten Sorgen haftenden märkischen und pommerschen Landadels. Weder was Weltgeläufigkeit noch was allgemeine Bildung anbelangt, konnte der letztere den Ansprüchen des zwar nicht gerade gründlichen, aber doch sehr vielseitig unterrichteten Ministers genügen, welcher einer ungewöhnlichen Gewandtheit seine seltsame Karriere verdankte. Vom Eindruck beherrscht, daß aus den heimischen aristokratischen Kreisen kein hinreichender Ersatz namentlich für die europäische Diplomatie zu finden sei, verhehlte er dem jungen Bismarck seine Bedenken nicht und empfahl ihm, „durch die Zollvereinsgeschäfte Eintritt in die deutsche Diplomatie zu suchen." Mit diesem Rate war die nächste Station auf Bismarcks Lebenswege entschieden. Um nämlich das von Ancillon gesteckte Ziel zu erreichen, mußte Bismarck sich neben der Justiz auch mit den Verwaltungsgeschäften vertraut gemacht haben. Da es sich von vornherein nur um einen Durchgangsposten handelte, so hatte ein Dienst in den westlichen Provinzen außer dem dadurch erweiterten Gesichtskreis den Vorzug der kürzeren Dauer. Denn hier genügte eine zweijährige Wirksamkeit statt der sonst vorgeschriebenen dreijährigen. Von den verschiedenen Regierungen der Rheinprovinz und Westfalens war wieder Aachen die empfehlenswerteste. Dort stand der jugendliche Präsident Graf Arnim-Boitzenburg an der Spitze, ein Mann von glänzenden Beför-

derungsaussichten und von freien Lebensanschauungen. Unter seiner Leitung konnte Bismarck für die Gegenwart das meiste lernen und für die Zukunft das meiste gewinnen. Am 26. Januar 1836 reichte er sein Gesuch ein, bei der Aachener Regierung die zweite Prüfung ablegen zu dürfen.

Er wurde zunächst aufgefordert, zwei schriftliche Abhandlungen anzufertigen, die eine über „Die Natur und die Zulässigkeit des Eides im allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre mit Berücksichtigung der Lehre des Christentums", die andere über „Sparsamkeit im Staatshaushalte, ihr Wesen und ihre Erfolge, auch durch geschichtliche Beispiele erläutert." Da die Abiturientenarbeiten im Archiv des Grauen Klosters leider nicht mehr erhalten sind, so haben wir in diesen beiden Aachener Aufsätzen die frühesten zusammenhängenden Darstellungen aus Bismarcks Feder vor uns und schon deswegen verdienen sie Beachtung, mögen sie auch teilweise das Ergebnis benutzten oder angelernten fremden Wissens und nicht in allen Einzelheiten das freie geistige Eigentum des ohne Hilfsmittel schaffenden Kandidaten sein.

Für Bismarcks Auffassung der Pflichten eines Staatsmannes ist jedenfalls sehr charakteristisch, daß er, der von Kindesbeinen zum Diplomaten ausersehen war, an die Spitze seiner ersten noch erhaltenen Probearbeit den Satz gestellt hat: „Wahrhaftigkeit in Versicherungen und Heilighaltung gegebener Versprechen bilden für das Bestehen des menschlichen Verkehrs notwendige Bedingungen, deren Erfüllung Pflicht eines jeden ist, welcher auf die Wohltaten der Gesellschaft Anspruch macht." Die verhältnismäßige Berechtigung einer Notlüge oder eines Wortbruchs aus höheren Allgemeininteressen erkannte er nicht an, sondern führte bedingungslos die Verletzung der Pflicht zur Wahrheitsliebe auf die menschliche Leidenschaft und die Geneigtheit zur Beeinträchtigung fremder Rechte zurück. Die Einbürgerung des Eides schrieb er der Tatsache zu, daß seit den ältesten Zeiten die Versuchung zur Lüge und Hinterlist zu stark gewesen, um der inneren Stimme der angeborenen

Ehrlichkeit Gehör zu schenken. Man bedurfte also einer Versicherung, welche vermöge ihrer feierlichen Formen Treue und Glauben in höherem Maße wie das einfache Manneswort verbürgte. Der Eid erscheint demnach Bismarck als ein geschichtlich begründetes, notwendiges Übel. Der Verfasser ging nicht so weit, jeden Eid überhaupt zu verwerfen, und glaubte auch aus dem neuen Testament folgern zu dürfen, daß der Standpunkt der Quäker von Christus und seinen Jüngern nicht eingenommen worden wäre. Aber er erblickte in der Abschaffung des Eides ein erstrebenswertes und zwar nicht völlig, doch teilweise erreichbares Ziel. Denn der Eid verführe zur Auffassung, daß der Mensch um so unbefangener lügen dürfe, wenn er nicht schwöre, und außerdem stumpfe der allzu häufige Gebrauch der feierlichen Formeln gegen deren gewünschte Wirkung auf das Gewissen des Schwörenden ab. Deshalb betrachtete Bismarck die einzelnen Arten und Verwendungen des Eides unter dem Gesichtspunkte, inwieweit derselbe nötig oder entbehrlich schien. Auf das allerentschiedenste wandte er sich mit sittlicher Entrüstung gegen Versprechungseide, welche gesetzliche Verbindlichkeiten bestärken oder gar rechtlich nicht begründete bestätigen sollten; er motivierte seinen Widerspruch mit den Worten: „Gott bedarf keiner menschlichen Versprechungen und schließt keine Verträge mit uns; ihm aber etwas Ungerechtes zu versprechen, ist ebenso frevelhaft als der Glaube, er verlange, daß wir es halten, töricht.“ Aber auch in bezug auf andere Eide verlangte Bismarck eine erhebliche Einschränkung. Gegen die Amtseide machte er geltend: „Für die Handlungen dessen, welcher nicht aus Pflichtgefühl seine Handlungen gegen das Vaterland erfüllt, ist der Eid eine schwache Bürgschaft und nur für Menschen, denen ihre Pflichten nicht klar sind, ein Punkt des Anhaltes.“ Am wenigsten konnten nach seiner Meinung die Eide als Beweismittel entbehrt werden; indes selbst hier wollte er sie nur dann anwenden, wenn auf anderem Wege der Tatbestand nicht zu ermitteln wäre, und verwarf namentlich, daß der Richter oft aus Bequemlichkeit zum unnützen Gebrauche des Eides anstatt weitläufigerer und schwierigerer Er-

hebungen über den Sachverhalt schritt. Am Schlusse seines Aufsatzes fügte Bismarck seine Auseinandersetzungen kurz nochmals zusammen: „Verminderung der Anzahl der Eide, zweckmäßiges Verfahren bei Ableistung derselben, angemessene Verwarnungen und strenge Bestrafung des Meineides vermögen viel zur Abhilfe des Übels beizutragen; bei dem allmächtigen Einfluß der Erziehung und Gewohnheit ist jedoch das kräftigste Mittel in der Verbreitung echter Bildung und Belebung des religiösen Sinnes zu suchen und in dieser Beziehung berechtigt die Sorgfalt, welche in unserem Vaterlande auf jene Gegenstände verwendet wird, zu den besten Hoffnungen für die Zukunft."

Der Regierungsrat Besserer, welcher die Arbeit zu begutachten hatte, meinte von ihr: „Ich trage kein Bedenken, dieser Abhandlung das Prädikat ‚Recht gut' zuzuerkennen. Im ganzen herrscht darin Würdigkeit und Klarheit der Ansicht, ein geregelter Ideengang und eine gute Diktion, und sie gibt verhältnismäßig nur zu wenig Ausstellungen Anlaß." Aber der ganze Aufsatz hätte schon damals ein tieferes und genaueres Urteil über den Kandidaten gestattet. Hatte derselbe doch schon dadurch eine außergewöhnliche Selbständigkeit bewiesen, daß er die Aufgabe zur zusammenhängenden Schilderung seiner ganzen persönlichen Ansichten über die einschlägigen Fragen benutzt und deshalb sogar das Thema ziemlich willkürlich nach seinen Bedürfnissen umgemodelt hatte. Von einem derartigen jungen Manne ließ sich zwar eine gewissenhafte, aber sehr freie Auffassung seiner Berufspflichten und keine Vorliebe für einen bureaumäßigen Standpunkt bei Behandlung geschäftlicher Fragen erwarten. Einzelne Sätze über die Rechtspflege lasen sich fast wie ein stillschweigender Tadel derjenigen Praxis, unter welcher er kurz vor oder noch während der Niederschrift seiner Arbeit am Berliner Gericht seufzte.

Ganz abgesehen von der Bedeutung einer Prüfungsaufgabe enthielt Bismarcks Arbeit eine Reihe für seinen damaligen Standpunkt sehr charakteristischer Ausführungen. In denselben war zu erkennen, wie er durch stetiges Nachdenken Anregungen, die

er von außen empfangen, in sich weiter ausgebildet hatte und wie weit sich seine Belesenheit erstreckte. Die Kenntnis der lateinischen Literatur überschritt erheblich das Maß der von ihm im Schulunterricht bewältigten Werke; Ciceros Bücher von den Pflichten und von den Gesetzen, welche Bismarck wiederholt heranzog, waren z. B. in den Stunden nicht durchgenommen worden. Das neue Testament war ihm in der griechischen Ursprache geläufig und zwar nicht bloß einzelne Verse, auf welche sich protestantische Glaubenssätze stützten und von welchen daher anzunehmen ist, daß sie ohne tiefere Beschäftigung mit dem griechischen Text zur Erläuterung vom Religionslehrer zufällig herausgegriffen und den Schülern besonders eingeprägt worden wären. In der Kulturgeschichte und Völkerkunde zeigte er, vielleicht Heerens Einflüssen folgend, sich bewandert. Den weitesten Raum nahmen aber religiöse und philosophische Überlegungen ein und bekundeten dadurch, wie sehr sie für Bismarck damals den Hauptinhalt seines inneren Lebens ausmachten. Der Gedanke an Gottes Allmacht und das Verhältnis zwischen Gott und den Menschen, der ihn einst im Gefolge des Schleiermacherschen Konfirmandenunterrichts zum Verzicht auf die täglichen Gebete bewogen, hatte ihn weiterbeschäftigt. Mit den Gründen seiner damaligen Handlungsweise hing es zusammen, daß er die Vorstellungen der noch vielfach gebräuchlichen Eidesformel, in welcher der Schwörende himmlische Strafen für falsche Aussagen auf sich herabflehte, als im Widerspruch mit dem Glauben an die Allmacht Gottes hinstellte. Ja, unverkennbar enger als sein früheres Vorgehen hing noch mit Schleiermachers Anregungen zusammen, daß nach Bismarcks Meinung „durch den Eid nicht Gottes Aufmerksamkeit auf den Schwörenden, sondern die des letzteren auf Gott gelenkt werde", daß der Mensch sich durch das Anrufen der göttlichen Gerechtigkeit in erster Linie sich selbst die Verantwortlichkeit vor Gott und das Bewußtsein des durch einen Meineid vollzogenen Frevels vor Augen führe. Bismarck hatte demnach nicht nur stufenweise seine religiösen Anschauungen weiter ausgebildet, sondern auch den Ausgangspunkt seiner späteren Erwägungen festzuhalten vermocht.

Von der Arbeit über „Sparsamkeit im Staatshaushalte" urteilte die Prüfungskommission: „Sie zeugt von einer guten Grundlage staatswirtschaftlicher und geschichtlicher Kenntnisse, und wenn sie schon auf erschöpfende Behandlung des sehr umfassenden Themas nicht Anspruch machen kann, so darf sie doch ihrem Zwecke nach als gelungen anerkannt werden." Der anderen Abhandlung mußte diese an Wert schon dadurch nachstehen, daß hier nicht so wie dort Bismarck die Früchte seiner persönlichen inneren Geistestätigkeit auf den Markt brachte, sondern mehr seine Ausführungen aus erlernten volkswissenschaftlichen Anschauungen und aus allgemeinen Vorstellungen, welche noch der Ergänzung durch eigene Mitarbeit an Verwaltungsgeschäften harrten, zusammensetzte. Aber in viel höherem Grade als die Arbeit vom Eide bildete der Aufsatz über die Sparsamkeit im Staatshaushalte ein Stück persönliches Zukunftsprogramm. Die Ansprüche, welche Bismarck an die Einsicht und den Eifer der Obrigkeit stellte, waren sehr hohe. Dem einzelnen Privatmann mußte es nach der Meinung des Verfassers überlassen bleiben, ob er sich durch Verschwendung zugrunde richten oder berechtigten Genüssen zugunsten seiner Erben entsagen wolle. Die Regierung aber, welche mit einem unbeschränkten Kreditbrief auf das Vermögen der Nation ausgestattet ist, hat sehr viel höhere Aufgaben, nämlich „die wichtige Pflicht, durch eine richtige Verwaltung des von ihr angeordneten Aufwandes der Nation auf die Dauer alle Vorteile zu verschaffen, zu deren Genuß dieselbe nach Maßgabe ihrer Kräfte befähigt ist." Die richtigen Grenzen für das Maß des öffentlichen Aufwandes zu bestimmen, ist aber eine ebenso schwierige wie wichtige Aufgabe, weil die Anforderungen, welche an die Wirksamkeit eines vollkommenen Staates gemacht werden, so groß sind, daß wohl noch kein Land imstande ist, ihnen ganz zu genügen. Es entsteht also ein Gegensatz zwischen Wünschenswertem und Erreichbarem und diese mittlere Linie muß dadurch gefunden werden, daß die Regierung sich fragt, wie hoch sie nicht bloß für eine einmalige Notlage, sondern für die Dauer die Untertanen belasten kann, und daß sie hiernach ihren Aufwand bemißt.

Aber wenn Verminderung des Verbrauchs auf eine mit dem fortschreitenden Nationalwohlstand verträgliche Höhe ein notwendiges Mittel zur Erhaltung eines tüchtigen Staatswesens ist, so erschöpft dies nicht die Aufgaben einer sorgsamen Regierung. Letztere hat nicht bloß das richtige Maß des Verbrauchs zu beobachten, sondern auch zwischen den Aufopferungen der Steuerpflichtigen und den damit erreichten Vorteilen das günstigste Verhältnis herzustellen. Sie muß deshalb erforschen, wie die nötigen Leistungen mit dem geringsten Aufwande erkauft werden, und hiernach einen möglichst fruchtbaren Erfolg dieser Leistungen anstreben. „Durch Vereinfachung der Formen und richtige Verteilung der Geschäfte kann unnützer Zeitverlust der Beamten vermieden und ihrer Tätigkeit größere Wirksamkeit verliehen werden. So werden viele Zwecke mit geringerem Aufwande vollständiger erreicht werden, wenn man die Sorge für örtliche Bedürfnisse so viel als möglich an örtliche Ämter knüpft." Es ist ferner für die Staatsverwaltung die eine Art der Besteuerung billiger wie die andere. Endlich muß die Obrigkeit gegenüber außerordentlichen Ansprüchen, die durch Einnahmeausfälle oder unerwartete plötzliche Ausgaben entstehen können, gewappnet sein.

Die Prüfungskommission betrachtete Bismarcks Abhandlung unter dem Gesichtspunkte, inwieweit dieselbe im Vergleich mit ähnlichen Probearbeiten anderer Anfänger die Reife des Kandidaten zur Verwaltungslaufbahn erkennen lasse. In Bismarcks Augen war sie etwas anderes. Je mehr er sich in diese Gedankengänge versetzte, desto klarer arbeitete er aus seinem Innern den Maßstab heraus, um die vollkommenere oder schlechtere Erfüllung der Amtspflichten in seinem neuen Wirkungskreise festzustellen. Bald genug sollte er gerade durch die hochgespannten Ideale, welche er einer die Gesamtinteressen wahrnehmenden Obrigkeit gesetzt hatte, inne werden, wie viel dahinter die tatsächlichen Leistungen der Behörde, welcher er beitrat, zurückblieben. Seine Abneigung gegen die geringe Gesichtsweite des preußischen Beamtentums, schon beim Berliner Stadtgericht durch den von Bismarck wahrgenommenen mangelhaften Ernst in den ausschlaggeben-

den Entscheidungen über Recht und Unrecht begründet, wuchs und verbreiterte sich vollends unter den nunmehrigen Verhältnissen.

Allerdings bot namentlich im Anfang die neue Umgebung Bismarck manches Ungewohnte. Die Versetzung eines preußischen Beamten aus den östlichen und mittleren Provinzen an den Rhein besaß damals eine viel einschneidendere Bedeutung als heute. Auch jetzt bemerkt man noch immer den Unterschied der Sprache und der Sitten, aber durch den Aufschwung der modernen Verkehrseinrichtungen, durch die schon drei Generationen fortdauernde Vereinigung in einem Staatswesen und durch die gemeinsame, allen gleichmäßig im Gedächtnis gebliebene Beteiligung an großen, ruhmvollen und weltgeschichtlichen Ereignissen sind viele Eindrücke hinweggewischt worden, welche einst die Gemüter der Rheinländer und der Altpreußen trennten. Als Bismarck nach Aachen kam, bestanden die Gegensätze noch in fast ungeschwächtem Maße. Die Bevölkerung war im Westen dichter, der Boden fruchtbarer, das Klima besser, der Reichtum an Bodenschätzen größer, die Kultur älter als in Norddeutschland. Andererseits war die politische Entwicklung im Süden und Westen des alten Reichs sehr stark hinter dem Wachstum des brandenburgisch-preußischen Staates zurückgeblieben und dadurch ein großer Teil jener wirtschaftlichen Vorteile um ihre Geltung gekommen. Die drei geistlichen Kurfürstentümer Trier, Köln und Mainz trugen den Charakter von Adelsrepubliken, deren Gewalthaber jede Fühlung mit den Fortschritten der Zeit verloren hatten, in denselben geradezu eine Gefahr für die Dauer und Größe ihres Machtbereichs witterten und darum das Land von ihnen möglichst absperrten, um nicht in ihrem Genußleben gestört zu werden. Die Bischöfe wurden von den Domkapiteln gewählt, die letzteren ergänzten sich durch Zuwahl und waren vorzugsweise Versorgungsanstalten für die jüngeren Söhne der benachbarten Grafen- und Herrengeschlechter, den Untertanen ging es erträglich, weil die öffentlichen Lasten im Verhältnis zum Wohlstand niedrig, der Sinn für die Beteiligung an Staatsangelegenheiten getötet, das Bewußtsein für die Fähigkeit einer weiteren Ausdehnung ihres Vermögens nicht

lebendig war. Was in den geistlichen Fürstentümern die Folge der selbstsüchtigen, nachlässigen, aber nicht gerade drückenden Adelsherrschaft gewesen, war ähnlich in den ehemaligen Reichsstädten Köln und Aachen durch ein entartetes Zunftwesen hervorgerufen worden und nicht besser stand es mit der dritten Klasse der staatlichen Zwerggebilde, den oft wenige Quadratkilometer umfassenden Besitzungen der rheinischen und wetterauischen Grafen, die im wesentlichen ihre obrigkeitlichen Rechte vom Standpunkt einer großen Gutsherrschaft ansahen. Während namentlich in Preußen die Fürstengewalt sich bemüht hatte, aus höheren politischen Interessen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Untertanen zu mehren und die letzteren oft zwangsweise zu einer zweckmäßigeren Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu bestimmen, wurde am Rheine der Erwerbstrieb und das Streben der nicht gesellschaftlich bevorzugten Klassen eher gehemmt wie angespornt und die herrschenden Kreise begnügten sich mit den Annehmlichkeiten des alten Schlendrians.

Die Napoleonische Zeit löst deshalb hier andere Erscheinungen und Ansichten aus wie in Preußen. Wohl wurden die Franzosen nirgends freudig empfangen, die Revolutionssoldaten hausten schamlos im Lande, jedoch der Geist der Ordnung, welcher mit Napoleon einzog, der Untergang veralteter Staatsgebilde und das Verschwinden zahlloser in der Länderzersplitterung begründeter Zollschranken wirkte belebend auf den bisher in seiner Entfaltung zurückgehaltenen Unternehmungsgeist der Bewohner. Ihr politischer Einfluß war nicht eben groß im Rahmen des von Napoleon eingeführten Präfektenwesens, Handel und Gewerbe gewannen aber einen Aufschwung, als sich seine Angehörigen plötzlich inmitten einer vorwärtsstrebenden Großmacht erblickten und zeitweilig von Napoleon aus politischen Gründen die englische Konkurrenz künstlich ausgeschaltet wurde. Auch waren zum ersten Male seit Jahrhunderten die Rheinländer wieder beteiligt an großen militärischen Ereignissen, und wenn dieselben an sich auch gar keinen Anlaß zur Entstehung eines deutschen Nationalstolzes abgaben, so weckte die Mitwirkung an solchen Taten das Be-

wußtsein eigenen Könnens. Überdies waren die Wohltaten der Napoleonische Herrschaft nicht groß genug, um den schweren Druck, der durch den Willen des Kaisers auf der Rheingegend lastete, vergessen zu machen, und 1815 kämpften infolge dieser schmerzlichen Empfindungen bereits viele Freiwillige in Blüchers Lager.

Als 1815 die Rheinprovinz gegründet wurde, war das für Hardenberg unter allen Organisationsaufgaben die schwierigste. Zwischen den einzelnen Bestandteilen des neuen Gebildes gab es geschichtlich einen geringen Zusammenhang. Vielfach waren dieselben sogar durch eine gewisse gegenseitige Eifersucht ihrer früheren Herren voneinander entfremdet worden, ein hinreichend großes altpreußisches Gebiet, wie es in Westfalen immerhin einen wertvollen Kern der dortigen Provinz ausmachte, war nicht vorhanden. Die Bevölkerung stand der preußischen Herrschaft nicht nur gleichgültig, sondern großenteils mißtrauisch gegenüber, denn der Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft kostete den rheinischen Kaufleuten und Fabrikanten ihren wichtigsten bisherigen Absatzmarkt und auf die Nord- und Ostdeutschen sah man vielfach herunter. Über den Wert und die Strenge des preußischen Beamtenstaates herrschten vielfach irrige, fast durchweg aber recht ungünstige Vorstellungen. Namentlich bäumte sich das religiöse Gefühl der katholischen Rheinländer gegen die Zugehörigkeit zu einer Großmacht mit protestantischen Überlieferungen und mit einer noch immer überwiegenden protestantischen Bevölkerung.

Die Regierung Friedrich Wilhelms III. hatte für diese Schwierigkeiten ein offenes Auge. Eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten wurden jetzt hier verwendet, um die neuen Zustände zu begründen. Gneisenau trat an die Spitze des rheinischen Armeekorps, Sack, ein bewährter Beamter der Steinschen Schule, übernahm die Zivilverwaltung, in der Universität Bonn wurde zum ersten Male ein einheitlicher Mittelpunkt für die geistige Kultur der gesamten Rheinlande geschaffen, ein sachkundiger und gedrillter Beamtenkörper bildete seinen ganzen Anschauungen nach ein weiteres Bindeglied zwischen der neuen Provinz und dem übrigen preußischen

Staate. Aber das Ziel einer Verschmelzung der Rheinlande mit dem letzteren gelang nur teilweise und das Beamtentum zeigte sich den gestellten Aufgaben nur teilweise gewachsen. Auch wenn man nicht ganz der in den „Gedanken und Erinnerungen" geäußerten Vermutung beipflichten will, daß bei der ersten Besetzung der rheinischen Regierungsbehörden die älteren Kollegien ihre unbrauchbarsten Mitglieder abgegeben hätten, so standen die neuen Obrigkeiten hinter ihren früheren Schwestern an Leistungsfähigkeit zurück. Denn ein fester Stamm von alten, durch lange gemeinsame Tätigkeit verbundenen Präsidenten und Räten, an welchen sich neu Eintretende anschließen konnten, fehlte, die geschäftliche Überlieferung wurde nur, soweit Sekretäre der früheren französischen Präfekturen verwendet wurden, aus der Rheinprovinz selbst, im übrigen aber aus Berlin und Altpreußen bezogen. Mit der einheimischen Bevölkerung hatten die von auswärts kommenden Verwaltungsbeamten fast gar keine Fühlung und sie entbehrten deshalb der wichtigsten Quellen einer ersprießlichen Tätigkeit, des Einlebens in die Volksanschauungen oder auch nur in die Interessen der gebildeteren und vermögenderen Klassen, des Verständnisses für die drückenden Sorgen der Eingesessenen und der Befähigung zur raschen aus dem Leben geschöpften Erledigung der Geschäfte. Weil die Beamten fast nur auf ihre bureaukratische Schulung angewiesen waren, wurden mit einem unnötigen Aufwande von Scharfsinn, Belesenheit in den Gesetzen und Verordnungen, Hin- und Widerschreiben Fragen verhandelt, für deren raschen Abschluß das einfache mündliche Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen genügt hätte, und die Entscheidungen erfolgten dadurch viel langsamer und fielen überdies oft unzweckmäßig genug aus. Das Zusammenarbeiten altpreußischer und aus der französischen Zeit übernommener Beamter bildete eine weitere Ursache der Schwerfälligkeit. Es entstanden dadurch Meinungsverschiedenheiten, deren Ausgleich eine Menge Zeit kostete und die Aktenmassen ungebührlich vermehrte, und es wuchs hiermit die Unsicherheit der Beamten und die Unübersichtlichkeit über die herrschenden Anschauungen.

Kurz bevor Bismarck nach Aachen kam, hatte der dortige Großkaufmann David Hansemann die Mißstände der damaligen Beamtenherrschaft zunächst in einer Denkschrift an den König von Preußen und später in einem ausführlichen Buche „Preußen und Frankreich" beleuchtet. Aus seinen persönlichen Erfahrungen heraus stellte er dem König vor, wie die uneingeschränkte Fürstengewalt wegen der Unfähigkeit des Monarchen, alles zu übersehen, zur ausschließlichen Beamtenherrschaft geführt hatte. „So hat die ganze Administration nach und nach den Typus des Beamtenwesens annehmen müssen. Alles muß da administriert werden; das lebendige Wort und die rasche Handlung weichen den schriftlichen, weitläufigen Formen, so daß in dem vielen Schreiben die Kraft des Denkens und Handelns wesentlich geschwächt wird; eine Masse von Gelehrsamkeit wird erworben und angewendet, um über einfache Gegenstände zu diskutieren und zu bescheiden, die der schlichte Menschenverstand, verbunden mit einiger Erfahrung, schnell begreift und zu ordnen versteht." Schärfer noch sprach sich Hansemann an einer anderen Stelle klagend aus, daß jede Regierung ihren Weg für richtig und vortrefflich halte, wenn er bequem und ruhig sei; „wo keine großen Kräfte zu leiten und zu bändigen sind, tritt eine Art von Flachheit ein, bei welcher das Regieren eine leichte Sache ist."

Soweit sehr bald die Wege Hansemanns und Bismarcks auseinandergingen, so hätten nach des letzteren Ansicht ähnliche Sätze ebensogut in den „Gedanken und Erinnerungen" stehen können. Was diese über die Eindrücke des Regierungsassessors in Aachen berichten, liest sich wie ein praktischer Beleg zur scharf und kurz zusammenfassenden grundsätzlichen Würdigung des damaligen Beamtenstaates durch Hansemann.

Abgesehen von seinen schriftlichen Leistungen hatte Bismarck auch durch eine mündliche Prüfung sich in seinen neuen Posten eingeführt. Es war bei derselben an allgemeinem Wissen weit mehr verlangt worden, als das heute zu geschehen pflegt, ja bei der jetzigen Bildung überhaupt für den Eintritt in die Richter- oder höhere Beamtenlaufbahn beansprucht werden könnte. Nach

dem noch vorliegenden Ausweis der Prüfungskommission erstreckte sich das dreistündige Examen „zunächst auf die allgemeinen Wissenschaften, namentlich auf die griechische und lateinische Sprache, auf Philosophie und Geschichte, sodann auf die kameralistischen Wissenschaften, namentlich auf Staatsrecht überhaupt und auf verschiedene Zweige der Staatswirtschaft und Finanzwissenschaft, sowie insbesondere auf das gegenwärtig in Preußen geltende Steuersystem, endlich auf die Rechtswissenschaft, wobei verschiedene Materien des gemeinen, preußischen und französischen Zivilrechts, sowie des gemeinen deutschen Lehnrechts unter Einwebung praktischer Rechtsfälle zur Sprache kamen." Allerdings waren für den Umfang einer solchen Prüfung drei Stunden viel zu wenig und so ist die Befragung in einzelnen der angegebenen Gegenstände jedenfalls nur eine formelle gewesen. Ja, wenn die Examinatoren betonten, im französischen Recht schiene Bismarck „sich wenigstens einige Kenntnisse erworben zu haben", so deutet der Wortlaut darauf hin, daß sie nach dieser Richtung hin ein Auge zudrückten, wie dies gegenüber einem aus Altpreußen kommenden und nur vorübergehend am Rheine beschäftigten Juristen natürlich war. Aber heute würde überhaupt keinem Kandidaten mehr zugemutet werden können, aus Ciceros Büchern über die Pflichten und Xenophons Cyropädie zu übersetzen. Bedeutungsvoller noch als der Inhalt der Prüfung war die Art, wie sich Bismarck bei ihr gab. Es wurde ihm nachgerühmt, daß er namentlich über Staatsrecht und Staatswirtschaft bereits selbständige Ansichten gewonnen hatte und daß er durchgängig „eine vorzügliche Urteilskraft, Schnelligkeit im Auffassen der ihm vorgelesenen Fragen und Gewandtheit im mündlichen Ausdruck" zeigte. Nach dem beigebrachten Entlassungszeugnis des Berliner Kammergerichts leistete Bismarck am 5. Juli 1836 in einer Vollversammlung der Aachener Regierungsbehörde den vorgeschriebenen Diensteid.

Der erst dreiunddreißigjährige Präsident Graf Arnim-Boitzenburg war Aristokrat nach Herkunft, Vermögen und persönlichen Charaktereigenschaften. Während viele preußische Beamte seiner Zeit nur mühsam mit ihrem Gehalte die nötigen häuslichen Ausgaben

bestritten und dadurch zu einer engen Auffassung des menschlichen Lebens überhaupt gelangten, war Arnim früh der Herr eines ausgedehnten Großgrundbesitzes geworden und hatte sich dadurch eine ungewöhnliche Selbständigkeit gegenüber seiner Umgebung erworben. Er scheute sich nicht, in einem Berichte an den preußischen Justizminister das Mißvergnügen der Rheinländer begreiflich zu finden, weil berechtigte Wünsche und Bedürfnisse derselben nicht befriedigt wären. Zu Hansemann trat er, trotzdem dieser in den oberen Regierungskreisen durch seine Meinungsäußerungen mißliebig geworden war, in gute persönliche Beziehungen, führte ihn selbst beim Kronprinzen ein, hielt auch den Freundschaftsverkehr aufrecht, als er später wieder den Rhein verlassen hatte. Man hielt damals den Grafen für einen Beamten von liberalen Anschauungen.

Mit Bismarck verband Arnim nicht nur ein lebhafter Sinn für feine gesellschaftliche Umgangsformen, sondern auch ein unverkennbares Wohlwollen des Chefs gegen seine Untergebenen, und Arnim nahm sich des neuen Referendars außerordentlich an. Er hatte bereits die Berichterstatter gemahnt, weil dieselben auf seine erste Aufforderung hin nicht rechtzeitig die Themata für die Prüfungsarbeiten gegeben und die eingereichten Abhandlungen begutachtet hatten. Als Bismarck im Juni nach Aachen kam, um den weiteren Verlauf der Prüfung abzuwarten, hatte dies Arnim Anlaß gegeben, auf eine rasche Anberaumung des mündlichen Examens zu drängen. Darauf, daß Bismarck in die Diplomatie eintreten und abweichend von der Regel nur einen Teil seiner Referendarzeit bei der Aachener Regierung verbringen wollte, nahm Arnim von Anfang an Rücksicht und suchte ihn in außergewöhnlich schneller Reihenfolge mit den einzelnen Dienstzweigen der Behörden vertraut zu machen. Als Bismarck, hiermit nicht einverstanden, beantragte, daß er „in Zukunft in der zur Vorbereitung für das größere Regierungsexamen erforderlichen Art beschäftigt werde", entsprach Arnim diesem Verlangen umgehend.

Indes Arnim war wohl das Haupt der Aachener Regierung, nicht aber durchweg ihr geistiger Führer. Wie der zeitgenössische

Geschichtsschreiber des ersten preußischen vereinigten Landtags richtig beobachtet hat, war Arnim ungeachtet seiner großen Selbständigkeit vielmehr klug wie genial. Obgleich er für seine Person über den Durchschnitt der meisten Beamten hinaus sich mit der eingesessenen Bevölkerung zu stellen wußte und deren Interessen und Wünsche aus eigener Wahrnehmung kennen lernte, so zeichnete sich seine Verwaltung ebensowenig durch kühne, bahnbrechende Neuerungen aus wie später seine Ministerlaufbahn. Er war ein Mann der Formen, die er in seltener Vollendung zu handhaben wußte und durch deren Gebrauch er seine Überlegenheit im persönlichen Verkehr gewann; er war durchdrungen vom Werte, welchen ihm seine adlige Herkunft in den Augen der Mitmenschen verlieh und welchen er durch die Betonung seiner Abstammung steigerte, und er beherrschte endlich viel zu sehr die Regeln des Behördenwesens, um auf diese für seine Bedeutung ebenfalls vorteilhaften Waffen zu verzichten. Arnim wurde auf diese Weise, wie Haym von ihm sagt, „Wächter der gesetzlichen Formen und festen Ordnungen." Damit verband sich aber noch eine andere Eigenschaft. Wie Arnim sich selbst das Recht der unabhängigen Ansicht wahrte, so ging er keineswegs darauf aus, anderen die seinige aufzudrängen. Seinem Ehrgeiz genügte es, daß Vertreter einer gegenteiligen Meinung überhaupt grundsätzlich auf ihn Rücksicht nahmen, daß der äußere Stempel seines Einflusses sichtbar blieb. So war er nicht gerade ein Mann von steifem Rückgrat und suchte vielfach nur den Schein zu retten, als ob er die andern überrage, während letztere als die Unterliegenden und Nachgebenden gelten mochten und dennoch von ihren Ideen oft weit mehr durchsetzten wie er selbst.

Bei solchen Eigenschaften konnte Arnim trotz seiner persönlichen Arbeitskraft nicht verhindern, daß unter seiner Leitung der alte Geist der nach Buchstaben entscheidenden schwerfälligen Beamtenroutine fortdauerte und die Räte der Regierung neben dem Präsidenten ein großes Gewicht behaupteten. Ohnehin waren die Vorstände der einzelnen Abteilungen schon nach den Erlassen des Freiherrn von Stein ziemlich selbständig gewesen und das war

auch durch die Verordnung vom 31. Dezember 1825 beibehalten worden, obgleich hiernach die Leiter den früheren Titel von Direktoren mit dem farbloſen eines Oberregierungsrats vertauſcht hatten. Der Präſident hatte allerdings die wichtigen Befugniſſe der Verkehrsvermittlung mit den oberen Behörden und der Geſchäftsverteilung und er konnte gegen die Entſcheidung einer Abteilung die des Plenums aller ſeiner Regierungsbeamten anrufen, ſogar bei Meinungsverſchiedenheiten mit dem letzteren über ſeine Anſicht an den Oberpräſidenten und Miniſter berichten. Da aber zunächſt die einzelnen Abteilungen ihre Fragen für ſich erledigten und nur verhältnismäßig wenige Arbeiten dem Plenum der Regierung vorbehalten waren, ſo hing es von der Perſönlichkeit des Präſidenten ab, ob er ſich eingehender oder ſeltener in das alltägliche Räderwerk der Behördenmaſchine einmiſchen wollte.

An ſich würde Bismarck in Aachen Gelegenheit zu einem tiefen Einblick in die verſchiedenſten Verwaltungszweige gehabt haben. Die Regierung zerfiel, da ſie in Aachen für indirekte Steuern nicht zuſtändig war, in zwei Abteilungen, für das Innere, welchem das evangeliſche und katholiſche Kirchen- und Schulweſen angegliedert war, und für die direkten Steuern, Domänen und Forſten. Von dieſen hatte die erſte von Haus aus das größte Übergewicht, und ſie wurde in den Rheinlanden noch dadurch beſonders gehoben, daß hier weder die Kreiſe noch die Städte die in Altpreußen übliche Selbſtändigkeit beſaßen. Da Arnim deshalb den größten Wert darauf legte, daß Bismarck gerade in dieſen Angelegenheiten beſonders reichlich beſchäftigt werde, ſo hatte der Aachener Aufenthalt den Vorteil, ihn in höherem Maße wie bei anderen Regierungen mit den Bedingungen des ſtädtiſchen Lebens bekannt zu machen. Während hier das juriſtiſche Berufsbeamtentum herrſchte, waren ſowohl die Finanzabteilung als auch die der inneren Abteilung zugehörige Sektion für Kirchen- und Schulſachen gleichzeitig mit rechtsgelehrten wie mit techniſchen Räten beſetzt. Das Kirchen- und Schuldepartement gewann inſofern für die Heranbildung eines jungen Verwaltungsbeamten an Intereſſe, weil es in zwei Sektionen, eine katholiſche und evangeliſche, zer-

fiel, die sich wegen der verschiedenartigen Beziehungen, die zwischen Kirche und Staat in beiden Konfessionen herrschten, in ihren Berufsaufgaben vielfach nicht deckten. In der katholischen Sektion wurde Bismarck allerdings nur mit einigen freilich ausführlichen Sachen allgemeiner Natur betraut, in der evangelischen aber hatte er viele ziemlich schwierige Nummern über die Anstellung von Zivilbeamten, Geistlichen und Lehrern, die auf inländischen Hochschulen studiert hatten, zu bearbeiten. Bei der zweiten Abteilung ist Bismarck bloß kurze Zeit beschäftigt gewesen; denn zuerst waren neben ihm dort noch zwei andere Referendare tätig, als er aber den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in Finanzangelegenheiten verlegen sollte, erlitt sein Aachener Aufenthalt eine unerwartet frühe Unterbrechung.

Indes von allen gebotenen Gelegenheiten zur Vermehrung seines Könnens und Wissens zog Bismarck einen geringen Nutzen. Die Arbeit lastete in der Hauptsache auf den Subalternbeamten, wie das bei der bureaukratischen Auffassung des Dienstberufes natürlich war, und es ist für den damaligen Geist der Regierung immerhin charakteristisch, daß der Konsistorialrat Besserer von Bismarcks Tätigkeit in seinem Geschäftsbereich hervorhebt, sie habe eine Menge Nummern enthalten. Die studierten Beamten und namentlich die Abteilungsvorstände hatten im Gegensatze zum Schreiberpersonal wenig zu tun, und indem sie von sich selbst aus auch über die Leistungsfähigkeit anderer urteilten, geschah es, daß Bismarck im Verhältnis zu seiner Arbeitskraft ungenügend zu tun hatte. Im Strudel eines Genußlebens, welches die Bäderstadt Aachen mit sich brachte, wurde dieser Umstand dem jungen Referendar verhängnisvoll. Wenn derselbe schon von vornherein die Erwartungen nicht bestätigt fand, mit denen er nach seiner Auffassung von Dienstpflichten bei der Regierung eintrat, verlor er erst recht durch die mangelhafte Verwendung den zu seinem Berufe erforderlichen Ernst. Die Fähigkeit, das richtige Urteil, die Güte seiner Ausfertigungen, die Schnelligkeit seines Arbeitens fanden durchweg Anerkennung, in das Lob mischte sich aber mancher Tadel über fehlenden Fleiß

und Eifer und über die Mißachtung des Gebotes gewissenhafter Pünktlichkeit und strenger Ordnung. Bismarcks Unlust an den Aachener Regierungsgeschäften steigerte sich schließlich derart, daß er am 1. Juni 1837 erstmalig um Urlaub nachsuchte. Mit seinen Amtspflichten nahm er es immer leichter. Er verließ Aachen, begab sich rheinaufwärts nach Wiesbaden, welches mit Aachen an Kostspieligkeit und Üppigkeit reichlich wetteifern konnte und noch nach anderthalb Jahrzehnten Bismarck die Erinnerung an die dort 1837 unnütz in amüsanter Gesellschaft vertrödelten Stunden schmerzlich in das Gedächtnis zurückrief. Bis in die Schweiz erstreckte sich die Erholungsreise und Bismarck überschritt ohne vorherige Anfrage den ihm gewährten Urlaub um Monate.

Unter diesen Umständen konnte auch ein so wohlwollender Vorgesetzter wie Arnim Bismarck nicht mehr halten. Als letzterer sich endlich doch entschloß, wenigstens der Form zu genügen und nicht mehr unentschuldigt wegbleiben zu wollen, schlug Arnim, der damals in Berlin weilte, dieses verspätete Urlaubsgesuch rundweg ab und fügte hinzu: „Ich kann vielmehr den von Ihnen ausgesprochenen Entschluß, zu einer der Kgl. Regierungen in den altpreußischen Provinzen überzugehen, um zu einer angestrengteren Tätigkeit in den Amtsgeschäften zurückzukehren, nach welcher Sie bei den gesellschaftlichen Verhältnissen in Aachen vergeblich strebten, nur ganz billigen und Ew. Hochwohlgeboren die Einleitung der desfallsigen Schritte durch den Antrag auf Entlassung von der Regierung zu Aachen anempfehlen, welchen Sie an den Regierungsvizepräsidenten von Mallinckrodt richten wollen.“ Diesen letzteren unterrichtete Arnim von seinem Briefe an Bismarck am gleichen Tage durch Zusendung einer Abschrift.

Von den altpreußischen Regierungen wählte sich Bismarck die Potsdamer, weil zu deren Geschäftsbereich abweichend von anderen auch die indirekten Steuern gehörten. Gerade das aber war von besonderer Wichtigkeit, falls er nach dem Rate Ancillons später bei den Geschäften des Zollvereins Verwendung finden wollte. In Potsdam herrschte seit Jahrzehnten als Regierungs-

und gleichzeitig auch als Oberpräsident der Provinz Brandenburg Magnus Friedrich von Bassewitz, bei Bismarcks Eintritt schon im fünfundsechzigsten Lebensjahre stehend. Im Gegensatze zu Arnim, welcher seine Laufbahn erst vor sich sah, konnte Bassewitz auf eine lange Wirksamkeit zurückblicken. Hatte er doch bereits verhältnismäßig früh wichtige Stellungen erlangt, seinen jetzigen Posten schon in den schweren Zeiten der tiefsten Erniedrigung Preußens bekleidet und verkörperte in sich die Überlieferungen einer großen Zeit des Beamtentums. Von den Anschauungen, welche damals den neuen Staat begründet hatten, war er so durchdrungen, daß er, nachdem er 1842 in den Ruhestand getreten war, eine Reihe Schriften veröffentlichte, welche die Lage und Verwaltung der Kurmark beim und unmittelbar nach dem Zusammenbruche des alten Preußen und namentlich auch die enge Verknüpfung zwischen den Schicksalen des Gesamtstaates und dem Zustand der Provinz behandelten. Ein derartiges Haupt der Regierung war in viel höherem Maße von der erfolgreichen Absicht geleitet, der Behörde, welcher er vorstand, den Stempel seines persönlichen Geistes zu verleihen, und wenn Bassewitz auch an Gewandtheit der Form, an Selbständigkeit des persönlichen Urteils und an liberalen Neigungen Arnim nicht erreichte, so war er doch weit eher der Mann, um die Ansichten, welche Bismarck von den Berufspflichten der Verwaltungsbeamten hegte, bei seinen Untergebenen zur Geltung zu bringen.

Auch sonst traf Bismarck für seine persönlichen Bedürfnisse manches in Potsdam günstiger als in Aachen. Seine Finanzlage war durch seinen Aufenthalt am Rheine derart zerrüttet, daß an eine Fortdauer der bisherigen Vergnügungen nicht zu denken war. Auch sprachen sich Bismarcks Aachener Personalakten über seine Kenntnisse und Anlagen so vorteilhaft aus, daß die Potsdamer Vorgesetzten den jungen Referendar gern auch für selbständigere Aufgaben verwendeten. Als ein Assessor erkrankt war, beschäftigte Wilke, der Dirigent der Abteilung für indirekte Steuern, Bismarck zeitweise sogar unter seiner unmittelbaren Aufsicht mit der Besorgung des augenblicklich verwaisten und

sehr arbeitsreichen Dienstzweiges. Die meisten Nummern rechtfertigten allerdings die Meinung Bismarcks, die Verwaltungsbeamten hätten nicht viel, sondern vielerlei zu arbeiten und behandelten deshalb wegen Mangels an wichtigen Geschäften die ihnen übertragenen Sachen mit einer überflüssigen Verschwendung von Zeit, Kraft und Eifer. Aber unter den Bismarck zugewiesenen Fragen befanden sich doch auch einige von größerer Tragweite, so ein Gutachten über die Entschädigung der durch die Verbesserungsarbeiten in der Provinz Preußen betroffenen Eigentümer und es gewährte Bismarck eine größere Befriedigung, jetzt wieder in der Praxis des Lebens nach freierem Ermessen sich zu betätigen.

Indes alle diese Ursachen waren zur Abänderung seines Urteils über die preußische Bureaukratie nicht durchschlagend. Mit günstigen Erfahrungen paarten sich doch auch einige, welche die Potsdamer Regierung in kleinlicherem Lichte erscheinen ließen. Der Denkweise Bismarcks stand Arnim ungleich näher als Bassewitz. Letzterer besaß nicht Arnims unbefangenen Blick und weltmännisches Wesen; er war ein würdiger Vertreter des Beamtenstaates, aber in seinem Alter nicht mehr der Mann, um unabhängig von den Überlieferungen, in denen er groß geworden, gegenüber den neuen Fragen und Interessen, die sich von allen Seiten auftaten, eine in die Sache selbst tief eindringende Stellung zu nehmen. Außerdem war die Macht und die Zahl der eingelebten Gewohnheiten bei einer altpreußischen Regierung naturgemäß größer als bei einer Behörde, die erst auf einen Bestand von knapp zwei Jahrzehnten zurücksah. In den „Gedanken und Erinnerungen" spricht sich Bismarck aus: „Die Mitglieder des Kollegiums machten mir einen würdigeren Eindruck als die Aachener, aber doch in ihrer Gesamtheit den Eindruck von Zopf und Perücke." Die Potsdamer Zeit milderte also Bismarcks Widerwillen gegen die Engherzigkeit des Beamtenwesens, beseitigte ihn aber nicht.

Unter solchen Verhältnissen regte sich in Bismarck die Erwägung, ob er überhaupt seine Kräfte weiter in der Schreibstube

der Bureaus verbrauchen solle. Im Anfange des Jahres 1838 stand dieselbe noch nicht in Bismarcks Gesichtskreis. Damals äußerte er sich dem Vater ziemlich befriedigend über die Potsdamer Zustände und wollte sein bevorstehendes Militärjahr zur Vorbereitung des Assessorexamens verwenden, welches ihm ein gesicherteres Fortkommen als die Diplomatenprüfung versprach. Bald aber pflog er über seinen Abgang mit dem Vater, dem älteren Bruder, ja sogar einer Cousine weitläufige Erörterungen. Die beiden letzteren waren der Meinung, daß er bei seiner Tüchtigkeit schnell vorwärtskommen und dadurch in der Welt bald etwas bedeuten werde. Die Begründung ihres Widerspruchs gegen einen übereilten Austritt aus der Beamtenlaufbahn verfehlte auch auf Bismarcks Gemüt ihren Einfluß nicht. Obgleich Bismarck wiederholt geäußert hat, daß er es nicht unbedingt für ein Glück halte, Beamter und selbst Minister zu sein, so war er doch ehrgeizig genug, um nicht leichten Herzens auf die Gelegenheit zu einer bedeutenden Wirksamkeit zu verzichten. Zuletzt trugen aber die brieflichen Auseinandersetzungen dazu bei, in Bismarcks Innerem die Überlegung und Entscheidung desto klarer reifen zu lassen. Er hatte mit angesehen, daß selbst hervorragende und tüchtige Männer vergeblich gegen das erdrückende Übergewicht der Formen und Traditionen sich gesträubt hatten, daß in Justiz und Verwaltung die Beamten oft Maßregeln befördern, verteidigen oder gar anordnen mußten, die sie nach ihrer persönlichen Auffassung nicht billigten, die ihnen aber teils durch Befehle von oben, teils durch das „einmal vorgezeichnete Geleise der administrativen Maschinerie" aufgezwungen wurden. Bismarck hatte endlich auch bemerkt, daß selbst geistig und finanziell außergewöhnlich begünstigte Charaktere vielfach erst sehr spät in leitende Stellungen gelangten und dann bereits ihre Spannkraft durch den Kleinbetrieb des laufenden Dienstes eingebüßt hatten. Da er nicht bloß eine Macht vorzustellen, sondern auch zu bedeuten wünschte, wollte er für Dinge, die nach seinem Willen geschahen, nicht bloß nach den Staatsgesetzen verantwortlich gemacht werden, sondern das persönliche Tun und Lassen mit seinem Ge-

wissen in Einklang bringen. Der zuletzt ausschlaggebende Grund für den Austritt aus dem Dienste war aber doch wohl der Geldpunkt. Die Vermögensverhältnisse der Eltern und namentlich die Bewirtschaftung der Güter waren so in Unordnung geraten, daß eine Änderung des Betriebes erheischt wurde. Weil die Mutter dahinsiechte und ihrem baldigen Tode entgegenging, der Vater aber in seinen vorgeschrittenen Jahren nicht mehr die Fähigkeit besaß, die ganze Kraft dieser körperlichen und geistigen Anstrengung zu widmen, so ließ sich ein durchschlagender Eifer nur von der vollen Hingabe der beiden Söhne erwarten. Der jüngere berechnete: wenn er ohne jede Nebenbeschäftigung ausschließlich, sein Bruder Bernhard zugleich als Landrat des einheimischen Kreises vorzugsweise ihre Sorge den drei Familiengütern widmeten, so würde der Wohlstand des Hauses ungleich rascher und mehr zunehmen, als wenn er selbst eine noch so glänzende Karriere machte; wenn dagegen Bernhard immerhin nur mit den durch das Landratsamt veranlaßten Unterbrechungen, Otto so gut wie gar nicht sich um die Landwirtschaft kümmerte, dann werde eine solche Nachlässigkeit die Familie nur noch weiter herunterbringen. Das bildete für Bismarck um so mehr einen Gegenstand ernster Bedenken, weil ihm schon damals diejenigen Beamten unangenehm auffielen, welche aus Sorge für sich und die Ihren am Posten klebten oder weiterkommen wollten und darüber den Wert eigener Überzeugung und die Empfindung für das durch ihren Eigennutz geschädigte Gesamtwohl vergaßen. In die Reihen derer zu gelangen, welche der Notwendigkeit, ihr Dasein fristen zu müssen, die Freiheit der Selbstbestimmung opferten, dazu wollte sich Bismarck nicht hergeben; er hatte sich trotz aller Aachener und Potsdamer Erfahrungen die Ansicht bewahrt, daß die Beamten für die Geschäfte da seien, nicht aber die Geschäfte zur Unterhaltung der Beamten, und er hätte, falls er im Dienste blieb, sich jedenfalls die Möglichkeit wahren wollen, bei einem Gegensatz zwischen persönlicher Überzeugung und zugeschobenen Pflichten das Amt von sich zu werfen. Dieser Gefahr wollte er vorbeugen, solange es noch Zeit war. Der Entschluß, schon

jetzt aus dem Staatsdienste zu scheiden, wurde ihm durch die Frage der Gründung eines eigenen Heims erleichtert. Er durfte hoffen, mit seinem Bruder zusammen in der Landwirtschaft so viel zu verdienen, daß beide in absehbarer Frist heiraten konnten; als Beamter fürchtete er bei seinen damaligen Anschauungen von standesgemäßem Leben dahin erst in einem Zeitpunkte zu gelangen, wo er voraussichtlich seine besten Jahre schon hinter sich hatte.

So vollzog sich im Laufe des Jahres 1838 die entscheidende Wendung. Bismarck diente seit dem März als Einjähriger bei den Gardejägern in Potsdam und empfand es bitter, durch die drückende Geldlage das Leben mit den dortigen Offizieren nicht mitmachen zu können; denn zu den Studien, welche er ursprünglich neben dem Soldatendienste hatte weiter betreiben wollen, fand er keine Zeit. Als er im Herbst zum Jägerbataillon in Greifswald übertrat, hegte er die Absicht, zugleich auf der benachbarten Akademie in Eldena landwirtschaftliche Vorträge zu hören und sich dadurch für seinen künftigen Beruf als Gutsherr vorzubereiten.

Trotzdem das Befinden der Mutter die Angehörigen mit schweren Besorgnissen erfüllte, so war Bismarck in Greifswald zunächst wohler zumute. Die Truppe befand sich gerade in Hinterpommern auf Übung, der Hauptmann erteilte ihm freiwillig Urlaub bis zur Rückkehr und so konnte Bismarck die Muße zur vorläufigen Umschau benutzen. Allerdings war die Akademie geschlossen, die meisten Lehrer und Schüler, darunter auch der Direktor, verreist, Bismarck unterrichtete sich aber über den ganzen Betrieb des Instituts und namentlich auch über die Ackerwirtschaft, welche vom Direktor der Akademie geführt und in welche immer einige bevorzugte Schüler aufgenommen wurden. Außerdem beschäftigte sich Bismarck unter Anleitung eines vor dem Examen stehenden Mediziners mit dem für einen Gutsbesitzer so wichtigen Fache der Chemie, lernte in der Nähe Greifswalds einige Musterwirtschaften mit eigenen Augen kennen, er besichtigte bei einem Ausflug nach Rügen die neuangelegte Zucker-

fabrik des Fürsten von Putbus. Noch ehe Bismarck den Waffenrock auszog, starb seine Mutter am Neujahrstag 1839.

Nach Beendigung des Militärjahres setzte sich Bismarck mit seinem Vater und Bruder auseinander. Der Vater zog, wie dies schon in den letzten Lebenszeiten der Mutter geplant und von dieser gebilligt worden war, nach Schönhausen. Der Rest des Gutes, welches großenteils verloren gegangen, wurde vom tüchtigen Verwalter Bellin bewirtschaftet, so daß für den alten Bismarck der nunmehr in großer Zurückgezogenheit verbrachte Aufenthalt auf dem Stammsitze mehr die Bedeutung eines Altenteils hatte. Die pommerischen Güter Kniephof, Jarchelin und Külz hätte Otto von Bismarck, da er mehr wie der Bruder brauchte und selbständig haushalten wollte, gern mit Bernhard alsbald geteilt; doch wurde gegen des ersteren Willen vorerst eine gemeinschaftliche Verwaltung und Haushaltung auf dem Kniephof eingerichtet, bis im Sommer 1841 Bernhard zum Landrat des Kreises Naugard gewählt wurde, heiratete und nach Naugard zog. Dieser erhielt jetzt das nächstgelegene Külz, Otto die entfernteren Kniephof und Jarchelin.

Nach den abstoßenden Erfahrungen, welche Bismarck über die Abhängigkeit und Unselbständigkeit der preußischen Beamten gemacht, hatte er einen Beruf gefunden, in welchem er eine abgeschlossene Welt für sich lebte, wo er mit eigenen Augen die Erfolge seiner Arbeit vor sich sah und die Früchte persönlicher Tätigkeit selbst erntete. Statt der Personen, welche die Fühlung mit dem alltäglichen Leben verloren hatten, welche die nichtigsten Fragen mit einem für Bismarck unverständlichen Aufwand an Bureaukenntnis behandelten, für große Dinge dagegen oft nur den Handgriff einer oberflächlichen formalen Erledigung übrig hatten, traf er auf Menschen, welche in ihrer Tätigkeit aufgingen, welche in der Natur und mit der Natur lebten. Schon vom Elternhause war er ein patriarchalisches Verhältnis mit den Untergebenen gewöhnt, und so regelten sich auch jetzt die Beziehungen des Schloßherrn zu den Gutseingesessenen nicht nach einem geschriebenen oder ungeschriebenen Gesetzbuch von Bestimmungen,

Rangabstufungen oder steifen gesellschaftlichen Pflichten, sondern ein Band gemeinsamer Lebensschicksale, das gegenseitige persönliche Interesse, die menschliche Fürsorge für das Wohl des anderen Teiles umschloß Herrn und Diener.

Auch die Blüte der Güter nahm rasch zu, als sich denselben wieder zwei junge vorwärtsstrebende, ganz in ihren Pflichten aufgehende Eigentümer widmeten. Bereits im Jahre 1841 war die Gefahr abgewendet, daß die Besitzungen der Familie verloren gehen könnten und die letztere verarmte, und die nächste Zeit durfte Bismarck seinen Trieb, sich in der Fremde weiterzubilden, befriedigen, ohne mit seinen Mitteln allzu ängstlich kargen und eine Störung in der Bewirtschaftung der Güter besorgen zu müssen. Auf der Reise beschlichen ihn allerdings manchmal Bedenken wegen der Folgen seines langen Ausbleibens, und er wandte sich an seinen Bruder, um dieselben durch persönliches Einspringen zu beseitigen; aber das glich doch nur einer kurzen Rast auf der Bahn ununterbrochenen Emporsteigens. Die Freude, mit welcher Bismarck am Gedeihen des kleinsten Saatkorns teilnahm, die Fürsorge, welche er auf die geringsten und unscheinbarsten Dinge vereinigte, kam der gesamten Gutswirtschaft zustatten.

Ebenso stand Bismarck mit der Nachbarschaft sehr bald auf vertrautem Fuße. Ein Teil derselben war ihm von vornherein nicht fremd, für seinen Bruder Bernhard besorgte er, namentlich als jener seine erste Frau verloren hatte, wiederholt und längere Zeit das Landratsamt, 1845 trat er in den Provinziallandtag von Pommern ein. Den anderen Rittergutsbesitzern mochte die Neigung, nicht ohne weiteres die bestehenden Zustände gut zu finden, ja vielleicht auch zu schonungslos zu beurteilen, als Ausdruck übertrieben radikaler Gesinnung erscheinen. Im Grunde aber entsprangen namentlich Bismarcks scharfe Bemerkungen über das preußische Beamtentum Gesichtspunkten, unter denen auch andere oft genug zu leiden hatten, und wenn Bismarck bei gelegentlichen Berührungen mit den Behörden seine geringe Achtung vor der Bureaukratie zum Ausdruck brachte und namentlich das störende

Eingreifen in die verschiedenartigsten Lebensverhältnisse bekämpfte, so stand er mit solchen Anschauungen sicher nicht allein. Noch mehr jedoch als durch diesen Meinungsaustausch und durch Vertretung gemeinsamer Interessen nach oben gewann er sich Freunde durch Jagd und Gelage. Von seiner Mutter hatte er die Befähigung geerbt, die Gesellschaft, in welcher er verkehrte, durch seinen Geist zu beherrschen, und er ist damals meilenweit geritten, um nach einem anstrengenden Tage die Freuden der Tafel zu genießen und ein tolles Treiben zu beginnen, in welchem die mit seiner inneren Denkweise nicht vertrauten Menschen eine selbstverständliche Erholung erblickten.

Tatsächlich war das allerdings nicht der Fall und kaum ein Teilnehmer dürfte geahnt haben, daß diese von ihnen als urwüchsig aufgefaßten Zerstreuungen und Scherze Bismarcks Schwermut betäuben und ihn vorübergehend aus seiner trüben Stimmung herausreißen sollten. Denn Bismarck durchlebte damals die für seine eigene Ausbildung wichtigsten, für sein persönliches Empfinden aber drückendsten Jahre.

Obgleich Bismarck bei seinem Rückzug auf das Land einen Drang befriedigt hatte, der ihn schon als Heimweh einst bei Plamann erfüllt und niemals völlig von ihm gewichen war, so hatte er doch manches anders gefunden, als er es sich früher vorgesagt hatte. Wie das öfters bei einschneidenden Entschlüssen geschieht, die in einem schärferen Widerspruch zum bisherigen Leben stehen, waren 1838 für Bismarck die ungünstigen Eindrücke der Beamtenlaufbahn fast ausschließlich im Vordergrunde gestanden, die entgegengesetzten Erwägungen aber mehr zurückgedrängt worden, als dies seinen Bedürfnissen und schlummernden Grundanschauungen entsprach. Ganz vorbehaltlos hatte er wohl auch damals nicht jeder ehrgeizigen Hoffnung entsagt. Wenn er seinem Vater die Absicht mitteilte, nach Bernhards Wahl zum Landrat Kreisabgeordneter zu werden, so war es ihm schwerlich nur um eine etwaige passende Vertretung des in seinen Amtsgeschäften behinderten Bruders zu tun. Das Geständnis an seine Cousine, „manche Auszeichnungen, wie die eines Soldaten im Kriege, eines

Staatsmanns bei freier Verfassung, eines Mitspielers bei energischen politischen Bewegungen, würden auf mich eine jede Überlegung ausschließende Anziehungskraft ausüben, wie das Licht auf die Mücke", war nicht bloß die Folge einer von Bismarcks damaligen Bedürfnissen und Plänen absehenden theoretischen Überlegung, sondern es schwebte ihm eine derartige Laufbahn im Gegensatz zum „breitgetretenen Wege durch Examen, Konnexionen, Aktenstudium, Anciennität und Wohlwollen der Vorgesetzten" als greifbare Möglichkeit vor Augen. Damit reimt sich durchaus Bismarcks weiteres Geständnis zusammen, daß er sich vor seiner Verheiratung in einer „ständisch-liberalen Stimmung befunden, für die er in Pommern kaum Verständnis und Teilnahme, in Schönhausen aber die Zustimmung von hervorragenden Kreisgenossen" erhalten habe. Es gehörte 1838 für einen in das Wesen der Bureaukratie eingedrungenen und mit ihren Leistungen abrechnenden Kritiker kein großer staatsmännischer Scharfblick dazu, um einzusehen, daß der preußischen Staatsleitung frische Kräfte zugeführt werden müßten und daß diejenigen, welche sich bei dieser Umwandlung beteiligten, ungleich mehr und erfolgreicher ihre Eigenart und ihre persönliche Tüchtigkeit für das allgemeine Volkswohl betätigen konnten als die noch so freigesinnten Spitzen bestehender preußischer Behörden. Auch bedurfte es keines hervorragenden Spürsinns, um zu wissen, daß für einen solchen Fall der Erweiterung des an öffentlichen Angelegenheiten mitwirkenden Menschenkreises derjenige Mann, welcher die Bedürfnisse weiter Schichten kennen gelernt, welcher neben seinen umfassenden, durch die Beamtenlaufbahn unterbrochenen Studien Güter bewirtschaftet und in Kreis- und Provinziallandtag die Interessen zunächst seiner örtlichen Umgebung wahrgenommen hatte, in ganz ausgezeichnetem Maße vorbereitet war.

Die wenigen vorhandenen Anhaltspunkte lassen leider kein sicheres Urteil zu, inwieweit schon 1838 derartige Zukunftsideen in Bismarcks Seele Platz gefunden hatten. Bismarck ist niemals der Mann gewesen, um Mitmenschen in Erwägungen einzuweihen, die ihm nur als luftige, vorerst nicht zu verwirklichende

Möglichkeiten vorschwebten und deren verfrühte Bekanntgabe beim Scheitern seiner Erwartungen ihn in den Augen der Mitwelt dem Eindruck einer Niederlage ausgesetzt hätte. Auch war außer der Geldfrage unter den Gründen für den Austritt aus dem Staatsdienst in diesem Augenblick die Sehnsucht nach ungebundenem Schaffen und freiem Leben der stärkste gewesen. Mit der Zeit kamen andere Empfindungen Bismarck zum Bewußtsein. Er wurde zwar nicht aller Sorgen um seine finanzielle Lage ledig. Noch 1846 war die Schuldenlast auf Kniephof so groß, daß er fürchtete, bei einem Zusammentreffen einer Mißernte und einer Kündigung von Darlehen in arges Gedränge zu kommen, und er hielt es noch immer für nötig, an einer weiteren Besserung der Vermögensverhältnisse zu arbeiten. Aber nachdem das schwerste überwunden war, erheischte die Bewirtschaftung der Güter doch nicht mehr in gleichem Maße die unausgesetzte Spannkraft des Denkens, sondern in erster Linie den festen Entschluß, auf dem gebahnten Wege auszuharren und den richtigen Gang der Maschine zu überwachen; auch brachte es der Charakter der Landwirtschaft mit sich, daß die Masse der Arbeit keine stetige war, daß zuzeiten die Geschäfte überhandnahmen und dann wieder verhältnismäßig wenig zu tun blieb. Für Bismarck lag der Gedanke, seine Mußestunden mit Lesen und Studieren auszufüllen, um so näher, weil die Aussicht darauf ihn mit zur Rückkehr auf das Land bestimmt hatte.

Aber Bismarck war nun einmal seiner ganzen Charakteranlage nach kein wissenschaftlicher Geist. Die Fähigkeit, sich vorbehaltlos in einen fremden Ideenkreis hineinzuversenken, unabhängig von persönlichen Wünschen und Gefühlen sich eine wissenschaftliche Ansicht zu bilden, war ihm versagt, sein einziger Maßstab blieb die Förderung seines Ichs und die Möglichkeit, das aus Büchern in sich aufgenommene, mit seinem sonstigen Lebensinhalte unabhängig von der Meinung des Verfassers zu einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzen. Die äußere Lage, die innere Seelenstimmung Bismarcks war deshalb für den Nutzwert eines gelesenen Werkes noch entscheidender als die persön-

liche Richtung seines Urhebers und so bedeutete die Übersiedlung nach dem Kniephof nicht nur einen Abschnitt in Bismarcks alltäglicher Beschäftigung, sondern auch in seiner Beurteilung der ihm begegnenden fremden Gedanken. Bismarck hat sich rückblickend 1846 zu seinem nachherigen Schwiegervater darüber ausgesprochen, daß ihn vom siebzehnten bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahre teils „der Ehrgeiz" Studien treiben, teils „Leere und Überdruß, die unvermeidlichen Begleiter seines Treibens, dem Ernste des Lebens und der Ewigkeit" sich hätten nähern lassen. Diese Worte sind jedoch in einer Stimmung geschrieben, welche sich mit derjenigen der Jahre 1832—39 nicht vollkommen deckte. In jener Zeit hatte Bismarcks innere geistige Tätigkeit, welche einen Zusammenhang zwischen Lektüre und eigener Lebensweisheit herstellen wollte, vor allem die Aufgabe, ihm für ein künftiges Berufsdasein die besten Grundsätze zu vermitteln, und es waren praktische Gesichtspunkte seines unmittelbaren Bedürfnisses, welche ihm in philosophischen Studien Beruhigung über die menschlichem Verstande nicht faßbaren Dinge gewährten oder vielmehr ihn veranlaßten, seinem Nachdenken eine bestimmte Grenze zu ziehen. Mit der gutsherrlichen Einsamkeit des Kniephofes änderte sich die Voraussetzung seiner Daseinsbedingungen. Durch das Ausscheiden aus dem Staatsdienst sah Bismarck die Möglichkeit, aus den verschiedenen Anregungen für sich unmittelbar brauchbare Lehren zu schöpfen, in weite Ferne gerückt, denn in seinem jetzigen Wirkungskreise fehlte ihm jeder Anlaß für die praktische Nutzanwendung, ja sogar für einen fördernden Meinungsaustausch. Es war schlechterdings dem Rittergutsbesitzer unmöglich, durch das Studium von Spinoza, Strauß, Feuerbach seinem Leben einen irgendwie wertvolleren Inhalt zu geben, und wenn ihn schon als Beamter das Gefühl gedrückt hatte, daß er seine besten Kräfte für die Erledigung der laufenden Dienstarbeit nicht brauchen konnte, so wurde jetzt die Kluft zwischen dem, was er an fruchtbaren Ideen in sich aufnahm und was er wieder auszugeben vermochte, größer, die Hoffnung auf einen günstigeren Ausgleich in der Zukunft geringer als zuvor.

Dabei zeigte sich das Verhängnis, daß Bismarck das aus diesem Zwiespalt entspringende innere Unbehagen durch ein Heilmittel bekämpfte, welches nur vorübergehend half, auf die Dauer aber das Übel steigerte. Denn je mehr er durch eifrige Erweiterung seines Gesichtskreises Selbstbefriedigung suchte, desto mehr brachte er ohne einen seiner persönlichen Tüchtigkeit und seinem Tatendrang angemessenen höheren Lebenszweck seine Tage hin. In diesem Zustand beschlich Bismarck eine ihn peinigende Wehmut, „daß sein und anderer Menschen Dasein zwecklos und unersprießlich sei, vielleicht nur ein beiläufiger Ausfluß der Schöpfung, der entsteht und vergeht wie Staub vom Rollen der Räder."

Die trostlose Niedergeschlagenheit war so stark, daß Bismarck noch weniger als sonst bei seinen Empfindungen den wahren Anschauungen der gelesenen Schriftsteller gerecht wurde. Schon früher hatte er neben den alten Philosophen diejenigen studiert, welche damals als die maßgebenden Größen galten, Kant mit höherem, Hegel mit geringerem persönlichen Nutzen. Aus einer gewissen Sucht, aufsehenerregende Zeitgenossen kennen zu lernen und für die eigene Entwicklung auszubeuten, stürzte er sich auf eine Reihe literarischer Erscheinungen der Kniephofer oder unmittelbar vorausgehenden Jahre. Großes Interesse hatte namentlich David Strauß' Leben Jesu hervorgerufen, welcher den Maßstab der von Friedrich August Wolf an den homerischen Gesängen, von Lachmann an den Nibelungen geübten Quellenkritik auf das neue Testament übertrug und die Evangelien als den unbewußten Niederschlag von Erzählungen in den urchristlichen Gemeinden hinstellte; nach ähnlichen Gesichtspunkten hatte Strauß in einem zweiten Werke auch die bestehende christliche Glaubenslehre in ein allmähliches Werden aufgelöst. In noch schärferer, aber für die Zeitgenossen nicht so eindrucksvoller Weise erfolgte Anfang der vierziger Jahre vom Bonner Privatdozenten der Theologie Bruno Bauer ein Angriff gegen die Evangelien, welcher die letzteren als das Ergebnis freier literarischer Erfindung auf der Grundlage der urchristlichen Gemeindeverfassung bezeichnete und dem kühnen Verfasser seine Stellung kostete. Um dieselbe Zeit,

als von Bauer „Die Kritik der evangelischen Geschichte des Johannes“ und „Die Kritik der evangelischen Synoptiker“ erschienen, veröffentlichte Ludwig Andreas Feuerbach sein Werk „Über Philosophie und Christentum“. Ausgegangen von der Geschichte der Philosophie, welcher er bereits mehrere Bücher gewidmet, war Feuerbach zur Auffassung gelangt, daß der Mensch sich bei der Betrachtung der übersinnlichen Welt von seinen irdischen Vorstellungen nicht loslösen könne, daß die Gottheit für den Menschen nichts anderes als ein idealisierter Mensch sei. Strauß, Bauer und Feuerbach hatten im wesentlichen nichts anderes gemein, als daß ihre Schriften ungefähr gleichzeitig erschienen und daß die Ausgangspunkte sowie der soziale und politische Hintergrund mannigfach übereinstimmten. Sehr abweichend und eigenartig aber waren die Ziele und Meinungen der drei Männer, an sich mußten ihre Ausführungen einen recht verschiedenen Eindruck auf die Leser machen. Indes mit dem, was Strauß, Bauer, Feuerbach, jeder für sich eigentlich wollte, wußte Bismarck nichts anzufangen. Wenn an Stelle seiner frohen Zuversicht auf sein baldiges Emporsteigen die Unzufriedenheit mit sich selbst, an Stelle der bisherigen Lebensvorsätze die Selbstprüfung und das Verlangen, sich aus seiner jetzigen Unfruchtbarkeit herauszureißen, getreten war, so verschlug es einem solchen Gemüte wenig, ob auf dem von Strauß empfohlenen Wege sich der geschichtliche Christus und die ersten Zeiten der neuen Religion zuverlässiger erkennen ließen; diese und andere Fragen hatten ein wissenschaftliches, kein praktisches Interesse. Bismarck eignete sich von derartigen Werken nicht das Streben der Verfasser nach einem theologischen und philosophischen Neubau, sondern nur ihren Widerspruch gegen das alte Wohnhaus der überlieferten Kirche an. Das Ergebnis war für ihn nur gleichmäßig stets dasselbe, daß er immer mehr zur Empfindung gelangte, auf die Erkenntnis von Dingen verzichten zu müssen, welche er vor der Kniephofer Zeit aus seinem Gesichtskreis ausgeschaltet hatte, deren Lösung ihn aber jetzt beim Brachliegen seiner Lebenskräfte und bei seinem fortgesetzten Grübeln immer wieder reizte. Die „Sackgasse des

Zweifels", die Leere ſeines Daſeins entſprang aber nicht ſowohl dem Bedauern über die Grenzen des menſchlichen Verſtandes, als vielmehr der wachſenden Überzeugung von der praktiſchen Unfruchtbarkeit ſeines geiſtigen Nachdenkens.

Um ſich aus dem ihn immer öder anmutenden Leben herauszureißen, griff Bismarck zum Wanderſtab. Er beſuchte 1842 England und die Schweiz, 1843 Frankreich und beſonders Paris. Der Zweck dieſer Fahrten war nicht bloß Erholung und Zerſtreuung, ſondern ernſte Tätigkeit, und weit über den Durchſchnitt der meiſten Reiſenden lernte er Menſchen und Gegenden kennen. Von Haus aus beſaß er für ſolche einen klaren, raſch durchdringenden Blick, zu ſtatten kam ihm ſeine langjährige Beſchäftigung mit der engliſchen Literatur, ſein großes Intereſſe, welches er von jeher an den Gewohnheiten und Zuſtänden des engliſchen Volkes genommen hatte. Für die Einführung in die Geſellſchaft ſtanden Bismarck die beſten Empfehlungen zu Gebote, und er genoß dadurch namentlich die Vorzüge jener Gaſtfreundſchaft, welche der vornehme Engländer gegen alle übt, denen er einmal ſein Vertrauen eröffnet hat. Er konnte die Kaſernen und Ställe eines Huſarenregiments ſich zeigen laſſen, wurde, obgleich er keinen der dortigen Offiziere kannte, von denſelben zu Tiſch eingeladen, in Mancheſter ſah er durch freundſchaftliche Vermittlung eine der größten Maſchinenfabriken der Welt, auch in anderen induſtriellen Anſtalten wurde er ohne ängſtliche Zurückhaltung herumgeführt. Vom Paris des Julikönigtums hat Beuſt in ſeinem Werke „Aus dreiviertel Jahrhunderten" eine anſchauliche Schilderung entworfen. Damals war die franzöſiſche Hauptſtadt für einen Mann, der in vornehmen Kreiſen verkehrte, in höherem Maße als ſpäter die Stätte des geſellſchaftlichen Schliffes, der kleinen, von angeregtem Geſpräche belebten Salons, wie Beuſt ſich zuſammenfaſſend ausdrückt, „die Schule für feine Umgangsformen und geiſtige Belebung".

Kurze Zeit vor Bismarck war Graf Camillo Benſo di Cavour in England und Frankreich geweſen, wie Bismarck ein Mann von nüchternem Urteil, außergewöhnlicher Beobachtungsgabe und

hervorragender Menschenkenntnis. Aus seinen Erfahrungen, die er in beiden Ländern gemacht, hatte er den Plan zur Befreiung und Einigung Italiens abgeleitet. Denn er hatte erkannt, daß sein Heimatvolk in sich selbst tüchtiger und wohlhabender werden müsse, um die ihm zukommende Stufe zu erringen. So begann Cavour mit dem ihn auszeichnenden Eifer, ohne Seitenblicke nach rechts und links, unmittelbar nach seiner Rückkehr seine weltgeschichtliche Rolle. Bismarck war nicht so glücklich, an seine im Ausland erlebten Eindrücke unmittelbar die Nutzanwendung anschließen zu können, sondern vorerst blieben diese wie alle seine sonstigen Studien ein totes Kapital. Als er wieder auf seinen Gütern erschien, wurde ihm die schon früher unerträgliche Nutzlosigkeit seines Arbeitens und Treibens so drückend, daß er alle früheren Bedenken überwand und 1844 es nochmals mit Regierungsgeschäften in Potsdam versuchte. Aber er fand nicht mehr die Beamten vor, welche ihm einst nach dem Beispiel von Bassewitz wenigstens das Einerlei des Bureaudienstes erleichtert hatten. Der jetzige Oberpräsident Meding fühlte sich als Haupt der Behörde und wünschte von den Untergebenen, als solches auf Schritt und Tritt behandelt zu werden, Bismarck aber war von seinem selbständigen Wirkungskreise inmitten eigener Güter noch mehr als früher dem Gedanken entwöhnt worden, sich lediglich aus Gründen des Ranges und Dienstalters von oben herunter anschauen zu lassen. An sich war es für einen Mann, der sich schon einen eigenen Lebensberuf geschaffen hatte und darin nach persönlichem Ermessen schaltete, noch viel schwerer als für den von der Universität zum Beamten fortschreitenden Anfänger, in das ewige Einerlei und die unvermeidliche Unterordnung im Bureaudienst sich zu gewöhnen. Als hierzu nun noch persönliche Zwistigkeiten mit dem Oberpräsidenten kamen, scheiterte der zweite Anlauf zum Staatsdienst noch rascher als der erste. Dennoch wies auch nach dieser Erfahrung Bismarck den Gedanken an eine weitere Verwendung als Beamter nicht von der Hand. Sein Gutsnachbar Senfft von Pilsach, der, ein außergewöhnlich tüchtiger Mann, seit 1845 nach

Berlin als Geheimer Oberfinanzrat gekommen war, hatte ein Verständnis für Bismarcks Wesen, der gleich Senfft die Dinge nicht bloß vom grünen Tisch zu beurteilen liebte. Das Gutachten, welches Bismarck über die Entschädigung der durch die Verbesserungsarbeiten in der Provinz Preußen betroffenen Eigentümer als Potsdamer Referendar geliefert hatte, stach merkwürdig genug ab von dem Aussehen anderer derartiger Schriftstücke, schien jedoch die Befähigung des Autors zum scharfen Erfassen der Angelegenheit zu erweisen. Es wurden ihm deshalb von Berlin aus durch Senffts Vermittlung wiederholte Anträge gemacht, einen Posten als königlicher Kommissar für Meliorationsarbeiten in Ostpreußen zu übernehmen. Die Stelle war nicht besonders gut bezahlt, bot aber dem Inhaber einen interessanten Wirkungskreis und die Aussicht auf rasche Weiterbeförderung. Bismarcks Bruder redete ihm zum Eingehen auf das Anerbieten zu und betonte, daß „Bismarck nach Neigung und Anlage für den Staatsdienst gemacht sei und früher oder später doch hineingehen werde"; er war bereit, für den Fall der Annahme des Rufes große persönliche Opfer zu bringen. Bismarck schwankte monatelang, was er tun sollte, in seinen Briefen erörterte er die Gründe dafür und dagegen. Schließlich waren aber für die Ablehnung Ursachen entscheidend, welche keineswegs auf der grundsätzlichen Abneigung gegen die Beamtenlaufbahn, sondern wesentlich auf seinen praktischen Erwägungen und nicht zuletzt auf der Besorgnis vor dem Entgehen geeigneterer Stellungen beruhten. Denn mindestens auf zwei Jahre hätte sich Bismarck in Ostpreußen binden müssen; gerade damals aber boten sich in der Provinz Sachsen für ihn vorteilhafte Aussichten. Während der Verhandlungen starb nämlich nach langem Krankenlager Bismarcks Vater und mit seiner eigenen Übersiedlung nach Schönhausen rechnete Bismarck darauf, Deichhauptmann, ferner Mitglied des sächsischen Provinziallandtags und beim Abgang des immer arbeitsunfähiger werdenden Landrats von Jerichow dessen Nachfolger zu werden. Wenn diese Ämter während seiner ostpreußischen Wirksamkeit frei wurden,

dann wurden sie Bismarck nicht nur dauernd verschlossen, sondern auch vielleicht mit Personen besetzt, die ihm als Gutsherrn nicht genehm waren.

Bereits 1846 sah Bismarck einen Teil seiner Wünsche erfüllt. Der bisherige Deichhauptmann für das rechte Elbufer wurde abgesetzt und Bismarck sein Nachfolger. Als solcher hatte er die Instandhaltung der Dämme zu überwachen und mußte namentlich bei Überschwemmungsgefahr auf seinem Posten sein. Es erfüllte Bismarck mit Genugtuung, daß er durch die Bekleidung seiner neuen Stelle nicht nur die eigenen Besitzungen besser schützen, sondern auch für die umliegenden Güter sorgen konnte. In den sächsischen Provinziallandtag wurde er fast gleichzeitig als stellvertretender Abgeordneter der Ritterschaft gewählt. Eine unmittelbare Beteiligung an den Verhandlungen bedeutete das freilich noch nicht. Bismarck hatte nur dann einzuspringen, wenn der zunächst berechtigte Abgeordnete verhindert war, und so hat Bismarck nur einmal 1851 den Sitz eingenommen. Immerhin waren das die ersten Staffeln seines politischen Emporsteigens, denn es waren Beweise, daß Bismarck auch in seinem neuen märkischen Wohnsitz das zunehmende Vertrauen seiner Mitwelt genoß.

Inzwischen bereitete sich eine wichtige Wendung in Bismarcks Leben vor. Die innere Unvereinbarkeit seines landwirtschaftlichen Berufslebens und seiner Geistestätigkeit mußte überwunden, es mußte ihm neben einer Weltanschauung zugleich das Feld zur Betätigung dieser Weltanschauung gewährt werden. Beides fand Bismarck durch die Gründung eines eigenen Heims.

Auf seinem bisherigen Lebenspfade war er fast ein Einsiedler gewesen. Erstens hatte sich vorzugsweise der kritische, nüchterne Verstand bei ihm entwickelt, welcher für die Schwächen und Unvollkommenheiten der Umgebung empfänglich ist, in die inneren Gemütsbewegungen der Mitmenschen aber selten eindringt. Zweitens hatte er wenig Gelegenheit gefunden, Personen näher zu treten, selbst die Eltern nicht ausgenommen. Von Vater und Mutter hatte er nicht diejenigen Anregungen erhalten, welche zunächst sachlich den Kindern die ersten Schritte im Leben erleich-

tern, darüber hinaus aber die Herzen aneinander ketten. Er war früh in Pension gekommen, früh auf die Universität gezogen, seit dem siebzehnten Jahre nur noch selten in das Elternhaus zurückgekehrt. Der Vater, welcher weder nach Kenntnissen noch nach Charakter dem Sohne für seine Beamtenlaufbahn viele Ratschläge hätte erteilen können, ließ diesen gewähren, als er dessen unabhängigen Sinn erkannt hatte. Die Mutter tadelte aus der Ferne, wenn sie bei ihrem Sohn eine Vernachlässigung von Studien und Berufsarbeit wahrzunehmen glaubte. Doch geschah das kaum mit dem Nachdruck, welcher sonst Kindern die Liebe der Eltern und deren Interesse an ihrem Wohlergehen als unverlöschliche Erinnerung einprägt. Der kalte, gemessene Verkehr des elterlichen Hauses hatte auf die Beziehungen zwischen den Kindern zurückgewirkt. Die Söhne waren einander nicht gerade entfremdet, aber sie waren nicht zusammen aufgewachsen, hatten nicht gelernt miteinander und füreinander aus innerem Herzensbedürfnis heraus zu empfinden, die Klammer, welche sie verband, wurde mehr durch das äußerliche Gefühl der Familienzusammengehörigkeit und durch das daraus entsprungene Bewußtsein der Pflicht gegenseitiger Unterstützung und Hilfe gebildet. Erst seitdem Bernhard und Otto im gleichen Berufe sich begegnet, waren sie sich auch innerlich wesentlich näher gekommen und es hatte sich auch ein regerer Meinungsaustausch entwickelt. Herzlicher als zu seinem älteren Bruder war Bismarck gegen seine jüngere Schwester Malwine, welche er mit Zärtlichkeitsäußerungen überhäufte. Aber es war dies weniger ein gegenseitiges Nehmen und Geben der ganzen Person, als vielmehr ein Verhältnis, wie es öfters zwischen Geschwistern üblich ist, die ein großer Altersunterschied trennt. Freunde hatte Bismarck weder auf dem Gymnasium noch auf der Universität viele gefunden. Die Annehmlichkeiten einer guten Gesellschaft, bisweilen auch die Ausgelassenheiten des jugendlichen Verkehrs waren Bismarck nicht fremd gewesen und es hatte ihm geschmeichelt, daß er es an gelungenen Streichen und Scherzen den meisten Teilnehmern zuvortat und dadurch ein gewisses Ansehen erlangte. Aber niemals war sein Gesamtinteresse in solchen Dingen

aufgegangen, er hatte darin mehr Zerstreuung als persönlichen Anschluß gesucht und den wenigsten einen Blick in das, was seine Brust bewegte, verstattet. Nur mit einer ganz kleinen Schar von Kameraden hatte er einen Bund geschlossen, der auch höheren Gesichtspunkten als denen vorübergehenden fröhlichen Beisammenseins diente und deshalb die Zeit des räumlichen Zusammenlebens überdauerte; doch blieb auch hier schon deswegen, weil die meisten Freunde sehr bald in ganz verschiedenartige Wirkungskreise traten, die Gelegenheit zur gegenseitigen Förderung und Anregung eine beschränkte. Alle diese Ursachen hatten Bismarck immer mehr zum Verstandesmenschen erzogen und es bedurfte einer furchtbaren Empfindung der eigenen Leere und eines seinem Entwicklungsgange gänzlich verschiedenen, aber seiner Sehnsucht entsprechenden Kreises von Mitmenschen, um Bismarck aus der bisherigen Einsamkeit und Einseitigkeit herauszureißen.

Ein so elementares Ereignis wie die Erhebung Preußens gegen die napoleonische Fremdherrschaft hatte begreiflicherweise die mannigfaltigsten geistigen Kräfte und Strömungen geweckt. Nach außen hin war vor allem das Bemühen hervorgetreten, die Mitwirkung am Staat und für den Staat auf breitere Volksschichten zu verteilen und unter grundsätzlicher Beseitigung von Vorrechten und Unterschieden der einzelnen Stände eine größere Anzahl Staatsbürger zum Interesse an den öffentlichen Fragen heranzuziehen und zu erziehen. Die Träger solcher Bestrebungen betrachteten an sich den zu Grabe getragenen altpreußischen Ständestaat als unverträglich mit den neuen Ideen der Zeit von der natürlichen Gleichheit und Freiheit aller Bürger und sie schrieben überdies dem vorherigen Kastengeist und der bis dahin überwiegenden Macht des Adels die Niederlagen des preußischen Heeres zu. Aber diejenigen Kreise, welche im Staate Friedrichs des Großen die erste Violine gespielt hatten, waren nicht geneigt, sich durch solche Gleichheitspläne aus ihrer geschichtlichen Rolle hinausdrängen zu lassen, sondern wollten an der Wiedergeburt Preußens beteiligt sein und demgemäß auch im erneuerten Staate ihren

früheren Rang behaupten. So hatte sich in denselben Tagen, als Hardenberg an die Spitze des Ministeriums berufen und mit der Berliner Hochschule ein neuer wissenschaftlicher Mittelpunkt für das geistige Leben des Landes geschaffen war, die sogenannte christlich-deutsche Tischgesellschaft aufgetan mit dem Schlachtruf: Christentum, Königstreue, Schutz geschichtlich gewordener Rechte, Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft.

Der Vereinigung hatten keineswegs nur Adlige angehört. Aber in ihrem ganzen Plane lag bereits ausgesprochen, daß ihre Mitglieder das patriotische Ziel auf ihre eigene Weise abseits der damals vorgezeichneten großen Heerstraße erreichen und sich enger an das Herkommen anlehnen wollten. Denn sie suchten die vornehmste Ursache nicht wie die meisten Zeitgenossen in der Unvollkommenheit, sondern in der Entartung des alten Staatswesens und gedachten deshalb den alten Baum nicht in ein neues Erdreich zu verpflanzen, sondern nur seine Wurzeln von den schädlichen Schlinggewächsen abzulösen. Im Gegensatz zum damals herrschenden Rationalismus, welcher auch geheime Gewissensfragen mit dem Verstand zergliedern und erledigen wollte, gefielen sich diese Kreise mehr und mehr in der Rückkehr zu den einfachsten und ursprünglichsten Quellen christlicher Offenbarung und gewannen auf diese Weise ein persönliches Gleichgewicht, eine durch Grübeleien nicht gestörte sichere Überzeugung und Bibelgläubigkeit und die Ruhe eines abgeklärten Auftretens.

Mit Schleiermacher teilte dieser Kreis die Verbindung patriotischer und religiöser Beweggründe. Aber während Schleiermacher seine Stärke vor allem in der Anpassung seiner seelsorgerischen Aufgabe an den politischen Hintergrund der Befreiungskriege offenbarte, errichteten die christlich-patriotischen Männer der Tischgesellschaft und deren Gesinnungsverwandten ihren Bau vor allem auf dem gegebenen Boden der biblischen Lehre. Hierdurch beraubten sie sich jenes wuchtigen Einflusses, welchen Schleiermacher in den Befreiungskriegen auf jung und alt ausübte, gewannen aber für diesen Mangel an einmaliger großer Wirkung einen Ersatz durch die Dauer ihrer nachhaltigen verborgenen Arbeit.

Als Schleiermacher Bismarck zur Konfirmation vorbereitete, zehrte er in des letzteren Augen von seinem geschichtlichen Ruhme und hatte für einen so praktisch veranlagten Zögling wie Bismarck an lebendiger Bedeutung eingebüßt. Dagegen dauerte als eine noch voll sprudelnde Kraft der Anstoß fort, welchen jene Männer in den Tagen der Befreiungskriege der ganzen Anschauung weiter Adelskreise gegeben, durch welchen sie dem Adel einen neuen moralischen Einfluß im nachnapoleonischen Preußen erobert hatten. Ja mit den mancherlei Widerständen, welche die maßgebenden geistigen und politischen Faktoren der Zeit den engen Zirkeln dieses kindlich-gläubigen Bibelchristentums geleistet hatten, war dort gerade die Empfindung gewachsen, daß die Verteidigung und Verbreitung solcher Ansichten eine persönliche Gewissenspflicht, daß erst von einer Verallgemeinerung dieser Grundsätze ein wahrer Friede, wie ihn die Anhänger des einfachen Christenglaubens in ihrem Herzen gefunden, für die Mitwelt zu erwarten sei.

Im Gegensatz zu Schleiermacher, dessen Bedeutung und Anregungen sich nur in beschränktem Maße mit Bismarcks inneren Bedürfnissen gedeckt hatten, trat letzterem eine nicht an Zeit und Ort gebundene Welt- und Lebensanschauung in den Weg und diese bildete eine Ergänzung zu Bismarcks eigenem und bisher vergeblichem Forschen. Obgleich sich bis dahin seine Auffassung wesentlich von der schlichten christlichen Frömmigkeit der Tischgesellschaft unterschieden hatte, so war er doch seines Glaubens an Gott nicht verlustig gegangen. Noch seine Aachener Probearbeit vom Eid war von der Meinung durchweht gewesen, daß ein lebendiger und persönlicher Gott die Geschicke der Welt lenke, und wenn er sich später in die verschiedensten philosophischen und theologischen Studien gestürzt, so hatte ihn dabei niemals der Trieb des von persönlichen Erwägungen unabhängigen Forschens, sondern das Verlangen nach einer praktischen Lebenskunst geleitet. Durch verstandesmäßige Überlegungen hatte er sich einen Gesichtskreis aneignen wollen, welcher solchen seiner Natur nach nicht zugänglich, sondern das Ergebnis des in den Herzen jedes Menschen entspringenden persönlichen Gefühles ist, und er war

immer kleinmütiger geworden, weil ihm auf diesem Wege regelmäßig nach kurzer Zeit sich die Grenze der irdischen Erkenntnis offenbart hatte. Dabei war ihm niemand Berater und Führer gewesen, wenigstens erfahren wir seit den Tagen, da er als Student in Berlin mit Keyserling und Motley sich über solche allgemeine Fragen unterhalten, nichts mehr von Gesprächen religiöser und schöngeistiger Natur. Als Bismarck bald nach seiner Ankunft auf dem Kniephof zum erstenmal seit dem Grauen Kloster seinem ehemaligen Jugendfreund Moritz von Blankenburg begegnete und durch diesen in gleichgesinnten Kreisen heimisch wurde, bemerkte er Menschen, welche die innere Zufriedenheit und die Festigkeit der Lebensgrundsätze besaßen, nach der er auf anderem Wege vergeblich strebte, und welche gläubig Anschauungen für gewiß hinnahmen, über welche er sich durch Überlegung niemals Gewißheit verschaffen konnte. Noch mehr aber vielleicht als diese Beobachtung wirkte auf Bismarck die ihm bisher ganz fremde Erfahrung, daß hier Menschen aus innerem Herzensbedürfnis und christlicher Demut einander in jeder Beziehung halfen, in den wichtigsten sie berührenden Gewissensfragen sich aussprachen und förderten, sich ohne Selbstsucht und Eitelkeit für die Mitchristen aufopferten, daß also neben dem gläubigen Christentum eine praktische Frömmigkeit vorhanden war und viel tiefere und nachhaltigere Leistungen für die Mitwelt zu verbürgen schien wie die aus Büchern erlernten und nach persönlichem Ermessen des Lesers umgemodelten Lebensregeln.

Durch alles das vollzog sich in Bismarcks Brust kein Bruch mit der Vergangenheit, sondern eine allmähliche Abwandlung seiner bisherigen Ansichten. Es wurde ihm klar, daß in ihm schlummernde Keime durch die Zufuhr neuer Nahrung zu frischem Gedeihen geweckt wurden. Das Gefühl, sich unter Menschen zu bewegen, deren Verkehr durch eine ihm früher unbekannte Wärme beseelt wurde, brachte ihn auf den naheliegenden Gedanken, diesem Kreise als Gleichgesinnter und Gleichstrebender anzugehören. Wären Spinoza und Feuerbach nur zu dem Zwecke seine Lehrmeister gewesen, um dem nach Wahrheit ringenden Geist eine Erkenntnisquelle zu bilden,

so hätte Bismarck einen noch viel schwereren Lebenskampf durchfechten müssen, ehe er beim Standpunkte der christlichen Adelsfamilien in Pommern und der Mark anlangte. Da aber Bismarck sich diesen Geisteshelden als Praktiker genaht und sich für eine möglichst fruchtbare Lebensarbeit hatte ausrüsten wollen, zog es ihn sofort mächtig zu einem Kreise von Anschauungen und Menschen, in deren Mitte er den ihm vorschwebenden Zweck der Ausnutzung seiner Fähigkeiten und Anlagen besser erreichen konnte. Die Triebfeder seines ersten Anschlusses an die neuen Freunde war ein starker, zielbewußter Wille.

Zum Willen gesellte sich aber alsbald die Gewohnheit. In der ersten Zeit hatte Bismarck trotz alledem noch manche widerstreitende Gefühle in seinem Innern auszustehen, jedoch dieses Ringen einander entgegengesetzter Meinungen vollzog sich unter der immer entschiedeneren Herrschaft eines festen Entschlusses. Sehr richtig fand Ludwig von Gerlach aus seinen Gesprächen mit Bismarck dessen Absicht heraus, die früheren eigenen Gedanken, welche nicht mit dem christlichen Glauben übereinstimmten, los zu werden und von Personen, die ihm durch ihre religiöse Festigkeit Achtung geboten, sich widerlegen zu lassen. Anfangs spottete Bismarck über die seltsame Vermischung von Bibellesen und Andachten mit den leiblichen Genüssen der Tafel; aber er leugnete nicht, daß er in dieser Luft sich behaglich fühlte, und er bemühte sich eifrigst, sich daheim weiter in diesen Gesinnungen zu fördern und auf solche Weise auch seinerseits den anderen Teilnehmern der kirchlichen Übungen als Gleichberechtigter zu erscheinen. Es kostete ihm keine Überwindung, die philosophischen Werke, die er nur als Mittel zum Zweck durchgenommen, aus der Hand zu legen und „konsequenter und mit entschiedener Gefangenhaltung einstweilen des eigenen Urteils in der Schrift zu lesen". Während er aber bisher das Verständnis der Lektüre aus sich selbst gewonnen hatte, besorgten jetzt die Erläuterung zu den Kapiteln des neuen Testamentes Schicksale und Menschen.

In diesem Zusammenhange stieß Bismarck zum ersten Male während seines Lebensweges auf ein tiefes weibliches Gemüt.

Vom Elternhause her war ihm dieses ein unbekanntes Ding gewesen. Mit der Idee, später einmal zu heiraten, hatte er sich grundsätzlich wiederholt beschäftigt, die Möglichkeit, sich hierfür rascher die Bahn zu ebnen, war bei seinem Austritt aus dem Staatsdienst mit erörtert worden und auch andere Bekannte und Verwandte hatten sich wiederholt mit dem Gedanken dieser oder jener passenden Partie für Bismarck befaßt oder auch Kandidatinnen gehabt, für deren Zukunft sie sich von der Verbindung mit dem hochbegabten jungen Manne viel versprachen. Aber tatsächlich hatten Bismarcks gesellschaftlichen Beziehungen zur Damenwelt niemals die in der Unterhaltung üblichen Schranken überschritten und noch nach Jahren erinnerte sich Bismarck, wie schal und öde im Vergleich mit dem späteren eigenen Heim 1837 zu Wiesbaden seine Begegnung mit einigen Damen gewesen war. Aber so wertvoll die Anregungen waren, welche er für seine Urteilsbildung im Zusammensein mit Thadden, Blankenburg und Ludwig von Gerlach davontrug, so konnte ihm doch die glücklichste Vereinigung eines solchen sich demütig beugenden, allem vermessenen Forschen entsagenden Christenglaubens mit uneigennützigster Nächstenliebe nur durch den Einblick in die Gedankenwelt einer Frau offenbart werden. Die eigentliche Priesterin für Bismarcks seelische Bedürfnisse wurde Marie von Thadden-Trieglaff, welche 1844 sein Freund Moritz von Blankenburg als Gattin heimführte.

Ihr Vater Adolf von Thadden-Trieglaff war als siebzehnjähriger Leutnant mit dem neuen Testament, Faust und Wallenstein im Tornister 1813 ins Feld gezogen und hatte dort die tiefergreifenden Predigten eines Dr. Blanc gehört, welcher, der eigenen Lebensgefahr nicht achtend, seine Soldaten zur Reue über ihre Sünden und zur religiösen Vorbereitung auf den Tod mitten im Kugelregen ermahnt hatte. Nach dem Frieden hatte er dann Anschluß an die märkischen und pommerschen Edelleute gefunden, welche die Bestrebungen der Tischgesellschaft fortsetzten. Seine Gemahlin Henriette war von Haus aus nicht gerade in tiefer Religiosität erzogen; aber sie wurde durch die innere Wärme und schlichte

Geradheit, welche Adolfs ganzen Charakter auszeichnete, auch in der Auffassung religiöser Dinge die treue Lebensgefährtin ihres Gatten. Den Bekehrungseifer, welchen Adolf bei seiner Frau mit so großem Erfolge bekundet, setzte er in weiteren Kreisen fort. Eine Schar von Gästen, Geistlichen und Laien kamen zu sogenannten jährlichen Pastorenkonferenzen in Trieglaff zusammen, teils um sich durch die Unterredung über religiöse Fragen und Choralgesang zu erbauen, teils um einander durch eine edle Geselligkeit menschlich näher zu treten. Tiefer Ernst und gesunder Humor war in Trieglaff zu Hause und das Familienhaupt verband mit einem kindlichen Gemüt das größte Interesse an allen geistigen und kirchlichen Fragen.

In solcher Umgebung war Adolfs Tochter Marie mit einer Reihe Brüder aufgewachsen, innerlich durchaus ergriffen von der christlichen Frömmigkeit ihrer Eltern und gleich diesen eine Freundin der frischen, an den Mitmenschen auch innerlich Anteil nehmenden Geselligkeit. Bismarck war mit Marie schon vor ihrer Verheiratung befreundet gewesen, aber erst seit 1844 gewann diese Beziehung für sein inneres Werden ihre volle Tragweite. An die Hochzeit selbst knüpfte sich ein für die Familie und deren Gäste wirkungsvolles Ereignis. Nachdem der Pastor Nagel, der langjährige Freund und Seelsorger des Hauses, das Paar eingesegnet und in seiner Traurede auf die bevorstehende Trübsal hingewiesen, welche nicht ausbleiben werde, fing abends eine Rakete Feuer, und binnen wenigen Minuten stand das Dorf in Flammen, so daß nur Kirche, Pfarre und Herrenhaus verschont blieben. Bismarck selbst war sehr tätig unter den Rettenden. Die unmittelbare Aufeinanderfolge der warnenden Predigt und des Brandes, der schwere sich auf 30000 Taler belaufende Verlust des Gutsherrn, das Stehenbleiben der Kirche und des Pfarrhauses machte auf alle Beteiligten den Eindruck einer höheren Fügung. Namentlich aber war es ergreifend, daß von allen Seiten sofort für Trieglaff die weitgehendsten Opfer gebracht wurden, um das große Unglück der Familie zu mildern und Thadden selbst keinen Augenblick in seinem Gottvertrauen wankte, ja sogar den Bauern

allen Schaden zu ersetzen entschlossen war. Aber die Feuersbrunst selbst war doch nur ein für Bismarcks Entwicklung verheißungsvoller Anfang des innigen Verkehrs im neugegründeten Hausstand. Die junge Frau wußte in Cardemin, eine halbe Stunde vom Sitze der Eltern, wo das Paar Blankenburg seinen Wohnsitz aufschlug, ein Heim zu errichten, welches der Mittelpunkt eines miteinander gern und häufig sich treffenden Kreises wurde. Ohne sich mit ihrer Meinung den Gästen aufzudrängen, nahm Marie von Blankenburg Anteil an den verschiedensten Gedanken, welche gesprächsweise in ihrer Gegenwart ausgetauscht wurden, mochte es sich um Religion und Literatur oder die alltäglichsten Sorgen des Haushaltes und der Landwirtschaft handeln, und belebte unwillkürlich, aber desto nachdrücklicher den Umgang durch ihr warmes, ursprüngliches und darum niemals versagendes Mitgefühl mit den inneren Leiden und Freuden ihrer Umgebung. Zahlreiche Freundinnen, die ihr aus dem Elternhause auch in die neuen Verhältnisse nachzogen, und der fortdauernde innige Zusammenhang mit dem unmittelbar benachbarten Trieglaff bewirkten, daß das frisch entstandene Heim sofort die Wohnlichkeit einer längeren Überlieferung besaß und nicht erst eines allmählichen Ausbaus bedurfte.

Zu den häufigsten und beliebtesten Gästen auf Cardemin zählte Bismarck. Die Fürstin Eleonore von Reuß berichtet von ihm: „Ausgelassen vergnügt bei harmlosen Spielen mit den Trieglaffer Söhnen, war er der geistvollste Gesellschafter und stach gegen die gewöhnliche pommersche Art durch Gewandtheit und feine Form angenehm ab. Er nahm lebhaften Teil an den Shakespeareabenden in Cardemin, er erzählte in Trieglaff von seinem Aufenthalt in England, er belebte die Unterhaltung, die sich mit Politik beschäftigte, durch geistvolle Anschauungen und Gedankenblitze.“ Marie selbst war für solche den pommerischen Rittergutsbesitzern ziemlich fremde Anregungen nicht unempfänglich. Bei aller Festigkeit ihrer religiösen Überzeugung sehnte sie sich, wie Ludwig von Gerlach seinem Tagebuche anvertraute, „damals nach Bildung, Kunst, ausgezeichneten Leuten, im Geist hinaus

aus dem pommerschen Pietismus und Konventikelwesen", nicht weil sie den Glauben ihrer Jugend abstreifen, sondern ihren geistigen Gesichtskreis über die zufälligen Einseitigkeiten und Fesseln ihrer Bekanntschaft hinaus erweitern wollte. Sie war also der Ergänzung ihrer bisherigen Anschauungen ebenso bedürftig, wie Bismarck in der umgekehrten Richtung, und beide begegneten sich in der Gelegenheit, dem anderen ein großes Stück der früheren eigenen Lebensarbeit mitzuteilen. Immer tiefer erfaßte so Marie von Blankenburg ihre Pflicht, Bismarck durch ein Eingehen auf dessen bisherige Richtung zum gläubigen Christentum ihrer Verwandten und Bekannten zu bekehren und andererseits Bismarck die seinige, nicht bloß aus den Bedürfnissen nach einer sprühenden und inhaltsreichen Unterhaltung, sondern auch um den inneren Wünschen der Freundin entgegenzukommen, sich ganz in die Eigenart ihrer Anschauungen einlebend zu geben, wie er geworden war und wie er sich durch die mannigfachen Erlebnisse und Kenntnisse entwickelt hatte. Das Verlangen, unter Menschen und für Menschen nicht nur äußerlich glänzend, sondern auch persönlich teilnehmend zu wirken, hatte Bismarck schon längst erfüllt. Hier sah er sich zum ersten Male am Ziele seiner Wünsche. „Ich fühlte mich," so schilderte er selbst seine Stimmung, „bald heimisch in jenem Kreise und empfand ein Wohlsein, wie es mir bisher fremd gewesen war, ein Familienleben, das mich einschloß, fast eine Heimat."

Der Wille und die Gewöhnung zu einer von seiner früheren Weise abweichenden Denkungsart hatten sich im Verkehr mit den Thaddens und Blankenburgs in Bismarcks Gemüt eingestellt. Trotzdem mangelte noch manches zur Vollendung des Umschwungs. Bismarcks Lehrmeister waren zugleich strenge Kritiker. Sie mißbilligten jede mit der Bibel nicht ganz verträgliche Ansicht, sie gestatteten nicht den geringsten Zweifel auch nur am Wortlaut der Bibel, sie straften den kleinsten Verstoß gegen die Vorschriften des Christentums mit ernsten Rügen und Vermahnungen. Derartige Urteile konnten ihre Wirkung auf zart besaitete Gemüter um so weniger verfehlen, weil sie von Personen gefällt wurden,

die nicht aus Grundsatz nörgelten, sondern ihre liebevolle Fürsorge für das Seelenheil und Wohl ihrer Nächsten auf Schritt und Tritt zum Ausdruck brachten. So kam Bismarck immer wieder die Unvollkommenheit seines Strebens, sich auf den Boden seines Freundeskreises zu stellen, zum Bewußtsein. Es gelang ihm, die frühere verstandesmäßige, aus seinem Innern quillende Überlegung über die auf ihn einstürmenden Eindrücke zwar zurückzudrängen, aber nicht völlig zu bändigen, und wenn die alte Neigung wieder hervorbrach, dann konnte wohl die Bibel einen wichtigeren Bestandteil seiner Erkenntnis bilden, nicht aber las er jene so voraussetzungslos, wie es seine Freunde und er selbst wollten. Auch mußte Bismarck, um in der neuen Lebensanschauung sich zu befestigen und vom grüblerischen Nachsinnen zum einfachen Glauben zu gelangen, seiner inneren Natur nach in einen Wirkungskreis geführt werden, der ihn geistig hinreichend beschäftigte und ihm zugleich die stetige Nutzanwendung der jetzigen Grundsätze ermöglichte. Diese aus Bismarcks praktischen Bedürfnissen entspringende Vorbedingung ließ sich aber nicht ohne weiteres schaffen. Wohl wurde er zum Kreise der christlichen Edelleute Pommerns und der Mark immer mehr hingezogen, brach aber deswegen seine alten persönlichen Beziehungen nicht ab, und diejenigen Schichten, in welchen er bisher vorzugsweise verkehrt hatte, besaßen nicht bloß geringes Verständnis für ernstere Lebensgrundsätze, sondern betrachteten vielfach sogar auch menschlich die Thadden und Gerlach mit Argwohn, Mißtrauen und Unbehagen. Zwar war Bismarck nicht der Mann, um auf zwei Schultern zu tragen, aber er war doch auf diese Weise manchen sich kreuzenden Einflüssen ausgesetzt. Zudem war Bismarck längst viel zu sehr über die einfachen Gefühle und Interessen seiner neuen Freunde hinausgeschritten, als daß er in deren Betätigung auf der Scholle eine Befriedigung seines Triebes, nach persönlichen Grundsätzen zu handeln, gefunden hätte. Das Brachliegen seiner Arbeitskraft führte ihn aber wieder zum Grübeln zurück.

Es bedurfte deshalb noch einiger weiterer tiefer Schicksalsschläge, um Bismarck aus dem Zirkel zu befreien, in welchen

er sich durch den jetzigen Gegensatz von Wollen und Können gespannt sah. Das Haus Thadden wurde in den nächsten Jahren von schweren Unglücksfällen heimgesucht. Zuerst verlor es den jüngsten Sohn, welcher dem Stettiner Gymnasium angehörte und sich zur Freude der Eltern entwickelt hatte, an den Masern. Bald darauf erkrankte die Mutter am Nervenfieber, und ihr Krankenlager und Sterben war ergreifend für alle Umgebung. Henriette richtete nämlich diese fast bis zum letzten Atemzuge teils mit religiösen Trostsprüchen auf, teils brachte sie ihr zum Bewußtsein, wie sehr sie selbst in ihrem schweren Leiden, das sie nicht namens haben wollte, an die Sorgen ihrer Freunde dachte und deren Haus zu bestellen wünschte. Bismarck war unter denen, welchen mit ihre letzten Worte gegolten, und sie hatte ihrer Tochter Marie befohlen, mit Bezug auf eine Duellgeschichte, die Bismarck hatte, in ihrem Namen zu schreiben. Bismarck kam noch am Todestage, dem 4. Oktober 1846, hinüber nach Trieglaff und übernahm für die Freunde die Ordnung des Leichenzuges. Zwölf Tage darauf legte sich auch Marie von Blankenburg, bereits durch die schweren Gemütsbewegungen geschwächt, ebenfalls am Nervenfieber auf das Krankenlager, und ihr Leiden nahm sofort einen qualvollen Charakter an, aber auch sie ertrug ihren Schmerz mit engelhafter Geduld. Je mehr Bismarck der Kranken menschlich verdankte, je näher er ihr innerlich getreten war und je offener er ihr seine Sorgen anvertraut hatte, desto schwerer fühlte er die Gefahr des bevorstehenden Verlustes. Vater und Mutter hatte er ebenfalls nach längerem Krankenlager sterben sehen und es war ihm der Eindruck zuteil geworden, wie solche Leidenden gleich verlöschenden Lichtern immer schwächer werden. Aber mit seinem kühlen Verstande hatte er es als natürlich empfunden, daß die Kinder die ihnen an Jahren ja stark vorauseilenden Eltern betrauern müssen, und das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern war nicht innig genug gewesen, um diese nüchterne Überlegung durch das Gefühl der entstehenden Lücke im eigenen Leben zu lindern. Jetzt indessen trat zum ersten Male Bismarck der Gedanke vor die Seele, eine ihm liebgewordene Per-

ſon verlieren zu müſſen, welche nach menſchlichem Ermeſſen noch Jahrzehnte eines glücklichen Lebenslaufes hätte vor ſich ſehen dürfen und ihr Tagewerk noch lange nicht vollendet zu haben ſchien. In dieſer Stimmung überwältigte das Gefühl alle anderen Erwägungen, die bis dahin noch immer ſein Verhalten beſtimmt hatten, und zum erſten Male, ſeitdem er unter dem Einfluſſe mißverſtandener Schleiermacherſcher Lehren zu beten aufgehört hatte, klammerte er ſeine letzten Hoffnungen daran, daß er inbrünſtig Gott anrief, ohne ſich ängſtlich zu fragen, ob dieſe Handlung nach den Geſetzen der Vernunft zuläſſig ſei. Der einmalige in der Verzweiflung geſchehene Schritt blieb auf Bismarcks Gemüt nicht ohne tiefe Wirkung. Denn er glaubte zu fühlen, wie ſehr ihn ſelbſt das unwillkürliche Gebet aufrichtete, und er betrachtete dasſelbe fortan als die natürliche Grundlage ſeines eigenen beſſeren Handelns und ſeiner inneren Zufriedenheit. Im Leben der ſterbenden Freundin bildete die Kenntnis des jüngſten Wandels, welcher in Bismarck vor ſich gegangen, den letzten Lichtſchein. Wiederholt hatten Moritz und Marie von Blankenburg dem Vertrauten Erbauungsſchriften zu leſen gegeben, ohne daß dieſer ſich ihren Inhalt voll und ganz anzueignen vermochte, noch unmittelbar nach dem Tode der Schwiegermutter hatte Moritz bei Bismarck bedauert, daß letzterer beſtändig forſche und gern glauben wolle, aber es nicht könne. Jetzt, als in der ſchweren Seelenangſt Bismarck ſich durchgerungen, wurden Blankenburgs „tief ergriffen von dieſem Wunder und ihr Verkehr mit Bismarck nur noch inniger".

Am 10. November 1846 wurde die bewährte Helferin in Bismarcks Gewiſſensnöten von ihrem ſchweren Leiden erlöſt. Der Vater, welcher innerhalb zwei Monaten zum dritten Male vor einem offenen Grabe ſeiner Liebenden ſtand, äußerte: „Gott hat dem Ertrinkenden die letzte Planke genommen, an die er ſich noch zu halten hoffte"; im ganzen aber faßte er ſich, nachdem er am erſten Tage vom Schmerz übermannt worden war und ſein Zuſtand die Umgebung beunruhigt hatte, außerordentlich ſchnell wieder und trug ſeine plötzliche Vereinſamung ſtill und mit großer

Ergebenheit. Blankenburg hatte durch die Pflege und Sorge der letzten Wochen schwer gelitten, ohne aber in seinen Kräften zu erlahmen; bald hatte der Arzt für die Genesung der Kranken Hoffnung gegeben, bald die schlimmsten Besorgnisse geäußert, und der Gatte war zwischen Zuversicht und Entsagung hin und her geworfen worden. Trotz dieser seelischen und körperlichen Anstrengungen brach Blankenburg nicht zusammen, sondern war wunderbar gefaßt. Das Bewußtsein des Wiedersehens in einer anderen Welt blieb dem Vater wie dem Gatten lebendig.

Bismarck erlebte das alles großenteils als Augen- und Ohrenzeuge und erfuhr dadurch eine tiefe und nachhaltige Beeinflussung seines Gemütes. Er hatte zeitweise selbst am Krankenlager geweilt und als Freund des Hauses laufende Geschäfte, namentlich Korrespondenzen, erledigt. Soweit Bismarcks vorliegende Briefe an seine Angehörigen einen Schluß gestatten, hatte er sich diesen gegenüber früher so gut wie gar nicht über die Freunde ausgesprochen, welchen er begegnet, und über die Gefühle, von denen er selbst ergriffen worden war. In den schweren Stunden der Gefahr machte er die Schwester zur Mitwisserin der Sorgen, die ihn bedrückten, und als er nach der Beerdigung auf den Kniephof zurückgereist, beeilte er sich, ausführlich der Schwester seine gesamten Wahrnehmungen und Empfindungen zu schildern. Er verglich die Zuversicht, mit welcher die Verstorbene ihrem Tode entgegengegangen, und die Gelassenheit der Angehörigen mit dem schweren Schlage, den ihm selbst Maries Hinscheiden verursacht, und glaubte sich in einen Traum versetzt, wenn er sich vergegenwärtigte, „eine mir teuere und notwendig gewordene Person, deren ich sehr wenig habe, nie wieder zu sehen und zu hören". Desto fester aber fühlte er sich an die Hinterbliebenen gekettet. Schon seit dem Tode des Vaters war es für Bismarck bei der Unmöglichkeit, gleichzeitig Schönhausen und die pommerischen Güter selbst zu bewirtschaften, eine ausgemachte Sache, daß er den Kniephof verpachten und nach dem Stammsitz seiner Familie ziehen wollte. Die Schwierigkeit, einen geeigneten Pächter zu finden, hatte die Ausführung der Absicht verzögert, war aber gerade, als Bismarck nach dem

Tode Maries nochmals auf dem Kniephof geweilt, glücklich überwunden worden. Jetzt gestand er der Schwester: wenn noch etwas gefehlt hatte, um ihm den Entschluß, Pommern zu verlassen, leicht zu machen, so war es der Trauerfall. Thadden aber sowohl wie Blankenburg spürten die Wärme von Bismarcks Empfindung. „Ich möchte stets Gott loben für seine Barmherzigkeit, daß er mir Otto Bismarcks Herz so recht geschenkt hat in diesen Trauertagen als Frucht, als erste Freudenernte der Tränensaat" — so faßte Blankenburg in einem Briefe an Ludwig von Gerlach den Eindruck von Bismarcks Freundschaft auf sein verwundetes Gemüt zusammen. Was aber Thadden und Blankenburg besonders aufrichtete, war nicht der Trost und die Fürsorge, wodurch Bismarck den Schwergeprüften die Größe des Verlustes zu mildern strebte, sondern der eigene Gewinn, den Bismarck aus dem schweren Unglücksfall für die Läuterung seiner Anschauungen davontrug. Thadden nannte Bismarck „die zarte Frucht des 4. Oktober und 10. November", und Blankenburg schrieb begeistert: „ich habe einen Brief bekommen, daß gerade Mariechens Tod ihn eigentlich herumgeholt hat. Der Herr ist ihm darin zu mächtig geworden."

Die Freunde waren allerdings unsicher, wie sie diese Wandlung in Bismarcks Herzen zu deuten hatten: ob als einen dauernden Sieg des Christenglaubens über die bangen Zweifel, welche noch immer eine gewisse Kluft zwischen Bismarck und dem Thaddenschen Kreise gebildet, oder ob als einmaligen elementaren Ausbruch der Gefühle einer tief verwundeten und dadurch weich gestimmten Seele. Sie behandelten deshalb den neugewonnenen Gesinnungsgenossen wie eine zarte, der Aufrichtung und Nachhilfe noch sehr bedürftige Pflanze. Entscheidend wurde jedoch, daß gerade in dieser Stimmung Bismarck seine Lebensgefährtin gewann.

Die Puttkamers waren seit langer Zeit mit den Thaddens innig befreundet. Schon als 1821 Ludwig von Gerlach zum ersten Male nach Trieglaff kam, hat er in Thaddens Hause Heinrich von Puttkamer predigen hören. Anscheinend war dieser bei gleicher

religiöser Gesinnung erheblich ernster gestimmt, als Thadden Gerlach machte die Bemerkung, daß der heitere, zärtlich liebende, ihm manchmal zu oft in Scherz übergehende Umgangston, der in Trieglaff über die Todesfälle von 1846 hinaus fortdauerte, bei den Puttkamers weniger anzutreffen war. Als dann 1844 der pommerische Provinziallandtag auf Veranlassung eines vom Abendmahl zurückgewiesenen Ehepaars gegen die von gläubigen Geistlichen gewünschte Kirchenzucht Stellung genommen, hatten sich Thadden und Puttkamer zum Widerspruch hiergegen vereinigt. Die nahen Beziehungen der Väter hatten sich auf die Töchter vererbt. Johanna von Puttkamer war Brautjungfer auf der Hochzeit ihrer Freundin Marie von Thadden gewesen und hatte also mit angesehen, wie ihr nachheriger Gatte sich eifrig am Löschen des Brandes beteiligt hatte. Ob schon damals die beiden jungen Leute füreinander eine tiefere Neigung gefaßt, ist unbekannt. Doch dürfte bei der Vorbereitung zur Ehe Marie von Blankenburg ihre Hände im Spiele gehabt haben. Denn der Wunsch Bismarcks, aus seinem Einsiedlerleben herauszukommen und entweder in einem Familienheim oder einer amtlichen Stelle Befriedigung zu finden, war ihr bekannt und der Gedanke natürlich, daß das Bekehrungswerk, welches die Thaddens und Blankenburgs bei Bismarck nur mit einem ihrer Meinung nach halben Erfolge betrieben, passender und sicherer von einer ihnen gleichgesinnten Lebensgefährtin fortgesetzt werden sollte. Vielleicht hat Bismarck auch die Freundin, welcher er seine Gewissensnöte offenbarte, in seine keimende Liebe eingeweiht. Für Bismarck selbst ist, abgesehen von den für Außenstehende unmeßbaren Einflüssen herzlicher Zuneigung, namentlich das Gefühl entscheidend gewesen, daß Johanna von Puttkamer einem Kreise von Menschen angehörte, deren ganze Art, sich zu geben und zu empfinden, auf ihn einen unwiderstehlichen Reiz ausübte. Eine Harzreise, an welcher sich im August 1846 das Ehepaar Blankenburg, Johanna von Puttkamer, Bismarck und der Prediger Wangemann beteiligten, hatte offenbar bereits den Zweck, die künftigen Lebensgefährten einander näherzubringen und einen ungezwungeneren Meinungsaustausch der-

ſelben herbeizuführen. Auf der Rückfahrt durch Berlin wurde von Leopold von Gerlach, der bei dieſer Gelegenheit Bismarck zum erſten Male kennen lernte, deſſen Zuneigung zu Johanna und die Wahrſcheinlichkeit einer baldigen Verlobung ſofort gemerkt. Die Pauſe, welche bis zur wirklichen Bewerbung verging, war reich an außergewöhnlichen und faſt durchweg erſchütternden Ereigniſſen, die aber in ihrer Geſamtheit Bismarck in ſeinem Vorſatz nur beſtärken mußten. Der Schatten der heimgegangenen Freundin ſchwebte gleichſam über ſeinem entſcheidenden Gange und Bismarck betrachtete das anzuknüpfende innige Band als ein Vermächtnis der Toten. Durch die innere Veränderung, die in ſeiner Bruſt vor ſich gegangen war, hatte er nicht nur die Lücke ausgefüllt, welche ſeinen Standpunkt von demjenigen des Thadden-Puttkamerſchen Kreiſes trennte, ſondern fühlte auch nach eigenem Geſtändnis „wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in ſich, wie er es ſonſt nicht mehr kannte."

Kurze Zeit nachdem das Trauerjahr um den Vater abgelaufen, hielt Bismarck bei Heinrich von Puttkamer ſchriftlich um die Hand ſeiner Tochter an. Nicht nur nach ſeinem Zwecke, ſondern auch nach ſeinem ganzen Inhalt war dieſer Brief für Bismarck etwas durchaus Ungewohntes. Niemals hatte Bismarck ſeinen Eltern und Geſchwiſtern derart ſein Inneres offenbart. In dieſer Stunde, wo er von der anderen Seite einen außergewöhnlichen einzigartigen Beweis des Vertrauens beanſpruchte und einen für das Lebensſchickſal zweier Menſchen entſcheidenden Schritt tun wollte, fühlte er die Verpflichtung, auch ſeinerſeits alle diejenigen Aufklärungen bieten zu müſſen, welche die notwendige Vorausſetzung für den wichtigen Entſchluß des Schwiegervaters zu bilden hatten. Sich ſelbſt hatte er in den letzten Monaten ernſtlich geprüft, ob er nach ſeinen Anſchauungen imſtande ſei, den geiſtigen Intereſſen ſeiner Braut zu genügen und ob ſein Selbſtvertrauen nicht größer ſei wie ſeine Kräfte; die Erfahrung, daß ſein gewiß ſtarker Wille ihn früher nicht dauernd in den Geſichtskreis der Trieglaſſer und Cardeminer gebannt, hatte in ihm Zweifel erweckt, ob ihm der bloße Entſchluß, ſich in die Gedankenwelt ſeiner Zukünftigen

einzuleben, zur Ausführung genügen werde. Die weichere Stimmung der schweren Oktober- und Novembertage und die hierdurch verursachte größere Nachgiebigkeit gegen die eindringlichen Mahnworte der Freunde hatte ihn jedoch soweit vorwärts getrieben, daß er sich seiner zeitweiligen Bedenken überhoben und die Frage seiner inneren Zusammengehörigkeit mit der Braut bejahen zu können glaubte. Aber die wiederholte Betonung seines früheren, von den Trieglaffern abweichenden Standpunktes, welche durch das Verlangen hervorgerufen worden war, seine Skrupel zu widerlegen, war, wie Bismarck wußte, von den anderen sehr ernst genommen worden. Würde es ihm gelingen, mit einem Gesinnungswechsel, der kaum zwei Monate alt war, alle diejenigen Einwände zu entkräften, die gegen ihn aus seiner früheren immer wieder durchgebrochenen Ansicht abgeleitet werden konnten? Es war keine Zaghaftigkeit, wenn er sich die Schwierigkeit dieser Aufgabe vor Augen führte, sondern das Bewußtsein, daß er, um Herrn von Puttkamer zu überzeugen, sein ganzes Können aufbieten, ihm den vollen Ernst zeigen müsse. Er hatte seine Braut und die Familie Puttkamer in Zimmerhausen getroffen, wohin sich Moritz von Blankenburg nach dem Tode der Frau begeben hatte, und sich hierbei des Jaworts seiner Braut versichert. Dem Vater wollte er sich nicht mündlich eröffnen, weil er, zumal im Hause des schwer geprüften Freundes, sich nicht auf das flüchtige Wort der Rede verlassen wollte. Erst auf der Rückreise nach Schönhausen, im Hotel, wo er in Stettin abgestiegen war, fernab von allen Eindrücken, die ihn in der Sammlung seiner Gedanken hätten stören können, stellte er den Antrag und gab zugleich über seinen inneren Menschen die ehrlichste und umfassendste Auskunft.

Neben den Aachener Probearbeiten ist für uns der Werbebrief Bismarcks das früheste zusammenhängende Zeugnis der Bismarckschen Eigenart, unterscheidet sich aber von den Abhandlungen über den Eid und die Sparsamkeit im Staatshaushalt dadurch, daß in diesen bei aller Selbständigkeit Bismarcks immerhin noch ein für uns nicht mehr bestimmbarer Teil fremden angelernten

Wissens steckt, in seinem Schreiben an den Schwiegervater aber der Verfasser unabhängig von den Anschauungen dritter Personen nur aus sich selbst redet. Dadurch gewinnt der Brief für die Beurteilung des werdenden und gewordenen Bewerbers eine Tragweite, welche den unmittelbaren Zweck des Schriftstücks noch überragt. Wir begegnen in diesem Briefe der in allen Bismarckschen Meinungsäußerungen erkennbaren harmonischen Verbindung zwischen einem deutlichen, fein durchdachten Ausdruck seiner gesamten Anschauung und seiner augenblicklichen impulsiven Stimmung.

Bismarck hatte sich jedenfalls ganz kurz vorher mit Johanna von Puttkamer ausgesprochen, und die Erregung zitterte noch in seinem Herzen nach. Man merkt es den Zeilen an, daß die Empfindung warmer Liebe vom Briefschreiber gewaltsam zurückgedrängt ist, um die bleibenden Gesichtspunkte und die kühle Überlegung reden zu lassen. Neben diesem Gefühle innigster Zuneigung und der Unsicherheit über die nächste Zukunft zogen aber an Bismarcks Seele die Erinnerungen seines ganzen bisherigen Lebens vorüber. Es hat auch einem Bewerber von der geistigen Bedeutung Bismarcks gewiß Mühe gekostet, sich durch diese verschiedenartigen gährenden Gefühle durchzuringen zu einem klaren und ruhigen Überblick seiner Lage und zu einer sicheren Zeichnung der springenden Momente, wie das für einen solchen Brief erfordert wird. In der Stunde der Niederschrift hat Bismarck genau so empfunden, wie er es dargestellt, und es war sicher seine Absicht, alles so wahrheitsgetreu zu schildern, als er es vermochte. Aber eine solche augenblickliche Stimmung, wie die Bismarcks, war nur teilweise geeignet, mit geschichtlicher Unbefangenheit seinen Lebenslauf zu erzählen und den Erwägungen und Gründen, die ihn unter ganz anderen Voraussetzungen beherrscht hatten, gerecht zu werden. Gegenüber den wichtigen Wendepunkten, welche gleich Berggipfeln für den von hoher Warte herabschauenden Beobachter die sonstige Landschaft aus dem Gesichtsfeld verdrängten, traten die Zwischenzeiten, welche Bismarck allmählich hatten entwickeln lassen, zurück, er betrachtete die zuletzt zurückgelegte Wegstrecke,

die für ihn so erfolgreich gewesen und ihm überdies noch zuverlässiger im Gedächtnis war, mit richtigerem Augenmaß als die Anfänge seiner Lebensreise, die Wandlungen und Aufregungen der jüngsten Jahre ließen ihm mehr den Gegensatz als die Übereinstimmung mit seinem ehemaligen Standpunkt zum Bewußtsein kommen, namentlich verleugnete Bismarck auch hier seine praktische, immer auf die großen Züge gerichtete Natur nicht und schaltete aus seinem Berichte aus, was ihm von seinen Erlebnissen minder wesentlich und störendes Beiwerk schien, was aber an sich zum geschichtlich zutreffenden Gesamturteil über seinen bisherigen Lebenslauf gehört hätte. Jedenfalls aber hat die Sammlung seiner Gedanken dazu beigetragen, Bismarck über sich selbst noch mehr ins reine kommen zu lassen und in seinen jüngst erworbenen Grundsätzen zu befestigen; der Brief war also nicht nur der Niederschlag einer gewissenhaften Selbstprüfung und ein ehrlich gewährter Einblick in die geheimsten Regungen des Schreibers, sondern verkörperte dem Empfänger zugleich ein Stück geistiger Arbeit Bismarcks an sich selbst.

Über die Bedeutung und den Wert Bismarcks war Herr von Puttkamer nicht im Zweifel, obgleich er seinem künftigen Schwiegersohn bisher nur flüchtig begegnet war. In den Kreisen der Thadden und Blankenburgs galt Bismarck schon längst als Mann von außergewöhnlicher Tüchtigkeit und vielversprechender Zukunft. Schon auf dem Grauen Kloster war Bismarck für Moritz von Blankenburg ein rätselhafter Mensch gewesen. „Nie sah ich ihn arbeiten, oft spazieren gehen, und doch wußte er immer alles und hatte immer alle Arbeiten fertig.“ Auch über die Verwaltung des Naugarder Landratsamtes durch Bismarck hatte Blankenburg ein anderes Urteil wie sein Freund selbst; er war der Meinung, daß Bismarck seinen Bruder ganz vorzüglich vertreten hatte. Bei den Beziehungen zwischen Puttkamer und Senfft von Pilsach dürfte ersterer auch Gelegenheit gehabt haben, das Urteil seines Freundes, den er als Gesinnungsgenossen und Verwaltungsmann sehr hoch schätzte, kennen zu lernen, auch wenn die Frage von Bismarcks ostpreußischer Verwendung Puttkamer

unbekannt geblieben wäre. Daß Bismarck große Aussichten hatte, Landrat von Jerichow zu werden, war Puttkamer sicher ebenfalls bekannt. Über den Einfluß, den der Tod seiner Freundin auf Bismarcks ganzes Denken ausgeübt, war Puttkamer gewiß auch vor Empfang des Antrags bereits unterrichtet; Blankenburg und wahrscheinlich auch Thadden hatten seitdem Herrn von Puttkamer persönlich gesprochen.

Unter diesen Umständen hatte die Einladung an Bismarck, nach Reinfeld zu kommen, tatsächlich den Wert einer Zusage. Als gewissenhafter Mann wünschte nur Puttkamer mit seinem Schwiegersohn nach der durch den Antrag ermöglichten unbefangeneren Aussprache sich nochmals mündlich zu unterreden, ehe er endgültig die Erfüllung der Bitte gewährte. Mitte Januar 1847 wurde die Verlobung in Reinfeld gefeiert.

Mit diesem Augenblick war jedes frühere Unbehagen aus Bismarcks Herzen verbannt. „Ich sehe," so vertraute er seiner Schwester an, „seitdem mit ganz anderen Augen in die Welt, langweile mich nicht mehr und habe wieder Lust und Mut, zu leben. Je mehr und je ruhiger ich mich in die Idee einlebte, desto deutlicher wird mir, daß ich einen verständigen und glücklichen Schritt getan habe, und meine Hoffnung ist, daß mich diese Überzeugung nie verlassen wird." Von der Braut war er zunächst räumlich getrennt; denn er mußte nach Schönhausen zurück, wo der frühere Deichhauptmann die Geschäfte in der größten Unordnung und dadurch dem Nachfolger viel Arbeit hinterlassen hatte. Es war ohnehin für die Amtsgeschäfte des Deichhauptmanns gerade die schwierigste Jahreszeit. Denn mit dem Schmelzen des Winterschnees auf dem Riesen- und Erzgebirge und dem Thüringer Walde und mit dem Abgang des Treibeises begann für die Ebene die Überschwemmungsgefahr. Mit bangen Blicken beobachtete Bismarck die täglichen Schwankungen im Wasserstande der Elbe, ungeduldig darüber, daß das Kommen und Verlaufen der Hochflut auf sich warten ließ und er deshalb nicht rasch genug in die Arme der Braut zurückeilen konnte. Aber schon als er zur endgültigen Verlobung nach Reinfeld auf-

gefordert worden, hatte er Herrn von Puttkamer geschrieben, daß die unregelmäßige Amtsführung seines Vorgängers ihm als besonderer Sporn zur Gewissenhaftigkeit dienen und er deshalb sein Kommen etwas verzögern müsse; indem er auch jetzt wieder ohne jedes Wanken der Neigung die Pflicht vorgehen ließ, gewöhnte er von vornherein seine künftige Lebensgefährtin daran, daß er einer strengen Berufsauffassung huldigte. Dabei erlebte er die Freude, in einer Streitfrage über einen Damm, welche sein Vorgänger mehr als vier Jahre hingeschleppt und für welche er eine Menge zum Teil sehr erregte Bauernversammlungen abgehalten hatte, die vierzig aufeinander neidischen Bauern unter einen Hut zu bringen. „Nach vierstündiger Arbeit, bei der ich mit schmeichelnder Liebenswürdigkeit und klotziger Grobheit wechselte und selbst einige Male in effektiven Zorn geriet, hatte ich sie zusammen."

Der durch die Amtsgeschäfte veranlaßten Trennung Bismarcks von der Braut verdanken wir eine der interessantesten und anmutigsten Quellen für die Beurteilung seines inneren Wesens. Leider sind bisher nur die Schreiben des Bräutigams, nicht auch die der Braut veröffentlicht, und das ist um so bedauerlicher, weil Johanna von Puttkamer auf Bismarcks Gemütsleben einen bleibend starken Einfluß behauptete, aber sich mit demselben nicht an die Öffentlichkeit und Oberfläche drängte und deshalb in ihrer Eigenart und Bedeutung weiteren Kreisen unzureichend bekannt ist. Wir sind also vorläufig darauf angewiesen, aus den spärlichen Andeutungen, die Bismarck in seinen Antworten über den Inhalt von Johannas Briefen macht, ein lückenhaftes Bild des letzteren zu entwerfen.

In gewisser Beziehung bedeutete Bismarcks Verlobung nicht eine völlige Veränderung seiner Lebensweise, sondern nur die Vollendung einer schon angebahnten Entwickelung. Denn wie ihm die Trieglaffer und Cardeminer Freunde „in ihren äußeren Werken fast durchgehends Vorbilder dessen geworden waren, was er zu sein wünschte", so hatte sich Bismarck nicht nur in zunehmendem Maße ihre Anschauungen und Bestrebungen angeeignet, son-

dern Hand in Hand damit war eine Abschleifung der Formen, die Gewöhnung an eine feinere menschliche Behandlung gegangen. Nicht nur im Verlangen, eine inbrünstige Frömmigkeit bei Bismarck zu wecken, sondern auch in der bewußteren oder unbewußteren Erziehung Bismarcks zu einem mit allen Fasern seines Herzens an Familiensorgen teilnehmenden, auch die unscheinbaren Kleinigkeiten beachtenden Freunde setzte Johanna das Werk Marie von Blankenburgs fort. Aber diese Fortsetzung bedeutete im Verkehr zweier liebenden Brautleute doch etwas wesentlich anderes wie beim früheren Freundschaftsverhältnis Bismarcks mit der teilnehmenden Gattin seines Jugendkameraden. Oft genug war Bismarck zum benachbarten Cardemin hinübergeritten und hatte bei seinen Besuchen erfahren, daß das menschliche Herz erst durch das selbstlose Mitgefühl und Einspringen für die Nächsten wahre Befriedigung empfindet. Indes diese Empfindungen waren ihm doch gleichsam aus der Ferne und gelegentlich begegnet, jetzt wurden sie die stetigen Begleiter seines Tuns und Denkens. Wenn Bismarck zur vermuteten Stunde keine Nachricht mit den gewohnten Schriftzügen erhielt, dann grübelte er über die Ursachen des Ausbleibens, und wenn die Worte der Braut ihm irgendwelche Sorgen mitteilten, welche die Briefschreiberin bedrückten, dann konnte er kaum ihren nächsten Brief erwarten, weil er sich in ihren Gemütszustand hineinlebte und sie der unangenehmen Zufälle frei sehen wollte. Andererseits machte Bismarck die Braut zur Mitwisserin aller Geheimnisse und aller an ihn herantretenden großen wie kleinen Erlebnisse, höchstens daß er sie in Dingen, die er der Feder nicht anvertrauen mochte und nicht glaubte schriftlich einwandfrei ausdrücken zu können, auf mündliche Aussprache vertröstete. Auch äußerte er wohl gelegentlich der Schwester, daß die Lebhaftigkeit des Briefwechsels mit Reinfeld „auf die Länge nicht so beibleiben kann", aber es bildete für ihn nun einmal ein unwiderstehliches Bedürfnis, zu seiner Braut wie zu seinem andern Ich zu reden und die freien Zwischenpausen des Berufs zu möglichst ausgedehnten Mitteilungen der seine Seele augenblicklich bewegenden Gedanken zu benutzen, und manches

Schreiben liegt vor, welches uns in seinem unzusammenhängenden Charakter und dem Springen von einem Gegenstand zum anderen die allmähliche durch störende Besuche und Geschäfte vielfach unterbrochene Entstehung und die Freude des Bräutigams über den endlichen Wegfall der Unterbrechung noch heute wiederspiegelt. Dieses Verlangen, alle verfügbare Zeit zum Meinungsaustausch mit einer ihm nahestehenden Person zu verwenden, das Bewußtsein, gerade durch die Ursprünglichkeit und Ungezwungenheit seiner Natur auf die Braut anziehend zu wirken, die Pflicht, daß er sich in seiner ganzen Lebensweise der künftigen Gefährtin um derentwillen anpassen und ihr auch Opfer bringen müsse, war eine Neuerung in Bismarcks Dasein und ließ ihn auch andere Menschen und Dinge mit einem bisher ungewohnten Blicke betrachten.

Neben den alltäglichen Sorgen und Mühen des Landlebens und der Freude an der Natur bildete das Verlangen der Braut, Bismarck durch das Festhalten und Bestärken im schlichten Christenglauben in den Bannkreis der eigenen Demut und Selbstgenügsamkeit hinüberzuziehen, und die dadurch veranlaßte Erörterung religiöser Fragen einen wichtigen Bestandteil des Briefwechsels. Dabei kamen zunächst die Erwägungen in Betracht, welche Bismarck vor der Verlobung hin und her geworfen. Nur gelegentlich äußerte sich Bismarck, daß das vorliegende neue Testament und die Christenlehre zu trennen seien, daß die Apostel und Evangelisten selbst Menschen und den Sünden und Mißverständnissen unterworfen gewesen wären, daß sie ihre Mitteilungen vielfach erst von dritter und vierter Hand hätten und daß er deshalb nicht ohne weiteres jeden in der Bibel geschriebenen Buchstaben für wahr halten könne. Aber das war doch nur eine starke Verblassung von Straußschen und Feuerbachschen Gedankengängen, und es lehnte überdies Bismarck ab, zu irgendwelchen Glaubensregungen, wie sie in ihm gerade arbeiteten, die Braut zu verleiten. Es war ein Vorbote des Ausgleichs zwischen den Anschauungen der Liebenden. Noch geraume Zeit konnten sie lang und breit mit Beziehungen auf Bibelstellen und gegenseitigen Ein-

würfen über solche Dinge verhandeln, allmählich aber fand sich eine mittlere Linie. Bismarck verlor die Neigung zur verstandesmäßigen Zergliederung derartiger Fragen, nachdem er auf dem Boden des praktisch gläubigen Christentums ein Arbeitsfeld für fruchtbare Tätigkeit gefunden hatte, seine Braut und Gattin aber gewöhnte sich daran, daß er nicht vollkommen bis zu ihrer Rechtgläubigkeit vordrang, und war es zufrieden, daß er an den wesentlichen Grundlagen des Christentums festhielt und in seinem Vertrauen zu Gott nicht mehr wankte.

Wichtiger aber noch war eine andere Meinungsverschiedenheit. Marie von Blankenburg war ebenfalls in ihren religiösen Anschauungen unerschütterlich gewesen, hatte sich aber in deren Schlußfolgerungen einigermaßen vom ursprünglichen Standpunkte des Vaters und seiner Richtung entfernt. Die Meinung, daß der einzelne Mensch ein möglichst inniges und persönliches Verhältnis zu Gott in seiner eigenen Brust herstellen muß, beraubt Personen, die nicht in sich selber von vornherein das Verlangen einer großen und weiten Betätigung tragen, leicht eines fruchtbaren Wirkens inmitten der Zeit und auf die Zeit. Auch die Anschauung, daß sich Gleichgesinnte zusammenscharen und zusammenarbeiten sollen, hebt diese Schranke nicht völlig auf, sondern kann dieselbe im Gegenteil noch erhöhen, weil die Gesinnungsgenossen gleichsam in einer kleinen Welt für sich leben. Von diesen Gefahren hielt Marie von Blankenburg den Freundeskreis ihres Vaters nicht für durchaus verschont. Die wenigsten besaßen Thaddens umfassenden Wissens- und Lerntrieb und dadurch gingen eine Menge Anregungen verloren, die nur draußen erworben wurden, wie umgekehrt die ganzen christlich-gläubigen Bestrebungen gerade durch die Neigung ihrer Vertreter, sich abzusondern, nicht zur vollen Blüte kamen, ja sogar mißverständliche Angriffe hervorriefen. Frau von Blankenburg verband also mit dem Verlangen, am Grundriß des von den Eltern ererbten Gebäudes festzuhalten, das Bedürfnis nach Erweiterung desselben. Gerade dieses Bedürfnis bildete für Bismarck eine wichtige Anziehungskraft. Es war nicht bloß der Ausfluß einer vorübergehenden Laune, sondern die not-

wendige Folge von Bismarcks praktischer Lebensauffassung, wenn er sich später einmal gegen seine Braut aussprach: „Ein Glaube, der dem Gläubigen von seinen irdischen Brüdern sich abzusondern gestattet, so daß er sich mit einer vermeinten isolierten Beziehung zu dem Herrn allein in reiner Beschaulichkeit genügen läßt, ist ein toter Glaube, ein meines Erachtens irriger Weg." Durch Maries Vermittlung erhielt also Bismarck den Kern des schlichtgläubigen Christentums in einer seinem Geschmacke entsprechenden Hülle gereicht.

Johanna von Puttkamer war nach dieser Richtung anders veranlagt wie ihre Freundin. Schon 1821 hatte ihr Vater Ludwig von Gerlach zurechtgewiesen, weil dieser Sonntags als einziger unter den Trieglaffer Gästen in die Kirche gegangen war. So stark war schon damals seine Empfindung gewesen, daß der Baum nur in einem Ziergarten, nicht im großen Walde gedeihen könne. Die Puttkamers besaßen weder die umfassende allgemeine Bildung wie die Thaddens, noch standen sie derart im Vordergrunde der gesamten Bewegung, es entsprach zudem ihrem Wesen mehr, als mit ganzem Herzen beteiligte Helfer wie als offenkundige Führer mitzuarbeiten. Dadurch drang ihr Name selten über den Kreis der streng rechtgläubigen Gesinnungsgenossen hinaus und ein Bedürfnis, außerhalb dieses Rahmens hervorzutreten, lebte in ihnen nicht, im Gegenteil hatte ihr Christentum einen gewissen weltflüchtigen Charakter.

Zu einer solchen Anschauung sich zu bequemen, wäre für Bismarck unmöglich gewesen. Die Meinung, daß der demütige, inbrünstige Glaube die Grundlage eines Christenlebens bilden müsse, vertrug sich noch mit seiner Eigenart, eine Ansicht aber, welche den Glauben an Gott mehr oder minder loslöste von der gesamten Lebensführung und den Menschen auf ein stillsitzendes Harren und zuversichtliches Hoffen an Stelle des Wirkens in der Gegenwart verwies, war wider Bismarcks Natur. Zwischen den Brautleuten kam es sehr bald zu Erörterungen über Werkheiligtum und Glaubenschristentum; im Grunde aber handelte es sich nicht sowohl um die großen Gegensätze, die auf diesem Gebiete beson-

ders zwischen katholischer und evangelischer Auffassung bestehen, sondern um den Zwiespalt eines für stilles Beschauen und eines für tatkräftiges Handeln geeigneten Standpunktes. „Wie habt Ihr doch," so äußerte sich Bismarck in einem seiner ersten Briefe an Johanna, „so wenig Vertrauen in Euren Glauben und wickelt ihn sorgfältig in die Baumwolle der Abgeschlossenheit, damit kein Luftzug der Welt ihn erkälte, andere aber sich an Euch ärgern und Euch für Leute ausschreien, die sich zu heilig dünken, um von Zöllnern berührt zu werden. Wenn jeder so dächte, der das Wahre gefunden zu haben glaubt, und viele ernste, aufrichtige, demütige Sucher glauben es doch wo anders oder in anderer Gestalt zu finden, zu welchem pennsylvanischen Zellengefängnis würde Gottes schöne Erde werden, in tausend und abertausend exklusive Koterien geteilt."

Auch nach einer anderen Richtung hat Bismarck die Meinung der Puttkamerschen Familie jedenfalls nicht angenommen, ohne daß jedoch der vorliegende Briefwechsel der Brautleute eine Erörterung dieses Punktes erkennen läßt. Mit der Auffassung, daß der Geistliche eine Art Strafgewalt gegen seine Pfarrkinder besitze, daß er dieselben namentlich von kirchlichen Handlungen und Rechten nach freiem Ermessen ausschließen könne, war er nicht einverstanden. Schon zu einer Zeit, wo er sich noch nicht voll und ganz zum gläubigen Christentum durchgekämpft hatte, meinte er, daß jeder Mensch die Beziehungen zu Gott mit seinem Gewissen abzumachen habe und hierüber keinem Dritten ein Urteil eingeräumt werden dürfe. Als Johanna und ihre Mutter Ende Mai und Anfang Juni 1846 in Cardemin auf Besuch waren, hatte diese Frage lebhafte Auseinandersetzungen veranlaßt, an welchen besonders Bismarck und Ludwig von Gerlach beteiligt gewesen waren. Bismarck, dem auch Marie von Blankenburg mehr oder minder zustimmte, betonte den Widerspruch, daß einerseits die Prediger lehren, die Unbußfertigen sollten wegbleiben vom Sakramente, und andererseits dazu durch Androhung der Versagung des kirchlichen Begräbnisses zwingen.

Bismarck hat sich also den besonderen Ton von Frömmig-

keit und zurückhaltender, religiöser Gesinnung, welcher im Hause seiner Braut ausgeprägt war, nicht angeeignet, sondern trennte die Kernfragen des Glaubens, in welchen er sich mit seinen Freunden und neuen Verwandten mehr und mehr verwachsen fühlte, von der äußeren Nutzanwendung, für welche er in erster Linie gegebene Bedürfnisse und deren jeweilige Bedingungen, wie sie sich seinem Auge vorstellten, zum Maßstab wählte. Die politischen Verhältnisse, die baldige Beteiligung Bismarcks an denselben, der Nachdruck, welchen Bismarck, eher angeregt wie abgeschreckt durch den lauten Widerspruch der Gegner, auf seinen persönlichen Standpunkt legte, der Widerhall, welchen die von der Rednertribüne offen bekundete Überzeugungstreue in den Reihen seiner religiösen Freunde fand, hat wesentlich dazu beigetragen, daß diese, und darunter auch die Gattin, sich vor der Auffassung beugten, nicht nur in der stillen Kammer christlich zu glauben und zu denken, sondern auch nach außen solche Meinungen zu vertreten. Johanna selbst allerdings hat ihrem ganzen Wesen nach an diesem Verhalten ihres Mannes mehr mitfühlend als mithandelnd teilgenommen, und die Selbstgenügsamkeit, aus welcher sie ihren persönlichen Einfluß auf Bismarck freiwillig begrenzte, hat sich in noch stärkerem Maße später auf das ganze Berufsleben ihres Gatten erstreckt. Dadurch adelte sie seine Wirksamkeit, ohne sie zu beherrschen, und sie schuf ihm inmitten der Stürme des Daseins die sichere Zufluchtsstätte eines harmonischen Heims.

Dennoch aber war der Einfluß, welcher auf Bismarck zunächst aus dem märkisch-pommerischen Adelskreise und dann von seinen neuen Verwandten ausging, keineswegs nur religiöser Natur. Auch in seinen politischen Ansichten vollzog sich im Laufe der vierziger Jahre eine größere Wandlung. Gewöhnlich schreibt man dem Einströmen der neuen Ideen in Bismarcks Gemüt die Absage an den Liberalismus, eine mangelnde Fühlung mit den gerade damals schnell anwachsenden freiheitlichen und nationalen Reformbestrebungen, den Anschluß an das altpreußische Junkertum zu und stellt damit Bismarck beim Beginn seines öffentlichen

Auftretens als den Anhänger einer einseitigen Parteirichtung hin, welche er erst in Frankfurt a. M. als Bundestagsgesandter durch die hierbei erfolgte Erweiterung seines Gesichtskreises wieder abgestreift habe. Diese Auffassung wird jedoch weder dem Bismarck der dreißiger noch der vierziger noch der späteren Jahre gerecht. Denn sie legt ein zu großes Gewicht auf die in Bismarcks Eigenart beruhende Entschiedenheit und äußere Form seiner Betätigung, ohne die bleibenden Gesichtspunkte in der Flucht der wechselnden Alltagserscheinungen zu berücksichtigen, und behandelt deshalb als grundsätzliche Gesinnungswechsel, was als Anpassung an neue Lebensbedingungen, Bereicherung der Erfahrungen und eher als Abwandlung früherer Ansichten wie als Bruch mit denselben bezeichnet werden muß. Begünstigt ist diese Auffassung allerdings durch Bismarcks eigene Äußerungen worden; indes gerade nach dieser Richtung hin ist Bismarck kein einwandfreier Zeuge, denn er hegte die Gewohnheit, seine jeweilige Meinung mit großer Schärfe zu zeigen und einen von ihm für überwunden gehaltenen Standpunkt oft allzu schroff abzulehnen, ohne sich mit seinem Erinnerungsvermögen ganz in die alten Anschauungen zurückversetzen zu können und auch zu wollen. Aber ein Anzeichen, daß nach dieser Hinsicht Bismarcks Zugehörigkeit zum Kreis der Thadden, Puttkamer und Blankenburg keine allzu weitgehende Wirkung auf sein politisches Denken und Handeln ausgeübt hat, ist bereits, daß er dieses Ereignis in den „Gedanken und Erinnerungen" übergeht. In letzteren hält er sich nur an die äußeren Einschnitte seines Lebens, die Schulzeit, Göttingen, das Regierungsreferendariat und den vereinigten Landtag, und von den veränderten und frischen Eindrücken dieser verschiedenen Stationen leitet er selbst die Entwicklung seiner staatsmännischen Ansichten ab.

Liberal in dem Sinne, wie das vor den Märztagen des Jahres 1848 als Regel galt, war Bismarck auch vor seinem Eintritt in den christlich-gläubigen Kreis der pommerischen und märkischen Edelleute nicht gewesen. Sein nüchterner Sinn, sein wissenschaftliches Studium, die Reichhaltigkeit seiner Erlebnisse und Erfahrungen, sein unabhängiges Urteil hatten Bismarck längst

von gewissen Lieblingsneigungen des vormärzlichen Liberalismus ferngehalten. Schon als Knabe hatte er sich nicht in der zur Schau getragenen Enttäuschung über den nach den Freiheitskriegen nicht gefundenen Lohn für politische Verdienste und in den aus dieser Enttäuschung abgeleiteten Schulmeinungen und Anforderungen gefallen. Schon als Gymnasiast und Student hatte er erkannt, daß die Wortführer über bestimmten, vielfach aus Theorien oder aus der Fremde geholten Ansprüchen die geschichtlichen Eigentümlichkeiten des gewordenen Staates übersahen. Bismarck war in seiner Anschauung, welche von der herrschenden liberalen von vornherein schon grundsätzlich getrennt war, der letzteren immer weiter entfremdet worden. Je weniger der Liberalismus Gelegenheit zur Mitarbeit am Staate gefunden, desto weniger schätzte er die seiner Entfaltung widerstrebenden Kräfte nach ihren inneren Ursachen und Beweggründen, desto mehr überwucherten in seinen Reihen radikale Bestrebungen, welche die Lage Deutschlands und besonders Preußens nicht umgestalten, sondern umwälzen wollten. Diese fortschreitende Loslösung eines großen Teils der Partei vom Boden der vorhandenen Wirklichkeit war erst recht gegen Bismarcks Sinn und schon in Göttingen war hervorgetreten, daß er sein Mißtrauen nicht nur gegen die engeren Angehörigen solcher demokratischer und republikanischer Kreise richtete, sondern auch gegen verwandte Gruppen, welche sich gegen die Zuzählung zu einer Umsturzpartei mit Recht gesträubt hätten, von welchen aber Bismarck befürchtete, daß sie im gegebenen Augenblicke den Zauberer nicht mehr bändigen würden. Allerdings hatte sich Bismarck später als Referendar in Aachen und Potsdam mit lebhaftem Unmute gegen das fast ausschließliche Beamtenregiment erfüllt und diese Empfindung häufig zum Anlaß einer ungeschminkten Kritik und eines Werturteils auch über die sachlichen Leistungen der Behörden gemacht. Aber derartige Meinungsäußerungen richteten sich nicht sowohl gegen bestimmte politische Ziele der damaligen Regierung, sondern gegen die von der Art dieser Ziele nur in beschränktem Maße abhängige Methode. Der Beamtenkörper bestand aus liberaleren und konservativeren Elementen,

ohne daß deren persönliche Richtung in ihrer geschäftlichen Behandlung laufender öffentlicher Angelegenheiten sehr viel ausmachte, und ebenso war der Mißmut über die Schablone und den engen Geist der damaligen Beamten kein besonderes Kennzeichen von Liberalismus, obgleich dieser naturgemäß als Oppositionspartei die meisten und lautesten Feinde der übertriebenen Behördenherrschaft lieferte. Auch daß im Gegensatz zu dieser Bismarck während seiner Kniephofer Zeit die Bevormundung des Volkes mindern, die Selbstverwaltung ausdehnen, weitere Klassen zum Interesse und zur Teilnahme am Staate heranziehen wollte, berührte sich gewiß stark mit Lieblingsforderungen des Liberalismus, brauchte sich aber noch durchaus nicht mit dessen Anschauungen zu decken. Die spärlichen Andeutungen, die Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" von seiner damaligen, ständisch-liberalen Stimmung gibt, zeigen, daß er unter anderem für dieselbe bei Schierstädt-Dahlen Boden fand. Die Art, wie letzterer aber sich den Ausbau der Selbstverwaltung und Verfassung dachte, war gewiß gar nicht nach dem Wunsche der Liberalen; denn während diese für ein allgemein-preußisches Parlament kämpften und die Provinzialstände noch dazu in ihren früheren Rechten und Zusammensetzungen als durchaus unzureichend ansahen, hat Schierstädt in den fünfziger Jahren gerade für die Wiederbelebung der Provinzialstände geredet. Wie sich Bismarck zu einer der wichtigsten Forderungen des vormärzlichen Liberalismus, dem Zurückdrängen der königlichen Gewalt und des überwiegenden Einflusses des Adels und der Erweiterung der Befugnisse des gebildeten Bürgertums, namentlich des Handels- und Gewerbestandes, vor 1845 gestellt hat, davon wissen wir gar nichts; jedenfalls besitzen wir durchaus keine Anhaltspunkte für die unwahrscheinliche Annahme, daß er in dieser Hinsicht die Anschauungen seiner Gymnasiasten- und Studentenzeit erheblich geändert hätte, und sein gewöhnlicher Verkehr waren Adlige geblieben. Was ihn von den meisten Gutsnachbarn trennte, waren rein persönliche Eigenschaften: eine größere geistige Regsamkeit, ein vielseitigeres Wissen, umfassendere Erfahrungen und Reise-

erlebnisse. Dadurch war er vielleicht für die eine und andere Idee, welche ein Erbstück des Liberalismus bildete, empfänglicher, hatte vielleicht in diesem und jenem Punkte die beschränkteren Vorurteile seines Standes, an welchen sich die Liberalen stießen, überwunden; an sich aber wiesen solche Eigenschaften Bismarck noch lange nicht in ein bestimmtes Parteilager, sondern waren im Gegenteil dazu angetan, den Träger derselben zu einer von der festen Richtschnur politischer Programme unabhängigen, nur nach persönlichem Ermessen entscheidenden Auffassung zu geleiten.

Wenn Bismarck sogar auf religiösem Gebiete, wo er doch weit mehr gegenüber seinen neuen Freunden und Verwandten der nehmende Teil war, sich nach wie vor ein selbständiges Urteil wahrte, so war das erst recht auf dem politischen Felde der Fall. Die Anregungen, welche er vom christlich-germanischen Kreise erhielt, äußerten sich überhaupt nicht sofort in fertigen, neuen Urteilen über die Tagesfragen, sondern in einer veränderten Empfänglichkeit für die verschiedenen Gesichtspunkte, welche bei der Beschäftigung mit diesen Tagesfragen in Betracht kamen. Namentlich machten sich seit der Mitte der vierziger Jahre zwei bisher nicht vorhandene Beweggründe in Bismarcks Anschauungen bemerkbar.

Der eine Beweggrund war ein rein menschlicher. Seine adlige Herkunft hatte früher Bismarck vor allem aus Trotz gegen die Gleichheitsbestrebungen der Zeitgenossen wegen ihrer mangelnden Rücksicht auf die Verdienste des Adels um das gewordene Preußen betont. Er war dabei nicht der Wortführer einer Klasse gewesen, in welcher er sich heimisch fühlte, welche er aus Zuneigung zu ihren Angehörigen möglichst zu fördern strebte. So weit ging allerdings auch nach seiner Bekehrung Bismarck nicht, dem altpreußischen Adel grundsätzlich eine unwandelbare Vorzugsstellung zuzuschreiben. Er verlangte nicht, daß auf den Adel Gesetzgebung und Verwaltung zugeschnitten werden sollte, daß der Adel in einem besonderen und näheren Verhältnis zur Krone wie die Untertanen von Rechtswegen stehe. Auch in denjenigen Jahren, welche man sonst als die Junkerzeit Bismarcks ansieht, wo ihn

noch nicht amtliche Berufsaufgaben und Staatsnotwendigkeiten von der Geltendmachung seiner Lieblingsideen würden abgehalten haben, hat Bismarck immer der Ansicht gehuldigt, daß jeder Stand erst durch die Erfüllung seiner Untertanenpflichten seinen politischen Anteil begründen und von Fall zu Fall bestimmen müsse, daß das entscheidende Gewicht auf die Entwicklung des gesamten Staates zu legen sei. Aber mit diesem äußeren Rahmen vertrug sich ganz gut eine größere persönliche Vorliebe für seine Standesgenossen, ein auch innerlich Bismarck ergreifendes wärmeres Mitgefühl mit ihrem Geschick und ihren Interessen. Wenn Bismarck in den nächsten Jahren die Verdächtigungen abwies, die gegen den Eigennutz und Hochmut der Junker ausgesprochen wurden, so sprach aus seinen Worten nicht bloß die Pflicht, bestimmte, nun einmal von ihm für richtig gehaltene sachliche Meinungen zum Ausdruck zu bringen, sondern er zollte zugleich aus Herzensbedürfnis den Freunden und Gesinnungsgenossen, welchen er für sein eigenes Werden so viel verdankte, unter welchen er so viel Liebe empfangen und zuerst wieder auszustreuen gelernt hatte, einen Tribut der Dankbarkeit und Anerkennung. Dieses Gefühl der menschlichen Zusammengehörigkeit blieb in seiner Brust lebendig. Niemals war es Bismarck in Rede und Handlung freier zu Mute, als wenn nach seiner Überzeugung Staatsinteressen und die Rücksichten auf die geschichtliche Stellung des altpreußischen Adels zusammenfielen; kein Kampf kostete ihm schwerere Stunden, als wenn er zwischen beiden Gesichtspunkten zu wählen hatte, und an keiner Gegnerschaft hat er schwerer getragen als an der des christlich-rechtgläubigen Adels nach dem österreichischen und deutsch-französischen Kriege.

Mit diesem rein menschlichen Beweggrund paarte sich ein zweiter sachlicher. Schon in frühen Jahren hatte sich Bismarck die Überzeugung errungen, daß der handelnde Staatsmann bestehende gesunde Keime weiter ausbilden muß und hierdurch am fruchtbarsten wirkt. Aber wenn ihn solche Ansichten längst zu einer von der Regel abweichenden Bewertung des preußischen Adels geführt hatten, so waren solche Urteile doch ohne den vollen

Einblick in die Gesamtheit derartiger entwicklungsfähiger Ansätze gefaßt. In der Hauptsache hatte sich Bismarck in seinen Schlußfolgerungen damit begnügt, namentlich die Stellung des Adels im Militär und in der Selbstverwaltung zu verteidigen. Jetzt war er jedoch in einen inneren Gedankenkreis eingetreten, aus welchen er für sich selbst großen Nutzen gezogen und welcher bei der Verallgemeinerung solcher Ideen auch für das Gesamtwohl fruchtbar zu werden versprach. Nicht bloß den Adel in seiner Stellung schlechtweg, sondern gerade den Adel mit den besonderen an den Thadden und Blankenburg erkannten Vorzügen und Vorteilen wünschte er als Träger des preußischen Staates zu erhalten und zu befestigen; denn die einfache schlicht-gläubige Frömmigkeit, welche er dort kennen gelernt, erschien ihm als ein Urquell und als ein Jungbrunnen der Größe seines Vaterlandes. Deshalb betonte Bismarck im Gegensatz zu denjenigen Richtungen, welche, wenn nicht den Staat von der Kirche trennen, doch grundsätzlich von der Vorherrschaft einzelner Religionsgemeinschaften loslösen wollten, den christlichen Charakter des Königreichs Preußen. Einst hatte er auf Cardemin sich in Gesprächen mit Blankenburg und Ludwig von Gerlach ereifert, als letztere den Juden nicht die vollen staatsbürgerlichen Rechte einräumen, namentlich nicht die Beamtenlaufbahn eröffnen wollten. Von dieser seiner früheren Auffassung sagte sich Bismarck, nachdem er selbst Anhänger der gleichen Richtung geworden, auch öffentlich los. Er war nicht der Meinung, Andersgläubigen die Duldung zu verweigern oder gar seine innere Meinung von Gott und Welt Fremden aufzudrängen, aber er wünschte nicht, daß die Grundsätze von Nächstenliebe und Pflichtbewußtsein, die er bei den Freunden als Folge ihres demütigen, schlichten Christenglaubens kennen gelernt, an politischer Bedeutung geschmälert würden. Und noch mehr gewöhnte er sich daran, namentlich in feierlichen Augenblicken sein eigenes Gottvertrauen und die Empfindung, daß er nur durch dieses seinen Wert gewonnen, zu betonen und auf diese Weise die Religion als Kapital des Volksvermögens zu erhalten und zu vermehren.

Indes mit diesen beiden Beweggründen, die sich seit der Mitte der vierziger Jahre in Bismarcks Auftreten geltend machten, mit dem größeren menschlichen Verwandtschaftsgefühl, welches ihn an den christlichen Adel Pommerns und der Mark band, und mit der Auffassung, daß der christliche Charakter des Staates festgehalten werden müsse, wurde Bismarck noch lange kein Junker. Schon seine vielfache Gelegenheit, fremde Menschen, Länder und Gebräuche kennen zu lernen, schützte ihn vor der Gefahr, daß er aus heiliger Scheu vor dem in der Vergangenheit Gewordenen das Werden in der Gegenwart vernachlässigte. Gegen Neuerungen, welche er mit dem Staatsinteresse und dem Geiste des Vaterlandes vereinbar ansah, verschloß er seine Blicke nicht; wir haben auch aus den ausgehenden vierziger und beginnenden fünfziger Jahren kein Beispiel dafür, daß er den Wert solcher Neuerungen an den Sonderbedürfnissen des altpreußischen Adels gemessen hätte. Wenn Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" betont, er sei schon 1847 dafür gewesen, „daß die Möglichkeit öffentlicher Kritik der Regierung im Parlamente und in der Presse erstrebt werde, um den Monarchen vor der Gefahr zu behüten, daß Weiber, Höflinge, Streber und Phantasten ihm Scheuklappen anlegten, die ihn hinderten, seine monarchischen Aufgaben zu übersehen und Mißgriffe zu vermeiden oder zu korrigieren", so ist dieser Satz allerdings in dieser Fassung der Niederschlag von Wahrnehmungen jüngeren Datums. Aber jedenfalls liegt den Ausführungen der richtige Kern zugrunde, daß Bismarck schon 1847 nicht für das Einkreisen der Krone in einen engen Zirkel einseitiger adliger Klassenanschauungen war, sondern schon damals die Notwendigkeit erkannte, durch eine Verbindung zwischen der Krone und den verschiedenen Volksschichten eine möglichst unbefangene Berücksichtigung der abweichenden Interessen und Ansichten durch den freien Willen des Königs zu ermöglichen.

Trotz seiner Verlobung und Bekehrung stand also Bismarck dem Verlangen breiter Massen, durch Presse und Parlament einen Anteil an den öffentlichen Angelegenheiten zu erhalten, 1847 durchaus nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Nicht seine Be-

ziehungen zum altpreußischen Adel, sondern der Standpunkt Bismarcks und der Liberalen in den gerade zur Erörterung gestellten Fragen wurden entscheidend, und nicht etwa die Tatsache, daß an sich die Regierung überwacht und getadelt wurde, sondern daß dies nach Bismarcks Ansicht in einer falschen Weise geschah, veranlaßte die ersten Wortgefechte Bismarcks mit seinen Gegnern. Bismarck verfuhr auch hierbei nicht als Junker, sondern als Opportunist.

Noch ehe Bismarck Johanna von Puttkamer heiratete, war ihm die Gelegenheit geboten, seine lange im Stillen aufgespeicherten Fähigkeiten und Kenntnisse in weithin sichtbarer Weise zu erproben. Obgleich er sich längst nach einem Wirken in der breiten Öffentlichkeit gesehnt hatte, so kam dasselbe ihm für diesen Augenblick unerwartet und nicht recht erwünscht. Als im Februar der erste vereinigte Landtag nach Berlin berufen worden, empfand Bismarck gemischte Gefühle. Auf der einen Seite bedauerte er, dadurch, daß er nur stellvertretender Abgeordneter und für die Tätigkeit eines solchen vorerst kein Raum war, von den Verhandlungen ferngehalten zu werden; auf der anderen Seite war er froh, daß zu den mannigfachen Hindernissen, welche ihn von der Braut trennten, kein neues und noch dazu derart zeitraubendes kam. Über die außergewöhnliche Tüchtigkeit Bismarcks zu parlamentarischen Verhandlungen hatte unter den beteiligten Wählern längst kein Zweifel geherrscht. Kaum war Bismarck in die Provinz Sachsen übergesiedelt, so hatten ihn die Stände, obgleich er überhaupt noch nicht stellvertretender Abgeordneter war, bei der frühesten Gelegenheit sofort zum ersten der sechs stellvertretenden Abgeordneten gewählt, während diese sonst aufzurücken pflegten und der neue unten angesetzt wurde. Nach der Berufung des vereinigten Landtags hatten dann die sächsischen Stände schon alles versucht, um Bismarck an Stelle des Oberpräsidenten von Bonin in den Landtag zu bringen. Da erkrankte der Landrat von Brauchitsch, konnte den Sitzungen nicht mehr beiwohnen und wurde, trotz bald beginnender Genesung, durch die Aussicht, daß Bismarck seine Stelle einnehmen würde,

veranlaßt, ſein Mandat niederzulegen. Obgleich die Berufung nach Berlin ein Wiederſehen mit der Braut in weite Ferne rückte, ſo leuchtete es Bismarck ein, daß er in den Landtag gehen mußte. Bezeichnenderweiſe geſtand er ſelbſt, er würde ſich ſonſt „jede Ausſicht für die Zukunft, die ſich auf ſtändiſche Verbindung gründet, verderben". Damit trat Bismarck in einen neuen, für ſeine politiſche Entwicklung wichtigen Wirkungskreis ein.

II. Bismarck in den Revolutionsjahren.

In der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens, als die Regierungskreise die Notwendigkeit der Erziehung weiter Massen zu einem patriotischen Gemeingefühl greifbar erfaßt hatten, war am 27. Oktober 1810 dem Volke durch ein königliches Edikt „eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze" verheißen, also neben Provinziallandtagen ein allgemeines Parlament für das gesamte Preußen in Aussicht gestellt worden. Aber noch ehe die Hochflut der Begeisterung verlaufen war, hatte Friedrich Wilhelm III. mit der Einschränkung seiner Zusage begonnen. Ein Versuch, der 1811 mit einer vorläufigen Volksvertretung gemacht worden war, hatte ohne Ergebnis geendigt und ein neues Edikt vom Jahre 1815 ordnete zunächst für die alten Provinzen die Wiederherstellung, für die frisch gewonnenen die Neuerrichtung von Provinzialständen an, während erst für einen späteren und noch dazu nicht einmal bezeichneten Zeitpunkt eine durch Wahlen aus diesen Provinzialständen hervorgehende „Landesrepräsentation" geplant wurde; nur ein bestimmtes Gebiet von Fragen wurde durch diese Verordnung für die Landesrepräsentation vorbehalten, nämlich die Beratung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigentumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betrafen. In den nächsten Zeiten drängten weitere Erwägungen die Berufung eines allgemeinen preußischen Landtags immer mehr zurück. An sich wäre es ein gewagtes Experiment gewesen, in einem Staate, der eben erst aus sehr verschiedenartigen Teilen zusammengeschweißt worden war, eine einheitliche Volksvertretung zu schaffen, in welcher

leicht sofort die Sonderwünsche der einzelnen Landesteile alle anderen Gesichtspunkte überwuchert hätten; für die Verschmelzung der alten und neuen Provinzen sorgte viel besser ein in preußischem Geiste geschulter Beamtenkörper. Abgesehen davon aber waren mannigfache Einflüsse tätig, welche jedes Zugeständnis an die Liberalen hintertreiben wollten. Am Berliner Hofe selbst arbeitete eine mächtige Partei teils aus Eigennutz teils aus Überzeugung allen Einschränkungen des Machtbereichs der Krone entgegen und zu den Einflüsterungen dieser Partei gesellte sich der österreichische Staatskanzler Metternich, welcher von der Entfaltung eines preußischen Verfassungslebens moralische Eroberungen in Deutschland und eine Gefahr für den Fortbestand der ungeschmälerten Kaisergewalt in Österreich befürchtete. Diese aus sehr verschiedenen Gründen zusammenwirkenden Kreise erhielten das Ohr des ohnehin großen Entschlüssen und kühnen Versuchen abgeneigten Königs. Schon wenige Jahre nach den Befreiungskriegen war entschieden, daß Artikel 13 der deutschen Bundesakte, welcher für alle zum Bunde gehörigen Staaten in freilich sehr dehnbaren Worten eine Verfassung verlangte, in Preußen erst nach völliger Regelung seiner inneren Verhältnisse und seiner Finanzen angewandt werden sollte. Das Gesetz vom Jahre 1823, an welchem der Kronprinz mitgearbeitet hatte, war deshalb eine dürftige Abschlagszahlung auf das vor und unmittelbar nach den Befreiungskriegen geleistete Versprechen. Während schon 1820 die Zusammenkunft eines allgemeinen Landtags nur für die vorläufig nicht absehbaren Fälle einer Erhöhung der bestehenden, einer Einführung neuer Steuern und der Aufnahme von Staatsanleihen zugesagt worden, erhielten die Provinzen jetzt ihre regelmäßige Sondervertretung, die in beschränktem Umfange auch gewisse, für das ganze Königreich bedeutungsvolle Fragen, wenigstens beratschlagen durfte. Freilich bauten sich diese Provinziallandtage ganz auf den alten Gebrauch der herkömmlichen Ständeunterschiede, wenn auch mit gemeinsamen Verhandlungen der einzelnen Klassen, auf, nur wer Grund und Boden besaß, konnte zu ihnen wählen und gewählt werden und endlich redete man hinter verschlossenen Türen, so daß die Öffent-

lichkeit nur eine unzureichende Kenntnis der Vorgänge auf den Versammlungen erhielt.

Unter diesen Umständen entbehrte die preußische Staatsregierung des erforderlichen frischen Luftzuges. Solange Friedrich Wilhelm III. lebte, wagten sich die Mahnungen an die Versprechen von 1810 und 1815 noch nicht so allgemein hervor. Wohl blieb die Adresse der Koblenzer Bürger, welche 1817 den König an seine Zusage einer Verfassung erinnerte, und die Denkschrift David Hansemanns nicht vereinzelt, im großen und ganzen aber überwog doch zunächst die wichtigste Sorge der Erhaltung von Ruhe und Ordnung und der Wiederherstellung der materiellen Wohlfahrt nach den schweren Kriegszeiten. Darein mischte sich ein gewisses Mitgefühl mit dem „alten" König, wie er trotz seiner noch keineswegs sehr vorgerückten Jahre im Volksmund hieß, der so viele und schwere Prüfungen erlitten hatte. Die meisten Preußen, welche lebhaft eine Beschränkung des königlichen Machtbereichs und eine Verfassung wünschten, vertagten deshalb ihre Hoffnungen auf die Zukunft, welche ihnen durch die geistreiche und liebenswürdige Natur des Kronprinzen verbürgt schien. Ganz ließ sich allerdings auch aus Rücksicht auf Friedrich Wilhelm III. die Uhr nicht stillstellen; die allgemeine Versumpfung und die oft kleinlichen Maßregeln, mit welchen man den bisherigen Zustand gewaltsam aufrechterhalten und die Mißstimmung niederbeugen wollte, förderte am ehesten die verbissenste und rücksichtsloseste Opposition, welche sich namentlich auch der Jugend bemächtigte. Dadurch wuchs die verhaltene Unzufriedenheit, wuchs die Höhe der Ansprüche, die sich nicht mehr an das erreichbare Maß kehrten, sondern aus Grundsatz erhoben wurden, und verringerte sich die Aussicht auf Verständigung durch wechselseitiges williges Entgegenkommen. Mit seltenen Erwartungen, aber auch mit ungewöhnlichen Anforderungen nahten deshalb 1840 die Preußen ihrem neuen König Friedrich Wilhelm IV.

Über Friedrich Wilhelm IV. haben die Ansichten merkwürdig geschwankt. Die erste Schicht der Meinung vom Herrscher wird etwa durch die Charakteristiken Reumonts und Rankes dargestellt.

Es sind das Männer, welche bei großer Empfänglichkeit für geistige Eindrücke und bei umfassenden Kenntnissen mit dem König in persönliche Berührung kamen und den Zauber seiner tiefen Natur, seiner bestrickenden Liebenswürdigkeit, seines vielseitigen Wissens, des sicheren und schlagenden Urteils, der seltenen, durch treffenden Witz durchsetzten Unterhaltungsgabe persönlich wahrnahmen. Sogar Peter Cornelius gesteht, daß er nur mit Tränen im Auge von diesem Fürsten reden könne. Solchen Männern galt das Fehlschlagen der königlichen Hoffnungen, das seinem guten Willen begegnende Mißverständnis als ein trauriges Geschick und es schien ihnen ein besonderes Verhängnis, daß gerade ein so reich und genial veranlagter Herrscher so arg verkannt wurde und deshalb so wenig Fruchtbares und Bleibendes leistete. Das nächste Geschlecht wurde zum großen Teile durch die Ansicht derer beherrscht, welche in der letzten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms IV. zur Untätigkeit verdammt gewesen waren und erst unter seinem Bruder wieder den Spielraum zu einem größeren Wirkungskreis fanden. Sybel und Treitschke, welche diesen Empfindungen vor allem durch ihre Charakteristik des Königs Ausdruck gaben, standen überdies unter dem Eindruck der großen Ereignisse von 1866 und 1870 und verglichen die Leistungen der zum Handeln befähigten nüchternen Urheber dieser Ereignisse mit dem glänzenden, aber unsteten und an unmittelbaren Erfolgen armen Auftreten Friedrich Wilhelms IV. Während also früher die Handlungen des Königs an seinen Bestrebungen gemessen worden waren, so verglich man jetzt umgekehrt das, was der König und was seine Nachfolger erreicht hatten, und gewann an letzterem einen für die Beurteilung Friedrich Wilhelms IV. ungünstigen Maßstab. Heute beginnt sich bereits wieder eine Wandlung zu vollziehen. Unsere Zeit ist nicht mehr so reich an erschütternden und großartigen Ereignissen und an Personen, welche durch einzige Taten sich auszeichnen, um nicht auch wieder in höherem Grade aus sich selbst heraus dem Streben und der allmählichen Vorbereitung späterer Dinge Verständnis entgegenzubringen. Dadurch gewinnen die Denkwürdigkeiten von Männern, welche zur Tafelrunde Friedrich Wilhelms IV. gehörten

und welche, ohne schmeichelnde Günstlinge zu sein, den intimen Reiz dieses geistreichen Hofes an sich selber spürten, einen dankbareren Widerhall. Dazu kommt das Erblassen der einst frischen Eindrücke der letzten Kriege und die Tatsache, daß Wilhelm I., Moltke, Bismarck nicht mehr unter uns weilen und nicht mehr durch ihr persönliches Hineinragen in die Jetztzeit alle anderen Erinnerungen zurückdrängen. Dadurch werden auch Kaiser Wilhelm und seine Paladine in einem größeren photographischen Rahmen dargestellt; sie treten uns nicht mehr gleichsam losgelöst von ihrem breiteren Hintergrunde entgegen und man berücksichtigt wieder stärker als einst die Arbeiten und Einwirkungen derer, auf deren Schultern jene standen, ohne deren vorangehendes Planen und Handeln sich die geschichtlichen Großtaten von 1866 und 1870 nicht denken lassen. Die Versuche Rachfahls und Ottokar Lorenz', Friedrich Wilhelm IV. wieder in günstigerem Lichte zu zeichnen, haben zwar manchen Widerspruch veranlaßt, aber dieser Widerspruch ist weniger durch die Charakteristik des Königs an sich als durch die begleitenden Ausführungen der Verfasser hervorgerufen.

Friedrich Wilhelm IV. war durchdrungen von einer hohen Auffassung seiner königlichen Würde und seines fürstlichen Berufes. Erfüllt von einem tiefen religiösen Gefühl, wie die meisten seiner Ahnen, huldigte er der Ansicht, daß er ein von Gottes Gnaden eingesetzter Herrscher sei und als solcher besondere Rechte und Pflichten wahrzunehmen habe. Zu diesen Pflichten rechnete er die Notwendigkeit, in die Fußtapfen Friedrichs des Großen eintretend der erste Diener des Staates zu sein und nach bestem Können für die Gesamtbedürfnisse des Landes zu arbeiten; zu den Rechten, von deren Fortdauer nach seiner Meinung die Befriedigung seiner besonderen Regentenpflichten wesentlich abhing und die er deshalb glaubte ungeschmälert seinem Nachfolger hinterlassen zu müssen, zählte er, über seine Untertanen ohne eine gesetzliche Schranke seiner königlichen Machtvollkommenheit zu herrschen. Er teilte nicht die Meinung, daß die bisherigen Behörden in besonders vorzüglicher Weise die Staatsaufgaben besorgt hätten, er war durchaus der Ansicht, daß die Bürger selbst zu deren Erledigung mehr als bisher herangezogen

werden sollten; aber das sollten sie kraft königlichen Auftrags oder kraft königlicher Gnade werden, ihre Mitwirkung sollte nicht, wie das der Wunsch der Verfassungspolitiker war, auf einer den Fürsten und seine Nachfolger ein für allemal verbindenden, ihrer freien Gewalt entkleidenden Urkunde beruhen.

Es war also ein bestimmter, fest umrissener Standpunkt, den sich der König zurechtgelegt hatte. Aber er hatte denselben nicht gewählt unter möglichst unbefangener Würdigung der gegebenen Lage, sondern aus seinen inneren Grundsätzen heraus. Dadurch mußte von Fall zu Fall dieser persönliche Standpunkt des Königs erst der Situation angepaßt und mehr oder minder Abänderungen unterworfen werden, die außerhalb der ursprünglichen Absicht des Herrschers lagen. Dieses Anpassen bewirkte zwar nicht in den Augen des Königs, wohl aber in denen der Öffentlichkeit ein unsicheres Tasten, ein Schwanken, ein schrittweises Nachgeben, welches doch nicht aus dem Herzen entsprang und deshalb Mißtrauen gerade dort säte, wo es beschwichtigen wollte. Plötzlich indes und selbst für Eingeweihte unerwartet wurde diese Anpassung wieder unterbrochen, weil der König auf Lieblingsideen zurückkam, die andere längst aufgegeben wähnten, auf die er selbst aber nur aus vorübergehender Rücksicht zeitweise verzichtet hatte.

Die Schwierigkeiten, welche auf solche Weise entstanden, wurden aber noch weiter erhöht durch die Beziehungen zwischen dem König und seinen Ratgebern und durch die politischen Ziele Friedrich Wilhelms IV. Schon in den ersten Jahren, als die größten Fehlschläge noch nicht eingetreten waren, äußerte ein in den Betrieb der Staatsgeschäfte so eingeweihter Beobachter wie Freiherr von Canitz: „Der Mangel eines solchen (einheitlichen Minister-) Konseil ist meines Ermessens der Grundfehler der jetzigen Regierung . . . Die alten Herren, die sich da um einen Tisch herumsetzen und über einige Fragen, von denen verschiedene Mitglieder gar nichts wissen, Vorträge anhören und eine Äußerung abgeben oder pure beistimmen, mitunter auch durch ihre Bedenken unnützige Zögerungen bewirken, können dem Zweck nicht entsprechen. Solches Konseil hilft dem König durchaus nichts. Er braucht tüchtige

Männer, keine Figuranten, Leute, die sein Vertrauen besitzen, über die Prinzipien einig sind, die seine Ideen verstehen und sie entweder zu berichtigen oder auszuführen vermögen." Aber der König verlangte keineswegs nach einem solchen geschlossenen Ministerium, das, sei es verfassungsmäßig, sei es tatsächlich, in den Augen der Öffentlichkeit für den Herrscher verantwortlich gewesen wäre. Im Gegenteil, er wollte die Zügel in der Hand behalten und auch als der wahre Lenker des Staates gelten. Seine Ratgeber waren ihm deshalb nur für bestimmte ihnen vorgeschriebene Zwecke seine Beauftragten und Stellvertreter. Es kam ihm nicht sowohl darauf an, ob sie untereinander oder auch nur mit ihm selbst allenthalten einig waren, sondern nur ob sie seiner allgemeinen Richtung folgten. Er glaubte das Hindernis, welches aus dem Zusammenarbeiten verschieden gesinnter Elemente für ein gedeihliches Staatsleben entstehen konnte, durch die Entschiedenheit seines persönlichen Willens überwinden zu können. Aber diese Entschiedenheit seines persönlichen Willens bestand in Wirklichkeit nur, soweit es sich um den Entwurf des Grundrisses handelte; die Sorgen für die Ausführung des Baues beschäftigten den König weit weniger. Das machte sich praktisch um so mehr geltend, weil der von Friedrich Wilhelm gezeichnete Grundriß sehr verschiedene Ideen in sich vereinigte und darum meist recht verwickelt war. Außerdem konnte der König nicht alle Geschäfte der einzelnen Ministerien überwachen oder gar selbst leiten; dadurch gewannen aber die Minister tatsächlich einen ihrem eigenen Ermessen überlassenen, von den Intentionen des Herrschers unabhängigen Wirkungskreis. Indes weder ließ sich eine genaue Grenzlinie ziehen, bis zu welcher dieser unabhängige Wirkungskreis reichte und von welcher ab der Minister auf die Durchführung seines eigenen Willens verzichtete, noch auch ließ sich der einzelne Mensch mit seinen persönlichen Anschauungen in zwei künstliche und doch miteinander harmonierende Hälften spalten, ein von teilweise unverstandenen Motiven durchaus abhängiges Werkzeug der Krone und ein nach eigenen Gesichtspunkten handelndes Haupt seines besonderen Fachs. Die Folge war die, daß die Vorbereitung und Ausführung von Verordnungen und Gesetzen in

die Hand von Personen gelegt war, die nur teilweise mit dem die Verordnungen und Gesetze sich selbst vorbehaltenden Herrscher übereinstimmten und daß damit eine neue Quelle von Ungelegenheiten und unberechenbaren Schwankungen geschaffen wurde.

Unter den Ministern Friedrich Wilhelms IV. waren die wenigsten in seine inneren Gedankengänge eingeweiht. Wie viele andere Kinder seinerzeit, bewegte sich auch der König in den Idealen der Romantik und träumte von der dahingeschwundenen Größe der Hohenstaufen. Solchen Ansichten huldigten an sich viele damals hervorragende Männer und gewannen dadurch ihre literarische, wissenschaftliche oder politische Bedeutung. In ähnlicher Weise fühlten sich die Bayernkönige Ludwig I. und Maximilian II. als deutsche Fürsten und von dieser Anschauung aus pflogen sie deutsche Kunst und deutsche Wissenschaft, erhoben sie München zu einem Mittelpunkte deutschen Kulturlebens. Auch Berlin verspürte durch das Wirken Friedrich Wilhelms IV. einen starken geistigen Aufschwung. Wohl war die Hauptstadt bereits so groß, waren die Bestandteile ihrer Bevölkerung und ihr Bestreben schon so zusammengewürfelt geworden, daß von einer einzigen Stelle aus nicht mehr eine für alle gültige Einwirkung geübt werden konnte. Aber zum ersten Male seit den Tagen Friedrichs des Großen bildete in dem nämlichen Sanssouci, was nach 1786 kein preußischer Herrscher mehr zu bewohnen gewagt hatte, der König um sich wieder eine angeregte Tafelrunde von Künstlern und Gelehrten, tauschte mit ihnen die Meinungen aus, erfüllte sich mit den mannigfaltigsten Interessen und gab seinerseits wieder Antriebe für die verschiedensten Zweige des schöngeistigen Lebens und verschaffte diesen Zweigen ein weithin fruchtbares Gedeihen.

Jedoch; solche ästhetischen Gesichtspunkte konnten wohl die Eigenart eines mittelstaatlichen Regiments bestimmen und letzteres über seinesgleichen emporheben, niemals aber den Charakter einer europäischen Großmacht entscheiden. Denn zu sehr trug Preußen schon seine Aufgaben und seine geschichtlichen Entwicklungsbedingungen in sich selbst. Nun bestanden aber zwischen der mittelalterlichen Kaiseridee und der preußischen Staatsüberlieferung nahe-

zu unüberbrückbare Gegensätze. Wer das mittelalterliche Kaisertum erneuern wollte, mußte auch die deutschen Fürsten wieder zu treuen Gefolgsgenossen des Reichsoberhaupts namentlich im Kriege machen und einen ungesunden Eigennutz der Vasallen als eine Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Kaiser und seinen natürlichen Stützen ansehen, wie dasselbe tatsächlich zwar auch im Mittelalter nur sehr ausnahmsweise zur gehörigen Geltung gekommen, aber doch das Idealbild der Romantiker war. Eine solche Auffassung paßte aber gar nicht zum gewordenen preußischen Staate und schuf einen klaffenden Riß zwischen Friedrich Wilhelms IV. persönlichen Grundsätzen und seinen praktischen Herrscheraufgaben. Die Tatsache, daß Friedrich Wilhelm IV. so verschiedene Interessen in sich vereinigte, hat für die spätere Gründung des Deutschen Reichs ihre Früchte getragen: erst seit jenen Jahren begann die Meinung vom deutschen Berufe Preußens in breiteren Schichten Wurzeln zu schlagen und namentlich drangen deutsch-nationale Beweggründe tiefer in weite Kreise der Berliner Gesellschaft ein. Indes die unmittelbar politische Wirksamkeit Friedrich Wilhelms IV. gewann durch seine miteinander vielfach widerstreitenden Anschauungen ein überaus künstliches Gepräge und wurde eine Kette von Versuchen, zwischen persönlichen Wünschen und gegebenen Voraussetzungen eine mittlere Linie zu finden. Diese Versuche galten Friedrich Wilhelm IV., je mehr er sich in seinen Gesichtskreis einlebte, desto weniger als Verlegenheitsmittel, desto mehr als Selbstzweck. Denn mit der allgemeinen Anschauung, daß er durch Gott zu seiner königlichen Würde berufen worden sei, verband er infolge seiner Vereinigung ganz verschiedenartiger Leitmotive die Überzeugung, daß durch eine Verquickung von Umständen nur er als König von Preußen und kein anderer, auch kein anderer Fürst sich diejenigen Ziele setzen konnte, welche sich ihm nach seiner gesamten Ansicht als die für Deutschlands Heil notwendigen ergaben. In der Lösung eigentlich unlösbarer Widersprüche erblickte darum Friedrich Wilhelm IV. immer mehr seine gottgewollte Bestimmung.

Bei solchen Versuchen Friedrich Wilhelms waren besonders zwei Gesichtspunkte immer maßgebend. Erstens folgerte er: um die

deutsche Frage zu lösen, muß ich mich als preußischer Herrscher in das wiedererstandene Reich passend einfügen, darf also die inneren Verhältnisse des Landes sich nicht abweichend vom alten mittelalterlichen Lehensstaate gestalten lassen. Hiermit stürzte er sich in einen unversöhnlichen Gegensatz zu den Liberalen. Denn diese verlangten Gleichheit aller Bürger innerhalb des Staates und gegenüber der Krone, der Monarch aber erachtete für die wichtigste Säule der mittelalterlichen Staatsgemeinschaft das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen dem König und jedem einzelnen Stande unter Rücksicht auf dessen besondere Eigenart und Befähigung. Nun bestand an sich schon eine tiefe Schlucht zwischen den liberalen Bestrebungen, durch Paragraphen und geschriebene Verpflichtungen die Rechte und Freiheiten der Staatsangehörigen zu begrenzen und hierdurch einen glücklicheren Zustand des allgemeinen Volkslebens zu schaffen, und zwischen der Meinung des Königs, die in diesen Forderungen die Quelle unerträglichen Mißtrauens und persönlicher Entfremdung erblickte. Zu dieser mehr formalen Verschiedenheit trat nun als weiteres Hindernis der Verständigung ein ernster Meinungsgegensatz materieller Natur hinzu.

Der zweite Gesichtspunkt des Fürsten deckte sich mit dem ersten in seinen Folgen nur teilweise. Neben den Schwierigkeiten, die dem König aus der inneren Beschaffenheit des preußischen Staates und den Anschauungen seiner Bewohner erwuchsen, mußten auch die außerhalb Preußens widerstrebenden Elemente gewonnen oder überwunden werden. Diese widerstrebenden Elemente waren aber unter sich wieder sehr verschieden und erheischten deshalb eine zum Teil entgegengesetzte Behandlung. Obgleich zur Erfüllung des königlichen Planes Preußen in Deutschland hätte „aufgehen", also einen mehr oder minder großen Teil seiner Eigenart und seiner allmählichen Ausbildung dem wiedererstandenen Reiche hätte opfern müssen, so trug doch Österreich kein Verlangen nach einer solchen Reform; denn auch das Haus Habsburg-Lothringen hätte vieles von seinen Errungenschaften und selbständigen politischen Zielen preisgeben müssen und überdies bedang Friedrich Wilhelms Vorhaben ein größeres Eingreifen Preußens in die deutschen Verhält-

nisse und damit einen stärkeren Einfluß der nun einmal zentraler gelegenen deutschen Großmacht. Aber auch außerhalb Österreichs herrschte allenthalben gegen Preußen ein allgemeines Mißtrauen, namentlich in den Kreisen der süddeutschen Liberalen Unmut darüber, daß es trotz der Versprechungen von 1810 und 1815 keine Verfassung eingeführt und am Bundestage für alle reaktionären Maßregeln mit Österreich zusammengestanden hatte. An ein gleichzeitiges erfolgreiches Niederschlagen der Wiener und der süddeutsch-liberalen Gegnerschaft war aber nicht leicht zu denken. Jede entschiedene Geltendmachung der königlichen Wünsche in Wien war, wenn man es nicht auf einen Bruch ankommen lassen wollte, an ein Eingehen auf die außerhalb der deutschen Frage liegenden österreichischen Sonderwünsche, also an eine fortgesetzte Absage an die deutsche Freiheits- und die preußische Verfassungsbewegung gebunden. Andererseits ließen sich diejenigen deutschen Kreise, auf deren Hilfe Friedrich Wilhelm IV. bei der Verfolgung seiner Ziele angewiesen war, höchstens durch einen klaren und deutlichen Verzicht auf die Unterstützung der Metternichschen Politik gewinnen; der König hätte also gerade das tun müssen, was ihm die Rücksicht auf das Wohlwollen des Wiener Hofes verbot.

Durch ein derartiges Nebeneinanderbestehen und Kreuzen der verschiedensten Bedürfnisse und Rücksichten, welchen bei der Ausführung der königlichen Pläne Rechnung getragen werden mußte, erhielt das preußische Staatsschiff ganz abgesehen von allen zufälligen wechselnden persönlichen Einflüssen einen unzuverlässigen und schwankenden Kurs. Während der ersten Regierungsjahre spiegelten sich diese Unsicherheiten allerdings vornehmlich in der unmittelbaren Umgebung Friedrich Wilhelms IV., mitunter auch im Verkehr mit fremden Höfen wider, und wenn schon die Teilnehmer der Verhandlungen dem König nicht hinreichend in die Karten blickten und noch weniger nach dessen Gedankenwelt ihre Ratschläge und Leistungen einrichteten, so war dieses selbst hier fehlende Verständnis erst recht nicht von Uneingeweihten zu erwarten. Je weniger diese hinter die Kulissen sahen und je unklarer sie über die Absichten des Königs blieben, desto üppiger arbeitete in

ihrem Geiſte die Phantaſie ein Bild Friedrich Wilhelms IV. aus, welches im weſentlichen einem Vergleiche zwiſchen gehegten und erfüllten Hoffnungen und einigen Erſcheinungen der äußeren Oberfläche ſeine Motive verdankte.

Keine Erwartungen können raſcher zerſtört werden als diejenigen, welche ſich auf unbewußte Gefühle ſtatt auf feſte Erkenntnis von Menſchen und Dingen aufbauen. Gerade weil man Friedrich Wilhelm IV. als ein weißes Blatt betrachtete und die Zuverſicht mehr aus der Unzufriedenheit über die gegenwärtige Lage als aus Bekanntſchaft mit den Geſinnungen des neuen Herrſchers ſchöpfte, mußte die Idealfigur, zu welcher viele dieſen anfänglich zu ſtempeln geneigt waren, ſehr bald der Ernüchterung weichen. Ein Mehltau fiel auf die bisherige Zuverſicht ſchon wenige Monate nach dem Regierungsantritt, als der Königsberger Landtag bei ſeiner Huldigung den Herrſcher an das Verſprechen der Krone, eine Verfaſſung zu geben, erinnerte. Friedrich Wilhelms Antwort war ſchillernd genug: der König wollte ſelbſt nicht als der gedrängte, ſondern als der freiwillig gebende Teil erſcheinen und bezeichnete deshalb die Zuſagen ſeines Vaters durch die „provinziale und kreisſtändiſche Verfaſſung mit ſtändiſcher Gliederung" für erfüllt; andererſeits wünſchte er doch die Forderung nicht glatt abzulehnen und verſprach „von den herrſchenden Begriffen ſogenannter allgemeiner Volksvertretung ſich fernhaltend den auf geſchichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutſchen Volkseigentümlichkeit entſprechenden Weg einzuſchlagen". Aber ſowohl die ſchroffe Form, welche von den ſchattenhaften Andeutungen ſeiner Verfaſſungspläne grell genug abſtach, als auch der Gegenſatz zwiſchen dem erhofften und erreichten königlichen Beſcheide ließen in einer Zeit, wo die Welt noch mühſam nach Anhaltspunkten für die Beurteilung des neuen Herrn taſtete, den Zwieſpalt ſtärker erſcheinen, wie das vielleicht in des Königs Wollen lag. Als unmittelbar darauf die Vertreter der anderen Provinzen in Berlin huldigten und dabei diejenigen des Herrenſtandes, der Ritterſchaft und der Geiſtlichkeit im Schloſſe ſelbſt empfangen wurden, die Bürger und Bauern aber draußen im Regen ſtanden, ſchrieb die öffentliche Meinung dasjenige, was die Folge

des Raummangels war, einer geflissentlichen Ablehnung der auf die Beseitigung von Klassenunterschieden gerichteten Wünsche zu.

So hatte Friedrich Wilhelm IV. schon in den ersten Monaten Wasser auf die Mühlen der Radikalen geliefert, und da die Grenzen des Parteianhangs damals noch nicht so fest gezogen waren wie heute, wo doch immerhin jede Richtung einen Grundstock treuer Zugehöriger hat, fanden die Radikalen bis tief in die einer Umwälzung abgeneigten Kreise, die noch soeben auf den König fest vertraut hatten, willfährige Zustimmung. Die ungünstigen Eindrücke von Königsberg und Berlin ließen sich auch durch die nächsten den liberalen Anschauungen entsprechenderen Maßregeln nicht mehr verwischen, zumal letztere der Stetigkeit und des übereinstimmenden Charakters entbehrten. Von den Personalernennungen, welche sonst als ein erstes Anzeichen einer in ihrer Eigenart noch nicht feststehenden Regierung begrüßt zu werden pflegen, waren mehrere ein entschiedenes Zugeständnis an die Liberalen, andere aber erweckten wieder unter denselben Befürchtungen und aus den Namen der neuen Minister wußte man bei der verschiedenen Denkweise der einzelnen Männer auf das Motiv Friedrich Wilhelms keine Rückschlüsse zu ziehen. Alsdann wurde die Zensur gemildert, so daß größere Druckschriften vom Umfang eines Buches ohne vorherige Beanstandung erscheinen konnten. Während die Provinzialstände bisher nur nach freiem Ermessen der Krone zusammengetreten waren, gewährte ihnen der König nunmehr das Recht regelmäßig alle zwei Jahre zu tagen. Die Sitzungsprotokolle wurden jetzt nicht mehr geheim gehalten, durften aber in preußischen Zeitungen nur ohne Angabe der Redner veröffentlicht werden. Endlich erschien am 21. Juni 1842 die Verordnung über die ständischen Ausschüsse, welche aus den Provinziallandtagen gewählt wurden und auch für die Zeit, wo letztere nicht versammelt waren, die Möglichkeit schufen, an öffentliche Angelegenheiten mitzuwirken. Diese Ausschüsse waren zugleich als der Anfang eines allgemeinen preußischen Parlamentes gedacht und traten das erste Mal gemeinschaftlich 1842 in Berlin zusammen. Vor allem berufen, bei ihrer Vereinigung die zwischen den einzelnen Provinziallandtagen vorkommenden Mei-

nungsverschiedenheiten auszugleichen, sollten sie gegebenenfalls auch Vorlagen beraten, welche die Krone nicht vorher den einzelnen Landtagen unterbreitet hatte.

Die Erfahrung lehrte, daß wenn solche Zugeständnisse auch nicht die Wünsche der Liberalen befriedigten, sie doch eine größere Beteiligung des Publikums an staatlichen Dingen ermöglichten. Obgleich die Verfassung und Zusammensetzung der Provinziallandtage dieselben nicht gerade zur Vertretung liberaler Anschauungen geschickt machte, so erwachte doch ein Interesse weiter gebildeter Kreise für diese Verhandlungen und das bildete wieder für die Führer der einzelnen Landtage einen Ansporn, auch ohne sofortige gesetzgeberische Erfolge und selbst unter ungünstigen Stimmenverhältnissen die Zusammenkünfte zur Geltendmachung ihrer Ansprüche und Reformideen zu benutzen. Dadurch traten die Beratungen allmählich auch sachlich aus ihrem Rahmen heraus. Die provinziellen Sonderfragen verschwanden an Bedeutung hinter den allgemeinen politischen Sorgen, welche das ganze Land betrafen, und es wuchs die Neigung der gleichgesinnten Teilnehmer verschiedener Provinziallandtage, sich privatim über das zur Verfolgung des gemeinsamen Zieles geeignete Vorgehen zu verständigen. Indes in den Augen der Zeitgenossen und selbst der gemäßigten Liberalen bewies das gar nichts für die Zweckmäßigkeit der von der Regierung eingeführten bescheidenen Neuerungen. Vielmehr fühlte sich die Opposition, welche das Fortschreiten auf dem ihr unbehaglichen Wege des weiteren Ausbaues der Provinzialverfassung hindern wollte, veranlaßt, gerade das Halbe und Unbefriedigende in den jüngsten Gesetzen zu betonen, und riß durch die Energie ihres Auftretens die allgemeine Stimmung mit sich fort. Mehr und mehr erschienen dieser die Provinzialstände nicht als notdürftiger Ersatz, sondern als beabsichtigte Verkümmerung eines den Gesamtstaat wie eine Klammer umspannenden Parlamentes. An den nach Berlin berufenen Ausschüssen wurde getadelt, daß hier durch ihre Zusammensetzung der verhaßte Ständeunterschied festgehalten und namentlich das Bürgertum zu einer ohnmächtigen Minderheit gestempelt wurde. Die Meinungsverschiedenheiten, welche aus solchem Boden empor-

sprossen, gestalteten die Erörterungen auf den Provinziallandtagen in steigendem Maße unerquicklich.

Mitten in diese immer mehr um sich fressende Unzufriedenheit, für die meisten Preußen als völlige Überraschung wirkend, fiel das königliche Patent vom 3. Februar 1847. Durch dasselbe wurden die Mitglieder der acht Provinziallandtage zu einer gemeinsamen Beratung für den 11. April nach Berlin berufen. Der Wortlaut der Verordnung ließ keinen Zweifel, daß Friedrich Wilhelm IV. in diesem vereinigten Landtag diejenige preußische Gesamtvertretung erblickte, welche sein Vater 1820 für die damals außerhalb der augenblicklichen Bedürfnisse liegenden Fragen im Auge behalten und auf welche er zeitlebens nicht ausdrücklich verzichtet hatte. An dieser Empfindung wurde auch dadurch nichts geändert, daß gleichzeitig der Fürst für den vereinigten Landtag noch einige weitere Befugnisse und Berechtigungen gewährte, daß er fortan die schon bisher bestehenden vereinigten Ausschüsse periodisch berufen wollte und für das Staatsschuldenwesen die Mitwirkung durch eine neu gebildete ständische Deputation in Aussicht nahm.

Friedrich Wilhelm IV. betrachtete sein Februarpatent als einen wesentlichen Fortschritt auf dem von ihm schon vor sieben Jahren in Königsberg verheißenen Wege, das durch seinen Vater begonnene Werk der provinzial- und kreisständischen Verfassung „einer für das geliebte Vaterland und für jeden Landesteil immer ersprießlicheren Entwicklung entgegenzuführen." Die Wahl desselben 3. Februar, an welchem vor vierunddreißig Jahren der Aufruf „Zur Bildung freiwilliger Jägerkorps" die Befreiungskriege eingeleitet und stürmische Begeisterung geweckt hatte, deutete darauf hin, daß der König von seiner Verordnung ebenfalls einen freudigen Widerhall in den Herzen der Preußen erwartete und diesen Widerhall durch die Anknüpfung an die Erinnerung eines unvergeßlichen Datums verstärken wollte. Jedoch die Enttäuschung folgte solcher Zuversicht fast auf dem Fuße. Der Vorbehalt der Berufung eines gesamtpreußischen Landtags für den Fall, daß die Steuern zur Deckung der Staatsbedürfnisse nicht ausreichten oder eine Anleihe nötig wurde, hatte selbst in den Zeiten, wo fast jeder Glaube an die

baldige Verwirklichung dieſer Zuſage abhanden gekommen war, einen ſchwachen Hoffnungsanker der Verfaſſungsfreunde gebildet und derſelbe war auch nicht verloren worden, als die Staatsregierung gefliſſentlich die Gefahr der Erfüllung ihres Verſprechens von 1820 hinauszuſchieben wußte und als Hanſemann nachwies, wie die Notwendigkeit, neue Schulden zu machen, ſich umgehen ließ. Jetzt verbreitete ſich die Auffaſſung, daß auch der gegenwärtige Herrſcher und ſeine Ratgeber dasjenige taten, was man ſeinem Vorgänger nicht gerade vorgeworfen, wodurch man aber durch ihn doch ſtark abgeſtoßen worden, nämlich gegebenen Verſprechen einen Sinn beizulegen, der als eine Umdeutung früherer Worte angeſchaut wurde. Dieſer vereinigte Landtag deckte ſich nämlich in keiner Weiſe mit den früheren Vorſtellungen eines künftigen preußiſchen Parlaments. Die dem vereinigten Landtage beigemeſſenen Rechte waren ſehr dürftig im Vergleich mit den Anſprüchen der Liberalen. Die Klaſſenunterſchiede ſchienen eher verſchärft als gemildert. Denn während die Provinzialſtände doch wenigſtens zu gemeinſamen Beratungen zuſammentraten, waren für den vereinigten Landtag außer Finanzfragen getrennte Verhandlungen in der Herrenkurie und in der aus Abgeordneten der Ritterſchaft, der Städte und der Landgemeinden gebildeten Dreiſtändekurie vorgeſehen.

Mochte dieſer Tadel, welchen das Februarpatent in weiten Kreiſen erfuhr, berechtigter oder weniger berechtigt ſein, ſo gewann jedenfalls der erſte vereinigte Landtag von 1847 eine große Bedeutung ſowohl für die Entwicklung Preußens als auch für diejenige mancher hervorragender Parlamentarier. Bis dahin war Berlin im weſentlichen nur das Stelldichein des Adels aus der Mark und den an die Mark angrenzenden ſächſiſchen, ſchleſiſchen und pommeriſchen Landſtrichen geweſen, die entlegeneren Provinzen hatten dagegen mit der Hauptſtadt wenig Fühlung beſeſſen. Infolgedeſſen war Berlin wohl der Sitz der höchſten Regierungsbehörden, nicht aber der Brennpunkt der verſchiedenen geiſtigen und Kulturintereſſen des Landes geweſen und das hatte ſowohl auf den Charakter der Berliner Geſellſchaft als auch der provinzialen Anſchauungen zurückgewirkt. Für den eingeborenen Berliner gab es

kaum mehr Berührungsflächen mit dem Rheinpreußen und Westfalen wie mit dem Hannoveraner oder Thüringer und die noch im ersten Aufschwunge befindlichen neuen Verkehrsmittel erstreckten die Lebensbedürfnisse selten in die weite Ferne hinaus. Durch den vereinigten Landtag kamen zum ersten Male aus allen Teilen des Staates Vertrauenspersonen zusammen, fanden auch in der Berliner Gesellschaft Eingang und führten dieser neue Anregungen und Interessen zu. Hierdurch gewann Berlin zunehmend die Bedeutung, der große Austauschmarkt zwischen den Gedanken der verschiedenen Provinzialbevölkerungen zu werden und bildete ein neues Bindemittel für den gesamten Staat mit den auseinandergerissenen Gebieten, die unter sich bisher nur durch das gleiche Herrschergeschlecht und die übereinstimmende Behördenorganisation verknüpft gewesen waren. Die Berliner selbst aber traten den mannigfachen Fragen, welche die Rheinländer und Ostpreußen bewegten, durch die vermehrte Gelegenheit zum mündlichen Meinungsaustausch verständnisvoller gegenüber.

Aber auch für die Teilnehmer selbst stiftete der vereinigte Landtag wertvollen Nutzen. Im ersten Unmut hatten die mit dem königlichen Februarerlaß unzufriedenen Kreise die neu berufene Versammlung als eine aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgte örtliche Vereinigung von acht sonst getrennt tagenden Parlamenten betrachtet und getadelt, daß nicht eine neue Einrichtung geschaffen, sondern eine alte überlebte künstlich galvanisiert worden wäre. Tatsächlich sproß aber aus dem vereinigten Landtage ein viel frischeres Gedeihen, als es die Schwarzseher erwartet hatten. Schon dadurch, daß in Berlin Personen miteinander verhandelten, welche bisher in ziemlicher Abgeschlossenheit vom Mittelpunkte des Staates gewirkt hatten, welche aber teils in jugendlicher Begeisterung die Tagesfragen erfaßt, teils in langer unermüdlicher Arbeit eine ungewöhnliche Energie und Tatkraft sich errungen hatten, erhielt der vereinigte Landtag in den Augen des gemeinen Mannes ein Ansehen, welches den Provinzialversammlungen niemals beschieden sein konnte. Wie eine Überraschung wirkte auf weite Kreise die Erkenntnis, was für Kräfte idealen Strebens und persönlicher

Tüchtigkeit bisher in den einzelnen Landesteilen und Berufsschichten geschlummert hatten und welch' ein mächtiger Strom durch den Zusammenfluß der bisher verborgenen Bachläufe entstand. Mit dieser achtunggebietenden Stellung des Landtags nach außen stand die innere Zunahme der auf demselben tätigen Männer in naher Wechselwirkung. Eine Reihe hervorragender Politiker in den verschiedenen Teilen des Staates hatten längst das Bedürfnis gehabt, miteinander in engeren Verkehr zu treten, schon um angesichts von Fragen, welche gleichzeitig mehrere Provinziallandtage beschäftigten, eine übereinstimmende Haltung zu beobachten und eine größere Wucht zu erzielen. Aber dieser Verkehr war doch nur ein gelegentlicher, bisweilen mißtrauisch überwachter gewesen und hatte sich immer nur auf wenige Beteiligte beschränkt und in zahlreiche nebeneinander bestehende Beziehungen aufgelöst. Auf dem vereinigten Landtag hingegen verbanden sich die bisher getrennten kleineren Ringe zu größeren und außerdem hingen die Gruppenbildungen weniger von zufälligen persönlichen Begegnungen als von sachlich übereinstimmenden Ansichten der Teilnehmer ab. Überdies ließ die letzteren die durch Wochen fortgesetzte Erörterung über die zur gemeinsamen Beratung unterbreiteten Fragen sehr viel inniger zusammenwachsen und voneinander neue Gesichtspunkte davontragen als die früheren nur gelegentlichen und flüchtigen Begegnungen. Gerade die geistig regsamsten, mit offenem Auge für die Wohlfahrt des Volkes begabtesten Führer ernteten aus solcher Zusammenarbeit die Früchte einer Erweiterung ihres Gesichtskreises und einer Klärung ihrer Anschauungen durch gegenseitige Aussprache.

Die unmittelbaren praktischen Ergebnisse des vereinigten Landtags waren sehr viel geringer als diese nicht meßbaren Einflüsse auf die Zukunft. Die Anschauung, daß der vereinigte Landtag nicht die in den Befreiungskriegen verheißene und 1820 abermals versprochene Volksvertretung sei, hatte bereits unmittelbar nach dem königlichen Erlaß Erwägungen gezeitigt, ob man überhaupt am 11. April nach Berlin gehen solle. Schließlich waren allerdings die wenigsten ferngeblieben, aber die meisten, welche gekommen waren, hatte der Entschluß geleitet, desto energischer auf

dem Landtage selbst ihre Stimme gegen den vom König eingenommenen Standpunkt zu erheben. Als Friedrich Wilhelm IV. am festgesetzten Tage die Versammlung mit einer glänzenden Rede eröffnete, goß er nur Öl ins Feuer. Die unerwartete Feindseligkeit, welcher sein Februarerlaß begegnet, hatte ihn mit einem gewissen Trotz erfüllt. Der Fürst war auch fernerhin entschlossen, die beabsichtigte Bahn weiterzuwandeln und nach dem von ihm zu beurteilenden Barometerstand der politischen Reife des Volkes dessen Vertreter in immer größerem Umfange zu den Staatsangelegenheiten heranzuziehen. Die Voraussetzung aber bildete für ihn die dankbare Anerkennung seiner Ziele und, wo er diese nicht wahrnahm, die scharfe Zurechtweisung eines sich gegen seine väterliche Erziehungsmethode aufbäumenden Freiheitsgelüstes. So handelte der König dem Grundsatze, milde im äußeren Auftreten und entschieden in den springenden Punkten zu sein, schnurstracks entgegen. Während er vermehrte Zugeständnisse in weiter Ferne als Lohn für ein gutes Wohlverhalten zeigte und dadurch die Gemüter weit mehr aufreizte als besänftigte, ereiferte er sich im Hauptteil seiner Ausführungen darüber, daß er sich keine Vorschriften machen lasse und grundsätzlich seine Rechte wahre.

Die Folge der Thronrede war nur eine Hervorkehrung des prinzipiell entgegengesetzten Standpunktes seitens der liberalen Mehrheit des Landtags. Diese war der Meinung, sie wolle nicht immer weiter von Gnade und Vertrauen leben, sondern endlich ihr Recht, und verwahrte sich in einer Adresse, welche ihre von der königlichen Auslegung abweichende Deutung der Versprechen von 1815 und 1820 mit großer Entschiedenheit betonte. Friedrich Wilhelm war jetzt bereit, alle vier Jahre einen vereinigten Landtag zu berufen, beging aber zum zweiten Male den Fehler der Thronrede und verdarb die Wirkung seiner Nachgiebigkeit durch den schulmeisternden Ton der neuen Erklärung.

Unter diesen Reibungen litt natürlich auch die sachliche Behandlung der dem vereinigten Landtag zugemessenen Vorlagen. Zwei wichtige Regierungsanträge, „die Aufnahme eines Darlehns zur Ausführung der preußischen Ostbahn“ und die „Übernahme

der Garantie des Staates für die zur Ablösung der Reallasten von bäuerlichen Grundstücken zu errichtenden Rentenbanken" fielen unter den Tisch, weil die Mehrheit einem ihrer Meinung hierfür allein zuständigen Parlament nicht vorgreifen wollte. Es erweckte einen tiefen Eindruck, daß gerade die Vertreter von Ostpreußen, für welches der Bau der wichtigen Verkehrsstraße eine Lebensfrage war, mit größter Entschiedenheit für die Ablehnung eintraten und Hansemann faßte diesen Eindruck in die Worte zusammen: „Eine so große Gesinnung belebt in mir das Vertrauen, daß der preußische Staat eine große Zukunft habe." Als am 25. Juni der Landtag die Mitglieder der Staatsschuldendeputation und der ständischen Ausschüsse wählen sollte, verweigerten achtundfünfzig Abgeordnete die Abstimmung und ungefähr die dreifache Anzahl machte ausdrücklich gewisse Vorbehalte.

Mitten in diese zum Teil sehr erhitzten Wortgefechte des vereinigten Landtags trat nun Bismarck ein und er bekundete sofort seine eigene Meinung. Von den Vorteilen, welche die Berliner Gesellschaft und viele Mitglieder des vereinigten Landtags davontrugen, kamen für Bismarck die wenigsten in Betracht. Für einen Menschen, welcher schon so viel gelernt und gesehen, verschwand die für viele Kreise bildende Bedeutung des Zusammenarbeitens bis dahin meilenweit getrennter Männer. Bismarck hatte nicht nur die entlegene Rheinprovinz, sondern auch England und Frankreich bereist und nicht bloß mit dem Auge des flüchtigen Wanderers, sondern in lebhaftem Verkehr mit kundigen Führern kennen gelernt. Einen großen Teil der neuen Gesichtspunkte, welche damals in Berlin Eingang fanden, hatte sich ferner Bismarck, soweit dies mit seiner Natur vereinbar war, längst selbständig erarbeitet. Der Zauber also, welchen viele hervorragende Abgeordnete bei der Anknüpfung persönlicher Bekanntschaft in ihrer eigenen Entwicklung verspürten, fiel bei Bismarck hinweg. Dadurch steigerte derselbe die ihm an sich natürliche Neigung, die Verhandlungen des vereinigten Landtags unabhängig von ihren Begleiterscheinungen nur nach ihrer praktischen Tragweite zu würdigen.

Von den meisten Kollegen unterschied sich überdies Bismarck

durch seinen bisherigen Wirkungskreis und die hiermit gegebene Voraussetzung für die Beurteilung von Menschen und Dingen. Auch er war wie viele andere ein Gegner des jetzigen einseitigen Beamtenregiments, mit dieser Verneinung war aber auch in der Hauptsache die Gemeinsamkeit erschöpft. Unter den Spitzen des Landtags befanden sich manche, die schon an den Befreiungskriegen teilgenommen, viele, die sie wenigstens schon in reiferem Alter miterlebt hatten. Aus dieser Zeit holten solche Männer, wie z. B. Saucken-Tarputschen, Auerswald, Brünneck ihre Ideale und Empfindungen, sie waren zum großen Teil Gefühlspolitiker, sie wollten den „geheiligten Boden jener nationalen Erinnerungen" nicht unter den Füßen verlieren, wobei natürlich die Abgrenzung dieses „geheiligten Bodens" nicht verstandesmäßig zu ziehen war. Andere, wie z. B. die Rheinländer Hansemann, Camphausen, Mevissen, Beckerath, der Pommer Schwerin, Vincke aus Westfalen hatten bereits eine längere oder kürzere Tätigkeit hinter sich; einige von diesen hatten sich im Geschäftsleben, einige in den Verhandlungen der Provinziallandtage geschult, alle aber hatten daraus nicht nur bestimmte Anschauungen über den Geist der damaligen Staatsregierung gewonnen, sondern zugleich sich in eine bestimmte Richtung ihrer eigenen politischen Wirksamkeit eingelebt. Sie kamen deshalb zwar nicht gerade mit vorgefaßter Meinung, immerhin aber doch bereits mit Maßstäben, die sie aus früheren Erfahrungen entlehnten, 1847 nach Berlin. Bismarck stand demgemäß den Vorgängen und Aufgaben des Landtags sehr viel freier und unbefangener gegenüber als die meisten ihm an Alter und Erlebnissen überlegenen Genossen. Gewohnt, den ihm begegnenden Fragen auf den Grund zu gehen und durch kurzes Nachdenken augenblicklich herauszufinden, um was es sich eigentlich handelte, wurde er schon durch diese Eigenschaften zu einer von der damals üblichen Regel abweichenden und nüchterneren Ansicht hingeleitet. Indes noch gefördert wurde diese Fähigkeit dadurch, daß Bismarcks Auftreten nicht schon durch die Überlieferung einer eigenen öffentlichen Laufbahn gebannt wurde.

Bismarck faßte in einem Briefe an die Braut seine Eindrücke

zusammen: „Auf dem Landtage ärgere ich mich täglich." Ein anderes Mal klagte er seiner Johanna, daß im größten Teile der Verhandlungen, „so pomphaft man sich anstellen mag, leeres Stroh gedroschen werde". Das Gefühl, daß in den Parlamenten viele Phrasen gemacht würden, hat ihn nicht mehr verlassen und kehrte damals auch seine persönliche Spitze gegen einzelne Häupter des vereinigten Landtags. Bismarck kritisierte aber mit solchen Worten vielmehr die Wirkungen von Ursachen als die letzteren selbst. Phrasen machten für ihn die Vincke und Hansemann nicht deshalb, weil sie mit nichtigem Wortschwall über die geringsten Kleinigkeiten geredet oder weil sie Schlagwörter, ohne sich dabei etwas zu denken, hinausgeschleudert hätten, sondern weil sie nach Bismarcks Meinung von einem falschen Punkte ausgingen und dadurch über den Wert und Unwert der Einzelheiten irrige Schlußfolgerungen zogen.

Für eine Reihe von Gründen, mit welchen die Liberalen operierten, hatte Bismarck von vornherein methodisch kein Verständnis. Ihm lag der Gedanke ganz fern, die Frage des formalen Rechtes zum Angelpunkt aller Entscheidungen zu machen. Das war für ihn im wesentlichen dasselbe, was ihm das nach den Buchstaben der Gesetze und Verordnungen geregelte Verfahren der ihm widerwärtig gewordenen Bureaukratie gewesen war, nämlich eine Verkümmerung der Bedürfnisse und Bedingungen des praktischen Lebens durch willkürliche, seiner Natur nicht Rechnung tragende Eingriffe. Über die Freiheitskriege hatte sich Bismarck seine Meinung gebildet, deren Wurzeln in eine frühe Jugendzeit zurückreichten. Die älteren Mitglieder der Versammlung erinnerten sich daran, daß ein großer Teil ihrer vor dreißig Jahren gehegten Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen, und sie glaubten dadurch auf eine nachträgliche Verwirklichung hinzuarbeiten, wenn sie die gescheiterte Zuversicht auf ein freiheitlich regiertes Vaterland betonten, mit welcher sie einst ausgezogen waren. Bismarck hatte sich schon als Schüler dagegen gesträubt, daß in solcher unklaren Weise Stimmungen, die sich nicht einmal aller Zusammenhänge bewußt geworden, verallgemeinert und unabhängig von ihrer dauernden praktischen Tragweite durch Erziehung des heranwachsenden Geschlechts verewigt werden sollten;

er wollte nur die aus dem Gesamtverlauf der preußischen Geschichte, nicht aber die aus vorübergehenden Anlässen maßgebend gewesenen Motive der Volkserhebung von 1813 als für das Handeln der jetzigen Generation entscheidend anerkennen. Noch weniger billigte Bismarck die Nutzanwendung außerdeutscher Beispiele für die Nachahmung im preußischen Staate. In den folgenden Jahren hat besonders Rudolf Gneist wissenschaftlich die Erkenntnis herausgearbeitet, daß die heutigen britischen Zustände auf jahrhundertealtem Unterbau ruhen, daß auf dieser Grundlage eine finanziell unabhängig gestellte Volksklasse dem Staate ihre Dienste gewidmet und sich durch Familienüberlieferung an die Mitarbeit für öffentliche Angelegenheiten und an das Verständnis für dieselbe gewöhnt hat, daß endlich im siebzehnten Jahrhundert durch die Schwäche der Krone der Sturz der Stuarts und die an konstitutionelle Bedingungen geknüpfte Berufung Wilhelms von Oranien herbeigeführt wurde. Damals aber, wo diese Zusammenhänge den Politikern noch nicht geläufig waren und wo namentlich aus Deutschland selbst noch nicht die heutige Summe praktischer Erfahrungen vorlag, gehörte das Schwärmen für die englische Freiheit und das Schielen nach der Macht des englischen Parlaments zu dem Hauptzugsmittel der Liberalen und Männer wie Macaulay wurden trotz ihrer teilweise recht oberflächlichen Urteile über nicht englische Angelegenheiten in den auf die Einrichtungen des Inselreichs neidischen Kreisen Deutschlands als wahre Volksmänner gefeiert. Bismarck bedurfte nicht erst der Nachhilfe von Gelehrten, um in dieser Übertragung fremder Keime auf einen für dieselben nicht vorbereiteten Boden eine Vergewaltigung der Tatsachen und eine Hintansetzung derjenigen Kräfte zu erkennen, welche den preußischen Staat und seine Grundfesten geschaffen hatten. Sein geschichtlicher Sinn wie seine Kenntnis der englischen Vergangenheit und Gegenwart schützten Bismarck vor einem solchen Mißverständnisse. Bismarck wäre bereit gewesen, nach englischem Muster, aber unter genauer Berücksichtigung der einheimischen Verhältnisse, die Selbstverwaltung weiter auszubilden; aber die Krone sollte aus der ihr geschichtlich gebührenden Rolle nicht hinausgedrängt werden.

Alle Reden, welche aus diesen von Bismarck grundsätzlich verabscheuten Quellen entsprangen, fielen für ihn von vornherein unter den Begriff der Phrasen. Es kamen noch eine Reihe Nebenumstände dazu, um ein ähnliches Urteil Bismarcks auch gegenüber anderen Ausführungen zu befestigen. Bismarck war bei weitem nicht das einzige Mitglied des Landtags, welches sich nicht in das Joch einer Parteischablone beugen ließ, sondern unabhängig von der Aufnahme der Zuhörer nur seine eigene selbsterrungene Überzeugung verteidigte. Aber wenn die Versammlung von 1847 noch nicht die Erscheinung ihrer Nachfolger aufwies, daß die öffentlichen Sitzungen wesentlich durch die Verabredungen der Gruppen beherrscht werden und deren Sprecher nicht bloß ihre eigenen Gründe, sondern auch diejenigen ihrer Parteifreunde vortragen, so beruht es doch im Wesen des sich niemals auf die offiziellen Verhandlungen beschränkenden parlamentarischen Verkehrs, daß die Redner neben den von Haus aus mitgebrachten Meinungen und Motiven auch die bewußt oder zufällig aufgefangenen fremden geltend machen und zu einem nicht immer völlig glücklichen Gesamtbild vereinigen. Auch war es manchen und nicht den schlechtesten Abgeordneten weniger um die verstandesmäßige Darlegung als um die sittliche Wirkung ihres gesamten Auftretens zu tun und darunter konnten die für die letztere minder wichtigen Einzelheiten leicht zurückgesetzt werden. Bismarck forderte aber gerade unnachsichtlich, daß jede einzelne Redewendung schlagend und genau die innersten Gedankengänge wiedergebe; es kam ihm nicht darauf an, den Strom der Worte zu unterbrechen, ungehörig lange Pausen zu machen, ja, sogar einen schon begonnenen Satz nochmals anzufangen, wenn nur schillernde Ausdrücke, unter denen sich die Zuhörer nichts vorstellen konnten, vermieden wurden. Erst recht aber konnte sich Bismarck, welcher nicht einmal das Klavierspielen vom Blatt oder gar das Vierhändigspielen wegen der dadurch verursachten Gebundenheit des Spielers hören wollte, mit dem Umstande befreunden, daß oft genug ein Redner von Vorbereitungen und Erwägungen abhing, die nicht aus eigenen inneren Bedürfnissen entstammten, sondern aus gemeinsamen Be-

sprechungen hervorgingen, und daß er dadurch an Klarheit und Wucht einbüßte.

Als Minister und Reichskanzler hat Bismarck über diese ihm unangenehmen Außenseiten des Parlamentarismus nicht anders gedacht wie 1847. Was die letzteren ihm aber damals besonders widerwärtig machte, war neben der Neuheit des Unbehagens, gegen das er sich noch nicht abgestumpft hatte, die Tatsache, daß er als Abgeordneter viel mehr in den Fesseln des Systems lag. Als Regierungsvertreter konnte Bismarck später nach Belieben außer der Reihe sprechen, er konnte einer seine Gefühle verletzenden Bemerkung sofort entgegnen, ohne den Ärger vorher still hinunterschlucken zu müssen, er brauchte sich nicht ängstlich an die Tagesordnung zu binden. Das einfache Mitglied mußte warten, bis es vom Präsidenten aufgerufen wurde, und oft genug wurde ihm durch den Schluß der Debatte oder durch die vorherige Rede eines Gleichgesinnten, der ihm seine besten Ausführungen vom Munde vorwegnahm, überhaupt das Wort abgeschnitten. „Gewöhnlich", so schilderte Bismarck der Braut seine Gefühle, „sind zwanzig, dreißig Leute vor mir notiert, die dann mit den ungewaschensten Wiederholungen und Deklamationen die Zuhörer dergestalt langweilen, daß beim fünfzehnten oder sechzehnten stürmisch der Schluß der Sache und die Abstimmung verlangt wird, und dann stimmt die Majorität, jedesmal ohne auf irgend einen der gesagten Gründe zu achten, wider Recht und Vernunft. Oder ich komme dazu wie heut, daß ich aufgerufen werde, wenn eben Bodelschwingh genau das gesagt hat, was ich sagen wollte, und viel besser, als ich es sagen konnte." Bisweilen beschlichen ihn ähnliche Empfindungen wie seinerzeit in Aachen und Potsdam; er dachte vorübergehend daran, die Flinte ins Korn zu werfen und unerwidert, aber auch teilnahmslos den Strom der Rede über sich ergehen zu lassen, eine Gleichgültigkeit, aus der ihn allerdings immer wieder rasch die eigene Überzeugung und die Einrede der Freunde aufweckte, daß er in Berlin doch persönlich etwas anderes bedeutete wie der Referendar einer Regierung. Erhöht wurde sein Mißmut über die Langeweile der Verhandlungen noch dadurch,

daß er durch dieselben von der Braut zurückgehalten wurde und sich gerade damals um deren Gesundheitszustand ängstigte. Indes verhinderte ihn das Bewußtsein, daß es gegebenenfalls gerade auf seine Stimme ankommen konnte, und die Aussicht, daß er doch ab und zu sich vor dem Rednerpult auszusprechen vermochte, seinem Drange zu folgen und nach Reinfeld zu eilen. Je näher aber der Landtag seinem Schlusse entgegenschritt, desto größer ward Bismarcks Ungeduld. Eben in den letzten Zeiten waren eine Reihe Entscheidungen zu fällen, auf welche man gespannt sein mußte, welche unter Umständen dem König die Auflösung des Parlaments nahelegen konnten, und auch abgesehen davon war der Zeitpunkt, wann dasselbe sein Ende erreichte, ungewiß; desto besorgter und schärfer beobachtete Bismarck täglich die Anhaltspunkte, um die Wahrscheinlichkeit der baldigen Befreiung aus dem Einerlei der Verhandlungen und der raschen Wiedervereinigung mit der Braut zu messen.

Alle diese Stimmungen und Empfindungen bildeten den Hintergrund von Bismarcks Auftreten während des vereinigten Landtags. Aber sie haben vielmehr dazu gedient, Bismarck auf dasjenige, was ihm die Hauptsache war, hinzulenken, als ihn zu zerstreuen. Scharf und kantig meißelte Bismarck aus den auf der Werkstatt zerstreut herumliegenden Bausteinen die ihm am wichtigsten dünkende Aufgabe heraus. Man hat seine Annäherung an den christlichen Adelskreis, man hat namentlich auch die Tatsache, daß Leopold von Gerlach die Anlage zu Bismarcks erster Rede entworfen, als Beweis dafür betrachtet, daß Bismarck damals mehr als sonst bestimmten fremden Einwirkungen sich hingegeben hätte; aber er war in der Tat auch zu jener Zeit durchaus er selbst. Ja, noch mehr, er war sich sogar dessen bewußt, daß ihn nicht nur von den Liberalen, sondern auch von der äußersten Rechten eine tiefe Kluft trennte. Er sprach seiner Braut gegenüber von „Durchgehen und ungeschickten Seitensprüngen der sogenannten Hofpartei und der sonstigen Ultrakonservativen" und rechnete es zu seinen wichtigsten Erfolgen, daß er „auf eine große Anzahl oder doch einige Abgeordnete" dieser Richtung „einigen Einfluß"

gewonnen hätte, und daß er gerade seinen scharfen Auftritten mit den Liberalen die Möglichkeit verdanke, die Gegenseite unumwundener und ohne Verdacht zu erregen von einer Überspannung ihrer Forderungen zurückzuhalten. Was Bismarck 1847 vor allem als konservativ erscheinen ließ, war, daß angesichts der augenblicklich im Vordergrund stehenden Tagesfragen seine Meinungsverschiedenheiten mit den Abgeordneten der Rechten nicht derart in Betracht kamen wie diejenigen mit den Liberalen.

Bismarck glaubte schon längst, daß der Liberalismus die politischen Faktoren danach beurteilte, wie sie sich zu seinen Forderungen stellten und wie weit sie die Aussicht auf deren Erfüllung erhöhten oder verminderten, nicht wie sie eigentlich beschaffen und geworden waren oder noch werden konnten. Infolgedessen ging nach Bismarcks Meinung dem Liberalismus die Fähigkeit verloren, welche er für das wertvollste Erfordernis eines Staatsmannes hielt: Personen und Ereignissen unbefangen auf den Grund zu schauen und dadurch eigene Vorurteile auf Schritt und Tritt zu verbessern. In der zunehmenden Entwöhnung von dieser unumgänglichen Voraussetzung jedes gesunden politischen Lebens fürchtete Bismarck ein Herabgleiten des Staatsschiffes in falsche Bahnen und namentlich auch eine Gefährdung durch Klippen, welche bei einer genauen Kenntnis und Berücksichtigung des Fahrwassers hätten vermieden werden können. Nun beging allerdings Friedrich Wilhelm IV. mit der Aufstellung seiner verschiedenen Pläne dieselben methodischen Fehler wie die Opposition des vereinigten Landtags. Aber teils blickte Bismarck nicht hinter die Türen des königlichen Kabinetts, während ihm die Fehler und Unvollkommenheiten der Liberalen täglich und leibhaftig vor Augen traten, teils war die Krone durch die Macht der Überlieferung an eine bestimmte Marschroute gebunden, während die Liberalen sich ihre Ziele und Wege freier nach eigenem Ermessen bahnen konnten. Die Liberalen, so glaubte Bismarck, würden bei der Weiterverfolgung ihrer Absichten wenn nicht zur Revolution doch zu einer das innere Wesen des Staates tief verletzenden Umgestaltung Preußens geführt, die Krone dagegen, auch wenn sie in dem einen oder anderen Punkte dem

Strome der Zeit entgegenschwimme, doch durch die Gewalt der Tatsachen in die Bahn eines gemäßigten Fortschritts zurückgeleitet werden.

Vor allem aber vergegenwärtigte sich Bismarck, daß nach seiner ganzen Geschichte Preußens Entwicklung nur auf einem starken Königtum fußen könne. Die Hohenzollern hatten durch ihre persönliche Tüchtigkeit den Staat zu dem gemacht, was er war, unter allen Faktoren waren sie derjenige, welcher am meisten an der naturgemäßen Fortführung des Baues interessiert war, ihre größten Fürsten waren von ihrem Pflichtbewußtsein, diesen Interessen nachzukommen, durchdrungen gewesen und auch beim gegenwärtigen Träger der Krone hatte niemand das Recht, an seinem guten Willen zu zweifeln. Wer deshalb die Wurzeln der königlichen Gewalt beschädigte, untergrub nach Bismarcks Meinung zugleich den aus diesen Wurzeln entsprossenen Baum des preußischen Staates. Bismarck betrachtete es als eine Täuschung und Selbstüberschätzung, wenn Politiker wähnten, solche Wurzeln durch ein künstliches Gestell eigener Ideen und aus der Fremde bezogener Surrogate ersetzen zu können. Alle übrigen Fragen, welche zur Erörterung standen, traten gegenüber diesem wichtigsten Hauptpunkte völlig zurück. Einen Teil der nebensächlichen Forderungen des Liberalismus begrüßte an sich auch Bismarck freudig, er war nicht eben ängstlich, in untergeordneten Punkten die Macht des Königtums zu beschränken, wenn dieses nur nach wie vor durch seinen Willen dem Staate seinen persönlichen Gesamtcharakter verleihen konnte. Zunächst und in erster Linie sollte aber der Kampf entschieden werden, ob der König den nötigen Spielraum zur Geltendmachung seines geschichtlich berechtigten Einflusses behaupte oder verliere, und der Aussicht auf den Erfolg in diesem Kampfe ordnete Bismarck die Behandlung der anderen Beratungsgegenstände unter.

Bismarck gelangte auf solche Weise vielfach zu ganz abweichenden Anschauungen von der Mehrheit des Landtags. Er hat 1847 über die verschiedensten Dinge, über die staatliche Garantie der Staatsrentenbanken, über die Tragweite der Vertreibung der Stuarts aus

England, über die Bedeutung der Bewegung von 1813, über die Auslegung der königlichen Erlasse von 1820 und vom 3. Februar 1847, über die periodische Berufung der Landtage gesprochen, alle diese Ausführungen durchzieht aber als roter Faden der eine Gedanke, daß der Krone an Ansehen und Autorität nichts vergeben werden dürfe. Ja, auch wenn er aus praktischen Gründen zufällig mit den Liberalen in der Verwerfung von Regierungsvorlagen einig war, hielt er es für besonders nötig, zu betonen, daß er nicht aus den von den Liberalen geltend gemachten verfassungsmäßigen Bedenken, sondern trotz ihrer Nichtberechtigung mit der Mehrheit stimme. Denn das Gefühl, daß er in jeder Beziehung seinen Grundsätzen treu bleibe, sollte dem Gedächtnis der Versammlung nicht verloren gehen.

Die Idee, welche im Gegensatz zu den gehegten Wünschen nach einer festen Abgrenzung der Kron- und Volksrechte Friedrich Wilhelm IV. bei Eröffnung des vereinigten Landtags aussprach, es niemals zu dulden, „daß sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen" war an sich Bismarck kaum aus der Seele gesprochen. Es liegen von ihm zwar bis jetzt gleichzeitige Äußerungen nicht vor, aber nach seinen mündlichen und schriftlichen Aussprüchen, die wenig später erfolgten, ist kein Grund anzunehmen, warum er 1847 eine vom König feierlich gegebene und beschworene Verfassungsurkunde hätte verabscheuen sollen. Aber da bis jetzt der König die uneingeschränkte Gewalt besaß, so konnte eine Abänderung nur entweder mit dessen freiem Willen oder durch eine Revolution herbeigeführt werden. Im letzteren Falle war eine für die Achtung des Herrscherhauses schädliche Einbuße selbst beim günstigsten Verlaufe nicht zu vermeiden, im ersteren dagegen konnte bei besonnener Erfassung der augenblicklichen Bedürfnisse auch unter veränderten Formen die alte Stellung des königlichen Einflusses behauptet, ja sogar durch Entlastung von einer Reihe Verantwortungen, die jetzt der Regierung aufgebürdet wurden,

eher noch gefestigt werden. Bismarck mußte also danach streben, der Krone die Wege zur freiwilligen Erweiterung der Volksrechte zu ebnen, gleichzeitig aber betonen, daß nur der Krone der Anfangsschritt auf dieser Bahn gebührte.

Bei derartigen Anschauungen war ihm natürlich vor allem der Gedanke, daß der jetzige vereinigte Landtag nicht als die von Friedrich Wilhelm III. verheißene Volksvertretung zu gelten habe, unwillkommen. Zu den bemerkenswertesten Reden Bismarcks auf dem vereinigten Landtage gehörte die über den königlichen Februarerlaß am 1. Juni. Die Petitionen um die Abänderung der ständischen Gesetzgebung, welche auf die Regierung einen Druck ausüben und den Rückzug vom eingenommenen Standpunkt erzwingen wollten, führten seit dem 30. Mai zu mehrtägigen heißen Debatten, von deren Verlauf die Entscheidung des von Bismarck als Hauptfrage angesehenen Kampfes um die Herrschaft der Krone oder des Parlamentswillens abhing. Die angesehensten Führer der Mehrheit, Schwerin, Vincke, Hansemann, Camphausen, Saucken-Tarputschen verlangten aus Rechts- und Billigkeitsgründen die Berücksichtigung von Forderungen, für die einige von ihnen schon lange die besten Kräfte ihres Könnens eingesetzt hatten; sie nahmen ihr persönliches Gefühl, sie nahmen die seit mehreren Jahrzehnten allenthalben eingebürgerten Anschauungen zu Hilfe, um hervorzuheben, daß die vom König gewährten Zugeständnisse in keiner Weise hinreichten. Vincke hatte mit einem Antrag, welcher zuletzt allerdings mit 260 gegen 247 Stimmen abgelehnt wurde, zum Ausdruck bringen wollen, daß die Versammlung von Friedrich Wilhelm IV. nicht die Verleihung eines noch nicht bestehenden, sondern die Anerkennung eines schon alten Rechtes beanspruche, und seine Rede mit dem berühmten Satze geschlossen: „Recht muß doch Recht bleiben." Wenn derartige und ähnliche Ausführungen unwidersprochen ins Land gingen oder gar die Regierung zurückwich, so erschütterte dies das Ansehen des Königs. Mit Entschiedenheit wendete sich deshalb Bismarck gegen eine solche Auffassung. Im Gegensatz zu den allermeisten Rednern legte er die Verordnungen Friedrich Wilhelms III. als einseitige Willens-

erklärungen der Krone aus, welche allein Rechenschaft über den Inhalt derselben ablegen könne; er betrachtete deshalb die Erörterungen über den Inhalt der Verordnungen des verstorbenen Königs durch den Februarerlaß für geschlossen und die Zusage von 1820 für erfüllt. Aber noch mehr: der vereinigte Landtag sollte nicht nur der Krone nicht gegen deren Willen Entschlüsse aufzudrängen suchen, sondern auch den Anschein vermeiden, als ob es seine Absicht sei. Der Monarch selbst und der Minister von Bodelschwingh hatten die Versammlung, falls sie unzufrieden sei oder sich verletzt fühlte, auf den Weg einer Bitte an den König verwiesen. Eine solche Eingabe stand also dem Landtage ohne die Gefahr einer Weitläufigkeit und einer Bloßstellung der Krone frei. Indes sogar dieses Mittel, welches immerhin noch dem Fürsten eine Nachgiebigkeit zumutete, wollte Bismarck nur für die Stunde der Gefahr aufgespart wissen. Die Sache hatte aber seiner Meinung nach Zeit bis zum zweiten Landtag, dessen Zusammentritt durch eine königliche Zusage auch ohne besondere gesetzliche Gründe spätestens in vier Jahren gesichert war.

Die von Bismarck selbst als „etwas heftig" bezeichnete Rede trug ihm den Namen des Vinckensängers ein; sie veranlaßte zunächst eine Reihe Berichtigungen und persönlicher Bemerkungen und brachte ihm seitens der konservativen Abgeordneten Beifall, während die Gegner noch folgenden Tages in der Kundgabe ihrer Mißstimmung fortfuhren.

Wenn Bismarck schon wider den Versuch, den König gegen sein Vorhaben zu einem ihm nicht genehmen Schritt durch allzu stürmische Bitten und Verwahrungen zu drängen, seine ganze Kraft einsetzte, so mißbilligte er es erst recht, wenn die Liberalen die Krone durch Verweigerung von Gesetzen und Hilfsmitteln, welche für das Staatsinteresse durchaus nötig waren, in eine Zwangslage bringen wollten. Eine solche Taktik schien Bismarck schon revolutionärer Natur und nicht mehr mit Gründen, sondern mit Gewalt zu bekämpfen. Er sprach seiner Braut die Hoffnung aus, daß Friedrich Wilhelm bei ernstlicher Verlegenheit sich zu einem mannhaften Entschlusse aufraffen und den Landtag nach Hause schicken möge. Aber

es gewährte ihm wohl Befriedigung, daß es zu keiner derartigen Kraftprobe zwischen Fürst und Liberalen kam.

Denn obgleich Bismarck seine Reden nicht durch halbe Zugeständnisse an die Liberalen abschwächte, so ließ er doch zwischen den Zeilen durchschimmern, daß er, sobald das Ansehen der Krone nicht Schaden litt, sehr wohl für eine maßvolle Erfüllung der liberalen Wünsche war. Die Aufzählung der Anzeichen, welche für ein schrittweises Entgegenkommen des Königs zur Erweiterung der Landtagsbefugnisse sprachen, war ebensosehr wie zur Beschwichtigung der Liberalen auch zur Ermunterung der Krone, auf dem Wege freiwilliger Zugeständnisse fortzufahren, bestimmt. „Lassen wir wenigstens das Gras dieses Sommers über die Patente vom 3. Februar wachsen — wir haben vielen Grund zum Vertrauen in die Absichten Sr. Majestät — ich frage, ob dem Auslande gegenüber der Bau unserer Verfassung nicht fester dasteht, ob das Gefühl der Befriedigung auf allen Seiten im Inlande nicht ein höheres sein wird, wenn uns ein solcher Fortbau der Verfassung durch die Initiative der Krone gegeben, als wenn er von uns begehrt wird" — alles das waren Wendungen, von welchen sich Bismarck auch auf das Gemüt Friedrich Wilhelms IV. eine Wirkung versprach, zumal er mittelbar zugleich die Gefahr andeutete, daß, wenn der Herrscher nicht durch kluges Anpassen an die nun einmal bestehende Lage und deren Anforderungen das Spiel in der Hand behielt, die Wellen möglicherweise über seinem Kopfe zusammenschlugen. Schon diese Erwägung, daß der Fürst jetzt von sich aus zu Verbesserungen des Staatswesens schreiten konnte, später aber sich vielleicht Veränderungen gefallen lassen mußte, die keine Verbesserungen waren, mindestens aber Vorteile mit schweren Einbußen erkauften, bildete für Bismarck einen Grund, den Bogen sachlich keinesfalls zu überspannen. Wir wissen heute sowohl aus den Denkwürdigkeiten des Generaladjutanten Leopold von Gerlach als auch aus den Tagebüchern seines Bruders Ludwig, daß in diesen Kreisen noch ganz andere Erwägungen Platz griffen und Männer, die sonst als konservativ galten, für Schwächlinge angesehen wurden, daß diese Kreise namentlich aus Widerspruch gegen die liberalen Rechtsbeweise auf

Gesetze des vorigen Jahrhunderts zurückgreifen wollten, die zwar nicht ausdrücklich aufgehoben worden waren, aber längst nur noch ein Scheinleben in den Verordnungsblättern führten. Ein Politiker, der tunlichst viel von den bestehenden Grundsätzen retten oder gar längst abgestorbene Überreste künstlich zu einem neuen Dasein zurückrufen wollte, hätte es angesichts der vorhandenen Machtmittel der Krone ruhig auf ein Hazardspiel ankommen lassen können, ob ihr diejenigen Außenwerke, welche er aus solchen Gründen zu verteidigen wünschte, verloren gehen würden oder nicht; im Gegenteil, je schärfer er die Regierung auch nur gegen die bescheidensten Anforderungen des Landtags wappnete, desto sicherer durfte er darauf rechnen, daß dieselbe der äußersten Rechten in die Arme getrieben wurde Indessen Bismarck, der sonst die Dinge nicht bloß vom vorübergehenden, sondern vom dauernden Nützlichkeitsstandpunkt zu beurteilen wußte und der doch um der Mühe willen kaum einen ihm lohnend erschienenen Kampf verschmäht haben würde, redete auch 1847 keinen Augenblick solchen Erwägungen das Wort. Sein Augenmerk war eben auch in dieser Hinsicht nicht auf das Stärkeverhältnis der Parteigruppen, sondern auf die bleibende Führung der vaterländischen Geschicke durch die Krone gerichtet.

Leider besitzen wir für Bismarcks Tätigkeit auf dem Landtage nur nach einer Seite eine halbwegs erschöpfende Quelle. Wir wissen, was er in den Sitzungen geredet hat, und seine gelegentlichen Briefäußerungen oder auch Bemerkungen fremder Personen erläutern noch diesen Teil seines parlamentarischen Wirkens. Aber mit solchem offenen Auftreten war seine Zeit durchaus nicht ausgefüllt, vielmehr, je heimischer er in der Versammlung wurde, desto geringer wurde im Vergleich zu seiner sonstigen Tätigkeit dieses Spiel auf der Bühne. So wenig Bismarck der Mann war, sich aus Privatzusammenkünften die Gesichtspunkte seiner Reden und Abstimmungen zu holen, so versäumte er diese Einrichtungen doch nicht als ein Mittel zur verstärkten Geltendmachung seiner Ansichten. Die politischen Abendversammlungen, welche sich oft in den verschiedenen Klubs bis über Mitternacht ausdehnten, bildeten nicht nur wegen der späten Stunde, sondern wegen des wichtigen

politischen Inhalts oft den angreifendsten Teil seiner parlamentarischen Arbeit. Man darf annehmen, daß bei diesen Zusammenkünften im Englischen Hause und im Hotel de Rome manches Turnier mit den ihm sonst näherstehenden Abgeordneten und den Kreisen hinter den Kulissen ausgefochten wurde, welches bei offenem Austrag Bismarcks Bild in den Augen der Zeitgenossen und namentlich der Kollegen wesentlich umgewandelt hätte.

Am 26. Juni 1847 endete der vereinigte Landtag mit einer Schlußrede, die ganz dem Charakter von Friedrich Wilhelms bisherigen Meinungsäußerungen entsprach. Auch jetzt waren wieder in seiner alten Art Zurechtweisungen mit Entgegenkommen verquickt, auch jetzt wieder erstere mit einer wohl über die bewußte innere Gesinnung des Königs hinausgehenden Herbheit der äußeren Form, letzteres dagegen, um nicht den Wert der Zurechtweisung als einer Erziehungsmaßregel abzuschwächen, nur in dunkle und dehnbare Redewendungen gekleidet. Bezeichnenderweise hatte der Fürst nicht einmal das unumschränkt zugestanden, was selbst Bismarck auf der Tribüne als notwendiges Attribut des Verfassungslebens bezeichnet hatte. Bismarck hatte anerkannt, nur ein in regelmäßigen Zwischenräumen sich immer wieder versammelndes Parlament könne an öffentlichen Angelegenheiten gedeihlich mitwirken, Friedrich Wilhelm IV. aber hatte im jetzigen Moment wohl den Zusammentritt des nächsten Landtags nach vier Jahren, nicht aber die fortgesetzte Wiederholung der Zusammenkünfte bewilligen wollen.

Indes trotz dieses augenblicklichen Auseinandergehens erhielt Bismarck die Genugtuung, daß der König die Empfindung hegte, wie sehr ihn der junge Herr von Schönhausen seinen inneren Wünschen nach verstanden hatte. Als Bismarck bald nach dem Schlusse des vereinigten Landtags heiratete und mit seiner jungen Frau in Venedig weilte, wurde er vom König sofort bemerkt, zur Audienz befohlen und auch zur Tafel gezogen; hierbei wurde zwischen beiden eine lebhafte Unterhaltung, auch über die Politik gepflegt. Der unerwartete und gnädige Empfang überraschte Bismarck um so freudiger, als ihn der König während des vereinigten Landtags nicht angesprochen hatte. Auch im Winter 1847 auf 1848

blieb Friedrich Wilhelm mit Bismarck in wohlwollendem Verkehr und ließ ihn wiederholt zu kleinen Diners einladen.

Obgleich ein aktenmäßiger Beweis nicht zu führen ist, darf man doch als sicher annehmen, daß den König schon damals der Gedanke beschäftigte, bei passender Gelegenheit Bismarck für den Vollzug wichtigerer Aufträge zu verwenden. Wie immer man sich zu Bismarck politisch stellte, so hatten doch seine glänzenden Fähigkeiten und sein bestimmtes Auftreten nachhaltigen Eindruck gemacht. Freilich hatte Friedrich Wilhelm IV. kaum das Bedürfnis gefühlt, sich die inneren Anschauungen Bismarcks zu vergegenwärtigen. Er wollte ihn als brauchbares Werkzeug benutzen, wie er deren so viele in seinen Dienst gestellt hatte, ohne nach einer tieferen Übereinstimmung zu fragen. Ist er doch selbst, als sich manche Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Männern offenbart hatten, nicht von der Idee, Bismarck einen Platz in seinem System anzuweisen, zurückgekommen und hat Einwürfe mit der Antwort beschwichtigt, er werde mit Bismarck schon fertig werden.

Bereits in den nächsten Monaten zeigte es sich, daß Bismarck mit den Plänen des Königs keineswegs einverstanden war. Dieser hatte die Berufung des ersten vereinigten Landtags von vornherein mit der Lösung der deutschen Frage verknüpft und dadurch zwei Sachen in einer durchaus unnatürlichen Weise aneinandergeschmiedet. Der Versuch, durch allmähliche Gewöhnung des preußischen Volkes an die staatliche Mitarbeit die öffentliche Meinung für Friedrich Wilhelms deutsche Pläne zu gewinnen, war durchaus mißlungen. Schärfer als vorher standen sich seit Frühjahr 1847 Konservative und Liberale gegenüber und der vereinigte Landtag war in seinem Verlaufe und Ergebnisse eine Niederlage der Regierung. Allerdings hatte der König nur die Wiederkehr des vereinigten Landtags nach vier Jahren und damit einige Anwartschaft auf die periodische regelmäßige Einberufung gewährt, aber andererseits hatten die Abgeordneten wichtige Vorlagen abgelehnt und es galt als wahrscheinlich, daß auf dem nächsten vereinigten Landtag die jetzigen Gegner viel schroffer aufeinanderstoßen, die Radikalen hierbei die Oberhand gewinnen und die Krone vor die

Wahl eines Bruches mit dem Parlament oder eines ihr Ansehen bloßstellenden Zugeständnisses bisher hartnäckig versagter Ansprüche gestellt werden würden. Um dieser Gefahr vorzubeugen, erachtete Josef von Radowitz eine volkstümliche deutsche Politik des Königs für den passendsten Ausweg, zumal eine solche energisch durchgeführt nach der Meinung von Radowitz am ehesten das erschütterte Ansehen der Regierung wiederherstellen konnte. In seiner ausführlichen Denkschrift vom 20. November 1847 erörterte Radowitz die Schäden der jetzigen deutschen Bundesverfassung und die geeignetsten Wege einer Abhilfe. Der König billigte die Ideen seines Ratgebers: dieser selbst reiste Anfang März nach Wien, um im Auftrage des Herrschers zunächst Österreichs Zustimmung zur Umgestaltung des Deutschen Bundes zu erreichen.

Inzwischen überstürzten sich die Ereignisse. In Paris war am 24. Februar die Revolution ausgebrochen, eine demokratische Regierung eingesetzt worden und diese Vorgänge hatten mit der Gewalt eines Unwetters auf Deutschland zurückgewirkt. Ähnlich wie die Parteihäupter der verschiedenen preußischen Provinziallandtage untereinander Fühlung genommen, um allmählich ein preußisches Zentralparlament zu erzielen, so war das auch in den letzten Jahren zwischen den Abgeordneten verschiedener deutscher Bundesstaaten geschehen und mehr und mehr der Zweck hervorgetreten, sowohl formell eine gewählte Volksvertretung neben dem Bundestage zu erlangen als auch sachlich eine freiheitlichere, den Wünschen der Liberalen angemessenere Entwicklung Deutschlands zu verbürgen. Jetzt kamen am 5. März in Heidelberg etwa fünfzig hervorragende Politiker zusammen, verlangten schleunige Berufung eines deutschen Parlaments in Frankfurt und vereinbarten zunächst ein Vorparlament, bestehend aus den Mitgliedern aller deutschen Ständeversammlungen und sonstigen Vertrauenspersonen. Der Bundestag, welcher bei der allgemeinen Strömung völlig das Steuer verlor, wagte nicht zu widerstehen. In Wien aber brach durch eine unblutige lärmende Volkskundgebung das Metternichsche Regiment zusammen und eine allgemeine Kopflosigkeit in den oberen Kreisen Österreichs war die Folge. Diese waren nicht Herren im eigenen

Hauſe, geſchweige denn fähig, um in der Fremde Menſchen und Ereigniſſe nach ihrem Willen zu lenken.

Friedrich Wilhelm IV. fühlte die Wichtigkeit des Augenblicks. Dieſer ſchien eine unwiederbringliche Gelegenheit, um die Pläne zur Reife zu bringen, welche der König ſeit Jahren gehegt hatte. Aber tatſächlich waren die Pläne viel zu verwickelt, um leicht ſchwierigen und raſch wechſelnden Lagen ſich anzupaſſen, und außerdem war der Fürſt nicht der Mann, welcher mit ſicherer Hand und feſter Entſchloſſenheit die Dinge ſo nahm, wie ſie waren und wurden, und dadurch die erſte und unentbehrlichſte Vorausſetzung für die Verwirklichung ſeines Willens ſchuf. Infolgedeſſen entſtand für die Außenwelt der Eindruck des ungewiſſen und unſteten Taſtens, ſelbſt wenn die Berechnung und ein beſtimmter Gedanke, mehr als die Leute glauben mochten, die Maßregeln des Königs beherrſchte, und dieſer ſelbſt wurde in höherem Grade, als dies ſeine an ſich ſo komplizierten Beſtrebungen vertrugen, den ſchwankenden Eindrücken plötzlicher Nachrichten und Ereigniſſe unterworfen.

Noch unbeeinflußt durch die Volksbewegung und frei nach ſeinen inneren Geſinnungen handelte Friedrich Wilhelm, als er am 6. März den vereinigten Provinzialausſchüſſen ankündigte, er habe ſich zur Annahme eines der wichtigſten Anliegen des vorjährigen Landtags entſchieden und wolle nicht nur deſſen Nachfolger 1851, ſondern überhaupt alle vier Jahre einen vereinigten Landtag berufen. Aber einmal kam dieſes Zugeſtändnis zu ſpät, um die ſchon mächtig angewachſene Gärung zu beruhigen, noch wäre es groß genug geweſen, um dem König diejenige Volkstümlichkeit einzutragen, deren er zur Löſung der deutſchen Frage bedurfte. Friedrich Wilhelm mußte ſich alſo zu weiterem Entgegenkommen an die Verfaſſungswünſche der Liberalen bequemen. Erleichtert wurde ihm dasſelbe dadurch, daß es in dieſem Augenblicke noch als ein freiwilliges Geſchenk der Krone dem Volke dargebracht erſchien und daß namentlich der Miniſter von Bodelſchwingh, der aus dem Pflichtgefühl des preußiſchen Beamten heraus bisher eine ihm perſönlich nicht genehme Politik ſeines Herrn vertreten hatte, unter den obwaltenden Umſtänden aus Gründen der öffent-

lichen Ordnung die Notwendigkeit, eine Verfassung zu geben, betonte. Am 12. März wurde die baldige Einberufung des vereinigten Landtags beschlossen, um eine den Zeitansprüchen gerechtere Verfassung zu beraten. Indes durch zwei Störungen verdarb der König die von Bodelschwingh gewünschte beschwichtigende Wirkung. Erstens schob er die Entwicklung der Dinge zu lange hinaus, wo auf schnelles Handeln und überraschenden Eindruck alles ankam, und zweitens wollte er gerade wegen der Größe seines Entschlusses den Schein wahren, als ob von seinem persönlichen Ermessen die Gewährung oder Versagung der Volksrechte abhänge, und noch immer seine Nachgiebigkeit in der von ihm früher beliebten Stufenfolge eines langsamen, allmählichen Überleitens verbergen. Statt eines von Bodelschwingh gewünschten Aufrufs an das Volk, der mit einem Schlage und mit tunlichster Beschleunigung eine beschränkte Monarchie als künftig herrschende Staatsform angekündigt hätte, erschien also noch dazu nach dem Verlust mehrerer kostbarer Tage am 14. März eine Verordnung, welche den vereinigten Landtag erst für den 27. April einberief und mit keinem Worte die demselben angesonnene einschneidende Verfassungsänderung erwähnte. Die Wirkung dieses Erlasses, welcher künstlich die Übereinstimmung des Königs mit den Wünschen des Volkes verschleierte und demselben eine zurückhaltende Ansicht der Regierung vorspiegelte, blieb nicht aus und war eine dem Bodelschwinghschen Vorhaben völlig entgegengesetzte. Am 15. März begann in Berlin der Barrikadenbau, und die Macht der Revolution wuchs, als den nächsten Tag der Sturz Metternichs mit seinen Begleiterscheinungen bekannt wurde. Friedrich Wilhelm IV. sah ein, daß er jetzt, zumal er durch die nunmehrige Ohnmacht Österreichs allein und selbständig die deutsche Frage anzufassen hatte, weiter nachgeben mußte. Er entschloß sich, wiederum auf Bodelschwinghs Rat, in Verbindung mit einem Ministerwechsel zu einer Abänderung des jüngsten Erlasses. In der Nacht zum 18. März wurde ein neues Patent entworfen, welches den Landtag schon für den 2. April zusammenrief und ihm zugleich die Beratung einer neuen preußischen Staatsver-

faſſung zuwies, da die geplante Bundesrepräſentation aus den Ständen aller deutſchen Staaten in den letzteren Volksvertretungen erheiſchte. Aber zur Verhinderung des Aufruhrs war es zu ſpät. Die Kopfloſigkeit im Schloſſe bewirkte am 19. März den Rückzug der gegen die Barrikadenkämpfer tags zuvor ſiegreich geweſenen Truppen aus Berlin, und nachdem ſich der König dem Schutze der Berliner Bürgerwehr anvertraut, erließ er am 21. März ſeine berühmte Proklamation, welche zeigte, wie ſehr er in den Phantaſien über die Geſtaltung Deutſchlands ſich gerade beim Zuſammenbruche des alten Preußens berauſcht hatte. „Rettung aus unſeren Gefahren kann nur aus der innigſten Vereinigung der deutſchen Fürſten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute dieſe Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht ſcheut, wird mich nicht verlaſſen und Deutſchland wird ſich mir mit Vertrauen anſchließen. Ich habe heute die alten deutſchen Fahnen angenommen und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutſchen Reiches geſtellt. Preußen geht fortan in Deutſchland auf.“ Gleichzeitig vollzog der König, angetan mit der ſchwarz-rot-goldenen Binde, begleitet von den gleichermaßen geſchmückten Miniſtern und Generälen einen feierlichen Umritt durch die Straßen und hielt wiederholt mit erhobenen Schwurfingern Anſprachen an die Volksmenge über die bevorſtehende neue Zeit.

Sybel fügt in ſeiner „Begründung des Deutſchen Reiches“ der Schilderung der Märzereigniſſe ſein Urteil hinzu: „Viele Männer altpreußiſchen Sinnes fanden dieſen Aufzug mehr würdelos als ergreifend. Jedenfalls aber mußte man nach ihm ein raſches und tatkräftiges Vorgehen des Königs erwarten.“ Nachdem Friedrich Wilhelm IV. ſchon unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Wiener Vorgänge die deutſchen Regierungen aufgefordert hatte, zur Beſprechung der deutſchen Frage Vertreter nach Berlin zu ſenden, bezeichnet Sybel als die nächſten Maßregeln: „eine Aufforderung an den Bundestag, ſofort die Wahlen zum Parlamente auf einen möglichſt nahen Termin auszuſchreiben, Aufforderung an die Regierungen, ihre Vertreter bei dem Ver-

ſaſſungswerke zu bezeichnen, eine Erklärung, ſelbſt zur Eröffnung des Parlaments zu erſcheinen und verantwortliche Miniſter zu beſtellen." „Es hätte," ſo fährt Sybel fort, „nicht an Geſchrei der Demokraten, nicht an Murren der Höfe gefehlt; aber wer will ermeſſen, wie weit das entſchloſſene Auftreten einer mächtigen und in ſich klaren Perſönlichkeit bei der damaligen allgemeinen Unſicherheit und Auflöſung hätte führen mögen? Wohl wäre es ein Bruch des alten Bundesrechts geweſen, aber ein ſolcher, der eine Revolution nicht begonnen, ſondern geſchloſſen hätte."

Der Geſchichtsſchreiber hat den 1848 und 1849 fehlgeſchlagenen Verſuch, ein einiges Reich zu ſchaffen, zwar nicht als Mithandelnder, aber doch als gleichgeſinnter Freund vieler an jenen Bemühungen aktiv beteiligter Freunde erlebt; wenn er alſo die Hauptſchuld des Königs in die Zeit unmittelbar nach dem 21. März verlegt, ſo klingt in einem ſolchen Urteil die wehmütige Erinnerung an das damalige Scheitern der deutſch-nationalen Hoffnungen nach.

Die Anſicht Bismarcks von den Märzereigniſſen des Jahres 1848 iſt das ſchnurgerade Gegenteil der Meinung, welche der Verfaſſer der „Begründung des Deutſchen Reichs" geäußert hat. Während letzterer bedauert hat, daß durch eine Verkettung von unglücklichen Umſtänden das deutſche Volk zu ſeiner Einigung zwei Jahrzehnte länger gebraucht hat und ſo viele Geiſtesarbeit und ſchwungvolle Hingabe hervorragender Männer ohne die Freude des Gelingens verſchwendet werden mußte, hat ſich Bismarck damals und ſpäter in ſeiner Kritik nur an die vorhandenen ſachlichen Bedingungen der Tagespolitik von 1848 gehalten. Dieſem Urſprung entſtammte der Ausſpruch: „Die nationale deutſche Idee hat Friedrich Wilhelm IV. in den Grund geſtürzt."

Allerdings hat Bismarck gleichſam einſchränkend bereits in der erſten Sitzung des zweiten vereinigten Landtags geſagt: „Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeſchlagen iſt, ein einiges deutſches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur geſetzmäßig geordneten Zuſtand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen ſein, wo ich dem Urheber der neuen Ord-

nung der Dinge meinen Dank sagen kann." Aber er deutete dabei zugleich an, daß er wenig Hoffnung auf den Erfolg einer derartigen Bemühung besäße.

Obgleich Bismarck schon von Jugend auf die Wiedervereinigung Deutschlands ersehnt hatte, so hinderte ihn sein stark ausgeprägter Wirklichkeitssinn, sich mit den damaligen Plänen der Aufrichtung eines neuen Reiches zu befreunden. Die aus der Geschichte hervorgehenden Bedürfnisse des preußischen Staates und seines Königtums, welche für Bismarck die gegebene Grundlage seiner praktischen politischen Ziele bildeten, erforderten seiner Meinung nach zunächst nach innen ein mächtiges Königtum, dessen Träger in die Fußstapfen ihrer Vorgänger traten und so durch Übereinstimmung von Willen und Können die beste Bürgschaft für das Gedeihen des Landes gewährten. Nach außen hin erheischten dieselben nach Bismarcks Ansicht eine genügsame, aber in diesen Grenzen entschlossene Politik. Noch im Jahre 1866, als die Verhältnisse für die Begründung des einigen Deutschlands ungleich günstiger standen und Preußen die Friedensbedingungen diktieren konnte, hat Bismarck den Grundsatz aufgestellt: „Unser politisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands in irgend einer Form." Wenn er sogar noch am Ende eines siegreichen Feldzuges nicht auf einen bestimmten, genau durchgeführten Plan der politischen Gestaltung, sondern nur auf die Tatsache der unbestrittenen Vorherrschaft Preußens in Norddeutschland Gewicht legte, so war Bismarck erst recht zu einer Zeit, wo die Entwicklung sich noch durchaus im Flusse befand und ihr Ende unübersehbar war, der Gedanke fremd, sich auf eine oder wenige, die politische Bewegungsfreiheit Preußens in unnötige Fesseln schlagende „Formen" dieser Vorherrschaft festnageln zu lassen. Auch unterschied er 1848 noch schärfer als zwei Jahrzehnte später zwischen den Interessen Preußens nördlich und südlich der Mainlinie. Bei der Ausdehnung Preußens von Memel bis fast an die Maas konnte in Norddeutschland keine politische Frage auftauchen, ohne daß nicht wenigstens die Möglichkeit einer Verquickung mit wichtigen Lebensbedürfnissen des

preußischen Staates bestand. Dabei lag wegen der geographischen Zerrissenheit des Königreichs die Gefahr nahe, daß einmal Preußen aus eigener Kraft sich nicht nach seinen Wünschen geltend machen konnte, falls das übrige Norddeutschland zur anderen Partei hielt. Deshalb mußte das letztere in eine solche Abhängigkeit von Preußen gebracht werden, daß der König jeden Augenblick sicher war, hinter sich das geschlossene Norddeutschland zu wissen. Für den Süden erachtete Bismarck solche zwingende Lebensbedürfnisse des preußischen Staates nicht als gegeben. Er verschloß sich nicht den Wünschen, auch den Süden in einen innigeren Zusammenhang mit dem Norden zu bringen, aber diese Wünsche verdichteten sich noch weniger als seine Ideen über die Beziehung zwischen Preußen und dem anderen Norddeutschland zu einer festen Gestalt, ja sie bildeten nach Bismarck, weil ihre Erfüllung nicht durch das unmittelbare Machtinteresse Preußens geboten war, überhaupt für die den nächsten Zielen nachgehende praktische Politik keine Aufgabe. Bismarck glaubte diese Wünsche um so eher aus dem Kreise der gegenwärtigen Ansprüche Preußens ausschalten zu dürfen, weil Preußen schon mit dem Norden genug zu tun hatte. Im Süden hätte es nur Pflichten übernommen, deren Leistung weit mehr den dortigen Staaten als Preußen zugute gekommen wäre. Es war also nach Bismarcks Ansicht eher der Süden auf Preußen angewiesen als Preußen auf den Süden. Bismarck erachtete es für ein Gebot praktischer Staatsklugheit, den andern Teil an sich herankommen zu lassen und hiernach die aus den Interessen der preußischen Überlieferungen entspringende Bedingungen zu stellen, nicht aber umgekehrt sich an den anderen Teil aus Ungeduld heranzudrängen oder gar Opfer zu bringen, welche auf eine Schädigung Preußens hinausliefen.

Einem solchen Gesichtskreis, welcher vor allem die nüchternen preußischen Staatsbedürfnisse in den Vordergrund stellte, widersprach das Verhalten des Königs sowohl nach den Zielen wie nach den Mitteln. Die Proklamation vom 18. März ließ kaum den Schluß zu, daß sich Friedrich Wilhelm und seine Ratgeber schon hinreichend klar waren, wie ohne gegenseitige Störungen

der künftige deutsche Bundesstaat und Preußen nebeneinander für ihre Sonderinteressen sorgen konnten; doch ging aus dem Schriftstück hervor, daß seine Verfasser, um die deutsche Frage zu lösen, bereit waren, wichtige Stücke der preußischen Vergangenheit wenn nicht abzutragen so doch abzuschwächen und daß sie außerdem die Freiheit Preußens, seine Bedürfnisse als Großmacht zu befriedigen, in einer diesem unerträglichen Weise einengten. Für den Wegfall der preußischen Heeresverfassung mit ihren großen Überlieferungen war es ein kümmerlicher Ersatz, daß die deutsche Armee unter dem Bundesbanner dem Heere der Freiheitskriege nachgebildet werden sollte; denn diese neue Armee war von anderen Faktoren abhängig als denjenigen, die einst die Preußen in die siegreichen Schlachten geführt hatten, und außerdem mußten sich die neuen Verbände erst die ruhmreichen Erinnerungen der alten erkämpfen. Preußen selbst aber hätte, falls es nicht überhaupt, wie einzelne Politiker wollten und wie am 21. März der König selbst verkündigte, in Deutschland ganz aufgehen, mithin als selbständiger eigener Staat aufhören sollte, mit der Unterwerfung unter ein Bundesgericht, das sogar Streitigkeiten zwischen den Fürsten und ihren Volksvertretungen entschied, sich also in die inneren Angelegenheiten einmischte, und dem Verzicht auf das eigene Heer, auf welchem seine Stärke beruhte, seine gesamte Großmachtstellung preisgegeben.

Tiefer aber noch als diese Erörterungen über die Dinge, in welchen sich wohl selbst die Urheber noch kein abschließendes Urteil gebildet hatten, bewegten Bismarck die begleitenden Nebenumstände. Sei es, daß letztere ursächlich oder nur nach dem zufälligen gleichzeitigen Zusammentreffen an Friedrich Wilhelms Idee der Lösung der deutschen Frage hafteten, bedeuteten sie in Bismarcks Augen eine Herabwürdigung derjenigen Faktoren, welche Preußen groß gemacht hatten, namentlich eine Selbstverstümmelung der Krone. Noch vor wenigen Monaten hatte er als Abgeordneter von der Tribüne fast ängstlich das Ansehen des Königs zu wahren gesucht; mit bewußter Schärfe war er allen Bestrebungen entgegengetreten, welche halbwegs geeignet

waren, in den Augen des Volkes der königlichen Würde zu schaden, und hatte das selbst dann getan, wenn er an sich einen berechtigten Kern in diesen Bestrebungen entdeckt hatte; die Vorsicht, mit welcher er Meinungsverschiedenheiten mit der Krone verhüllt hatte, war von seinem entschlossenen Auftreten nach der anderen Seite seltsam abgestochen. Die Anschauung, daß der Herrscher in seinem Machtbereich und Nimbus erhalten werden müsse, war für Bismarck nicht nur politischer Glaubenssatz, sondern entsprang einem inneren Herzensbedürfnis. Eben dieses Herzensbedürfnis war indessen durch die Märzereignisse auf das tiefste verletzt worden. Zunächst wurde Bismarck durch die erste Kunde der Vorgänge auf das Krankenlager geworfen, rasch aber erkannte er, daß nur entschiedener Wagemut retten konnte, was noch zu retten war. Vor allem schien es Bismarck erforderlich, den König mit neuem Vertrauen zu sich selbst und zur überwiegenden Mehrheit seiner Untertanen zu erfüllen und ihm die verlorene Sicherheit des Auftretens wiederzugeben. In einem persönlichen Briefe versicherte Bismarck dem Herrscher seine unwandelbare Treue. Damit nicht genug, riß er sich von Gattin und Krankenlager los und eilte selbst nach Potsdam, um nichts zu versäumen, was von seiner Seite zur Milderung des Unglücks geschehen konnte. Er weilte vorübergehend mit eigener Lebensgefahr in Berlin. Seine Absicht war, vor allem die Verbindung zwischen Königtum und Heer, welche durch den Rückzug der Truppen aus Berlin verloren gegangen war, wiederherzustellen und zu diesem Zwecke vor allem den König nötigenfalls mit Waffengewalt aus Berlin herauszuholen. Bismarck versuchte, weil der König in Berlin nicht den Befehl zum Handeln erteilen konnte, sich einen solchen vom Prinzen von Preußen zu verschaffen. Da ihm dessen Gemahlin seinen augenblicklichen Aufenthalt nicht verriet, wandte er sich an den ihm durch Vermittlung seines Freundes Roon bekannten Prinzen Friedrich Karl. Aber auch dieser wagte, obwohl persönlich für Bismarcks Idee einer Befreiung des Königs aus seiner jetzigen Lage durchaus eingenommen, schon wegen seines Alters von kaum zwanzig Jahren nicht, eine Gegenrevolution einzuleiten.

Das einzige, was Bismarck erlangte, war eine Empfehlung des Prinzen Karl an seinen königlichen Bruder. So weilte Bismarck vorübergehend mit Gefahr seiner eigenen Sicherheit in Berlin, ohne indes dort irgendwelche Gelegenheit zu persönlicher Betätigung zu finden. Nach seiner Rückkehr besprach er sich in Potsdam mit einigen Generälen über die „Möglichkeit eines selbständigen Handelns". Es wurde erörtert, ob die kommandierenden Generäle in Stettin und Magdeburg zu einem solchen Vorgehen bereit seien. Bismarck ging selbst nach Magdeburg und schickte einen Vertrauten nach Stettin; er mußte unverrichteter Sache wieder abreisen, weil man ihn als Hochverräter festnehmen wollte. Allen diesen Bemühungen brach jedoch Friedrich Wilhelm IV. selbst die Spitze ab. Nachdem derselbe lange geschwankt, ob er die Hauptstadt verlassen oder dort bleiben sollte, war er erstmalig am 25. März nach Potsdam gegangen, um alsbald allein ohne die Königin wieder nach Berlin zurückzukehren. Dort hielt er an die Offiziere eine Ansprache, welche Bismarck mit anhörte und welcher selbst der königstreue Generaladjutant Leopold von Gerlach „einen sehr übelen und schwer zu verlöschenden Eindruck" nachsagte. „Es sind Gerüchte im Umlauf, als ob ich nicht ganz frei in meinen Entschlüssen wäre. Ich bin deshalb herübergekommen, um mit Ihnen mich über etwas anderes auszusprechen. Es sind in Berlin ebenfalls Gerüchte verbreitet, als ob unter den Offizieren eine Diversion beabsichtigt würde. Ich bitte Sie, sich aller Äußerungen zu enthalten, erstens aus Liebe zu mir, zweitens aus Liebe zum Vaterland, drittens um die Kraft nicht zu zerteilen, die wir gegen äußere Gefahren nötig haben möchten.... Nur wenn die Bürger es wünschen, würde ich noch näher erwägen, ob die Truppen zurückkehren..."

Mit dieser Rede, welche von den Offizieren mit nicht mißverständlichem Murren aufgenommen wurde, waren natürlich die Bemühungen Bismarcks, gegen die Revolution zu handeln, beendigt. „Die Krone hatte," wie Bismarck sich ausdrückte, „selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen." Aber Bismarcks Rolle war doch ein für ihn selbst charakteristisches, auch von den übrigen

nicht vergessenes Zwischenspiel der ganzen Vorgänge. Aus seiner schweren Niedergeschlagenheit hatte er sich dadurch aufgerichtet, daß er selbst das Signal eigenmächtigen Vorgehens gegeben und einen fieberhaften Eifer entfaltet hatte. Während die amtlichen Persönlichkeiten des Heeres, des Hofes und der Zivilverwaltung ratlos beiseite standen, hatte er als einfacher Privatmann in den Lauf der Dinge eingegriffen und mit einer ruhigen Entschlossenheit und Überlegenheit, welche allen Beteiligten die größte Achtung einflößte, Schritte eingeleitet, welche zwar schließlich erfolglos geblieben waren, aber wenigstens von Ferne den in Verlegenheit befindlichen Kreisen einen grundsätzlich gangbaren, kühnen und Achtung gebietenden Weg gezeigt hatten. Der Versuch, selbst über den Kopf des jetzigen Herrschers hinweg die bleibenden Interessen der Krone nach eigenem Ermessen wahrzunehmen, steigerte allerdings nach außen die Auffassung, daß Bismarck seinen Ansichten nach auf die äußerste Rechte gehöre, und vermehrte auch persönlich seine Beziehungen zu deren hauptsächlichsten Vertretern. Tatsächlich aber hatte sich offenbart, daß Bismarck in der Stunde der Gefahr seine Entschlossenheit verdoppelt hatte, unabhängig von irgendwelchen Sonderrücksichten nur nach Maßgabe seines persönlichen Pflichtgefühls zu handeln und die seiner Meinung nach wichtigste Frage unter vorläufiger Beiseitestellung von Nebendingen mit klarem Blicke herauszuschälen.

Nachdem sich gezeigt hatte, daß für Bismarck die Tage einer selbständigen dauernden Beeinflussung der preußischen Politik noch nicht gekommen seien, mußte er sich vorerst mit einer bescheideneren Wirksamkeit begnügen. Vor allem lag ihm daran, daß sich an seine Bemühungen in den Augen der Öffentlichkeit keine falschen Vorstellungen knüpften und daß womöglich die Berichtigungen irriger Urteile dazu dienten, auch über die jüngsten Ereignisse und deren Tragweite selbst andere sachliche Anschauungen im Volke zu begründen. Bismarck hatte seine angesehene Stellung als Gutsherr dazu benutzt, um den Bauern von Schönhausen und den umliegenden Dörfern die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus und das Eintreten für dessen gefährdete Interessen zu

predigen. Vorübergehend hatte er ſogar an den Zuzug bewaffneter Landbewohner nach Berlin gedacht. Als er aber ſchon nach ſeinen erſten Eindrücken in Potsdam die Unmöglichkeit eines ſolchen Verfahrens eingeſehen, hatte er die Bauern veranlaßt, mit ihm gemeinſchaftlich eine Deputation nach Potsdam zu ſenden, damit dieſe ſich ſelbſt von der Unzweckmäßigkeit des früher geplanten Abmarſches überzeugen und maßgebenden Perſönlichkeiten die ſichere Königstreue der überwiegenden Mehrheit unter den Bauern vor Augen führen ſollte. Aus dieſen Vorgängen waren falſche Gerüchte über die Vorbereitung eines gegen die ſiegreichen Berliner gerichteten Gegenaufruhrs entſtanden und mit dieſer Vorbereitung war Bismarcks Name, der vom letzten Landtag her in liberalen Kreiſen einen übelen Klang hatte, in Beziehung gebracht worden. Für Bismarck ſelbſt konnte ſich gegenwärtig nichts unangenehmer ereignen, als wenn er in unzutreffender Weiſe wegen Handlungen und Pläne angeſchuldigt und ihm dadurch unter Umſtänden der Boden ſeines praktiſchen Wirkens unter den Füßen hinweggenommen wurde. So wenig Bismarck die Bekanntgabe des wahren Sachverhalts zu ſcheuen brauchte, ſo kam es ihm jetzt vor allem auf die Sammlung aller königstreuen Elemente zur Abwehr weiterer Niederlagen der Krone an und für dieſe Sammlung war es verhängnisvoll, wenn über ihn ſelbſt irrige Nachrichten ſich verbreiteten und vor einem Zuſammengehen mit ihm weite Kreiſe zurückſchreckten. Insbeſondere die Magdeburgiſche Zeitung, das geleſenſte Blatt der Provinz Sachſen, konnte für ſeine Beſtrebungen, in der Nachbarſchaft einen möglichſt großen Anhang zu gewinnen, gefährlich werden. Wiederholt griff Bismarck ſelbſt zur Feder, um durch Eingeſandte gerade unter den ihm politiſch fernerſtehenden Leſern eine richtigere Anſchauung ſeines Standpunktes und ſeiner Ziele zu erwecken.

Wichtiger noch als dieſe Preßtätigkeit war im Augenblicke für Bismarck die Frage, wie er ſelbſt ſich zur neuen preußiſchen Regierung ſtellen ſollte. Bodelſchwingh hatte ſchon ſeit dem 12. März dem König vorgetragen, daß nur ein Miniſterwechſel auf die ehrliche Abſicht einer verfaſſungsmäßigen Regierung würde

schließen lassen und daß dieser eintreten müsse, solange er als eine freiwillige Tat der Krone erscheine. Als aber nach vielem Zögern Friedrich Wilhelm zustimmte, machte es Schwierigkeiten, für Bodelschwingh einen passenden Nachfolger zu finden. Die Wahl des Grafen Arnim-Boitzenburg war unter den obwaltenden Verhältnissen ein Akt der Verlegenheit. Graf Arnim-Boitzenburg war auch, seit er von Aachen zunächst als Regierungspräsident nach Merseburg gekommen und dann Minister des Innern geworden war, der freigesinnte unabhängig denkende Mann geblieben, aber seinen wahren politischen Standpunkt hatte er in der Hauptsache hinter den Kulissen vertreten, die nicht eingeweihte Menge hatte sich ihr Urteil auf Grund unpopulärer Maßregeln gebildet, welche Arnim als Minister gedeckt hatte. Niemand außerhalb der Regierungskreise wußte, daß Arnim 1845 von seinem Amte zurückgetreten war, weil er mit seinen gemäßigteren Auffassungen nicht durchgedrungen, und wenn er auf dem vereinigten Landtag zwischen den Gegensätzen wiederholt erfolgreich vermittelt hatte, so hatte man das weniger auf seine persönliche Gesinnung als auf seinen Wunsch, sich unter allen Umständen irgendwie zur Geltung zu bringen, zurückgeführt. Die Ernennung eines wenn auch mit Unrecht als rückschrittlich verschrieenen Nachfolgers konnte auf das Volk nicht den Eindruck hervorrufen, welchen Bodelschwingh von einem Ministerwechsel erhofft hatte, und namentlich vermochte Arnim nicht diejenigen Personen zum Eintritt in sein Kabinett zu bestimmen, welche diesem einen volkstümlicheren Anstrich gegeben hätten. Noch bevor der zweite vereinigte Landtag zusammentrat, mußte das Ministerium deshalb einem gemäßigt-liberalen weichen, welchem außer dem Vorsitzenden Ludolf Camphausen von den Wortführern des vorjährigen Parlaments der Finanzminister Hansemann, der Kultusminister Graf Schwerin und der Minister des Innern Alfred von Auerswald angehörten. Bismarck fand also diejenigen Männer, welche er vor wenigen Monaten wegen ihres mangelnden Vertrauens zur Krone entschieden bekämpft hatte, nunmehr auf den Bänken der Regierung.

Trotzdem schwankte Bismarck keinen Augenblick in seinem Vorhaben, soweit es irgend mit seiner Überzeugung vereinbar schien, das Ministerium zu unterstützen. Alle Meinungsverschiedenheiten, die ihn von den neuen Männern trennten, verschwanden hinter der Tatsache, daß die gegenwärtige Regierung die einzige war, welche das Land aus der jetzigen Lage wieder einem geordneten und gesetzmäßigen Zustande zuführen konnte. Einen Teil der verlorenen Posten hatte Bismarck ohnehin nur aufrechterhalten, weil der König von ihnen nicht lassen und Bismarck über dessen Kopf hinweg nicht Kronrechte abschaffen wollte, einen anderen Teil würde er gern noch weiter in Kraft gesehen haben, schließlich war derselbe aber nicht wesentlich genug, um die Grundfesten des Staates zu verschieben. Um diese beiden Teile verringerte sich die Unzufriedenheit Bismarcks mit dem Geschehenen von vornherein, aber auch abgesehen davon war an eine Wiederbelebung der alten aufgegebenen Überlieferungen nicht zu denken. So konnte es sich für Bismarck nur darum handeln, die dumpfe Niedergeschlagenheit, welche sich weiter Kreise bemächtigt hatte, die vielfach herrschende Besorgnis vor erneuten Schwierigkeiten und Wirren, welche am sichersten die Widerstandskraft lähmte, zu bannen und auf diese Weise aus den Trümmern des alten Staates einen Neubau erstehen zu lassen, der vielleicht manches zu wünschen übrig ließ, aber wenigstens bald wieder ein wohnliches Obdach gewährte. Die jetzige Regierung bot immerhin die eine Bürgschaft, daß hinter ihren bedeutendsten Mitgliedern ein großer Teil namentlich auch der städtischen Bevölkerung stand und daß jene sicher den guten Willen hatten, das Land vor Erschütterungen zu bewahren. Konnte sich auch dieses Ministerium nicht halten, so ging der Staat neuen gefährlichen Verwicklungen entgegen, denn alsdann hatte auch der gemäßigte und grundsätzlich königstreue Liberalismus sein Unvermögen, der Revolution zu steuern, dargetan.

Mit seiner Stellungnahme zugunsten des jetzigen Ministeriums befriedigte Bismarck keineswegs die Wünsche der äußersten Rechten. Am 26. März hatte Ludwig von Gerlach an verschiedene Freunde

und darunter auch an Bismarck den Entwurf eines Aufrufs geſchickt, „den Landtag vor revolutionärer Gewalt zu ſchützen, die Beratung über die Zukunft des Vaterlandes den tobenden Pöbelmaſſen aus den Händen zu nehmen und den im Bewußtſein ihres Rechtes und ihrer Kraft freien wahren Vertretern des Landes wiederzugeben, überhaupt dem Vaterlande und der Welt zu zeigen, daß wir das freie Haupt vor wüſtem Radikalismus, vor frechem Aufruhr nicht gebeugt haben noch zu beugen geſonnen ſind, ſondern ſolcher Schmach ſelbſt einen ehrlichen Untergang vorziehen." Mit dieſem Aufruf hätten die Unterzeichner indes zwar einen kleinen Kreis von Geſinnungsgenoſſen geſammelt, aber die große Menge der zugleich königstreuen und doch für die liberalen Forderungen eingenommenen Untertanen der Krone entfremdet und die letztere dadurch noch weiterer Stützen beraubt. Bismarck knüpfte alſo ſeine Zuſtimmung an die ausdrückliche Verſicherung, daß die Unterzeichner keine Reaktion beabſichtigten, wohl aber ihrerſeits bereitwillig die größten Opfer brächten. Die Einſetzung des Kabinetts Camphauſen-Hanſemann rief unter den ſtrengen Konſervativen noch weitere lebhafte Beunruhigung hervor. „Es ſcheint mir jetzt erwieſen," ſchrieb Leopold von Gerlach unter dem Eindruck des abermaligen Miniſterwechſels, „daß das Gouvernement Steuer und Ruder und alles weggeworfen hat, um ſich ganz dem Winde und Strome der Revolution zu überlaſſen." Als Antwort verlangte er auf dem bevorſtehenden Landtage einen Proteſt der Treugebliebenen gegen die ſiegreiche Revolution. Der Inhalt dieſes Proteſtes würde ſofort die Regierung in die ärgſte Verlegenheit geſetzt haben. Denn falls die Konſervativen Gerlachs Vorhaben gemäß feierlich den Miniſtern vorwarfen, unbefugterweiſe die Verfaſſung umgeſtoßen zu haben, und als unantaſtbaren Rechtszuſtand die alten Provinzialverſammlungen und den vereinigten Landtag mit ſeiner Kurieneinteilung bezeichneten, geriet das Miniſterium ſofort in das Kreuzfeuer der äußerſten Rechten und des linken Radikalismus und wurde in ſeiner Ausſicht auf die Wiederherſtellung geordneter Zuſtände beeinträchtigt. Vergeblich bemühten darum ſich Ludwig von Gerlach und Thadden,

Bismarck zu ihrer Auffassung zu bekehren; er ließ sich, wie er seiner Frau schrieb, „nicht aus dem Geleise bringen."

Das erste Auftreten Bismarcks auf dem vereinigten Landtage verschaffte ihm denn auch weit mehr Anerkennung von den liberalen Gegnern als den konservativen Freunden. Die Verhandlungen begannen unter ungewöhnlichen Formen. Die kurz zuvor erfolgte Revolution ließ die bange Frage aufwerfen, ob denn überhaupt die Abgeordneten in Berlin hinreichend sicher seien und unbefangen ihrer parlamentarischen Aufgabe nachgehen könnten. Einige tausend Mann der Bürgergarde waren zur Eröffnung in der Umgegend des Schlosses aufgestellt, aber obgleich nicht der geringste Auflauf bemerkbar war, so beschwichtigten sich die Gemüter nur langsam und einzelne Herren bewaffneten sich noch immer mit Pistolen. Der Ministerpräsident Camphausen begrüßte zunächst die Erschienenen und verlas darauf die beiden Regierungsvorlagen, den Entwurf eines Wahlgesetzes für die konstituierende preußische Nationalversammlung und den Entwurf einiger Grundzüge der künftigen Staatsverfassung. Unmittelbar darauf begann der Antrag des Fürsten Lichnowsky, dem König für sein Eingehen auf die Volkswünsche in einer Adresse zu danken. Bismarck gehörte mit Thadden, Herrn von Schenkendorf und zwei Grafen Schulenburg zu den wenigen, welche sich gegen die Adresse erklärten. Aber während seine Genossen hiermit bestimmte politische Gesichtspunkte verbanden, trugen Bismarcks Votum und die wenigen Worte, mit welchen er dasselbe begleitete, den Charakter einer persönlichen Verwahrung. Er wollte, wie er seiner Frau schrieb, „nicht unter die Kategorie einiger feiler Bureaukraten begriffen werden, die ihren Mantel nach dem Winde drehten"; ausdrücklich versicherte er jedoch gleichzeitig den Entschluß, das Ministerium soweit irgend angängig zu unterstützen, und mit einem leisen Wink an seine Freunde betonte er, daß keine menschliche Macht die Vergangenheit zu neuem Leben wiedererwecken könne und daß man sich der Gewalt der erfolgten Tatsachen fügen müsse. Nach dem Zeugnis Robert von Keudells, der damals in Königsberg weilte, waren die dortigen Liberalen

einig in der Anerkennung der würdigen Worte, mit denen Bismarck im Landtage seinem Schmerz über das Geschehene Ausdruck gegeben hatte. Auf die Rechte dagegen war der Eindruck der Rede ein recht „matter" und Ludwig von Gerlach vertraute seinem Tagebuche an: „Man sieht, seine Einsicht, worauf es ankam, war noch sehr unreif."

Auch in einer anderen Sache zeigte Bismarck bei dieser Adresse, daß er seine eigenen Wege einschlug. Vergeblich war er von seinem Freund Alvensleben vor der Absicht gewarnt worden, auf dem Landtage einen Dank an die Armee zu beantragen. Denjenigen, welche eine baldige Wiederaufrichtung des Staates durch die eigene Kraftanstrengung der Rechten wünschten, konnte es nicht gleichgültig sein, wenn ein solcher Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Anders aber standen die Erwägungen für Bismarck. Wer die Krone aus ihrer Demütigung befreien wollte, mußte nicht nur ihr, sondern namentlich auch den herkömmlichen Stützen des Thrones frische Zuversicht einflößen und ganz besonders mußte das durch die Räumung Berlins und Friedrich Wilhelms Ansprache an die Potsdamer Offiziere gestörte Einvernehmen zwischen Königtum und Heer neu aufgebaut werden. Namentlich glaubte Bismarck, daß den Soldaten, welche sich tapfer geschlagen hatten und durch fremde Eingriffe zu Besiegten gestempelt worden waren, die bisher versagte Anerkennung gebühre, daß sonst auch die Truppen von der Unordnung angesteckt werden könnten. Bismarck hielt also an seinem Plane fest, und erst als die Liberalen ihrerseits bereit waren, in der Adresse den Dank an die Bürgerwehr und die Barrikadenkämpfer fallen zu lassen, verzichtete er auch seinerseits.

Die nächsten Tage offenbarten neue Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und den Konservativen. In der zweiten Sitzung interpellierte der Abgeordnete von Schenkendorf die Regierung über die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit getroffenen und noch zu treffenden Maßregeln und verband mit seiner Anfrage einen scharfen Tadel des Zustandes der inneren Angelegenheiten und der bisherigen Schwäche des Mini-

steriums. Der Vorstoß paßte sehr wenig zu der Richtschnur, welche Bismarck sich selbst durch seine Rede vorgezeichnet hatte; denn er war nur geeignet, die Anschauung hervorzurufen, als ob das Kabinett seiner Aufgabe nicht gewachsen wäre, und deckte überdies das Unbehagen der konservativen Kreise über die persönliche Zusammensetzung der jetzigen Regierung auf. Ganz anders verfuhr Bismarck bei seinen Erkundigungen über die dänischen und besonders über die polnischen Verhältnisse. Nur in seiner ersten Rede ließ er eine mißfällige Bemerkung über das unstete Verfahren in der deutschen Frage hinfließen. Die Grundstimmung namentlich seiner zweiten Rede war, daß er selbst zwar Aufklärungen seitens der Regierung im Interesse der Allgemeinheit für nötig erachtete, es jedoch dem Minister anheim gab, frei zu entscheiden, ob letzterer dem Verlangen entsprechen wollte oder nicht.

Indes nicht allein diese von Schenkendorfs Vorgehen abweichende Form und das darin gelegene versöhnlichere Entgegenkommen war charakteristisch für Bismarcks Auftreten, sondern auch sachlich hingen die beiden Anfragen nicht mit irgendwelchem Parteistandpunkte, sondern mit der ganz persönlichen Auffassung Bismarcks zusammen. Zum ersten Male in seiner staatsmännischen Laufbahn erörterte Bismarck bei diesen Gelegenheiten wichtige Dinge der auswärtigen Politik. Sowohl die dänischen als auch die polnischen Vorgänge hielten in jener Zeit weite Kreise des gesamten Deutschland in Atem. Der verwickelten schleswig-holsteinschen Frage stand damals Bismarck nach Motiven wie nach Schlußfolgerungen als Einspänner gegenüber. Die Zukunft der Elbherzogtümer bewegte seit 1846 unausgesetzt die Gemüter. Schleswig und Holstein waren durch Personalunion mit der dänischen Krone vereinigt, bildeten aber auch wieder unter sich ein zusammengehöriges Ganzes. Dieser letztere Eindruck war auch durch das verschiedene staatsrechtliche Verhältnis der zwei Länder nicht verwischt worden; denn an sich war Schleswig dänisches, Holstein dagegen deutsches Reichslehen und demgemäß Holstein dem Deutschen Bunde angegliedert, Schleswig dagegen nicht. Diese verwickelten Rechtsfragen wären der eingesessenen Bevölkerung kaum zu lebhafterem Be-

wußtsein gekommen, wenn nicht das dänische Königshaus seinem Erlöschen im Mannesstamme nahe war. Nun galt für Holstein die männliche, für Dänemark die weibliche Erbfolge, in Schleswig war der gesetzliche Sachverhalt unklar. Mit dem Zerfall des Gesamtstaates wurde die Leistungsfähigkeit und Machtstellung des Königreichs in Frage gestellt. Deshalb regten sich besonders in Kopenhagen Bestrebungen, um die durch das Aussterben des Herrschergeschlechts zu befürchtende Absplitterung der Elbherzogtümer zu verhüten oder wenigstens zu vermindern. König Christian VIII. stellte sich sehr entschieden auf die Seite dieser sogenannten eiderdänischen Partei. Er wußte, daß mehrere europäische Großmächte mit ihm wegen Erhaltung des dänischen Gesamtstaates eines Sinnes waren und er auf diesen festen Rückhalt sich stützen konnte. Nachdem ein zur Untersuchung des Thronfolgerechts niedergesetzter Ausschuß sich ebenfalls günstig ausgesprochen, erließ Christian VIII. am 8. Juli 1846 einen „offenen Brief" an seine Untertanen, durch welchen er für Schleswig und Lauenburg die Erbfolge des dänischen Königsgesetzes feststellte und auch wegen Holsteins versprach, auf alle Weise für die gesicherte Unverletzlichkeit des Gesamtstaates zu sorgen. Der offene Brief Christians VIII. rief sowohl in den Elbherzogtümern selbst als auch im übrigen Deutschland einen Entrüstungssturm hervor. Sogar der Bundestag in Frankfurt a. M. verlangte mit einer sonst ungewohnten Eile, daß wohlerworbene Rechte nicht einseitig aus politischen Gründen geschmälert werden dürften. Damals blieb es noch bei Rechtsverwahrungen und Einwänden, ernster wurde die Frage jedoch, als am 21. März 1848 der neue König Frederic VII. nach anfänglichem vorsichtigen Schwanken, durch die Eiderdänen und die Gefahr einer Revolution in Kopenhagen gedrängt, die Einverleibung Schleswigs verfügte. Die Herzogtümer sagten sich darauf von Dänemark los, eine einstweilige Regierung in Kiel wurde gebildet und diese suchte in Frankfurt a. M. um die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund nach.

Die Vorgänge fielen zeitlich mit Friedrich Wilhelms IV. Entschluß zusammen, aus eigener Kraft die deutsche Frage zu

lösen. An sich war dem König die Idee, mit Dänemark einen Krieg anzufangen, durchaus zuwider und er ließ seine persönliche Friedenssehnsucht von Anfang an laut betonen. Aber wenn er nicht sofort seine deutschen Pläne dem Verderben weihen wollte, mußte er in dieser der ganzen Nation am Herzen liegenden Frage als kraftvoller Vertreter ihrer Wünsche entschieden vorgehen und es gab damals Politiker, welche nach dem durch die Märzereignisse schwer geschädigten Ansehen der Krone einer kühnen auswärtigen Politik das Wort redeten.

Bismarck erkannte auf den ersten Blick die Gefahr, daß sich Preußen auf solche Art nur eine neue Niederlage zuzog. Der Staat dünkte ihm schon zu schwach, um die deutsche Frage in einer seinen Interessen entsprechenden Weise zu lösen, und drohte bereits hierdurch Widerstände hervorzurufen, die an sich nicht erweckt zu werden brauchten, deren Überwindung aber nach Bismarcks Ansicht über die dermalige politische Leistungsfähigkeit des Landes ging. Noch viel sicherer ließ sich aber dieses für Preußen ungünstige Kräfteverhältnis in dem über Deutschlands Grenzen weit hinausgreifenden vorliegenden Kampfe abschätzen und Bismarck erwartete darum den Rückschlag desselben noch viel rascher und gründlicher, als das bereits im April bemerkbare Abflauen des vor kaum zwei Wochen begonnenen Vorwärtsstürmens in der deutschen Frage. Ganz abgesehen davon war Bismarck der Meinung, daß Preußen als eine nach eigenen abgeschlossenen Interessen handelnde Großmacht keine triftige Ursache hatte, sich in erster Linie für beteiligt und geschädigt durch das Vorgehen des Dänenkönigs anzusehen, wohl aber selbst beim denkbar günstigsten Ausgang mit schweren eigenen Opfern anderen die Kastanien aus dem Feuer holte, ohne Dank zu ernten. Schon jetzt, wo der Kampf erst in Sicht war, bemerkte Bismarck bereits die den Handel der preußischen Küstenstädte lähmende Ungewißheit über die nächste Zukunft. Die geschäftlichen Verluste, welche bei weiteren Verwicklungen entstehen konnten, waren unübersehbar, jedenfalls aber durch keine entsprechenden Gewinne aufzuwiegen.

Trotz dieser schweren Bedenken war Bismarck sichtlich be-

müht, der Regierung nicht unnötige Verlegenheiten zu bereiten. Er drängte seinen eigenen Standpunkt, welcher sich grundsätzlich und praktisch von demjenigen der Minister weit unterschied, so stark zurück, daß der Meinungsgegensatz mehr angedeutet als ausgesprochen wurde, er hob das allgemeine Bedürfnis nach offener und ehrlicher Aufklärung hervor, welches auch die Regierung nicht zu leugnen brauchte, er begnügte sich ohne fernere Erwiderung mit einer Auskunft, welche lahm genug war. Denn es beruhte auf einer Selbsttäuschung und Verkennung der gegebenen Sachlage, wenn der Minister des Äußeren, Heinrich von Arnim, erklärte, daß Preußen mit Dänemark keinen Krieg führe, sondern nur „zum Schutze deutschen Gebietes und zur Wahrung deutschen Rechtes eine Expedition mache". Tatsächlich betrachtete Dänemark den gerade in jenen Tagen erfolgenden Einmarsch preußischer Truppen in die Elbherzogtümer als Kriegsfall und alle diejenigen Befürchtungen erfüllten sich, auf welche Bismarck angespielt und welche Arnim als gegenstandslos bezeichnet hatte.

Mit ganz anderen Augen schaute Bismarck die polnischen Angelegenheiten an. Auch diese hatten schon seit Jahren die Blicke der Staatsmänner auf sich gezogen. Anfang 1846 war in Posen eine Verschwörung entdeckt, waren verschiedene Führer derselben, darunter Mieroslawsky, verhaftet worden, und monatelang wurde beim Berliner Kammergericht über 251 Angeklagte verhandelt. Bald nach der entdeckten Verschwörung brach im österreichischen Galizien ein Aufstand aus. Derselbe hatte die Wiener Regierung zur Auflösung der Republik Krakau und deren Einverleibung in den Kaiserstaat bewogen, jedoch gleichzeitig das Wohlwollen der Westmächte für Polen zutage gefördert, indem England und Frankreich gegen das Vorgehen Österreichs protestiert hatten. Seitdem gärte es sehr stark in der polnischen Bevölkerung. Polen waren es, welche in den Berliner Märztagen unter den Barrikadenkämpfern am eifrigsten gefochten und den Aufruhr geschürt hatten, und, als die Krone auf den Weg der Nachgiebigkeit gedrängt wurde, meldeten sich die Polen sehr bald mit ihren Ansprüchen. Zunächst ließ sich Friedrich Wil-

helm IV. sehr widerwillig zu einer Massenbegnadigung der Empörer von 1846 bewegen. Während die meisten derselben nach erlangter Freiheit sogleich der Heimat zueilten, trug am 23. März eine polnische Deputation, welche vom Erzbischof Przyluski geführt wurde und welcher sich der im vorigen Jahre zum Tode verurteilte Mieroslawsky angeschlossen hatte, ihre weiteren Wünsche dem König vor. Sowohl die augenblickliche Lage der Provinz Posen, welche jede Stunde an den verschiedensten Orten die Entstehung eines großen Brandes und den Versuch, eine polnische unabhängige Regierung aufzurichten, erwarten ließ, als auch die Stimmung, welche in liberalen Kreisen schon einige Zeit zugunsten der unterdrückten Nation vorhanden war und durch einen in den Berliner Zeitungen veröffentlichten Dank der begnadigten Polen an das Berliner Volk noch mehr zum Vorteil der Polen beeinflußt wurde, kam den Forderungen der Deputation zustatten. Am 24. März sagte Friedrich Wilhelm IV. zu, „eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen, welche in möglichst kurzer Frist stattfinden soll, anzubahnen", und genehmigte zu diesem Zwecke „die Bildung einer Kommission aus beiden Nationalitäten, die mit dem Oberpräsidenten gemeinschaftlich über diese Reorganisation zu beraten und die nötigen Anträge zu stellen hat". Die Idee Friedrich Wilhelms IV. war offenbar, durch die sich jetzt bietende Aussicht, welche nur bei ungestörter Ordnung und beim gedeihlichen Zusammenwirken der Behörden und der maßgebenden Volkskreise sich erfüllen ließ, die letzteren von allen Aufruhrgedanken zurückzuschrecken. Der Schritt der Krone fand unter den deutschen Liberalen großen Beifall; der Berliner Berichterstatter der Augsburger Allgemeinen Zeitung knüpfte an den Erlaß die Bemerkung: „Jedenfalls gebührt dem neuen Preußen der Ruhm, jetzt den ersten Schritt zur Aufrichtung der polnischen Nationalität getan zu haben." Der Hintergedanke dieser Anschauungen war, daß mit solchen Maßregeln die Regierung in einen dauernden Gegensatz zu Rußland sich stellte, welches man allgemein neben dem jetzt gestürzten Metternich als den Hort der Reaktion in Europa ansah. Die Polen dagegen beflaggten und illuminierten

zwar beim Bekanntwerden des Erlasses vom 24. März ihre Häuser, wurden indessen durch das königliche Entgegenkommen ermutigt, sich als die Unzufriedenen hinzustellen und noch viel ausgedehntere Zugeständnisse zu verlangen: statt einer aus Deutschen und Polen gemischten nur eine nationalpolnische Kommission, die Errichtung eines polnischen Armeekorps und einen Oberpräsidenten polnischer Abstammung. Der König gab auch diesen erhöhten Ansprüchen wenigstens teilweise zunächst in der Form nach. Auf die Mitwirkung der Deutschen an der geplanten Kommission wurde von seiner Seite verzichtet und es war nur ein schwächlicher Vorbehalt, wenn die Regierung sich die Befugnis wahrte, die Berechtigung der Deutschen in Posen ungekränkt und unverletzt erhalten zu müssen. Denn indem die Bedingung, daß die Kommission aus Mitgliedern beider Nationalitäten gewählt werden sollte, nicht beibehalten wurde, bot die Regierung die Hand zu Vorschlägen, die von vornherein für die Deutschen sehr viel ungünstiger ausfallen mußten und die sich nachträglich, wenn einmal die Stimmung unter den Polen für solche Pläne angefacht war, nicht mehr ohne weiteres bei Seite schieben ließen. Die deutsche Provinzialbevölkerung Posens, welche doch immerhin zwei Fünftel der gesamten Bewohner des Landes ausmachte, ergriff schon wegen des Inhalts der Verordnung vom 24. März und erst recht wegen ihrer Aufnahme in nationalpolnischen Kreisen eine tiefe Niedergeschlagenheit.

Je bereitwilliger Bismarck dafür gewesen war, von den Elbherzogtümern die Finger zu lassen und sich auf die Vertretung der unmittelbaren preußischen Interessen zurückzuziehen, desto entschlossener war er den polnischen Ansprüchen gegenüber in der Empfehlung energischer Abwehr. Er betrachtete „die bisherige Nachgiebigkeit als eine der tiefsten Wunden, die der Ruhe Preußens geschlagen sind", und meinte, die Reorganisation der polnischen Nationalität ergebe für Preußen nur ungünstige Zukunftsbedingungen. In der Tat, weder vom Standpunkte der inneren noch dem der äußeren Politik schien ihm die jetzige Taktik der Regierung zu rechtfertigen. Schon grundsätzlich mußte Bismarck,

der vor allem das Anſehen der Krone in den Augen der Untertanen aufrechterhalten und neu befeſtigen wollte, ein Verfahren zuwider ſein, welches eine wachſende Unruhe durch immer neues Entgegenkommen zu bekämpfen ſuchte und damit auf eine ſchiefe Ebene geriet. Ganz beſonders aber war das hier der Fall, wo eine Bevölkerung in Betracht kam, die, von der überwiegenden Mehrheit der Untertanen durch Gewohnheiten, Raſſe und Vergangenheit verſchieden, ſich nur gezwungen in den Rahmen des Staatsweſens eingefügt hatte und ſelbſt die größten Opfer nur als Abſchlagszahlung zur Wiederkehr ihrer politiſchen Unabhängigkeit und Freiheit anſah. Hier handelte es ſich nicht bloß darum, die Königsmacht mit den daran geknüpften Entwicklungsbedingungen des Staates zu erhalten, ſondern überhaupt den einheitlichen Charakter desſelben zu wahren. Die Zuſammengehörigkeit und das Gemeingefühl der einzelnen Provinzen bildete aber für einen Staat, der ſeine ganzen Kräfte zur Erfüllung ſeiner Bedürfniſſe anſpannen mußte, eine Lebensfrage. Außerdem ſtand Preußen, wenn es die ſeit den Märztagen eingeſchlagene Polenpolitik fortſetzte, vor kriegeriſchen Verwicklungen. Der ruſſiſche Zar Nikolai beobachtete ſeinen Schwager Friedrich Wilhelm ſchon deshalb mit mißtrauiſchen Augen, weil dieſer ſich überhaupt von der Revolution hatte niederwerfen laſſen und damit dem Preſtige der Fürſtengewalt ſchwere Wunden geſchlagen hatte; er betrachtete ſich nicht nur als den Selbſtherrſcher aller Reußen, ſondern auch außerhalb ſeines Reiches als den Hort des Abſolutismus, ſoweit letzterer noch zu Recht beſtand, und verzieh deshalb ſchon die Nachgiebigkeit des Königs gegen die preußiſchen Volkswünſche nicht leicht. Sobald dieſe aber gar den Polen geleiſtet wurde, hörte ſie auf, eine innere preußiſche Sorge zu ſein. Eine Gärung unter den preußiſchen Polen ſchlug ſicher auch auf die angrenzenden ruſſiſchen Gebietsteile hinüber. Darum zog Nikolai ſchon an der ruſſiſch-preußiſchen Grenze anſehnliche Truppenmaſſen zuſammen und es war nicht abzuſehen, ob dieſelben ſich genau an die Grenzpfähle halten würden, falls im benachbarten Preußen bedrohliche Erſcheinungen ſich zeigten und von der hierzu be-

rufenen Staatsgewalt nicht kräftig genug in ihre Schranken verwiesen wurden.

Sowohl in der dänischen wie in der polnischen Sache beschränkte sich Bismarck auf kurze Bemerkungen, von denen allerdings seine Ausführungen über Polen später eine sehr energische Fortsetzung in den Spalten der Magdeburgischen Zeitung fanden. Die einzige ausführliche Rede Bismarcks auf dem zweiten vereinigten Landtag betraf die vom Finanzminister Hansemann eingebrachte Notstandsvorlage. Schon ehe dieser sein Amt übernommen, hatten sich die regelmäßigen Begleiterscheinungen außergewöhnlicher politischer Ereignisse geltend gemacht. Handel und Gewerbe litten schwer unter der Unsicherheit, was auch nur die nächsten vierundzwanzig Stunden an Überraschungen bringen konnten. Die Auftraggeber hielten mit ihren Bestellungen zurück, die Stockung der Geschäfte verursachte eine Schmälerung des Erwerbs und die auf letzteren Angewiesenen sahen sich genötigt, teils ihre Zahlungen vorerst einzustellen, teils ihre Guthaben flüssig zu machen. Vor allem bedroht durch diese Flutwelle waren die Banken, welche gleichzeitig um Rückgabe von Einlagen und um Gewährung von Darlehen bestürmt wurden und doch ihrerseits ebenfalls Einbußen erlitten. Angesehene Firmen fallierten oder standen wenigstens dem Bankerotte nahe und zur allgemeinen Stockung von Arbeit und Einnahmen gesellte sich eine schwere Erschütterung des geschäftlichen Kredits.

Der preußische Staat stand, wenn dieses Übel andauerte und noch wuchs, vor unberechenbaren Folgen. Die Aufgabe, die Gemüter wieder zu beruhigen und geordnete Zustände aufs neue anzubahnen, wurde unendlich erschwert, wenn gerade diejenigen Volksschichten, die zum Aufstande den besten Nährboden lieferten, feiern mußten und nichts zum Leben hatten. Der überall bemerkbare Mangel an baren Umlaufsmitteln beschwor die Gefahr herauf, daß bei einem ausbrechenden Kriege kein Geld da war, um rasch genug die nötigen Vorbereitungen zur baldigen Schlagfertigkeit des Heeres zu treffen. Darüber hinaus aber warf eine um sich greifende Arbeits- und Geschäftseinstellung, wobei ein Sturz

immer eine Reihe neuer Zusammenbrüche zu bewirken drohte, die Industrie in ihrer Entwicklung um Jahre zurück. Die Klagen und Bitten um Abhilfe wurden nun in oft stürmischer Weise und selten mit der nötigen durchschlagenden Begründung der Staatsobrigkeit vorgetragen. Diese selbst verschloß sich nicht der Wichtigkeit des Übelstandes, besaß aber nicht ohne weiteres die Fähigkeit, über die größere oder geringere Berechtigung der einzelnen Gesuche zu entscheiden, und namentlich waren ihre Mittel viel zu beschränkt, um nicht auch unter den an sich gut motivierten Beschwerden eine strenge Auswahl treffen zu müssen. Verschärft wurde für die Regierung die Finanzlage noch dadurch, daß Hansemann als eine seiner ersten Amtshandlungen am 4. April die Mahlsteuer aufhob; Hansemann hatte, weil die letztere nur in einzelnen Städten bestand und dort gerade die ärmsten Leute am schwersten belastete, die Abschaffung dieser ungerecht verteilten und wirkenden Abgabe schon längst gefordert und wollte deshalb erst recht in der jetzigen Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit und Gärung eine auch unter gewöhnlichen Verhältnissen drückende und verbitternde Einrichtung mit tunlichster Beschleunigung beseitigen.

Die außerordentliche Lage erforderte nach Hansemanns Meinung außerordentliche Mittel. Wohl war dem zweiten vereinigten Landtag nach der übereinstimmenden Ansicht von Regierung und Abgeordneten nur ein kurzes Dasein vergönnt, er sollte nur gesetzlich das alte Preußen in das neue hinüberleiten und, nachdem er die Grundzüge der künftigen Verfassung beschlossen und die Wege zur konstituierenden Nationalversammlung geebnet, dieser alle weiteren Vereinbarungen hinterlassen. Indes bis das neue Parlament sich mit den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu beschäftigen vermochte, konnte manches Unglück eingetreten sein, welches jetzt noch zu verhüten war, und mit jedem Krache zog die Not weitere Kreise. Hansemann wollte deshalb alsbald mit der erforderlichen Vollmacht zur Verwendung von Staatsgeldern ausgerüstet sein, obgleich sich zurzeit ein genauer Voranschlag weder über die zweckmäßige Höhe noch über die Art

dieſer Verwendung entwerfen ließ. Er verlangte alſo zunächſt eine unbeſchränkte Ermächtigung, durch Steuererhöhung oder Anleihe „die zum äußeren Schutze der Monarchie ſowohl als zur Wiederherſtellung des Kredits und zur Aufrechterhaltung der Induſtrie erforderlichen außerordentlichen Geldmittel“ zu beſchaffen, und als der Ausſchuß des Landtags eine ſo weitgehende Befugnis nicht gewähren wollte, begrenzte Hanſemann ſeinen Antrag auf 15 Millionen Taler Bargeld zur Verſtärkung des Staatsſchatzes und auf „Übernahme einer Garantie bis zum Geſamtbetrag von 25 Millionen Talern behufs Schaffung und Unterſtützung gemeinnütziger Unternehmungen, welche teils die Milderung vorübergehender Zuſtände der Not, teils die Erhaltung und Förderung des Handels, gewerblicher und wirtſchaftlicher Intereſſen bezwecken.“

Über dieſen vom Ausſchuß zur Genehmigung des Landtags empfohlenen Vorſchlag entſpann ſich ein Zweikampf zwiſchen Bismarck und Hanſemann. Letzterer war unter den liberalen Wortführern der vorjährigen Verſammlung eine der eindrucksvollſten Perſönlichkeiten geweſen. „Der vielgewandte erfindungsreiche Ulyſſes des Landtags“, wie ihn Rudolf Haym bezeichnete, hatte ſich durch ſeine reichen Erfahrungen und durch den erſtaunlichen Umfang ſeiner parlamentariſchen Tätigkeit hervorgetan. Sein Biograph Bergengrün hat von ihm geſagt: „Kein Mitglied des vereinigten Landtags hat ſo oft das Wort ergriffen. — Ohne Wirkung blieben ſeine Reden nie. Kein Mitglied der Verſammlung iſt ſo oft unterbrochen worden. Hatte er geſprochen, ſo folgte wohl ſtets irgend eine Kundgebung des Beifalls, des Widerſpruchs oder Unwillens oder auch der allgemeinen, fröhlichen Heiterkeit.“ Mit Bismarck teilte Hanſemann neben dem großen Eindruck des Auftretens manche menſchliche Eigenſchaften. Beide waren aus ſich ſelbſt heraus das geworden, was ſie waren, beide ausgeprägte Verſtandesnaturen, Männer der Praxis und geſchulten Auges für die Bedürfniſſe des alltäglichen Lebens, beide an ſich deshalb durchaus nicht die Vertreter extremer Anſchauungen, beide verſchlagen und diplomatiſch, ohne aber die Aufgabe der

Diplomatie ſtatt in der klugen Erſpähung der zweckmäßigen Mittel in den unehrlichen Waffen der Täuſchung zu erblicken, beide endlich beſtrebt, ihre Ziele und Gedanken beſtimmt und genau auszuſprechen. So verächtlich Bismarck 1847 der Braut von den rheiniſchen Weinreiſenden und den pomphaften, aber leeren Redensarten geſchrieben hatte, ſo beſaß doch Hanſemann verſchiedene Bismarck verwandte Charakterzüge, welche ſich dem Gedächtnis des letzteren tief einprägten. Aber nach ihrer ganzen Vergangenheit und Denkungsart waren Bismarck und Hanſemann Gegenſätze: Bismarck entſtammte einem ſeit Jahrhunderten in der Mark angeſeſſenen Adelsgeſchlecht, Hanſemann war auf dem Gebiete der freien Stadt Hamburg geboren. Bismarck gehörte durch ſeine Herkunft einem Stande an, welcher an den Errungenſchaften des preußiſchen Staates den größten Anteil genommen, Hanſemann war in einen Beruf getreten, deſſen Angehörige erſt in die Politik hineinwachſen mußten. Bismarck hatte ſich ſeine politiſche Überzeugung aus den Lehren und Überlieferungen der preußiſchen Geſchichte gebildet, für Hanſemann waren die geſchäftlichen Erfahrungen zugleich ſeine politiſche Schulung geweſen. Bismarck war durch eigenes Nachdenken zur Erkenntnis der gegebenen Entwicklungsbedingungen Preußens geführt worden, Hanſemann waren auf Schritt und Tritt die überlebten Feſſeln entgegengetreten, welche dem freien kaufmänniſchen Unternehmungsgeiſt durch die Engherzigkeit und Vorſicht der Behörden angelegt wurden. Bismarck hatte es nicht am eigenen Leibe verſpürt, daß das freie Wort in Rede und Schrift vielfach beſchränkt und dadurch die Tätigkeit manches tüchtigen Mannes gehemmt wurde, Hanſemann hatte im Übermaß die ſeiner beliebigen Meinungsäußerung geſteckten Grenzen und das aus ſeinem Auftreten gegen ihn abgeleitete Mißtrauen der Regierungskreiſe erfahren. So verkörperten Bismarck und Hanſemann in ſich zwei verſchiedene Standpunkte: Bismarck wollte denjenigen Faktoren, welche die bisherige Größe Preußens geſchaffen hatten, den Spielraum laſſen, um auch fernerhin erfolgreich ihre beſten Kräfte dem Staate zu widmen; Hanſemann wollte den Einfluß dieſer Kreiſe,

welchen er durch den Gang der Dinge für überholt und deshalb übertrieben anſah, zugunſten anderer Bevölkerungsſchichten zurückdrängen, von deren Beteiligung am Staate er einen höheren Aufſchwung desſelben und die Befreiung der Zeit von mancher den politiſchen Blick einengenden Kurzſichtigkeit erwartete.

Der natürliche Gegenſatz, welcher die zwei Männer ſchon manchen Strauß miteinander hatte ausfechten laſſen, bekundete ſich bei der Beratung der Notſtandsvorlage aufs neue. Die Rückſicht, welche ſonſt während des zweiten vereinigten Landtags Bismarck auf die Regierung nahm, ließ er in dieſem Falle beiſeite. Für Bismarck erſtreckte ſich die Bedeutung des Hanſemannſchen Vorſchlags weit über ſeinen unmittelbaren Zweck hinaus. An ſich war Bismarck der Gegner einer ſolchen Gelegenheitsgeſetzgebung. Wenn durch die jetzige politiſche Lage die Einwohner der größeren Städte in beſonders ſchwere Mitleidenſchaft gezogen wurden, ſo hatte andererſeits gerade dieſer Teil der Untertanen in den letzten Jahrzehnten den erheblichſten Aufſchwung genommen. Gegen die Mahlſteuer ließen ſich berechtigte Einwände geltend machen. Aber auch ſie war kein Hindernis für das ſichtbare Emporſteigen der von ihr betroffenen Bürger geweſen und der Augenblick, wo der Staat erhöhte Anſprüche ſtellte, ſchien Bismarck zum Nachlaß öffentlicher Abgaben, die bisher keine unüberſteigliche Schranke des zunehmenden Wohlſtandes gebildet hatten, ein ſchlecht gewählter. Indem aber Bismarck die Gründe, von welchen ſich Hanſemann leiten ließ, nicht anerkannte, hielt er die ganze Geſetzgebung für die Folge des einſeitigen, parteiiſchen Standpunktes eines in der Induſtrie groß gewordenen Mannes und er meinte, daß dieſer gleichzeitig auf Koſten der Allgemeinheit der ihm beſonders naheliegenden Bevölkerungsſchicht außergewöhnliche Vorteile zuſchanzte und andererſeits Erleichterung verſchaffte. Bismarck betrachtete den Antrag als einen erſten Anfang, den Staat für die Intereſſen der handel- und gewerbetreibenden ſtädtiſchen Bevölkerung dienſtbar zu machen. Gegen das Betreten dieſer Bahn glaubte er um ſo mehr eingreifen zu müſſen, weil ſich der Vorſchlag Hanſemanns in ein ſo unſchuldiges, nur auf vorüber-

gehende Zwecke berechnetes Gewand kleidete. Gerade Hanſemann hatte im vorigen Jahre mit beſonderer Entſchiedenheit in Geldſachen den Grundſatz betont: erſt wägen und dann wagen. Gegen dieſes Prinzip verſtieß es auf das entſchiedenſte, wenn eine dem Jahreshaushalt faſt gleichkommende Summe derart unbeſehen mit einer nur ſehr wenig erſchöpfenden Einzelzeichnung und Begründung bewilligt werden ſollte. Bismarck glaubte, trotzdem Hanſemanns Motive für den außergewöhnlichen Fall nicht verkannt werden konnten, noch beſonders auf die Verſchiedenheit von Grundſätzen und Ausführung bei Hanſemann aufmerkſam machen, namentlich aber betonen zu müſſen, daß das platte Land und die kleinen Städte die Koſten des Geſchenkes aus der Staatskaſſe zu tragen hatten. Dieſe Kreiſe hatten ſich in den vorausgegangenen Wirren als die zuverläſſigſten Stützen des Thrones und der Ordnung erwieſen; es galt in Bismarcks Augen nicht nur für ein Unrecht, ſondern für einen Anlaß zur Unzufriedenheit in den bisher am meiſten als königstreu und vaterlandsliebend bewährten Schichten, wenn dieſe mit Geldopfern das Intereſſe der minder zuverläſſigen Elemente an der Aufrechterhaltung der Sicherheit erkaufen ſollten.

Ein in Bismarcks Eigenart eingeweihter Hörer hätte herausfinden können, wie ſehr ſich der Redner Zwang antat, nicht mit der vollen Wucht ſeiner Perſönlichkeit auf den Gegner loszuſtürzen. Er ſprach vom „leitenden Syſtem der Finanzen", „vom jetzigen Syſtem an der Spitze des Finanzminiſteriums", wo es ſich für ſeine Art und Weiſe des anſchaulichen Denkens nicht um unperſönliche Gegenſätze, ſondern um die ihm nicht genehme geſchloſſene Individualität des leitenden Miniſters handelte, und er ließ die Unzufriedenheit mit der mangelnden Vollſtändigkeit ſeiner Ausführungen in dem Ausſpruch durchklingen, daß er manches geſagt habe, manches aber auch nicht. Aber Bismarck bezwang ſich und vermied auch in der vorliegenden Frage den Anſchein, als ob er dem Kabinett oder einzelnen Mitgliedern desſelben ein Bein ſtellen wollte. Immerhin blieb er dabei, daß er von den durch den Ausſchuß empfohlenen 40 Millionen nur die 15 Millionen

für den Kriegsfall und auch diese nur unter dem Vorbehalt der bezeichneten Verwendung und unter besonderen Sicherheiten bewilligen wollte. „In betreff der ferneren Garantie für 25 Millionen," so fügte Bismarck hinzu, „stimme ich für entschiedene Ablehnung derselben, weil ich nicht glaube, daß durch eine derartige Unterstützung der Industrie, die schon an Überproduktion wegen Mangels an Konsum leidet, die Ruhe im Lande auf die Dauer gesichert werden kann und daß damit nichts weiter geschehen würde, als diese oder eine geringere Summe dem Vermögen der Steuerpflichtigen zu entziehen, um sie in den bodenlosen Brunnen der Bedürfnisse einer wankenden Industrie zu schütten."

Mit seinen Ausführungen über Schleswig-Holstein, Polen und die Notstandsvorlage erschöpfte sich Bismarcks diesmaliges Auftreten als Redner. Diese drei Fragen, welchen seine Freunde im Vergleich zu anderen Punkten ein untergeordnetes Interesse widmeten, sah Bismarck als für die Zukunft des Staates wichtiger an wie die zur unmittelbaren allgemeinen Erörterung gestellten Hauptaufgaben des Landtags. Zu letzteren hat er nicht das Wort ergriffen und schon damit bewiesen, wie sehr er bei aller Fühlungnahme mit den konservativen Freunden eigene Wege wandelte. Am Tage der Eröffnung des Landtags hatte Ludwig von Gerlach Bismarck vier Dinge aufgeschrieben, welche dieser zur Sprache bringen sollte: das Verhalten der Armee und den Dank an dieselbe, eine Verteidigung des Prinzen von Preußen, der damals von der öffentlichen Meinung als ein starrer Vertreter der alten Staatsüberlieferungen angefeindet wurde, die Tatsache, daß die jetzigen Minister mit einzelnen städtischen Deputationen und Revolutionsklubs über die Staatsverfassung verhandelt hatten, und das Festhalten staatsrechtlicher Grundsätze der bestehenden Verfassung, welche von der Regierung durch das Versprechen einer Volksvertretung auf der breitesten Basis vernachlässigt worden wären. Von diesen vier Punkten griff Bismarck den ersten von selbst auf, obgleich das keineswegs die Ansicht aller konservativen Freunde war. Eine Rechtfertigung des Prinzen von Preußen, welche über

die Zurückweisung offenbar falscher Anschuldigungen hinausging, hätte mittelbar einen Tadel gegen den König in sich geschlossen; auch hätte Bismarck mit solchen Erörterungen nur Leuten vor den Kopf gestoßen, auf deren Unterstützung es in erster Linie mit ankam, wenn man den Machtbereich der Krone im Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung wieder kräftigen wollte. So ließ Bismarck selbst seine ursprüngliche Absicht fallen, auf die Gefährlichkeit und Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, deren sich seines Erachtens viele Zeitgenossen durch die nur auf Hörensagen beruhenden absprechenden Urteile über den Thronfolger schuldig machten und die sich bei einem plötzlichen Regierungswechsel leicht durch erneute Stürme rächen konnte. Wenn Bismarck gerügt hätte, daß die „Revolutionsminister" mit einzelnen Deputationen über die künftige Staatsverfassung geredet hatten, so bedeutete das einen Angriff gegen das Ministerium wegen vorübergegangener, jetzt nicht ungeschehen zu machender Tatsachen; als einziger praktischer Erfolg eines solchen Vorstoßes wäre denkbar gewesen, daß diejenigen Kreise, mit denen sich die Regierung einmal in Erörterungen eingelassen hatte, am guten Willen des Königs und der Minister irre und dadurch die letzteren des wünschenswerten, möglichst breiten Rückhalts beraubt wurden. Am meisten aber muß auffallen, daß Bismarck sich an der Debatte über die Umgestaltung der preußischen Verfassung nicht beteiligte. Ludwig von Gerlach hatte ihm noch „Materialien zu einem Votum gegen das Wahlgesetz auf breitester Grundlage" geliefert, Bismarck selbst aber überließ es Adolf von Thadden, am 5. April seine Rede gegen die Vorlage zu halten, in welcher dieser die Anerkennung des Grundsatzes verweigerte, mechanisch auf zehntausend Pfund Menschenfleisch einen Urwähler und auf vierzigtausend Zentner einen Abgeordneten zu rechnen und alle geschichtlichen Standesunterschiede als belanglos hinwegzuräumen; auch das von Gerlach für Bismarck niedergeschriebene Votum kam als dasjenige Thaddens in die Zeitungen. Kein Wunder, daß der Verfasser des Votums resigniert in sein Tagebuch eintrug: „Bismarck ist auf dem Rückzuge."

Dieser Ausspruch traf, allerdings in einem ganz anderen Sinne, ein. Am 10. April wurde der vereinigte Landtag geschlossen und damit erreichte Bismarcks parlamentarische Tätigkeit vorerst ein Ende. In der Frankfurter Nationalversammlung, welche am 18. Mai in der Paulskirche ihre Sitzungen eröffnete, war für Bismarck keine Stätte. Seinem ganzen Gedankenkreise lag es fern, gestützt auf die augenblickliche Ohnmacht der zum Handeln bestimmten politischen Faktoren eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich zu schaffen und den Beruf und die Vollmacht hierzu in der Souveränität der Nation zu finden. Bismarcks Abwesenheit war eine stillschweigende Kritik dieses vom Präsidenten Heinrich von Gagern entworfenen Programms. Aber auch der konstituierenden preußischen Nationalversammlung gehörte Bismarck nicht an; er hatte, wie er dem Bruder erklärte, „aus Gewissenspflicht" alles getan, um seine Wahl im eingesessenen Kreise Jerichow zu erreichen, von vornherein aber überzeugt, daß er auf einen Sieg nur geringe Aussicht besaß. So war er in der nächsten Zeit auf die stille Tätigkeit in der Presse und im persönlichen, gesellschaftlichen Verkehr angewiesen. In beiden Richtungen erzielte er indes ansehnliche Ergebnisse.

Obgleich Bismarck von vornherein keine Natur war, um seine Wirkung in eine bestimmte Parteischablone hineinzupressen, so war er doch viel zu sehr Realpolitiker, um nicht einzusehen, daß er zum praktischen Erfolge nicht nur die Macht der Worte und der Gründe, sondern einen für die Aufnahme seiner Ideen von Haus aus empfänglichen und vorbereiteten Anhang brauchte. Schon auf dem ersten vereinigten Landtag hatten die Vorbesprechungen mit den Freunden einen großen Teil seiner Arbeit ausgemacht. Geschlossene Parteien waren 1847 zwar auch auf der linken Seite noch nicht gebildet, immerhin machte sich, schon weil die Liberalen die Mehrheit ausmachten, für die zur Minderheit gestempelte Rechte besonders schwer fühlbar, daß sie des lebendigen, stetigen Zusammenhangs ihrer Mitglieder, des organisierten Verbandes und der gehörigen Vertretung in der Presse entbehrte. Während des Winters hatten deshalb mehrfache Be-

sprechungen über die Gründung einer konservativen Partei und Herausgabe eines Blattes stattgefunden, und Bismarck war zu diesem Zwecke längere Zeit in Berlin gewesen. Das Bedürfnis nach einem festeren Verbande der Gleichgesinnten und einer entschiedeneren Geltendmachung ihrer Ansichten durch die Presse war durch die Märzereignisse und die dabei fühlbar gewordene Ohnmacht der Rechten nur noch gewachsen, freilich sehr viel schwieriger zu befriedigen. Unmittelbar nach Schluß des Landtags gelang es wenigstens den Gebrüdern Gerlach, den von Bismarck seit Monaten betriebenen Plan der Ausgabe einer großen Berliner Tageszeitung zu verwirklichen. Am 22. April wurden in Potsdam die endgültigen Verabredungen über die Begründung der Kreuzzeitung getroffen.

Wichtiger als die Einrichtung einer konservativen Parteipresse war aber die Frage nach einer neuen Regierung. Das Ministerium Camphausen-Hansemann war eigentlich vom ersten Tage seines Lebens an zum Tode verurteilt. Der König betrachtete seine Mitglieder als ihm aufgedrängte, nicht aus eigenem Antrieb erwählte Mitarbeiter, das Programm, welches das Kabinett auszuführen hatte, ebenfalls als ein ihm durch die Umstände aufgezwungenes, von Haus aus unwillkommenes. Die nächste Umgebung Friedrich Wilhelms IV., welche nicht nur die Demütigung der Krone, sondern auch ihre sonstigen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Verfassungsreformen höchst ungern sah, schürte das Unbehagen des Königs über seine Ratgeber. Leopold von Gerlach, Rauch und Keller leiteten schon am 30. März gegen dieselben einen Feldzug ein, indem sie in einer Audienz dem Herrscher hinter dem Rücken des Ministeriums über Staatsangelegenheiten ihre Forderungen vortrugen und hierbei auch Personalfragen zum Gegenstand ihrer Ansprüche machten. Friedrich Wilhelm verschanzte sich, wie es auch wirklich seine innere Gesinnung war, hinter dem Hinweise, er fürchte, nach dem Abgang der jetzigen Minister nicht leicht neue zu gewinnen, sagte aber immerhin zu, diese nur nach Potsdam kommen zu lassen und nicht mehr nach Berlin zu fahren. Dadurch wurde der König

Eindrücken, die ihn hätten zuungunsten der Partei Gerlach stimmen können, entzogen und befand sich zu Potsdam in einer dem Konservativismus viel sichereren Atmosphäre. Die Verhandlungen des vereinigten Landtags, namentlich die immer gefahrdrohenderen auswärtigen Verwicklungen, welche die Unfähigkeit des Ministers Heinrich von Arnim deutlich offenbarten, die Neigung der Minister, ihre Stellung nicht gleich ihren Vorgängern als bereite Hilfsorgane der Krone, sondern als verantwortliche Vertreter der Monarchie aufzufassen und demgemäß auch nach oben ein steiferes Rückgrat zu zeigen, verstimmten den Fürsten derart, daß er schon am 13. April Leopold von Gerlach aufforderte, sich nach anderen geeigneten Personen umzusehen, allerdings nach solchen, die in das gegenwärtige System paßten. Das Ministerium war also bereits unterhöhlt, als es von der am 22. Mai eröffneten Nationalversammlung im Stiche gelassen wurde. Bei deren Zusammensetzung machte sich von vornherein störend bemerkbar, daß die tüchtigsten Politiker nach Frankfurt gegangen waren und die Abgeordneten meist mehr von Stimmungen als von klarer staatsmännischer Einsicht sich hatten beherrschen lassen. Statt tatkräftig die Regierung zu unterstützen und namentlich rasch eine Verfassung zustandezubringen und dadurch einen festen Boden zu erhalten, verlor sich das Parlament in endlosen Verhandlungen über die Errichtung eines Nationaldenkmals für die Märzgefallenen und ähnliche von der wichtigen Hauptsache ablenkende Nebendinge. Der Regierungsentwurf zur neuen Verfassung ging unterdes an einen Ausschuß, welcher die völlige Umarbeitung erwarten ließ. Inzwischen wuchs aufs neue die Gärung der Massen, und als die Berliner Bürgerwehr die Ordnung nicht aufrechtzuerhalten und einen Einbruch in das Zeughaus nicht zu verhüten vermochte, verlor das Ministerium seinen letzten Halt, den ihm die von vielen gehegte Zuversicht, eine tatkräftige Schutzwehr gegen die Revolution zu bilden, gewährt hatte. Der Rücktritt Camphausens vom Präsidium und die teilweise Umbildung des Kabinetts schwächte Ende Juni die Regierung noch weiter.

Die Lage spitzte sich durch die verschiedenen Krisen zu. Mehrfach mußte der König seine Minister wechseln, von welchen ihm an sich die Trennung nicht schwer fiel, welche ihm aber durch die Ungelegenheit der Ursachen und des Zeitpunktes ihres Rücktritts seine Schwäche vor Augen stellten und für welche er Nachfolger annehmen mußte, die ihm teils durch den parlamentarischen Zwang, teils durch die geringe Neigung unabhängig gesinnter Leute, sich jetzt zu verbrauchen, aufgedrängt wurden. Zunächst trat nach den im Juni ausgebrochenen erneuten Berliner Unruhen an Stelle des Kabinetts Camphausen ein vom Oberpräsidenten Rudolf von Auerswald gebildetes Ministerium, dessen bedeutendste Kraft Hansemann war, das aber die größte Mühe hatte, die Uneinigkeit in den eigenen Reihen zu überwinden, und auch nachdem es einige Mitglieder ausgebootet hatte, zu keiner großen Autorität nach oben und gegenüber der Nationalversammlung gelangen konnte. Es nahm verschiedentlich gegen die letztere eine unsichere, sie namentlich nicht genug zügelnde Haltung ein. Nachdem schon über die Aufhebung der Todesstrafe Beschlüsse erfolgt waren, die der König nicht glaubte bestätigen zu können, kam es über einen Antrag des Abgeordneten Stein, wegen eines am 31. Juli in Schweidnitz stattgefundenen Zusammenstoßes zwischen Militär und Bürgerwehr die Offiziere dienstlich zur Fernhaltung von allen reaktionären Bestrebungen zu ermahnen, zum offenen Bruch. Der Antrag wurde, ohne daß die Minister widersprochen hatten, angenommen, Friedrich Wilhelm wollte die Ablehnung des Parlamentsbeschlusses durch eine königliche Botschaft rechtfertigen, das Ministerium, welches diesen Schritt nicht decken wollte, nahm seine Entlassung. Erst nach elftägiger Pause konnte unter dem Vorsitz des Generals von Pfül, eines den Liberalen nahestehenden hochbetagten Herrn, ein neues Kabinett gebildet werden, welches den Verhandlungen der Nationalversammlung mit noch verschränkteren Armen zuschaute. Diese faßte den für Friedrich Wilhelms Empfindungen besonders schmerzlichen Beschluß, aus der königlichen Titulatur die Worte „von Gottes Gnaden" zu streichen, schaffte den Adel und die Adelsprädikate ab,

verbot die Verleihung von Orden, noch mehr als diese und ähnliche Vereinbarungen wirkte die Tatsache erschütternd, daß der Schutz der Berliner Bevölkerung, unter welchem die Nationalversammlung in der Singakademie tagte, mehr und mehr einen zersetzenden Einfluß ausübte und die innere und äußere Auflösung des Parlaments vorbereitete. Wiederholt wurden einzelne Abgeordnete angegriffen und mißhandelt, am 31. Oktober kam es zu einer förmlichen Belagerung des Sitzungssaales durch den aufgeregten Pöbel, und die Versammlung konnte kaum mehr als eine Vereinigung freier Männer gelten.

Der Gang der Dinge hatte Bismarck längst die Empfindung aufgedrängt, daß er auf dem vorigen Landtag mit seinem Entgegenkommen gegen das Ministerium Camphausen-Hansemann zu weit gegangen war. Damals hatte er nicht nur verschiedene Anregungen konservativer Freunde nicht berücksichtigt, sondern sogar „eine Rede, welche er geschrieben aus Schönhausen mitbrachte, die mit dürrer Schärfe alles berührte, was nachher überschmiert wurde", in der Tasche behalten. Die Erwartungen, auf welche er seine zahme Rücksicht aufgebaut, waren nicht eingetroffen, und der Ärger, daß er nicht seiner Natur freien Lauf gelassen und von der Leber gesprochen, hatte ihn längst gepackt. Er bedauerte wohl kaum, in der Nationalversammlung keinen Platz gefunden zu haben, wohl aber gewährte er seine Beihilfe, als zunächst hinter den Kulissen ein Umschwung vorbereitet wurde.

Noch viel mehr als im vorigen Jahre veranlaßte die Übereinstimmung über die vorliegenden Fragen ein Zusammengehen Bismarcks mit der Rechten. Am 1. Juli begann die Kreuzzeitung ihr Erscheinen und Bismarck lieferte in dieselbe wiederholt Beiträge. Vom 18. bis 20. August war in Berlin das sogenannte „Junkerparlament" versammelt, neben der Kreuzzeitung einer der ersten Keime des konservativen Parteiwesens. Hervorgerufen war dasselbe nicht sowohl aus dem gegenwärtig nicht befriedigten Machtbedürfnis einer an die Herrschaft gewöhnten, augenblicklich aber nicht am Staatsruder befindlichen Gesellschaftsklasse, als vielmehr durch die einschneidenden Reformvorschläge des damaligen

Miniſteriums und die günſtigen Ausſichten derſelben in der Nationalverſammlung. Ein Geſetzentwurf über die Umgeſtaltung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung wollte die Landräte nicht mehr von den Kreistagen vorgeſchlagen, ſondern von der Regierung ernannt wiſſen, wollte genau nach dem Grundſatz von der Teilung der Gewalten den Kreisvertretungen und Bezirksausſchüſſen nur geſetzgeberiſche Befugniſſe ohne Eingriff in die Verwaltung zumeſſen. Weiter verlangte das Miniſterium die Aufhebung der Gutsherrlichkeit und die Befreiung des bäuerlichen Beſitzes von den auf ihm ruhenden Beſchränkungen, Leiſtungen und Abgaben; und zwar ſollten nach einer Erläuterung des Landwirtſchaftsminiſters Berechtigungen der Großgrundbeſitzer, „welche als ein Ausfluß der Erbuntertänigkeit, der früheren Steuer- oder Gerichtsverfaſſung zu betrachten ſind, oder einem zufälligen, ſelten realiſierten Vorteile des Berechtigten die weſentlichſten Nachteile des Verpflichteten gegenüberſtellen, oder als mißbräuchliche Ausdehnung der gewöhnlichen Reallaſten zu betrachten ſind", unentgeltlich in Wegfall gebracht werden. Gleichfalls ohne jede Entſchädigung ſollten ferner alle bisher beſtehenden Befreiungen von der Grundſteuer aufgehoben werden. Der Finanzminiſter Hanſemann erblickte im jetzigen Zuſtand eine Verletzung des natürlichen Prinzips von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Hinſicht von Befugniſſen und Pflichten und ein Hindernis für die von ihm geplante übereinſtimmende Steuergeſetzgebung für alle Teile der Monarchie. Endlich wollte die Regierung die ſeit 1832 eingeſtellten Verkäufe von Domänen wieder aufnehmen, um hierdurch die ſehr verringerte Zahl der mittleren und kleineren Gutsbeſitzer wieder zu vermehren.

Alle dieſe Vorlagen riefen nach Geiſt und Inhalt den lebhafteſten Unwillen der Großgrundbeſitzer in den öſtlichen Provinzen hervor. Der alte Bülow-Cummerow, in ſeinen ſonſtigen politiſchen Anſchauungen ſehr liberal, hatte ſchon vor Jahren mit Hanſemann über die Frage, ob die Grundſteuer eine Abgabe oder eine vom Staate bezogene und darum nicht ohne weiteres auf die bisher Befreiten übertragbare Rentenbelaſtung ſei,

einen literariſchen Streit ausgefochten und ſtellte ſich jetzt an die Spitze der Bewegung. Am 24. Juli wurde in Stettin aus den zu dieſer Verſammlung geladenen Großgrundbeſitzern Pommerns und der angrenzenden Provinzen ein „Verein zur Wahrung der Intereſſen des Großgrundbeſitzes und der Förderung des Wohlſtandes aller Volksklaſſen" gegründet mit der Aufgabe: „Sicherheit und Heiligkeit des Eigentums ſowie aller nutzbaren Rechte." Bülow-Cummerow verlangte ausdrücklich Ausſchaltung aller politiſchen Fragen aus dem Vereinsprogramm, wie er ja ſelbſt die Verteidigung des Herkommens auf wirtſchaftlichem Gebiete ſeit Jahrzehnten mit der Geneigtheit zu politiſchen Reformen verbunden hatte; es war dem alten Herrn um eine Sammlung aller Intereſſenten, unabhängig von ihrem ſonſtigen Parteiſtandpunkt, zur Abwehr des drohenden Eingriffs in die überlieferten Rechte zu tun.

Auch Bismarck nahm an den Berliner Verhandlungen des ſogenannten Junkerparlaments teil. Nach ſeiner ganzen ſtaatsmänniſchen Auffaſſung und nach der Entſchiedenheit, mit welcher er ſchon im April Hanſemann gegenübergetreten, konnte für Bismarck die Wahl nicht zweifelhaft ſein. Wer ſchon in der damaligen Notſtandsvorlage das Ergebnis einer einſeitig kaufmänniſchen Anſchauung und die Verkennung der allgemeinen Bedürfniſſe des ganzen Volkes erblickte, mußte dieſen Maßſtab erſt recht an die jüngſten Vorſchläge anlegen, welche zwar bei weitem nicht alle von Hanſemann ſtammten, für welche aber die öffentliche Meinung Hanſemann als die hervorragendſte Kraft des Miniſteriums verantwortlich machte. Schon die Erwägung, daß es in einer ſolchen Zeit allgemeiner Gärung nicht ohne Gefahr war, noch weitere Keime der Unzufriedenheit auszuſtreuen, mußte Bismarck dem Bülowſchen Vorgehen geneigt ſtimmen. Eine ſolche Unzufriedenheit drohte aber gerade in den bisher an der Aufrechterhaltung der Ordnung am meiſten bewährten und intereſſierten Schichten immer weiter um ſich zu greifen, wenn dieſe die Auffaſſung gewannen, daß ſie weſentlich mit dazu dienten, die für den Staat unſicheren Elemente zu beſänftigen, und wenn

sie die Wahrnehmung machten, daß überhaupt bewußt oder unbewußt ihre Interessen durch die neue Gesetzgebung geschädigt wurden und sich weitere Schädigungen befürchten ließen. Neben der Spannung zwischen Stadt und Land, welche von der Überhandnahme solcher Reformbestrebungen zu besorgen war, mußte gerade einem Manne wie Bismarck sich die bange Frage aufwerfen, ob denn die freundlichen Beziehungen zwischen Gutsherrn und Bauern, wie er sie im letzten Jahrzehnt so vielfach angetroffen hatte, unter den veränderten Verhältnissen bleiben würden. Zu den freudigsten und stolzesten Erinnerungen aus den Märztagen hatte es gehört, daß er die Gutsbesitzer von Schönhausen und Umgebung zur Verteidigung des Königtums gegen die Aufrührer mit sich fortgerissen und geneigt gestimmt hatte. Die Wahlen zum Frankfurter Parlament und zur Berliner Nationalversammlung hatten aber bereits manche unliebsame Erscheinungen gezeitigt, welche zu Zweifeln an der Fortdauer eines solchen Vertrauens zwischen Gutsherrn und Umgebung berechtigten. In der Uckermark, Hinterpommern, Neumark waren infolge von Versprechungen, welche über eine bevorstehende anderweite Verteilung des Grundeigentums gemacht worden waren, vorzugsweise Tagelöhner zur Urwählern erkoren worden. Bismarck selbst war in seiner Heimat unterlegen. Es war nicht die notwendige Folge, aber doch immerhin eine große Wahrscheinlichkeit, daß durch das Fortschreiten auf der Bahn der Reformgesetze Unzufriedenheit auf der einen, Begehrlichkeit auf der anderen Seite geweckt wurde, ohne daß ein zwingendes politisches Bedürfnis für die Schnelligkeit des jetzt eingeschlagenen Tempos und für die Vernachlässigung der mindestens durch Billigkeitsgründe unterstützten Entschädigungsansprüche seitens der vor schweren Verlusten stehenden Großgrundbesitzer vorhanden war. Dabei wirkte die geplante Gesetzgebung auf die in Mitleidenschaft Gezogenen nicht einmal gleichmäßig, sondern belastete die Unvermögendsten am schwersten. Da die Grundsteuer die Schulden nicht berücksichtigte und diese noch weniger beim Wegfall der bäuerlichen Lasten in Betracht kamen, wurden am schlimmsten

gerade diejenigen getroffen, welche beim Ankauf nur eine geringe Anzahlung geleistet oder gar noch das Betriebskapital aufgenommen hatten und sich durch eigenen Fleiß hinaufarbeiten mußten; es bestand die Gefahr, daß auf diese Weise gerade die tüchtigsten und zuverlässigsten Landwirte von Haus und Hof vertrieben wurden und daß einerseits sie selbst mißgestimmt wurden, andererseits an ihre Stelle Elemente traten, die Bismarcks Anschauung nach weder wirtschaftlich noch politisch wünschenswert waren. Dazu kam die Ungerechtigkeit, daß ein Besitzer, der aus Westfalen nach dem Osten gezogen und bei dieser Gelegenheit ein steuerpflichtiges Gut verkauft und gegen ein steuerfreies eingetauscht hatte, unverschuldete Verluste erlitt; denn sein altes Gut war um den kapitalisierten Betrag der Grundsteuer weniger wert gewesen und dieser daher bei der veränderten Anlage berücksichtigt worden. Als weitere mutmaßliche Folgen der Hansemannschen Gesetzgebung wurden von Bismarck die Erschütterung des landwirtschaftlichen Kredits, das Steigen des Zinsfußes, die Kurseinbuße der Rentenbriefe, welche noch durch die Neuausgabe von zweihundert Millionen zur Ablösung der bäuerlichen Lasten gesteigert werden würde, geltend gemacht.

Auch an der Erörterung der Frage, wie eine Agitation großen Stiles ins Werk zu richten sei, beteiligte sich Bismarck lebhaft. Die Einleitung zu einer solchen Agitation war schon früher getroffen und wie ein Spinnennetz war der Verein mit einem Zentralkomitee unter der Leitung Bülows und besonderen davon abhängigen Komitees in den einzelnen Provinzen über die östliche Hälfte des Staates verbreitet worden. Jetzt handelte es sich aber um die wichtige Aufgabe, an den maßgebenden Orten sich Gehör zu verschaffen. Bismarck versprach sich nicht viel Erfolg davon, jedenfalls weniger als von einer tatkräftigen Vertretung des Standpunktes durch die Presse und namentlich die Kreuzzeitung; insbesondere äußerte er offen seine Überzeugung, daß mit Rechts- und Vernunftgründen bei den Ministern nichts auszurichten sei. Aber denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche die Ansichten des Vereins billigten, sollte man nicht vor den

Kopf ſtoßen, ſondern durch eine Maſſenpetition eine wenigſtens formelle Achtung bezeugen und die Geneigtheit zum Anſchluß erhöhen. Vor allem aber wollte Bismarck auch dieſe Gelegenheit benutzen, um die Autorität der Krone zu ſtützen. „Denn wenn der König auch in einem konſtitutionellen Staate unverantwortlich iſt, ſo hat er doch immer eine Verantwortung gegen Gott.“ Dieſen politiſchen Anker für das Pflichtgefühl der Krone wünſchte Bismarck durch einen an den Monarchen ſelbſt gerichteten Proteſt gegen die miniſteriellen Reformvorſchläge zu ſtärken.

In Berlin wurde die ſchon früher errichtete Vereinsverfaſſung weiter ausgebaut und insbeſondere ein Ausſchuß gewählt, der mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln die Geſetzwerdung der drohenden Vorlagen verhindern ſollte; außerdem wurde eine vom Grafen Arnim-Boitzenburg entworfene Adreſſe an Friedrich Wilhelm genehmigt. Es gelang den Gegnern des Vereins, die Abſendung einer Deputation unmittelbar an den König zu verhindern. Dagegen verſchaffte ſich noch im Laufe des Auguſt der Ausſchuß Zutritt zu allen Miniſtern und knüpfte auch mit Abgeordneten und ſonſtigen einflußreichen Perſönlichkeiten Beziehungen an. Obgleich eben in jenen Tagen Bismarck eine Tochter geboren wurde, ſo ließ er ſich durch das Familienereignis und die folgende Krankheit ſeiner Frau an der kräftigen Unterſtützung aller dieſer Schritte nicht abhalten.

Nicht bloß in die Breite, ſondern auch in die Höhe richtete jedoch Bismarck damals ſeine Wirkſamkeit. Während des Sommers war er wiederholt in Potsdam, Sansſouci und Berlin. Schon vorher wegen ſeiner 1847 hervorgetretenen Eigenſchaften vom König gewürdigt, hatte er ſich erſt recht durch ſein zielbewußtes und beſonnenes Verhalten in und unmittelbar nach den Märztagen ein großes Anſehen verſchafft, welches allerdings von der königlichen Familie nicht ſofort ihm öffentlich bezeugt wurde, tatſächlich aber in ihrem Gedächtnis Wurzeln ſchlug. Als der Prinz von Preußen, der nach der Revolution in England eine freiwillige Verbannung aufgeſucht hatte, bei der Rückkehr am 7. Juni durch Genthin fuhr, benutzte er die wenigen Minuten

Aufenthalt, um dem ganz im Hintergrund stehenden Bismarck die Hand zu reichen und die Worte zuzurufen: „Ich weiß, daß Sie für mich tätig gewesen sind und werde Ihnen das nie vergessen." Auch lud er bald darauf Bismarck nach Babelsberg ein und es entstand ein zwar nicht reger, aber doch anhaltender Verkehr zwischen Bismarck und der prinzlichen Familie. Zu Friedrich Wilhelm IV. war Bismarck ebenfalls in den ersten Junitagen berufen worden und wohl kaum so widerwillig, wie das nach den „Gedanken und Erinnerungen" den Anschein hat, der Aufforderung gefolgt. Jedenfalls begann seitdem eine rege Beziehung zwischen dem Hofe und Bismarck und letzterer erhielt an den Entschlüssen des Herrschers einen zunächst allerdings langsam, aber doch stetig wachsenden Anteil.

Im Augenblicke beherrschten zwei miteinander in enger Wechselwirkung befindliche Gesichtspunkte die Erwägungen des Königs. Die eine Frage war, wie er mit der Nationalversammlung fertig werden, die andere, wie er ein besseres Ministerium bekommen könnte. Friedrich Wilhelm scheute vor einem offenen Rechtsbruche zurück, der ihn in den Augen des Volkes bei einem erneuten Kampfe leicht für den schuldigen Teil erscheinen lassen und ihm namentlich in der Lösung der deutschen Frage schaden konnte. In dieser Anschauung wurde er namentlich durch Radowitz unterstützt. Er spähte deshalb nach einem schicklichen Anlaß, der ihn wenigstens der Form nach entlastete, und nach einer geeigneten Entledigung vom unbequemen Parlamente, welche den von ihm verfolgten Zwecke nicht als solchen, sondern nur als Begleiterscheinung und als passendes Mittel zu einer auch den Volkswünschen entsprechenderen Gestaltung der Dinge hinstellte. Nach dieser Richtung berechtigte die Unfähigkeit der Nationalversammlung zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Erwartung, daß über kurz oder lang der vom König gewünschte Augenblick kommen werde. Mißlicher war bei den Anschauungen Friedrich Wilhelms der zweite Punkt. Denn der Fürst legte seiner ganzen Natur nach ein weit geringeres Gewicht auf die inneren Anschauungen der künftigen Ratgeber. Er wollte vor allem wieder den Zustand

los sein, daß, wie er beklagte, „die Minister ja doch alles machten", sondern selbst aufs neue den Ton angeben und den Ministern einen begrenzten Rahmen ihrer persönlichen Betätigung vorschreiben. Mit einigen dieser Männer hätte sich Friedrich Wilhelm befreundet; aber er wollte sie nur als unverantwortliche, nicht als tatsächlich maßgebende Ratgeber neben sich haben und die Freiheit behalten, auch anderweitig Erkundigungen einzuziehen und unabhängig vom Willen der Minister zu handeln.

Eine solche Eigenart Friedrich Wilhelms IV. mußte notwendig eine Nebenregierung der ihm nahestehenden Männer im Gegensatz zu den berufenen Ministern erzeugen, selbst wenn nicht, wie es jetzt doch der Fall war, eine tiefe Kluft der Herkunft und der Anschauungen den Hof und das Kabinett getrennt hätte. Was aber die Schwierigkeiten noch erheblich steigerte, war, daß der König eine gründliche Änderung des jetzigen Zustandes herbeisehnte und doch nicht wagte herbeizuführen. Dadurch wurde Friedrich Wilhelm zwischen stummer Ergebung in sein Schicksal und stolzen Plänen hin und her geworfen. Ideen einer Diktatur, der Auflösung der jetzigen Nationalversammlung und der Ausschreibung neuer Urwahlen, der Wiedereinberufung des vereinigten Landtags und des Instituts der Provinzialstände schwirrten unregelmäßig durch die Luft. Bei allen Vorschlägen regte sich jedoch sofort ein Aber. Eine Diktatur erforderte Wagemut und Beharren auf der Bahn der Energie. Daß Neuwahlen eine den königlichen Wünschen gefügigere Mehrheit ergeben würden als die jetzige, war geringe Aussicht. Wenn Friedrich Wilhelm sich über alle verfassungsmäßigen Bedenken hinwegsetzte und auf den vereinigten Landtag zurückging, so mußte er damit rechnen, daß ein großer Teil seiner Mitglieder nicht kamen und die Versammlung zu einem parteiischen Rumpfparlament stempelten. Außerdem setzte der Schritt des Königs zur Wiederaufrichtung von vereinigtem Landtag und Provinzialständen nicht bloß einen schroffen Bruch mit der Nationalversammlung, sondern auch eine Wandlung des eigenen Verhaltens voraus; denn das Ministerium hatte mit der wenn auch widerwilligen Zustimmung

der Krone Vorlagen eingebracht, welche einen ganz anderen Geist atmeten.

Bismarck hat in dieses ganze Auf und Nieder der Zuversicht, in das Hin- und Herwogen der verschiedenen Gedanken des Königs, in die gegensätzlichen Ratschläge, welche ihm von dieser und jener Seite erteilt wurden, während des Sommers einen lebendigen Einblick gewonnen. Man darf annehmen, daß, soweit er selbst zur Geltendmachung seiner Ansichten gelangt ist, er seinem ganzen Standpunkte nach auf eine vorsichtige Berücksichtigung der gegenwärtigen Sachlage und die Vermeidung überflüssiger Gewaltmaßregeln, andererseits auf eine stetigere und entschiedene Bekundung des Machtbereichs der Krone gedrungen hat; doch laufen die Quellen zur Erkenntnis seiner damaligen Wirksamkeit allzu dürftig.

In einem kritischen Wendepunkt hat Bismarck allerdings ohne sichtbaren Erfolg in die sachlichen Entscheidungen einzugreifen gesucht. Als das Ministerium Auerswald-Hansemann in den ersten Septembertagen über ein Mißtrauensvotum der Nationalversammlung gefallen war, hatte der König ursprünglich das eingereichte Entlassungsgesuch des Kabinetts ablehnen und damit bekunden wollen, daß er sich durch Parlamentsbeschlüsse die Männer seines Vertrauens nicht vorschreiben lasse und sich wechselnden Mehrheiten nicht unterwerfe. Die Gelegenheit zu einem solchen selbständigen Auftreten schien außerordentlich günstig zu sein; denn der Zwiespalt war daraus hervorgegangen, daß die auf ihre Befugnisse sehr eifersüchtige Nationalversammlung in Regierungsangelegenheiten sich eingemischt und damit selbst den von der Verfassungspartei verkündigten Grundsatz von der Teilung der Gewalten verletzt hatte. Obgleich Hansemann in Hofkreisen wenig beliebt war und Bismarcks Gegnerschaft wiederholt herausgefordert hatte, so traten alle Erörterungen über die Person der jetzigen Minister hinter die Entscheidung zurück, ob Preußen den englischen und belgischen Zuständen parlamentarischer Ministerien zusteuern oder ob die Krone in dieser Richtung ihren alten Machtbereich behaupten sollte. Das Ministerium hätte je-

doch, falls es im Amte blieb, zur gewaltsamen Auflösung der Nationalversammlung bereit sein müssen, und da diesen Weg seine meisten Angehörigen nicht mitmachen wollten, weigerte es die Gegenzeichnung der Ablehnung seines Abschiedsgesuches. Es verstand sich nur zur Billigung einer königlichen Botschaft, daß Friedrich Wilhelm mit der Ansicht des abtretenden Kabinetts vollkommen einig sei und durch die Beschlüsse der Nationalversammlung ein Grundsatz verletzt werde, ohne dessen Aufrechterhaltung die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen könne. Mit anderen Worten: in einer Frage, wo der Herrscher der angegriffene Teil war, räumte dieser kampflos eine bisher unangefochtene Stellung und begnügte sich nur in einem formellen Protest sein Eigentumsrecht festzustellen. Leopold von Gerlach mißbilligte das Zurückweichen des Königs von seinem einmal eingenommenen Standpunkt, fand die Sache jedoch, da auch in der ministeriellen Fassung die Kabinettsordre die Ansprüche des Parlaments nicht anerkannte, nicht besonders schlimm. Bismarck aber war außer sich: er ging noch den gleichen Tag zu Ludwig von Gerlach, um den König zu sprechen; seine Entrüstung über die neue Niederlage der Krone teilte er auch Leopold von Gerlach mit, offenbar in der Zuversicht, durch dessen Vermittlung noch weiter auf Friedrich Wilhelm einzuwirken. Freilich wäre es, selbst wenn Gerlach sich durch Bismarck hätte überzeugen lassen, zu spät gewesen.

Wichtiger als sein Einfluß auf das Verhalten des Hofes, der schon wegen der Entschlußunfähigkeit Friedrich Wilhelms nicht groß sein konnte, war die Erweiterung seiner Erkenntnis der politischen Zusammenhänge und die Erweiterung seiner persönlichen Beziehungen. Für sein Verlangen und seine Fähigkeit, nüchtern zu beobachten und hiernach im entscheidenden Augenblick behutsam, aber zielbewußt zu handeln, war es von unschätzbarem Werte, daß er sich nicht mehr aus zerstreuten Kundgebungen und gelegentlichen Begegnungen ein unvollständiges Urteil über die Gedankenwelt des Königs zu bilden brauchte, sondern in dieser Beziehung einen ziemlich festen Boden seiner staats-

männiſchen Tätigkeit gewann. Erſt hierdurch geriet er in die Lage, einen auf genauer Abwägung der Bedingungen und Folgen beruhenden Rat zu erteilen und damit ein wichtiger Faktor der preußiſchen Politik hinter den Kuliſſen zu werden. Dabei kam ihm nun das engere Freundſchaftsverhältnis mit einigen der allernächſten Vertrauten zuſtatten. Schon vorher hatte es an Bemühungen nicht gefehlt, beſonders mit Leopold von Gerlach war er ſchon durch Vermittelung von deſſen Bruder Ludwig näher bekannt geworden, jetzt aber brachte die häufige Anweſenheit Bismarcks in Potsdam einen faſt regelmäßigen Meinungsaustauſch zwiſchen Bismarck und Friedrich Wilhelms nächſter Umgebung über deren dringende Regierungsſorgen mit ſich und damit gewann das Freundſchaftsband um ſo mehr Feſtigkeit, je weniger Leuten Leopold von Gerlach und ſeine Geſinnungsgenoſſen ihre geheimen Herzenswünſche anzuvertrauen wagten. Obwohl Bismarck nach wie vor ſich ein ſelbſtändiges Urteil wahrte, ſo konnte es bei ſeinem Beſtreben, mit gegebenen Lagen und Menſchen zu rechnen, nicht ausbleiben, daß er für ſeine nächſte politiſche Wirkſamkeit ſich auf das Zuſammengehen mit der Hofpartei angewieſen ſah. Von dieſer ließ ſich am eheſten erwarten, daß ſie den tief gebeugten Fürſten wieder zum mutigen Handeln anſpornen und dadurch den Willen der Krone aufs neue zum maßgebenden Faktor der preußiſchen Politik erheben würden; hinter dieſes wichtigſte Ziel eines Mannes, der die künftige Entwicklung des Staates an die geſchichtlich bewährte perſönliche Tätigkeit ſeiner Könige anknüpfen wollte, traten alle abweichende Anſichten über die Tragweite und wahrſcheinlichen Erfolge dieſer und jener Maßregel, über die Zweckmäßigkeit des einen oder anderen Schrittes zurück. So ergab ſich im Verein mit der wachſenden Unzufriedenheit Bismarcks über die falſche Richtung der Berliner Nationalverſammlung aus perſönlichen und praktiſchen Bedürfniſſen ein vor allem der Gemeinſamkeit der Intereſſen entſpringendes Handinhandgehen Bismarcks mit der äußerſten Rechten.

In dieſem Zuſammenhange tauchte zum erſten Male der

Gedanke auf, Bismarck, trotzdem derselbe nur dreiunddreißig Jahre zählte, selbst ins Ministerium zu bringen. Als das Ministerium Pfuel bereits in den ersten Wochen seines Bestandes sich den politischen Aufgaben noch weniger als das vorige Kabinett gewachsen zeigte, dachte Leopold von Gerlach daran, die Regierung durch einige tatkräftige und dabei charakterfeste Männer wie Kleist-Retzow und Bismarck zu verstärken. Eine solche Idee entstammte allerdings wohl mehr der Verzweiflung über die unausgesetzte Verschlechterung und Verwirrung der Lage als einer eindringenden Sach- und Menschenkenntnis. Denn bei Bismarcks ganzer politischer Auffassung wäre es undenkbar gewesen, daß dieser gerade dem schwächsten Ministerium des Revolutionsjahres als Mitglied hätte angehören können. Natürlicher war der Gedanke, beim voraussichtlich baldigen Sturz des Ministeriums Pfuel Bismarck in einem zur Verteidigung der Krone entschlosseneren Kabinett eine Rolle zuzuweisen. Aber der König selbst verwarf den Vorschlag. Friedrich Wilhelm war, trotzdem ihm persönlich das Auftreten Bismarcks während der letzten anderthalb Jahre gefallen, offenbar unheimlich zumute; seine Randbemerkung bei Bismarcks Namen auf der Liste der Ministeranwärter läßt darauf schließen, daß der Monarch von Bismarcks kräftiger Initiative fürchtete, in Verwicklungen hineingerissen zu werden, vor denen seinem eigenen Wagemut schwindelte.

Wenn demnach die Tage einer eigenen ministeriellen Wirksamkeit für Bismarck noch nicht gekommen waren, so hat er doch wenigstens einigen Anteil an der Berufung anderer Minister gehabt. Freilich gehörte Bismarck nicht zu denjenigen Männern, mit welchen sich Friedrich Wilhelm regelmäßig über Politik vertraulich unterredete und welche sich selbst mit dem Namen Kamarilla bezeichneten; er ist daher auch höchstens nur ausnahmsweise mit herangezogen worden, als es galt, für die höchsten Staatsämter die genehmen Persönlichkeiten vorzuschlagen. Aber seine Geschicklichkeit empfahl ihn, wenn es nötig wurde, sprödere Charaktere nach den Wünschen des Königs und der Kamarilla zu bearbeiten oder einzelne Personen über ihre inneren Gedanken

auszuhorchen. Auch war Bismarck durch seine parlamentarische Tätigkeit manchen Männern näher gekommen, welche mit den vertrautesten Freunden des Königs nur lose Beziehungen hatten.

Allerdings muß es zweifelhaft sein, ob zu denjenigen, welche Bismarck anzuwerben suchte, auch Georg von Vincke zu zählen ist. Die Angaben der „Gedanken und Erinnerungen" sind trotz ihrer Bestimmtheit nicht einwandfrei. Im Frühjahr, wohin dieselben Bismarcks Bemühungen verlegen, konnte Vincke nicht in Betracht kommen. Er war diejenige Persönlichkeit, welche von Bismarck mit in erster Linie für den Rückzug der Krone vor der Revolution verantwortlich gemacht wurde und deshalb in den Augen eines Staatsmannes, der vor allem dem Königtum sein Ansehen zurückgeben wollte, am wenigsten zu einer Abwandlung der Märzereignisse paßte. Während des vereinigten Landtags hatte er dann sowohl Friedrich Wilhelm zur Abdankung bewegen als auch den Prinzen von Preußen von der Regierung ausschalten, die letztere vielmehr für den unmündigen Prinzen Friedrich dessen Mutter übertragen wollen; in dieser Zeit wäre ebenfalls für eine Ministerkandidatur Vinckes kein Raum gewesen. Als dieselbe ernstlich, etwa vom Juli an, im Vordergrund der Erörterungen stand, weilte er als Abgeordneter des Reichsparlaments in Frankfurt. Die Denkwürdigkeiten des Generals von Gerlach erzählen von den wiederholten Anstrengungen, die gemacht wurden, um Vincke zu gewinnen, von einem persönlichen Handschreiben Friedrich Wilhelms, welches Vincke bei seiner fortgesetzten Weigerung die Notwendigkeit einer Militärdiktatur vorstellte, von einer systematischen Bearbeitung Vinckes durch den vorübergehend in Frankfurt weilenden General von Rauch, von einer erneuten Sendung des Hofmarschalls von Massow nach Frankfurt; über die Bismarcksche Vermittlung schweigen sie. Auch die in den „Gedanken und Erinnerungen" mitgeteilte Antwort Vinckes, „er sei ein Mann der roten Erde, zu Kritik und Opposition und nicht zu einer Ministerrolle veranlagt", ist nicht gerade wahrscheinlich. Gewiß war Vincke an sich für die persönlichen Bedürfnisse des Königs kaum die geeignete Persönlich-

keit, jedenfalls noch weniger als Männer wie Camphausen und Hansemann; denn wiewohl er mit Friedrich Wilhelm die Vorliebe für das Mittelalter, die eigentümliche Mischung von Energie und Beharrlichkeit mit Wankelmut, den beweglichen, nach der Verschmelzung alter Traditionen und neuer Eindrücke strebenden Geist teilte, so war er doch andererseits ein Mann des strengen Rechts und verlangte genaue Begrenzungen der königlichen, ministeriellen und parlamentarischen Gewalt, während Friedrich Wilhelm im Gegenteil für das ineinander fließende, für die einseitige Abhängigkeit der Gesamtheit vom Willen der Krone, für die ungeschriebenen gegenseitigen Verpflichtungen war. Aber weder der König und seine Räte noch Vincke selbst hätten diese Charaktergegensätze für ein unüberwindliches Hindernis des Zusammenarbeitens gehalten. Vincke schien nach seiner Rolle auf dem ersten vereinigten Landtag viel mehr als Auerswald und Hansemann die Gewähr dafür zu bieten, daß er bei folgenschweren Wendungen nicht versagen und durch die Entschiedenheit seines Willens imponieren würde, und die Bestimmtheit seiner Grundsätze bürgte auch dafür, daß ihn keine persönlichen Hintergedanken leiteten; in einer Zeit, wo sich der Berliner Hof nach ganzen und starken Männern sehnte, blieb durch Monate sein reges Interesse daran, Vincke in seine Dienste zu bekommen. Andererseits war es hauptsächlich die Gegnerschaft des Prinzen von Preußen gewesen, welche Vincke zu seiner anfänglichen Weigerung bestimmt hatte, und als der Prinz durch die Sendung seines Vertrauensmanns Goltz nach Frankfurt beschwichtigende Aufklärungen gab, erklärte sich Vincke bereit, wenn seine Berufung durchaus gewünscht würde, zu erscheinen, stellte aber gleichzeitig politische Bedingungen, welche von denen der Kamarilla erheblich abwichen.

Während Bismarcks Anteil an den Versuchen, Vincke zum Eintritt ins Ministerium zu bewegen, unwahrscheinlich, mindestens nicht erwiesen ist, so hat Bismarck dagegen sicher an den Verhandlungen mit dem Krefelder Fabrikanten Beckerath mitgewirkt. Beckerath stand, als Anfang September das Kabinett Auerswald-Hansemann gefallen war, im Vordergrunde der Ministerkandi-

daten. Das abgehende Miniſterium ſelbſt hatte dem König Beckerath empfohlen, und daß letzterer mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt ſei, war der Nationalverſammlung offen angezeigt worden. Beckerath war bei aller Entſchiedenheit und Feſtigkeit ſeines Charakters ein Mann der Verſöhnung zwiſchen den entgegengeſetzten Meinungen, der das Vaterland höher ſtellte als die Partei. Bismarck hielt Beckerath für Hanſemanns politiſchen Schildknappen, gerade er aber mußte die Erfahrung machen, daß ſich Beckerath keineswegs mit dem geſamten Programm des vorigen Miniſteriums zufrieden erklärte. Beckerath wurde wohl nicht bloß durch den Wunſch, unter allen Umſtänden Miniſter zu werden, ſondern durch das Verlangen, auf breiteſter Grundlage ſein Kabinett zu errichten, geleitet. Er wollte den Anſchauungen des Königs, wie dieſelben in der von Bismarck ſo ſcharf getadelten letzten Kabinettsordre ausgeſprochen waren, Rechnung tragen, er wünſchte ſich die Unterſtützung der konſervativen Partei zu ſichern, er verwarf ſehr deutlich die von Hanſemann eingeleitete Agrar- und Steuerpolitik als eine Verletzung des Eigentumsrechts. Wenn alſo Vincke als Miniſter nur ein politiſches Programm durchgeführt hätte, das ganz ausſchließlich ſeine perſönliche Überzeugung geweſen wäre, und bei der mangelnden Übereinſtimmung mit den anderen zur Regierung und Geſetzgebung berufenen Gewalten ſeinen Platz alsbald wieder geräumt hätte, war Beckerath vor allem des Willens, die verſchiedenen Richtungen in einem Brennpunkt zu ſammeln. Gerade dieſes Beſtreben eines zielbewußten Ausgleichs abweichender Strömungen erweckte Beckerath in höheren Kreiſen Gegner. Der Prinz von Preußen befürchtete von einem ſolchen Miniſterium ſchwache Maßregeln und kündigte ſein etwaiges Vorhaben an, mit ſeiner Familie nach Stettin zu gehen, Leopold von Gerlach war faſt davon betroffen, daß Beckerath vielleicht doch den König für ſich gewinnen könne, er veranlaßte Bismarck, über dieſe Gefahr mit dem Prinzen von Preußen zu reden. Die Beſorgnis war unnötig: denn Friedrich Wilhelm IV. hatte, ſtatt zunächſt die neuen Männer zur Kundgebung ihrer Abſichten aufzufordern, ihnen ſein eigenes

Programm überschickt und damit die Neigung offenbart, sie am Gängelbande zu leiten. Es hatte zwar Beckerath trotz alledem nicht, wie vielfach erwartet worden war, mit der sofortigen Ablehnung geantwortet, sondern seine persönlichen Pläne denen des Herrschers entgegengestellt, hiermit aber nur den Erfolg geerntet, daß der König sagte: „Wenn er das, was ich fordere, nicht annimmt, so kann er nicht mein Minister sein." Der Monarch ging demnach sichtlich von vornherein nur widerwillig in die Verhandlungen über die Zusammensetzung und die Aufgaben eines etwaigen Kabinetts Beckerath ein.

Außer Beckerath scheint Bismarck auch beim Grafen Alvensleben wegen Übernahme eines Ministeriums sondiert zu haben, ob in anderem Auftrage oder auf eigene Faust, ist unbekannt. Die Antwort des Befragten, der schon vor 1842 erst Finanzminister und dann Chef des Zivilkabinetts gewesen war und mit vortrefflichen Eigenschaften eine große Schwerfälligkeit im Handeln verband, war recht wenig ermutigend; er verlangte die vorherige Abdankung des Königs. Festeren Boden, um Bismarcks Teilnahme an den Verhandlungen festzustellen, gewinnen wir erst, als das Ministerium Brandenburg-Manteuffel seine Schatten vorauswarf.

Der Sommer war in einer für das Ansehen des Hofes wenig förderlichen und den König aus seiner Niedergeschlagenheit nicht aufrichtenden Weise verlaufen. Das krampfhafte Streben, passende und genehme Minister ausfindig zu machen, war ebenso beschämend wie die fortwährenden Ablehnungen, welche man sich von Liberalen und Konservativen, von freien Männern wie von Beamten und sogar von gewesenen Ministern zugezogen. Unter denjenigen, welche das Anerbieten zurückgewiesen, hatten sich dabei Leute befunden, die keineswegs aus Feigheit oder Furcht abgeschreckt worden waren, sondern die nach reiflicher Überlegung oder gar aus eigener Erfahrung für sich keinen gedeihlichen Wirkungskreis erwartet hatten. Irgendwelche bestimmte Gesichtspunkte der künftigen Politik sind aus den Namen der um ihre Mithilfe angegangenen Männer nicht ersichtlich; aufgegriffen wurde unter den von berufener und un-

berufener Seite genannten Persönlichkeiten, wer nur eben einen Ausweg aus der jetzigen Verwirrung zu finden versprach; Bülow-Cummerow konnte Herrn von Grabow und Waldeck, ein anderer Bismarck und Kleist-Retzow, ein dritter den Grafen von Arnim-Boitzenburg vorschlagen. Dabei wurde, je nachdem man sich gerade bei Hofe die Zukunft des Staates dachte, ein Plan zurechtgemacht, der oft genug für die in Aussicht genommenen Werkzeuge nicht geeignet war. Seit dem August wirkten jedoch mehrere Vorgänge zusammen, um dem König das Rückgrat zu stärken. Trotz mancher Waffenerfolge wäre es ein hoffnungsloses Unternehmen gewesen, sich gegen die europäischen Großmächte zu behaupten; Preußen selbst wurde zwar von der persönlichen Sympathie des übrigen Deutschland getragen, war aber in Wirklichkeit, da die Regierungen eine solche Stimmung nicht in Taten umsetzten, ganz auf sich angewiesen. So entschloß sich das Ministerium Auerswald-Hansemann zum Abschluß des siebenmonatlichen Waffenstillstandes von Malmö, der sowohl durch seine lange Dauer als auch durch seinen Inhalt den Dänen außerordentlich günstig war. Diesen Schritt hatte Preußen nur aus eigenen Bedürfnissen und Erwägungen, ohne Rücksicht auf die damals bestehende Reichsregierung in Frankfurt unternommen und hierdurch sich zum ersten Male wieder seit langer Zeit über die nach Gefühlen urteilende Volksgunst hinwegsetzend in offenkundiger Weise den Boden einer nüchternen, nicht nach rechts und links schielenden praktischen Staatspolitik betreten. Das verlieh dem König und seinen Ratgebern wieder Selbstvertrauen und Mut, zumal durch die Handlung selbst General Wrangel und die in den Elbherzogtümern bisher gebrauchten Truppen für die Regierung verfügbar wurden. Der anfangs sehr entschiedene Widerspruch und die darauffolgende entgegengesetzte Nachgiebigkeit des Frankfurter Parlaments, der Aufstand in Frankfurt und die Ohnmacht der Reichsregierung, welche erst aus Darmstadt und Mainz Soldaten herbeirufen mußte, die Ermordung zweier Abgeordneten dienten dazu, Reichsgewalt und Parlament einen großen Teil des Ansehens zu entreißen, das für beide einen künstlichen Ersatz für die mangelnde sachliche Gewalt gebildet hatte; umgekehrt besannen sich diejenigen

Faktoren, welche mehrfach die Zügel hatten am Boden schleifen und sich von der öffentlichen Meinung zugunsten der Frankfurter ins Schlepptau nehmen lassen, auf ihre eingeschlummerte, aber bei richtiger Pflege noch sehr leistungsfähige Kraft. Die Schwäche des Ministeriums Pfuel, dem der König das Staatsruder gerade in der Hoffnung auf eine energischere Verteidigung seiner Rechte anvertraut, trug ebenfalls dazu bei, jetzt auf Männer zu denken, die alle anderen Interessen der einen Sorge hintansetzten, wie das Volk wieder an eine feste Herrschaft des Königs und seiner Ratgeber gewöhnt werde.

Im September waren also Friedrich Wilhelm und seine Umgebung bei dem Gesichtspunkte angelangt, welcher Bismarck seit den Märztagen als Leitstern vorgeschwebt hatte, daß nämlich alle anderen Pläne und Rücksichten gegenüber der einen Hauptfrage, ob künftig ein zielbewußter Wille der Krone oder die Wünsche wechselnder und in sich nicht immer einiger Parlamentsmehrheiten befehlen sollten, vertagt werden müßten, und daß sich erst nach der Entscheidung der Hauptfrage das weitere finden werde. Mit diesem Augenblicke gewann Bismarcks politischer Anteil sehr erheblich an Bedeutung und Geltung.

Das Augenmerk der beiden Gerlach lenkte sich in diesem Zusammenhange immer mehr auf den Grafen Brandenburg. Derselbe hatte in Schlesien ganz in der Weise, wie das Bismarck für die gesamte preußische Staatspolitik forderte, fernab vom Mittelpunkte des Landes und wenig um die wechselnden Anschauungen und Strömungen bekümmert, seines Amtes als kommandierender General gewaltet und sich unter seinen Kollegen das meiste Verdienst um die Aufrechterhaltung der Ordnung erworben. Bei der Septemberkrisis hatte Leopold von Gerlach die Idee, Brandenburg die Geschäfte anzuvertrauen, noch zurückgewiesen, die Enttäuschung über das Ministerium Pfuel verschaffte aber dem Gedanken einen fruchtbaren Boden. Anfang Oktober hatten der König und seine Umgebung beschlossen, mit Brandenburg Fühlung zu nehmen, und Leopold von Gerlach reiste selbst nach Breslau. Den Eindruck, welchen letzterer gewann, war der günstigste. Brandenburg machte

ſich keinen Hehl über die Schwierigkeit des Auftrags und überſchätzte ſeine Kräfte nicht, aber er betrachtete die Aufgabe als einen militäriſchen Befehl, ſtellte ſich nach kurzer Bedenkzeit in Ermanglung eines beſſeren Anwärters dem König zur Verfügung und bedang ſich nur Freiheit im Handeln aus. Die Ausführung des Planes zog ſich freilich noch einige Wochen hin, denn ſelbſt unter ſeinen wärmſten Anhängern regten ſich dieſe und jene Bedenken. Wenn das Miniſterium vorzeitig und in einem ungeſchickten Momente gewechſelt wurde, fürchtete man die Gunſt vieler gut geſinnter Untertanen zu verlieren, auch war es bei der gefährdeten Lage Schleſiens nicht ungefährlich, ohne zwingenden Anlaß denjenigen Mann aus der Provinz zu entfernen, welcher durch Perſönlichkeit und Stellung am ſicherſten die Aufrechterhaltung der Ruhe verbürgte. Groß war auch die Mühe, Mitarbeiter zu finden. Brandenburg war offen genug, gleich bei der erſten Begegnung mit Leopold von Gerlach zu geſtehen, daß er keine Kollegen vorzuſchlagen wiſſe; er nannte einige Schleſier, deren politiſche Geſinnung er großenteils kaum näher kannte, die er aber in ſeinem bisherigen Wirkungskreiſe als zuverläſſige Männer würdigen gelernt hatte. Die Schwierigkeit ſteigerte ſich noch, als die Verhältniſſe noch vor der Vollendung der nötigen Vorbereitungen zu einem entſcheidenden Schritte drängten. Der König war willens, die Abſchaffung der Todesſtrafe und namentlich die Beſeitigung der Worte „Von Gottes Gnaden", welche für ihn einen weſentlichen Beſtandteil ſeines Glaubensbekenntniſſes ausmachten, ſich nicht gefallen zu laſſen und faſt alle ſeine Freunde, welchen auch Bismarck beipflichtete, waren in dieſen Punkten ebenfalls gegen eine ſchwächliche Nachgiebigkeit. Bismarck überredete im Verein mit dem aus Halle herübergekommenen Geſchichtsprofeſſor Leo Ludwig von Gerlach, den Entwurf zu einer königlichen Proklamation „An mein Volk" abzufaſſen, in welcher Friedrich Wilhelm erklären ſollte, bei ſeiner Überzeugung verharren zu müſſen und ſich hierbei keine Vorſchriften machen zu laſſen. „Es käme", ſo meinte Gerlach, „lediglich darauf an, auszuſprechen und feſtzuſtellen, ob der König oder die Verſammlung Herr im Lande ſei." Friedrich Wilhelm ſchrieb den Entwurf ſofort ab und

hieß ihn mit einigen Änderungen gut, die Minister indes stellten einen Gegenentwurf auf, welcher namentlich die von Gerlach sehr zugespitzte Alternative, wer im Staate zu befehlen habe, beseitigte. Über diesen Erörterungen kam der Geburtstag des Herrschers heran und Friedrich Wilhelm äußerte hierbei aus freien Stücken zu einer Abordnung der Bürgerwehr und zum Präsidenten der Nationalversammlung, Grabow, was in die Proklamation hatte kommen sollen. Das Ministerium sah in dieser königlichen Kundgebung ein Abgehen von den Grundsätzen der beschränkten Monarchie, ließ im Staatsanzeiger die Ansprache Grabows an Friedrich Wilhelm IV., nicht aber dessen Antwort abdrucken und reichte seine Entlassung ein, weil es nicht mehr das Vertrauen der Krone genieße und letztere sich nicht mehr in den verfassungsmäßigen Bahnen bewege. Es kam jetzt zu einem Wirrwarr, der selbst den im vorigen Monat noch überstieg. Der Name „Brandenburg" war selbst, ohne daß man die Pläne des neuen Mannes kannte, für die öffentliche Meinung derart eine Ankündigung der Militärherrschaft, daß viele, welche vor Gewalt zurückschreckten, den Versuch zu machen wünschten, wenn nicht das ganze alte Ministerium, so doch wichtige Bestandteile zu retten, und daß wenige wagten, unter Brandenburgs Vorsitz einem Kabinett anzugehören. Dabei schwankte Friedrich Wilhelm noch immer hin und her und Brandenburg, der seit Mitte Oktober in Berlin weilte, war wegen der fortgesetzten Hindernisse wiederholt auf dem Sprung, nach Breslau zurückzukehren, zumal er bei seiner geringen Personalkenntnis die Auswahl der als Kollegen geeigneten Männer anderen überlassen mußte. In diesem Zusammenhange spielte Bismarck eine entscheidende Rolle; ihm war es zu danken, daß überhaupt noch das Ministerium Brandenburg zustande kam. Der Graf hatte überhaupt nur zwei Männer bereit gefunden, sein Schicksal zu teilen, den Ministerialdirektor Otto von Manteuffel, der sich schon auf dem ersten und dann wieder auf dem zweiten vereinigten Landtag gegen alle Verfassungspläne erklärt hatte und seitdem im Rufe eines starren Reaktionärs stand, und Adalbert von Ladenberg, der seit 1839 Abteilungsdirektor im Kultusministerium war und dasselbe im

erſten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. einige Monate interimiſtiſch geleitet hatte. Aber als Manteuffel die völlige Ratloſigkeit in der nächſten Umgebung des Königs bemerkte, war er auf dem Punkte ſich zurückzuziehen und es drohte damit die Ausſicht, daß Brandenburg überhaupt kein Miniſterium bilden konnte. Erſt in einer dreiſtündigen Unterredung gelang es Bismarck, Manteuffel wieder zu ermutigen und zum Ausharren zu vermögen. Nachdem Brandenburg noch den kommandierenden General des rheiniſchen Armeekorps Trotha als Kriegsminiſter gewonnen, trat er mit ſeinen drei Kollegen am 9. November vor die Nationalverſammlung.

Auch in den nächſten Tagen, welche die Verlegung der Nationalverſammlung nach Brandenburg, das Scheitern des Verſuches einzelner Abgeordneter, trotz alledem die Beratungen in der Singakademie fortzuſetzen, den Einmarſch Wrangels in die Hauptſtadt und die Auflöſung der Bürgerwehr, die Verhängung des Belagerungszuſtandes über Berlin brachten, hat Bismarck eine rege Tätigkeit entfaltet. Obgleich die Briefe an ſeine Frau ſo gut wie keine politiſchen Bemerkungen umfaſſen, ſo zeigen ſie doch, wie ſehr angeſtrengt damals Bismarck gearbeitet hat. Wenn man den an ſich durchaus glaubhaften Angaben der „Gedanken und Erinnerungen" folgen will, ſo hätte Bismarck manche Maßregel damals anders gewünſcht. Nach den ſchweren Wunden, die in den letzten Monaten dem Anſehen der Krone geſchlagen worden waren, wäre es Bismarck zunächſt auf einen möglichſt vollſtändigen und glänzenden Sieg derſelben angekommen und alles weitere hätte er der Zukunft anheimgegeben. Die Verlegung der Nationalverſammlung nach Brandenburg dünkte Bismarck ſchwächlich, die ſofortige Auflöſung ohne einen nochmaligen Verſuch mit dem alten Parlament das naturgemäße. Auch daß Wrangel mit dem Schein der Freiwilligkeit die Bürgerwehr zum Abzug bewogen, erachtete Bismarck für einen politiſchen Fehler. „Wenn es zum kleinſten Gefecht gekommen wäre, ſo wäre Berlin nicht durch Kapitulation, ſondern gewaltſam eingenommen worden, und dann wäre die politiſche Stellung eine andere geweſen." Auch als das Bemühen mit der nach

Brandenburg verlegten Nationalversammlung zur Verständigung zu gelangen gescheitert war und das Ministerium eine Verfassung oktroyierte, die sich ihrem Inhalte nach den Anschauungen der bisherigen Abgeordneten tunlichst anpaßte, war Bismarck mit verschiedenen Bestimmungen keineswegs zufrieden. Doch das waren im wesentlichen taktische Fragen, welche gegenüber der großen Tragweite des endlichen Erfolges der Krone über die Nationalversammlung verschwanden. Mit dem Grundsatze, daß Friedrich Wilhelm aus freien Stücken die wichtigsten Zugeständnisse der letzten Monate aufrechterhalten wollte, dürfte Bismarck einig gewesen sein; hat doch selbst Leopold von Gerlach den von seinem Bruder Ludwig wieder ausgeheckten Plan, auf den vereinigten Landtag zurückzugreifen, als nicht mehr zeitgemäß verworfen.

Die wichtigste Sorge, welche bleibenderen Wert hatte, war in diesem Augenblick, inwieweit die Rücksicht auf die Lösung der deutschen Frage den König zu einer zurückhaltenden Ausnutzung seiner jüngsten Errungenschaften bestimmen würden. Bismarck hatte in der Verlegung nach Brandenburg einen Zusammenhang mit der deutschen Frage gewittert und in den nächsten Wochen traten neue Versuchungen an den König heran. Gerade in jenen Wochen, als das Ministerium Brandenburg ans Ruder kam, nahten sich die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments, welches seit dem 19. Oktober die künftige Reichsverfassung zu beraten angefangen hatte, einem kritischen Punkte und der Präsident Heinrich von Gagern reiste in der zweiten Hälfte des Novembers nach Berlin, um zunächst als Privatmann mit dem Hofe Fühlung zu nehmen und hier eine günstige Aufnahme der in der Entstehung begriffenen Reichstagsbeschlüsse vorzubereiten. Mit dem Gagernschen Plane war aber weder die Zusammensetzung noch der allgemeine Ruf des Ministeriums noch auch der Geist der jüngsten Maßregeln vereinbar. Da das Kabinett ohnedies vielfach für eine vorübergehende Erscheinung gehalten wurde und der unmittelbare Zweck seiner Einsetzung erfüllt schien, so machte der von einem ganzen Stabe Frankfurter Politiker begleitete Gagern Anstrengungen, entweder selbst an die Spitze eines neuen Ministeriums zu treten oder wenigstens Vincke, der

jetzt zur Übernahme eines Amtes bereit war, in die Regierung zu bringen. Auch Radowitz unterstützte dieses Verlangen und Vincke selbst suchte sich durch eine zweckmäßige Verteidigung seines früheren Verhaltens für seine gewünschte ministerielle Tätigkeit zu empfehlen.

Bismarck war nicht im Zweifel, daß das geplante Vorhaben der erste Schritt auf dem Wege zum wirklichen Aufgehen Preußens in Deutschland sei. Wurde das Ministerium Brandenburg dem Frankfurter Parlament geopfert und durch Vertrauensmänner des letzteren ersetzt, so begab sich der König der Möglichkeit, nach freiem Ermessen später zu prüfen, was er von den künftigen Frankfurter Beschlüssen brauchbar finden werde und was nicht; dann konnte er überdies seine Schritte nicht mehr nach den Bedürfnissen des preußischen Staates, sondern in erster Linie nur nach den Aussichten auf die Reichsverfassung einrichten. Um dieser Gefahr vorzubeugen, mußte zunächst jedes Aufgeben der Selbständigkeit Preußens vermieden werden, bis der deutsche Verfassungsentwurf vollendet war.

Die Aufregung ging verhältnismäßig rasch vorüber. So bereitwillig Brandenburg seine Stelle würde niedergelegt haben, so war an die Annahme seines Wunsches nicht zu denken. Das Ministerium hatte mit der oktroyierten Verfassung eine Handlung begonnen, die es selbst zu Ende führen mußte, deren Vollendung es nicht anderen Händen überlassen durfte. Auch scheute der König nach seinem ganzen monarchischen Gefühl davor zurück, über den Kopf der anderen Fürsten hinweg sich mit dem Frankfurter Parlament zu verständigen und damit die letzteren zu vernachlässigen. Nach wiederholten vergeblichen Konferenzen und Audienzen reisten die Reichstagsabgeordneten an den Main zurück.

Hiermit war allerdings nur die akute Krisis überwunden; um die Beseitigung der chronischen Anlage, welcher die Krisis entsprungen war, mußte weitergekämpft werden und jeden Augenblick konnte eine neue Krisis aus der nach Bismarcks Ansicht unheilvollen Verquickung zwischen der Lösung der deutschen Fragen und den Aufgaben der preußischen Staatspolitik hervorgehen.

Es gewährte Bismarck Befriedigung, daß er im neuen Jahre

einen größeren Spielraum für sein Wirken fand. Seinen persönlichen Wünschen hätte vielleicht mehr eine Tätigkeit in der ersten Kammer entsprochen, welche ihm ein dankbarer Boden nach ihrer ganzen Zusammensetzung gewesen wäre. Aber ihm mangelte das Alter von vierzig Jahren. Die oktroyierte Verfassung war von den strengen Konservativen mit großer Angst angeschaut worden. Sie sahen in ihr nicht die freie Tat eines Ministeriums, welches mit kühnem Griff der beschlußunfähigen Nationalversammlung in Brandenburg den Garaus machte, sondern die Frucht der Beratungen in der Kommission des aufgelösten Parlaments, und nannten sie nach dem Berichterstatter dieser Kommission spöttisch nur die „Charte Waldeck". Das Wahlergebnis war denn auch im allgemeinen ein großer Erfolg der Radikalen, so daß Kreise, welchen an einer Verständigung zwischen Regierung und Parlament gelegen war, von der Zusammensetzung des letzteren einen durch keine hinreichend starken Mittelparteien überbrückten Aufeinanderprall der äußersten Rechten und Linken befürchteten. Doch fielen die Wahlen immerhin stellenweise unter dem Eindrucke der jüngsten politischen Ereignisse und des wieder bekundeten energischen Auftretens der Regierung für diese besser aus, als es Leute wie Gerlach erwartet hatten. Während voriges Jahr auf dem platten Lande vielfach Angehörige der niedersten Volksschicht zu Wahlmännern gemacht worden waren und dies der Nationalversammlung den Namen „Tagelöhnerparlament" eingetragen hatte, wurden diesmal besonders in der Mark Brandenburg und Schlesien mit Vorliebe Gutsbesitzer Wahlmänner. Bismarck selbst ging nach hartem Kampfe im Kreise Brandenburg als Sieger hervor, nachdem fast bis zuletzt das Ergebnis zweifelhaft geblieben war. Damit war Bismarck dem öffentlichen politischen Leben wiedergegeben. Wenn er auch in den letzten dreiviertel Jahren kein teilnahmloser Zuschauer gewesen, sondern zeitweilig zwischen Berlin, Potsdam und Genthin rastlos auf der Landstraße hin und her gereist war, so entsprachen doch die Ergebnisse dieser verborgenen, aber darum Geist und Nerven doppelt anspannenden Anstrengung nicht hinreichend den aufgewandten Kräften. Ganz abgesehen davon, daß

selbst Friedrich Wilhelms nähere Freunde der im königlichen Charakter liegenden Schwierigkeiten nur unvollkommen Herr wurden, wurde Bismarck von den Gerlachs im wesentlichen für „den tätigen und intelligenten Adjutant des Kamarillahauptquartiers" gehalten. Zwar war Bismarck nichts weniger als das blinde und getreue Werkzeug, welches höhere Befehle vollzog, sondern prägte auch diesem geräuschlosen Wirken den Stempel seines eigenen starken Willens und selbständigen Urteilens auf, immerhin spielte er gegenüber den Gerlach, Rauch, Massow eine untergeordnete Nebenrolle und empfand auf Schritt und Tritt, daß er nach oben nicht einen seiner Fähigkeit gerecht werdenden Einfluß besaß, nach außen aber wegen seines Ausschlusses aus der Nationalversammlung so gut wie gar nicht zur Geltung kam.

Das Programm, auf welches hin Bismarck gewählt worden war, bewegte sich im alten Geleise seiner Lebensanschauungen. Über die Zweckmäßigkeit der neuen Verfassung dachte er kaum viel anders wie ihre streng konservativen Gegner, er unterschied sich aber von ihnen dadurch, daß er auch in ihrem Rahmen den politischen Bedürfnissen gerecht zu werden hoffte und deshalb eine Umgestaltung als eine spätere Sorge ansah. Noch immer stand für ihn im Vordergrunde, daß die Niederlagen, welche die Krone während des letzten Jahres erlitten, in ihrer dauernden Tragweite möglichst abgeschwächt, daß möglichst viele derjenigen verlorenen Posten, auf welche sich die Größe des Vaterlandes geschichtlich gründete, wieder eingenommen werden müßten. Verteidigung gegen Anarchie, strenge Preß- und Vereinsgesetze, ungeschmälerte Erhaltung des stehenden Heeres hatten vor allem dieser Aufgabe zu dienen, wenn das gelang, so meinte Bismarck, daß sich das andere finden, ja, daß alsdann manches, was sonst schwer hinzunehmen, leicht erträglich sein werde. Den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze und der tunlichst gleichmäßigen Verteilung der Steuern erkannte er als eine berechtigte Forderung an, erachtete hiermit aber „die Abschaffung geldwerter Rechte ohne Entschädigung" nicht für vereinbar. Auch von der durch die Nationalversammlung beschlossenen Beseitigung des Adels wollte er nichts wissen, wie er sich denn seit den Oktober-

tagen 1848 aus Widerſpruch nicht mehr wie früher „Bismarck", ſondern „von Bismarck" unterſchrieb. Über die deutſche Frage ſcheint er ſich, ſeinem Berichte an den Bruder nach, nicht ausdrücklich erklärt zu haben, doch waren durch die von ihm bezeichneten Punkte die Grenzlinien hinreichend angedeutet, innerhalb deren nach ſeiner Meinung die Löſung zu ſuchen war.

Am 26. Februar 1849 eröffnete Friedrich Wilhelm perſönlich den neuen Landtag. Hier tobte ſehr bald ein heißer Kampf. Die mit dem Gange der Dinge unzufriedene Linke hielt die ganze Verſammlung für verfaſſungswidrig; ſie wollte überdies den kleinen Belagerungszuſtand von Berlin aufgehoben wiſſen, mit der Motivierung, daß während deſſen Dauer die Abgeordneten in ihrer freien Meinungsäußerung und Abſtimmung behindert ſeien; endlich forderte ſie eine Amneſtie für alle ſeit dem 18. März 1848 begangenen politiſchen Verbrechen und Vergehen und begründete dieſes Verlangen damit, daß die Aufregung des letzten Jahres viele zu Reden und Handlungen fortgeriſſen hätte, für welche die Täter nicht voll verantwortlich zu machen wären. Alle dieſe Fragen wurden nach damaliger parlamentariſcher Gewohnheit bei der Debatte über eine Adreſſe an die Krone geſtreift.

Für Bismarck ergab ſich aus ſeiner ganzen Überzeugung die Stellungnahme um ſo natürlicher, je mehr ihm im letzten Jahre zum Bewußtſein gekommen war, einen wie ſchwachen Halt dieſen Anſprüchen gegenüber der König und ſeine Regierungen leiſteten und wie ſehr einzelne Schlagwörter und Lieblingswünſche die Menge berauſcht hatten. Noch kühner als auf dem vereinigten Landtag trat er diesmal der Brandung entgegen. Unerbittlich drang er darauf, daß jedermann ſich über den Sinn und die volle Tragweite ſeiner Ausdrücke und Forderungen klar wurde; insbeſondere wandte er ſich gegen die damals unter vielen Abgeordneten beliebte Auffaſſung, eine beſtimmte Anſicht, welche dieſe gerade hegten, als die volkstümliche und zeitgemäße, abweichende Meinungen jedoch für rückſtändig oder gar böswillig zu betrachten. Derartigen Übertreibungen und Verwechſlungen ſchrieb Bismarck einen großen Teil des Unheils zu, welches ſich in den letzten Monaten

ereignet hatte, und er nahm jede Gelegenheit wahr, um die Folge ſolcher Übertreibungen, wie ſie ſeines Erachtens leicht wieder eintreten konnte, zu beleuchten. Vielleicht mehr als irgend eine andere Gelegenheit haben die Verhandlungen vom Februar bis April 1849 in weiten Kreiſen zur Anſchauung geführt, daß Bismarck der tollſte und verwegenſte Vertreter des Junkertums wäre. Indes gerade dieſe Verhandlungen zeigen uns in Wahrheit, daß Bismarck auch damals nicht im Namen eines Standes oder einer Partei, ſondern nur aus ſich ſelbſt ſprach. Es waren wiederum ausſchließlich bloß die zufällig vorliegenden Fragen und die zufälligen Meinungsübereinſtimmungen in denſelben, welche Bismarck an die Seite der ſtrengen Konſervativen führten, und es war teils ſein perſönliches Temperament, teils ſeine feſte Überzeugung, daß er gegen den Strom ſchwimmend mit ganz beſonderer Wucht ſeine von der herrſchenden Zeitrichtung abweichenden Ziele hervorkehren müſſe, was ihm den Ruf des rückſichtsloſeſten und ſtreitbarſten Gegners der Liberalen verſchaffte.

Indem Bismarck der Krone ihren herkömmlichen Einfluß auf das preußiſche Staatsleben erhalten wollte, nahm er beinahe gegen jede Forderung, welche von den Liberalen erhoben wurde, Stellung. Mit Recht oder Unrecht betrachtete Bismarck den ganzen Anſpruch auf Amneſtie als ein nicht aus unbefangener ſachlicher Würdigung der Staatsintereſſen hervorgegangenes Buhlen um die Volksgunſt. Die Ergebniſſe lagen noch nicht ſoweit zurück, um als abgeſchloſſen gelten zu können. Für die ſtrafwürdige Beteiligung an den Vorgängen des letzten Jahres ließen ſich manche mildernde Umſtände und Entſchuldigungsgründe vorbringen. Bismarck ſtellte aber die Frage in den Vordergrund, welche Verwirrung eine in Bauſch und Bogen gewährte Amneſtie in den Köpfen der Untertanen anzurichten drohte. Schon daß die Krone beeinflußt werden ſollte, von einem Rechte Gebrauch zu machen, „deſſen Weſen gerade in freier und freiwilliger Ausübung beſteht“, war für Bismarck unter den obwaltenden Verhältniſſen ein wichtiger Grund zur Beanſtandung des ganzen Verlangens. Entſcheidender aber und darum von Bismarck noch dicker unterſtrichen waren die beiden anderen ſach-

lichen Einwände gegen die Amneſtie. Bismarck betrachtete den herrſchenden Zuſtand im damaligen Europa und namentlich in Preußen als einen Zuſtand des Ringens zweier feindlicher, keiner Vermittlung untereinander fähiger Prinzipien. „Das eine zieht ſeine Rechtsquelle angeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Fauſtrecht der Barrikaden. Das andere gründet ſich auf eine von Gott eingeſetzte Obrigkeit, auf eine Obrigkeit von Gottes Gnaden und ſucht ſeine Entwicklung in der organiſchen Anknüpfung an den verfaſſungsmäßig beſtehenden Rechtszuſtand.“ Die Entſcheidung über den Sieg eines dieſer Prinzipien war aber für Bismarck eine Frage der Macht, nicht der Abſtimmung. Zu dieſem Zwecke mußte die Macht der einen Seite tunlichſt geſtärkt, die der anderen geſchwächt, von Bismarcks Standpunkte mußten alſo diejenigen, welche die Kronrechte ſchützten, ermuntert und die Gegner abgeſchreckt werden. Unter derartigen Vorausſetzungen folgerte Bismarck, eine allzu ausgedehnte Begnadigung erſchüttere das Rechtsbewußtſein im Volke, rufe die Anſicht hervor, als ob es minder belangreich ſei, ſich politiſch gegen die Obrigkeit zu vergehen als gemeine Straftaten zu verüben, und als ob die Begnadigten ihre frühere Verurteilung weniger dem eigenen Verſchulden als einem Zwieſpalt zwiſchen formellen Geſetzesvorſchriften und inneren perſönlichen Empfindungen verdankt hätten. Umgekehrt fürchtete er eine zunehmende Nachläſſigkeit der zum Verteidigen der Ordnung berufenen Männer, beſonders der Soldaten, wenn die Erfüllung ihrer unter Lebensgefahr geleiſteten Dienſtpflicht nicht durch ſtrenge und entſchloſſene Gerechtigkeit gegen die Aufſtändiſchen belohnt, ſondern dieſe, als ob nichts geſchehen wäre, wieder auf freien Fuß geſtellt würden.

Der Kampf der beiden Prinzipien war auch der Geſichtswinkel, unter welchem Bismarck die anderen Forderungen der Liberalen betrachtete. In erſter Linie geſchah das bei den Verhandlungen über die Aufhebung des Berliner Belagerungszuſtandes. Schon vor Bismarck hatte Kleiſt-Retzow als ſeine eigene Anſicht ausgeſprochen, daß das Miniſterium Brandenburg durch ſein energiſches Eingreifen das Land gerettet habe. Bismarck aber ſpann den Gedanken, indem

er sich dabei enger als der konservative Vorredner auf das Thema des Belagerungszustandes beschränkte, in einer die Gegner herausfordernden Weise weiter aus. Er verglich die Freiheit des jetzigen Landtags mit derjenigen des letzten Parlaments und sprach mit Genugtuung davon, gerade dadurch unterscheide die gegenwärtige Versammlung sich vorteilhaft von ihrer Vorgängerin, daß sie gegen jede Störung gesichert sei und jedes Mitglied seine und seiner Wähler Meinung unumwunden aussprechen könne, ohne Insulten von seiten Andersdenkender ausgesetzt zu sein. Es war ihm der zutage tretende Unterschied ein Fortschritt auf dem Kampfplatz zwischen dem Prinzip des unbestimmten allgemeinen Volkswillens und der greifbaren Autorität der bestehenden, Ruhe und Ordnung verbürgender Staatsgewalt.

Die bestimmten, oft schroffen Entgegnungen und Bemerkungen Bismarcks, der sich keine Blöße in den Beweisführungen seiner Widersacher entgehen ließ, verdeckten die Tatsache, daß er auch auf diesem Landtage keineswegs allenthalben die Meinungen der Konservativen teilte. Bismarck beobachtete der Rechten gegenüber eine ähnliche Haltung wie voriges Jahr gegenüber dem Ministerium Camphausen. Die Wirkung von Bismarcks Auftreten hätte sich verflüchtigt, wenn den Zuhörern zu Gemüte geführt worden wäre, daß Bismarck Einspänner war und nicht nur von den Liberalen, sondern auch von den Konservativen erheblich abwich. Überdies standen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und den Konservativen an Bedeutung sehr erheblich zurück hinter der Tragweite des von Bismarck klar gezeichneten und der alsbaldigen Auseinandersetzung bedürftigen Kampfes zwischen den Grundsätzen der Volkssouveränität und der königlichen Autorität, und keine dieser Meinungsverschiedenheiten drängte dazu, gerade jetzt ausgefochten zu werden und deshalb den Blick von der Hauptsache abzulenken. Wie nach Bismarcks damaliger Meinung vor Jahresfrist seine Opposition gegen das Ministerium Camphausen wesentlich den Gegnern jeder staatlichen Ordnung zugute gekommen wäre und er sich darum, wo er es irgend angängig fand, Zwang auferlegt hatte, so erkannte Bismarck, daß er vor allem den Liberalen eine fest-

geschlossene Phalanx entgegenstellen müßte und deren Reihen nicht spalten dürfte.

Indes fehlte es wenigstens nicht an der einen oder anderen Andeutung, durch welche sich Bismarck gegen die Auffassung verwahrte, als ob er mit allem, was von konservativer Seite vorgebracht wurde, einverstanden sei. Trotz des für die Rechte noch verhältnismäßig günstigen Ausfalls der Wahlen lag ihr doch die oktroyierte Verfassung noch stark in den Gliedern. Sie wurde von dieser Richtung wesentlich nach der eigenen persönlichen Auffassung, nach den einzelnen Paragraphen und nach ihrer Herkunft betrachtet und namentlich Kleist-Retzow äußerte von der Rednertribüne herab offen sein Bedauern, daß das Ministerium nicht einzelne Artikel abgeändert hätte. Soweit aber folgte Bismarck den strengen Konservativen nicht, sondern fügte hinzu, daß Herr von Kleist-Retzow nur seine eigene Meinung, nicht aber die anderer ausgesprochen habe. In der Tat konnte es zurzeit bloß den Liberalen, und zwar den Radikalen unter diesen, zugute kommen, wenn die Anschauung im Volke Boden gewann, eine einflußreiche Partei erblicke in der Verfassung eine schlechte Maßregel und strebe im Grunde nach einer Verkümmerung der den Untertanen auch vom Ministerium Brandenburg zugestandenen Freiheiten. Wie immer das sachliche Urteil über die oktroyierte Verfassung lautete, sie bestand und mußte nach Bismarcks Ansicht um so mehr als bestehend anerkannt werden, weil sie gerade von den Gegnern aus taktischen Gründen angefochten wurde.

Mußte Bismarck hier aus seiner Reserve heraustreten und den von ihm befürchteten Eindruck konservativer Meinungsäußerungen verwischen, so begnügte er sich in geringeren Fällen stillschweigend damit, daß er Forderungen der Rechten nicht unterstützte. Am 21. März hielt Ludwig von Gerlach eine Rede, in welcher er die nachträgliche Genehmigung der oktroyierten Gesetze befürwortete, „um nicht Verwirrung im Lande anzurichten und den Ministern keine Verlegenheiten zu bereiten". Den Inhalt der Gesetze aber an sich tadelte er und bedauerte, daß ganz andere Fragen, welche die dringendste Abhilfe erheischt hätten, nicht angerührt

worden wären; er rügte insbesondere das Verbleiben der Steuerverweigerer und Verführer der Landwehr in den Richterämtern und die Aufrechterhaltung der von der Nationalversammlung beschlossenen habeas corpus-Akte, welche der Staatsgewalt in der Verhaftung von Angeklagten Schranken zog; endlich brach er für die Patrimonialgerichtsbarkeit der Gutsbesitzer und den eximierten Gerichtsstand eine Lanze. Auch Kleist-Retzow war die Regierung in ihrer Abkehr von den damals beliebten Volkswünschen noch nicht weit genug gegangen. Im Gegensatz zur geforderten Begnadigung der politischen Vergehen verlangte er pflichtvergessene Beamte, unter deren Augen schwere Verbrechen verübt worden, der schnellen und nachdrücklichen gesetzlichen Ahndung zu übergeben und zu diesem Zwecke den eingeführten Belagerungszustand zu benutzen. Andere Wünsche richteten sich damals auf eine gründliche Säuberung des Standes der Verwaltungsbeamten; unter der Begründung, daß verschiedene derselben der Revolution mit verschränkten Armen zugeschaut oder wenigstens nicht energisch genug entgegengearbeitet hätten, verlangte man, daß die wichtigsten und einträglichsten Stellen mit zuverlässigen Gesinnungsgenossen besetzt würden, die mit amtlicher Autorität bekleidet desto nachhaltiger ihre Ansichten vertreten konnten.

Mit einem Teile dieser Pläne wäre Bismarck an sich einverstanden gewesen. Auch er hatte noch vor wenigen Jahren mit Ludwig von Gerlach über die Erhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit einen Briefwechsel geführt, auch er mußte wünschen, daß Richter und Verwaltungsbeamte in dem von ihm geschilderten Prinzipienkampf zwischen Volkswillen und Königsgewalt die herkömmliche Ordnung verteidigten und ungeeignete Personen durch tüchtigere ersetzt wurden. Aber weder erschien ihm die Betonung solcher Forderungen im jetzigen Augenblicke zweckmäßig noch auch galten ihm die Forderungen selbst in der beanspruchten Ausdehnung für berechtigt. Ganz abgesehen davon, daß solche Kritiken gegen die gerade von den Konservativen energisch hervorgekehrte Meinung verstießen, nur der Krone gebühre die Ernennung ihrer Beamten, war es zweierlei, von Fall zu Fall nach eingehender Prüfung einen

Stellenwechsel vorzunehmen oder systematisch nach bestimmten mitgebrachten Regeln der Beamtenstaat neuzubesetzen und damit manchen ergrauten, aber sich nicht in eine Parteischablone einfügenden Diener zu schädigen. Zweierlei war es auch, im Verordnungswege geräuschlos und ohne offene Bloßstellung der betroffenen Männer Änderungen zu vollziehen oder in möglichst offenkundiger Weise die neue und bestimmte Richtung zu betonen, welche man künftig als Maßstab anzuwenden gedachte. Es hätten sich daher nach Bismarcks Meinung für die Entscheidung der augenblicklich dringendsten Hauptfragen unangenehme Folgen herausgestellt. Viele schwankten damals, ob sie der Regierung oder der Opposition folgen sollten, die einen Gefühle zogen sie auf diese, andere auf jene Seite und der größere oder geringere Erfolg beider entschied über ihren Anschluß; andere waren in den Bannkreis der neuen Ideen teils durch Schlagwörter, teils aus Mißtrauen gegen die bisherige Regierungsweise gezogen worden, ohne jedoch zielbewußte Anhänger dieser neuen Ideen zu werden; endlich gab es gar manche, die grundsätzlich gern mit der Regierung gehen mochten, aber ihren guten Willen und die Festigkeit ihres Versprechens, verfassungsmäßig ihres Amtes zu walten, bezweifelten. Diese verschiedenen Kreise, deren Unterstützung für die Stellung der Krone im jetzigen Kampfe von größtem Werte war, hätten sich sofort mit der Ansicht erfüllt, die Regierung werde durch die äußerste Rechte zur energischen Abwehr aller neuzeitlicher Forderungen gedrängt und werde diesen Wünschen nachgeben, sobald die Gegenseite nicht ihren Ernst zeige; die Krone wäre damit unnötigerweise auf einen viel kleineren Anhang eingeschränkt gewesen.

Alle diese Angelegenheiten beherrschten noch die Verhandlungen des preußischen Landtags, als die deutsche Frage wieder einmal in ein Stadium getreten war, wo sie mit erneuter Wucht die Gemüter voll und ganz beschäftigte. Seit die Frankfurter in Berlin gewesen, hatten sich die Dinge und hatte sich besonders die Stellungnahme der preußischen Regierung wesentlich verschoben. In Österreich hatte nach der Abdankung des Kaisers Ferdinand dessen Neffe Franz Josef die Herrschaft angetreten und damit bekundete sich

wieder ein zielbewußter Wille des Wiener Hofes. Am 13. Dezember 1848 hatte der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg das Verlangen aufgestellt, daß Österreich als Einheitsstaat und Großmacht erhalten und mit allen seinen Provinzen in den Deutschen Bund aufgenommen werden müsse. Der Deutsche Bund sollte auch ferner den Charakter einer losen, die Selbständigkeit der einzelnen Glieder tunlichst wenig schmälernden Staatenvereinigung tragen, abgesehen von einem anzustrebenden einheitlichen Heere, einem einheitlichen Zollverbande und einem wiederherzustellenden Bundestage seien alle geplanten Bindemittel als mit der Selbständigkeit der Staaten nicht vereinbare Einrichtungen abzulehnen, insbesondere also auch ein Reichsparlament und erst recht die ganze Tendenz der in Frankfurt beschlossenen Verfassung. Mit dieser Schwarzenbergschen Erklärung stürzte ein wichtiger Grundpfeiler des künstlichen Phantasiegebildes Friedrich Wilhelms zusammen; denn auf die fernere österreichische Mitwirkung an einer Lösung der deutschen Frage, wie sie der König träumte, war nicht mehr zu rechnen. Der Monarch war also ähnlich wie beim Sturze Metternichs vor die Alternative gestellt, ob er wegen der mangelnden österreichischen Beihilfe auf seine Pläne verzichten oder ob er eigenmächtig die Neuordnung angreifen und Österreich einen Platz im künftigen Staatsorganismus offen halten sollte. Die Notwendigkeit sich zu entscheiden war jedoch seit dreiviertel Jahren immer dringender geworden, denn die erste Lesung des Verfassungswerkes nahte sich in Frankfurt ihrem Ende und auf die Dauer konnten die Resultate der dortigen Beratungen nicht in der Luft schweben. In der Umgebung des Königs fanden heiße Kämpfe statt. Das Ministerium Brandenburg war ohne Rücksicht auf die Ansicht seiner Mitglieder über die deutsche Frage ins Leben gerufen, vereinigte in sich also Vertreter sehr verschiedener Meinungen, sein Haupt selbst war Experimenten, welche die preußischen Kräfte verzetteln konnten, abgeneigt. Endlich hatte Preußen am 23. Januar 1849 die Zirkularnote an die deutschen Regierungen erlassen, welche sich im wesentlichen auf den Standpunkt Gagerns eines engeren, aus dem nichtösterreichischen Deutschland gebildeten Bundesstaates und einer ewigen Union zwischen diesem Bundesstaat

und Österreich stellte, und die deutschen Regierungen einlud, ihre Anschauungen über den Frankfurter Verfassungsentwurf dem dortigen Reichsregiment mitzuteilen, damit dasselbe im Namen der deutschen Fürsten bei der zweiten Lesung in die Parlamentsverhandlungen eingreifen könne. In der Zirkularnote war viel von den Banden die Rede, welche Österreich an Deutschland ketteten, und welchen Österreich im vergangenen Jahre durch die Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser neue Innigkeit verliehen hätte. Ihr ganzer Inhalt bedeutete aber den Entschluß Preußens, unabhängig von Österreich sich wesentlich auf dem Boden der Frankfurter Beschlüsse mit den anderen deutschen Fürsten zu verständigen. Wenn Preußen erklärte, „im Bundesstaate keinen anderen Anteil an der Leitung der obersten Bundesangelegenheiten zu begehren als denjenigen, welchen ihm seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung seiner dem gemeinsamen Vaterland zur Verfügung gestellten geistigen und materiellen Kräfte anweist", wenn Preußen ferner versprach, „nicht nur die Aufrichtung der Kaiserwürde nicht anzustreben, sondern überhaupt keine ihm angebotene Stellung anzunehmen als mit freier Zustimmung der Regierungen", so sollten solche an sich durchaus ehrlichen Versicherungen den Adressaten die preußische Führung schmackhafter machen und die gegen dieselbe gehegten Besorgnisse zerstreuen. In demselben Ideenkreise bewegte sich auch die Thronrede vom 26. Februar: „Die innere Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate ist fortwährend der Gegenstand meiner lebhaftesten Wünsche, meine Regierung hat mit redlichem Eifer dahin gewirkt, daß dies große Ziel, für welches Preußen auch Opfer nicht scheuen wird, erreicht wird. Der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt ist angebahnt. Meine Regierung wird ihre Bemühungen in gleichem Sinne fortsetzen."

Bismarck fand die Thronrede „ganz korrekt und frei von revolutionärer Beimischung"; er fügte in einem Briefe an seine Frau hinzu: „wenn der König dabei bleibt, nicht ohne Beistimmung aller deutschen Fürsten vorzugehen, womit ich einverstanden bin, so bleibt natürlich alles beim alten, denn Österreich und andere

lassen sich auf die Frankfurterei niemals ein". Tatsächlich aber bestanden zwischen der Meinung Friedrich Wilhelms IV. und derjenigen Bismarcks große Unterschiede. Die ganze Thronrede war durchweht vom Gedanken, daß die innere und äußere Politik dem vom König verfolgten Zwecke angepaßt werden müsse, mit preußischer Initiative die deutsche Frage zu lösen; Bismarck huldigte umgekehrt der Anschauung, daß eine Lösung der deutschen Frage für Preußen höchstens einen einzelnen Bestandteil seiner gesamten politischen Aufgaben zu bilden habe und aus deren Rahmen nicht herausfallen dürfe. Bismarck hoffte und wünschte, daß auf dem Wege der Erfahrungen sich die Verständigung Preußens und der anderen deutschen Regierungen als unmöglich erweisen und die Krone von ihrer deutschen Politik zurückgebracht werden würde; Friedrich Wilhelm wollte umgekehrt seiner deutschen Politik durch die Betonung seines Willens weitester Rücksichtnahme und selbstlosen Zusammengehens die Wege ebnen. Die wichtigste Differenz beider Männer bestand aber in ihrer Stellung zu den Frankfurter Beschlüssen. Der König wäre bereit gewesen, dieselben zwar nicht in ihrer Gesamtheit, so doch größtenteils sachlich gut zu heißen, wenn nur die Form gewahrt wurde, daß die übrigen Fürsten ihre freie Zustimmung gaben und seine eigene Vorstellung über das Herrschertum von Gottes Gnaden nicht verletzt wurde. Für Bismarcks Entscheidung war maßgebend der Geist der preußischen Staatsüberlieferung und der mit ihm seines Erachtens unvereinbare Geist der Frankfurter Beschlüsse. In der ganzen oder teilweisen Annahme der letzteren erblickte er eine Unterstützung desjenigen Prinzips, welches er als das Widerspiel der Erhaltung und Weiterentwicklung des verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustandes bezeichnet hatte, welches zu bekämpfen er für seine gegenwärtig dringendste Pflicht ansah. Ja, er glaubte, daß man durch das Betreten des Frankfurter Bodens sich von einer zweckmäßigen Lösung der deutschen Frage mehr entfernte als ihr näherte. Denn nach seiner Überzeugung vermochte ein Preußen, welches die herkömmlichen Geleise der geschichtlichen Überlieferung wandelte, einen viel festeren Kristallisationskern für deutschnationale Bestrebungen abzugeben als ein Preußen, welches auf

wesentliche Elemente seiner Eigenart verzichtete und nicht mehr das volle Gewicht derselben in die Wage legte.

Ob Bismarck im Februar und März 1849 der tiefe Meinungsunterschied, welcher ihn vom König trennte, mit voller Klarheit vor Augen schwebte? Jedenfalls tat er das seinige, um in den Blicken der Mitwelt den Gegensatz möglichst milde erscheinen zu lassen. Bismarcks gesamtes politisches Wirken hätte die größte Schädigung erlitten, wenn den Zeitgenossen sich eine gewaltige Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem König offenbart hätte, und Bismarck war viel zu sehr von der Notwendigkeit durchdrungen, mit ganzer Kraft die Sache der Krone gegen unklare Volksbestrebungen zu verteidigen, als daß er sich selbst zersplittert und damit den Eindruck seines Auftretens geschwächt hätte. Die vorsichtige Taktik, welche Bismarck auch in anderen Angelegenheiten des letzten Jahres wiederholt zur behutsamen Zurückhaltung bewogen, war hier um so nötiger, wo es sich nicht um die Meinung wechselnder Minister oder zuweitgehender Parteigenossen, sondern um einen Lieblingswunsch der Krone handelte, wo zur Erfüllung oder Versagung dieses Lieblingswunsches für die nächste Zeit Bismarck sehr wenig beitragen konnte und wo der augenblickliche Gegensatz des königlichen Standpunktes zur herrschenden Ansicht des Parlaments jedenfalls mehr hervortrat als zu Bismarcks Auffassung.

In Frankfurt war am 27. März 1849 mit 267 gegen 263 Stimmen die Erblichkeit der Kaiserwürde beschlossen worden, und obgleich die ziffernmäßige Mehrheit gering war, so gehörten zur Minderheit doch fünfundneunzig Österreicher, deren Heimatstaat nach den inzwischen aufs neue bekräftigten Schwarzenbergschen Erklärungen am künftigen Deutschen Reiche niemals teilgenommen hätte. Am 28. März wählten 290 Abgeordnete in namentlicher Abstimmung Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser, die übrigen gaben weiße Zettel ab. Unter Führung des Reichstagspräsidenten Simson begab sich eine Abordnung des Parlaments nach Potsdam, den König um Annahme der Kaiserwürde zu ersuchen. Dieser hatte während der letzten Monate in seinen Entscheidungen vielfach hin und her geschwankt. Bald war ihm der Bruch mit Österreich im Vergleich mit

der Durchführung seiner deutschen Pläne als das kleinere Übel erschienen, bald wieder hatte ihn der Gedanke an diesen Bruch befremdet und teils Stimmungen, teils wechselnde Einflüsse hatten verschiedenartige Erwägungen in seiner Brust hervorgerufen. Immer aber waren in Friedrich Wilhelm zwei Gedanken lebendig geblieben. Erstens war er niemals an der Meinung irre geworden, daß er nur im freien Einvernehmen mit den Fürsten den Bundesstaat neu begründen konnte, daß es namentlich eine Verletzung der königlichen Würde gewesen wäre, wenn er die Hand zur Lösung der deutschen Frage über den Kopf der gekrönten Häupter von Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover hinweg geboten hätte. Zweitens widerstrebte seiner persönlichen Empfindung die selbständige Annahme des kaiserlichen Titels, weil er sich wohl als erster unter den deutschen Königen, aber nicht als ihnen übergeordnet fühlte und weil er erwartete, daß letztere auf einen straffer zentralisierten Bundesstaat mit einem mehrköpfigen Direktorium leichter eingingen als auf ein Reich, dem sie gleichsam einverleibt wurden. Andererseits beherrschte den Monarchen viel zu sehr die Idee, sein ehrlichstes Wollen und Können für ein einheitliches Deutschland einsetzen zu müssen, als daß er die ihm dargebotene Gelegenheit der Kaiserwahl sich entschlüpfen ließ. Er wünschte den Nachdruck, welchen das Frankfurter Parlament durch dieselbe auf eine befriedigende Lösung der deutschen Frage gelegt hatte und von welchem er hoffte, daß sich ihm die anderen Fürsten nicht entziehen möchten, nicht durch eine schlichte Ablehnung zu beseitigen. So kam Friedrich Wilhelms Antwort an die Frankfurter Kaiserdeputation am 3. April zustande, daß ihm der Ruf des deutschen Volkes ein Anrecht gebe, das er zu schätzen wisse, daß er aber ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und freien Staaten Deutschlands eine Entschließung nicht fassen könne, welche für sie und für die von ihnen regierten Staaten die entschiedensten Folgen haben müßte. Unter der Versicherung, daß er jederzeit mit preußischen Waffen Deutschland gegen innere und äußere Feinde verteidigen wolle, behielt er den Regierungen die Prüfung und Genehmigung der Frankfurter Beschlüsse vor. Am gleichen Tage noch erging eine Zirkularnote der

preußischen Regierung an ihre Bevollmächtigten in Frankfurt und bei den anderen deutschen Staaten, worin der König sich zur einstweiligen Übernahme der Zentralgewalt bereit erklärte und zugleich die Fürsten zur Abordnung von Vertretern für die Beratungen über die deutsche Frage unter Beifügung von Vorschlägen über die neue deutsche Verfassung einlud. Diese Vorschläge berücksichtigten, soweit es mit dem königlichen Standpunkte vereinbar schien, die Frankfurter Beschlüsse. Die Zirkularnote selbst wurde im vollen Wortlaut am nächsten Tage durch den Minister des Äußern den beiden preußischen Kammern mitgeteilt.

Hiermit war die preußische Volksvertretung veranlaßt, sich auch ihrerseits zur deutschen Frage zu äußern. Die Stellungnahme der Linken ergab sich schon aus dem ganzen Charakter der Frankfurter Beschlüsse. Die dortige Versammlung hatte nicht nur auf die Einwände, welche die verschiedenen Regierungen nach der Zirkularnote vom 23. Januar beim Reichsregiment erhoben, keine Rücksicht genommen, sondern die Verfassung in der zweiten Lesung noch demokratischer gestaltet wie in der ersten. Mit dem Erbkaisertum wäre zugleich ein aus dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht hervorgehender Reichstag, wären wichtige bürgerliche Freiheiten, wäre namentlich auch die Beschränkung des kaiserlichen Vetorechts gegen wiederholte Reichstagsbeschlüsse gekommen und die Einführung der Reichsverfassung hätte auf das innere Gefüge des preußischen Staates zurückgewirkt. Außerdem bestanden enge persönliche Beziehungen zwischen den Parlamentariern in Berlin und in Frankfurt, welche den ersteren das Pflichtbewußtsein auferlegten, das mühsam ins Leben gerufene Werk der Reichsverfassung nicht zu zerstören. Namentlich aber lebten sich diese Kreise in eine vom Standpunkt der Regierung abweichende Rechtsanschauung ein. Ihnen war die Reichsverfassung, wie sie aus den zwei Lesungen des Frankfurter Parlaments hervorgegangen war, ein fertiges abgeschlossenes Ganzes, welches nur auf dem in der Verfassung selbst vorgesehenen Wege, also durch den freien Willen der Volksvertreter verändert werden konnte. Das Frankfurter Parlament verlieh diesem Standpunkt noch dadurch besonderen Aus-

druck, daß es unter Berufung auf sein Mandat und den Grundsatz der Volkssouveränität von seiten der deutschen Regierungen und Untertanen unbedingten Gehorsam gegen alle seine Gesetze und Beschlüsse verlangte.

Die Hochflut schwoll in den nächsten Wochen noch weiter an. Bereits am 3. April hatte unter dem ersten Eindrucke von Friedrich Wilhelms Antwort an die Kaiserdeputation die zweite Kammer einen Ausschuß zu wählen, dem zwei Adreßentwürfe an die Krone, der eine von Vincke-Ohlendorf, der andere von Kirchmann beantragt, zur Beratung überwiesen werden sollten. Beide Vorschläge liefen darauf hinaus, möglichst rasch an den König die Bitte des Landtags um Annahme der Kaiserwürde gelangen zu lassen, und der zweite verlangte auch Anerkennung des Frankfurter Verfassungswerkes. Hierüber kam es zu scharfen Debatten, an welchen sich auch Bismarck beteiligte. Die Liberalen wollten ein schnelles Handeln der Krone bewirken und darum nicht einmal die vierundzwanzig Stunden abwarten, welche nach der Geschäftsordnung zwischen dem Kommissionsbericht und der Verhandlung desselben im Plenum liegen mußten; als ihrem Vorhaben widersprochen wurde, verlangten sie für den nächsten Tag eine Abendsitzung, weil die beiden übernächsten Gründonnerstag und Charfreitag waren. Bismarck hatte die entgegengesetzte Hoffnung, daß durch eine Verzögerung der Adresse Friedrich Wilhelm in seinem Widerstande gegen die Annahme der Frankfurter Vorschläge befestigt werde; nachdem er ohnehin bei Hofe dafür gearbeitet, daß sich Friedrich Wilhelm IV. auf die Lockrufe der Deputation spröde gezeigt hatte, verwahrte er sich unter wachsender Unruhe des Hauses gegen die Übereilung. Die Kammer beschloß gegen den Willen Bismarcks und einiger Gesinnungsgenossen, tatsächlich konnte sich aber der Ausschuß nicht rechtzeitig über einen der Entwürfe einigen. Es kam am 6. April zu einer äußerst heftigen Kammersitzung, bei der schließlich die Adresse ganz unter den Tisch fiel.

Die äußerste Linke unternahm nun gegen das Ministerium einen neuen Vorstoß. Am 13. April brachten Rodbertus, Unruh, Kosch und einige andere einen dringlichen Antrag ein, welcher die

Zirkularnote der Regierung an ihre Gesandten vom 3. April als Pflichtvernachlässigung schroff mißbilligte und die sofortige Anerkennung der „rechtsgültigen" Frankfurter Reichsverfassung verlangte. Die Lage verschärfte sich noch, als am 14. April achtundzwanzig Staaten unter der Führung von Baden und den beiden Hessen sich dem Erbkaisertum und der Reichsverfassung unterwarfen. Es blieben nunmehr außer Österreich, welches für den engeren Bundesstaat nicht in Betracht kam, und außer Preußen, welches mit allen Mitteln auf eine beschleunigte Entscheidung drängte und zu diesem Zwecke eben den mit ihrer Erklärung noch rückständigen Regierungen eine neue Frist setzte, nur noch die vier Königreiche Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover draußen, freilich gerade diejenigen Fürsten, auf deren Zustimmung Friedrich Wilhelm nach seinem monarchischen Gefühl ein besonderes Gewicht legte. Für die Berliner Regierung war damit der Weg vorgezeichnet. Nachdem sie mit großer Mühe dem lebhaften Drängen beider Kammern nach endlicher bestimmter Meinungsäußerung immer widerstanden und immer wieder durch die Ankündigung eines baldigen Bescheides die Geduld der Abgeordneten auf die Probe gestellt hatte, gab am 21. April der Ministerpräsident die unzweideutige Erklärung ab, Preußen könne die Frankfurter Beschlüsse nicht anerkennen und werde in seinen eigenen Hoffnungen dadurch getäuscht, daß die erstrebte Vereinigung aller deutscher Staaten zu einem Bundesstaate „für jetzt ein unübersteigliches Hindernis gefunden habe".

Die Gründe für eine derartige Stellungnahme Friedrich Wilhelms lagen auf der Hand. Wenn die anderen Könige nach ihrem freien Ermessen und der ihnen als Herrschern von Gott geschenkten höheren Einsicht selbst zur Anschauung kamen, daß sie ihre Länder im Rahmen eines kräftigen Bundesstaates am besten regierten, war Friedrich Wilhelm bereit, allen Wünschen, die an die preußische Mitwirkung gerichtet wurden, in weitestem Maße entgegenzukommen. Wenn er sich aber über den Widerspruch der Könige hinweggesetzt hätte, so hätte er Gewalt brauchen oder einen ihnen unerwünschten Druck ausüben müssen. Beides verstieß gegen die vom Mo-

narchen so hoch geschätzte Autorität des Königtums von Gottesgnaden und verletzte das königliche Souveränitätsgefühl, welches Friedrich Wilhelm als sein heiligstes Glaubensbekenntnis ansah und aus welchem er nicht nur für seine eigene Stellung Ansprüche ableitete, sondern diese auch für andere Könige gewahrt wissen wollte. Durch eine tunlichst große Rücksichtnahme auf ihre Empfindlichkeit, durch das Bauen goldener Brücken zu einer hilfsbereiten Mitwirkung am deutschen Einigungswerke hoffte er ihnen nach und nach die ihnen augenblicklich nicht genehme Nachgiebigkeit schmackhaft zu machen, und er brütete über einer Versöhnung des Meinungs- und Interessengegensatzes. Diese Arbeit durfte aber nicht unnötig erschwert oder gar um ihre Erfolge betrogen werden, indem Friedrich Wilhelm bei den anderen Königen gegen sich Argwohn oder gar Unzufriedenheit weckte. Denn wie Friedrich Wilhelm selbst durch eine seines Erachtens unberechtigte Opposition gegen seine Ziele und Mittel immer störrischer wurde, so erwartete er das gleiche auch von den anderen Fürsten.

Gegenüber dem Idealisten auf dem Königsthrone war Bismarck auch jetzt wieder der Mann des nüchternen praktischen Urteils. Die große Rede, welche er im Anschluß an Brandenburgs Erklärung am 21. April hielt, gab den Zuhörern ein erschöpfendes Bild seines Standpunktes in der deutschen Frage. Derselbe wich weit genug ab von dem der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und insbesondere der preußischen Landtagsabgeordneten. Aber von Illusionen und augenblicklichen Erregungen, welche in jenen Tagen so sehr die Gemüter beherrschten und selbst hervorragende Staatsmänner von der Beobachtung der leitenden Gesichtspunkte ablenkten, hielt er sich völlig frei. Auf die Zustimmung der achtundzwanzig deutschen Regierungen gab er nichts. Einmal befanden sich darunter verschiedene, die ihre Entstehung den Revolutionsereignissen verdankten, die nicht als die dauernden Obrigkeiten ihrer Länder angesehen werden konnten und überdies nicht hinreichend das von Bismarck hochgehaltene Prinzip der geschichtlichen Überlieferung vertraten, teilweise sogar sich nur durch die Verbeugung vor dem Grundsatz der Volkssouveränität mühsam im

Amte hielten. Zweitens beſaßen dieſe Regierungen zuſammen nur etwa ſieben Millionen Einwohner, alſo kaum den ſechſten Teil der Untertanen des bisherigen Deutſchen Bundes und der Provinzen Preußen und Poſen, und hatten von einem kräftigen Bundesſtaat einen wertvollen Schutz ihrer auswärtigen Intereſſen zu erwarten, für den ſie ihrerſeits wenig zu leiſten vermochten. Die Frankfurter Verfaſſung und den Anſpruch auf Anerkennung ihrer Rechtsgültigkeit tat Bismarck mit dem Satze ab: für Preußen iſt nur das konſtitutionell, was aus ſeiner Verfaſſung hervorgeht und auf ihr beruht. Er bezeichnete das Nebeneinanderbeſtehen zweier Verfaſſungen, die einander nicht angepaßt würden, als ein Unding. Die ausſchlaggebenden Motive waren aber für Bismarck wie immer ſo auch jetzt die Fragen nach der Erhaltung der preußiſchen Königstradition. Die weitaus wichtigſten Sätze ſeiner Rede lauteten: Preußen muß Preußen bleiben, das Staatsgebäude, welches Jahrhunderte des Ruhmes und der Vaterlandsliebe aufgebaut haben, welches von Grund auf mit dem Blute unſerer Väter gekittet iſt, darf nicht untergraben werden und einſtürzen, das Gold, welches dem Glanze der Frankfurter Krone Wahrheit verleiht, ſoll erſt durch das Einſchmelzen der preußiſchen Krone gewonnen werden und der Umguß mit der Form dieſer Verfaſſung wird nicht gelingen. Von dieſen Erwägungen ausgehend übte er nach zwei Richtungen an der Frankfurter Verfaſſung Kritik. Erſtens prüfte er ihre Beſtimmungen und Beſtrebungen darauf, inwieweit im neuen Bundesſtaate dem König von Preußen die Möglichkeit blieb, ſeine beſten Kräfte erfolgreich der allgemeinen Wohlfahrt zu widmen und dem Reiche den Stempel ſeines perſönlichen Wirkens aufzuprägen. Bismarcks Antwort lautete: die Frankfurter Verfaſſung bringt das Prinzip der Volksſouveränität, welches Bismarck vor wenigen Monaten als unverträglich mit dem preußiſchen Herkommen bekämpft hat, ſie bringt ein Wahlrecht, welches nach ſeiner praktiſchen Wirkung die Linke ganz bedeutend gegen die Konſervativen verſtärken muß, ſie bringt ein Staatenhaus, in welchem Preußen nicht nach ſeiner Stärke vertreten iſt und Gefahr läuft, bei wichtigen Lebensfragen in der Minderheit zu bleiben, ſie bringt die jähr-

liche Bewilligung des Reichshaushalts, welche der Mehrheit die Gelegenheit eröffnet, durch Versagen dieser Bewilligung die Staatsmaschine stillzustellen, und sie bringt namentlich die Bestimmung, daß der Kaiser nur zweimal einen Beschluß der Volksvertretung ablehnen darf und bei der dritten Wiederholung sich unterwerfen muß. Zweitens faßte Bismarck neben den Rechten, welche die Krone durch die Frankfurter Verfassung einbüßte, die neuen Pflichten ins Auge, welche dem Kaiser zuwuchsen. Bismarck hatte in der auswärtigen Politik schon längst sich den Gedanken angeeignet, daß Preußen sich in fremde Geschäfte nicht einmischen dürfe, auch wenn diese Lieblingswünsche vieler Deutschen bildeten. Die Gegenwart und der Inhalt der Frankfurter Verfassung selbst bot dem Redner Gelegenheit, das Augenmerk der Zuhörer auf greifbare politische Aufgaben zu lenken. Wenn die Frankfurter Verfassung vom Kaiser verlangte, „das ganze Deutschland zu schaffen", wäre derselbe genötigt gewesen, Österreich, Bayern, Sachsen als Rebellen zu behandeln, falls sie nicht in allen Stücken sich dem Reichswillen anbequemten; ohne ein ersichtliches preußisches Interesse, ja vielleicht unter Hintansetzung wichtiger preußischer Bedürfnisse hätte der Kaiser sich allenthalben Feinde erweckt und fast ausschließlich mit preußischen Kräften bekämpft. Die Einmischung Preußens in die schleswigschen Wirren, welche den preußischen Ostseehandel so schwer schädigten, betrachtete Bismarck nach Ursache und Verlauf als ein schlagendes Beispiel für die Verwerflichkeit dieser über seinen Interessenkreis künstlich erweiterten politischen Führerrolle Preußens.

Nach Bismarck kam von seiten der Konservativen in der langen und stürmischen Debatte auch Kleist-Retzow zu Wort. Das Ergebnis, zu welchem beide Redner in der vorliegenden Tagesfrage gelangten, war das gleiche, desto verschiedener aber die einzelnen Schlußfolgerungen und Beweisgründe. Für Bismarck war das Opfer preußischer Königsüberlieferung, für Kleist-Retzow das Eingehen auf die demokratischen Grundsätze der Frankfurter Verfassung das entscheidendste. Bismarck schloß deshalb mit einem warmen Appell an die Erhaltung des unversehrten preußischen Staats-

gebäudes, Kleist-Retzow mit der persönlichen Erklärung, sich lieber in Stücke zerreißen zu lassen, als der Frankfurter Verfassung zuzustimmen. An der Frankfurter Verfassung selbst übten Bismarck wie Kleist-Retzow ihre Kritik: Kleist-Retzow ging geschichtlich von den Faktoren aus, welche die Frankfurter Verfassung geschaffen, und unter welchen Bedingungen sie dieselben geschaffen, er beleuchtete die einzelnen Artikel, sprach eingehend von der Zusammensetzung des Staatenhauses und Volkshauses und dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht für das letztere. Bismarck legte an die Frankfurter Beschlüsse von vornherein nur den Maßstab ihrer Verträglichkeit mit den Interessen der preußischen Krone an und warf nur Streiflichter auf einzelne ihm unannehmbar dünkende Punkte und Gedanken. Kleist-Retzow verwarf die Frankfurter Verfassung mithin um ihrer selbst willen, weil sie eine Reihe seiner Anschauung schnurstracks zuwiderlaufende Bestimmungen enthielt; Bismarck betrachtete den Wert der Verfassung wie den aller Gesetze und Rechte als einen relativen, nach der besseren oder schlechteren Erfüllung des Zweckes sich richtenden. Selbst das allgemeine direkte Wahlrecht lehnte er nicht schlechterdings ab, sondern nur weil es durch die Einteilung der Wahlkreise, durch die schwierigere Organisation der ländlichen im Vergleich zur städtischen Bevölkerung, durch die deshalb zu befürchtende größere Säumigkeit und Zersplitterung der konservativen Wähler nach dem augenblicklichen Stande der Dinge einen für das preußische Staatsinteresse ungünstigen Erfolg verhieß. So warfen schon damals künftige tiefgehende Meinungsverschiedenheiten ihre Schatten voraus.

Zu jener Zeit freilich war der Eindruck der Bismarckschen Rede ein ganz anderer. Die Linke beschloß dieselbe unter dem Titel „Enthüllte Absichten der Reaktion" in zehntausend Exemplaren drucken zu lassen und durch das Land zu verbreiten. Aus dem eigenen Wahlkreise kam gegen Bismarck eine geharnischte Erklärung. Bismarck hatte sich als Abgeordneter von Brandenburg darauf bezogen, daß er diejenige Stadt vertrete, welche der Mark, der Grundlage der preußischen Monarchie, den Namen gegeben habe, und daß er dadurch sich doppelt verpflichtet fühle, sich einem Ab-

gehen vom Herkommen zu widerſetzen. Aber Bismarck war daheim erſt nach einem harten Kampfe gewählt worden und hierbei hatten die meiſten Stimmen der Stadt Brandenburg auf der anderen Seite geſtanden. Dieſe verwahrten ſich mit Entſchiedenheit dagegen, daß auf ihre eigenen Geſinnungen aus Bismarcks Ausführungen Schlüſſe gezogen würden.

Die zweite Kammer lehnte den von Rodbertus verlangten Tadel der preußiſchen Zirkularnote vom 3. April ab; dagegen eignete ſie ſich, wenn auch mit geringer Mehrheit, die Anſchauung von der Rechtsbeſtändigkeit der Frankfurter Verfaſſung an. Mit dieſem Beſchluſſe war tatſächlich das Schickſal auch dieſer Verſammlung beſiegelt. Denn zu weit hatte ſie ſich von den Grundſätzen der Krone entfernt, als daß dieſe noch die Zuverſicht hegen konnte, mit den Abgeordneten zu einem harmoniſchen Einvernehmen über die endgültige Geſtaltung des preußiſchen Verfaſſungslebens zu gelangen. Den äußeren Anlaß zum Ende bildete der am 26. April gefaßte Beſchluß der zweiten Kammer, daß der Berliner Belagerungszuſtand ungeſetzlich und daher ſofort aufzuheben ſei. Der Miniſterpräſident verlas darauf den nächſten Tag eine königliche Botſchaft, durch welche die zweite Kammer aufgelöſt, die erſte vertagt wurde.

Eine große Aufregung bemächtigte ſich der Gemüter. Auf dem Dönhoffsplatze fand eine Volksanſammlung ſtatt, bei welcher ſieben Perſonen tot blieben, und viele erwarteten den Ausbruch einer neuen Revolution in Berlin. Das Miniſterium ſelbſt war in ſich uneinig. Der Juſtizminiſter Rintelen hatte bereits ſeine Entlaſſung genommen, weil er die Ablehnung der Frankfurter Kaiſerkrone für zu ſchroff gehalten, jetzt folgte der auswärtige Miniſter Arnim-Heinrichsdorf und es handelte ſich darum, für dieſes augenblicklich ſchwierigſte Porteſeuille einen Erſatzmann zu finden. Aber auch die zurückbleibenden Miniſter waren miteinander durchaus nicht einig. Die nächſten Freunde des Königs hatten, da das Miniſterium wieder vielfach verſagte, erneute Gelegenheit, öfters hinter den Kuliſſen in die Geſchäfte einzugreifen. Als Bismarck, Kleiſt-Retzow und andere in den Landtag gewählt worden waren, hatte

ſich Leopold von Gerlach mit der Hoffnung getragen, dieſe Männer würden eine Art Regierungspartei einrichten, welche er beſcheiden genug „Kontreopposition" nannte. Aber nur in der erſten Kammer gelang es, und auch da bloß unvollkommen, eine Partei zu bilden; als jedoch Ludwig von Gerlach derſelben beitreten wollte, mußte ihm von ihrem Vorſitzenden Profeſſor Julius Stahl abgewinkt werden, weil ſonſt andere hervorragende Mitglieder ſofort ausgeſprungen wären. In der zweiten Kammer verrichtete aber Bismarck mit ſeinen Organiſationsbeſtrebungen Siſyphusarbeit. Er, Kleiſt-Retzow und Bodelſchwingh wurden gerade von denjenigen Abgeordneten, auf deren Beihilfe ſie am meiſten rechnen mußten, gemieden. Scherzhaft äußerte Bismarck zu einem Mitglied der Linken, in deren Reihen er ſich geſprächsweiſe am häufigſten bewegte, auf die Frage, warum er vorzugsweiſe mit den Liberalen verkehre: „Sie gehen mir nicht aus dem Wege und fürchten nicht, durch ihre Unterhaltungen mit mir ihren politiſchen Ruf zu ſchädigen. Da gibt es aber Leute von der miniſteriellen Seite, die gehen mir aus dem Wege, weil ſie fürchten in den Ruf der Reaktion zu kommen." Indeſſen es blieb nicht nur bei dieſem äußeren Boykott. Auch in ihrer ſachlichen Stellungnahme rückten die meiſten Konſervativen von Bismarck und ſeinen nächſten Geſinnungsgenoſſen ab. Hatte noch bei der erſten wichtigen Abſtimmung das Miniſterium Brandenburg eine freilich ſchwache Mehrheit erhalten, ſo geriet allmählich die Rechte in völlige Auflöſung. Es bildeten ſich Sondergruppen um einzelne hervorragende Abgeordnete und die deutſche Frage riß Perſönlichkeiten, welche an ſich mit der Regierung gegangen wären, mit ſich fort. Sogar Graf Arnim-Boitzenburg ſtellte ſich auf den Boden der Frankfurter Verfaſſung. Dagegen fehlte es den Konſervativen durchaus an ausgeprägten Ideen, welche ſich ähnlich den liberalen Schlagwörtern dazu eigneten, in die Maſſen geworfen zu werden. Kein Wunder, daß ſelbſt einzelne Miniſter angeſichts der zerfahrenen Verhältniſſe Bismarck das Bedenken ausſprachen, insbeſondere die deutſche Politik der Regierung ſei wegen der mangelnden Unterſtützung im Parlament und in der Preſſe nicht mehr durchführbar.

So war denn beim Auseinandergehen des Landtags Ende April die Stimmung sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite recht trübe. Die nächsten Wochen waren dazu angetan, den an öffentlichen Angelegenheiten mitwirkenden Politikern neue Rätsel aufzugeben. Die preußische Regierung war, schon weil sie sich über ihre weiteren Maßregeln nicht klar war, sichtlich und krampfhaft bemüht, an der alten Grundlage festzuhalten, daß gleichzeitig die verschiedenen Staaten und die Volksvertreter für das Einigungswerk gewonnen werden müßten. Obwohl das Frankfurter Parlament bereits in der Selbstauflösung begriffen und auch abgesehen davon an eine Verständigung mit demselben nach der abgelehnten Kaiserkrone und Reichsverfassung nicht zu denken war, so vermochte sich der König zum endgültigen Abbruch nicht zu entschließen. Am 3. Mai wurde der Frankfurter Nationalversammlung nochmals die Mitwirkung an der Lösung der deutschen Frage innerhalb der Linien, welche Preußen beobachten wollte, anheimgegeben, gleichzeitig aber wiederholt, daß bei der fortgesetzten Weigerung, die Ansprüche auf die schon bestehende Rechtsgültigkeit der Verfassung fallen zu lassen, die Regierung ihre eigenen Wege gehen müsse. Die Mahnung war durchaus vergeblich. Glücklicher, allerdings nur durch einen vorübergehenden Erfolg, war Preußen mit seinen Bemühungen bei den anderen deutschen Regierungen. Der König hatte in der verfahrenen Lage, welche im Laufe des April entstanden war, seinen alten Ratgeber für deutsche Angelegenheiten Josef von Radowitz aus Frankfurt, wo dieser einen mächtigen Einfluß im Reichstag ausgeübt hatte, in seine Nähe berufen, und Radowitz hatte eine Note aufgesetzt, durch welche alle deutschen Regierungen aufgefordert wurden, Bevollmächtigte zur Erwägung einer annehmbaren Verfassung nach Berlin zu senden. Dieser Einladung konnten diejenigen Staaten, welche die Frankfurter Verfassung bewilligt hatten, nicht Folge leisten; die süddeutschen Könige schieden, da sie als Hauptgrund ihrer Ablehnung die preußische Führung ansahen, ebenfalls aus, obgleich Bayern nach Berlin einen Vertreter als Zuhörer schickte. Österreich beteiligte sich zwar formell, hatte aber von Anfang an dem Radowitzschen Programm die Spitze abgebrochen,

indem es auf den Grundgedanken eines engeren deutschen Bundesstaates und seiner ewigen Union mit Österreich nicht eingehen wollte. Es blieben also nur Sachsen und Hannover übrig, welche an sich freilich dem Plane ebenfalls abgeneigt waren, aus anderen mit ihm nicht zusammenhängenden Gründen ihm jedoch nicht ohne weiteres zu widersprechen wagten, sondern ihre Zustimmung nur an die voraussichtlich unerfüllbare Bedingung des rechtzeitigen Beitritts der süddeutschen Königreiche banden. So kam auf der Basis eines von Radowitz gelieferten Entwurfs, der sich möglichst der Frankfurter Reichsverfassung anpaßte und die für die Fürsten und Konservativen anstößigsten Bestimmungen ausmerzte, am 26. Mai das sogenannte Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover zustande. Die anderen deutschen Regierungen wurden zum nachträglichen Beitritt eingeladen und für einen späteren Zeitpunkt der Zusammentritt einer Reichsversammlung ins Auge gefaßt, welche dem Radowitzschen Entwurfe endgültige Gesetzeskraft verschaffen sollte.

Wenige Staatsmänner hat Bismarck zeitlebens mit dem gleichen instinktiven Hasse verfolgt, wie den Urheber des Dreikönigsbündnisses. Wie so häufig bei Bismarck paarten sich auch in diesem Falle persönliche und sachliche Motive. Das Berechnende, das Gemachte, welches in Radowitz' Wesen und namentlich in seinem gesellschaftlichen und parlamentarischen Auftreten lag, war Bismarck unheimlich. Bismarck, der für sich selbst die Richtschnur eines möglichst unbefangenen Erfassens der Wirklichkeit und eines charakteristischen und schlagenden Ausdrucks seiner immer auf nüchternem Urteil fußenden Gedanken befolgte, fühlte sich dadurch abgestoßen, daß Radowitz zwar ebenfalls kurze und bezeichnende Redewendungen liebte, diese jedoch auf das genaueste und sorgfältigste einstudiert hatte. Während Bismarck seinen eigenen Zuhörern den natürlichen Ausfluß innerster Empfindungen und persönlicher Erfahrungen mitteilen und dadurch die Erkenntnis des wahren Sachverhalts und der daraus hervorgehenden praktischen politischen Aufgaben fördern wollte, bestand nach Bismarcks Dafürhalten ein Widerspruch zwischen der anscheinenden Leidenschaftslosigkeit von

Radowitz, welche die Menge an einen klaren durchdringenden Verstand mußte glauben lassen, und zwischen den vom Boden der Wirklichkeit sich entfernenden Illusionen, welche tatsächlich Radowitz beherrschten. Daher gewann Bismarck bei Radowitz den Eindruck, daß dessen Einfachheit, Erhabenheit und Ruhe künstlich hergestellt war und seine Reden deshalb mehr Sand in die Augen streuten als belehrten. Faktisch waren freilich die Radowitzschen Meinungsäußerungen keineswegs auf beabsichtigte Täuschung, sondern auf die romantischen Anschauungen und die Abkehr von den tatsächlich gegebenen Verhältnissen zurückzuführen, aber Bismarck war nun einmal nicht der Mann, welcher sich für innere Beweggründe eines anderen Menschen interessierte, wenn diese seinem eigenen praktischen Denken und Handeln gleichgültig sein konnten; er urteilte von der Wirkung, die seines Erachtens in den verwirrten und irregeleiteten Ansichten der Hörer und Leser bestand, auf die Motive des Redners. Einige Äußerlichkeiten unterstützten Bismarcks Auffassung, als ob Radowitz Pose machte; der niemals stockende glatte Fluß der Rede, welchen Bismarck auch sonst geneigt war als das Ergebnis mechanischer Schulung und Übung zu betrachten, die verblüffende Sicherheit und Schnelligkeit, mit welcher Radowitz in den entlegensten und unbedeutendsten Sachen Bescheid wußte, insbesondere die spielende Herrschaft über sein einzig dastehendes Zahlengedächtnis. Auch diese Eigenschaften, mit welchen Radowitz die Führung in den Salons gewann, hatten außer seinem ungewöhnlich umfangreichen Wissen ihre Quelle in der sorgfältigen Weise, wie er sich vor Gesellschaften auf eine Reihe unter sich sehr verschiedenartiger Unterhaltungsgegenstände vorbereitete, und in dem Geschick, mit welchem er auf die letzteren scheinbar unbeabsichtigt die Gespräche zu lenken wußte. Bismarck aber, den es kein Verlangen trug, nach den Ursachen von Radowitz' schlagfertigen Kenntnissen zu forschen, erblickte in solchen Bescheiden nur ein von innerem Gehalte nicht begleitetes Blendwerk. Dazu kam, daß auch andere Leute, mit welchen Bismarck häufig seine Gedanken austauschte, wie die Gerlach, Kleist-Retzow, Manteuffel ebenfalls eine große Abneigung gegen Radowitz hegten, die teilweise ähnlichen Gründen entsprang

wie das in Bismarcks eigener Bruſt ſchlummernde Mißtrauen und Unbehagen.

Die ausſchlaggebendſte Urſache für Bismarcks feindſelige Gefühle gegen Radowitz war aber doch die felſenfeſte Überzeugung des erſteren von der Unvereinbarkeit ihrer beiderſeitigen politiſchen Ziele. In denjenigen Berliner Kreiſen, wo Bismarck vorzugsweiſe verkehrte, war die Anſchauung verbreitet, daß an vielen unglücklichen Ereigniſſen der letzten zwei Jahre Radowitz ſchuld geweſen ſei. Leopold von Gerlach warf ihm vor, daß er dem König in den deutſchen Fragen immer einen falſchen Rat gegeben, vor allem, daß er in dem Augenblick, wo mit Brandenburg endlich wieder eine ſtarke Hand die Zügel der Regierung ergriffen, Grabow und deſſen Geſinnungsgenoſſen als Miniſter empfohlen hatte, um aus Rückſichten auf die deutſche Sache Krone und Berliner Nationalverſammlung wieder zuſammenzuleimen. Unzufrieden war Gerlach ferner über Radowitz' Wertſchätzung der Erlaſſe vom 18. März 1848 und deſſen Hochachtung vor einigen Frankfurter Parlamentariern, welche er auf Gegenſeitigkeit zurückführte, über das Kokettieren mit den für Gerlach und ſeine Freunde abſtoßenden Anſichten des Frankfurter Reichstags und über ſein Eintreten für eine energiſche Haltung Preußens in bezug auf die Elbherzogtümer. Eine ganze Reihe der nächſten Freunde Friedrich Wilhelms IV. waren entſchloſſen, ihren Abſchied zu nehmen, falls das Kabinett Brandenburg fallen und Radowitz Miniſterpräſident werden würde. Bismarck wurde alſo von vornherein durch Perſonen, deren Standpunkt er zwar nicht durchweg teilte, die ihm aber verhältnismäßig doch am nächſten ſtanden und mit ihm beſonders in der Abneigung gegen eine aus Haſchen nach Volksgunſt und nach deutſcher Popularität hervorgehende Nachgiebigkeit der Krone einig waren, gegen Radowitz eingenommen. Eine ſelbſtändige Prüfung des Gehaltes ſeiner deutſchen Pläne führte Bismarck zu einem ähnlichen für Radowitz ungünſtigen Ergebnis. Einige Bedenken, welche Bismarck in ſeiner Rede vom 21. April gegen die Annahme der Frankfurter Reichsverfaſſung geäußert, waren durch den Radowitzſchen Entwurf und das Dreikönigsbündnis beſeitigt, im ganzen aber dauerten

die Beweggründe Bismarcks gegen deutsch-nationale Experimente auch für den vorliegenden Fall fort. Dieselben schwebten völlig in der Luft, weil Österreich, Bayern und Württemberg das ganze Vorhaben sehr entschieden bekämpften und nicht einmal die beiden Teilnehmer des Bedürfnisses mit Preußen Hand in Hand gingen. Die Stellung des Königs war auch dadurch nicht stärker geworden, daß die Staaten, welche die Frankfurter Verfassung angenommen, nach dem Zerfall des Reichstags auf den Boden des Dreikönigsbündnisses traten und ein Teil der erbkaiserlichen Partei in Frankfurt, den vollzogenen Tatsachen sich fügend, ebenfalls sich entschloß, den dem Frankfurter wenigstens ähnlichen Radowitzschen Entwurf der deutschen Bundesstaatsverfassung zu unterstützen; denn diese Beihilfen reichten nicht aus, um den Widerstrebenden die Lust der Opposition gegen den Plan zu vergällen. Indem sich Preußen zum Vertreter der Reformideen aufwarf, drohte es vor die gleiche Alternative gestellt zu werden, vor welcher Bismarck schon im April gewarnt hatte: mit Gewalt sein Programm durchsetzen zu müssen, weil es sich zu tief in die deutsche Frage verstrickt hatte und aus Ehrgefühl nicht zurück konnte, oder einen schimpflichen Rückzug anzutreten, der zu den früheren Niederlagen der Krone eine neue fügte und außerdem bei allen Beteiligten ein tiefes Mißtrauen gegen Preußen hinterlassen mußte.

Es war für Bismarck nicht leicht, gegen die herrschende Mode die Anschauung zu vertreten, daß Preußen sich vom festen Boden der tatsächlichen Voraussetzungen und der hierdurch gezogenen Grenzen seiner Handlungsfreiheit nicht entfernen dürfe. Als das Dreikönigsbündnis bekannt wurde, war in Preußen kein Parlament vorhanden. Nicht nur war der Auflösung des Landtags nicht die Ausschreibung von Neuwahlen auf dem Fuße gefolgt, sondern über das gesetzliche Verfahren, nach welchem letztere stattfinden sollten, herrschte einen ganzen Monat hindurch völlige Ungewißheit und flatterten infolgedessen die abenteuerlichsten Gerüchte. Wenn schon während der Verhandlungen die Konservativen durch mangelnden Zusammenhalt und durch eine an festen politischen Zielen arme Regierung gelähmt worden waren, so wuchs diese Schwäche von

Tag zu Tag. Der Oberpräsident von Sachsen warnte Manteuffel, daß die Umsturzparteien sich der jetzigen Unsicherheit über die nächste Zukunft als eines dankbaren Agitationsstoffes bemächtigten und für die Regierung die Hoffnung auf ihr günstige Wahlen immer geringer wurde. Da indes die neue Gestalt der preußischen Verfassung wesentlich vom Aussehen des künftigen deutschen Bundesstaates abhing, konnte erst nach dem Abschluß des Dreikönigsbündnisses das abgeänderte Wahlgesetz veröffentlicht werden. Umsonst hatte Manteuffel darauf Bedacht genommen, daß niemand, der bisher gewählt hatte, von der Wahl ausgeschlossen wurde. Weil die gleichen Einschränkungen, welche die neue preußische Verfassung gegenüber der alten enthielt, auch im Radowitzschen Entwurf gegenüber dem Frankfurter vorgenommen worden waren, so erhielt die Opposition gegen die Veränderung in Preußen einen Zuzug aus allen den politischen Kreisen, welche für die innerpreußischen Verhältnisse geringeres, an der künftigen Entwicklung Deutschlands aber ein desto größeres Interesse nahmen. Die Liberalen waren entrüstet darüber, daß künftig die Urwähler in drei nach den Staatssteuern abgestuften Klassen geteilt wurden und jede Klasse ein Drittel der Wahlmänner erkor, daß die Wahlen abteilungsweise und durch Abgabe der Stimme zu Protokoll erfolgten. Die radikale Presse erachtete dieses Verfahren als eine Verletzung des Grundsatzes von der Gleichberechtigung aller Bürger und selbst Georg von Vincke wollte auf der Basis eines solchen Wahlgesetzes nicht in das Parlament eintreten. Indem die Demokraten von der Urne fernblieben, erhielten bei den Wahlen die Gemäßigt-Liberalen das Übergewicht; daneben war eine starke konservative Minderheit vorhanden.

Mit einer derart zusammengesetzten Kammer konnte an sich die Regierung bequem auskommen. Aber teils in der eigenen Beschaffenheit der letzteren, teils in der deutschen Sache lag eine Menge Zündstoff. Brandenburg vermochte nur dadurch halbwegs seinen Willen durchzusetzen, daß er fortwährend die Kabinettsfrage stellte und es dem König schwer gefallen wäre, ein anderes Ministerium zu finden. Er hatte als Soldat und mit militärischem Gehorsam sein Amt angetreten, hing aber weder an diesem noch verband

er mit ihm irgendwelche höhere Ziele. Neben diesem Ministerium wurde Radowitz zum Regierungskommissar in der deutschen Angelegenheit bestellt. Der Landtag sah demnach eigentlich zwei Kabinette sich gegenüber, erstens das offizielle Ministerium für die laufenden preußischen Staatsgeschäfte und dann den vorläufig ohne amtliche Stellung als persönlichen Vertrauensmann Friedrich Wilhelms auftretenden Urheber des Dreikönigsbündnisses, um diejenige Aufgabe zu verfechten, welcher nach seiner eigenen Ansicht und auch nach den inneren Wünschen seines Herrn alle anderen schwebenden Probleme untergeordnet werden sollten.

Die Thronrede, mit welcher Graf Brandenburg am 7. August 1849 den neuen Landtag eröffnete, war ein Kompromiß verschiedener Anschauungen und Bestrebungen, bei dem Radowitz den Löwenanteil davongetragen hatte. Die ersten Ausführungen galten dem vom Ministerium Brandenburg seit dreiviertel Jahren erfolgreich verwirklichten Ziele. „Wir haben es als eine dringende Pflicht erkannt, mit Kraft und Strenge jener Schreckensherrschaft entgegenzutreten, welche eine verwegene Partei über Preußen und Deutschland auszuüben begann. Die tiefererschütterte Ruhe und Ordnung haben wir herzustellen und zu befestigen gesucht." Hieran knüpfte sich aber sofort die Versicherung, daß mit gleicher Entschiedenheit Preußen „die wahren Bedürfnisse und berechtigten Forderungen der Nation" anerkannt, „die Errichtung eines deutschen Bundesstaates mit der ihm gebührenden Macht und mit der in ihm begründeten Volksfreiheit", indes nur auf den Wegen des Rechtes und der Ehre, erstrebt und dabei auch den Schein eines Zwanges ängstlich vermieden habe. Die politische Wiedergeburt Deutschlands, deren Erörterung auch dem Umfang nach in der Thronrede den breitesten Raum einnahm, wurde ausdrücklich als die „Hauptaufgabe unserer Wirksamkeit" bezeichnet. Alsdann ging Brandenburg wieder zu inneren preußischen Angelegenheiten über; er rechtfertigte die Abänderung des Wahlgesetzes und eine Reihe von Verordnungen gegen die Störung des öffentlichen Friedens, welche alle dem Landtag zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden sollten, und kündigte mit Rücksicht auf den gesunden Zustand der

Staatsfinanzen Vorschläge an, welche geeignet seien, vielen fleißigen Händen lohnende Beschäftigung zu gewähren. Hierauf sprach die Thronrede von den durch Englands Vermittlung eingeleiteten Friedensverhandlungen mit Dänemark, welche freilich nicht alle Wünsche wegen der Elbherzogtümer erfüllten, aber jedenfalls für die unerträglichen Opfer des Ostseehandels ein Ende erwarten ließen. Zum Schlusse war nochmals die baldige Lösung der deutschen Frage in den Vordergrund geschoben.

Wiederholt hatte sich Bismarck in den letzten Jahren veranlaßt gesehen, aus Zweckmäßigkeitsgründen seine Meinungsäußerungen und Stellungnahmen gegebenen Voraussetzungen anzupassen. In keinem Falle war das aber so schwierig gewesen wie jetzt.

Mit einem großen Teile der geschehenen und geplanten Maßregeln konnte sich Bismarck durchaus einverstanden erklären. Die Verfassung vom 5. Dezember hatte sich niemals derart seinen Beifall errungen, daß er ihr eine Träne nachgeweint hätte. Es ließ sich ja gegen die neue Kammer einwenden, daß sie nicht wie ihre Vorgängerinnen im Boden des Volkes wurzelte und daß sie daher vielleicht nicht im gleichen Maße die Anschauungen der Untertanen vertrat. Aber auf den Volkswillen, dessen leichte Bestimmbarkeit und Wankelmut Bismarck längst als ein Hindernis gedeihlichen Staatslebens erschienen war, hatte derselbe seinem ganzen Standpunkte nach ein weit geringeres Gewicht gelegt als auf die tätige und verständige Mitarbeit weiterer Kreise an öffentlichen Fragen und diese schien ihm durch die Zusammensetzung des jetzigen Parlaments und durch den guten Willen seiner Führer besser verbürgt als bei den früheren Volksvertretungen. Von den Schritten, welche das Ministerium zur Wiederherstellung der Ordnung getan, hatten verschiedene allgemeine Unzufriedenheit erregt. Durch eigenmächtige Verordnungen hatte die Regierung die Preß- und Versammlungsfreiheit beschränkt, die Unabhängigkeit der Richter angetastet, nicht einwandfreie und ziemlich kleinliche Strafverfolgungen politisch hervorragender Persönlichkeiten eingeleitet. Bismarck billigte diese Vorgänge keineswegs durchaus. Hatte doch er schon im April kurz vor dem Auseinandergehen des Landtags dem radikalen Ab-

geordneten Lothar Bucher eine Verfolgung von dessen Gesinnungsgenossen als unwahrscheinlich bezeichnet und war später Lügen gestraft worden. Aber Bismarck billigte vollkommen die Gründe, welche das Ministerium zu seinen Maßregeln bestimmt hatten, und erkannte die Tatsache an, daß das Vertrauen in die Festigkeit der politischen Zustände wiedergekehrt war und die Neigung zu Putschen aufgehört hatte. Vor wenig mehr als Jahresfrist hatte er seine Einwilligung zu den von Hansemann vorgeschlagenen Notstandsarbeiten verweigert, aber auch hier war seine Stellungnahme jetzt eine andere geworden. Damals hatte er aus Mißtrauen gegen Hansemann gehandelt, während er den nunmehrigen Ministern in dieser Richtung Zuversicht entgegenbrachte, und außerdem hatte er damals besonders die ihm angesonnene, unbestimmte und weitgehende Vollmacht zur Beschaffung und Verwendung von Staatsgeldern getadelt, während diesmal klare und eingehende Vorlagen versprochen wurden. Wichtiger aber noch als diese Übereinstimmung in den einzelnen Fragen der inneren preußischen Staatspolitik war Bismarcks Erinnerung, daß das Ministerium mühsam zustande gebracht war und durchaus nicht fest stand, daß es zum ersten Male wieder eine sichere Hand gezeigt hatte und man von den Nachfolgern möglicherweise neue Erschütterungen und Störungen zu erwarten hatte. Denn an ein Ministerium derjenigen Politiker, welche die Lösung der deutschen Frage von den unmittelbaren Staatsaufgaben ausscheiden und den altpreußischen Charakter des Gemeinwesens wieder hervorkehren wollten, war nicht zu denken; ein solches hätte weder beim König, der die Radowitzsche Taktik zurzeit als die seine betrachtete, noch auch beim Volke, welches hierin eine weitere Enttäuschung seiner nationalen Wünsche erblickt hätte, irgendwelchen Halt besessen.

Bismarck war also, ganz abgesehen davon, daß er zu Brandenburg und Manteuffel viel mehr Vertrauen hegte wie zu Camphausen und Hansemann, gezwungen, das Ministerium zu unterstützen und ihm gegen anderweitige Angriffe beizuspringen. Aber er konnte nicht, wie im vorigen Jahre, gleichsam zusehen und sich auf gelegentliches Eingreifen in die Erörterungen beschränken. Dazu

ſtanden die Dinge viel zu ſehr auf des Meſſers Schneide und war die Gefahr der unheilvollen Rückwirkung von der deutſchen Politik Preußens auf deſſen innere und äußere Machtſtellung allzu groß. Die grundſätzliche Aufgabe war für Bismarck klar genug vorgezeichnet, daß die deutſche Frage aus ihrer jetzigen Vorzugsſtellung zurückgedrängt und das Augenmerk der Miniſter und Abgeordneten dafür auf die Erledigung von Problemen der praktiſchen preußiſchen Politik konzentriert werden mußte. Aber dieſes grundſätzliche Ziel war ſchwer zu verfolgen.

Denn davon, daß, wie einige Stimmen laut wurden, der preußiſche Landtag ſich mit der deutſchen Frage nicht beſchäftigte und dieſe dem geplanten allgemeinen Parlamente überließ, konnte nicht die Rede ſein. Vielmehr boten ſowohl die Abgeordneten als auch die Regierung ſelbſt ſehr bald Veranlaſſung zur Erörterung der nationalen Wünſche. Mit Rückſicht auf die damals tagende Frankfurter Verſammlung war in die preußiſche Dezemberverfaſſung ein Artikel eingeſchoben worden: „Sollten durch die für Deutſchland feſtzuſtellende Verfaſſung Abänderungen des gegenwärtigen Verfaſſungsgeſetzes nötig werden, ſo wird der König dieſelben anordnen und dieſe Anordnung den Kammern bei ihrer nächſten Verſammlung mitteilen. Die Kammern werden dann Beſchluß darüber faſſen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutſchen Verfaſſung in Übereinſtimmung ſtehen.“ Hierzu brachte bereits in den erſten Tagen der frühere Märzminiſter und nachherige Bevollmächtigte Preußens bei der Frankfurter Reichsregierung, Ludolf Camphauſen, in der erſten Kammer den an ſich natürlichen dringlichen Antrag ein, daß dieſer Artikel jetzt ſinngemäß ſtatt auf den Frankfurter Entwurf auf die Verfaſſung des künftigen Bundesſtaates anzuwenden ſei. Der Antrag führte zunächſt in der erſten Kammer am 17. Auguſt zu einer lebhaften Sitzung. Von zwei Seiten wurden Einwände gegen denſelben erhoben. Einmal wurde betont, daß es der Regierung kaum erwünſcht ſein könnte, wenn ſich ſchon jetzt die Kammern des Zuſtimmungsrechts begeben würden und damit das Miniſterium eines Rückhalts gegen etwaige unangenehme Beſtimmungen der künftigen Reichsverfaſſung beraubten.

Diesen Widerspruch äußerten vorzugsweise gemäßigte Konservative, welche die Vereinbarungen des Dreikönigsbündnisses, nicht aber die ursprüngliche Frankfurter Verfassung billigten und von einem zusammentretenden Reichstag ein Zurückgreifen auf die letztere befürchteten. Zum Vertreter des anderen Gegengrundes machte sich Ludwig von Gerlach, und seine Ausführungen erregten Heiterkeit selbst auf der Ministerbank. „Preußen muß vor allem das mächtige Preußen bleiben; denn nur als solches kann es Deutschland Heil bringen. Es soll nicht die Pfalz, nicht Frankfurt, auch nicht Gotha werden. Die Wahlen zum Reichstag werden größtenteils der Revolution in die Hände fallen; denn der Reichstag ist noch ihre letzte Schanze. Und wir sollten zugunsten dieses Reichstags unser Zustimmungsrecht aufgeben. Nein, wir müssen jeden Vorschlag, der Preußen unpreußisch machen will, zurückweisen." Es war das diejenige Auffassung, welche überhaupt von einer Verbindung deutsch-nationaler und preußischer Politik nichts wissen mochte und in der Presse als der Geist der Kreuzzeitung angefeindet wurde.

Der in jenen Tagen ernannte neue Minister des Äußern, Freiherr von Schleinitz, beschwichtigte vorläufig die Antragsteller, indem er versprach bis zum 25. August die Aktenstücke über die deutsche Frage der Versammlung vorzulegen. Das geschah am 24. August in der ersten Kammer durch den Unterstaatssekretär Grafen Bülow, den folgenden Tag in der zweiten Kammer durch Radowitz. Schon Camphausen hatte in der vorigen Woche, um von vornherein möglichst viele Gründe gegen den Einheitsstaat abzuschneiden, die Vorteile und Nachteile desselben gegeneinander abgewogen, hatte hervorgehoben, daß Preußen es sei, welches für seine Verwirklichung die wertvollsten Opfer bringe, und daß es nicht um die Zustimmung der anderen Staaten zu betteln brauche, sondern noch stark genug sei, sich selbst zu halten. Die Regierungsbevollmächtigten setzten diesen Ton weiter fort. Bülow sagte: „Sollte die Regierung zur Überzeugung kommen, daß die Verbündeten nicht gleich ihr auf dem betretenen Wege fortschreiten wollen, dann wird sie in der Lage sein, sich zu fragen, ob sie die Kräfte Preußens zu einer Aufgabe, die immer schwerer wird, ver-

wenden darf und ob nicht andere wichtigere Interessen näher liegen als die Erstrebung eines Zieles, das in so weite Ferne gerückt ist.“ Von solchen Drohworten war freilich in der glänzenden Radowitzschen Rede, welche mit scheinbar kühler Sachlichkeit die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten und ihre Voraussetzungen erörterte und schließlich den engeren Bundesstaat innerhalb des fortbestehenden bisherigen Deutschen Bundes als das einzige ausführbare Programm übrig ließ, nichts zu spüren. Indes ebenso entschieden und ebenso energisch wie Camphausen und Bülow den Gedanken abwehrend, daß Preußen aus Eigennutz seine deutschen Ziele verfolge, endete Radowitz seine Rede mit den Worten: „Preußen will nicht nehmen, sondern geben, es bedarf keiner Hilfe, keiner Stärkung. Sein Staatsleben ist stark genug gewesen, nicht bloß um die größten inneren Gefahren durch seine eigenen Kräfte zu bewältigen, sondern um auch den bedrängten Genossen, den dankbaren und den undankbaren, die rettende Hand zu bieten. Es hat dies vermocht, als es allein stand, es wird es ferner vermögen, wenn der deutsche Bundesstaat nicht gelänge, nach dem wir mit allen Kräften streben werden, die uns zu Gebote stehen, sei es im Verein mit allen deutschen Staaten oder mit vielen oder mit wenigen. Preußen wird das gute Recht des kleinsten deutschen Staates wahren, aber auch das gute Recht der großen deutschen Nation.“

Der unmittelbare rednerische Erfolg von Radowitz war ein durchschlagender. Alle Welt erkannte in seinem Auftreten den Ausdruck der augenblicklich maßgebenden politischen Motive des Königs. Das Schicksal des Camphausenschen Antrags wäre, auch ohne daß Graf Brandenburg seine Annahme noch zu einer besonderen Vertrauenssache gestempelt hätte, besiegelt gewesen. Obgleich die Zusammensetzung der ersten Kammer noch am ehesten für die Bestrebungen der äußersten Rechten Erfolg versprach, so waren sogar dort nur vierzehn Stimmen gegen den Vorschlag, sechsundneunzig dafür. Die zweite Kammer verwies die Frage zunächst an eine Kommission. In letzterer führte Beckerath, selbst ein Teilnehmer des Frankfurter Parlaments, das Wort und setzte eine Resolution durch, welche dem Dreikönigsbündnis zustimmte, der Regierung auf

dem durch dasselbe betretenen Wege beizustehen versprach, und dem Antrag Camphausen sich anschloß; nur vier unter zwanzig Ausschußmitgliedern hatten den letzteren nicht haben wollen.

Am 6. und 7. September tobte die große Redeschlacht in der zweiten Kammer. Auch Bismarck griff in dieselbe ein und seine Ausführungen wurden als Gegenstück zu denen Gerlachs in der ersten Kammer bezeichnet. Tatsächlich unterschieden sie sich freilich sehr wesentlich. Gerlach erwies sich vor allem als ein Vertreter von Prinzipien, Bismarck als Taktiker. Bismarck machte sich darüber lustig, daß überhaupt im Parlament die Angelegenheit derart aufgebauscht wurde. Er schrieb damals an seine Frau: „Der Antrag Camphausen ist schlecht in seiner Tendenz, aber sein Erfolg unbedeutend, auch wenn er bei uns, wie vorauszusehen, durchgeht. Die Frage wird überhaupt nicht in unseren Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden und alles, was wir darüber schwatzen und beschließen, hat nicht mehr Wert als die Mondscheinbetrachtungen eines sentimentalen Jünglings, der Luftschlösser baut und denkt, daß irgend ein unverhofftes Ereignis ihn zu einem großen Manne machen werde." Dabei war er innerlich überzeugt, daß auch die handelnden Staatsmänner zuletzt vor der Wirklichkeit zurückweichen würden. Mit den Anschauungen, welche Radowitz zum besten gegeben, war er nicht einverstanden. Wenn immer wieder verkündet wurde, daß Preußen niemandem nachzulaufen brauche, so widersprach dem die hastige Ungeduld, mit der Radowitz, ohne auf die Reife der Saat zu warten, den deutschen Bundesstaat ins Leben rufen wollte. Auch waren die Bedenken, die von Österreich und den Mittelstaaten erhoben wurden, wenigstens teilweise leicht zu verstehen; und mochte die Regierung noch so oft und deutlich versichern, daß sie keine selbstsüchtigen Ziele verfolgte, so erlangte Preußen im geplanten Bundesstaate doch ein größeres Übergewicht wie im bisherigen Staatenbunde, und wenn gar der Bundesstaat in den Rahmen des letzteren eingefügt wurde, so äußerte sich dieses Übergewicht auch auf diejenigen Länder, welche nicht ins Dreikönigsbündnis eintraten. Aber ganz abgesehen davon, daß Bismarck Brandenburg und Manteuffel nur für wider-

willige Anhänger der Radowitzschen Ideen hielt, lohnte es sich nicht in einer Frage, welche voraussichtlich durch die Gewalt der Tatsachen geregelt wurde, Männern, die sonst sein Vertrauen besaßen, überflüssige Schwierigkeiten zu bereiten. Deshalb begnügte sich Bismarck mit der Unterschrift eines von etwa vierzig Mitgliedern ausgehenden Antrags des Abgeordneten von Brauchitsch, zwar der Regierung die Zustimmung zu ihren bisherigen Schritten zu versichern und auf dem betretenen Wege auch weiter die volle Unterstützung zu versprechen, nicht aber das Dreikönigsbündnis und nicht den Camphausenschen Vorschlag gut zu heißen. Damit zerschnitten Bismarck und seine Genossen das Tischtuch mit Radowitz, bewahrten aber dem Ministerium ihr Vertrauen. In seiner Rede setzte Bismarck dieses Verfahren noch zielbewußter fort. Er sprach sich gegen das Dreikönigsbündnis aus, erklärte aber, daraus gegen die Regierung keine Kabinettsfrage zu machen. Des weiteren aber zerpflückte er die Radowitzsche Rede, und deckte die Folgen seines Vorgehens auf. Über die Gründe, welche die anderen Staaten zur Zurückhaltung gegenüber dem Bundesstaate bewogen, schwieg er, die Zurückhaltung selbst indes behandelte er als eine vorhandene und unwiderrufliche Tatsache. Bismarck warf dem Radowitzschen Plane nur die Frage entgegen: Sollen diejenigen Staaten, welche unter preußischer Reichsvorstandschaft dem Bündnis beitreten, im Deutschen Bunde neben Preußen oder durch Preußen vertreten werden? Im ersteren Falle war der ganze Bundesstaat nur ein totgeborenes Kind, im letzteren war der Konflikt mit dem Deutschen Bunde sofort da, weil Preußen sich hätte Rechte anmaßen müssen, die nach der Bundesakte nur der Gesamtheit des Bundes zustanden. In den Vordergrund schob aber Bismarck auch bei dieser Gelegenheit die drohenden Einbußen preußischer Eigenart: Der König von Preußen verliert seine Initiative, sein Veto in der Gesetzgebung, kann wider seinen Willen genötigt werden, Gesetzen beizustimmen, die er mißbilligt, verzichtet auf den freien Gebrauch seines Heeres und seiner Finanzen, muß sein Ministerium zur Provinzialbehörde unter Leitung einer vom Parlamente abhängigen Regierung herabsinken lassen. Bismarck stellte der jetzigen Radowitzschen Politik die Tra-

dition Friedrichs des Großen gegenüber, der entweder an der Spitze ſeiner Truppen für Preußens Ruhm und Ehre gekämpft oder im Bunde mit Öſterreich die Revolution niedergeworfen, jedenfalls aber ein klares und lohnendes Ziel verfolgt hätte.

Bismarcks Rede veranlaßte eine ganze Reihe von Entgegnungen. Radowitz erhob ſich ſofort, um zu verſichern, daß die Regierung zwar der Vereinbarungen mit Öſterreich eingedenk bleiben, aber auch niemals vergeſſen werde, was ſie Preußen ſchuldig ſei. Zwei ehemalige Offiziere verwahrten ſich gegen Bismarcks Behauptung, daß die Armee keine deutſch-nationale Begeiſterung hege, ſondern mit dem ſchwarz-weißen Banner zufrieden wäre. Ein Mitantragſteller Bismarcks wies es zurück, daß er und ſeine Freunde die von Bismarck vorgebrachten Motive teilten. Beckerath fand einen Widerſpruch zwiſchen Bismarcks Ausführungen und dem Antrage, weil jene die Radowitzſche Verfaſſung als ein wertloſes Papier bezeichnet hatten, dieſer aber der Regierung die wärmſte Unterſtützung zuſagte. Am Ergebniſſe der Abſtimmung konnte Bismarck nach Lage der Dinge nicht viel ändern; mit überwältigender Mehrheit wurde der Kommiſſionsvorſchlag angenommen und damit nicht nur in allgemeinen Ausdrücken der Regierung das Vertrauen ausgeſprochen, ſondern auch ſpeziell das Dreikönigsbündnis gebilligt.

Bismarck hatte nur Gelegenheit, in einer perſönlichen Bemerkung eine Behauptung Beckeraths richtig zu ſtellen; er verlangte nicht danach, die Erörterung, die ihm fruchtlos dünkte, unnötig weiterzuſpinnen, ſeine ganzen Anſichten führten ſeine Beſtrebungen in eine andere Richtung. Es genügte nicht, ja bewirkte das Gegenteil ſeines Wollens, wenn er gegenüber der freiwilligen Neigung der Mehrheit und der unfreiwilligen des Miniſteriums, die deutſch-nationalen Geſichtspunkte hervorzukehren, den Wert des Altpreußentums betonte. Nicht ſowohl durch Oppoſition als vielmehr durch poſitive politiſche Tätigkeit mußte er ſich bemühen, die inneren Aufgaben der preußiſchen Regierung in die ihnen ſeines Erachtens gebührende erſte Linie zu ſtellen und für ihre Löſung im Sinne der harmoniſchen Weiterbildung des Staatsorganismus zu ſorgen. Nur wenn es gelang, durch allmähliche

Gewöhnung und durch die fruchtbare Verhandlung der für den Landtag an sich viel passenderen Dinge den Charakter der parlamentarischen Erörterung zu bestimmen, ließ sich ein schrittweises Zurückdrängen der deutsch-nationalen Debatten und ihrer Gefahr für eine klare und besonnene Staatsleitung erwarten. Auch konnte Bismarck nur auf diesem Wege dem Ministerium Brandenburg, in welchem er die Repräsentanten gesellschaftlicher und staatlicher Zivilisation gegenüber der Demokratie anerkannte und ehrte, praktisch seine volle Unterstützung gewähren. Denn in der deutschen Frage befand er sich, mochte er noch so viele formelle Vorbehalte machen, tatsächlich so lange in der Opposition zur Regierung, als diese im Schlepptau von Radowitz segelte.

Im Anfang fehlte viel daran, um Bismarck eine schöpferische politische Mitarbeit zu erleichtern. Der Landtag hatte die ersten vier Wochen im Plenum so gut wie nichts zu tun, bei den Zusammensetzungen der Kommissionen hatte man sich vor Bismarck gefürchtet, so daß dieser in der ersten Zeit parlamentarisch mundtot war. Er entschädigte sich hierfür in der Presse und hinter den Kulissen, aber auch hier konnte er nicht so, wie er vielleicht wollte. In der Kreuzzeitung hütete er sich, unter einem Zeichen zu schreiben, welches einem größeren Publikum den Verfasser sofort verraten hätte; es blieb dadurch selbst seinen nächsten Bekannten öfters verborgen, was aus seiner Feder stammte. Unter den Abgeordneten war er nicht ganz so verfemt wie im April. Aber in den Landtag waren viele Neulinge gekommen, die wenig oder gar keine politische Erfahrung besaßen und jetzt den selbstbewußten und schön klingenden Vorschlägen des die zweite Kammer beherrschenden Zentrums folgten. Bei dem Ansehen, welches Bismarck in der öffentlichen Meinung als Vertreter der äußersten Rechten und als Stockpreuße genoß, wäre es vermessen gewesen, bei schwankenden Politikern den nun damals beliebten Schlagwörtern schnurstracks entgegenzutreten. Er mußte sich selbst unter die feindlichen Abgeordneten mischen und „sie nötigen, mit ihren eigentlichen Absichten zutage zu treten, in ihre Programme Grundsätze aufzunehmen, die ihre eigentliche Richtung genauer bezeichnen und eine Scheidewand

zwiſchen ihnen und anderen aufrichten". Nur indem die Gegner ſich direkt über ihre Ziele näher ausſprachen, war es Bismarck möglich, Abgeordnete, welche an den Zielen Anſtoß nahmen, aber von den früheren dehnbaren Programmen eingenommen worden waren, von ihrer Verbindung mit dem Zentrum zurückzuſchrecken. Dieſe Methode war freilich ſehr viel mühſamer und nicht von raſchen und großen Erfolgen begleitet. Oft miſchten ſich daher in Bismarcks Briefe Klagen, daß er wenig Fruchtbares auf dem Landtage ausrichtete und doch von früh bis abends faſt ununterbrochen auf den Beinen war. Nach Verlauf der erſten Wochen bedauerte Bismarck dieſelben nicht bei ſeiner Frau, die eben damals mancherlei häusliche Sorgen hatte, zugebracht zu haben.

Bismarck war über ſeine Vielgeſchäftigkeit und ſeine damit im ſeltſamen Widerſpruche ſtehende mangelhafte parlamentariſche Betätigung deſto unzufriedener, weil ſich eine Beſſerung vorerſt nicht abſehen ließ. Zwar bot die zweite Kammer nach ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung nicht wieder einen Anlaß, daß man ihre Auflöſung mit Sicherheit vorausſetzen mußte. Aber beim Fortſchreiten auf der Bahn des Dreikönigsbündniſſes war das baldige Ausſchreiben von Wahlen für das neue Bundesparlament zu erwarten und dieſes konnte nicht neben dem Landtag gleichzeitig verhandeln, letzterer wohl nicht einmal während der Wahlvorbereitungen nüchtern ſeinen eigenen Berufsgeſchäften nachgehen. Auch erſchienen vielen Politikern, ſeit die deutſche Frage zwiſchen Miniſterium und den Kammern abgemacht war, die weiteren Verhandlungsgegenſtände vorerſt als Kleinigkeiten und der Beachtung minder würdig. Es war darum eine verbreitete Anſicht, daß die Seſſion des Landtags nur von kurzer Dauer ſein und keinen Raum für zeitraubende Beratungen bieten werde.

Indeſſen entwickelte ſich die deutſche Frage bedeutend langſamer, als man das im Auguſt 1849 allgemein vorausſetzte, und die Kammern blieben bis Ende Februar beiſammen, konnten mithin in dem halben Jahre ihrer Tagung eine Menge wichtigen Beratungsſtoffes erledigen. Nachdem das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel zweimal in einer formell nicht einwandfreien

Weise dem Staate eine Verfassung vorgeschrieben, legte es Wert darauf, daß mit den Kammern nunmehr ein Stück wirklicher Arbeit geleistet wurde. Es bedurfte des Beweises eines ehrlichen konstitutionellen Willens, weil es sonst nach unten das nötige Vertrauen zu seiner Entschlossenheit, die deutsche Frage in Übereinstimmung mit dem Volksempfinden zu lösen, nicht erwerben konnte. Die Regierung kam deshalb mannigfachen Wünschen bereitwillig entgegen. Als gegen die Verfassung vom 30. Mai und die übrigen Notverordnungen Bedenken laut wurden, erklärte Manteuffel, daß er zwar auf dem Verlangen der nachträglichen Billigung seiner Maßregeln bestehe, aber Abänderungen derselben im Wege der Vereinbarung zwischen Regierung und Parlament nicht ausschließe. An die Verfassungsfragen schlossen sich die Erörterungen über die Agrargesetze, die Gemeindeordnung und die Reform der Grundsteuer. Diese Angelegenheiten hatten, seit Hansemann ihnen im Frühjahr 1848 seine besondere Fürsorge gewidmet, weite Kreise in Atem gehalten, und als Graf Brandenburg die Dezemberverfassung eingeführt, hatte er gleichzeitig verheißen, den neuen Kammern darüber Vorlagen zu machen. Dieselben fielen so aus, daß der König wegen der seines Erachtens allzu großen Begünstigung der zu Reallasten und Leistungen Verpflichteten Bedenken hegte und seine Einwände erst auf eine Gegenvorstellung des Ministeriums und dessen Zusage, etwaige Anträge zugunsten der Berechtigten als offene Fragen zu behandeln zurückzog. Die Grundlagen, welche in der damaligen Landtagssession zwischen Ministern und Abgeordneten vereinbart wurden, blieben zwar schon in den nächsten Jahren nicht unangetastet; immerhin aber gewannen diese Beratungen für die innere preußische Staatspolitik und für die Ausgestaltung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit eine große Tragweite.

Doch nicht bloß für die preußische Geschichte, sondern für Bismarcks Betätigung ganz besonders war dieser Abschnitt vom August 1849 bis Februar 1850 bedeutungsvoll. Da seine Teilnahme an den inneren Reformen durchaus in den von ihm vorgezeichneten Rahmen paßte, so wandte er ihnen seinen ganzen Eifer zu. In diesen Monaten hat sich Bismarck mit den verschieden-

artigsten Sachen beschäftigen müssen; das Steuerverweigerungsrecht der Kammern als Waffe gegen die Regierung, Gewerbefreiheit oder Zwangsinnung, Zivilehe, die Rentenablösung, die Abänderung der Grundsteuer, staatliche Eisenbahngarantien, die Revision der Klassen- und Einkommensteuer, die Preßgesetze haben Bismarck während der Session auf die Tribüne geführt. Indes nicht nur die vielseitige Tätigkeit ist für Bismarck charakteristisch; das wichtigste war die erstmalige Gelegenheit, vor der Öffentlichkeit zu zeigen, daß er alle diese Dinge unter dem einheitlichen Gesichtspunkte seiner preußischen Staatsanschauungen betrachtete.[1])

Natürlich ging auch jetzt wieder Bismarck von der Auffassung aus, daß in Preußen die Krone den tragenden Mittelpfeiler des Staatsgebäudes bilde, nicht bloß dessen zierlicher Kuppelschmuck sei. In den englischen, französischen und belgischen Herrschergeschlechtern erblickte er willkürlich und unter Bedingungen eingesetzte Familien; die Hohenzollern und die meisten anderen deutschen Fürstenhäuser wurzelten dagegen in ererbtem Besitz. Die Übertragung der freiheitlichen Verfassungen aus dem Westen hatte nach Bismarck allenthalben in Deutschland nur Verwirrung gezeitigt. Die Verwirrung war in denjenigen deutschen Staaten, welche in der Nutzanwendung der konstitutionellen Grundsätze am weitesten gegangen waren, am größten gewesen. Die Ursache dieser Verwirrung sah Bismarck in der mechanischen Art, wie fremde Beispiele ohne Kenntnis des für ihre Befolgung geeigneten Bodens nachgeahmt wurden, und in der allgemein verbreiteten Unklarheit über die innere Natur dieser fremden Beispiele. Er fand, daß mit den Ausdrücken konstitutionell, Volksvertretung, Freiheit und Gleichheit und anderen damals beliebten Schlagwörtern sehr viel Mißbrauch getrieben wurde. Aber was konstitutionell sei, darüber, meinte Bismarck, wären selten zwei Menschen gleicher Ansicht und jeder von ihnen beanspruche für die seinige die Alleinberechtigung und beschuldige den Gegner der

[1]) Im folgenden habe ich mir nicht die Aufgabe gestellt, meine subjektive Ansicht über die Personen, Parteien und Verhältnisse von 1849 niederzuschreiben, sondern es kam mir nur auf eine präzise Wiedergabe der damaligen Motive, Urteile und Gesichtspunkte Bismarcks an.

mehr oder minder böswilligen Täuschung. Ebenso gingen die Urteile über eine wahre und gerechte Volksvertretung weit auseinander und wurden von ihren jeweiligen Anhängern mit großer Entschiedenheit und Hartnäckigkeit verfochten. Der Grund solcher Streitigkeiten und des Unvermögens sie auszugleichen war nach Bismarck die falsche Überzeugung, als ob es überhaupt eine ideale Konstitution und eine wahre Volksvertretung gebe. Bismarck sprach es aus: „Die meisten scheinen anzunehmen, daß Bestimmungen, welche in England, Frankreich, Belgien Gültigkeit haben oder gehabt haben, konstitutionell seien und aus diesem Grunde, welches auch die Folgen davon seien, in Preußen eingeführt werden müssen." Ein andermal erklärte er es für einen der häufigsten Irrtümer zu glauben, daß überhaupt eine Vertretung denkbar sei, „welche in einem großen Staate die Zustände und Bedürfnisse des gesamten Volkes und jedes einzelnen Teiles auch nur mit der Ähnlichkeit einer oberflächlichen Skizze wiedergibt".

Die Folge solcher falscher Annahmen war, daß die meisten ihnen huldigenden Politiker nicht schöpferisch tätig gewesen waren, sondern nur niedergerissen hatten. War Bismarck schon als Student vor dem damals immer mehr zersetzenden und Boden gewinnenden Radikalismus mit seiner Verneinung der rechtsbeständigen Obrigkeit zurückgeschreckt, so hatten die letzten Jahre erst recht gezeigt, wohin selbst Personen, welche die Revolution verabscheuten, die Entwicklung zu führen drohten. Sie galten ihm seitdem vielfach schlechthin als die Revolutionäre, als die Befürworter privater Interessen und Prinzipienreiter. Das gefährlichste war aber, daß das Betreten des Holzweges in einen Zirkel geführt hatte. Abgesehen davon, daß die liberalen Führer derjenigen Elemente, die von ihnen in Bewegung gesetzt worden, nicht Herr geblieben waren, so hatte sich mit dem Größerwerden der zurückgelegten Strecke die Fähigkeit des Zurechtfindens vermindert und damit wurde das Vermögen einer unbefangenen Würdigung geschichtlich gegebener Voraussetzung immer geringer.

Um aus einer solchen Bahn herauszukommen, bedurfte es zunächst eines entschlossenen Willens und einer schonungslosen Auf-

zeichnung der gemachten Fehler. Aber wenn sich hierauf Bismarck beschränkt hätte, wären die Grenzen seines Arbeitsfeldes eng abgesteckt gewesen. Denn sein Einfluß in denjenigen Kreisen, auf deren verständnisvolle Mitwirkung es ankam, war gering, da ihm nun einmal das Ansehen des einseitigen Parteipolitikers anklebte, und durch eine rücksichtslose Kritik allein konnte er bei dem über ihn herrschenden allgemeinen Urteil leicht mehr verderben als nützen. Die Tätigkeit des Wiederaufbauens, des erneuten Festerknüpfens locker gewordener Fäden mußte deshalb ebenso behutsam wie stetig vollzogen werden.

Zu diesem Zwecke bediente sich zunächst vielfach Bismarck derselben Beweisreihen wie seine Gegner. Er ging ihnen auch in ihren vorgebrachten Motiven soweit nach, um hieran seine abweichende Meinung anzuknüpfen. Da kam ihm zustatten, daß er nicht nur über die historisch gewordenen Zustände der westeuropäischen Länder ausgedehnte Kenntnisse besaß, sondern daß er auch in den gepriesenen Vorbildern keineswegs bloß Irrlichter, sondern teilweise wertvolle, wenn auch mit kluger Auswahl zu befolgende Wegweiser sah. Seine erste Aufgabe war deshalb die Sonderung der entwicklungsfähigen Keime von der Spreu. Bismarcks Ansicht von den einzelnen Verfassungen des Westens war eine recht verschiedene. In der französischen und belgischen fand er mehr revolutionäre Bestandteile wie in der englischen. Die belgische Verfassung war beim Ausbruch der Februarrevolution erst siebzehn Jahre alt, und wenn Belgien den Stürmen der letzteren widerstanden hatte, so galt das noch nicht als hinreichende Belastungsprobe. Die einseitige Betonung von der natürlichen Gleichheit aller Bürger hielt Bismarck für einen Hauptkrebsschaden der französischen Zustände. Er nannte sie „eine chimärische Tochter des Neides und der Habsucht", und unter ihrem Deckmantel behaupteten sich seines Erachtens auf die Dauer nur Streber und Mittelmäßigkeiten, niemals aber hervorragende und ideal gesinnte Staatsmänner, welche unabhängig von der urteilslosen Menge ihre Pläne faßten und verfolgten. Die seitdem hervorgetretene Unfähigkeit der Franzosen, zu einer festen und im ganzen Volke als natürlich anerkannten Regierungsform

zu gelangen, das Herabsinken der Nation von ihrer einstigen kulturellen und gesellschaftlichen Höhe waren für Bismarck die Konsequenzen eines Strebens, welches nicht nur unpolitisch war, sondern auch nach seinem Dafürhalten unerreichbaren Zielen nachjagte. Die englische Verfassung hatte vor der französischen das eine voraus, daß sie nicht das Ergebnis eines willkürlichen Eingriffs neuer Machthaber in den Staatsorganismus, sondern eine lebensfähige Weiterbildung langsam entwickelter Keime war. Das männliche Selbstbewußtsein, mit welchem die Engländer ihren eigenen Wert stolz fühlten, dünkte Bismarck ein soliderer Unterbau eines Staatswesens als der geschäftige Eifer, mit welchem die Franzosen die Überreste des ancien régime abtrugen. Nur dieses männliche Selbstbewußtsein, welches Bismarck auch dem britischen Arbeiter nachrühmte, nicht aber die alle Klassenunterschiede ableugnende Gleichheitsbestrebung der Franzosen bot Bismarck eine Gewähr, die Mitmenschen nach ihrem wahren Werte zu schätzen und dadurch von einer höheren Warte aus über öffentliche Angelegenheiten mitreden zu können. Bismarck schätzte namentlich auch die Fortpflanzung dieses wahren Freiheitsgefühls bis in die niedrigsten englischen Volksschichten. Drastisch verglich Bismarck den kleinen Mann diesseits und jenseits des Kanals: „Wenn Sie einen englischen Proletarier auf der Straße anreden, wird es Ihnen aus seiner Erscheinung entgegentreten, daß er sehr wohl das Gefühl männlicher Unabhängigkeit hat, aber Ihre gesellschaftliche höhere Stellung unumwunden anerkennt. Wenn Sie dagegen einen Pariser Arbeiter anreden, so laufen Sie Gefahr, aus der Brutalität seiner Antwort die Befürchtung hervortreten zu sehen, Sie möchten sich, weil Sie besser gekleidet sind, für mehr halten als ihn."

Freilich wollte auch von den englischen Zuständen Bismarck manche nicht nach Preußen überpflanzen. Er hätte die Machtbeschränkung des britischen Königtums nicht mit der historisch begründeten Stellung der Hohenzollern eingetauscht; er stand der großen Parlamentsreform von 1832, welche auch die breitere Mittelschicht, besonders das Bürgertum zur Mitwirkung heranzog, noch abwartend gegenüber und bezweifelte, ob in Zukunft das Unterhaus

noch immer auf der gleichen Höhe stehen werde wie während des achtzehnten Jahrhunderts. Aber es war doch nicht nur die Feststellung der Tatsache, daß die Vorbedingungen für die Übernahme englischer Einrichtungen in Deutschland nicht gegeben waren, sondern in diese Feststellung mischte sich ein Gefühl des Bedauerns, wenn Bismarck hervorhob: „Geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung, aber auch die gesamten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus . . . Uns fehlt der ganze Stand der wohlhabenden und deshalb konservativen, von materiellen Interessen unabhängigen Gentlemen, deren ganze Erziehung dahin gerichtet ist, daß sie englische Staatsmänner werden, und deren ganzer Lebenszweck ist, sich an dem Gemeinwesen von England zu beteiligen."

Und Bismarck war dahin bemüht, zu sorgen, daß die fehlenden Bedingungen, sei es durch die Pflege schon bestehender Ansätze, sei es durch das Ausstecken einer neuen Saat, allmählich geschaffen würden. Schon der Blick auf die Gegenwart wies ihn hierauf. Denn für die Dauer genügte zur praktischen Fortwirkung der in der bisherigen preußischen Politik maßgebend gewesenen Faktoren nicht das blutige und energische Niederschlagen einer Revolution. Diese Maßregel empfahl sich ihm vom Standpunkte des Feldherrn, der im Kampfe dem Feinde möglichst entscheidende und sichtbare Verluste beibringen und namentlich nach erlittenen Niederlagen sein Ansehen wiedererobern muß. Über diesen unmittelbaren Kriegszweck hinaus dachte aber Bismarck an die dauernde Gestaltung der Dinge. Diese konnte nicht in einer Kirchhofsruhe bestehen, welche selbst national und königstreu gesinnten Männern die Arbeit am Staate verekelte und durch deren Zurückgezogenheit leicht aufs neue die Brutstätte radikaler und revolutionärer Ideen zu werden drohte, sondern im Gegenteil, nachdem die Krone einmal die Revolution niedergeworfen und ihre alte Stellung in den Augen und im Herzen des Volkes wiedergewonnen hatte, mußte mit allen zu Gebote

ſtehenden Mitteln der Erneuerung von Unruhen vorgebeugt, mußten zu dieſem Zwecke ein möglichſt großer Teil der Untertanen und namentlich die am eheſten zu Putſchen geneigten Elemente wirtſchaftlich und geiſtig an der Erhaltung der beſtehenden Ordnung intereſſiert und zur Empfindung dieſes Bedürfniſſes erzogen werden.

Es verſtand ſich für Bismarck von ſelbſt, daß die erſte Vorausſetzung für die Verwirklichung ſolcher Ziele die wiedererlangte Fähigkeit der an der geſchichtlichen Entwicklung Preußens beteiligten Kräfte zur Fortführung ihrer politiſchen Mitarbeit war. Dabei dachte Bismarck nicht daran, abgeſtorbene Formen wieder zu beleben, nicht mehr leiſtungsfähigen künſtlich das Daſein zu friſten und dadurch das Vordringen neuer, nach Erfüllung ringender Beſtrebungen überflüſſig zu hemmen, ja, Bismarck war überhaupt nicht für die Feſtlegung der politiſchen Entwicklung Preußens an einem beſtimmten Schema. Ob der König an ſich mehr oder weniger Rechte abgab, ob das Volk größere oder geringere Freiheiten erlangte, war für Bismarck minder weſentlich, als die Tatſache, daß die gezogene Grenze überhaupt dem Monarchen den nötigen Spielraum für die Geltendmachung ſeines perſönlichen Willens verſtattete. Im Gegenteil, wenn einmal grundſätzlich entſchieden war, daß die Krone und nicht wechſelnde und teilweiſe in Privatintereſſen befangene Mehrheiten in erſter Linie die Geſchicke des Staates beſtimmten, war Bismarck nicht eben ängſtlich mit Zugeſtändniſſen in bezug auf die Mitwirkung weiterer Kreiſe an öffentlichen Angelegenheiten. So hatte Bismarck an ſich gegen die Vereidigung des Königs auf die Verfaſſung nichts einzuwenden. Wegen der Zuſammenſetzung des Parlaments hatte er keine anderen Vorſätze als „bei Bildung der neuen Vertretung vorzugsweiſe die Nützlichkeit zu Rate zu ziehen, ein vorzügliches Gewicht auf diejenigen Garantien zu legen, welche uns Unabhängigkeit, Beſonnenheit und Ausbildung für vorhabende Zwecke bei unſeren Vertretern verbürgen“; er iſt auf dieſem Wege nach einem halben Menſchenalter zur Anerkennung der weſentlichſten Grundſätze der Frankfurter Reichsverfaſſung gelangt.

Aber zwei Sicherheitsventile ſollten nach Bismarcks Meinung

das Königtum und den Staat vor einer Verheerung durch die Übermacht der Parlamentsgewalt schützen. Erstens hatte, wenn über Neuerungen König und Volksvertretung nicht eines Sinnes waren, das Herkommen zu gelten und zweitens durften der Volksvertretung keine Waffen ausgeliefert werden, durch deren Gebrauch dieselbe die Regierung zu einer ihr nicht genehmen Handlung oder Duldung zu zwingen vermochte.

Die erstere Schranke hatte Bismarck besonders gegen einige Lieblingsanschauungen des damaligen Liberalismus zu verteidigen. Derselbe nahm vielfach für das Parlament wie für den einzelnen Staatsbürger ein bestimmtes aus Theorien abgeleitetes Mindestmaß von Freiheiten und Rechten in Anspruch und verlangte eine Erfüllung dieses Anspruchs, unabhängig davon, ob letzterer geschichtlich und gesetzlich begründet war oder nicht. Bismarck hielt dieser Auffassung seine Überzeugung entgegen, daß ohne den Willen des bisher Befugten die alte Regel nicht abgeändert werden dürfe, also bei der Unmöglichkeit einer Verständigung die Krone im Besitze ihrer Rechte bleibe. Überdies lieferte nach Bismarcks Meinung eine Theorie allein noch keine Beweise für die Notwendigkeit irgendwelcher Einrichtungen und Maßregeln, sondern nur aus den Erlebnissen der Väter und der jetzigen Generation konnte der allein zulässige Zollstab der Erfahrung abgeleitet werden. Diese Erfahrung aber sprach, wie Bismarcks Ausführungen zu ergänzen waren, immer für die Aufrechterhaltung des hervorgebrachten königlichen Ansehens.

Die zweite Position, welche nach Bismarcks Überzeugung von der Krone unbedingt gehalten werden mußte, stand bereits bei der ersten größeren Debatte, an der sich Bismarck nach Erledigung des Camphausenschen Antrags beteiligte, in ernster Gefahr. Die Dezemberverfassung enthielt im sogenannten Artikel 108 eine Bestimmung, daß die bestehenden Steuern und Abgaben forterhoben werden sollten, bis sie durch ein Gesetz abgeändert würden. Aber mit der früheren Ankündigung der Krone, der künftigen Volksvertretung das Steuerbewilligungsrecht einzuräumen, befand sich die Bestimmung nach der Ansicht selbst gemäßigter Liberaler in einem unlösbaren Widerspruch. Auch meinten die letzteren, daß

zu den wichtigsten Befugnissen eines Parlaments die Vorausbestimmung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben gehöre und einen der wichtigsten Bestandteile des Budgetbewilligungsrechts die Festsetzung der zur Deckung der Unkosten erforderlichen Steuern bilde. Die Verfassungskommission strich deshalb gleich im Anfange ihrer Beratungen aus dem Artikel 108 die ihrer Ansicht nach mit einer wahren Verfassung nicht vereinbaren Worte und stellte schon in ihrem ersten Bericht über den Abschnitt von den Finanzen einen bezüglichen Antrag ans Plenum. Es erinnerte an die größten Tage des Frankfurter Parlaments, wie der Präsident der zweiten Kammer, Graf Schwerin, den Vorsitz an den Vizepräsidenten Simson abgab, um sich selbst an der Debatte zu beteiligen. Er, welcher zum Präsidenten als Kandidat des Ministeriums gegen Simson gewählt worden war, bezeichnete die Verfassung mit dem Artikel 108 als ein wertloses Stück Papier. „Besser wäre es", so schloß Schwerin seine Rede unter dem lauten Beifall der Linken und des Zentrums, „wenn die Gegner des Antrags ehrlich herussagten: wir wollen keine konstitutionelle Monarchie."

Für Bismarck handelte es sich nicht um eine aus den Grundsätzen des Parlamentarismus abzuleitende Entscheidung, sondern um eine Frage der praktischen Macht. Willigte die Krone in ein solches Zugeständnis, dann lief sie Gefahr, in die schlimmsten Zwangslagen zu geraten: jede der beiden Kammern, welche eine ihr gut dünkende und der Regierung unbequeme Forderung durchdrücken wollte, hätte nur die Bewilligung der fortlaufenden Steuern zu verweigern brauchen, um die ganze Staatsmaschine stillzustellen. Umgekehrt durfte der König, wenn bestehende Steuern nicht ohne seine Bewilligung abgeschafft werden konnten, es darauf ankommen lassen, ob die Kammern von ihrem formellen Rechte Gebrauch machen wollten, wichtige Staatsbedürfnisse aus taktischen Gründen nicht zu befriedigen. Überdies schrieb ein anderer Artikel auch die jährlichen Staatsausgaben der gesetzlichen Vereinbarung zwischen Regierung und Parlament zu und damit hatte nach Bismarcks Meinung die Krone beim Mangel einer Verständigung es in der Hand, die Ausgaben in der alten Weise ebenfalls so lange weiter zu bestreiten, als sie nicht

unter der ganz freiwilligen Mitwirkung des Königs auf dem geſetzlichen Wege anders geregelt wurden. Fielen alſo die von der Kommiſſion geſtrichenen Worte, dann hatte die Kammer ein bedenkliches Zwangsmittel, den Monarchen und ſeine Miniſter in Unterwürfigkeit zu erhalten; blieb der Artikel 108 in vollem Umfange zu Recht, ſo erfreute ſich Preußen auch fernerhin des Schutzes durch ein kräftiges Königtum. Im letzteren Falle war nach Bismarcks Anſchauung die im Staatsintereſſe liegende Selbſtändigkeit der Krone gewahrt, im erſteren zugunſten von Mehrheiten vernichtet, „deren Geltung auf der gewagten Vorausſetzung beruhte, daß ein jeder einzelne der künftigen preußiſchen Abgeordneten in der Lage ſein werde, ſich über alle Fragen der Politik und Geſetzgebung ein unabhängiges und unbefangenes Urteil zu bilden".

Aber mit einem ſtarken Königtum allein war es nach Bismarcks Anſchauung nicht getan. Es mußte ſich die Krone auch auf Untertanen ſtützen, welche willig waren und ſowohl ein zwingendes Intereſſe als auch ein hinreichendes politiſches Verſtändnis beſaßen, den beſtehenden Staat gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen. Zu dieſem Zwecke mußten diejenigen Überlieferungen, welche dem Volke am Herzen lagen, heilig gehalten, mußten diejenigen Klaſſen, welche Preußen vorzugsweiſe ihre Dienſte gewidmet, in ihrem Eifer aufs neue beſtärkt, mußten aber auch die bisher der Öffentlichkeit mit geringer Erkenntnis gegenübergeſtandenen Schichten für die Förderung des Gemeinwohls gewonnen werden.

Unter denjenigen Beſtimmungen, welche die Miniſter aus Camphauſens Verfaſſungsentwurf und ſeiner Umgeſtaltung im Ausſchuſſe der Nationalverſammlung für die Dezemberverfaſſung entlehnt hatten, war auch diejenige über die Zivilehe geweſen. Dieſe hatte bisher nur in den Gebieten des franzöſiſchen Rechtes beſtanden und ſollte nunmehr auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden. Aber gegen ihre Einführung ſträubten ſich zahlreiche Kreiſe namentlich in den altpreußiſchen Provinzen, die an den kirchlichen Trauungsformen pietätvoll hingen, und fürchteten, daß dieſen durch die wenig erhebende Art der bürgerlichen Eheſchließung der Todesſtoß verſetzt werde; für die weitergehenden politiſchen Gründe, aus welchen die

neue Einrichtung geschaffen werden sollte, hatten diese einfachen, an liebgewordenen Gewohnheiten hängenden Leute kein Verständnis. Der Landtag wurde deshalb mit Petitionen überschüttet, die ihn um Wiederaufhebung der Zivilehe angingen, aus der Mitte der Abgeordneten selbst wurden eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen gestellt und sowohl der Kultusminister als der Justizminister empfahlen angesichts der weitverbreiteten Abneigung, den Artikel aus der Verfassung herauszunehmen und die Sache durch ein besonderes Gesetz zu regeln. Indes ging die Regierung Bismarck in ihrem Widerspruch gegen die Zivilehe nicht weit genug. Die Erinnerung daran, daß er selbst auf dem Boden des gläubigen Christentums neuen Mut gefaßt und die Anregungen zu einer fruchtbaren Wirksamkeit gefunden, haftete noch lebendig in seiner Seele. Was ihm selbst als ein langes vergeblich ersehntes Glück erschienen war, das sollte, wie er glaubte, jetzt weiten Kreisen verkümmert werden, und zwar infolge derselben schablonenhaften Anwendung allgemeiner Grundsätze, welche von ihm auf dem Gebiete der weltlichen Politik aufs Messer bekämpft wurde. Die Einführung der Zivilehe hatte in Frankreich und Belgien nach Bismarcks Überzeugung eine andere Tragweite als in Preußen. In Frankreich war sie der Zerstörung aller religiösen Gefühle gefolgt und vollzog gleichsam äußerlich eine Tatsache, welche durch die innere Umstimmung der Menschen längst vorbereitet war; die Gesetzgebung entsprach also nur den persönlichen Anschauungen der Staatsbürger, und wenn auch in den Ländern, welche das französische Muster befolgt hatten, nicht eine derartige Leere und Zerfahrenheit des kirchlichen Bewußtseins herrschte, wie in Frankreich zur Zeit der großen Revolution, so übernahmen diese Länder die Zivilehe doch zugleich mit einer großen Menge anderer französischer Einrichtungen und Regeln und einem guten Stück sonstiger französischer Geistesarbeit. In Preußen aber waren weder geschichtlich noch gegenwärtig diese Voraussetzungen, welche nach Bismarck die französische Gesetzgebung geleitet hatten, vorhanden. Der preußische Verfassungsartikel erschien ihm deshalb als eine ebensolche Vergewaltigung von Naturbedingungen, wie dies ihm auf Schritt und

Tritt in den mannigfachsten Tagesfragen begegnet war. Bismarck sprach sich darüber aus: „Bei uns tritt die Zivilehe der kirchlichen Trauung feindselig und gewissermaßen erobernd gegenüber . . . Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignorieren." Aber Bismarck fand nicht nur die verlangte Vorschrift im Gegensatz zu den religiösen Empfindungen des Volkes, sondern die letzteren erschienen ihm als ein wichtiger Anker eines gedeihlichen Staatslebens. Mit dem Untergange der schlichten Frömmigkeit oder auch mit der Erweckung von Zweifeln in der Brust des einfachen Mannes schien ihm der Verlust seiner inneren Ruhe und Zufriedenheit untrennbar verbunden, und während derselbe Mensch vorher eine wertvolle Stütze gegen die zerstörenden Elemente der Revolution gebildet hatte, so drohte er, seines Glaubens und seiner sittlichen Lebensgrundsätze beraubt, gerade eine Beute derselben Elemente zu werden. Nun verdankte nach Bismarcks Meinung das preußische Königshaus und das preußische Volk einen großen Teil seiner Kraft und seiner Erfolge dem praktischen, auf demütigem Christenglauben beruhenden Pflichtbewußtsein und noch vor wenigen Wochen hatte Bismarck bedauert, daß die Deutschen in der Stärke ihrer religiösen Gefühle hinter den Engländern zurückblieben. Diese Grundlage, welche er für einen wichtigen Pfeiler der geschichtlich entstandenen Ordnung ansah, und welche er darum nicht bloß zu schützen, sondern noch zu befestigen und verbreitern strebte, drohte durch die Einführung der Zivilehe geschmälert zu werden. In Bismarcks Augen sank eine heilige Amtshandlung zur leeren Förmlichkeit herab, sobald den hierbei gebrauchten Worten nicht der mit ihnen verknüpfte tiefe Sinn beiwohnte. Wenn der Pfarrer ein schon durch den Zivilbeamten getrautes Paar vor dem Altar nach dessen Willen fragte, so konnte letzteres darauf gesetzlich nicht mit „Nein" antworten und die Frage war nach Bismarcks Meinung der Höhepunkt der kirchlichen Trauung überhaupt. Die Kirche erheischte aber die innere Wahrhaftigkeit ihrer Handlungen, wenn sie mit ihren Lehren bei der Menge den erforderlichen gläubigen Eindruck machen und in ihrem Ansehen nicht erschüttert werden sollte, sie durfte nicht zur

Schleppenträgerin der subalternen Bureaukratie herabsinken und in der völligen Freiheit ihres religiösen Bekenntnisses nicht die geringste Einbuße erleiden.

Und nur, wenn in sämtlichen Teilen des Volkes zwar nicht ein in jedem Glaubenssatze übereinstimmendes, wohl aber ein allenthalben starkes religiöses Empfinden und Pflichtgefühl vorhanden war, ließ sich diejenige neidlose Schätzung von Standesunterschieden und fremden Verdiensten erwarten, welche Bismarck bei den Franzosen vermißte und bei den Engländern als den Ausfluß eines wahren Freiheitsbewußtseins erkannte. Denn Bismarck war ein Gegner aller Gleichheitsbestrebungen, welche über nicht austilgbare Unterschiede mehr hinwegtäuschten oder Unbehagen verbreiteten und welche, soweit sie von Erfolg begleitet waren, zugleich die Eigenart und selbständige Entwicklungsfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsklassen auszurotten drohten.

Lebendig im Blute lag Bismarck namentlich die Wertschätzung einer erblichen Aristokratie. Er glaubte nicht nur, daß zufällig in Preußen der Adel mit einem gewissen trotzigen Unabhängigkeitssinn das natürliche und unentbehrliche Gegenstück einer tüchtigen Monarchie bildete, sondern er betrachtete dieses auf freier Anerkennung der gegenseitigen Aufgaben und Fähigkeiten beruhende und von Geschlecht zu Geschlecht sich fortpflanzende Zusammenarbeiten von Königtum und Adel allgemeingeschichtlich als die beste Bürgschaft einer guten Fürstenregierung; auch die Republiken hatten nach Bismarcks Meinung ihre glänzenden Zeiten dann, wo sich eine erbliche Aristokratie selbstlos dem Staate zur Verfügung stellte, und begannen niederzugehen, sobald die erbliche Aristokratie in ihrer Selbstlosigkeit erlahmte oder aus ihrer beherrschenden Position herausgedrängt wurde. „Die Geschichte", schilderte Bismarck seine historisch-politische Auffassung, „führt uns die glänzendsten und großartigsten, aber nicht immer wohltuendsten Erscheinungen vorzugsweise unter der Signatur des Absolutismus vor, dagegen finden wir Beispiele von dauernder Blüte und Macht der Staaten besonders häufig in denjenigen, welche unter dem Einfluß einer erblichen Aristokratie gestanden haben ... Schon die gebildeten

Staaten des Altertums, abgesehen von ihrer speziellen Verfassung, hatten im wesentlichen durch die numerische Überlegenheit der Sklavenbevölkerung einen aristokratischen Charakter. Roms Verfall hat gleichen Schritt gehalten mit dem Verfall seiner Aristokratie; die glänzenden Erinnerungen der Kaiserzeit führen uns einen mächtigen Reichsadel mit glänzendem Gefolge vor. Die mittelalterliche Blüte unserer Städte fing an zu welken von dem Augenblick, wo die patrizischen Geschlechter dem Andringen der Zünfte unterlagen. Venedig, Genua, Holland liefern Beispiele der Leistungsfähigkeit ihrer Aristokratien mit verhältnismäßig geringen Mitteln. Die Haltlosigkeit der Zustände sämtlicher Staaten des europäischen Kontinents läßt sich in ihrem Keim auf die Zeit zurückführen, wo die überwiegende Fürstengewalt den unabhängigen Adel unterdrückte, eine Richtung, welche sich in Preußen in dem Ausspruch Friedrich Wilhelms I. verkörperte: ich etabliere die Souveränität comme un rocher de bronze. England ist einen glücklicheren Weg gegangen, es hatte keinen Richelieu, welcher die Köpfe abschlug, in denen eine Erbweisheit sondergleichen wohnt." Aber die eigentliche Wurzel seiner aristokratischen Empfindungen bildeten doch nicht solche allgemeingeschichtliche Betrachtungen, sondern das Gefühl für den Geist der preußischen Staatsüberlieferung. In der Hingabe des Adels an den Staat in Krieg und Frieden sah er den festesten Kitt der Monarchie. „Von dem Schlachtfelde an der Brücke bei Warschau, wo der Große Kurfürst den Grund zur Unabhängigkeit Preußens legte, bis unter die Mauern von Rastatt werden Sie finden, daß überall die Wurzel preußischer Freiheit reichlich mit dem Blute seiner edlen Geschlechter getränkt ist. Die geworbene Armee, mit welcher Friedrich der Große Preußen vor der Zerstückelung und Unterjochung schützte, wäre eine Unmöglichkeit gewesen, wenn der Adel nicht die Handhabe dazu bot in Gestalt des Offizierkorps. Am Schlusse des Siebenjährigen Krieges standen Kadetten als Führer vor der Armee, die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Im Anfange dieses Jahrhunderts sind die Vorrechte des Adels, die er durch langjährigen Besitz als seine Rechte zu betrachten gewohnt war, durch die Gesetzgebung aufgehoben worden. Sie haben nicht

geſehen, daß durch die Forderung dieſer Opfer ſich der Adel in eine Stellung hätte drängen laſſen, welche der gleich wäre, welche die Demokratie jetzt der Regierung gegenüber einnimmt. Nicht einmal zu einer mürriſchen Fronde haben ihn dieſe Verluſte getrieben, ſondern als der König im Jahre 1813 das Volk zu den Waffen rief, waren die Söhne des preußiſchen Adels in den erſten Reihen derer, welche bereit waren, Gut und Blut einzuſetzen für die Erhaltung des Königshauſes und des Vaterlandes, deren Geſetzgebung ihnen dieſe große Opfer angeſonnen hatte."

Wie ſchon aus dieſen Worten hervorging, hielt Bismarck beim Adel ebenſowenig als bei der Krone einen feſten ein für allemal gegebenen und mit zäher Energie auch gegen berechtigte Zeitſtrömungen und Staatsbedürfniſſe zu wahrenden Umfang an beſonderen Befugniſſen für erforderlich und noch weniger dachte er nach Art einzelner ſtrenger Konſervativer Vorſchriften wieder aufzufriſchen, welche abgetragene Bauſteine der Adelsmacht auf ihren alten Platz zurückgeführt hätten. Nicht von außen her, ſondern aus der inneren Stimme ihres Gewiſſens heraus, durch das Gefühl ihrer Verantwortlichkeit vor Gott, König und Vaterland und durch das Bewußtſein, in die Fußtapfen ihrer Ahnen zu treten, ſollte die preußiſche Ariſtokratie ihre ſittlichen und politiſchen Grundſätze empfangen. Ob dieſelbe nach unten mehr oder weniger abgeſchloſſen war, ob ſie einen größeren oder geringeren ziffermäßigen Anteil an den herkömmlich dem Adel am meiſten zuſtehenden Stellen beſaß, ob ſie den Wünſchen der für Standesvorrechte nicht begeiſterten Gegenwart erheblichere oder kleinere Opfer brachte, ſpielte in Bismarcks Augen eine untergeordnete Rolle. Aber die Notwendigkeit, auf der geſchaffenen Grundlage das preußiſche Wohnhaus weiter auszubauen und an den Motiven der Urheber feſtzuhalten, erforderte, daß die Eigenſchaften, durch welche der Adel ſich einen bleibenden Anteil an der Geſtaltung des Staates errungen hatte, zum Beſten des Gemeinwohls in ungeſchwächtem Maße auch ferner betätigt wurden. Deshalb kam es Bismarck vor allem darauf an, dem Geiſte, welcher die Ariſtokratie beſeelt hatte, nach wie vor hinreichende Gelegenheit zu einer für die Allgemeinheit erſprießlichen Wirkſamkeit

zu belaſſen und namentlich auch denjenigen Berufszweigen, in welchen der Adel bisher ſich am meiſten bewährt hatte, ihren Charakter und ihre Bedeutung für das geſamte öffentliche Leben Preußens zu erhalten.

Als äußeres Mittel zur Eröffnung eines geeigneten Spielraums für die praktiſche Vaterlandsliebe des Adels ſollte zunächſt die erſte Kammer dienen. Nach Artikel 63 der Dezemberverfaſſung ſollte dieſelbe aus Vertrauensmännern der Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertretungen beſtehen. Dieſe Beſtimmung war nicht viel anderes als eine Lückenbüßerin: ſie deutete an, daß gegen die nach der Dezemberverfaſſung vorausſichtlich ziemlich demokratiſche Kammer ein Gegengewicht geſchaffen werden und daß zugleich bei dieſer Gelegenheit den früher an den öffentlichen Fragen vorzugsweiſe beteiligten Klaſſen ein gewiſſer Erſatz für den ſonſt völligen Wegfall einer einflußreichen parlamentariſchen Mitwirkung geboten werden ſollte; aber ſolange über die Körperſchaften, von welchen die Mitglieder der erſten Kammer gewählt werden ſollten, nichts feſtſtand, ſchwebten auch die Vorſchriften über die Zuſammenſetzung der erſten Kammer in der Luft. Als der Landtag bei der endgültigen Abrede über die Verfaſſung zu den Paragraphen von der erſten Kammer gelangte, fehlten ihm deshalb die nötigen Anhaltspunkte zu einem ſicheren Urteil. Eine ganze Reihe Vorſchläge wurden gemacht, die aber alle beim Mangel zuverläſſiger Unterlagen ziemlich willkürlich waren und deren Ergebnis und beſſere oder ſchlechtere Durchführbarkeit ſich der Vorausberechnung entzog. Beim Fehlen aller Erfahrungen gingen die Vermutungen und Ideen weit auseinander, nur das eine leuchtete allen ein, daß in der durch die Dezemberverfaſſung vorgeſchriebenen Form ſich die erſte Kammer als wichtiges Glied des Staatsorganismus nicht bewährt hatte. Der Kampf tobte um die Frage, ob man einen Senat oder eine Pairie wollte. Der Senat, über deſſen Bildung die Meinungen wieder ſtark voneinander abwichen, hätte den Vorzug geboten, daß ſeine Mitglieder ſich nicht durch eine ſo tiefe Kluft der Anſchauungen von den Abgeordneten der zweiten Kammer getrennt hätten und daß man enger bei der Dezemberverfaſſung geblieben wäre; der

preußiſche Staat hätte auf dieſe Weiſe zwei Wahlkammern erhalten. Die Pairie hätte dagegen den bedeutenderen Familien des Landes einen ſicheren Anteil an der erſten Kammer verſchafft, hätte den Prinzen des königlichen Hauſes die Möglichkeit parlamentariſcher Mitarbeit eröffnet, hätte endlich auch Intereſſen- und Standesvertretungen wieder in das öffentliche Staatsleben eingeführt. Die Kommiſſion der zweiten Kammer, wohl mehr um überhaupt einen Vorſchlag zu machen, hatte ſchließlich einen Senat empfohlen, der aus 160 Abgeordneten der Kreisvertretungen und 80 Vertretern des höchſtbeſteuerten Grundbeſitzes gebildet war.

Bei der Verſchiedenheit der Anſichten dauerte die Debatte drei Tage. Gegen die Pairie erklärten ſich die meiſten Redner. Beſeler glaubte, daß eine künſtlich geſchaffene Ariſtokratie zur Vermittlung zwiſchen Krone und Volk weniger beitragen könne als ein aus Bezirksvertretungen hervorgegangener Senat, und verwies auf die ungünſtigen Erfahrungen, die man mit der franzöſiſchen Pairskammer beim Sturze der Bourbonen gemacht hatte. Reichensperger erwartete von einer zahlreicheren erſten Kammer eine größere praktiſche Wirkſamkeit und tadelte das bisherige mangelnde Intereſſe des Adels für die freiheitliche Entwicklung des Volkes. Camphauſen zog aus einem Vergleiche der engliſchen und preußiſchen Ariſtokratie den Schluß, daß aus letzterer zurzeit keine volkstümliche erſte Kammer gebildet werden konnte. Beſonderen Eindruck aber machte es, daß ein Mitglied aus den Reihen des altpreußiſchen Adels, Herr von Canitz-Dallwitz, mit beſonderer Schärfe ſich gegen die Pairie wandte: „Wenn Sie die erſte Kammer aus den Pairs zuſammenſetzen wollten, die wir in unſerem Vaterlande beſitzen, ſo würde aus der Kammer ein Kämmerchen werden, das bald in ein Kabinett ausarten würde. Großer Grundbeſitz und Geld allein machen reiche Leute, aber keine Pairs. Hätten wir wirkliche geiſtige Pairs, ſo brauchten wir keine Pairs durch die Verfaſſung zu machen, die Pairs würden längſt die Verfaſſung gemacht haben . . . Ich werde eine Pairskammer ſo lange für unmöglich halten, bis mir die Liſte der künftigen Pairs gezeigt wird. Sollte ich achtzig Pairsfamilien in Preußen herausſuchen, ſo wäre ich in großer Verlegen-

heit. Freilich, wo das Zuckerrohr nicht gedeiht, zieht man Zucker aus Runkelrüben. Ich halte dafür, daß eine Pairskammer bei uns dem Volke nicht nützlich und auch eine morsche Stütze des Thrones wäre. Macht man dennoch eine solche, so wird es bald von ihr heißen: sie war so sanft, sie war so gut und auch der Launen Übermut war sie beeifert zu erfüllen."

Schon das Bewußtsein, daß er selbst einer alten märkischen Adelsfamilie angehörte und aus deren Taten und Erinnerungen seine ersten Eindrücke empfangen, bestimmte Bismarck zu einer anderen Stellungnahme. Es schmerzte ihn tief, daß gerade ein Sprößling der eingesessenen Aristokratie derartige Ausführungen machte. Spitzig bemerkte Bismarck am nächsten Tag: „Die Rücksicht auf Ihr Gefühl für den parlamentarischen Takt, ja selbst für die gemeine Schicklichkeit, der Wunsch, die Debatte und den Ton derselben auf dem Niveau der würdigen Höhe zu erhalten, die sie bisher charakterisiert hat, hält mich ab, auf den Ton, welchen der Freiherr von Canitz und Dallwitz angeschlagen hat, auch nur insoweit einzugehen, als zur Erwiderung nötig wäre." Aber das Entscheidende waren nicht solche persönliche Erwägungen, sondern die Auffassung von der notwendigen Stellung der Aristokratie in einem gesunden preußischen Staatsleben. Zwar zog Bismarck keine unüberschreitbare Grenzlinie zwischen den Mitgliedern der Adelsfamilien und den Bürgerlichen, er vertrat vielmehr den Standpunkt, daß auch die letzteren, soweit sie gesellschaftlich die gleichen Eindrücke erhalten hatten und zu gleich befähigten Verteidigern vaterländischer Interessen in Krieg und Frieden erzogen worden waren, an den politischen Vorrechten der Aristokratie teilnehmen sollten. Aber den Gewinn, welcher aus der Vererbung regerer und selbstloserer politischer Interessen eines sozial und wirtschaftlich bevorzugten Kreises hervorging, schlug Bismarck hoch an. Und wenn dieser Gewinn sich nicht derart im öffentlichen Leben bekundet hatte, wie das die Gegner der erblichen Pairie für ihre Bereitwilligkeit, auf diese einzugehen, voraussetzten, so schrieb das Bismarck nur den sachlichen Bedingungen der Zeitumstände, nicht dem ungünstigen persönlichen Material der für eine Aristokratie in Betracht kommenden Menschen zu. Gerade

die laufende parlamentarische Arbeit, der stetige mündliche Meinungsaustausch, die Überzeugung, daß das eigene Wort und die persönliche Tat vor der Öffentlichkeit ein Gewicht beanspruchen durfte, die Notwendigkeit, sich mit den verschiedenen politischen Angelegenheiten beschäftigen zu müssen, und die Möglichkeit, dies in einer verhältnismäßig freien wirtschaftlichen Stellung tun zu können, waren nach Bismarcks Meinung die geeignetsten Mittel, um den geistigen Vorsprung einzuholen, welchen die englische Aristokratie vor der preußischen voraus hatte. Bismarck hielt es deshalb für verkehrt, dem Adel denjenigen Weg, welcher am zuverlässigsten zum gewünschten Ziele führte und welcher den Gebrauch der überlieferten Eigenschaften und die Befestigung in denselben für das Gemeinwohl noch besser und umfassender nutzbar machte, aus Rücksichten auf gegenwärtige Unvollkommenheiten zu versagen.

Wer die bisherige Betätigung des Adels für den Staat so hoch würdigte und so dringend eine solche Betätigung eher noch auszudehnen als zu verengern strebte wie Bismarck, mußte seine Aufmerksamkeit auch den Berufs- und Erwerbszweigen zuwenden, aus welchen die Aristokratie vorzugsweise die Wurzeln ihrer Macht und ihres Einkommens zog. Hand in Hand mit seinem Interesse für ein starkes Königtum und für eine diesem ergebene, dem Gemeinwohl dienende Aristokratie ging Bismarcks Teilnahme an den Sorgen des Großgrundbesitzes und des Offizierstandes. Wurde das Selbstgefühl des Adels getötet und derselbe zur willenlosen Maschine des Absolutismus herabgedrückt, so wuchs die Gefahr herauf, daß zugleich die geistige und sittliche Bildung des Heeres sank und letzteres zu einem „wohltuenden Säbelregiment" ausartete; wurde umgekehrt die jetzt allgemeine Unzufriedenheit in die Armee und besonders in die Reihen ihrer Führer getragen, so verlor die Krone ihre zuverlässigste Stütze gegen innere und äußere Feinde. „Die ganze Existenz unserer unter außerordentlichen Verhältnissen stehenden Armee beruht", wie Bismarck einmal erklärte „darauf, daß das Korps der Offiziere und Unteroffiziere nicht nur seine Pflicht tut, sondern mehr als seine Pflicht". Er glaubte die Abgeordneten darauf hinweisen zu müssen, „daß unser Offizier-

korps bisher ein solches ist, um welches uns alle kriegführenden Völker beneiden, ein Offizierkorps, welches an der Spitze einer kriegsgewöhnten und gedienten Armee für jeden jetzt existierenden Feind unüberwindlich und die alleinige Grundlage einer kühnen und ruhmreichen Politik für Preußen sein kann". Die selbstlose Berufsfreudigkeit, das Ehrgefühl, die Reife des Offizierstandes befand sich aber nach Bismarcks Überzeugung mit den Anschauungen des Adels in inniger Wechselwirkung.

Das Militärwesen erfuhr damals mannigfache Angriffe. In den Kreisen derer, welche mit der Revolution liebäugelten, war es ebensowenig genehm als bei denen, welche den Soldatenstand vorzugsweise für die Voraussetzungen der Märzereignisse verantwortlich machten. Die Kamarilla Friedrich Wilhelms IV., deren Bild in den Augen der Uneingeweihten vielfach vergröbert wurde, war eine wesentlich militärische, der jetzige Ministerpräsident, dem man die Entlassung der Nationalversammlung, die Auflösung der Bürgerwehr, die Rückkehr der Truppen nach Berlin auf die Schuldrechnung setzte, war ein General, die Ruhmestaten der Befreiungskriege, von deren Erinnerung ein großer Teil unter den damaligen Wortführern der öffentlichen Meinung zehrte, wurden weniger dem aktiven Heere als der Landwehr zugeschrieben. Man fand deshalb vielen Anlaß, die Höhe des Militäretats und einzelner seiner Posten zu tadeln und sich namentlich über das glänzende Leben der Offiziere auszusprechen; im Volke war die Meinung verbreitet, daß an deren Gehältern gespart werden könne, namentlich auch, falls die Unteroffiziere, für deren kärglichen Unterhalt man eher Verständnis hatte, besser gestellt werden sollten.

Indes die Außenseiten täuschten nach Bismarcks Ansicht, welche sich auf Grund eigener Erfahrungen gebildet hatte, über den inneren Sachverhalt hinweg. Bismarck rechnete aus: der Sold des gemeinen Mannes sei in der Hauptsache auf der Höhe stehen geblieben, die er schon vor vier Menschenaltern besessen, der verheiratete Unteroffizier vermöchte selbst ohne Kinder nicht auszukommen, der Leutnant könne bei fortgesetzten Märschen von seinem Gehalte keine Ausgaben für die landesübliche Verpflegung bestreiten,

ohne Schulden zu machen, und die lange Friedenszeit habe die Beförderungsaussichten so verschlechtert, daß er zwanzig Jahre bis zum Hauptmann brauche. Obgleich Bismarck von der Überzeugung durchdrungen war, daß das Ehrgefühl der Offiziere nicht von Gehaltserhöhungen abhing, so erachtete er einen solchen Zustand, wie er ihn geschildert, auf die Dauer für unhaltbar. Mit der Not und dem Elend verminderte sich die innere Lust der Unteroffiziere zum Soldatendienst, und entweder arbeiteten letztere mehr aus mechanischem pünktlichem Pflichtgefühl, wo freudige Hingabe notwendig gewesen wäre, oder sie wandten sich nach einer kürzeren Dienstdauer alsbald anderen Berufen zu, so daß es immer schwieriger wurde, den Bedarf an geeigneten Unteroffizieren zu decken, und daß es namentlich auch an solchen mangelte, die eine lange Erfahrung aufwiesen. Bei den Offizieren aber ließ sich mit aller Betonung des angestammten Pflichtgefühls das Mißverhältnis zwischen Diensteinnahmen und Ausgaben nicht hinwegstreiten. Entweder mußte ein junger Offizier im Geldpunkte, und besonders in bezug auf Schuldenmachen, minder empfindlich werden oder es ließ sich aus denjenigen Schichten, aus welchen bisher der Offizierstand hervorgegangen war, welche aber nach ihren Vermögensverhältnissen meist keine oder nur knappe Zulagen gewähren konnten, nicht mehr der erforderliche Ersatz beschaffen. Beide Folgen waren für den Geist des Offizierkorps außerordentlich unerfreulich, und ob beim Eintritt solcher Konsequenzen die Eigenschaften, welche bisher der wertvollste Eckstein des preußischen Heeres gewesen, und die Schule, welcher der preußische Adel die Stählung seines Charakters und die beste Gelegenheit zu seiner praktischen Übung verdankte, auf die Dauer unversehrt blieben, mußte mindestens zweifelhaft sein. Bismarck richtete deshalb aus eigenem Antriebe an die Regierung das Verlangen, „binnen kurzem eine Erhöhung des Militäretats zu beantragen", und scheute sich nicht, eine stärkere Anspannung der Steuerkraft zu empfehlen, wenn zur Deckung der geforderten Mehrausgabe die Mittel anderweit nicht aufgebracht werden konnten.

Im Heerwesen lenkte Bismarck das Augenmerk auf Übelstände, die seinem eigenen Blicke schon längst sich offenbart hatten, im

allgemeinen aber noch wenig beachtet wurden, und deren Begleiterscheinungen in der Gegenwart noch nicht vorhanden waren, aber im Schoße der Zukunft lagen. Die wirtschaftlichen Fragen dagegen, welche einen großen Teil der Gutsbesitzer interessierten und über die Bedeutung des ganzen Standes wesentlich mit entschieden, waren Themen der laufenden Gesetzgebung.

Bei seinem geschichtlichen Überblick über den politischen Nutzwert eines sittenstrengen Adelsregiments hatte Bismarck städtische und ländliche Aristokratien vermischt und nicht danach gefragt, ob dieselben eine Handels- und Kaufmannspolitik getrieben oder in erster Linie von den Erträgnissen ihres eigenen Bodens gelebt hatten. Für den damaligen preußischen Staat aber behandelte Bismarck diesen Gegensatz des Einkommens und der Arbeits- und Denkweise für keineswegs gleichgültig. Nicht nur war er selbst einem Geschlechte entsprossen, das auf ererbtem Besitze wohnte, er würdigte auch die Vorzüge eines harmonischen Landlebens für eine ruhige und gesunde Entwicklung des Staates aus eigener Erfahrung. Seine Überzeugung war, daß der Großgrundbesitz in weiten Kreisen volkstümlich sei und daß er eine Hauptsäule der geschichtlichen Überlieferung Preußens bildete. Für den Stand der Industriellen hatte er weit weniger übrig. Derselbe teilte mit dem alteingesessenen Adel nicht die ruhmreiche politische Vergangenheit, sondern war meist jüngeren Ursprungs und gehörte zudem überwiegend den erst später an die Hohenzollern gekommenen Provinzen an. Auch war Bismarck in bezug auf die politischen Motive des Kaufmanns- und Handelsstandes aus mancherlei Gründen mißtrauisch. Bismarcks persönliche Erlebnisse in der Rheinprovinz waren nicht eben dazu angetan gewesen, ihn an einen tiefen Ernst der dortigen Bevölkerung glauben zu machen. Er hatte das Tun und Treiben derselben von der leichtesten Seite gesehen und das wirkte auf seine ganze Anschauung vom Rheinländer ungünstig zurück, seit er Menschen von weit soliderer Auffassung in höheren und niederen Schichten Altpreußens näher getreten war. Mit der eingehenderen Bekanntschaft wuchs seine Wertschätzung des zwar zunächst schwerer zugänglichen und langsamer denkenden, aber auch die Wirklichkeit vorsichtiger

abwägenden Norddeutschen. Er gelangte zur Meinung: „Je weiter nach Westen, um so schneller ist das Urteil, aber nur auf gründliche Untersuchungen basiertes Urteil wird unsere Überzeugungen regeln können." Dazu kam, daß vor 1815 die Rheinländer nicht nur mit Altpreußen keine Fühlung gehabt, sondern überhaupt ein kümmerliches staatliches Leben gefristet hatten. Die politischen Maßstäbe der Rheinländer konnten sich demnach nicht auf eine so weit zurückreichende eigene staatliche Vergangenheit wie die der Altpreußen gründen, sondern waren zum guten Teil fremden Vorbildern, namentlich denjenigen aus den angrenzenden Gebieten französischer Zunge entlehnt, welchen das Volk überdies schon aus geographischen Gründen menschlich näher stand. Dadurch wurden die Wortführer aus der Rheinprovinz die energischsten Vorkämpfer der westeuropäischen Verfassungsideen, welche sie aus einer geringeren räumlichen Entfernung kennen gelernt hatten, und verlangten namentlich, Einrichtungen, die aus solchen Anschauungen geflossen und während der napoleonischen Tage auch in Westdeutschland eingebürgert waren, auf das ganze Königreich zu übertragen. Dagegen wurden sie andererseits Gebräuchen, die auf dem ihnen ungewohnten altpreußischen Boden geschichtlich gewachsen waren und den damaligen allgemeingültigen politischen Grundsätzen widerstritten, nicht gerecht. Zu diesen Anschauungen Bismarcks von der Natur des Norddeutschen und des Rheinländers und von der Vorliebe des letzteren für politische Schritte, die nicht auf einer sorgfältigen Berücksichtigung der geschichtlichen Voraussetzungen Altpreußens, sondern auf einer mechanischen Anwendung auswärtiger Rezepte beruhten, gesellte sich die Überzeugung, daß nach ihrer ganzen Gedankenwelt unabhängig vom Gegensatz zwischen Osten und Westen die Großgrundbesitzer zuverlässigere Stützen einer glücklichen Staatsentwicklung sein würden wie die Industriellen und Großkaufleute. Der Landwirt saß auf der eigenen Scholle, die er meist vom Vater geerbt hatte, die er dem Sohne zu hinterlassen hoffte, die wegen ihrer Unbeweglichkeit in viel zwingenderer Weise zum Staate gehörte als ein verlegbares Geschäft oder mobile Kapitalien und die überdies in ihrer Ausnutzungsfähigkeit lange nicht in dem Maße von

Konjunkturen und Spekulationen abhing als ein industrielles oder kaufmännisches Unternehmen. Nach der Beschaffenheit seines Eigentums und Erwerbes schien deshalb Bismarck der Grundbesitzer weit enger mit dem Staate verknüpft und für den Staat interessiert wie der städtische Geschäftsmann. Wenn der letztere zu einer freieren Stellung sich emporgerungen hatte, so verdankte er das zum großen Teile seiner praktischen Berufstüchtigkeit, welche den Mittelpunkt ihrer Aufgaben zunächst in der Förderung des eigenen Unternehmens gesucht und infolgedessen weniger als Schule dazu gedient hatte, sich in einen Kreis fremdartiger Interessen hineinzuleben. Bismarck begegnete zwar auch bei den märkischen und pommerischen Grundbesitzern vielfach einem geringen Verständnis für das, was der rheinische Kaufmann und Fabrikant brauchte und dachte; aber er schrieb diesen Mangel weit mehr der fehlenden Gelegenheit, sich die erforderlichen Erfahrungen anzueignen, als der persönlichen Anlage zu und er hatte die Empfindung, daß ein für das Allgemeinwohl tätiger Politiker, der aus dem Großgrundbesitz hervorgegangen war, in seiner öffentlichen Tätigkeit weit weniger durch die Verfolgung der Privatinteressen gestört wurde als der Geschäftsmann, welcher mit viel rascheren und größeren Schwankungen rechnen und diesen eine sein Denken und Wollen viel energischer anspannende Sorgfalt widmen mußte. Wegwerfend urteilte er: „Wer uns aus Rentiers wieder Fürsten, Freiherrn und Edelleute machen könnte, der wäre ein Arzt unserer Zeit. Aber die Patienten halten sich für gesund."

Gerade aber die rheinischen Industriellen hatten in den letzten Jahren nicht nur im Parlamente, sondern zeitweise auch auf den Bänken der Regierung eine große Rolle gespielt und Bismarck hatte wahrgenommen, daß sich ihr Einfluß wesentlich in der Ausdehnung privatwirtschaftlicher Gesichtspunkte auf die Staatspolitik bekundet hatte. Von der zunehmenden Bedeutung der Kaufleute und Fabrikanten auf dem Gebiete der öffentlichen Angelegenheiten und im Herausdrängen des Adels und Großgrundbesitzes aus seiner führenden Rolle befürchtete deshalb Bismarck sowohl aus grundsätzlicher Überzeugung wie aus gemachten Erfahrungen eine Ab-

wendung von wertvollen, für das Staatsleben ersprießlichen Gesichtspunkten und Zielen. Obgleich er sich über die Zusammensetzung der von ihm gewünschten erblichen Pairie in der ersten Kammer nicht genauer ausgesprochen, so ging doch aus seinen Bemerkungen hervor, daß er hierbei an den eingesessenen Grundbesitz, nicht aber an die großen Kaufmanns- und Fabrikantengeschlechter gedacht hatte. Im Gegenteil hatte Bismarck durch die erbliche Pairie unter anderm auch eine Schranke gegen den politischen Machtbereich errichten wollen, welchen beim Schwinden adliger Familienüberlieferungen leicht die wesentlich durch ihr Vermögen einflußreichen Geschlechter zu gewinnen und zum Vorteil ihrer Geschäftsverbindungen und Erwerbsrücksichten zu nutzen drohten. Auch in anderer Art suchte Bismarck nach Mitteln gegen ein allzu drückendes Emporkommen einer solchen an keine politischen Überlieferungen gebundenen, aus sich selbst groß gewordenen und dabei doch von wechselnden Gewinnchancen abhängigen Geldaristokratie. Er befand sich dabei in der Lage des Verteidigers gegen Angriffe auf die herkömmliche materielle Stellung der Gutsbesitzer.

Offenbar wäre die von Bismarck besorgte Vorherrschaft des Geldsackes am raschesten und entschiedensten eingetreten, wenn das aus Handel und Industrie errungene Kapital in Landgütern angelegt worden wäre und damit die Geschäftsleute eben in denjenigen Stand eindrangen, welchen Bismarck als einen Damm gegen das allzu große Überwuchern kaufmännischer Beweggründe im Gesamtleben des preußischen Volkes schützen wollte. Die Verwirklichung dieser Gefahr hing von der Festigkeit der jetzigen großen Gutsbesitzer ab; denn sobald diese wankten, war die Zahl der in Betracht kommenden Käufer eine geringe, und wenn die großen Unternehmer als Nachfolger der bisherigen Gutsherren auftraten, so brachten sie erstens schon gewisse allgemeine finanzwirtschaftliche Grundsätze mit und zweitens bildete der Bodenbesitz nur einen Teil ihrer Vermögensanlagen und Geschäftsaufgaben. Die aus dem Berufe des Landmanns hervorgehenden Prinzipien wären deshalb kein hinreichendes Gegengewicht gegen die anerzogene und noch fortdauernd geübte Praxis der Käufer gewesen. Aber auch abgesehen davon war

es nach Bismarcks Auffassung für das Gemeinwohl notwendig, daß der Landwirt nicht durch ungeschickte Regierungsmaßregeln geschädigt und mißgestimmt wurde. Die behutsame Behandlung des Grundbesitzes rechnete Bismarck deshalb zu den wichtigsten Staatsaufgaben.

Allgemeine politische Erwägungen hatten neben dem Gefühl, sich gegen Rechtsverletzungen wehren zu müssen, schon im vorigen Jahre Bismarck zum Widerstande gegen die Hansemannschen Agrarvorlagen und zur Teilnahme am Junkerparlamente bestimmt. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel hielt sich zwar von Hansemanns weitgehenden Eingriffen in die gutswirtschaftlichen Verhältnisse fern, Manteuffel hatte sogar den Begründer des Vereins zum Schutze des Eigentums, Bülow-Cummerow, zu Rate gezogen, immerhin hatte aber auch das jetzige Kabinett mit der Erbschaft seiner Vorgänger rechnen müssen; hatte es sich doch bemüht, soweit es mit den höheren Staatsinteressen irgend verträglich war, sachlich den von den früheren Ministerien und der Nationalversammlung bereiteten Boden nicht zu verlassen und dadurch das eigenmächtige Vorgehen gegen Revolution und Parlament schmackhafter zu machen. Die Dezemberverfassung hatte mithin, in Anlehnung an den während der letzten Monate beliebt gewesenen Standpunkt, die freie Verfügung über das Grundeigentum festgestellt, die Teilbarkeit desselben und die Ablösbarkeit der Grundlasten gewährleistet und die unentgeltliche Aufhebung der Gerichtsherrlichkeit, der gutsherrlichen Polizei, der obrigkeitlichen Gewalt und der aus diesen Befugnissen sowie aus der Schutzherrlichkeit und aus der früheren Steuer- und Gewerbeverfassung herstammenden Verpflichtungen ausdrücklich ausgesprochen. Ferner sicherte die Verfassung auch den Landgemeinden eine selbständige Erledigung ihrer Angelegenheiten zu, setzte also eine Landgemeindeordnung voraus, welche die Bauern noch weiter von den Rittergutsbesitzern sozial unabhängig machte, und ein am gleichen Tage wie die Dezemberverfassung erlassenes königliches Patent kündigte auch eine solche Landgemeindeordnung an. Als die im August 1849 zusammentretenden Kammern ihre Arbeitsfähigkeit erwiesen hatten, legte ihnen Manteuffel eine Reihe

wichtiger unter ſich ein gewiſſes Ganzes bildender Geſetzentwürfe über die Ablöſung der Reallaſten, die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältniſſe, die Errichtung von Rentenbanken, über die Abänderung der bisherigen „Gemeinheitsteilungsordnung“ vor. Das Beſtreben dieſer Entwürfe ging dahin, den Bauern von allen den Hinderniſſen, die der freien Ausnutzung ſeiner Arbeitskraft und der intenſiven Bewirtſchaftung des Bodens entgegenſtanden, loszumachen. Zu ſolchem Zwecke ſollten zunächſt ohne Entſchädigung alle diejenigen Befugniſſe fallen, welche den berechtigten Gutsherren keinen Geldnutzen oder nur einen ausnahmsweiſen, außergewöhnlichen eintrugen. Die übrigen Reallaſten dagegen ſollten abgelöſt werden, und zwar hatte der Zahlungspflichtige das Recht, entweder den achtzehnfachen Betrag der Rente als einmalige Abfindung zu leiſten oder die Hilfe von Rentenbanken in Anſpruch zu nehmen. Im letzteren Falle zahlte er den bisher dem Gutsherrn direkt berichtigten Betrag an die Rentenbank, die Rentenbank ihrerſeits aber ſtellte dem Gutsherrn Rentenbriefe über den zwanzigfachen Betrag der Schuld des Pflichtigen aus und verzinſte den angegebenen Kapitalwert des Rentenbriefs zu 4%. Trotzdem dem Verpflichteten ſofort ein Zehntel ſeiner bisherigen Zinslaſt geſchenkt wurde, machten hierbei die Rentenbanken immer noch einen Überſchuß von einem halben Prozent der Rentenbriefe, und dieſer Überſchuß ſollte dazu dienen, daß die Rentenbriefe allmählich getilgt werden und nach ſpäteſtens fünfzig bis ſechzig Jahren die Verpflichteten von aller Rentenſchuld völlig befreit ſein ſollten. Ähnlich wie hier trug Manteuffel in der Form auch den Bedenken der Großgrundbeſitzer wegen der Aufhebung der Befreiungen von der Grundſteuer Rechnung. Während Hanſemann eine alsbaldige Beſeitigung des von ihm als Unrecht empfundenen jetzigen Zuſtandes verlangt hatte, ſo war Manteuffel zwar für ſofortige Anerkennung des Prinzips, aber für ein behutſameres praktiſches Vorgehen und namentlich für eine vorherige Beſchaffung der zu geſetzgeberiſchen Maßregeln erforderten ſtatiſtiſchen Unterlagen.

In dieſen und den verwandten Vorſchlägen zeigte alſo Manteuffel den Willen, den Hauptklagen, die über Hanſemann und die

Nationalversammlung voriges Jahr aus den Kreisen der Betroffenen erschollen waren, tunlichst die Spitze abzubrechen und dabei doch wichtige Bestandteile der damaligen Gesetzgebung zu retten. Dieser doppelte Zweck sollte dadurch erfüllt werden, daß das Ziel, welches man bisher tunlichst rasch erreichen wollte, allmählich und möglichst unmerklich erst nach einer Reihe von Jahren verwirklicht wurde und daß außerdem in der alten Form keine neuen Belastungen und Hindernisse mehr eintreten konnten.

Der beschrittene Weg diente tatsächlich dazu, die Agitation, welche sich gegen die frühere Methode in stürmischer Weise erhoben hatte, erheblich zu mildern. Bismarck indes, dem es weniger um die plötzliche Schmälerung der gutsherrlichen Rechte und Einkünfte als um die Erschütterung der Position des erblichen Großgrundbesitzes und um die Störung der Beziehungen zwischen diesem und dem Staate zu tun gewesen war, hegte die gleichen Bedenken auch gegen die jetzigen Vorlagen. Über keine Fragen hat er während der Landtagssession von 1849 auf 1850 häufiger und ausführlicher gesprochen, und die Gründe, mit welchen er seinen Standpunkt rechtfertigte, waren wesentlich die gleichen, zum Teil mit verwandten Beispielen und Worten vorgetragen, als er dies im August 1848 auf dem Junkerparlament getan hatte. Nach Bismarcks Überzeugung wurde der gerade von seinen politischen Gegnern am schärfsten betonte Satz von der notwendigen Gleichheit aller Bürger vor dem Recht und von der Unverletzlichkeit des Privateigentums durchbrochen. Daß dies nicht in einer den ganzen altpreußischen Großgrundbesitz in seinen Berechnungen und Gewohnheiten schroff aufrüttelnden Form geschah, war für Bismarck belanglos. „Das System der Rentenbanken", so meinte dieser, „enthält die von manchem so lange gesuchte Kunst, den Gläubiger mit seinem eigenen Gelde zu bezahlen." Die letzteren mußten ein Fünftel ihrer bisherigen ablösbaren Einnahmen einbüßen; von diesem Fünftel diente die Hälfte dazu, um sofort die Schuldner zu entlasten, die andere Hälfte, um für deren weitere Entlastung einen Fond zu bilden und derart die Gläubiger mit ihrem eigenen Gelde zu entschädigen. Bismarck erkannte es als vorteilhaft an, daß dem

Lande alle Laſten abgenommen werden ſollten, welche die Kultur des Grund und Bodens hemmten, und billigte die Abſicht der Geſetzgeber von 1811, welche an Stelle der für die zweckmäßige Bewirtſchaftung unerträglichen Frohnden und Dienſtleiſtungen ablösbare Geldrenten eingeführt hatten. Aber er empfand es als einen Widerſpruch zu den damaligen Geſetzen, auf deren Geiſt man ſich jetzt mit Vorliebe berief, daß eben dieſe Geldrenten jetzt als Hemmungen der freien Bodenkultur bezeichnet wurden, und hielt dieſe Geldrenten für kein größeres Hindernis einer tüchtigen Gutswirtſchaft wie alle anderen Schuld- und Hypothekenzinſen. Bismarck betrachtete alſo dergleichen Schritte als eine rechtswidrige Benachteiligung derjenigen Kreiſe, von welchen er die wertvollſte Unterſtützung eines ſtarken Königtums wünſchte und erwartete, und befürchtete als Folge ſolcher Maßregeln einerſeits eine gewiſſe Verbitterung der Betroffenen, andererſeits eine ökonomiſche Verſchlechterung und eine hieraus hervorgehende Schwächung ihres Einfluſſes im Rahmen des Gemeinweſens.

Das Auge des Staatsmanns beſchränkte ſich aber nicht nur auf die Würdigung derjenigen Faktoren, welche nach ſeinem Dafürhalten ſich in der Vergangenheit erprobt hatten und deren Erfahrung und Vaterlandsſinn auch künftig für das Wohl der Geſamtheit nutzbar bleiben ſollte. Die Ergebniſſe des Revolutionsjahres drängten Bismarck mit ſtarker Gewalt dahin, eine größere Fürſorge auch für diejenigen Volksſchichten zu fordern, welche am leichteſten der Nährboden der Revolution zu werden drohten, wenn ſie Hunger litten oder auch nur in ihrer Erwerbstätigkeit gehemmt waren. Wie Bismarck ernſtlich davor warnte, durch die falſche Agrarpolitik in den ſeiner Anſicht nach bisher zufriedenen Kreiſen des Landvolkes überſchwengliche Hoffnungen und eine unſtillbare Begehrlichkeit zu erwecken, ſo wünſchte er einer von ihm als ſolcher anerkannten und dabei unverſchuldeten Not zu ſteuern, ehe die Betroffenen der Niedergeſchlagenheit und dem für Abwege ſo empfänglichen Trübſinn anheimfielen.

Damals begannen ſich bereits die Rückwirkungen der Induſtrie und der Entwicklung der modernen Verkehrsmittel auf den Hand-

werkerstand zu äußern. Mit ihren neuen technischen Hilfskräften, mit der Möglichkeit, ein größeres Anlage- und Betriebskapital zu beschaffen, mit der Gelegenheit, in einem großen Geschäft zweckmäßiger den Arbeiter zu verwenden und sein Können auszubilden und auszunutzen, vermochten die Fabriken namentlich solche Waren, bei welchen es auf Massenabsatz ankam, viel billiger und pünktlicher herzustellen, und der kleine Handwerker, der nach wie vor mit den alten Mitteln sich behelfen mußte und die etwaigen Gesellen und Lehrlinge nicht nach ihrer speziellen Eigenart verwenden konnte, hielt den Wettlauf nicht aus. An sich rechnete Bismarck die Ansammlung vieler Menschen in einigen Großbetrieben und die Gefahr, daß die Arbeiter bei Absatzstockungen oder bei jedem durch persönliche Untüchtigkeit der Fabrikleiter verursachten Rückgang massenhaft auf die Straße gesetzt und beschäftigungslos wurden, zu den unerfreulichsten Begleiterscheinungen der Industrie. Er sah die Gefahr voraus, welche in der übertriebenen Arbeitsteilung für die Fähigkeit der einzelnen Arbeiter bestand, bei einem Stellungswechsel eine ihrem Lernen angemessene neue Wirksamkeit zu erhalten. Ein Schneider, der nur Röcke, Beinkleider oder Westen anfertigte oder gar ein solcher, der nur Knopflöcher ausnähte und Knöpfe ansetzte, sank zum Sklaven seines Meisters herab, da er nicht leicht einen neuen Herrn gefunden hätte, der zufällig ausschließlich für diese Spezialität einen Gesellen brauchte. Eine solche Gefahr war nach Bismarcks Meinung für die Obrigkeit nicht gleichgültig. Er sprach sich dahin aus: „Die Fabriken bereichern den einzelnen, erziehen uns aber die Masse von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz dem Staate gefährlichen Arbeitern, während der Handwerkerstand den Kern des Mittelstandes bildet, eines Gliedes, dessen Bestehen für ein Staatsleben so notwendig ist, daß die geforderten Opfer nicht dagegen in Betracht kommen, dessen Erhaltung mir vollkommen ebenso wichtig erscheint, wie die Schöpfung eines freien Bauernstandes zu Anfang dieses Jahrhunderts, der zu Liebe man sich nicht scheute, tiefe Eingriffe in Recht und Eigentum zu machen." Bismarck bezeichnete es als ein Mißverhältnis, wenn ein Arbeiter mehr oder auch nur dasselbe verdiente,

wie ein Handwerker, der sich mit schweren Unkosten und Zeitverlusten ausgebildet und in sein Geschäft Geld hineingesteckt hatte. Bismarck stellte sich deshalb auf die Seite derer, welche den weitesten Schutz des Handwerkerstandes verlangten. Daß der Käufer infolge der ausgeschlossenen Schleuderkonkurrenz vielleicht eine Ware teurer erstehen mußte, kam für Bismarck nicht in Betracht. „Wenn es recht ist, daß wir das wohlfeile englische Eisen teurer bezahlen, um den schlesischen Bergmann zu erhalten, wenn es recht ist, daß wir den Rotwein von Bordeaux, das naturgemäße Getränk des Norddeutschen, teurer bezahlen, um den sauren Reben von der Ahr und der Nahe aufzuhelfen, so scheint es ebenso billig, daß wir zum Schutze der Handwerker, eines der unentbehrlichsten Glieder im Staatsorganismus Maßregeln ergreifen, selbst dann, wenn diese Maßregeln für den Einzelnen drückend, beschämend oder mit Kosten verbunden sein sollten."

Die Regierung hatte am 9. Februar die allgemeine Gewerbeordnung in verschiedenen Punkten abgeändert, und dieser aus eigener Machtvollkommenheit getane Schritt mußte wie alle anderen vorläufigen Verordnungen den Kammern zur Genehmigung unterbreitet werden. Bei der einschneidenden Bedeutung der Reformen und bei den großen Interessen- und Meinungsgegensätzen in dieser Angelegenheit war die parlamentarische Beratung eine sehr gründliche, spielte sich allerdings fast ausschließlich in der Kommission ab und beschäftigte das Plenum nur wenige Tage. Der gedruckte Kommissionsbericht, welcher zum Antrag gelangte, die Ministerialverordnung gutzuheißen, umfaßte neunzig Quartseiten. Auch die Regierung hatte keineswegs die Gewerbefreiheit einführen wollen und eine Reihe von Schutzmitteln für den Handwerker vorgesehen. Zur Aufsicht wurden Gewerberäte errichtet, für eine Reihe besonders namhaft gemachter Berufszweige wurde ein selbständiger Betrieb nur denen gestattet, die entweder in eine Innung nach abgelegtem Befähigungsnachweis aufgenommen worden waren oder diesen Befähigungsnachweis vor einem besonderen Prüfungsausschuß erbracht hatten. Verschiedene Abgeordnete, welche die volle Gewerbefreiheit gewünscht hätten, griffen

deshalb die Regierung an, andererseits aber wurden Vorschläge eingebracht, welche noch weiter gingen und außer dem Befähigungsnachweis für eine Anzahl besonders bezeichnete Gewerbe allen Handwerkern die Pflicht des Eintritts in eine Innung des betreffenden oder eines verwandten Betriebes auferlegten.

Über diese Vorschläge gingen naturgemäß die Meinungen auseinander, je nachdem die Redner die schlechten Seiten der Zünfte mit den guten in Kauf nehmen wollten oder die ersteren für weit überwiegend erachteten. Der Handelsminister von der Heydt beschränkte sich auf die kurze Erklärung, daß man nicht ohne Not so tief in die persönliche Freiheit eingreifen und den Zunftzwang einführen dürfe. Am schärfsten sprach Beckerath gegen die Zwangsinnungen; unter teilweisem Murren der Rechten und lebhaftem Beifall der Linken und des Zentrums bemerkte er: „Die Legionen der Zünfte sind in die Schlacht von Jena gezogen und haben den Staat in den Abgrund gestürzt und die Legionen der Gewerbefreiheit sind in die Schlachten von Lützen und Leipzig gezogen und haben das Vaterland gerettet. Der Innungszwang wäre nur der erste Schritt zur Wiederherstellung des alten Kastenwesens."

Bismarck war der Ansicht, daß gerade die Innungen ein geeignetes Mittel waren, um etwa wankende Handwerker zu halten und namentlich auch vorwärtsstrebende zu unterstützen. Der Vorsprung, welchen der große Unternehmer vor dem kleinen Gewerbetreibenden gewann, beruhte zum guten Teil auch auf dem besseren Kredit. In dieser Hinsicht konnte der Abstand wenigstens verringert werden, falls die gleichinteressierten Handwerker sich zusammenschlossen und durch eine Genossenschaft dem Geldgeber stärkeres Vertrauen einflößten. Auch konnte eine solche Genossenschaft dem einzelnen Mitglied einen Teil seiner Sorgen abnehmen. Sie war namentlich in der Lage, durch größere Massenbestellungen für alle Teilhaber die Rohstoffe billiger zu beschaffen, wie das dem einzelnen, vielleicht nicht einmal mit barem Gelde kaufenden Handwerker möglich gewesen wäre. Endlich konnte die Innung durch Vorschriften, an welche die Mitglieder gebunden waren, Mißbräuchen entgegentreten, mit deren Hilfe skrupellose Meister billiger als ge-

wissenhafte zu arbeiten, die letzteren zu unterbieten und eigennützige Vorteile mit großer Schädigung des gesamten Handwerks zu erkaufen vermochten. Bismarck hatte hierbei namentlich das vielfach verbreitete Mißverhältnis zwischen bezahlenden Lehrlingen und bezahlten Gesellen und die Neigung vieler Handwerker im Auge, durch Halten von übermäßig vielen Lehrlingen ihre Unkosten zu verringern und sogar häusliche Arbeiten durch Lehrlinge verrichten zu lassen, so daß letztere bis kurz vor dem Antritt der Wanderschaft fast nichts von der Werkstatt gesehen hatten und als unfähige und untüchtige Gesellen das versäumte nachlernen mußten. Gegen derartiges vermochten Bestimmungen, daß niemand mehr Lehrlinge als Gesellen halten durfte, wirksam vorzugreifen. Selbst diejenigen Einrichtungen, durch welche sich die Zünfte vor ihrer Abschaffung die meisten Feinde erworben hatten, dünkten Bismarck vielfach als das geringere Übel im Vergleich zur jetzigen maßlosen Konkurrenz und dem besorgten Ruin eines ganzen, für das Gemeinwohl nötigen Standes. Bismarck forderte, daß die Innung die Möglichkeit erlangen müsse, die Güte der in ihrem Bereiche herzustellenden Ware allgemein zu bestimmen und hierfür einen Preis zu verabreden, bei dem der Handwerker bestehen und für Notfälle etwas zurücklegen könne.

Alle diese Vorteile konnten nur erreicht werden, wenn der einzelne Handwerker zum Beitritt in seine Innung verpflichtet war. Sonst entstanden zwei Klassen von Meistern, und da die Draußenbleibenden manche Schranken nicht zu beobachten hatten, durch welche die Bewegungsfreiheit der Innungsmitglieder eingeengt wurde, so war für die letzteren die Versuchung groß, auszutreten und die Innung entweder dem Verfall preisgegeben oder doch wenigstens in ihrer Wirkungsfreiheit gelähmt. Eine Innung aber, welche in ihrem Bestande oder wenigstens in ihrem Umfange vom schwankenden Willen der zur Mitgliedschaft berechtigten, aber nicht verpflichteten Meister abhängig war, konnte jedenfalls nicht mit annähernd gleicher Zuverlässigkeit große und billige Darlehen erhalten, Geschäfte abschließen, Geschäftslokale kaufen oder mieten, wie eine Zunft, die eine Dauer verbürgte und unter allen Umständen

eine größere Zahl Zugehöriger vereinigte. Ohne den Beitrittszwang fehlte nach Bismarcks Meinung der Zunft die wichtigste Vorbedingung, um eine auf Handwerkerehre gegründete kräftige Körperschaft hervorzubringen.

Über die Nachteile des Zunftwesens und namentlich der Zwangsinnungen sprach sich Bismarck nicht aus. Nur aus einigen beiläufigen Bemerkungen ging hervor, daß er jedenfalls die schlimmsten der früheren Auswüchse vermeiden wollte. Der Gedanke, daß an einem Orte nur eine beschränkte Zahl von Meistern eines Faches zugelassen werden sollte, lag Bismarck fern. Vielmehr verlangte dieser, jeder Handwerker, der sich an einem Orte niederlassen wollte und die nötigen Vorbedingungen für seinen Geschäftsbetrieb erfüllte, hätte der Innung beizutreten, ohne Rücksicht darauf, ob das den übrigen Meistern genehm war oder nicht. Das ganze Innungswesen sollte nur die Eigenart eines Schutzzolles aufweisen.

In verschiedenen Punkten hat Bismarck später anders gedacht als im Herbst 1849 und darauf folgenden Winter, zu einzelnen Fragen, welche er vom Standpunkte des Taktikers beurteilte, hat er wegen der abweichenden Voraussetzungen in der Folgezeit eine andere Stellung eingenommen. Aber es wäre falsch, diese Abwandlungen dem grundsätzlichen Unterschiede zuzuschreiben, daß er damals mehr im Bannkreise engherziger Ideen befangen gewesen wäre wie nachher. Gewiß hat er im Laufe der Jahre aus praktischen Erfahrungen hinzugelernt, stand er 1849 und 1850 auch noch in innigerem Meinungsaustausch mit Freunden von der äußersten Rechten, namentlich mit seinem zeitweiligen Stubenkameraden Kleist-Retzow. Aber die Ausgangspunkte seiner politischen Anschauungen und die wichtigsten gezogenen Schlußfolgerungen waren durchaus ein Ergebnis Bismarckscher Eigenart und nach seinem freien, von parteipolitischen Rücksichten unabhängigen Ermessen gewählt. Seine persönliche Auffassung war es namentlich, daß eine starke Klammer von Gewohnheiten, Zusammengehörigkeitsgefühl, religiösem Pflichtbewußtsein und Interessen alle Volksklassen zum besten des Gemeinwohls vereinigen müsse und daß ein starkes dem Staate ergebenes

Fürſtengeſchlecht gleichgeſinnte Untertanen Preußens Zukunft entgegenzuführen habe.

An einem letzten Vorſtoß der äußerſten Rechten gegen das Zuſtandekommen der Verfaſſung hat ſich Bismarck nicht beteiligt. Je mehr die Beratungen des Landtags über das Verfaſſungswerk ihrem Abſchluſſe ſich näherten, deſto unruhiger wurde der König. Der Gedanke, die Verfaſſung beſchwören zu müſſen, quälte ihn und erinnerte an die Gewiſſensſkrupel, denen er voriges Jahr wegen des Beſchluſſes der Berliner Nationalverſammlung die Todesſtrafe aufzuheben ausgeſetzt geweſen war und die ihn zwiſchen dem Entſchluſſe, auf ſeinem Willen gegen Miniſter und Abgeordnete zu beharren, und der Beſorgnis vor den möglichen üblen Folgen einer ſolchen Hartnäckigkeit hin und her geworfen hatten. Die Beziehungen zwiſchen Herrſcher und Kabinett waren recht geſpannt. Das letztere hatte es namentlich durch ſeine Vorſchläge über eine neue Kreis- und Gemeindeordnung und über das Ablöſungsgeſetz mit den ſtrengen Konſervativen verdorben, und der Monarch erhielt von Leuten, wie Leopold von Gerlach, Vorſtellungen wegen des Betretens einer falſchen Bahn. Darüber kam es zu bitterböſen Verhandlungen zwiſchen Friedrich Wilhelm und den Miniſtern, und Graf Brandenburg gewann vom Auftreten des Fürſten den Eindruck, „als ob dieſer die Miniſter möglichſt bald los werden ſollte, um hernach den ganzen Plunder von Konſtitution hinterher werfen zu können". Da kam der Regierungsrat Niebuhr, welchem der Monarch die Durchſicht der Verfaſſung in Gemeinſchaft mit Leopold von Gerlach befohlen hatte, auf die Idee, den königlichen Eid zu benutzen, um noch einige Zugeſtändniſſe von den Kammern zu erlangen; namentlich ſollte aber Friedrich Wilhelm nur diejenigen Artikel beſchwören, welche keinesfalls von der geplanten Reichsverfaſſung geändert werden könnten. Hiermit wären namentlich die Beſtimmungen über die Grundrechte der einzelnen Staatsbürger zwar genehmigt, aber vom Eide ausgeſchloſſen worden. Als Niebuhr am 21. Dezember dem Herrſcher die Denkſchrift vorlegte, erfolgten neue erregte Auseinanderſetzungen. Leopold von Gerlach und ſeine Geſinnungsgenoſſen erklärten, wenn der König ſeine Abſicht durchführe, müſſe

er ein anderes Ministerium wählen, und zwar müsse er schon ein solches bereit haben; Friedrich Wilhelm dagegen blieb dabei, die Minister müßten tun was er ihnen befehle, darum wolle er sie auch nicht verabschieden, wohl aber sie nötigen, seinen Willen zu tun. Schließlich verständigte sich aber doch der König mit dem Kabinett sehr zum Mißvergnügen der Kamarilla. In seiner Botschaft vom 7. Januar 1850 bezeichnete er den Kammern siebzehn Punkte, in welchen die bisherigen Beschlüsse abgeändert werden sollten, als Vorbedingung des Eides; vor allem wollte er die erste Kammer eigenmächtig besetzen, die künftige Zulässigkeit der Errichtung von Fideikommissen anbahnen, für Staatsverbrechen einen besonderen Gerichtshof einführen.

Mit dieser Botschaft schien zwischen der Krone und den Kammern ein schwerer Kampf auf Leben und Tod eröffnet und zum dritten Male ein unnatürliches Ende der Beratungen bevorzustehen. Denn die verlangten Neuerungen betrafen mit die wichtigsten Forderungen der Verfassungsfreunde aller Schattierungen, und die Beschlüsse waren teilweise nur mühsam zustande gekommen. Verschiedenen Konservativen wäre der Bruch in diesem Augenblick nicht unangenehm gewesen. Denn beim Auseinandergehen des Landtags wäre zwar kein Etat bewilligt worden, aber zugleich die den Gerlach besonders unerwünschten Gesetze über die Rentenablösung, Grundsteuer und Gemeindeordnung unter den Tisch gefallen. Im Beschwören der Auflösungsgefahr fanden sich Radowitz und Bismarck aus sehr verschiedenen Gründen freilich zusammen. Für Radowitz wäre ein brüskes Ende des Landtags verhängnisvoll geworden. Da sich an diesen der längst geplante Reichstag anschließen sollte, so empfahl Radowitz den Ministern, vor die Kammern zu treten und bei vier Punkten, der Zusammensetzung der ersten Kammer, den Bestimmungen über die Fideikommisse, dem Hochverratsgerichtshof und der Gültigkeit der Verordnungen über das Gerichtswesen, auf unbedingter Annahme zu bestehen. Unter den Abgeordneten selbst aber brachte Graf Arnim-Boitzenburg ebenfalls Vermittlungsvorschläge ein, welche die wichtigste Frage, die Bildung der ersten Kammer, im wesentlichen, wenn auch

erst nach Ablauf des Mandats der jetzigen Abgeordneten zugaben. Bismarck gehörte zu denjenigen, welche sich auf Arnims Seite stellten oder, wie Ludwig von Gerlach klagte, „nicht bestanden". Er hat diesem allerdings auf seine Vorhalte erwidert, daß sich alle und auch die nächsten Freunde unterwarfen und daß er beinahe aus der Fraktion ausgeschlossen worden wäre, weil er in einer Nebenfrage widersprochen hätte. Aber nicht diese Besorgnis der politischen Vereinsamung war die maßgebende, sondern die Erwägung, daß der Erfolg den Kampf nicht wert war. Gleichgültig genug äußerte er sich schon vor der Entscheidung: „Wir müssen zwar dafür streiten, aber ich frage auch nicht viel danach, wenn die Sache fällt." Diese Worte schrieb er, als er noch an die Wahrscheinlichkeit glaubte, daß der König seinen Willen durchsetzen werde. Der Ausgang des großen Ringens, ob mit den neuen Formen sich die altbewährten Kräfte des preußischen Staatswesens geltend machen würden, hing nicht vom Schicksal der in der königlichen Botschaft erhobenen Ansprüche ab. Es war besser, in Frieden zu scheiden und ein Stück geleisteten Tagewerks in den sicheren Hafen zu bringen, als ohne Kenntnis der Strömungen und steuerlos auf der hohen See zu treiben.

Mit einem gewissen Behagen schaute Bismarck auf die parlamentarischen Verhandlungen der letzten Monate zurück. Er hatte manche Vorlagen anders haben wollen, als sie endgültig gestaltet worden waren, und hatte auch verschiedentlich dem Ministerium widersprochen. Aber mit der Verfassung vom 31. Januar 1850 hatte doch Preußen einen an inneren Kämpfen reichen Abschnitt vollendet. Bismarck konnte kurz nach dem Schlusse des Landtags als Ergebnis der letzten Monate feststellen: „Die Zeit ist vorüber, wo die Meinung Gehör fand, daß man den preußischen Staat schwächen oder auflösen dürfe, um Deutschland groß zu machen; die Stärke Preußens hat Deutschland gerettet; die Liebe und Treue zwischen dem preußischen Volk und seinem Königshause hat die Bestrebungen der Partei zu Boden geschlagen, welche in Unordnung und Anarchie die Freiheit und das Glück der Völker sucht." Die Ehre, Unabhängigkeit und Kraft Preußens war nach Bis-

marcks Meinung neu aufgerichtet worden und stand als ein wiederhergestellter Machtfaktor da.

Allerdings die Verquickung der deutschen Frage mit den Zielen der preußischen Staatspolitik, welche Bismarcks Ansicht nach für die Schicksalsschläge der letzten Jahre besonders verantwortlich zu machen war, hatte noch nicht ausgespielt, sondern drohte eben damals in einer neuen Umrahmung. Längere Zeit hatten angesehene Politiker bezweifelt, ob es überhaupt zu dem von Radowitz' Entwurf vorgesehenen konstituierenden Reichstag kommen werde. Jedenfalls hatten sich die Aussichten auf die Verwirklichung des geplanten Bundesstaats in den letzten Monaten verschlechtert. Österreich, welches beim Abschlusse des Dreikönigsbündnisses noch durch seine inneren Wirren gefesselt gewesen war, hatte inzwischen freiere Hand erhalten und nahm eine entschiedene, aller etwaigen Machtverstärkung Preußens feindliche Stellung ein. Friedrich Wilhelm hätte bereits mit der Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Österreich rechnen müssen, vor welcher dem König nach seinem ganzen Standpunkte bangte. Er hatte deshalb am 30. September 1849 mit dem Wiener Hofe das sogenannte Interim abgeschlossen: zum Zwecke der Erhaltung des Deutschen Bundes, welcher durch dieses Übereinkommen ausdrücklich als noch bestehend vorausgesetzt wurde, übernahmen bis zum 1. Mai nächsten Jahres die beiden deutschen Großmächte die Leitung und stellten jede zwei Mitglieder zu einer Zentralkommission. Zwar behielt das Interim einen früheren Ablauf des Vertrags vor, wenn sich die verschiedenen Staaten über eine anderweite deutsche Verfassung einigen würden, die tatsächliche Bedeutung des Interims beruhte aber nicht sowohl auf diese Verbeugung vor den Radowitzschen Bestrebungen, sondern auf der Anerkennung des wohl unterbrochenen, aber nicht aufgehobenen Deutschen Bundes. Bald darauf hatten sich auch Sachsen und Hannover vom Dreikönigsbündnis zurückgezogen; sie hatten wohl ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur früher vereinbarten Lösung der deutschen Frage aufrechterhalten, indes ebenfalls ihre alten unerfüllbaren Vorbedingungen geltend gemacht, ihre Vertreter aus dem in Erfurt eingesetzten sogenannten „Verwaltungs-

rate", einer Kommission von Bevollmächtigten aller am künftigen Bundesstaate teilnehmenden Regierungen, abberufen und es abgelehnt in ihren Ländern Wahlen zum künftigen deutschen Parlamente zu gestatten. Der österreichische Ministerpräsident, Fürst Schwarzenberg, hatte darauf in energischer Weise die Unverträglichkeit des Radowitzschen Verfassungsentwurfs mit der deutschen Bundesakte betont und von vornherein gegen die Beschlüsse des von ihm für ungesetzlich gehaltenen künftigen deutschen Parlaments protestiert. Nichtsdestoweniger hatten Preußen und die mit ihm zusammengehenden Staaten für den 31. Januar 1850 die Wahlen ausgeschrieben und am 15 .Februar sollte in Erfurt die Versammlung eröffnet werden.

Bismarck spannte seine Erwartungen an die kommende Verhandlung nicht sehr hoch; ja gerade unmittelbar vor den Wahlen glaubte er, daß der ganze Plan in den Strudel der durch die königliche Botschaft vom 7. Januar eröffneten Krisis hineingezogen würde. Ihm wäre es am liebsten gewesen, wenn sich die Ausführung des Dreikönigsbündnisses verschleppt hätte. Da dasselbe am 1. Juni ablief, so wäre Preußen, falls bis dahin keine Vereinbarung mit dem Parlament zustande kam, auf eine nicht bloßstellende Art der gesamten Angelegenheit überhoben gewesen. Trotz seiner grundsätzlichen Mißbilligung des Radowitzschen Entwurfs mochte sich aber Bismarck diesmal nicht wieder, wie vom Frankfurter Parlament, fernhalten. Er bewarb sich sogar bei seinem Bruder um die Aufstellung seiner Kandidatur in Pommern, weil er seine Wahl in seinem alten Landtagswahlkreise für zweifelhaft hielt; doch drang er in letzterem durch.

Aus der Zeit des Parteikampfes stammt eine für Bismarck bezeichnende Kandidatenrede. An eine offene und glatte Verwerfung der Radowitzschen Vorschläge war natürlich in einem derart unsichern Wahlkreise nicht zu denken. Bismarck zog deshalb nur die Richtschnur, nach welcher die preußische Politik, aus Gründen der inneren Staatsbedürfnisse, sich halten sollte, und überließ es der Zukunft, ob in diesem Rahmen die Verwirklichung des Bundesstaats und seiner beabsichtigten Verfassung möglich war. Während die

Anhänger des Einheitsgedankens verlangten, daß etwaige abweichende Einrichtungen der einzelnen Staaten mit der künftigen Reichsverfassung in Übereinstimmung gebracht werden müßten, und das letztere durch die Annahme des Camphausenschen Antrags für Preußen sogar ohne besondere Zustimmung der Kammern zu geschehen habe, forderte Bismarck umgekehrt, die Reichsverfassung habe sich dem Geiste der preußischen anzupassen. Alle diejenigen Grundsätze, welche Bismarck in den verschiedenen Landtagsdebatten des letzten Herbstes und Winters als notwendige Leitsterne der preußischen Politik verlangt hatte, wünschte er auf den künftigen Bundesstaat übertragen. Er sagte: „So wenig Preußen groß werden will durch Verletzung des Rechtes seiner deutschen Bundesgenossen, ebensowenig darf der deutsche Bundesstaat zustande kommen auf Kosten der Ehre, der Unabhängigkeit und der Kraft Preußens."

Nach diesem Programm verhielt sich Bismarck auch während der Erfurter Tage. Denselben waren wieder stürmische Erörterungen in der nächsten Umgebung des Königs vorausgegangen. Radowitz hatte angesichts der großen Schwierigkeiten, denen sein Entwurf allenthalben begegnete, zunächst einmal dessen Annahme in Bausch und Bogen als wichtigstes Ziel bezeichnet; wenn auf diese Weise der König Reichsvorstand geworden wäre, so hätte derselbe eine entschiedene Mehrheit gehabt, um Verbesserungen durchzusetzen. Das Ministerium, dessen einzelne Mitglieder hierbei allerdings nicht sämtlich mit derselben Lust am Beschlusse mitgewirkt hatten, war mit Radowitz eines Sinnes gewesen, hinterher hatte freilich Manteuffel in Privatgesprächen seine von den Kollegen abweichende Meinung ausgesprochen. Die Kamarilla aber hatte schon Radowitz' Einmischung in den Streit um die königliche Botschaft unwillig ertragen und entrüstete sich über den Plan. Sie wünschte an sich die ganze deutsche Frage, bei deren Lösung Preußen Schulter an Schulter mit dem „revolutionären Deutschland" gegen Österreich und andere. für die Aufrechterhaltung der hergebrachten Ordnung tätige Gewalten stand, verschwinden zu lassen und außerdem war es klar, daß nach der einmal erfolgten summarischen Annahme

Änderungen, wie sie die äußerste Rechte wollte, nicht mehr möglich waren. Doch alle Anstrengungen Gerlachs und seiner Freunde riefen nur vorübergehende Schwankungen in Friedrich Wilhelms IV. Plänen hervor. Da bei einer Beratung der einzelnen Artikel ohne vorherige Gesamtannahme der Verfassung und die damit bewirkte Sicherung der alle Bundesstaaten umschlingenden Einung nur die Gegner des Unionsgedankens gewonnenes Spiel gehabt hätten, so entschied sich das Ministerium vollzählig, wenn auch teilweise widerwillig, am 9. März, dem Erfurter Parlament die Verfassung zur unveränderten Gutheißung vorzulegen und erst hiernach die sofortige Revision der durch das Ausscheiden Sachsens und Hannovers nicht mehr in der alten Form haltbaren Artikel zu beantragen. Die Gerlachs sahen der Entwicklung mit großen Sorgen entgegen, weil von seiten der meisten Abgeordneten, welche ohne preußische Stütze ihre Hoffnungen auf ein halbwegs einiges Deutschland zum zweiten Male gescheitert gesehen hätten, ein Widerstand gegen den Vorschlag nicht zu erwarten und die Opposition von Bismarck, Massow, Ludwig von Gerlach zu wenig zahlreich war.

Die Gegensätze waren nicht überbrückt, sondern nur einstweilen notdürftig verkleistert, als endlich am 20. März das Erfurter Parlament eröffnet wurde. Zum Präsidenten des Volkshauses wurde Simson gewählt und hielt eine feierliche Ansprache, in welcher er an einen Reichstag erinnerte, den schon vor tausend Jahren Ludwig der Deutsche in Erfurt zur Regelung der deutschen Dinge gehalten haben sollte. Am 26. März bekam Radowitz als erster Kommissar des Verwaltungsrats das Wort zu einer großen Rede. Die Versammlung stand ganz unter dem Eindrucke der Tatsache, daß wenn die Verfassungsfrage nicht bis zum 1. Juni unter Dach gebracht war, jede einzelne Regierung das Recht hatte, vom Bundesstaat zurückzutreten. Es hätte der Radowitzschen Ausführungen nicht bedurft, um das Vermeiden dieser dringenden Gefahr als die wichtigste Sorge zu betrachten und binnen kurzer Zeit sowohl im Volkshause als auch im Staatenhause die glatte Annahme des Entwurfs durchzusetzen.

Freilich war das nicht ohne den hartnäckigen Widerstand der

Rechten geschehen und das Parlament erlebte das merkwürdige Schauspiel, daß der Minister Manteuffel, der als Abgeordneter gewählt war, nicht zu seiner eigenen Regierung stand. Schon bei der Vorberatung in der Kommission hatten die Konservativen die Annahme der Verfassung von verschiedenen Abänderungen abhängig gemacht, und als sie hiermit nicht durchgedrungen waren, wiederholten sich die Erörterungen, freilich mit dem gleichen Abstimmungsergebnis, im Plenum.

Bismarck hegte von den Beratungsgegenständen dieselbe Meinung, welche er immer in der deutschen Frage ausgesprochen, daß nämlich solche Angelegenheiten nicht durch parlamentarische Beschlüsse, sondern durch Krieg und Diplomatie erledigt würden. Wiederholt spottete er in einer die Gefühle der Versammlung herausfordernden Weise über ein Verfahren, das ihm als Wichtigtuerei erschien. Die Simsonsche Präsidialansprache berichtigte er aus einer alten Chronik, daß es sich nicht um einen Reichstag, sondern lediglich um einen Landtag gehandelt und daß letzterer die Aufgabe gehabt hätte, „der Schinderei der Fürsprecher und Zungendrescher, deren Unwesen damals in Deutschland unerträglich gewesen sei, ein Ende zu machen". Die Bezeichnung Deutsches Reich nannte er lächerlich für einen Verband von Staaten, der noch nicht die Hälfte von Deutschland umfaßte, und selbst für diese Schöpfung wies er unter Anwendung eines Beckerathschen Ausdrucks auf die Möglichkeit hin, daß „wider Erwarten, obgleich die Versammlung in ihrem Beschlusse der Verfassung ihre volle und unbedingte Genehmigung erteilt hat, dennoch von den jetzt verbundenen Staaten noch mehrere „das um sie umgeschlungene Band deutscher Bruderliebe zerreißen könnten". Bismarck machte sich darüber lustig, daß in einem Atem eine Verfassung zur unbedingten Annahme und alsdann sofort eine Revision derselben Verfassung gefordert wurde, und verlangte, jedenfalls nicht im Ernst, für diese Änderung den von der eben angenommenen Verfassung vorgeschriebenen, tatsächlich aber bei den jetzigen unfertigen Verhältnissen ungangbaren Weg; unter allen Umständen wünschte Bismarck den Beschluß des Staatenhauses abzuwarten, das möglicherweise

den Radowitzschen Entwurf mit Änderungen an das Volkshaus zurückleiten konnte. „Will das Haus die Zeit der Muße, die ihm bis dahin geboten wird, mit Redeübungen und parlamentarischen Evolutionen, denen ich einen offiziellen Charakter nicht beilegen kann, ausfüllen, so bin ich nicht abgeneigt, mich und meine politischen Freunde dabei zu beteiligen, selbst auf die Gefahr hin, daß die bei dieser Gelegenheit zu fassenden Beschlüsse auf die praktische Gestalt Deutschlands ebensowenig Einfluß haben sollten, wie derjenige, den die in ihrer Mehrheit nichtpreußische Majorität dieses Hauses am vorigen Sonnabend meinem Vaterlande zu obtrudieren versucht hat."

Aber schon Bismarcks rege Beteiligung an den Debatten war ein Beweis, daß derartige Spöttereien nur das Gewand einer tieferen inneren Teilnahme waren. Es verbarg sich hinter solchen Scherzworten die Empfindung, daß wenn Regierung und Parlament den von Radowitz eingeschlagenen Weg weiter wandelten, sie die größten Niederlagen zu gewärtigen hatten, die sie bisher erlitten. Falls die Mehrheit des Erfurter Reichstags nicht zurückzuhalten war, dann wollte Bismarck wenigstens vor der Öffentlichkeit zeigen, daß nicht Preußen es wäre, welches durch ein Scheitern des Einigungswerkes geschädigt würde. Alle Anstrengungen Bismarcks liefen darauf hinaus, entweder die ganze Angelegenheit jetzt schon zu Ende zu bringen oder wenigstens die Selbsttäuschung und Selbstüberschätzung, welcher sich viele hingaben, zu zerstören und durch eine kühle Betrachtung des Interessenstandpunktes die niederdrückende Wirkung eines etwaigen Rückzugs zu mildern. Das enge räumliche Beisammensein so vieler Abgeordneter in einer verhältnismäßig kleinen Stadt veranlaßte einen noch lebhaftern mündlichen Meinungsaustausch als in Berlin. Radowitz veranstaltete allein dreimal wöchentlich große Empfangsabende. Für einen Mann wie Bismarck, der Beziehungen gleichzeitig zu Ministern und zu Abgeordneten unterhielt, machte sich das doppelt fühlbar. Bismarcks Wohnung wurde denn auch nicht leer von Besuchen und abgesehen davon, daß er gerade damals eifrig für die Kreuzzeitung arbeitete, benutzte er die gebotene Gelegenheit zur Ausnutzung seiner Fähig-

keit, mit Menschen zu verkehren und ihren Willen zu beeinflussen. Mit großer Sorge nahm er wahr, daß Brandenburg sich von Radowitz noch mehr einnehmen ließ wie in Berlin. Er drang in Massow, nach Berlin zu reisen und dem König unmittelbar Vorstellungen über die Sachlage zu machen. Mit Manteuffel behielt er innigste Fühlung und es bereitete Bismarck eine große Genugtuung, daß Manteuffel sich nur mit Mühe durch Brandenburg von einem offenen Bruche mit Radowitz hatte abbringen lassen, bei einem weiteren Fortspinnen der ganzen Frage aber keinesfalls länger Minister bleiben wollte.

Als Redner hatte Bismarck in Erfurt anfangs kein Glück. Für die Hauptentscheidung, ob zunächst der Entwurf des Dreikönigsbündnisses im ganzen angenommen werden sollte, hatte er sich sorgfältig vorbereitet, doch wurde ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten. Die Erörterungen über die Revision der Verfassung konnten die gleiche Tragweite nicht beanspruchen. Bismarck hatte zu verschiedenen Paragraphen Abänderungen verlangt, die allerdings keine Aussicht auf Annahme hatten und selbst bei ihrer Genehmigung infolge der wahrscheinlichen Erfolglosigkeit der ganzen Beratungen mit dem gesamten Verfassungswerk gefallen wären. Aber daß nach Bismarcks Ansicht die vom Erfurter Parlament genehmigten Bestimmungen nicht vereinbar wären mit den Interessen der Monarchie und daß Preußen dem Dreikönigsbündnisse keine Träne nachzuweinen hätte, wollte er nicht nur nicht ungesagt sein lassen, sondern durch positive Vorschläge und begleitende Ausführungen zu letzteren bekunden.

Nach dem Radowitzschen Entwurfe wären drei Körperschaften an die Spitze des neuen Bundesstaates gestellt worden: das „Fürstenkollegium", welches unter dem Reichsvorstand, also dem König von Preußen, die Regierung zu führen hatte und zu welchem Preußen und Bayern je einen, die anderen Staaten zusammen vier Bevollmächtigte ernannten, das Staatenhaus, bestehend aus vierzig preußischen und dreimal soviel nicht preußischen, halb von den verschiedenen Regierungen, halb von den betreffenden Landesvertretungen auf sechs Jahre bestimmten Mitgliedern, und das Volks-

haus mit den gewählten Abgeordneten. Allen drei Körperschaften war ausdrücklich die gesetzgebende Gewalt zugesprochen und damit ein sehr schwerfälliger Apparat geschaffen. Abgesehen davon wäre nach Bismarcks Meinung kein einziger dieser drei Faktoren seinen persönlichen Anschauungen von einer starken Herrschergewalt gerecht geworden. Im Fürstenkollegium konnten die von ihren Landesvertretungen abhängigen Regierungen Preußen überstimmen, also „dieser mächtige Monarch in seinem eigenen Lande der Exekutor eines fremden Willens werden, der vielleicht mit dem von ihm selbst ausgesprochenen in Widerspruch stand". Im Staatenhaus hätte voraussichtlich die von den Parlamenten der Einzelstaaten erkorene Hälfte die Grundsätze der Volkssouveränität und des Konstitutionalismus verfochten, welche Bismarck als aus der Fremde eingebrachte, nicht mit bewußter Deutlichkeit und klarer Erkenntnis der gegebenen deutschen Voraussetzungen erfaßte Begriffe in Wort und Schrift bekämpft hatte; die andere Hälfte wurde von Regierungen bestimmt, die vielfach ihrer Berufstätigkeit die moderne Auffassung von Ministerverantwortlichkeit vor Parlament und Land zugrunde legten und nach unten in ihrem Willen abhängiger schienen als nach oben. Weder Fürstenkollegium noch Staatenhaus bildeten deshalb in Bismarcks Augen das seines Erachtens durchaus nötige Rückgrat gegen das Überwuchern unzuverlässiger Mehrheitsgelüste und der leicht bestimmbaren, aus Gefühlen heraus urteilenden öffentlichen Meinung. Für das Fürstenkollegium, welches den Willen der Fürsten nicht verkörperte und seinen Namen darum nur mit Unrecht trug, verlangte Bismarck deshalb die Bezeichnung „Vereinsrat" und beschränkte dessen Befugnisse auf eine beständige Kenntnisnahme von allen Gegenständen der inneren Verwaltung und auf eine Begutachtung von Gesetzesvorschlägen. Der König von Preußen wäre durch den Vereinsrat in lebendiger geistiger Fühlung mit den Ansichten der anderen Regierungen geblieben, ohne aber an deren Forderungen rechtlich gebunden zu sein, und hätte hierdurch an innerem Gehalte seiner Entschlüsse und Maßregeln gewonnen, ohne an Selbständigkeit einzubüßen. Für die wegfallende beschließende Gewalt des Fürsten-

kollegiums erhielten die Fürsten durch die Umgestaltung des Staatenhauses einen mehr als entschädigenden Ersatz. Dieses, von Bismarck Fürstenhaus genannt, sollte aus den regierenden Fürsten oder stellvertretenden Prinzen der Vereinsstaaten und aus Abgeordneten der freien Städte bestehen und nur im geheimen, aber mit Bekanntgabe seiner Abstimmungen und seiner Motive tagen, damit unabhängig von Rücksichten auf Volkswillen und Kammermajoritäten auch die Obrigkeiten der einzelnen Bundesstaaten zu einem sicheren Anteil an der Staatspolitik gelangten.

Als Bismarck in Erfurt seine Vorschläge begründete, endigte er resigniert mit den Worten: „Es wird nicht lange Zeit vergehen, so werden die Parteien zu dieser Verfassung stehen wie in einer Lafontaineschen Fabel zwei Ärzte zu dem Patienten, dessen Leiche sie verlassen. Der eine sagt: er ist tot, ich habe es gleich gesagt. Der andere: hätte er meinen Rat befolgt, so würde er noch leben." Aber trotzdem die Anträge eine unmittelbare Bedeutung nicht gewannen, so markierte Bismarck in ihnen einen für die künftige Reichsgründung wichtigen Standpunkt. Nach Bismarcks Ansicht ließ sich eine Verfassung dem preußischen Staate nicht aufzwingen, die den Lebensbedingungen und Machtbedürfnissen seiner maßgebenden Faktoren, insbesondere des Königtums, widerstrebte. Nur wenn die Krone im Rahmen des neuen Staates ihren alten Willen für das Gesamtwohl bekunden konnte, nur wenn dem preußischen Herrscher andere Fürsten zur Seite traten, welche von gleichem Geiste beseelt waren, erwartete Bismarck nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der preußischen Position. Unter diesen Voraussetzungen hätte er auch dem deutschen Volke und seinen Vertretern einen wertvollen Anteil am Bundesstaate gewährt, ja, er schätzte diesen Anteil sogar hoch als eine weitere Klammer der deutschen Einheit und als eine Bereicherung durch Anregungen und Kenntnisse, die der Regierung zugeführt werden konnten. Nur mußte ein Gleichgewicht zwischen dem Willenskreise des preußischen Königs, der andern deutschen Fürsten und des Reichstags hergestellt und hierbei die Grenze so gezogen werden, daß der König von Preußen sowohl wie die übrigen Fürsten der Staatspolitik eine persön-

liche und an fruchtbaren Ergebnissen reiche Tätigkeit widmen konnten.

Bismarck trennte sich vom Erfurter Parlamente leichter als die meisten Teilnehmer. Diese waren fast durchweg von der Furcht beherrscht, daß die nächsten Ereignisse ihre ganze Schöpfung hinwegschwemmen würden. Bismarck hoffte von einem solchen Kehraus, daß die Raben vom Kyffhäuser vertrieben würden und alsdann der Tag der deutschen Einheit gekommen sei. Bis dahin war freilich noch ein langer Weg zurückzulegen.

Österreichs Maßregeln folgten den Erfurter Beschlüssen auf dem Fuße. Am 19. April erließ Schwarzenberg ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, in welchem er unbekümmert um die neue Unionsverfassung darauf hinwies, daß am 1. Mai das Interim ablief und Deutschland alsdann ohne eine Zentralbehörde war. Und der Reichstag hatte seine Beratungen noch nicht völlig geendigt, als eine neue österreichische Depesche am 26. April mit Berufung auf die Vorrechte des Wiener Hofes als der Präsidialmacht des Deutschen Bundes die Regierungen zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Frankfurt aufforderte, diejenigen Staaten, welche nicht Folge leisten würden, als bundesbrüchig betrachtete und damit tatsächlich die Wiederherstellung des Bundestags einleitete. Friedrich Wilhelm IV. war nicht mehr derart für den deutschen Bundesstaat entflammt, seit feststand, daß an demselben die anderen Könige nicht teilnehmen würden, und dieser an Stelle des stolzen Namens „Deutsches Reich" den bescheideneren und farbloseren „Union" empfangen hatte. Obgleich daher Radowitz zwischen Erfurt und Potsdam hin und her gereist war und unmittelbar nach Schluß des Parlaments sich aufs neue an den Hof begab, und obgleich auch Herr von Schleinitz sich um Durchführung der Erfurter Verfassung bemühte, so hatten doch die Einwirkungen der dem Bundesstaate abgeneigten Kreise zur Folge, daß der König einen Mittelweg wählte und die verbündeten Fürsten zu einem Kongreß für den 8. Mai nach Berlin einlud. Das einzige aber, was dort bei der völligen Zerfahrenheit der Absichten erzielt werden konnte, war ein bis zum 15. Juli laufendes Provisorium, während-

dessen ein Fürstenkollegium die Geschäfte der Union versah. Radowitz hatte dem österreichischen Vorgehen dadurch die Spitze abbrechen wollen, daß die verbündeten Staaten nach Maßgabe ihrer Verabredungen gemeinschaftlich den Frankfurter Tag beschicken sollten. Verschiedene Fürsten, besonders Hessen, waren aber entschlossen, sich dort mit selbständigem Stimmrecht vertreten zu lassen.

Trotzdem Friedrich Wilhelm IV. die Verbindung mit Österreich nicht lösen wollte und auch letzteres bei Preußens Verzicht auf die tatsächlich schon gescheiterte Union zur Verständigung über eine Umgestaltung des Deutschen Bundes unter gemeinschaftlicher Führung seiner beiden Großmächte bereit war, so ließ sich ein Einvernehmen nicht erzielen. Im Gegenteil kamen Österreich und Preußen immer weiter auseinander und der König, an seinem Ehrgefühl gepackt, neigte sich wieder mehr auf die Radowitzsche Seite. Die schleswig-holsteinische und die hessische Frage brachten die Streitigkeiten der Großmächte auf ein an unmittelbar gefahrdrohenden Klippen sehr reiches Gebiet.

Nach unsäglichen Schwierigkeiten war hauptsächlich unter russischem Druck am 2. Juli 1850 der Berliner Friede zwischen Preußen und Dänemark vereinbart worden. Derselbe gestand dem König Frederic VII. das Recht zu, für die Ausübung seiner gesetzlichen Autorität in Holstein die Vermittlung des Deutschen Bundes nachzusuchen und beim Versagen der Bundeshilfe in Holstein auf eigene Faust Ordnung zu schaffen. Voraussetzung für die Erfüllung dieses Artikels war jedoch, daß überhaupt feststand, wer das Recht hatte, den Deutschen Bund diplomatisch zu vertreten. Im Januar hatte Preußen Vollmacht erhalten, im Namen des Bundes mit Dänemark einen Frieden zu vereinbaren und den übrigen Staaten zur Bestätigung vorzulegen. Inzwischen war jedoch der Frankfurter Bundestag wieder ins Leben zurückgerufen und galt nach den Ansichten der teilnehmenden Regierungen als der einzig zuständige Ort für derartige Verhandlungen und Interventionen. Preußen, welches soeben mühsam die schwierige nordische Frage los geworden zu sein glaubte, geriet dadurch in eine neue unangenehme Verlegenheit. Denn wenn es den wiederhergestellten Bundestag nicht an-

erkannte, konnte es erst recht nicht an einer von diesem ausgehenden Maßregelung Holsteins mitwirken. Andererseits aber war das über den Kopf Preußens erfolgte etwaige Eingreifen des Bundes an dieser Stelle für das Königreich noch viel gefährlicher. Dasselbe hätte ja das Erscheinen nichtpreußischer Truppen an der Nordgrenze des Landes herbeigeführt, welche beim etwaigen Kriegsfall den Rücken der eigenen militärischen Stellung gebildet hätte.

Noch viel mißlicher als diese Angelegenheit wurde jedoch für Preußen die Entwicklung des Verfassungsstreites in Kurhessen. Dieses war im vorigen Jahre dem Dreikönigsbündnis und der Union beigetreten und damit war, solange die letztere nicht vollkommen aufgelöst war, der Kurfürst an die in der Unionsverfassung vorgesehenen Wege gefesselt, falls er mit seinen Landständen in Konflikt geriet. Aber der Kurfürst und sein Minister Hassenpflug wollten sowohl die Union verlassen, wozu sie von ihren Abgeordneten nicht auf die Genehmigung rechnen dürften, als auch die ihnen unbequemen Schranken der gegenwärtigen hessischen Landesverfassung loswerden, wozu wiederum die Bestimmungen der Union nicht die geringste Aussicht boten. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, begab sich Hassenpflug Mitte Juli nach Frankfurt zum Bundestag. Die dortigen Staatsmänner waren froh, in der aufgeworfenen Streitfrage eine Handhabe gegen Preußen und die Union zu gewinnen, und auf diesen Rückhalt gestützt schritten der Kurfürst und sein Minister zur Tat. Sie legten dem Landtag keinen Staatshaushalt vor, und als darauf die Versammlung am 31. August beschloß, daß wegen mangelnden Finanzausweises die direkten Steuern nicht weiter erhoben werden sollten, wurde sie aufgelöst, die Forterhebung der Steuern durch eine eigenmächtige obrigkeitliche Verfügung angeordnet und über das ganze Land der Kriegszustand verhängt. Der Kurfürst verlegte seine Residenz in die Nähe von Frankfurt und gleichzeitig forderte auf Hassenpflugs Anregung der Bundestag die kurhessische Regierung auf, alle ihr zustehenden Mittel zur Wahrung ihres Ansehens aufzubieten.

Mit diesem Schritte wurde Preußen auf das empfindlichste getroffen. Wenn, wie zu erwarten war, die kurhessische Regierung

ſich nicht ſelbſt helfen konnte, dann mußte der Bundestag ſelbſt ſeinem Willen Geltung verſchaffen, alſo durch Truppen der in Frankfurt vertretenen Regierungen das Land beſetzen. Nun konnte an ſich Preußen, welches den Bundestag nicht anerkannte, ſich auch nicht Verfügungen desſelben gefallen laſſen, beſonders wenn dieſe der bisher von Preußen feſtgehaltenen Rechtsgrundlage der Unionsverfaſſung zuwiderliefen. Ganz abgeſehen davon erforderten die geographiſchen Bedingungen eine energiſche Stellungnahme. Denn falls es zum Kriege kam, dann durfte Preußen ſich nicht in zwei Teile zerſchneiden laſſen, welche voneinander durch feindliche Truppen getrennt waren. Preußen hatte überdies zur Verbindung der weſtlichen und öſtlichen Provinzen das Verfügungsrecht über zwei Etappenſtraßen, von welchen eine über die Hauptſtadt Kaſſel ging. Es war an ſich ſtrittig, ob mit dieſem Recht überhaupt die Beſetzung der in Betracht kommenden Gebietsteile durch fremde nichtpreußiſche Soldaten vereinbar war, ſicher aber hätte eine ſolche Beſetzung im jetzigen kriegdrohenden Augenblicke die Befugnis der Preußen zur Benutzung ihrer Etappenſtraßen illuſoriſch gemacht.

Von allen Seiten wurde zum Kriege gerüſtet und in Berlin übernahm Radowitz am 26. September das Miniſterium des Äußern. Die Kamarilla ſchien in dieſem Augenblick entwaffnet. Rauch, der ihre Anſichten beim Monarchen immer mit einer geraden und treuherzigen Derbheit vertreten und hierdurch die größten Erfolge errungen hatte, war kurz zuvor geſtorben und konnte durch Leopold von Gerlach, welcher mittelſt einer ſorgfältigen Gegenüberſtellung der Gründe und Bedenken die Entſcheidungen zu beeinfluſſen ſuchte und nicht die kurze dreinfahrende Art des klugen Praktikers an ſich hatte, bei der Ergänzungsbedürftigkeit Friedrich Wilhelms gerade nach der Seite des tatkräftigen Entſchluſſes nicht erſetzt werden. Außerdem bat Leopold von Gerlach infolge der Nachricht von Radowitz' Ernennung um ſeinen Abſchied.

Gerade aber der Eintritt von Radowitz in das Miniſterium trug, freilich unbeabſichtigt, weſentlich mit dazu bei, die ganze preußiſche Politik alsbald in die Bahnen eines Zuſammengehens mit

Österreich zurückzuführen und das Scheitern der deutschen Einheitsbestrebungen zu bewirken.

Um angesichts der zunehmenden Spannung über die Haltung Rußlands Klarheit zu erhalten, reiste Graf Brandenburg zum Zaren Nikolai nach Warschau. Dieser wollte sich in die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen nicht einmischen, Graf Brandenburg gewann jedoch den Eindruck, daß, falls es wegen Kurhessens zum Kriege kommen würde, Preußen es nicht nur mit Österreich, sondern auch mit Rußland zu tun hatte. Als bekannt geworden war, daß Kaiser Franz Josef und Fürst Schwarzenberg zur Entkräftung des russisch-preußischen Meinungsaustausches ebenfalls nach Warschau reisen wollten, erhielt Brandenburg von Friedrich Wilhelm IV. Befehl, die Ankunft der Österreicher abzuwarten. Die Warschauer Verhandlungen wurden unter solchen Umständen zu Verabredungen zwischen dem preußischen und österreichischen Ministerpräsidenten. Brandenburg war nach Kenntnisnahme der russischen Ansichten entschlossen, einen Bruch mit Österreich tunlichst zu vermeiden. In einem vorläufigen Übereinkommen, das noch der Bestätigung des Monarchen und der anderen preußischen Minister harrte, gab Brandenburg am 28. Oktober die Union gegen Schwarzenbergs Versprechen preis, daß freie Konferenzen über die Bundesreform stattfinden sollten; in der holsteinischen und hessischen Sache wurde aber keine Einigung erzielt, sondern die österreichischen und preußischen Forderungen nebeneinander gestellt, da Schwarzenberg auf der vorläufigen Anerkennung des bestehenden Bundestags beharrte, Brandenburg aber diese nicht zugeben mochte. Privatim riet Brandenburg aber in einem Briefe nach Berlin, es nicht in Hessen zu einem alsbaldigen Konflikte kommen zu lassen.

Im preußischen Ministerium fanden nach Brandenburgs Rückkehr die lebhaftesten Kämpfe statt. Radowitz erklärte, daß man entweder mobilmachen, einen Aufruf an das Volk erlassen und sofort die Kammern berufen oder die bisherige Politik gründlich ändern und zum Bundestag und einem innigen Einvernehmen mit Österreich zurückkehren müsse; bei der Wahl des zweiten Weges war er zur Niederlegung seines Amtes entschlossen. Aber auch Bran-

denburg stellte die Kabinettsfrage, nachdem er in Warschau gesehen hatte, daß man beim Beharren auf dem alten Pfade nicht nur einem Kampfe mit Österreich entgegenging, und Manteuffel, der längst die jetzige deutsche Politik für verhängnisvoll erachtet hatte, stimmte dem Ministerpräsidenten zu. Der König entschloß sich zugunsten von Brandenburg und Manteuffel für gütliche Verhandlungen mit Österreich, namentlich für die Aufhebung der Union und für Gutheißung der hessischen Bundesexekution. Radowitz mußte darauf aus dem Ministerium ausscheiden, und da wenige Tage darauf Brandenburg ganz unerwartet nach kurzem Leiden starb, so übernahm Manteuffel einstweilen das Auswärtige.

Mit diesem Personenwechsel war jedoch die Kriegswolke noch nicht verscheucht. Die Regierung selbst blieb nach wie vor uneinig, da die Gesinnungsgenossen von Radowitz, die Minister Ladenberg und Heydt auf Zureden des Königs ihre Entlassung zurückgenommen hatten und ihre alte Ansicht weiter vertraten. Friedrich Wilhelm IV., der sich nur sehr ungern von Radowitz getrennt hatte, wünschte an sich nicht den Krieg, wollte jedoch nicht soweit aus Kurhessen zurückweichen, wie das die Gegner verlangten, und wurde in seinem Ehrgefühl noch durch seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, bestärkt. Schwarzenberg erleichterte in diesem Augenblicke den Berliner Friedensfreunden die Lage nicht. Er nahm eine immer drohendere Haltung ein, stellte seine Forderungen immer kategorischer und benutzte das Entgegenkommen Manteuffels nur, um auf das Ungenügende seiner Zugeständnisse hinzuweisen und Preußen zu weiteren Demütigungen oder zum äußersten zu treiben. Gleichzeitig rückten auch im Auftrage des Bundes bayrische Truppen in Kurhessen ein, entschlossen, jeden Widerstand, welcher der Herstellung des Ansehens der Regierung geleistet würde, niederzuwerfen. Unter solchen Umständen konnte auch Manteuffel nicht mehr mit verschränkten Armen zusehen. Dem bayrischen Vorgehen wurde durch den Einmarsch der Preußen nach Kurhessen begegnet, so daß beim Weiterziehen beider Teile ihr Zusammenstoß zu gewärtigen war. Außerdem erging am 6. November der Befehl zur Mobilmachung des preußischen Heeres und fand im Volke ein freudiges Echo. Am

8. November verschärfte sich, trotzdem Preußen und Bayern vorerst noch keinen Konflikt suchten, die Lage durch einen weiteren Zwischenfall. Ein kleines Zusammentreffen zwischen den Preußen und Bundestruppen in der Nähe von Fulda, welches unter gewöhnlichen Voraussetzungen nur geringes Aufsehen gemacht hätte, wurde zu einer großen Staatsaktion aufgebauscht. Dabei stand die Eröffnung des preußischen Landtags für den Monat November bevor und Manteuffel mußte des entschiedenen Widerspruchs der Opposition gewiß sein, der bei den gegebenen Verhältnissen den Frieden gefährden konnte. Denn alle diejenigen, welche die letzten zwei Jahre an der Errichtung des deutschen Bundesstaates gearbeitet, waren über den Verzicht auf die Unionsverfassung unzufrieden und man schätzte die Zahl dieser Richtung auf etwa hundertfünfzig unter dreihundertfünfzig Abgeordneten. Obgleich dieselbe demnach noch nicht die Mehrheit besaß, so bereitete sie sich doch schon in den ersten Novembertagen, angesichts der bevorstehenden Landtagseröffnung, zum festen Zusammenschluß vor. Aber auch außerhalb der Opposition war das Ministerium Manteuffel der Zustimmung keineswegs sicher. Adressen liefen in verschiedenen Stadtbezirken Berlins um und sollten dem Ministerium neben der Anerkennung für die kräftige Wahrung der Rechte und Ehre Preußens die Bereitwilligkeit aussprechen, mit Gut und Blut sich der Regierung zur Verfügung zu stellen und den Kampf mit Nachdruck führen zu helfen. Der konservativ-konstitutionelle Verein in Berlin, an dessen Spitze der Leiter des rechten Zentrums, Justizrat Geppert, stand, richtete eine Eingabe an den König und verlangte in ihr dessen Schutz für Hessen und Schleswig-Holstein und gegen alle absolutistischen Bestrebungen in Deutschland. Geppert hatte neben dem früheren Minister Bodelschwingh, welcher inzwischen auf dem Erfurter Parlament entschieden für die Unionsverfassung eingetreten und deshalb ebenfalls nicht mehr als unbedingter Anhänger der Regierung zu zählen war, diejenige Partei geführt, welche seit November 1848 hauptsächlich das Ministerium Brandenburg-Manteuffel gestützt und ihm eine über das Kreuzzeitungslager hinausreichende Basis verschafft hatte. Diese Richtung bildete unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen

das Zünglein an der Wage und, wenn sie mit der Opposition gemeinsame Sache machte, konnte Manteuffel weder im jetzigen Landtag auf einen dankbaren Boden rechnen noch bei einer etwaigen Auflösung ein gefügigeres Parlament erwarten. Nicht einmal die Kreuzzeitung hielt mehr unentwegt zur Regierung. Sie erließ einen dringenden Aufruf an die Vaterlandsfreunde zu Zeichnungen für eine freiwillige Anleihe und veröffentlichte einen kriegerischen Leitartikel, in welchem alle Mittel, welche Preußen ohne eigene Erniedrigung und Selbstdemütigung zur Versöhnung wählen dürfte, für erschöpft erklärt und dem Fürsten Schwarzenberg wegen seiner indirekten Kräftigung der Demokratie schwere Vorwürfe gemacht wurden. Alle diese Momente führten zu den ärgsten Verlegenheiten in Regierungskreisen. Friedrich Wilhelm selbst klagte: „Hinter Ladenberg und von der Heydt steht das ganze Land und Manteuffel ist nicht zu missen, denn seine Entlassung ist der Krieg."

So war die Lage beschaffen, als Bismarck wieder in die Politik tätig eingriff.

Bismarck hatte die letzten Monate fernab vom Mittelpunkte des Staates verbracht. Nach Schluß des Erfurter Reichstags war er auf sein Gut Schönhausen zurückgekehrt und dort durch die kleinen Familien- und Wirtschaftssorgen in Anspruch genommen gewesen. Im Sommer hatte er alsdann mit Frau und Kindern seine Schwester in Kröchlendorf aufgesucht und später in einem Seebad geweilt. Bismarck spottete darüber, daß er sich in allen diesen Monaten so gar nicht um die Politik ernsthaft gekümmert hätte, und selbst davon, was über ihn persönlich die Zeitungen schrieben, erfuhr er vielfach erst durch gute Freunde. Dennoch blieb er auch in seiner ländlichen Zurückgezogenheit nicht ohne jede Fühlung mit den öffentlichen Angelegenheiten. Mit dem Redakteur der Kreuzzeitung, Hermann Wagener, unterhielt er einen lebhaften Briefwechsel, ebenso mit Ludwig von Gerlach und Kleist-Retzow und durch die eifrige Lektüre der Kreuzzeitung wurde er auch von den Vorgängen und Stimmungen in der großen Welt unterrichtet. Wenn er schon im Laufe des letzten Winters die Rolle der Kassandra gespielt hatte, so mußte er sich jetzt erst recht in sein Schicksal ergeben, daß die

Dinge, welche er längſt hatte kommen ſehen, immer näher rückten, ohne daß er dieſelben zu hindern vermochte.

Nur ein einziges Mal erfreute ihn die Zuverſicht, noch im letzten Moment durch tatkräftiges Eingreifen dem Gange der Ereigniſſe vorbeugen zu können. In den Kreiſen ſeiner konſervativen Parteifreunde wurde der zunehmenden Entfremdung zwiſchen Preußen und Öſterreich mit ſteigender Beſorgnis entgegengeſehen. Längſt hatten ſie bei Hofe und in der Preſſe die Meinung geltend gemacht, daß ein Kampf Preußen der Rückendeckung der in Deutſchland ſtaatserhaltenden Kräfte berauben und in die Arme der Revolutionäre führen würde, ſie hatten damit aber nur die negative Scheu, es zum Bruche zu treiben, geſtärkt, nicht die auf die Dauer allein wirkſame beſtimmte Abſicht vermehrt, die Richtung der Politik zu ändern. Um ihren Beſtrebungen eine breitere Baſis zu verſchaffen, dachten die konſervativen Friedensfreunde an eine Anbahnung engerer perſönlicher Beziehungen von Geſinnungsgenoſſen in den verſchiedenſten Ländern. Ludwig von Gerlach zog auch Bismarck in den Plan. Bismarck war nach ſeinen ganzen Anſchauungen nichts lieber als eine Verallgemeinerung ſeiner politiſchen Grundgedanken über einen großen Teil von Deutſchland und eine dadurch geförderte Löſung der deutſchen Frage, wie er ſie unter Aufrechterhaltung und Erweiterung der preußiſchen Krontraditionen wünſchte. Zudem freute er ſich auf die ſeinem Charakter beſonders zuſagende Gelegenheit, im mündlichen Verkehr ſeine Anſichten zur Geltung zu bringen. Da auch ſeine Frau ihn im Vorhaben beſtärkte, ſo wollte er Miſſionen, ſei es nach Öſterreich, Sachſen oder Hannover, gern übernehmen und reiſte ſelbſt von ſeinem Landſitze zu einer Vorbeſprechung nach Berlin. Zwei öſterreichiſche Grafen fanden ſich ein und redeten mehrere Tage mit Bismarck, Kleiſt-Retzow, Wagener, Ludwig von Gerlach, Thadden und deren Freunden. Aber die Ernennung von Radowitz zum Miniſter, welche gerade in die Tage dieſer Beſprechung fiel, und das Zuſpitzen der Kriſis drängte alsbald ſämtliche derartige Pläne eines innigeren Meinungsaustauſches zwiſchen den Geſinnungsgenoſſen aus verſchiedenen Staaten zurück.

Abgesehen von diesem Versuche konnte Bismarck nur in untergeordneten Sachen an öffentlichen Angelegenheiten sich beteiligen. Er protestierte mit einigen benachbarten Rittergutsbesitzern gegen die Auslegung der neuen Gemeindegesetze; die Geschäfte eines Deichhauptmanns, welche sich durch Bismarcks vielfache Abwesenheit von der Heimat angehäuft hatten, und die Arbeiten der Generalkommission für Rentenablösungen nahmen Bismarck hauptsächlich in Anspruch.

Aus dieser verhältnismäßigen Ruhe wurde Bismarck plötzlich am 21. Oktober durch eine Einladung zur Hofjagd in Letzlingen aufgescheucht. Nicht das erste Mal wurde er in dieser Form aufgefordert, in der nächsten Umgebung des Königs zu weilen. Schon das vorige Jahr war Bismarck zur selben Zeit die gleiche Ehre erwiesen worden, und weil damals die Kreuzzeitung hiervon Notiz genommen, so war Bismarck ängstlich darauf bedacht, daß dies jetzt nicht wieder geschah. Denn Bismarck wollte bei dieser Gelegenheit sehr entschieden gegen Radowitz wirken und der erhoffte Einfluß seines persönlichen Auftretens auf das Gemüt des Königs konnte leicht verkümmert werden, wenn dieser engere Beziehungen zwischen Bismarck und der Kreuzzeitungspartei argwöhnte. Doch wurde aus der Begegnung mit Friedrich Wilhelm nichts, weil dieser wegen der sich überstürzenden politischen Ereignisse die Jagd um acht Tage aufschob und Bismarck inzwischen nach Pommern reisen mußte. So wurde denn Radowitz ohne Bismarcks Mithilfe gestürzt. Bismarck hatte nicht zu denen gehört, welche sich über Radowitz' Ernennung entsetzt hatten, sondern es im Gegenteil als eine Klärung der Lage begrüßt, daß Radowitz an Stelle eines außeramtlichen Einflusses nunmehr die diesem entsprechende verantwortliche Stellung eingenommen. Aber als Bismarck die Nachricht von dessen Entlassung erhalten, schrieb er an Hermann Wagener: „Ich bin vor Freude auf meinem Stuhl rund um den Tisch geritten und manche Flasche Sekt ist diesseits des Gollenberges auf die Gesundheit des Herrn von Radowitz getrunken, zum ersten Male fühlt man Dank gegen ihn und wünscht ihm ohne Groll glückliche Reise. Mir selbst ist das Herz recht frei geworden und ich fühle ganz mit Ihnen:

lassen Sie jetzt Krieg werden, wo und mit wem man will, und alle preußischen Klingen werden hoch und freudig in der Sonne blitzen, mir ist wie ein Alp vom Himmel gefallen."

In der Tat hatte damals Bismarck einige kriegerische Anwandlungen. Obgleich er der Radowitzschen Politik und dem Dreikönigsbündnis die Hauptschuld an der jetzigen gespannten Lage beimaß, so war auch er nicht der Meinung, daß Preußen alle Schlußfolgerungen, welche Schwarzenberg aus dem bisherigen Verhalten des Berliner Hofes zog, ruhig hinnehmen sollte. Denn durch einige Maßregeln und Pläne Österreichs fand er nicht bloß die Verwirklichung königlicher Lieblingsideen, sondern auch die nach seiner Überzeugung berechtigten Ansprüche auf die deutsche Machtstellung Preußens ernstlich bedroht. Auf die Tatsache der Rückkehr zum Frankfurter Bundestag kam es Bismarck nicht an, wohl aber auf die Umstände, unter welchen sich diese vollzog. Der bisherige Verlauf des wiederhergestellten Bundestags ließ ahnen, daß die dortigen Verhandlungen zu einer Majorisierung Preußens durch Österreich und die deutschen Mittelstaaten führen würden. Einer solchen Gefahr durfte sich nach Bismarcks Dafürhalten der Berliner Hof an sich aus zwingenden politischen Gründen nicht aussetzen, ganz besonders aber nicht im jetzigen Augenblicke, wo sich die Regierungen einzelner Länder als sehr wenig widerstandsfähig gegen die den preußischen Kroninteressen nicht entsprechenden Zeitströmungen gezeigt hatten und deshalb den König von Preußen im großen Prinzipienstreit zwischen Krongewalt und Volksgeist leicht lähmen konnten. Namentlich aber schien Bismarck das Verhalten der Gegner in der kurhessischen Frage die Grenzen der mit Preußens Interessen verträglichen Zulässigkeit zu überschreiten. Wer in diesem Verfassungsstreit recht oder unrecht hatte, war Bismarcks realpolitischem Sinne durchaus gleichgültig. Das Entscheidende war für ihn, daß das Land die natürliche Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Provinzen des Königreichs bildete. Wenn Bismarck überhaupt eine Vorrangsstellung Preußens in Norddeutschland anstrebte, dann mußte er zunächst diese Verbindung schützen. Daß sich nicht hunderttausend fremde Soldaten zwischen

die beiden getrennten Staatsteile hineindrängen und die Preußen zur Räumung Kurhessens zwingen durften, war nach Bismarcks Meinung eine Lebensfrage der Monarchie.

Bismarck hatte hierbei noch einen anderen Hintergedanken. Obgleich er aus dem kurhessischen Streit keine Kriegsfrage zu schaffen wünschte, so hielt er es, wenn es trotz seiner Zuversicht zum Kampfe kam, für eine passende Gelegenheit, Kurhessen ganz für Preußen zu erwerben und dadurch den Westen des Königreichs mit dem Osten in eine ununterbrochene Verbindung zu bringen. Der Augenblick zu einer solchen Abrundung des Staates konnte nicht günstiger gewählt werden. Die militärischen Einwände, welche Preußen zum Kriege für nicht gewachsen erachteten, schienen ihm nur für das momentane Stärkeverhältnis, nicht für das gegenseitige Abwägen der miteinander endgültig ringenden Streitkräfte zutreffend. Denn die Russen konnten nach Bismarcks Annahme frühestens im März in hinreichender Zahl im Felde erscheinen. Ganz abgesehen davon glaubte er, daß der Zar nur durch die holsteinische Angelegenheit und durch die Besorgnis vor der Verwirklichung der „parlamentarischen Union" zur Unterstützung Österreichs bestimmt werden, dagegen im übrigen alle aus militärischem Ehrgefühl hervorgehenden und auf Machtvergrößerung gerichteten Ansprüche Preußens willkommen heißen würde. Die inneren hessischen Verhältnisse aber luden zur Einverleibung des Landes geradezu ein. Die Preußen wären sicher gewesen, gegenwärtig nicht als Eroberer, sondern als Befreier von einer seitens der Masse der Bevölkerung für unerträglich und rechtswidrig empfundenen Herrschaft begrüßt zu werden. So gelangte Bismarck zu dem Standpunkte, von welchem Agnes von Gerlach ihrem Oheim Ludwig berichtete: „Hessen dürfe durchaus nicht aufgegeben werden; er erkenne in der äußeren Politik kein Recht an, sondern nur Konvenienz; Friedrich II. 1740 sei sein Muster."

Über diese Dinge hatte er am 21. November mit Leopold von Gerlach eine sehr lebhafte Auseinandersetzung. Der General stellte sich auf den Standpunkt, den Kurfürsten von Hessen bekämpfen heiße: der Revolution durch Unterstützung der Kammer-

mehrheit die Hand reichen. Er verlangte deshalb um so eher Nachgiebigkeit auch in diesem Streitfall, weil er nur von der Aufrechterhaltung des Friedens um jeden Preis ein Zusammenstehen aller Freunde der Ordnung, insbesondere ein inniges Einvernehmen zwischen den beiden Großmächten erwartete. Hier aber versagte neben Bismarck sogar Kleist-Retzow: beide erklärten, in der Kammer gegen das Ministerium auftreten zu wollen, falls dieses die Truppen aus Hessen zurückziehen würde.

Tatsächlich allerdings wünschte Bismarck nicht nur, daß es wegen aller dieser Schwierigkeiten zu keinem Kampfe kommen möge, sondern hoffte auch, daß dieselben sämtlich in Güte beigelegt würden. Ein Leitartikel der Kreuzzeitung, den Bismarck entweder geschrieben oder an dem er wenigstens mitgewirkt haben dürfte, verlangte freilich „Gleichberechtigung" Österreichs und Preußens im Deutschen Bunde, „freie Konferenzen, Konstituierung Deutschlands durch diese freie Konferenzen und nicht durch den jetzigen Frankfurter Bundestag allein, Sistierung dieses Bundestags, gemeinschaftliche Schlichtung namentlich der hessischen und holsteinischen Wirren", als „wahre Grundprinzipien der ferneren deutschen Verfassungsentwicklungen" und drohte, daß sich sonst auch die konservative Partei dem allgemeinen Kriegsruf anschließen müsse. Aber schon ehe diese Ausführungen veröffentlicht wurden, bezeichnete Bismarck dieselben seiner Frau gegenüber als solche, welche man augenblicklich Hoffnung habe, friedlich zu erreichen. Sein persönlicher Wunsch, daß man sich nicht schlagen möchte, und die feste Überzeugung, daß es zurzeit einen wahren Interessenstreit zwischen den deutschen Großmächten nicht gäbe und deshalb der zwingende Anlaß zum Kriege fehle, führten Bismarck gleichmäßig zu dieser Zuversicht.

Vielleicht kein zweiter unter den damaligen Staatsmännern der Regierung, der Rechten oder der Linken hat mit Bismarcks Bestimmtheit den Satz aufgestellt und als dauernden Leitstern festgehalten: „Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht

seinem eigenen Interesse angehört." Von diesem Gedanken ausgehend war Bismarck nicht unbedingt gegen den Krieg, aber er verlangte als Ursache desselben ein aus den preußischen Staatsbedürfnissen entspringendes Ziel, welches ohne Kampf nicht zu erreichen wäre. Einen solchen greifbaren Zweck, der in seinen Augen die Lösung durch das Schwert erheischte, vermißte Bismarck. In denjenigen Punkten, welche auch nach seiner Ansicht die preußische Regierung nicht nachgeben durfte, hatte entweder Österreich schon hinreichende Zugeständnisse gemacht oder konnte es ohne Verletzung seiner Interessen tun. Bismarck glaubte überdies, daß die beiden deutschen Großmächte in den wichtigsten Fragen der Zeit aufeinander angewiesen wären und durch ihren Streit nur den gemeinsamen Feinden eine Freude bereitet hätten. Schärfer als die meisten Minister und Abgeordneten betonte er die Frage nach den Folgen eines Zwistes für die beteiligten Gegner. Der Kreuzzeitungsartikel bezeichnete als etwaigen Siegespreis der Preußen: „Eine Charte Gagern, ein Parlament Erfurt, einen dreifarbigen Bundesstaat, regiert von einem Ministerium Gotha und statt der selbständigen Krone Preußen ein bescheidenes Sechstel der Souveränität des Fürstenkollegiums nebst einer Reichsvorstandschaft ohne Initiative und ohne auch nur suspensives Veto." Er besorgte demnach gerade eine Erstarkung derjenigen Faktoren, gegen welche Bismarck während der letzten Jahre in Wort und Schrift am energischsten gekämpft hatte. Aber Bismarck befürchtete von einem Kriegsausbruch nicht nur ein Verlassen der alten Bahnen preußischer Geschichte, sondern auch einen von ihm für schädlich gehaltenen Personenwechsel. Mit der Union, welche Bismarck niemals zu den Aktivposten, sondern zu den Schulden des preußischen Staates gerechnet hatte, drohte die „Rückkehr des Radowitzschen Prinzips, vertreten durch Strohmänner, die er lenkt", drohte namentlich der Sturz Manteuffels, welchen Bismarck trotz aller Meinungsverschiedenheiten für den verdienstvollen Wiederhersteller des königlichen Ansehens und der staatlichen Ordnung betrachtete.

Aber derartige nüchterne Anschauungen waren unter den damaligen Umständen leichter empfunden wie praktisch durchgeführt.

Der November 1850 wurde für Bismarck ein an Arbeit, Aufregungen und wechselnden Aussichten reicher Monat. Am Anfange desselben hatte Bismarck zwei einander widersprechende Berufungen erhalten, die eine, infolge der Mobilmachung sich bei seinem Landwehrregiment in Stendal zu stellen, die zweite in seiner Eigenschaft als Mitglied der zweiten Kammer zu deren bevorstehender Eröffnung. Um sich über seine Pflicht Gewißheit zu verschaffen, reiste er sofort nach Berlin und eilte, da er den Kriegsminister Stockhausen nicht antraf, noch am Ankunftstage, dem 14., in der späten Abendstunde zu Manteuffel. Dieser war froh, in Bismarck einen willkommenen Bundesgenossen zum friedlichen Ausgleich mit Österreich zu besitzen; denn gerade in jenen Tagen sah er sich fast völlig vereinzelt, die öffentliche Meinung gegen sich, im Kabinette selbst Zwistigkeiten, den Prinzen von Preußen, welcher das Ohr des Königs besaß, entschlossen, Preußens Stellung zu Österreich als militärische Ehrensache aufzufassen und durchzufechten. Manteuffel redete deshalb Bismarck zu, daß derselbe in Berlin blieb, und stellte ihm in Aussicht, daß seine Schwadron anderweit besetzt würde und er im wirklichen Kriegsfall eine neue Verwendung fände. Bismarck ging auf Manteuffels Wunsch bereitwillig ein und freute sich, eine seinen Neigungen passende Aufgabe zu lösen. Denn er hatte sofort erkannt, daß die Gestaltung der Lage vom Verbleiben Manteuffels im Ministerium abhing und daß im letzteren Falle der Friede voraussichtlich erhalten blieb. Darum benutzte er die nächsten Tage zu eindringlichen Verhandlungen. Die kriegsdrohende Lage hatte schon geraume Zeit vor dem Termin der Landtagseröffnung die Abgeordneten nach Berlin geführt und unter ihnen Besprechungen gezeitigt. Als Manteuffels Ministerialrat Küpfer hiervon gehört, hatte er sich sofort mit dem Justizrat Geppert, dem Führer des rechten Zentrums der zweiten Kammer, ins Einvernehmen gesetzt und diesen zur Überzeugung gebracht, daß der Krieg tunlichst vermieden, daß Manteuffel und der Kriegsminister Stockhausen, welche die jetzige Situation nicht verschuldet hätten, unterstützt, dagegen die Politik von Radowitz und der Gothaer Partei entschieden bekämpft werden müsse. Aber diese

Besprechungen hatten eine Verständigung der sich Unterredenden erst angebahnt, noch nicht vollendet. Obgleich Küpfer die Überzeugung gewann, daß Geppert mit seinen Zusagen auf den Beifall seiner Parteifreunde rechnete, so hatte Küpfer den Abgeordneten über die Sachlage entweder fast ganz im Dunkeln gelassen oder nicht ermächtigt, von den gebotenen Aufklärungen seinen Gesinnungsgenossen gegenüber einen hinreichend ergiebigen Gebrauch zu machen. Einen ganzen Tag dauerten die Verhandlungen Bismarcks mit dem rechten Zentrum, und jener war außerordentlich erstaunt über die völlige Unbekanntschaft mit den politischen Verhältnissen, welcher er bei dieser Beratung begegnete. Wenigstens das eine hatte er erreicht, daß unter den bedeutendsten Führern der ausschlaggebenden Fraktion über den Tatbestand größeres Licht verbreitet und seine noch am 16. November geäußerte Besorgnis, die Kammern könnten durch allzu großes Ungestüm den Krieg noch bringen, gegenstandlos war. Denn eine ministerielle Mehrheit galt Bismarck am 18. November in der ersten Kammer für gewiß, in der zweiten Kammer für ziemlich sicher. Der erwähnte Kreuzzeitungsartikel hatte unter solchen Umständen nicht die Aufgabe eines Kampfsignals, sondern sollte den Österreichern die Lust zum ferneren Reizen der preußischen Empfindlichkeit dadurch nehmen, daß ihnen der Glaube an die Übereinstimmung aller Parteien in bezug auf die Grenzen der möglichen Nachgiebigkeit aus Ruhebedürfnis beigebracht wurde. Er verfolgte also den gleichen Zweck wie die Mobilmachung, die trotz der augenblicklichen Friedenshoffnungen nicht eingestellt, sondern bis zur Erreichung des von Preußen angestrebten Zieles fortgesetzt werden sollte.

Noch allerdings eilte Bismarcks Zuversicht den Tatsachen voraus. Beim Ministerrat am 20. November zerfiel das Kabinett bei der Frage über die Räumung Hessens in zwei gleiche Hälften. Unter diesen Auspizien begannen am folgenden Tage die Kammern ihre Tätigkeit. Der König verlas mit klarer Stimme die Thronrede, anfangs ohne besondere Erregung, später aber lebhafter und mit sichtlichem Eindruck auf die Versammlung. An der Berliner und Frankfurter Börse wirkten die Ausführungen belebend, in Wien

dagegen stürzten die Papiere prozentweise. Schon hierdurch war der zwiespältige Charakter der Thronrede, welcher offenbar mit ihrer Entstehung zusammenhing, gekennzeichnet. Ihr Ton war im allgemeinen ein versöhnlicher und friedlicher, aber wenn Friedrich Wilhelm erklärte, den Kampf nicht suchen, niemandes Rechte schmälern, niemandem seine Vorschläge aufzwingen zu wollen, so verlangte er doch eine „Einrichtung des Gesamtvaterlandes, die Preußens Stellung in Deutschland und Europa angemessen ist", und kündigte an, „in kräftiger Rüstung unter den Waffen zu bleiben, bis Preußen der Geltung dieses Rechts gewiß sei". Das Wirkungsvollste war jedoch, daß der König seinem Bedauern über das Scheitern des deutschen Bundesstaats die Worte hinzufügte: „Ich halte am Gedanken, der meinen bisherigen Bestrebungen zugrunde liegt, in der Hoffnung auf die Zukunft fest." Dieser Satz fand durch den gerade in jenen Tagen bekannt gewordenen Abschiedsbrief Friedrich Wilhelms an Radowitz seine Erläuterung. Der Monarch hatte nämlich seinem Schmerze über die Trennung von Radowitz durch ein Handschreiben Luft gemacht, in dem er nicht nur sein lebhaftes Bedauern über den jähen Abschluß der schönen Zeit des Zusammenarbeitens mit dem gewesenen Minister ausgesprochen, sondern auch seiner Ansicht von der beiderseitigen Übereinstimmung ihrer Gedanken und Ziele und der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen Ausdruck verliehen hatte. Als Manteuffel von diesem Schriftstück erfuhr, hatte er sofort geäußert, bei dessen allgemeinem Bekanntwerden müsse das Kabinett die Entlassung nehmen, und in der Tat rief dieses Bekanntwerden bei Preußens Widersachern das größte Mißtrauen gegen den König, im Volke aber ein gewaltiges Aufsehen hervor.

Die erste Handlung des neuen Landtags war demnach auch geeignet, den Willen zum energischen Festhalten an den preußischen Ansprüchen zu offenbaren. Zur Beantwortung der Thronrede wurde zunächst ein Adreßausschuß von einundzwanzig Mitgliedern eingesetzt und in diesem waren neun entschiedene Gegner des Ministeriums, darunter der allerdings mit schwacher Mehrheit gewählte Georg von Vincke. Bismarck beklagte sich bei seiner Frau,

daß er selbst gegen ganz vernünftige Leute die Notwendigkeit, den Frieden aufrechtzuerhalten, verteidigen mußte. „Noch nie", so äußerte er sich, „hat meines Wissens das Schicksal von 70 Millionen Menschen so auf der Spitze des Zufalls gestanden wie hier jetzt; jede Minute bringt ein anderes Bild." Bismarck hatte nicht einmal Zeit, ein Quartier zu suchen.

Bei der allgemeinen Zerfahrenheit schritten jedoch die parlamentarischen Verhandlungen nicht so rasch vorwärts als die Ereignisse. Ein Ultimatum, welches der österreichische Gesandte in Berlin, Prockesch, am 25. November überreichte, hatte zur Folge, daß Manteuffel zur persönlichen Unterredung mit Schwarzenberg nach Olmütz reiste. Durch die dort am 29. November unterzeichnete Punktation erkannte Manteuffel den Bundestag als zu Recht bestehend an, versprach den Rückzug der Preußen aus Kurhessen mit Ausnahme eines in Kassel verbleibenden Bataillons, gestattete den Bundestruppen die Überschreitung der von Preußen beanspruchten Etappenstraßen und vereinbarte mit Österreich die Ordnung der holsteinischen Verhältnisse durch gemeinsame Vertreter. Es blieb dabei, daß freie Konferenzen über die endgültige künftige Gestaltung Deutschlands entscheiden sollten, doch gab Manteuffel insgeheim die sofortige Abrüstung Preußens nach, während Schwarzenberg für Österreich die teilweise Mobilmachung aufrechterhielt.

Über die Olmützer Artikel waren nur die Gerlachs und ihre nächste Umgebung zufrieden, der Prinz von Preußen dagegen so erzürnt, daß er sich entschloß, vorerst sich von den Geschäften zurückzuziehen, da er „einem Schaukelsystem nicht Beifall klatschen" wollte. Im Ministerium war nur Ladenberg gegen die Annahme der von Manteuffel eingegangenen Bedingungen, die übrigen fügten sich den geschehenen Tatsachen, nach einigem Schwanken auch der König. Schwieriger war es, den Kammern die Notwendigkeit des Abkommens begreiflich zu machen. Fiel doch dessen Bekanntwerden gerade mit dem Ende der Beratungen des Adreßausschusses zusammen und dieser hatte eine Erklärung vereinbart, welche in der Form einen Dank an Friedrich Wilhelm für dessen Thronrede darstellte, in Wirklichkeit aber die Thronrede subjektiv nach den Wünschen der

Abgeordneten als Signal zum festen Ausharren Preußens auf seinem Posten ohne Rücksicht auf etwaige Folgen auslegte. Am 3. Dezember sollte die Beratung der Adresse im Plenum beginnen. Es kam zu einer heißen Redeschlacht.

Nachdem Bodelschwingh als Berichterstatter die Frage aufgeworfen, ob die Beschlüsse des Ausschusses unter den ganz veränderten Verhältnissen als Grundlage der Erörterungen dienen könnten, ergriff Manteuffel das Wort, mehrfach durch Äußerungen des Mißfallens unterbrochen. Seine Ausführungen gipfelten in den Sätzen, daß die hessischen Etappenstraßen das Land nicht in eine für Nichtpreußen zugängliche und unzugängliche Hälfte schieden, sondern daß Preußen nur das freie Nutzrecht dieser Wege als Verbindungen habe und daß er nicht für einen Krieg anläßlich der jetzigen Zerwürfnisse die Verantwortung hätte tragen können. Der eigentliche Held des Tages war Georg von Vincke. Er fand sogar den Adreßentwurf noch zu matt und der Kammer unwürdig, für die Regierung aber hatte er nur Entrüstung und Spott und namentlich darüber, daß das Kabinett Prockeschs Ultimatum nicht mit einer sofortigen Kriegserklärung beantwortet hatte, sondern Manteuffel in Feindesland gereist war, ergoß Vincke seinen Zorn. Er verließ die Tribüne mit den Worten: „Es sind zwei Männer im Ministerium, welche das Vaterland vor zwei Jahren aus verhängnisvoller Lage gerettet. Aber niemand ist vor seinem Ende glücklich. Durch ihre Nachgiebigkeit haben dieselben Männer das Vaterland an den Rand des Verderbens gebracht. Ich fasse meine Ansicht nur in den einen Wunsch zusammen: weg mit diesem Ministerium."

Unter denjenigen Abgeordneten, welche am 3. Dezember zu Wort kamen, befand sich auch Bismarck. Obgleich er im Sinne Manteuffels sprach, so deckte sich sein Standpunkt keineswegs vollkommen mit dem des Ministers. Dieser hatte sich vor allem die unangenehme Aufgabe gestellt, der Versammlung das Mißlingen lange gehegter Pläne schmackhaft zu machen und das militärische und politische Ansehen Preußens trotz der weitgehenden Bewilligungen in Olmütz als hinreichend gewahrt zu beweisen. Zu diesem Zwecke betrachtete er die einzelnen Bestimmungen der Über-

einkunft, soweit er sie der Öffentlichkeit preisgeben durfte, und nur insofern, als er sich zum Schlusse mit den Gründen beschäftigte, warum das preußische Kabinett keinen Krieg gewünscht hätte, streifte er die verschiedenen Zukunftsmöglichkeiten und noch ungelösten Probleme. Auch die Bemerkungen, mit welchen Manteuffel der Vinckeschen Rede nachträglich entgegnete, bewegten sich wesentlich im Rahmen einer persönlichen Verteidigung. „Man macht mir Vorwürfe wegen der Führung der Verhandlungen. Ich bin der Stellung, die Preußen einnimmt, überall eingedenk geblieben; aber es ist leicht, hinterher von Nachgiebigkeit zu reden, wenn man den Verhandlungen nicht beigewohnt. Das Glück, auf diesem Platze zu sitzen, ist übrigens nicht beneidenswert; ich würde lieber da sein, wo die Spitzkugeln, als da, wo spitze Reden fliegen; aber solange der König mir zu bleiben befiehlt, werde ich diesen Platz nicht verlassen." In einem anderen Lichte schaute bereits Kleist-Retzow die Sachlage an. Er wälzte die Schuld derselben nicht auf das jetzige Ministerium, sondern auf die Urheber der Unionsverfassung und bezeichnete die letztere als keinen geeigneten Kriegsgrund. Wiederholt hatte er in Schrift und Wort die Meinung derer bekämpft, welche unter allen Umständen den Frieden erhalten wollten, und verwahrte sich auch jetzt wieder gegen eine solche Auffassung; indes fügte er hinzu: „Ein Bruderkrieg kann unter gewissen Umständen notwendig sein, aber es muß uns wenigstens das Herz dabei bluten." Bismarck aber ging auf dem von Kleist-Retzow betretenen Wege noch weiter und benutzte die Gelegenheit zu einer großzügigen Rede über die Grenzen, innerhalb deren ein Krieg überhaupt berechtigt sei. Offiziell verteidigte er die Regierung, zwischen den Zeilen ließ er aber durchblicken, daß er an Stelle der jetzigen Minister manches anders gestaltet und ausgeführt hätte.

Die von Bismarck besonders in den letzten Wochen immer wieder betonte Ansicht, daß der Entschluß zum Kampf oder Frieden aus den sachlichen Machtbedürfnissen Preußens hervorgehen müsse, war auch das Leitmotiv der Rede vom 3. Dezember. Daß er einer Vergrößerung des Staatsgebietes nicht abgeneigt gewesen wäre, deutete er wenigstens an. Für die Gegenwart war die Erörterung

darüber gleichgültig, da sowohl die Thronrede als auch die beantragte Adresse den Gedanken an Eroberungen ausdrücklich ablehnte, indes schon der Umstand, daß Bismarck die Frage nur als „für jetzt außer Spiel" bezeichnete, lenkte das Augenmerk darauf hin, daß dies nicht immer so sein müsse. Auch die Meinung, daß die Gestaltung Deutschlands keine Kriegsfrage sei, bejahte Bismarck nur für den jetzigen Moment. Hier lüftete er sogar etwas mehr den Schleier als bei der Besprechung einer möglichen Erweiterung der Landesgrenzen. „Wer den Krieg durchaus will, den vertröste ich darauf, daß er in den freien Konferenzen jederzeit zu finden ist; in vier oder sechs Wochen, wenn man ihn haben will. Ich bin weit davon entfernt, in einem so wichtigen Augenblicke wie dieser ist, die Handlungsweise der Regierung durch Ratgeben hemmen zu wollen." Aber wenn er das Ministerium nicht durch besondere Wünsche zu lähmen gedachte, so hinderte ihn das nicht, Erwägungen zu äußern, von welchen er sich Vorteile für Manteuffels Position versprach. Unter denjenigen Vorwürfen, welche dem Minister später wegen seiner Nachgiebigkeit in Olmütz gemacht worden sind, bezog sich der schwerste auf den geheimen Artikel, in dem er die sofortige Abrüstung Preußens zusagte, ohne das gleiche Entgegenkommen von Schwarzenberg erlangt zu haben. Dadurch trat Preußen in die freien Konferenzen wehrlos, Österreich jedoch mit gewappneter Hand ein. Von diesen Zugeständnissen wußte Bismarck am 2. Dezember sicher, am 3. höchstwahrscheinlich noch nichts. In der Öffentlichkeit waren sie jedenfalls den letzteren Tag noch nicht bekannt, so daß die Frage von Bismarck in seinem Sinne angeschnitten werden konnte, ohne daß er als im Widerspruch zur Regierung erschien. Tatsächlich herrschte bei diesem Punkte eine tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen Manteuffel und Bismarck. Manteuffel, der froh war eine unangenehme Verpflichtung durch die Olmützer Punktation gelöst zu haben und für die bevorstehenden freien Konferenzen keine besonderen Wünsche hegte, machte sich über deren Verlauf und Ergebnis geringere Sorgen. Dagegen erblickte Bismarck in den freien Konferenzen ein viel zuverlässigeres Mittel zur Entwicklung der deutschen Frage nach seinem Sinne wie in der

Unionsverfassung und im Erfurter Parlament. Bei geschicktem Unterhandeln sah Bismarck von diesen Konferenzen einen Erfolg voraus, „der dasjenige, was wir jahrelang auf verkehrtem Wege erstrebt haben, ohne Schwertstreich in unseren Schoß fallen lassen würde". Hier konnten die Regierungen unbeeinflußt durch ihre Kammermehrheiten ihren Standpunkt wählen, hier konnte sich bei gegenseitigem guten Willen das natürliche Übergewicht der größeren Staaten über die zahlreicheren, aber auch in ihrer Zusammenfassung bei weitem nicht gleichwertigen kleinen Gebiete geltend machen und namentlich ließ sich hier für die Anschauungen und Interessen der Krone Preußen ein breiterer Spielraum in ganz Deutschland erkämpfen. Voraussetzung allerdings war nach Bismarck, daß die anderen Teilnehmer der Konferenzen in Preußen eine Größe sahen, mit welcher gerechnet werden mußte. Bismarck verlangte zwischen den Zeilen ein sehr entschiedenes Auftreten der preußischen Bevollmächtigten auf dem bevorstehenden Kongreß, und dieses Auftreten sollte durch die auf Kriegsfuß verbleibende Armee noch eine stärkere Achtung sich erzwingen. „Wenn ich dem Ministerium gegenüber einen Wunsch aussprechen wollte, so wäre es der, daß wir nicht eher entwaffnen, als bis die freien Konferenzen ein positives Resultat ergeben haben; dann bleibt es noch immer Zeit, einen Krieg zu führen, wenn wir ihn mit Ehren nicht vermeiden können oder nicht vermeiden wollen."

Bismarck wäre also bereit gewesen, nicht nur in den Konferenzen selbst auf Kriegsgefahr den preußischen Interessenstandpunkt zu wahren, sondern auch sogar, wenn es dem Lande zugute kam, einen Bruch der Mächte auf der Versammlung selbst herbeizuführen. Für diesen Fall erwartete er, was er sich von einer Verwicklung wegen der in Olmütz geschlichteten Streitigkeiten nicht versprochen hätte: daß ein siegreicher Ausgang des Feldzugs der preußischen Krone wirkliche Vorteile bringen würde und daß nicht umgekehrt das Königtum der allgemeinen Volksstimmung in einem seiner Überlieferung nicht entsprechenden Grade tributpflichtig geworden wäre. In diesen Anschauungen steckte bereits der Kern des Gegensatzes zu denjenigen Männern, mit welchen er momentan

zusammenging. Vorläufig entbehrten freilich solche Erwägungen der praktischen Tragweite. An eine Durchführung von Plänen, wie sie Bismarck in derart lockeren Umrissen vorschwebten, war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu denken, und Bismarck besaß zur Änderung dieser Verhältnisse nicht die Macht. Auf dem Gebiete jedoch, wo er seinen Einfluß geltend machen konnte, stimmte seine Meinung mit derjenigen des Kabinetts überein. Nur in den Ursachen, aus welchen er das Olmützer Abkommen verteidigte, und in den Zukunftsaussichten, welche er durchblicken ließ, bekundete Bismarcks Rede eine Abweichung von der des Ministers. Im Vordergrunde stand und mit der schärfsten Deutlichkeit herausgearbeitet war in Bismarcks Rede dagegen seine Überzeugung, daß die von der Kammermehrheit gewählte Grundlage eine falsche sei und lediglich zu Maßregeln verführe, welche die Urheber weder vorausgesehen noch gewollt hätten. Die Energie, mit welcher Bismarck diese Gefahr bekämpfte, bestimmte damals den unmittelbaren Gesamteindruck seiner Worte.

Der Wunsch Bismarcks, daß Preußen seine Rüstung vorläufig noch nicht ablegen solle, ging nicht in Erfüllung. Bereits die nächsten Tage brachten außer der Vertagung der Kammern und der Vervollständigung des Ministeriums, an dessen Spitze Manteuffel jetzt auch offiziell trat, den Befehl zur Demobilisierung. Bismarck selbst war froh, bereits am 10. Dezember zu den Seinigen zurückkehren zu können, welche er vor Monatsfrist in banger Sorge um die nächste Zukunft verlassen hatte. Doch bedeuteten die Weihnachtsferien für Bismarck nur eine kurze Ruhepause.

Als Anfang Januar die Kammern wieder zusammentraten, ergab sich sehr bald, daß mit dem zahmeren Ton, auf welchen jetzt die Verhandlungen gestimmt waren, die Zeit der angestrengten parlamentarischen Kleinarbeit die Aufregungen der letzten Wochen abgelöst hatte. Wenn auch nicht politisch, so bedauerte menschlich Bismarck diese veränderte Haltung und das damit erleichterte Zusammengehen mit der Regierung — menschlich allerdings nur insoweit, als er fern von der Heimat bleiben mußte und er eben damals schwere Sorgen um die Gesundheit der Seinigen durchkämpfte.

Denn die von früh bis in die ſpäte Nachtſtunde andauernde Tätigkeit gewährte Bismarck Befriedigung. Allerdings galt dieſelbe jetzt nicht mehr ſo weltbewegenden Ereigniſſen, wie in den kritiſchen Novembertagen, erforderte aber teilweiſe ein ſehr eingehendes Studium von Dingen, welche Bismarck früher bloß gelegentlich beſchäftigt hatten. Namentlich mußte ſich Bismarck in ein großes Material von Zahlen vertiefen, um für die Budgetkommiſſion den Bericht über die Seehandlung und Preußiſche Bank zu erſtatten, und er bedurfte zu dieſem Werke auch vieler mündlicher Beſprechungen, namentlich auch mit ſeinem früheren Gegner David Hanſemann.

Der Landtag trug auf ſolche Art faſt dasſelbe Gepräge wie im vorigen Winter. Das Miniſterium hatte zwar noch mit mancherlei Gegnerſchaften zu kämpfen, am Hofe weilten noch immer einzelne Perſonen, welche Radowitz' Einfluß und Politik ungern vermißten, und Friedrich Wilhelm ſchwankte in ſeiner Stimmung gegen die Miniſter. Die freien Konferenzen, welche nach der Olmützer Übereinkunft in Dresden eröffnet wurden, nahmen einen für Preußen nichts weniger als erfreulichen Verlauf. Schwarzenberg benutzte gleich die erſte Sitzung am 23. Dezember, um ſich als Herrn der Lage zu zeigen, und enthüllte immer deutlicher, daß er mit der Bundesreform einſeitig öſterreichiſche Pläne verfolgte. Alle dieſe Dinge übten jedoch auf die Berliner Kammerverhandlungen eine geringe Wirkung.

Die parlamentariſche Tätigkeit Bismarcks ähnelte darum ebenfalls derjenigen in der letzten Seſſion. Verhältnismäßig ſelten fand er in der langen Tagung Gelegenheit zu umfangreichen politiſchen Reden. Immerhin ſah er ſich wenigſtens einmal veranlaßt auf die Rechte hinzuweiſen, welche eine machtvolle Krone zur Betätigung brauchte. Durch die Vertagung vom 4. Dezember hatte der Staatshaushalt für das Jahr 1851 nicht rechtzeitig von den Kammern erledigt werden können. Das Miniſterium hatte am 16. Dezember deshalb eine Verordnung erlaſſen, durch welche die Ausgaben der laufenden Verwaltung, die im alten und neuen Etat gleichmäßig waren, und auch die friſch eingeſetzten Ausgaben, ſo-

weit sie auf rechtlichen Verpflichtungen beruhten oder sich ohne öffentlichen Schaden nicht aufschieben ließen, zur Zahlung angewiesen wurden. Damit wurde ein Streit praktisch, welcher im vorigen Winter nur grundsätzlich erörtert worden war. Simson bestritt die gesetzliche Zulässigkeit der Verordnung und beantragte eine entsprechende Meinungsäußerung der Kammer. Bismarck ging dagegen nicht von der formellen Rechtsfrage, sondern von der politischen Bedeutung der ganzen Sache aus. Wohl wies er darauf hin, daß die Verfassung das Ministerium nicht verpflichtete, „jährlich ein Gesetz zustande zu bringen, welches mit dem letzten Tage des Kalenderjahres in sich zusammenfallen soll", wohl kam er auf seine alte Meinung zurück, daß vor der Einführung der Verfassung die Krone über Verteilung und Verwendung der Staatsausgaben frei verfügt hatte und dieses Recht noch besaß, insoweit es nicht gesetzlich beschränkt worden war. Jedoch dienten solche Begründungen nur dazu, Bismarcks Standpunkt zu stützen, sein treibendes Motiv aber war die Erwägung, daß bei der Annahme der Simsonschen Auslegung der König sich in die Hand des Parlaments begeben hätte. Wenn Bismarck wenige Tage zuvor im Rahmen einer persönlichen Bemerkung ausgesprochen hatte, daß die Kammer nicht durch Steuerverweigerung die Räte der Krone zu Handlungen in der auswärtigen Politik zwingen dürfte, so wollte er nicht bloß auf diesem Gebiete, sondern überhaupt von der künftigen Entwicklung des preußischen Staates einen solchen Zwang ferngehalten wissen.

Auch in den meisten anderen Reden behandelte Bismarck fast durchweg Gegenstände, die er schon in früheren Jahren beleuchtet hatte. Im Widerspruche zu den rheinischen Industriellen verteidigte er die Mahl- und Schlachtsteuer als eine im Verhältnis zur Klassensteuer leichter zu ertragende Abgabe. Der Patrimonialgerichtsbarkeit, welche für Bismarck ein wichtiges Stück der von ihm hochgehaltenen Selbstverwaltung gewesen war, hatte die Verfassung ein Ende bereitet. Aber damit brauchten nicht notwendig alle Vorteile zu fallen, welche nach Bismarcks Ansicht die Patrimonialgerichtsbarkeit für eine rasche Erledigung von Prozessen, für eine

verständnisvolle, aus dem lebendigen Verkehr mit den Parteien geschöpfte Tätigkeit der Richter und für die Billigkeit der Rechtsverfahren besessen hatte. Indem die Entfernungen der Beteiligten vom Gerichtssitz sich vergrößert hatten, waren die Prozesse langsamer, kostspieliger und schwerfälliger geworden; Bismarck verlangte eine Verkleinerung der Gerichtssprengel und die Abhaltung von Ortsterminen. Ein anderer Punkt, welchen Bismarck ebenfalls schon früher gestreift hatte, war die Neigung der Abgeordneten zur Sparsamkeit an den von ihm für ungeeignet erachteten Plätzen. Namentlich auf dem Gebiete des Militärwesens glaubte Bismarck um so energischer ein solches Bestreben bekämpfen zu müssen, weil hiermit zugleich die ihm besonders am Herzen liegende Scheidelinie zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt verletzt zu werden drohte. Denn es bestimmte Bismarck nicht in erster Linie seine immer wieder betonte Überzeugung, daß den Abgeordneten zur Beurteilung der militärischen Fragen nicht dieselbe Sachkenntnis zu Gebote stand wie der Regierung, sondern vor allem erwog er, daß der „Kriegsherr" in seinem Machtbereich durch ein Knausern der Abgeordneten bei militärischen Ausgaben gekränkt werden, daß namentlich die Armee selbst von ihrer für das Ansehen der Krone und des Staates erforderlichen Höhe heruntersinken könne.

Das eigentliche Hauptstück von Bismarcks Tätigkeit in der Landtagssession des Winters 1850 auf 1851 war der von ihm verfaßte „Bericht der Zentralkommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats pro 1851 über den Etat der Seehandlung und der Bank". Die Kammer hatte voriges Jahr beschlossen, daß die Seehandlung ihr jährlich einen ausführlichen Verwaltungs- und Vermögensbericht vorlegen sollte, die Seehandlung hatte das indessen verweigert, weil sie sonst in ihren Geschäften beeinträchtigt worden wäre. Die Kommission mußte deshalb wie im vorigen Jahre drei Vertrauensmänner zur Besichtigung der Bücher wählen, und unter diesen Vertrauensmännern befand sich Bismarck. Die Aufgabe derselben war eine sehr schwierige. Denn die Seehandlung betrieb gleichzeitig Bankgeschäfte, Gutsverwaltungen und industrielle Unternehmungen, und da namentlich die letzteren den verschiedensten Fabrikzweigen

dienten, in den verschiedensten Provinzen des Staates lagen und zum Teil auf ganz abweichenden Rechtsverhältnissen beruhten, so mußte die Direktion die einzelnen Verwaltungen mit großer Selbständigkeit ausstatten, gestaltete jedoch von Fall zu Fall den Grad dieser Abhängigkeit sehr wechselnd. Das erschwerte schon für die Direktion den klaren Überblick, noch viel mehr Mühe kostete es dem in die laufende Geschäftsführung vorher nicht eingeweihten Berichterstatter, in den Sachverhalt einzudringen und denselben dem Landtage durchsichtig zu schildern. Dazu kam, daß über die Aufgaben der Seehandlung selbst Meinungsverschiedenheiten bestanden. Seit die Fabrikanten und Kaufleute sich lebhafter an der Politik beteiligten, waren ihre Angriffe gegen die zahlreichen, teilweise großartigen Unternehmungen immer mehr zur Geltung gekommen, die teilweise in nicht besonders gewinnbringender Weise verwaltet wurden. Jedoch auch wo solche Vorwürfe für berechtigt anerkannt wurden, ließen sich die Geschäfte und Verbindungen nur allmählich auflösen. Um darüber ins klare zu kommen, ob die Seehandlung in dieser Richtung alle billigen Wünsche erfüllt hatte, bedurfte es eines eingehenden Studiums.

Fast noch schwieriger waren für den Berichterstatter die Verhältnisse der Königlich Preußischen Bank zu bearbeiten. Allerdings bedurfte derselbe hier nicht so eingehender Erkundigungen wie bei der Seehandlung, weil ein Verwaltungsbericht der Bank im Druck erschienen war. Dagegen bestanden über die Organisation der Königlichen Bank wesentliche Meinungsverschiedenheiten. In ihrer jetzigen Verfassung war die Bank noch kein halbes Jahrzehnt alt. 1846 aus der von Friedrich dem Großen gegründeten Königlichen Bank hervorgegangen, war sie teils Staatsinstitut, teils Privatgesellschaft. Der Staat hatte zu den zehn Millionen Aktienkapital noch eine weitere Million zugeschossen, wodurch er entsprechender Teilhaber des Unternehmens war, stellte die Beamten an und sollte außerdem noch eine besondere Oberaufsicht durch ein Kuratorium üben, während den privaten Aktionären durch einen der Leitung zur Seite stehenden, aus Gewerbetreibenden zusammengesetzten Zentralausschuß Rechnung getragen werden sollte. Die Ausführung

dieſer Beſtimmungen hatte jedoch vielfach unter den Wirren der Revolution gelitten. Nach den Anſchauungen des Miniſters Rother, welcher die neue Bankordnung geſchaffen hatte, ſollten dem Inſtitut zwei einander untergeordnete Inſtanzen vorſtehen. Die laufende Geſchäftsverwaltung war dem Hauptbankdirektorium, alſo einer kollegialiſch eingerichteten Behörde, anvertraut. Über dasſelbe war der Bankchef geſetzt, welcher nach Rothers Idee in der Regel die Vorſchläge des Direktoriums entgegenzunehmen und gutzuheißen und in der Hauptſache nur dann in die Geſchäfte einzugreifen hatte, wenn ſich Mißhelligkeiten innerhalb des Direktoriums oder zwiſchen dem Direktorium und Zentralausſchuß ergaben, wenn Beſchwerden über die Bankverwaltung, namentlich ſeitens der Aktionäre einliefen oder wenn nach ſeiner Überzeugung das Staatsintereſſe in irgend einem Punkte verletzt war. Die Befugniſſe des Chefs waren alſo auf dem Papier ſehr ausgedehnte, ſollten aber nach Rothers Meinung nur ausnahmsweiſe gehandhabt werden, und mit dieſer Auffaſſung hing es zuſammen, daß Rother nicht einen beſonderen Chef der Bank angeſtellt, ſondern ſich ſelbſt dieſen Poſten im Nebenamt vorbehalten hatte. Nun war jedoch Rother im März 1848 zurückgetreten und ſein Amt als Bankchef war einſtweilen vom Präſidenten des Hauptbankdirektoriums verwaltet worden. Ebenſo hatte das Bankkuratorium, zu welchem ordnungsgemäß der Juſtizminiſter, der Finanzminiſter, die Präſidenten des Handelsamts und des Staatsrats und ein vom König beſonders zu ernennendes Mitglied gehörten, tatſächlich ſeine Wirkſamkeit eingeſtellt. Durch dieſe Störungen war die Leitung der Bank nicht nur faktiſch vom Miniſterium unabhängig geworden, ſondern es vertrug ſich dieſer Zuſtand nicht mit den konſtitutionellen Anſichten über die Verantwortlichkeit der Miniſter für alle Maßregeln der Regierung und ihrer Beamten. Denn ſolange der Chef der Bank ein Miniſter geweſen war, hatte es keine verfaſſungsmäßigen Bedenken gehabt, daß derſelbe nach der Bankordnung dem König unmittelbar zu berichten und „die geſamte Bankverwaltung innerhalb der Beſtimmungen dieſer Ordnung übrigens mit uneingeſchränkter Vollmacht und auf ſeine perſönliche Verantwortlichkeit zu leiten" hatte. Mit dem

Augenblicke aber, wo dieſe Verbindung gelöſt wurde, war ein Zwieſpalt gegeben, der ſehr leicht auch praktiſche Folgen haben konnte. Unmittelbar war das letztere allerdings noch nicht der Fall. Der Präſident des Hauptbankdirektoriums, Lamprecht, hatte ſich tatſächlich auch unter Rothers nomineller Leitung einer nahezu völligen Selbſtändigkeit erfreut und es trat deshalb durch den mit Rothers Rücktritt verbundenen Zwiſchenzuſtand ſachlich keine Änderung in den Grundſätzen der Bankleitung ein. Überdies faßte Lamprecht ſeine Stellung nicht ſowohl als Kaufmann, ſondern als Staatsbeamter auf und ſtand ſeinen politiſchen Anſchauungen nach im Lager der Kreuzzeitung, alſo ziemlich fern derjenigen Partei, welche ſich vorzugsweiſe aus der Geſchäftswelt rekrutierte.

Anders wurde das mit der Ernennung des ſoeben zurückgetretenen Finanzminiſters Hanſemann zum Chef der Preußiſchen Bank Ende September 1848. Derſelbe führte zwar, um den von ihm ſelbſt hochgehaltenen Verfaſſungsgrundſätzen zu entſprechen, die Berichterſtattung an den Finanzminiſter ſtatt unmittelbar an die Krone ein, jedoch konnte dieſe Nachgiebigkeit die Reibungen nicht verhindern, welche ſich teils aus der Unklarheit des jetzigen Zuſtandes, teils aus der nun einmal weit verbreiteten Gegnerſchaft wider Hanſemann ergaben. Die Stellung eines Bankchefs ſollte von Haus aus nicht ſowohl eine tatkräftige Oberinſtanz über das Direktorium begründen, ſondern war mehr als eine offizielle Abhängigkeit des Direktoriums vom Miniſterium gedacht. Da indes Hanſemann auf ſeinem Poſten ſich gerade in ſeinem Elemente fühlte und denſelben durchaus nicht bloß für ein beſchäftigungsloſes Scheinamt anſah, ſo erhoben ſich ſofort Zwiſtigkeiten zwiſchen dem neuen Chef und dem bisher faſt unumſchränkt herrſchenden Präſidenten des Hauptbankdirektoriums. Bereits derartige dienſtliche und perſönliche Empfindlichkeiten Lamprechts ebneten Mißverſtändniſſen den Weg. Dieſe aber folgten an ſich ſchon aus den verſchiedenen Meinungen Hanſemanns und Lamprechts von den Berufsaufgaben der Bank. Hanſemann war perſönlich ein Gegner des jetzigen Syſtems und befand ſich deshalb, wie ſein Biograph ſagt, „in der eigentümlichen Stellung, ein großes Unternehmen zu leiten, das in einer

seinen Grundsätzen widersprechenden Weise gebildet war". Daß aber die Bank in ihrer jetzigen Verfassung mit Hansemanns Ansichten nicht übereinstimmte, konnte jedermann wissen, weil der neue Chef schon vor zwanzig Jahren in seiner Schrift „Banknotensystem für deutsche Bundesstaaten" auf die Forderungen aufmerksam gemacht hatte, „welche der Staat in seinem wirklichen oder vermeinten Interesse besonders bei politischen Krisen an die Leistungsfähigkeit" einer Staatsbank oder halb staatlichen Bank zu stellen vermochte.

Wenn Hansemann nicht unmittelbar die Umwandlung in eine Privatbank einleitete, so lag für ihn nach seiner ganzen Vergangenheit und nach seinen Grundsätzen der Gedanke nahe, die wichtigste Pflicht des ihm anvertrauten Instituts in der Hebung von Handel und Gewerbe zu erblicken. Obgleich zunächst tiefgreifende Umgestaltungen der Bank in weiterer Ferne lagen, so nötigten einzelne Fragen der laufenden Geschäftsführung Hansemann nach seiner ganzen Anschauung zu einer von der bisherigen Praxis abweichenden Stellungnahme. Die Festsetzung des Diskonts, welche zu den wichtigsten Befugnissen der Bankleitung gehörte, erforderte ganz verschiedene Rücksichten, je nachdem der Chef mehr die Interessen des Handels und der Industrie oder die des Staates im Auge hatte. Namentlich unter den außergewöhnlichen Verhältnissen, wie sie in den Jahren 1848—1850 sowohl für den schwer leidenden Kaufmannsstand als auch für den fast fortdauernd den mißlichsten Verwicklungen ausgesetzten Staat vorlagen, liefen die Bedürfnisse der Geschäftswelt, die vor allem mit billigem Geld und erleichtertem Kredit arbeiten wollte, und des Staates, der für eine plötzliche Gefahr der Umwälzung oder des Krieges finanziell tunlichst sichergestellt sein mußte, oft genug schnurstracks zuwider. Ganz abgesehen davon fand der kaufmännisch geübte Kennerblick Hansemanns am bisherigen Gebahren namentlich der örtlichen Filialen vieles auszusetzen; ihm schien, daß diese, sei es aus lokalen Rücksichten, sei es um möglichst viele Geschäfte abzuschließen, in unzureichendem Überblick über die erforderlichen Bedingungen Darlehen bewilligt hatten, die mit der wünschenswerten Festigkeit der Bank nicht im Einklang

ſtanden und daß die Bank infolgedeſſen mit allzuvielen entweder ſchwer einzutreibenden oder gar unzuverläſſigen Außenſtänden belaſtet wurde.

Indem Hanſemann ſo mit feſter Hand in ein Weſpenneſt griff, ſetzte er ſich einer doppelten Gegnerſchaft aus. Die eine beſtand aus den Anhängern des von ihm angefochtenen, an ſich aber wegen der praktiſchen Bedürfniſſe vieler Beteiligter ſehr wohl begreiflichen alten Verfahrens und verſtärkte ſich durch die bisherigen maßgebenden Faktoren der Bankleitung. Der andere Teil des Widerſpruchs ſchrieb ſich daher, daß Hanſemann als Staatsmann ſeit 1847 im Vordergrunde geſtanden war und dadurch namentlich innerhalb der konſervativen Partei ein lebhaftes Mißtrauen gegen ſich hervorgerufen hatte.

Damit war nun auch der Gegenſatz zu Bismarck gegeben. Es war nicht ſowohl deſſen Zugehörigkeit zu einer beſtimmten politiſchen Richtung, als vielmehr ſein perſönlich von Hanſemann abweichender Standpunkt, der dieſen Kampf zum Ausbruch führte. Wiederholt hatten ſich beide Männer aus grundſätzlichen Meinungsverſchiedenheiten bekämpft. Der perſönlichen Tüchtigkeit und Fachkenntnis Hanſemanns zollte Bismarck durchaus Anerkennung, hatte jedoch ſchon wiederholt an ihm auszuſetzen gefunden, daß derſelbe das Gedeihen von Handel und Gewerbe als wichtigſten Grundpfeiler der öffentlichen Volkswohlfahrt angeſehen und infolgedeſſen ſeine ſtaatsmänniſchen Aufgaben einſeitig beurteilt hätte. Was Bismarck dem Abgeordneten und Miniſter vorgeworfen, mußte auf ſein Urteil über den Bankchef zurückwirken. Deſſen Pflichten geſtalteten ſich ganz anders, je nachdem er ſeine Anſtalt vor allem als ein geſchäftliches Unternehmen oder als Reſervoir für außergewöhnliche und dringende Staatsbedürfniſſe anſah. Es konnte Fälle geben, wo ein von kaufmänniſchen Geſichtspunkten geleitetes Oberhaupt in erſter Linie auf billiges Geld und hohe Dividenden ſchaute und wo ein derſelben Finanzlage gegenüberſtehender von politiſchen Erwägungen abhängiger Chef aus Staatsrückſichten minder freigebig war. Unter den Geſchäften, welche ein gewiegter Bankier wegen Unzuverläſſigkeit zurückwies,

konnte es manche geben, welche abzulehnen der Staatsmann aus allgemeinen Erwägungen Bedenken trug, und umgekehrt war es möglich, daß ein Bankchef, welcher sein Augenmerk vor allem auf die Förderung von Handel und Gewerbe richtete, Abschlüsse machte und Papiere belieh, während dergleichen ein in der Politik groß gewordener Staatsmann unterlassen hätte. So vermochte in der inneren und äußeren Politik ein energischer Bankleiter unter Umständen die Wege der Regierung auf die empfindlichste Weise zu kreuzen. Dieser Gefahr mußte nach Bismarcks Überzeugung beizeiten vorgebeugt werden. Er verlangte deshalb, daß in derselben Weise wie vor den Märztagen ein Minister, welcher am gesamten Gange der Regierung beteiligt war, im Nebenamte wieder den Posten eines Bankchefs einnehme und für den laufenden Dienst in der Regel der Präsident des Hauptbankdirektoriums den Ton angebe. In der Wiederherstellung des alten Zustandes erblickte Bismarck überdies den Vorteil größerer Stetigkeit. Denn falls ein einzelner Bankchef in dem Maße wie Hansemann nicht bloß die Oberaufsicht, sondern die gesamte Leitung an sich riß, so hätte sich ein Personenwechsel im ganzen Betriebe der Königlichen Bank außerordentlich störend geltend gemacht, während ein solches Sichhinwegsetzen über eingelebte Grundsätze von einem neuen Präsidenten des nicht gleichzeitig mit veränderten Hauptdirektoriums nicht zu erwarten war.

Bismarcks Kommissionsbericht und noch mehr seine begleitenden Ausführungen waren deshalb ein entschiedener Angriff gegen Hansemann. Dem letzteren sprangen mehrere rheinische Abgeordnete zu Hilfe. Namentlich Seckendorf und Beckerath wollten einerseits einen so hervorragenden Finanzmann wie den jetzigen Chef an der Spitze der Anstalt erhalten und waren andererseits auch sachlich so sehr von der Richtigkeit seiner amtlichen Auffassung durchdrungen, daß sie keinesfalls wieder die umfassenden Pflichten des Bankchefs einem Minister als Nebenfunktion übertragen wollten. Im großen und ganzen aber teilte die Kammer, soweit sie sich überhaupt für die einschlägigen Fragen interessierte, Bismarcks Standpunkt. War es doch nicht das erste Mal, daß die von Bismarck

vorgebrachten Dinge auf dem Landtag zur Sprache kamen. Besonders darüber, daß das Bankkuratorium sich eigentlich jedes Vierteljahr zur Kenntnisnahme des Geschäftsbetriebs versammeln sollte, aber weder 1848 noch 1849 zusammengetreten war, ja, daß sogar infolge der veränderten Behördeneinrichtungen nicht einmal völlige Klarheit über die Zusammensetzung des Kuratoriums bestand, hatten schon früher Debatten stattgefunden und 1850 hatten die Kammern beschlossen, „daß die unverzügliche Konstituierung des Bankkuratoriums erforderlich sei." Diesem Verlangen war die Regierung nachgekommen, an Stelle des Präsidenten des Staatsrats war der Ministerpräsident, an Stelle des Handelsamtspräsidenten der Handelsminister getreten. Aber obgleich auf diese Weise das Ministerium noch viel stärkeren Einfluß als sonst im Kuratorium gewonnen hatte, so bedeutete das bei den engen Amtsbefugnissen des letzteren nicht viel. In den großen Zwistigkeiten, die zwischen Hansemann und Lamprecht über die Grundsätze der Bankverwaltung ausbrachen und teils wegen Hansemanns parlamentarischer Vergangenheit, teils wegen Lamprechts Beziehungen zu den Gesinnungsgenossen einen übertrieben parteipolitischen Charakter annahmen, stand das Kuratorium völlig beiseite. Aber neben den übrigen Mitgliedern des Hauptdirektoriums war auch der Zentralausschuß für Lamprecht eingetreten und hatte empfohlen, mit dem Amt eines Bankchefs wieder einen Minister zu betrauen. Freilich hatte die Regierung sich die Entscheidung über dieses Verlangen vorbehalten und auch in der Budgetkommission der zweiten Kammer drang ein ähnlicher Antrag nicht durch. Indes wenn die Mehrheit des Ausschusses keine sofortige Änderung kategorisch fordern wollte, so wurde doch eine Resolution, welche dem Ministerium erneute Erwägungen des Wunsches ans Herz legte, angenommen und die Kammer stellte sich auf die Seite ihrer Kommission und deren Berichterstatters. Die Folge dieses Beschlusses war Hansemanns Sturz. Das Ministerium leistete dem Wunsche der Kammern Folge, übertrug die Stellung eines Bankchefs dem Handelsminister und setzte Hansemann auf Wartegeld.

Nach einer Tagung von fünf Monaten konnten endlich am

9. Mai 1851 die Kammern nach Hauſe entlaſſen werden. Der Tag zuvor aber hatte für Bismarck eine entſcheidende Wendung ſeines Lebensſchickſals gebracht. Längſt hatte ſich Bismarck nach einer Stellung geſehnt, wo er möglichſt wenig eingeengt durch den entgegenſtehenden Willen von Vorgeſetzten oder Kollegen nach ſeinen eigenen Anſchauungen handeln konnte. Dieſer Wunſch hatte ihm 1838 den Austritt aus dem Staatsdienſt erleichtert, aber auch die Jahre ſeines zurückgezogenen Landlebens, als er dort nicht den geſuchten Spielraum zur Betätigung ſeiner Arbeitskraft gefunden, in zunehmendem Grade verkümmert. Doch waren zunächſt alle Erwägungen über die Rückkehr in den Staatsdienſt entweder nicht ausgeführt worden oder beim erſten Verſuche ſofort wieder daran geſcheitert, daß Bismarck über die ſeiner praktiſchen Einſicht und ſeinem Tatendrang gezogenen Schranken ſich nicht hinwegzuſetzen vermochte. Das ihm früher ungewohnte Behagen, welches Bismarck bei ſeinem Eintritt in den chriſtlich-germaniſchen Kreis der pommerſchen und märkiſchen Adelsfamilien und namentlich nach ſeiner Verlobung erfüllt hatte, war dann die Urſache geweſen, daß wenigſtens vorübergehend Bismarck in dem verhältnismäßig kleinen Kreiſe, den er beglückte und der ihn wiederum beglückte, befriedigt worden war. Aus dieſer Stimmung heraus war in einem Briefe an ſeine Braut am 11. März 1847 das Urteil gefällt worden, „daß wahre Freude an einem öffentlichen Amte nur da zu erwarten iſt, wo man in einem Kreiſe wirkt, den man überſieht, und mit den regierten Leuten ſelbſt in Berührung kommt und bleibt". Indes eine ſolche Auffaſſung vermochte nur vorübergehend Bismarcks Geiſt und Gemüt zu beherrſchen. Noch vor ſeiner Hochzeit war er durch den erſten vereinigten Landtag auf die Schaubühne des öffentlichen Lebens zurückgeführt worden. Mit dieſem Ereigniſſe ergaben ſich ſofort Wandlungen in Bismarcks ganzer Stimmung. Wohl ſehnte er ſich immer wieder hinaus aus dem Getriebe des parlamentariſchen Lebens und der Hof- und Kammerintrigen, in welches er ſich plötzlich geſtellt ſah, und freute ſich auf die Einſamkeit und Annehmlichkeit des Landaufenthalts, in welchem er eine willkommene Erholung von den Anſtrengungen und Aufregungen ſeiner

politischen Tätigkeit erblickte. Aber Bismarck war sich doch schon viel zu sehr der Wichtigkeit seiner Arbeit und seiner eigenen Fähigkeiten bewußt geworden, um in einem Dasein, fernab vom Mittelpunkte des Staates und ohne Zusammenhang mit den an der vaterländischen Entwicklung beteiligten Kreisen ein dauerndes Genüge zu finden. Was Bismarck in den Jahren 1847—1851 vor allem beschwerte, war die Empfindung, daß er die politischen Angelegenheiten weniger durch seine nach eigenem Ermessen gestaltete freie Berufstätigkeit, sondern wesentlich durch Vermittlung der von ihm beeinflußten maßgebenden Persönlichkeiten zu bestimmen vermochte. In dieser ihm zunächst vorgezeichneten Bahn bekam er die Möglichkeit, seine Befähigung zur Erkenntnis und Behandlung fremder Menschen auszunutzen und noch weiter auszubilden, stieß jedoch häufig genug auf die ihm in seiner jetzigen Stellung gezogenen Schranken des seinen eigenen Wünschen widerstrebenden Willens der gegenwärtigen Machthaber. Dabei sagte er sich oft genug, daß dieser widerstrebende Wille, sei es des Königs und seiner nächsten Umgebung, sei es der Regierungen oder der jeweiligen Parlamentsmehrheiten nicht auf besserer Einsicht beruhte und daß für die von ihm selbst für richtig gehaltene Politik die richtigen Gelegenheiten verpaßt oder nicht gehörig ausgenutzt wurden. So fehlte demnach noch viel, um Bismarck innere Befriedigung zu gewähren. Ein Anfang 1851 gestellter Antrag des Herzogs von Anhalt-Bernburg, dessen Minister zu werden, lockte ihn, weil er damit Gelegenheit zur selbständigen politischen Rolle gewonnen hätte. Jedoch so erwünscht ihm diese gewesen wäre, so scheute sich Bismarck doch vor ihrer Übernahme, als ihm Manteuffel von derselben abriet. Bismarck wurzelte seinen Anschauungen und Plänen nach viel zu sehr im gewordenen preußischen Staatswesen, um sich auf einen fremden Boden versetzen zu lassen, und der Gedanke, in seinem neuen Wirkungskreis vielleicht mittelbar erfolgreicher wie jetzt für seine politischen Ziele eintreten zu können, verließ ihn rasch, als er durch Manteuffels Einwände und durch die Aussicht auf ein Bismarcks Einfluß zugute kommendes freundschaftliches Einvernehmen mit dem preußischen Ministerpräsidenten auch innerhalb des Königreichs

ein fruchtbares Arbeitsfeld und vielleicht künftig auch eine passende amtliche Verwendung vor sich glaubte.

Rascher als er damals wähnte, nahte sich ihm die wichtige Gelegenheit, welche ein dreizehn Jahre vergeblich gewesenes Hoffen endlich erfüllte. Die Dresdner Konferenzen hatten erfolglos geendet und es blieb Preußen nichts übrig als die Rückkehr zum Bundestage von Frankfurt a. M. Die Wahl eines preußischen Bundestagsgesandten bereitete jedoch große Schwierigkeiten. Alvensleben, der Vertreter des Königs auf den Dresdner Konferenzen, lehnte rundweg ab. Der preußische Bevollmächtigte in Wien, Graf Bernstorff, hatte sich, während sich Ende des vorigen Jahres der Krieg der beiden Großmächte vorzubereiten schien, so viel Mißtrauen zugezogen, daß sein Eintreten in den Bundestag dort sehr bald Zerwürfnisse zu zeitigen drohte. Leopold von Gerlach empfahl dem König Bismarck. Friedrich Wilhelm dachte zunächst daran, Bismarck sofort zum wirklichen Bundestagsgesandten zu ernennen, hiergegen erhoben sich aber alsbald eine Reihe Bedenken. Namentlich die Tatsache, daß Bismarck seither überhaupt noch kein Staatsamt bekleidet hatte, wurde gegen dessen umgehende Versetzung auf einen so wichtigen Posten geltend gemacht. Auch schien es für die erste Wiedereinführung Preußens in den Bundestag zweckmäßiger, wenn wenigstens dem Namen nach in Frankfurt für die nächste Zeit ein preußischer Bevollmächtigter auftauchte, der bereits eine höhere Sprosse der diplomatischen Stufenleiter erklommen hatte. So wurde denn der preußische Gesandte von Rochow aus Petersburg nach Frankfurt vorübergehend versetzt und ihm Bismarck als Geheimer Legationsrat mit der Aussicht beigegeben, bei der baldigen Rückkehr Rochows nach Rußland dessen offizieller Nachfolger zu werden.

Bismarck freute sich über seine bevorstehende Ernennung schon deshalb, weil ihm dieselbe als eine Bürgschaft dafür erschien, „daß die Regierung wirklich und gänzlich der Revolution abgesagt hat". Darunter verstand er nicht etwa den Entschluß der Minister, mit Barrikadenhelden und deren Verteidigern nicht mehr zu paktieren, sondern den festen Willen des Kabinetts, an dem von Bismarck für nötig gehaltenen organischen Weiterausbau des gewordenen preußi-

schen Staates zu arbeiten und sich in der hierdurch vorgezeichneten Richtlinie nicht durch fremde Nebenrücksichten stören zu lassen. Als eine solche fremde Nebenrücksicht hatte er es empfunden, daß er selbst und sein Freund Kleist-Retzow sogar von solchen nicht hinreichend gewürdigt oder fast gemieden worden waren, die an sich seine Anschauungen billigten. In Bismarcks Augen war das eine Verminderung des Ansehens derjenigen Faktoren, welchem er durch sein Wirken vor allem dienen wollte und welches er durch seine Tätigkeit mehr als die meisten glaubte fördern zu können. Mit seiner eigenen und Kleist-Retzows Verwendung im Staatsdienst gewährte nach Bismarcks Dafürhalten die Krone ein Unterpfand, daß sie ihr Vertrauen künftig in offenkundiger Weise den zu ihrer Verteidigung entschlossensten Männern schenken wollte.

Aber der Gedanke, daß schon die Tatsache seiner Ernennung an sich der Autorität des Königtums und der preußischen Staatsüberlieferung zugute kam, war doch nicht der einzige, welcher Bismarck bei seiner Übersiedlung nach Frankfurt bestimmte. Wohl machte sich Bismarck mit der Idee vertraut, daß er nicht dauernd in seiner jetzigen Stellung bleiben werde. Jedoch dieser stille innere Vorbehalt entstand aus der Unkenntnis des Terrains. Derselbe verursachte indes nicht in Bismarcks Brust irgendwelche Verzagtheit, ob er seinen Posten ausfüllen, sondern Zweifel, ob er denselben nach seinen Bedürfnissen und Anschauungen zu einem ihn befriedigenden Wirkungskreis umgestalten könnte.

Vielerlei hatte ihn in seiner bisherigen parlamentarischen Laufbahn abgestoßen: die Gebundenheit der Abgeordneten an ihre Partei, die langen Reden, welche nicht einmal auf die Abstimmung, geschweige denn auf den Gang der großen Begebenheiten irgend welchen Einfluß ausübten, namentlich aber auch die Tatsache, daß er selbst nicht immer konnte, wie er wollte, und sich, um überhaupt zur Geltung zu kommen, ebenfalls nach der Schablone der ihm verhältnismäßig am nächsten stehenden Freunde richten mußte. Gerade das letztere hatte ihm zu einem Ansehen verholfen, welches nur teilweise seinen wahren Anschauungen entsprach. Denn nicht nach diesen und nach den mühsamen und teilweise unerquicklichen ge-

heimen Verständigungen mit seinen Gesinnungsgenossen, sondern nach seinem äußeren öffentlichen Auftreten und Temperament hatte sich die Welt ihr Urteil über Bismarck gebildet.

Von diesen ihn beengenden und teilweise anekelnden Hemmungen und Mißverständnissen hoffte Bismarck in seiner Frankfurter Stellung befreit zu sein. Längst hatte er sich auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik seine selbständigen Ansichten gebildet und wenn er auch entschlossen war, dieselben nach neuen Erfahrungen und Erlebnissen weiterzuentwickeln und nötigenfalls umzugestalten, so ging er doch mit dem festen Vorsatz nach Frankfurt, daß er einmal unverrückt die wirklichen Entwicklungsbedingungen Preußens in ihren durch die praktischen Staatsbedürfnisse und die gegebene Lage gezogenen Grenzlinien zur Richtschnur nehmen, und daß er zweitens von seinem neuen Posten aus auf die gesamte Staatspolitik zurückwirken wolle. Wie er in Aachen und Potsdam sich nicht nach den Grundsätzen der Bureaukratie richten und nur diejenigen dem eigenen gesunden Menschenverstand folgen wollte, so war er entschlossen, nicht bloß als das ausführende Organ der Berliner Regierung nach festen Instruktionen im Bundesrat zu sitzen, sondern mit seinen vermehrten Kenntnissen von Menschen und Dingen und seinem erhöhten persönlichen Einfluß umgekehrt nach oben möglichst viel von seinen Wünschen durchzudrücken.

So begann am 8. Mai 1851 eine neue Epoche der preußischen Geschichte. Die Zeit von Bismarcks Lehrjahren war beendet und die Periode wurde eröffnet, in welcher Bismarck zunächst der deutschen und bald auch der europäischen Politik den Stempel seiner eigenartigen Persönlichkeit aufprägte.

Anmerkungen.

S. 16 ff. Über das Geschlecht der Bismarcks und den Stammsitz orientiert noch immer am besten Hesekiel, Das Buch vom Fürsten Bismarck. Dort verschiedene Familienportraits und die Lobrede Karl Alexanders von Bismarck auf seine verstorbene Gemahlin.

S. 21. Über den Kabinettsrat Anastasius Ludwig Menken sind zu vergleichen Schlichtegroll, Nekrolog der Teutschen, 1. Band, Gotha 1802, S. 101 ff., 331 ff. Hüsser, Die Kabinettsregierung in Preußen und Johann Wilhelm Lombard passim. Bailleu, Anastasius Ludwig Menken in der Allgemeinen Deutschen Biographie. Band 21, S. 313 f. Ein Portrait Menkens bringt Meinecke, Das Zeitalter der deutschen Erhebung, S. 19.

S. 26. Über das Plamannsche Institut und seinen Leiter vergleiche von Bredow, J. E. Plamann; Klöden, Jugenderinnerungen passim; Wiese, Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen I, S. 8 ff.

S. 31 ff. Über das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium sind vor allem zu vergleichen die „Annalen und Historien; Mitteilungen des Vereins ehemaliger Schüler des Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Berlin". Das Januarheft 1896 dieser Annalen enthält einen Artikel: „Bismarcks Schulzeit auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Berlin", aber auch die anderen Hefte bringen allerlei interessante Notizen. Das Graue Kloster hat seine Erinnerungen an Bismarck in einer Festschrift zusammengestellt, welche es diesem zum 80. Geburtstage hat überreichen lassen. Hierzu ist zu vergleichen Prutz, Bismarcks Bildung, ihre Quellen und Äußerungen, S. 10 ff., ein Werk, dem ich auch für die späteren Ausführungen manche Anregung verdanke. Außerdem sind die Schulprogramme jener Zeit für uns Quelle. Das Werk von Heidemann, Geschichte des Grauen Klosters in Berlin, erwähnt Bismarcks Aufenthalt auf dem Gymnasium nur beiläufig und kann sich naturgemäß über die Einzelheiten nicht verbreiten.

S. 38. Über Samuel Gustav Köpke kurze anschauliche Bemerkungen in R. Köpke, Kleine Schriften zur Geschichte, Politik und Literatur, S. 55 ff. und der Artikel in der Allgemeinen Deutschen Biographie XVI, 667 ff.

S. 40 ff. Über Bonnell vor allem der Nekrolog von Bertram in der Zeitschrift für das Gymnasialwesen XXXII, S. 284 ff. und der Artikel von Sander in der Allgemeinen Deutschen Biographie, Band 47, S. 106 ff.

S. 42. Über Wendt besonders eine Festrede von Nötel zur Feier des 50 jährigen Bestandes des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in Posen (Posen 1885), 9, und Starke, Zur Geschichte des Königl. Friedrich Wilhelmsgymnasiums zu Posen (Posen 1884), S. 10 ff. (letzterer teilweise auf Notizen von Wendts Sohn,

Digitized by Google

dem jetzigen Oberschulrat in Karlsruhe, und von Wendts Schüler, dem Heidelberger Philosophen Kuno Fischer, beruhend).

S. 43. Über Siebenhaar besonders das Programm des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, 1843.

S. 44. Über Johann Friedrich Bellermann vgl. besonders den Artikel seines Sohnes (Allgemeine Deutsche Biographie II, S. 310f.) und den Nekrolog von Bonitz in der Zeitschrift für das Gymnasialwesen VI, 378ff.

S. 44. Über Giesebrecht aus älterer Zeit Parthey, Jugenderinnerungen, ferner der Nekrolog im Gymnasialprogramm des Grauen Klosters 1833.

S. 55. Über Bismarcks religiöse Anschauungen besitzen wir eine reiche Literatur. In erster Linie nenne ich O. Baumgarten, Bismarcks Stellung zu Religion und Kirche, der aber eine der wichtigsten Quellen, die Briefe Bismarcks an Braut und Gattin, noch nicht kannte. Auf diesen beruhen Müsebeck, Zur religiösen Entwicklung Bismarcks (Preußische Jahrbücher, Band 107, S. 397ff.) und Schiffers, Bismarck als Christ.

S. 58ff. Über Schleiermachers Einfluß auf Bismarck besonders Meinecke Bismarcks Eintritt in den christlich-germanischen Kreis, in der Historischen Zeitschrift, Band 90, S. 60ff.

S. 63. Über Hugo vergleiche Otto Mejer, Gustav Hugo, der Begründer der historischen Juristenschule, in den Preußischen Jahrbüchern, Band 44, S. 457ff.

S. 64. Über Dahlmann außer dem zweibändigen Werke von Springer von Sybel, Drei Bonner Historiker, in der Historischen Zeitschrift, Band 18, S. 291ff.

S. 64. Über Heeren ist unsere wichtigste Quelle die seinen „Vermischten historischen Schriften" vorausgeschickte Selbstbiographie. Seine auch im Alter noch jugendliche Frische rühmt auch von Friesen, Erinnerungen aus seinem Leben I, S. 15.

S. 67. Über Bismarck und die Burschenschaft außer seinen eigenen Bemerkungen in den „Gedanken und Erinnerungen" besonders Eduard Heyck, Bismarck, S. 12ff.

S. 70. Über Bismarcks sonstige Göttinger Erlebnisse und über das Göttinger Leben jener Zeit überhaupt Mejer, Kulturgeschichtliche Bilder aus Göttingen; von Beust, Aus Dreivierteljahrhunderten, I S. 12.

S. 74. Über Bismarcks Berliner Aufenthalt besonders Graf Keyserling, Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern, zusammengestellt von seiner Tochter Freifrau Helene von Taube von der Issen I, S. 33ff.

S. 78. Seine erste Begegnung mit Ancillon erwähnt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen". Eine andere Frage ist, ob die Gesichtspunkte, nach welchen Bismarck Ancillons Abneigung gegen den Eintritt des altpreußischen Adels in die Diplomatie für gerechtfertigt erklärt, mit denjenigen zusammenfallen, die Ancillon wirklich geleitet haben.

S. 79. Die Aachener Probearbeiten sind abgedruckt im Bismarckjahrbuch II, S. 3ff.; Bismarcks Personalakten aus Aachen, ebenda III, 5ff.

S. 89. Ausführliche Inhaltsangabe und Würdigung der beiden Hansemannschen Denkschriften, die mir nicht im Wortlaut vorlagen, bei Bergengrün, David Hansemann, S. 105ff., 122ff.

S. 90 f. Über Arnim-Boitzenburg vergleiche beſonders R. Haym, Reden und Redner des erſten preußiſchen vereinigten Landtages, S. 26 ff.

S. 96. Über Bismarcks Tätigkeit bei der Potsdamer Regierung und ſeinen Plan, das Aſſeſſorexamen zu machen, unterrichtet uns der Brief an ſeinen Vater vom 25. Januar 1838 (Bismarckbriefe, herausgegeben von Horſt Kohl, 7. Auflage, S. 2 ff.).

S. 97. Über Bismarcks Austritt aus dem Staatsdienſt vergleiche unſere wichtigſte Quelle, den Brief an ſeine Couſine Gräfin Bismarck-Bohlen, welcher in ein Schreiben Bismarcks an ſeinen Vater vom 29. September 1838 eingeſchaltet iſt. Letzteres, mit dieſer Einſchaltung abgedruckt, Bismarcks Briefe an ſeine Braut und Gattin, S. 23 ff.

S. 107. Über Bismarcks Studien auf dem Kniephof und ſeine Bekehrung durch den chriſtlich-germaniſchen Kreis, außer der zu S. 55 ff. genannten Literatur vor allem die erwähnte Abhandlung von Meinecke, Hiſtoriſche Zeitſchrift, Band 90.

S. 110. Über Meding, Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor von Unruh, herausgegeben von H. v. Poſchinger, S. 63 ff.

S. 115. Über die chriſtlich-deutſche Tiſchgeſellſchaft vergleiche R. Steig, Heinrich von Kleiſts Berliner Kämpfe. S. 21 ff.

S. 119. Über Thadden, Fürſtin Eleonore von Reuß, Adolf von Thadden-Trieglaff.

S. 125. Von Keudell, Fürſt u. Fürſtin Bismarck, S. 18. Daß übrigens Bismarck nicht, wie man das bisher auf Grund ſeiner eigenen Mitteilungen faſt immer annimmt, plötzlich bekehrt worden iſt, geht aus dem abweichenden Zeitpunkte hervor, in welchen dieſe Bekehrung fallen ſoll. Meinecke, Hiſtoriſche Zeitſchrift, Band 90, S. 74, Anm. 3, hat bereits auf den Widerſpruch aufmerkſam gemacht, der zwiſchen Keudells Angaben und Bismarcks Werbebrief beſteht, und deshalb Keudells Glaubwürdigkeit beſtritten. Seitdem iſt jedoch in Ludwig von Gerlachs Aufzeichnungen und Erinnerungen I, S. 462 f., ein weiteres Zeugnis erſchienen, welches noch unzweifelhafter vom Werbebrief abweicht und nicht abzuſtreiten iſt; Blankenburg und Thadden verlegen hiernach die Bekehrung nach Maries Tod, Bismarck in ſeinem Werbebrief vorher. Übrigens geht aus dem Wortlaut von Keudells Bericht nicht hervor, daß derſelbe Bismarcks Geſinnungswechſel vor der Erkrankung Marie von Blankenburgs annimmt. Die Innigkeit des Verkehrs könnte zwar nicht in geſelliger, wohl aber in rein menſchlicher Beziehung ebenſogut während des Krankenlagers als vorher zugenommen haben. zumal wir wiſſen, daß Bismarck während der Leidenzeit viel in Cardemin war.

S. 127. Über die Puttkamers, das mir nicht zugänglich geweſene Buch von Clericus, Geſchichte des Geſchlechts von Puttkamer.

S. 129. Der berühmte Werbebrief, welcher Objekt einer ganzen Literatur geworden iſt, ſteht in Fürſt Bismarcks Briefen an ſeine Braut und Gattin, S. 1 ff.

S. 165 ff. Über die indirekte Bedeutung des vereinigten Landtags von Reumont, Aus König Friedrich Wilhelms IV. geſunden und kranken Tagen, S. 279 ff.

Digitized by Google

S. 218, 221 ff. Über Bismarck und die Kreuzzeitung, beſonders Horſt Kohl, Herr von Bismarck-Schönhauſen als Mitarbeiter der Kreuzzeitung im Bismarckjahrbuch I, S. 469 ff., III, S. 398 ff.; Wagener, Erlebtes, beſonders S. 53 ff.

S. 339 ff. Über Olmütz und die Kriegsfrage im Herbſt 1850, ſowie Bismarcks Rede am 3. Dezember ſind namentlich zu vergleichen Lenz, Zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen, S. 128; Ulmann, Kritiſche Streifzüge in Bismarcks Memoiren, Hiſtoriſche Vierteljahrsſchrift V, 49 ff.; Feſter, Über den hiſtoriographiſchen Charakter der Gedanken und Erinnerungen des Fürſten Otto von Bismarck, in Hiſtoriſcher Zeitſchrift, Band 49, S. 50 ff., und zu Bismarcks Olmützrede, in der Hiſtoriſchen Vierteljahrsſchrift V, 232 ff. Feſters Annahme, daß Bismarck damals ſchon Einverleibungspläne gehegt hätte, erhält eine Stütze durch Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen aus ſeinem Leben und Wirken II, S. 116.

S. 355 ff. Bismarcks Bankbericht und die begleitenden Ausführungen Bismarcks im Plenum ſind abgedruckt in Bismarcks Reden, Ausgabe von Horſt Kohl I, S. 343 ff. Dazu von Poſchinger, Bankweſen und Bankpolitik in Preußen II, S. 24 ff.; Bergengrün, David Hanſemann, S. 647 ff.

Perſonalregiſter.

Abelin, Begründer des Theatrum europaeum, S. 52.

Alexander Karl, Herzog von Anhalt-Bernburg, S. 364.

Alvensleben, von, Landrat von Jerichow, S. 111.

Alvensleben, Graf von, S. 201. 236. 365.

Ancillon, Preußiſcher Miniſter, S. 78. 95.

Arnim, Freiherr Heinrich von, Miniſter, S. 205. 219.

Arnim, Malvine von, Schweſter Bismarcks, S. 113. 126 f. 129. 133. 135. 337.

Arnim-Boitzenburg, Graf, S. 78 f. 90—93. 95—97. 197. 226. 237. 266. 319. 320.

Arnim-Heinrichsdorf, Freiherr von, Miniſter, S. 258. 265.

Askanier, S. 17.

Auerswald, Alfred von, S. 170. 197.

Auerswald, General Johann Adolf Erdmann von, S. 237.

Auerswald, Rudolf von, S. 220. 229. 234. 237.

Auguſta, Prinzeſſin von Preußen, ſpätere Kaiſerin, S. 193. 233.

Baſſewitz, Oberpräſident von, S. 96 f. 110.

Bauer, Bruno, S. 107. 108.

Becker, Verfaſſer der Weltgeſchichte, S. 39.

Bederath, S. 170. 234—236. 278. 281. 315. 325. 361.

Bellermann, Johann Friedrich, Profeſſor und ſpäter Direktor am Grauen Kloſter, S. 44—46. 58 f.

Bellermann, Johann Joachim, Direktor des Grauen Kloſters, S. 44. 46.

Bellin, Gutsinſpektor in Schönhauſen, S. 101.

Bergengrün, Biograph Hanſemanns, S. 211. 358.

Bernſtorff, Graf, S. 365.

Beſeler, Georg, S. 300.

Befferer, Regierungsrat, S. 81. 94.

Beuſt, ſpäterer öſterreichiſcher Reichskanzler, S. 109.

Beyrich, Profeſſor der Geologie in Berlin, S. 38.

Bismarck, Bernhard von, Bruder Bismarcks, S. 25. 27. 40. 47. 59. 98. 103. 111. 113. 129. 217. 246. 322.

Deſſen erſte Frau, S. 102.

Bismarck, Ferdinand von, Vater Bismarcks, S. 16—18. 19. 24. 25. 27. 32 f. 55. 61 f. 98 f. 101. 103. 111 ff. 119. 124. 126. 129.

Bismarck, Fürſt Herbert, Sohn Bismarcks, S. 33. 337. 352.

Bismarck, Fürſtin Johanna, geb. von Puttkamer, S. 127—131. 133 bis 140. 148 f. 171. 174 f. 180. 183. 193. 200. 226. 241. 254. 279. 283. 337. 342. 346. 352.

Bismarck, Karl Alexander von, Großvater Bismarcks, S. 17 ff. 25.

Deſſen Söhne, S. 19.

Bismarck, Luise Wilhelmine von, geb. Menken, S. 16. 20 f. 23—27. 32 f. 47. 49. 55 f. 61 f. 78. 99 ff. 108. 112 f. 119. 124. 129.
Bismarck, Graf Wilhelm, Sohn Bismarcks, S. 33.
Bismarck-Bohlen, Gräfin, S. 98. 103. 119.
Blanc, Dr., Prediger, S. 119.
Blankenburg, Marie von, geb. von Thadden-Trieglaff, S. 118—122. 124 bis 130. 132—135. 137—139. 141. 146.
Blankenburg, Moritz von, S. 117. 119—122. 125—128. 130. 132—134. 141 f. 146.
Blücher, Feldmarschall, S. 87.
Bodelschwingh, Ernst von, Minister, S. 174. 180. 186 f. 197. 266. 348.
Böckh, August, Philolog, S. 44.
Böttticher, Professor am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin, S. 57.
Bonin, Gustav von, Oberpräsident, S. 148, 272.
Bonnell, späterer Direktor des Friedrich Werderschen Gymnasiums, S. 33. 40 ff. 45. 53. 58 f. 66.
Bourbonen, S. 68. 300.
Brauchitsch, von, Abgeordneter, S. 148. 180.
Brandenburg, Graf, Ministerpräsident, S. 236. 238. 243. 248. 250. 253. 260 f. 265 f. 270. 272 f. 275. 278. 279. 282 f. 284. 303. 309. 318. 327. 334 ff.
Bredow, Franz von, Biograph Plamanns, S. 56.
Bresemer, Professor am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin, S. 32.
Brünneck, Magnus von, Abgeordneter, S. 170.
Bucher, Lothar, S. 275.
Bülow, Graf, Unterstaatssekretär, S. 277 f.
Bülow-Cummerow, von, S. 222 f. 225. 237. 309.
Byron, S. 77.
Camphausen, Ludolf, S. 170. 179. 197. 199 f. 218 f. 220 f. 234. 249. 275—280. 291. 293. 300. 323.
Canitz-Dallwitz, Freiherr von, Abgeordneter, S. 300 f.
Canitz-Dallwitz, Freiherr, Minister, S. 155.
Cavour, S. 109 f.
Chamisso, S. 53.
Christian VIII., König von Dänemark, S. 203.
Dahlmann, S. 64.
Duhan, Lehrer Friedrichs des Großen, S. 52
Elisabeth, Königin von Preußen, S. 194.
Ernst August, König von Hannover, S. 257. 259 f.
Feuerbach, Ludwig Andreas, Philosoph, S. 106. 108. 117 f. 136.
Fichte, Philosoph, S. 56.
Ferdinand, Kaiser von Österreich, S. 252.
Finkenstein, Graf, Kabinettsminister Friedrich des Großen, S. 22.
Fischer, Gottfried Emil, Professor am Grauen Kloster, S. 46.
Dessen Eltern, S. 46.
Franz Josef I., Kaiser von Österreich, S. 252. 334.
Frederic VII., König von Dänemark, S. 203. 331.
Friedländer, Julius, Direktor des Münzkabinetts, S. 38.
Friedrich, Prinz von Preußen, nachmaliger deutscher Kaiser, S. 233.
Friedrich der Große, S. 17. 22. 51 f. 114. 154. 157. 297. 341. 356.
Friedrich August II., König von Sachsen, S. 257. 260 f.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen, S. 193.
Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Hessen, S. 332. 341.

Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, S. 297.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, S. 52. 297.
Friedrich Wilhelm II., S. 22 f.
Friedrich Wilhelm III., S. 22 f. 45. 87. 89. 150 ff. 161. 164 f. 179 f. 298.
Friedrich Wilhelm IV., S. 151—162. 164 f. 168. 175—179. 180 f. 183 bis 189. 191—196. 197 f. 200 f. 203. 208. 216. 218. 220. 226—236. 238—243. 245 f. 253—261. 265. 267. 270 bis 273. 284. 303. 318—321. 323 f. 327. 330 f. 333 ff. 336 f. 339 f. 344—347. 349. 353. 364 f.
Frings, französischer Lehrer, S. 47 f.
Gagern, Heinrich von, S. 217. 242 f. 253. 343.
Geppert, Justizrat und Abgeordneter, S. 336. 344.
Georg, Markgraf von Brandenburg-Ansbach, S. 58.
Gerlach, Agnes von, S. 341.
Gerlach, Leopold von, Generaladjutant, S. 129. 175. 181. 194. 199. 218 f. 230 ff. 233. 235. 238 ff. 242. 244 ff. 266. 269 f. 318 f. 324. 333. 341. 347. 365.
Gerlach, Ludwig von, S. 118 f. 121. 123. 127 f. 138. 139. 146. 181. 198—204. 215. 218 ff. 230 f. 238 ff. 242. 244. 250 f. 266. 269 f. 277. 279. 319 f. 324. 337 f. 341. 347.
Gierke, preußischer Landwirtschaftsminister, S. 222.
Giesebrecht, Karl, Professor am Grauen Kloster, S. 46 f. 57 ff.
Dessen Eltern, S. 58.
Gneisenau, S. 87.
Gneist, Staatsrechtslehrer, S. 172.
Goltz, von der, Bevollmächtigter des Prinzen von Preußen, S. 234.
Göschen, Professor in Göttingen, S. 63.
Goethe, S. 53.
Grabow, Wilhelm, Abgeordneter, S. 237. 240. 270.
Grotius, Hugo, S. 20.
Habsburg, Fürstenhaus, S. 51. 159.
Hansemann, David, S. 89. 91. 152. 165. 169—171. 179. 197. 199. 209 ff. 212 ff. 218. 220—223. 225. 229. 234 f. 237. 275. 284. 309 f. 353. 358—362.
Hardenberg, S. 87. 115.
Hassenpflug, S. 332.
Haugwitz, S. 26.
Haym, Rudolf, S. 91 f. 211.
Hedemann, von, General, S. 194.
Heeren, Historiker, S. 63—66. 82.
Hegel, Philosoph, S. 107.
Heinsius, Professor am Grauen Kloster, S. 35 Anm., 46 f.
Hertzberg, Graf, Minister Friedrichs des Großen, S. 22.
Heydt, von der, Minister, S. 315. 335. 337. 362.
Hohenzollern, S. 14. 16 f. 51. 177 f. 226. 288. 295. 305. 320.
Hugo, Professor in Göttingen, S. 63.
Humboldt, Wilhelm von, S. 26 f.
Jacobi, Philosoph, S. 56.
Johann, Erzherzog von Österreich, S. 254.
Kamptz, von, Justizminister, S. 91.
Kant, S. 56. 107.
Karl der Große, S. 43.
Karl V., Deutscher Kaiser, S. 58.
Karl, Prinz von Preußen, S. 194.
Keller, Graf, Hofmarschall, S. 218.
Keudell, Robert von, S. 201.
Keyserling, Graf, S. 74. 117.
Kirchmann, Abgeordneter, S. 259.
Kleist-Retzow, Hans von, S. 232. 237. 248. 250 f. 263—266. 269 f. 317. 337 f. 342. 349. 366.
Klopstock, S. 47.
Köpke, Ernst Siegfried, S. 38.
Köpke, Samuel Gustav, Direktor des Grauen Klosters, S. 35 Anm. 38 ff. 42. 58.

Koſch, Abgeordneter, S. 259.
Küpfer, Miniſterialrat, S. 344 f.
Lachmann, Germaniſt, S. 107.
Ladenberg, Kultusminiſter, S. 240 f, 294. 335. 337. 347.
Lamprecht, Bankpräſident, S. 358. 362.
Leo, Heinrich, Hiſtoriker, S. 239.
Lichnowsky, Fürſt, S. 200. 237.
Lorenz, Ottokar, Hiſtoriker, S. 154.
Ludwig I., König von Bayern, S. 157.
Ludwig der Deutſche, Deutſcher König, S. 324.
Macaulay, S. 172.
Mallinkrodt, von, Regierungsvizepräſident, S. 95.
Manteuffel, Otto von, Miniſterpräſident, S. 236. 240 f. 269. 272. 275. 279. 283 f. 309 f. 323. 325. 327. 335 ff. 343 f. 346 bis 350. 352. 364.
Maſſow, von, Hausmarſchall, S. 233. 245. 324. 327.
Maximilian II., König von Bayern, S. 157. 260 f. 267.
Meding, Oberpräſident, S. 110.
Mejer, Otto, Juriſt, S. 63.
Menken, Anaſtaſius Ludwig, Kabinettsrat, S. 20—23.
Menken, Burkhard, S. 20 f.
Menken, Friedrich Otto, Burkhards Sohn, S. 21.
Menken, Gottfried Ludwig, S. 21.
Deſſen Gemahlin, S. 21.
Menken, Lüder, S. 21.
Menken, Otto, S. 20 f.
Metternich, Staatskanzler, S. 151. 160. 185. 187. 206. 253.
Meviſſen, Guſtav, Köln, S. 170.
Mieroslawsky, polniſcher Agitator, S. 205 f.
Moltke, S. 154.
Motley, S. 67. 70 f. 74. 117.
Nagel, Geiſtlicher, S. 120.
Napoleon I., S. 14. 36 f. 43. 45. 55. 86 ff. 114.
Neumann, Trine, alte Dienerin des Bismarckſchen Hauſes, S. 53.
Niebuhr, Kabinettsrat, S. 318.
Nikolaus I., Zar von Rußland, S. 208. 334.
Oranien, Wilhelm III. von, S. 172.
Peſtalozzi, S. 26.
Pfuel, General und Miniſterpräſident, S. 220. 232. 238.
Plamann, Inſtitutsdirektor, S. 26 bis 33. 45. 56. 67. 70. 103.
Prevoſt, S. 32.
Prockeſch-Oſten, öſterreichiſcher Geſandter in Berlin, S. 347.
Przyluski, Erzbiſchof von Poſen, S. 206.
Putbus, Fürſt von, S. 101.
Puttkamer, Heinrich von, Bismarcks Schwiegervater, S. 60. 106. 127—134. 138 f. 141.
Deſſen Gemahlin, S. 139.
Rachfahl, Hiſtoriker, S. 154.
Radowitz, Joſef von, S. 185. 227. 243. 267 bis 273. 275. 277—282. 319. 321—327. 330 f. 333 ff. 338 f. 343 f. 346. 353.
Ranke, Leopold von, S. 53. 152 f.
Rantzau, Gräfin, Tochter Bismarcks, S. 226. 337. 352.
Rauch, preußiſcher General, S. 218. 233. 245. 333.
Reichenſperger, Peter, S. 300.
Reumont, Alfred von, S. 152 f.
Reuß, Fürſtin Eleonore, S. 121.
Richelieu, Kardinal, S. 297.
Richter, Gymnaſialrektor in Leipzig, S. 35 f.
Rintelen, preußiſcher Juſtizminiſter, S. 265.
Rittberg, Graf, ſchleſiſcher Freund Brandenburgs, S. 239.
Rochow, von, preußiſcher Geſandter in Petersburg, S. 365.
Rodbertus, S. 220. 259. 265.

Roon, später Generalfeldmarschall, S. 193.
Rother, preußischer Finanzminister, S. 357 f.
Sack, Oberpräsident, S. 87.
Saucken-Tarputschen, S. 170. 179.
Schenkendorf, von, Abgeordneter, S. 200 ff.
Schierstädt-Dahlen, von, S. 143.
Schiller, S. 53.
Schleiermacher, S. 41. 46. 54—60. 82. 115 f. 125.
Schleinitz, Freiherr von, Minister, S. 277. 330.
Schulenburg, Minister Friedrich Wilhelms II., S. 22.
Schulenburg, Graf, S. 200 (zwei Grafen).
Schwarzenberg, Fürst, österreichischer Ministerpräsident, S. 253. 256. 322. 330. 334 f. 337. 340. 347. 350. 353.
Schwerin, Graf, Minister, S. 170. 179. 197. 292.
Seckendorf, Abgeordneter, S. 361.
Senfft von Pilsach, nachheriger Oberpräsident, S. 110 f. 132.
Shakespeare, S. 73. 77.
Siebenhaar, Professor am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin, S. 42 ff.
Simons, preußischer Justizminister, S. 294.
Simson, Eduard, S. 256. 259. 292. 324 f. 354.
Spinoza, S 106. 117 f.
Stahl, Julius, Professor, S. 266.
Stein, Reichsfreiherr von, S. 87. 92.
Stein, Abgeordneter, S. 220.
Stockhausen, preußischer Kriegsminister, S. 344.
Strauß, David, S. 106 ff. 136.
Stuarts, S. 172. 177.
Sybel, Heinrich von, S. 153. 188 f.
Thadden-Trieglaff, Adolf von, S. 119—126. 127—130. 132 ff. 137 f. 141. 146. 199 f. 216. 338.
Dessen erste Gemahlin, S. 119—124. 129 f.
Söhne erster Ehe, S. 121.
Treitschke, Heinrich von, S. 153.
Trotha, von, Kriegsminister, S. 241.
Uhland, Ludwig, S. 53.
Uhlemann, Professor am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin, S. 57.
Unruh, Hans Viktor von, Abgeordneter, S. 259.
Vincke, Georg von, S. 170. 171. 179 f. 233 ff. 242 f. 272. 346. 348.
Vincke-Ohlendorf, von, Abgeordneter, S. 259.
Wagener, Hermann, Chefredakteur der Kreuzzeitung, S. 337 ff.
Waldeck, Abgeordneter, S. 237. 244.
Wangemann, Hermann Theodor, Missionsprediger, S. 128.
Wendt, Provinzialschulrat in Stettin, S. 42 f.
Dessen Vater, S. 42.
Wentzel, schlesischer Vertrauensmann des Grafen Brandenburg, S. 239.
Wiese, Ministerialrat, S. 56.
Wilhelm, König von England, vgl. Oranien.
Wilhelm, Prinz von Preußen, späterer Kaiser, S. 153 f. 193. 215 f. 226 f. 233 ff. 344. 347.
Wilhelm I., König von Württemberg, S. 257. 260 f. 267.
Wilke, Oberregierungsrat, S. 96.
Wolf, Friedrich August, S. 36. 46. 107.
Wolkenstein, österreichischer Graf, S. 338.
Wrangel, General, S. 194. 237. 241.
Wurmbrand, österreichischer Graf, S. 238.
Zumpt, Philolog, S. 41.

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher
Leipzig, Inselstraße 10.

Dahlmann-Waitz

Quellenkunde der Deutschen Geschichte.

7. Auflage.

Unter Mitwirkung von

P. Herre, B. Hilliger, H. B. Meyer und R. Scholz

herausgegeben von

Erich Brandenburg.

Preis geh. M. 16.—, geb. M. 18.—.

Inhalt:

Allgemeine Werke:

I. Hülfswissenschaften. II. Quellen. III. Bibliographien, Litteraturberichte ꝛc. IV. Bearbeitungen.

Quellen und Hülfsmittel nach der Folge der Begebenheiten:

Erstes Buch: Das deutsche Altertum.
Zweites Buch: Deutschland unter fränkischer Herrschaft.
Drittes Buch: Das Deutsche Reich in der Zeit seiner Macht.
Viertes Buch: Die Auflösung des Reichs.
Fünftes Buch: Die Reformation und ihre Folgen.
Sechstes Buch: Das Emporkommen einzelner Staaten.
Siebentes Buch: Vom Untergange des alten bis zur Gründung des neuen Reiches.
Achtes Buch: Das neue Deutsche Reich.

Digitized by Google

Brandus'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35 und Leipzig.

Gustav Wolf,
Privat-Dozent an der Universität Freiburg

Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation

Bd. I (50 Bogen) M. 24.—

Bd. II in gleichem Umfange erscheint im Frühjahr 1907.
Das ganze Werk ist auf vier Bände berechnet.

Von demselben Verfasser ist in gleichem Verlage erschienen:

Zur Geschichte der deutschen Protestanten 1555–1559

(Nebst einem Anhange von archivalischen Beilagen)

M. 8.—

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung.

Digitized by Google

89092045665

B89092045665A

This book may be kept



89092045665

b89092045665a